Samuel Echt

Die Geschichte der Juden in Danzig

Samuel Echt

Die Geschichte der Juden in Danzig

Verlag Gerhard Rautenberg, Leer/Ostfriesland

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2024

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2024

Schriften des Nordostdeutschen Kulturwerkes

© 1972 by Verlag Gerhard Rautenberg, Leer (Ostfriesland)

Druck: Gerhard Rautenberg, 295 Leer
ISBN Nr. 3 - 7921 - 0095 - 9

Printed in Germany. Alle Rechte vorbehalten

Die Geschichte der Juden in Danzig

INHALT

Vorwort 7

Einführung 9

I. Juden im Danziger Raum bis zur Einverleibung Danzigs in Preußen (1793) 13

Unter den pommerellischen Herzögen (bis 1308) und unter dem Deutschen Orden (1308 bis 1454) / Unter polnischer Hoheit (1454—1793) / Altschottland / Nach der I. Teilung Polens / Juden in der Stadt Danzig (vor 1793)

II. Die Juden in der preußischen Stadt Danzig (1793—1920) 35

Bis zum Kriege 1806—1807 / Im Freistaat Danzig (1807—1814) / Nach Danzigs Rückkehr zu Preußen (1814) / Danzigs fünf Gemeinden / Der Weg zur Einheitsgemeinde / Gründung der Einheitsgemeinde und Bau der Großen Synagoge / Drei Jahrzehnte bis zum Ausbruch des I. Weltkrieges (1883—1914) / Die Danziger Juden im I. Weltkrieg (1914—1918)

III. Die Juden in der Freien Stadt Danzig (1920—1939) 91

1. Ein Jahrzehnt des Aufstiegs / Jüdische Masseneinwanderung aus dem Osten / Ostjüdische Einwanderer in Danzig / Gemeindefinanzen / Vermehrung der Kultusbeamten / Antisemitismus
2. Das Jahrzehnt der Entrechtung und Verfolgung (1930—1939)

VI. Die Juden in Danzig im II. Weltkrieg (1939—1945) 229

Anmerkungen 247

Übersicht über die Vorsteher und Repräsentanten seit 1883 274

Vorwort

Gerne komme ich dem Wunsche des Verfassers und des Herausgebers nach, der Geschichte der Juden in Danzig einige Worte des Geleites auf den Weg zu geben.

Es war wohl im Jahre 1920, daß ich Samuel Echt zum ersten Male in Danzig begegnete. Beide stammten wir aus Ostpreußen, beide fanden wir in Danzig unsere zweite Heimat und, darüber hinaus, die Aufgabe unseres Lebens. Echt stand seit 1913 im öffentlichen Schuldienst der Stadt Danzig und verblieb auch nach Übernahme der Leitung der Jüdischen Volksschule im Jahre 1934 in diesem Schuldienst bis 1939. Darüber hinaus war er in zahlreichen jüdischen Organisationen tätig, gehörte der Repräsentantenversammlung der Synagogengemeinde an und leitete im Rahmen der Jüdischen Centralwohlfahrtstelle die nach dem I. Weltkriege so wichtige Wandererfürsorge.

Als er 1939, bei Auflösung der Jüdischen Gemeinde, auswandern mußte, nahm er wesentlichen Anteil an der Durchführung der Kindertransporte nach England und leitete dort zusammen mit seiner Frau ein Flüchtlingsheim in Birmingham, bis er 1948 nach New York weiter ging. In seiner Arbeit in der Bibliothek der New York University als „Ida Rosenthal Library Fellow in Judaica and Hebraica" setzte er nicht nur seine pädagogische Tätigkeit fort, sondern begann auch, an seiner Geschichte der Danziger Juden zu arbeiten. Im Laufe der Jahre gelang es ihm, ein umfangreiches Werk zu vollenden, welches Simsons klassische Geschichte Danzigs nach der jüdischen Seite hin ergänzte, indem er das Schicksal der Juden in Danzig von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart nachzeichnete. Die umfassenden historischen Kenntnisse des alten Schulmannes, seine innige Verbundenheit mit Danzig und seinen Menschen, seine Verknüpfung mit der von ihm aufgebauten Jüdischen Volksschule, ihren Lehrern und Schülern, bestimmen den Charakter seiner Arbeit.

Die einzigartige Stellung Danzigs im Laufe vieler Jahrhunderte, die politische Rolle, welche der Freien Stadt Danzig in den Jahren 1919—1939 zufiel, haben dazu geführt, daß in den letzten Jahren zahlreiche Arbeiten über Danzig veröffentlicht worden sind. Im Rahmen dieser Darstellungen ist auch das Schicksal der Danziger in kürzerer oder längerer Form behandelt worden; als ehemaliger Syndikus der Danziger Synagogengemeinde habe ich die Aufgabe übernommen, die Periode von 1933—1939 an Hand der Dokumente der Gemeinde zu schildern. Die Aufgabe, die mein Freund Echt sich gestellt hat, ist weit umfassender; seine Darstellung greift weiter zurück und behandelt die Entwicklung der jüdischen Gemeinschaft um und in Danzig von ihren Anfängen bis zur Katastrophe in den Jahren 1933—1945.

Es ist mir eine große Befriedigung, daß er nach fleißiger und mühevoller Arbeit so vieler Jahre sein Werk jetzt im Druck erscheinen sieht, und ich bin sicher, daß alle, die aus eigenem Erleben oder wegen Danzigs besonderer Rolle an dem Schicksal dieser Stadt und ihrer Menschen Interesse nehmen, sein Buch mit Anteilnahme und Bewegung lesen werden.

Wegen seines dokumentarischen Charakters wird das Buch auch in Universitäten, Instituten und Organisationen willkommen sein.

Tel-Aviv, Ende 1971 Dr. Erwin Lichtenstein

Einführung

Vor über 100 Jahren brachte die „Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums" (6. Jg., 1857, S. 305, 321, 401) die erste auf Quellen beruhende Darstellung der Geschichte der Juden zu Danzig. Ihr Verfasser war Dr. Abraham Stein, damals der erste moderne Rabbiner in Danzig. Seine Absicht war, „die so ganz eigentümlichen Verhältnisse der israelitischen Gemeinden zu Danzig, die von Auswärtigen fast durchgehend falsch aufgefaßt werden und seit zehn Jahren einen unlösbaren Knoten in der Gesetzgebung des preußischen Staates abgegeben haben, gründlich zu beleuchten". Damals, zehn Jahre nach dem preußischen Judengesetz von 1847, hoffte er, daß die fünf kleinen, miteinander rivalisierenden Gemeinden vereint würden, und er wollte ihnen vor ihrer Auflösung ein Denkmal setzen.

Als Quellen benutzte er im Danziger Archiv vorhandene Handschriften, ein Gemeindebuch der Altschottländer Gemeinde, beginnend mit dem Jahre 1757, ein Buch der „Chewra Kaddischa" dieser Gemeinde von 1724, ein im Jahre 1848 aufgenommenes Verzeichnis von Grabinschriften und mündliche Überlieferungen.

Ob diese Quellen heute noch vorhanden sind, entzieht sich der Kenntnis des Verfassers; was aber vor 100 Jahren Steins Absicht war, ist uns heute zu heiliger Pflicht geworden. Diese Arbeit, die Steins Ausführungen reichlich benutzt hat, will der großen Synagogengemeinde von Danzig, die aus der Verschmelzung der fünf Einzelgemeinden entstanden war und sich außerordentlich entfaltet hatte, heute aber vernichtet ist, ein Denkmal setzen. Für diejenigen Danziger Juden, die „das Elend gesehen" haben und dem Naziterror entronnen sind, will es als Gedenkbuch die Erinnerung an Danzig wachhalten; ihren Kindern und Kindeskindern in neuen Heimatländern will es Fragen nach der alten Heimat und Gemeinde beantworten.

Darüber hinaus will die Arbeit einen Beitrag zur jüdischen Geschichte liefern. — Seit der Zerstörung des jüdischen Staates durch die Römer ist die bis dahin an Staat und Land gebundene einheitliche Geschichte der Juden eine Geschichte der über die ganze Welt verstreuten Gemeinden, der „Kehilloth", geworden, und jede einzelne Gemeinde bildet mit ihrem Eigenleben einen Stein in dem großen Mosaik des Weltjudentums.

Die deutschen Gemeinden sind tot, und es ist die Pflicht der Überlebenden zu „gedenken", noch vorhandene Dokumente und Akten zu sammeln und das Erlebte für die Geschichte festzuhalten. Wenn künftige Historiker darangehen werden, dem Buch der jüdischen Geschichte das blutgetränkte Kapitel anzufügen, das wir erlebt haben, wird ihnen bei der Suche nach Quellen auch die begrenzte Geschichte einer Einzelgemeinde willkommen sein. Dabei glauben wir, für Danzig besondere Aufmerksamkeit beanspruchen zu dürfen.

Die einzigartige Geschichte dieser Stadt, ihre Bedeutung als Brücke zwischen Slawentum und Deutschtum ein Jahrtausend hindurch, vor allem die ihr vom Völkerbund nach dem I. Weltkrieg gegebene Möglichkeit, sich als Freie Stadt in der Erfüllung dieser auf Grund der Lage natürlichen Aufgabe neu zu bewähren, hatten Danzig vor Ausbruch des II. Weltkrieges in das Blickfeld des Weltinteresses gerückt. Danzig war eine rein deutsche Siedlung — in slawischem Land gegründet; die Stadt bewahrte ihren deutschen Charakter, gehörte aber nur eine kurze Zeitspanne ihrer Geschichte auch politisch zu Deutschland; sie war

dreimal eine freie Stadt und dennoch nie völlig frei und unabhängig. Sogar bei der Namensgebung dieses „Schmerzenskindes des Völkerbundes" gab es manchen Streit, ehe der Name „Freie Stadt" festgelegt wurde.

Danzig, die alte Stadt, wie wir sie kannten und liebten, als wir sie verlassen mußten, ist nicht mehr. Zuerst hatte die Stadt in den sechs Jahren des Naziterrors von 1933—1939 ihre demokratische Freiheit verloren und ihre Juden vertrieben; dann war sie 1939 Ausgangspunkt des II. Weltkrieges geworden und hatte mit der Eingliederung in das III. Reich auch ihre politische Freiheit und Selbständigkeit eingebüßt. Nach weiteren sechs Schreckensjahren des Krieges 1939—1945 versank die Stadt in Schutt und Asche; der materiellen Vernichtung folgte die Vertreibung ihrer deutschen Einwohner. Die Danziger Juden nahmen an dem letzten tragischen Akt der Danziger Geschichte nicht mehr teil, weil sie bereits Jahre vorher zu Heimatlosen in der eigenen Heimat gemacht und schließlich aus ihr vertrieben worden waren.

Dankbar sei anerkannt, daß das deutsche Wiedergutmachungsgesetz die in Danzig wohnhaft gewesenen Juden zusammen mit der übrigen Danziger Bevölkerung als Vertriebene betrachtet und zu entschädigen sucht. Dennoch können wir unser Schicksal nicht dem der vertriebenen nichtjüdischen Danziger gleichsetzen. Sie sind von ihrem Mutterlande mit offenen Armen aufgenommen worden; für die Entrechtung und Vertreibung der Danziger Juden durch die NSDAP hatte die Mehrheit der Danziger Bevölkerung bis zum Ende des Krieges kein Verständnis, und mit kühlem Achselzucken sah man die jüdischen Mitbürger in eine ungewisse Fremde wandern. — Dennoch trauern auch wir um die zerstörte Stadt und verstehen die Hoffnungen und Wünsche der nach uns vertriebenen Danziger. Immer wird unsere Generation mit Liebe der Zeiten gedenken, da uns Danzig die Heimat war, der wir uns mit ganzem Herzen verbunden fühlten; da wir in Eintracht mit unseren nichtjüdischen Mitbürgern für unser Land arbeiteten und kämpften, für seine Wohlfahrt beteten und in seinem Heil auch das unsere sahen.

Wir können aber auch das Furchtbare nicht vergessen, das die Heimat uns angetan hat, und unwillkürlich drängt sich die Frage auf: War hier die Weltgeschichte auch das Weltgericht, war Danzigs Schicksal auch Danzigs Schuld? — Persönliches Schicksal und berechtigte Empörung sollen das Urteil nicht trüben. Danzigs Geschichte lehrt, daß die Stadt wegen ihrer Lage nicht immer Herr des eigenen Willens und Schicksals gewesen ist. Wir wissen, daß die 1920 geschaffene Freie Stadt, gegen ihren Willen vom Reich getrennt, ernstlich bemüht war, ihre neuen Aufgaben zu erfüllen, und daß die wertvolle Mitarbeit der Juden dabei sehr erwünscht gewesen ist. Wir wissen aber auch, wie leicht der Nationalsozialismus seine Macht über Danzig ausbreitete, und wie unter Mitwirkung verantwortlicher Danziger Stellen Hitlers Agenten, vor allem der verbrecherische Gauleiter Albert Forster, vor den Augen des Völkerbundskommissars und der Vertretung Polens die Danziger Verfassung brachen und die Stadt für die Rückkehr ins Reich reif machten. Schuld oder Schicksal, freier Wille oder Vergewaltigung? Es ist nicht Aufgabe dieses Buches, die Frage zu prüfen.

Einzigartig und wechselvoll wie die Geschichte der Stadt Danzig ist auch die Geschichte ihrer Judengemeinde. Sie unterscheidet sich von der Geschichte anderer vernichteter Gemeinden sowohl in ihrem Aufstieg und ihrer Blüte wie in ihrem tragischen Untergang. Der Verfasser war bemüht, die Wechselbeziehungen zwischen der Geschichte der Stadt

Danzig und der Geschichte ihrer Juden darzustellen und dabei aufzuzeigen, was die Danziger Heimat den Juden gegeben, und was die Stadt ihren Juden verdankt.
Steins Geschichte der Juden von 1857 ist erheblich ergänzt und bis zum Untergang der Gemeinde fortgeführt worden. Darüber hinaus wurde versucht, durch Blicke in die Nachbargebiete die Beziehungen der Danziger Juden zu den Juden der altpreußischen Gebiete sowie Polens aufzuzeigen, endlich auch, soweit in diesem Rahmen möglich, das Schicksal der Danziger Juden in ihren neuen Heimatländern zu verfolgen.
Allen Danzigern, Juden wie Nichtjuden, die zur Sammlung des Materials und Klärung mancher Fragen beigetragen haben, sei herzlichst gedankt. Besonderen Dank schuldet der Verfasser dem früheren Syndikus der Danziger Synagogengemeinde, Dr. Erwin Lichtenstein, der aus persönlicher Kenntnis des Geschehens und seiner in der Danziger Gemeindearbeit gewonnenen Erfahrungen viele wertvollen Anregungen geben konnte, ferner Dr. Herbert Levy, der das Manuskript einer eingehenden Durchsicht unterzogen und als einstiger Vorsitzender der Zionistischen Ortsgruppe in Danzig dazu wertvolle Ergänzungen geliefert hat.
Danken möchte ich auch dem Nordostdeutschen Kulturwerk, Lüneburg, und seinem Leiter, dessen tatkräftigem Einsatz es zu verdanken ist, daß acht Jahre nach seiner Entstehung das Buch in dieser seiner heutigen Form erscheinen kann; und schließlich, last not least, Herrn Diplom-Volkswirt Rudolf Neumann, der sich aus dem Gefühl der Verpflichtung seiner Heimatstadt Danzig gegenüber und in stetem Gedenken an seine toten jüdischen Freunde gern der Mühe unterzogen hat, das Manuskript durchzuarbeiten und für den Druck vorzubereiten.

New York, 1972 Samuel Echt

Kapitel I

Juden im Danziger Raum bis zur Einverleibung Danzigs in Preußen (1793)

Unter den pommerellischen Herzögen (bis 1308) und unter dem Deutschen Orden (1308—1454)

Als Danzig 997 erstmalig (in dem Bericht über die Mission Adalberts von Prag) erwähnt wird, herrschten dort die Pommerellenherzöge, die an der Weichselmündung ihre Residenz hatten. Diese Siedlung hatte im 10. und 11. Jahrhundert rege Handelsbeziehungen zu Polen und Böhmen, und da in diesen Ländern schon damals die Juden festen Fuß gefaßt hatten[1], dürfen wir annehmen, daß bereits in der Zeit der pommerellischen Herzöge Juden nach Danzig gekommen sind und mit der einheimischen Bevölkerung Handel getrieben haben. Allerdings sind in dieser Periode an der Weichselmündung jüdische Ansiedlungen nicht nachzuweisen (im westpreußischen Deutsch-Krone sollen im Jahre 1085 Juden gewohnt haben).

Als um 1224 von dem Pommerellenherzog Swantopolk II. die deutsche Marktsiedlung zur Stadt nach deutschem Recht erhoben wurde, hatte sie keine Juden, denn nach dem ihr verliehenen lübischen Recht konnte Bürger nur werden, wer deutscher Art und Zunge war. Weit zurück lagen die Jahrhunderte, in denen der Jude bei der Gründung und Entwicklung der deutschen Städte willkommen war. Zur gleichen Zeit, da Danzig Stadtrecht erhielt, wurden im Deutschen Reich die Juden durch Friedrich II. zu „Kammerknechten" gemacht. Die junge Stadt Danzig, in dieser den Juden so ungünstigen Zeit gegründet, duldete keine jüdische Ansiedlung, kannte aber auch keine Ghettos und Austreibungen.

Dieser Zustand blieb unverändert, nachdem der Deutsche Orden 1308 die Stadt besetzt hatte. In den nächsten 150 Jahren standen an der Weichselmündung Orden und Stadt im Kampf um die Handelsrechte; sie waren sich aber in einer Sache einig: in ihrer gemeinsamen Ablehnung der Juden. Nachdem der Hochmeister Siegfried von Feuchtwangen 1309 bestimmt hatte, daß in Preußen „kein Jude und kein Zauberer" geduldet werden solle, gab es im Ordenslande, also auch in Danzig, keine Juden. Die Stadt, die sich unter der Ordensherrschaft als Mitglied der Hanse zu einer bedeutenden Handelsstadt entwickelte, schloß die Juden von jeder Teilnahme an ihren Freiheiten aus.

Die Abwehr galt nicht nur den Juden, sondern allen Fremden. Die Vorteile der Lage waren aber allzu groß, als daß nicht aus allen Gegenden Zuwanderer gekommen wären; sofern die Stadt sie zurückwies, siedelten sie sich in ihrer Nähe an. Der Bischof von Kujawien, der vor den Toren der Stadt (auf dem Bischofsberg) seinen Palast hatte, und der Abt von Pelplin waren im Besitz des umliegenden Gebietes; sie gestatteten die Ansiedlung, die für sie eine wichtige Einnahmequelle wurde. Zur Zeit des Hochmeisters

Winrich von Kniprode (1351—1382) gründeten schottische Leineweber die Siedlung Altschottland, neben der als weitere Niederlassung der in Danzig unerwünschten Fremden der Ort Hoppenbruch entstand.
Solange die Ordensherrschaft bestand, waren auch hier die Juden nicht zugelassen; sie sind daher bis um die Mitte des 15. Jahrhunderts urkundlich nicht erwähnt. Es erscheint aber sicher, daß damals Juden auf dem Wege über Altschottland und Hoppenbruch mit dem Danziger Handel in Berührung standen, da sie auch als Vermittler für den Handel mit dem Osten, insbesondere den Getreide- und Holzhandel, gebraucht wurden.

Unter polnischer Hoheit (1454—1793)

Im II. Thorner Frieden verlor der Deutsche Orden Danzig und ganz Westpreußen; er behielt nur noch Ostpreußen als polnisches Lehen. Ostpreußen blieb den Juden weiter versperrt, während Westpreußen ihnen nunmehr offenstand. Die Stadt Danzig, die sich die Rechte einer Freien Stadt gesichert hatte, konnte sich von ihren mittelalterlichen Vorurteilen gegen die Juden nicht befreien; sie hatte bereits 1454 unter zahlreichen Privilegien auch die Zusicherung erlangt: „kein Lombarde, Nürnberger, Schott-Engländer oder Jude soll der Stadt Freiheiten genießen".
Es muß König Kasimir nicht leicht gefallen sein, Danzig dieses Privileg gegen die Juden zu gewähren, nachdem er 1447 den Juden das große Privileg des Herzogs Boleslaw von 1264 (durch Kasimir den Großen 1334 und 1337 erneuert) bestätigt hatte, das mit seinen 34 Paragraphen wohl das toleranteste Judenprivileg des Mittelalters war. Dazu hatte er ein Jahr vor dem Danzig gewährten Privileg den Juden einen weiteren Gnadenbrief erteilt[2].
Als der König 1457 nach Danzig kam und ihm die Bevölkerung zujubelte, wußten „die klugen Rechner im Rat den Besuch zur Gewinnung zahlreicher Rechte auszunutzen" (P. Simson); u. a. wurde das Privilegium Casimirianum vom Jahre 1454, wonach kein Fremder, ob Nürnberger, Lombarde, Engländer, Flame oder Jude, ohne Erlaubnis des Rates das Recht habe, in Danzig Handel zu treiben oder zu wohnen, am 15. Mai 1457 bestätigt. — Während der König der Stadt Danzig diese Privilegien gab, setzte er gleichzeitig in Polen seine Toleranz gegenüber den Juden fort. Trotz der von dem päpstlichen Legaten Johann Capistrano erwirkten Aufhebung der den Juden gewährten Privilegien begünstigte der König nach wie vor die Einwanderung der Juden, um dadurch den Handel seiner Länder zu heben. Als Herr über das Ordensland gewährte er den Juden Geleitbriefe, ihren Handel auch dort treiben zu dürfen. Die älteste Urkunde im Danziger Archiv, die Juden betraf, war ein Geleitbrief König Kasimirs, ausgestellt im Jahre 1476, für die Juden Zub und Michael, die darin die Erlaubnis erhielten, in den preußischen Landen Handel zu treiben.
Danzig teilte diese Toleranz gegenüber den Juden nicht, zumal neben wirtschaftlichen Gründen die durch religiösen Fanatismus erzeugte judenfeindliche Atmosphäre der Zeit verstärkt auf den Ausschluß der Juden hinwirkte. In den Nachbarländern (in Schlesien 1455, in der Mark Brandenburg 1446, 1510 und 1573) wurden die Juden verbrannt und vertrieben. Ein großer Teil der vertriebenen Juden ging nach Böhmen oder Polen, so auch

in das benachbarte polnische Westpreußen, wo sie mit zum Grundstein der um Danzig entstehenden jüdischen Gemeinden wurden.

Danzig wehrte sich gegen die von Polen den Juden gewährten Handelsfreiheiten[3]; wiederholt versuchte die Stadt, die Juden am Besuch der Danziger Märkte zu behindern. In einer Aufforderung Königs Sigismund III. an Bürgermeister und Rat zu Danzig hieß es im Jahre 1616: „Dieser habe auf die instantis infidelium, der Juden Isaac Joenbower aus Krakau, Abraham Salomon aus Posen, Jelen aus Lublin, Wolf aus Leopoldi, daß die Danziger contra jura publica regni nostri et consuetudinem antiquam durch ein Privatedict sie vom Handel ausgeschlossen, wodurch ihnen ein Schaden von 100 000 Goldgulden entstanden sei, sich wegen dieser Klage zu verantworten, da jene literis mandati berechtigt waren, zum Handel zugelassen zu werden“ [4]. In einer „Supplication des Jochim und Isaac Manres, beide Juden von Posen und Abgesandte der jüdischen Nation“, wird um die Zulassung zum Danziger Dominiksmarkt gebeten. „Wir haben uns sehr zu beklagen, daß wir während des Dominik in Schottland liegen müssen, ohne in die Stadt kommen zu dürfen. Wir bitten um Erlaubnis, nur des Vormittags in die Stadt zu kommen. Wir wollen durchaus keinen Handel treiben und den Bürgern nicht lästig werden; wir wollen nur Antwort ausbitten auf unsere vorjährige Supplication, betreffend die Restitution der Juden, daß sie nämlich zu Dominik und Martini in die Stadt kommen und mit den Bürgern zu handeln dörften.“

Obgleich die Juden außerhalb der Jahrmarktszeiten in der Stadt nicht geduldet werden sollten, blieben jüdische Kaufleute in Danzig. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts hatten sie auf Langgarten ihre Herberge und hielten dort, unbekümmert um den Spott der Vorübergehenden, regelmäßige Gottesdienste. Im Jahre 1605 machte Thorn, das von Krakauer Kaufleuten immer mehr zugunsten Danzigs übergangen wurde, den Danziger Rat darauf aufmerksam, daß sich in Danzig eine Synagoge befände (Simson, S. 346). Der Rat verbot dem Wirt, in seinem Hause jüdische Gebräuche zu dulden; den Juden verbot er, ihre Religionszeremonien „lautbar und mit Geschrey allhier zu pflegen und zu verrichten“ (Danziger Stadtarchiv 9, 313, 11, 200). Eine Ausweisung unterblieb, da die Juden, welche im Dienst polnischer Adliger standen, einen Teil des Handels beherrschten. Die Juden, von denen einige ihre Familien mitgebracht hatten, hielten weiter Gottesdienste und gingen unbelästigt ihren Geschäften nach. Zeitweilig sollen sich 400—500 Juden in Danzig aufgehalten haben (Angaben der Ordnungen 1616; D. St A. 10, 20; Simson).

Im Jahre 1616 forderte die III. Ordnung die Ausweisung der Juden. Die Ordnung klagte über den Wettbewerb und die Unehrlichkeit der Juden, ihre Religion und gottlosen Gebräuche, über ihre Feindschaft gegen die Christen. Kein Jude sollte länger als einen Monat in Danzig geduldet werden. Der Rat war bereit, die unliebsamen Gäste sehr zu beschränken, ihnen nur das Wohnen auf Langgarten zu erlauben und den jüdischen Mietern wie ihren Vermietern hohe Abgaben aufzuerlegen. Ihre Gottesdienste sollten verboten werden; wer solche in seinem Hause gestatte, solle das Bürgerrecht verlieren. Die III. Ordnung war damit nicht zufrieden, und der Rat befahl allen Juden, Danzig in Monatsfrist zu verlassen (18. November 1616, D. St. A. 33 B, 41). In einer umfangreichen Eingabe suchten die Juden nachzuweisen, wie wertvoll sie für Danzigs Handel seien und baten um Aufschub bis zum Frühjahr zur Abwicklung ihrer Geschäfte. Sie wurden abgewiesen und hatten die Stadt in einem Monat zu verlassen[5].

Auf die Klagen der Juden von Krakau, Posen, Lublin und Lemberg befahl der König dem Danziger Rat, den Handel der Juden nicht zu behindern und ihre Rechte nicht zu schmälern (D. St. A. 35 B, 41; 3. und 10. 12. 1616; 22. 4. 1617). Während der Prozeß am Hofe schwebte, baten die in Lublin versammelten Juden den Danziger Rat, vier Abgeordneten zu Verhandlungen über eine Erweiterung der Aufenthaltserlaubnis zum Dominiksmarkt um je acht Tage vor- und nachher Geleit zu erteilen (D. St. A. 35 B, 41). Als der Bitte entsprochen wurde, legte die Abordnung am 25. Juli 1617 eine Bittschrift vor. Die III. Ordnung blieb hartnäckig; sie beschuldigte die Unterhändler, ihren Aufenthalt zu unlauteren Geschäften zu mißbrauchen und behauptete, daß, wo die Juden hinkämen, „nur allerley unglück, kindermordt und vergießung christlichen blutts verfahre". Wegen dieser Haltung der III. Ordnung ließ der Rat die Bittschrift unbeantwortet. Inzwischen begann der Dominik, und die anwesenden Juden mußten am 11. August die Stadt verlassen; in Schottland verbliebene Vertreter verhandelten weiter, ohne bis zum Jahresende eine Antwort zu erhalten. Obwohl die Juden von Polen aus sehr unterstützt wurden, lehnten die Ordnungen am 22. Dezember alle Verhandlungen ab. Als die Juden das Gesuch, vor und nach dem Dominik acht Tage in der Stadt bleiben zu dürfen, 1618 wiederholten, waren Rat und Schöffen geneigt, nachzugeben; aber die III. Ordnung verharrte in ihrer Ablehnung. Im nächsten Jahr erhielten die Juden vom Rat, ohne die III. Ordnung zu befragen, die Erlaubnis, drei Tage über den Dominik hinaus in der Stadt zu verbleiben; 1620 erlaubte der Rat den Juden sogar, vor und nach dem Dominik je vier Tage zu bleiben. Der Widerstand der III. Ordnung, die den Juden sogar die Benutzung der zur Stadt führenden Landstraßen verwehren wollte, blieb unbeachtet.

Weiter ist der Rat nicht gegangen: den Juden wurde weder der freie Handel, noch der dauernde Aufenthalt in Danzig gestattet. Die Ordnungen erklärten, Gott nicht genug dafür danken zu können, daß die Stadt durch das Edikt von 1616 „dieses schädliche und landverderbliche ungezifer losgeworden". Dennoch handelte der Rat, in dem die Großkaufleute saßen, großzügiger als die Krämer und Handwerker; er duldete es, daß in den folgenden Jahren trotz aller Beschränkungen Juden zu längerem Aufenthalt nach Danzig kamen. Die Juden genossen dabei die Unterstützung und den Schutz der polnischen Wojewoden, und dieser Schutz wurde immer wichtiger.

Danzig, Thorn und Elbing standen um diese Zeit völlig unter dem Zeichen der Reformation, deren Sieg in diesen Städten Polen nicht hindern konnte. Die religiösen Kämpfe mögen dazu beigetragen haben, daß jüdische Bittsteller bei den polnischen Ämtern stärkere Unterstützung fanden.

Altschottland

Die bereits erwähnte „Supplication"des Jochim und Isaac Manres erwähnt Schottland als den Ort, in dem sich die Juden aufhielten, wenn sie nicht in die Stadt hineinkommen konnten. Dieses Dokument ist das erste, das von Juden spricht, die sich in Schottland aufgehalten, d. h. dort auch gewohnt haben. Als nämlich im II. Thorner Frieden Westpreußen polnisch wurde, kam das Gebiet um Danzig mit Altschottland, Hoppenbruch, Stolzenberg, Weinberg und Langfuhr zu Polen, und dort fanden die von Polens

Königen, Grafen und Bischöfen mit Geleitbriefen versehenen Juden eine Zuflucht. Langsam bildete sich in diesen polnischen Orten, die im Besitz des Bischofs von Kujawien, des Abts von Pelplin sowie polnischer Grafen waren, jüdische Gemeinden, während Danzig ohne Juden blieb. In dieser Zeit können wir wohl von Juden *um*, aber nicht *in* Danzig sprechen. Im Gegensatz zu den deutschen Städten kannte Danzig, das keine Juden hatte, innerhalb seiner Mauern kein Ghetto; aber auf den die Stadt umgebenden Höhen bildeten sich jüdische Gemeinden, und sehnsüchtig mögen die Juden auf die Stadt zu Füßen der Berge hinabgeschaut und auf die Zeit gewartet haben, da sich ihnen ihre Tore öffnen würden. — Die Stadt irrte in dem Glauben, mit der Ausschließung der Juden aus der Stadt sie auch vom Handel ausschließen zu können. In Altschottland und Hoppenbruch entwickelten sich Handel und Gewerbe so stark, daß Danzig zu scharfen Maßnahmen gegen diese Konkurrenz gezwungen war[6]. Altschottland, das im 16. Jahrhundert dreimal zerstört wurde, konnte immer wieder aufgebaut werden; ebenso die Gemeinde. Zwar wurde die Gemeinde 1710 von ihrem Beschützer, dem Bischof von Kujawien, ausgetrieben, doch finden wir schon 1725 wieder eine wohlgeordnete Gemeinde der Juden in Altschottland und Hoppenbruch. Das ergibt sich aus dem Protokollbuch der Chewra Kaddischa, das von 1724—1848 (in hebräischer Schrift, teilweise auch in hebräischer Sprache) ziemlich regelmäßig geführt ist[7]. — Wir hören von Handelsreisen Danziger Juden zur Leipziger Messe[8]. Danziger Juden werden im Ermlande genannt.

Schon frühzeitig vereinigten sich die Juden von Altschottland und Hoppenbruch zur Gemeinde Altschottland; die Juden von Weinberg und Stolzenberg bildeten die Gemeinde Weinberg. Die Gründe sind unbekannt; die ältesten handschriftlichen Quellen, die sich bei der Danziger Gemeinde befanden, waren das Gemeindebuch von Altschottland, das mit dem Jahre 1757 begann, und das Buch ihrer Chewra Kaddischa, das bis 1724 zurückging. Im Jahre 1757 hatte die kleine Gemeinde Altschottland, die nur 46 beitragzahlende Mitglieder besaß, einen Ausgabe-Etat von 3000 Florin; die Ausgaben stiegen 1767 auf 4644 fl., 1768 auf 6117 fl. und 1772 auf 13 139 fl. (In diesem Jahre der I. Teilung Polens wurde die Gemeinde preußisch und hatte an die preußische Armee eine Kontribution von 2000 fl. zu leisten und für 1270 fl. Fleisch zu liefern.) Ein Blick in den Etat ist überaus aufschlußreich. Nur ein Sechstel der Ausgaben diente positiven Zwecken der Gemeinde; der weitaus größere Rest der Gelder wurde verwandt, um den Schutz der großen und Ruhe vor den kleinen Herren zu erkaufen. Das zu zahlende Judenschutzgeld betrug 1000 fl.; dazu kamen Strafgelder von 1200 fl., Geschenke und Bestechungsgelder an Richter und Beamte sowie Verluste durch aufgezwungene Käufe von ausländischen Münzen, staatlichen Monopolwaren und Lotterielosen. Die Schulden der Gemeinde betrugen 1500 fl. — Der Etat zeigt das schmachvolle Bild der Ausplünderung der Juden durch Schutzherren und Behörden, durch Klöster und Stadtväter, durch Richter und Polizisten — wie es damals im polnischen Westpreußen, überhaupt in ganz Polen, üblich war.

Die Jahrzehnte vor dem Untergang des einst mächtigen Reiches waren für die Polen, und mehr noch für die Juden, unendlich traurig. Im Lande herrschte politische Anarchie. Mit der Schwächung der Königsmacht hatten die Juden ihren höchsten Schutzherrn verloren; die Sachsenkönige, die sich kaum um das Land kümmerten, waren nur darauf bedacht, die stark erhöhte Kopfsteuer der Juden durch die „Kahale“ [9] einzuziehen, die schließlich unter einer gewaltigen Schuldenlast zusammenbrachen.

Demgegenüber erscheint die Schuldenlast der Gemeinde Altschottland sehr gering. Trotz der Unsicherheit der Zeit und schwerer Lasten sorgte die kleine, bereits wohlorganisierte Gemeinde mustergültig für die Befriedigung der religiösen Bedürfnisse ihrer Mitglieder. Schon 1724 bei Eröffnung des Chewra-Buches besaß die Gemeinde eine Synagoge, die aus der „Großen" und der „Oberen" Synagoge bestand.

In der Oberen Synagoge fanden die Gottesdienste der Chewra statt. Die Chewra spielte in der Gemeinde eine solche Rolle, daß wir daraus wohl schließen können, die Juden Altschottlands müssen ursprünglich aus solchen großen jüdischen Zentren wie Frankfurt, Breslau, Wien oder Prag gekommen sein, in deren Ghettos die Chewra für das jüdische Leben im Mittelalter so typisch gewesen ist[10]. — Schon 1777 baute die Chewra Altschottlands ein Krankenhaus und stellte einen Arzt sowie zwei Wärter und zwei Wärterinnen an. Der erste Arzt, Phöbus, Sohn des Meschullam aus Prag, hatte neben dem Krankenhaus auch die Armen der Gemeinde zu versorgen; er erhielt ein Gehalt von 20 Dukaten (die Chewra zahlte $7^1/_2$, die Gemeinde $12^1/_2$ Dukaten). Seine Forderung, ihm zu gestatten, in seinem Hause einen eigenen Minjan zu halten, da er möglicherweise den Gemeindegottesdienst nicht pünktlich besuchen könne, wurde ihm unter der Bedingung erfüllt, daß zu dem Minjan — um die Einkünfte der Gemeinde nicht zu schmälern — keine Gemeindemitglieder gehören dürften. Dies ist ein neuer Beweis dafür, daß in Altschottland ständig Juden, die nicht zur Gemeinde gehörten, als Gäste weilten; nur in diesem Fall hatte die Bedingung einen Sinn. — Die Chewra sorgte auch für die Unterhaltung des Friedhofs und konnte Überschüsse an die Gemeinde abführen.

Das Gemeindebuch Altschottland erwähnt aus jener Zeit auch Vorbeter und Sänger, Schächter und Reiniger sowie eine Mikwa, an der zwei Frauen angestellt und feste Tarife eingeführt waren.

Als Gemeinderabbiner wirkte von 1752—1780 Rabbi Elchanan, der vorher Rabbiner in Fordon gewesen war, und dessen aus Polen stammender Vater in Bonn Rabbiner für die Kölnischen, Arnsbergischen und Münsterschen Lande war[11]. „Selten ist ein Rabbiner wegen seiner Gelehrsamkeit[12] und Rechtlichkeit, Friedfertigkeit und Bescheidenheit so beliebt bei seiner Gemeinde gewesen wie Rabbi Elchanan" (Dr. Stein).

Die Armenpflege der Gemeinde sorgte nicht nur für die eigenen Armen, sondern auch für durchreisende Kaufleute, für Raws, Chasanim und Prediger, die häufige Gäste waren; sie wurde auch von fremden Armen stark in Anspruch genommen. Der Etat weist einen größeren Betrag für die Auslösung von Gefangenen auf; es waren meist arme Kaufleute und Wanderer, die sich gegen die Vorschriften des Leibzolles oder der Warenverzollung vergangen und nicht die Mittel hatten, sich aus dem Gefängnis auszulösen. Es war Sache des Rabbiners, sich dieser Armen anzunehmen, und der hierfür verfügbare Fond mußte oft verdoppelt oder verdreifacht werden. Die Gemeinde zahlte auch Beiträge für Studierende in Lissa und Posen sowie zur Unterstützung der Armen in Palästina; wir finden auch Unterstützungsbeiträge für andere Gemeinden, vor allem zum Wiederaufbau nach Katastrophen.

Die Gemeinde Altschottland konnte auf ihre Organisation und ihre Institutionen stolz sein; sie wachte aber auch eifersüchtig darüber, daß ihre Einrichtungen nicht von Fremden ausgenutzt wurden. Bezeichnend ist ein Beschluß vom 27. Kislew 5537 (1777), „daß von heute und weiter nur Kinder von wirklichen Mitgliedern unserer Gemeinde in unserer

großen Synagoge sollen beschnitten werden". Dieser Beschluß sollte in erster Linie ein moralischer Protest gegen die Fremden sein, die Namenlose und Findelkinder in die Gemeinden gebracht hatten. Wie aus dem weiteren Wortlaut[13] ersichtlich, richtete sich der Beschluß ausdrücklich auch gegen die Nachbargemeinde Weinberg, was sich aus den damaligen Umständen erklärt.

Im Jahre 1772 waren Altschottland wie Weinberg preußisch geworden, und die bisher benötigten bischöflichen Schutzbriefe für den Aufenthalt in Altschottland verschwanden; desgleichen die klösterlichen Schutzbriefe für Weinberg und Stolzenberg. Die nunmehrige Freizügigkeit innerhalb des preußischen Gebietes brachte vor allem nach Altschottland erwünschten wie unerwünschten Zuzug, wobei für die unfreundliche Haltung gegenüber der Weinberger Gemeinde entscheidend war, daß diese Gemeinde immer arm, die Zusammensetzung und Herkunft ihrer Mitglieder eine andere war. Dorthin waren weniger bemittelte Juden aus der polnischen Nachbarschaft gezogen, die weder dem Bischof von Kujawien das hohe Schutzgeld noch der Gemeinde Altschottland verhältnismäßig hohe Beiträge zahlen konnten. Die Weinberger zahlten an die Klosterherren von Pelplin ein geringes Schutzgeld; sie unterhielten zwar eine eigene Synagoge, benutzten aber den Friedhof der Altschottländer Gemeinde auf dem Stolzenberg. Da ihre Gemeindebücher, wenn solche geführt wurden, verlorengegangen sind, ist unsere Kenntnis der Anfänge der Weinberger Gemeinde recht lückenhaft. Zum Teil mögen die Weinberger Juden Nachkommen von Flüchtlingen aus der Ukraine, Wolhynien, Podolien und Galizien gewesen sein, die nach 1648 den Metzeleien der Kosaken Chmielnizkijs entronnen waren.

Vergleichsweise kann man sagen, daß, wenn die Stadt Danzig als Schauplatz des Handels die Bühne war, die Juden Altschottlands auf den teuren Plätzen, unmittelbar vor dem Vorhang, den Stadttoren saßen, die Weinberger Juden dagegen die billigeren Plätze auf dem Weinberg und dem Stolzenberg einnahmen. Beide Gruppen waren, der Stadt Danzig als Zaungäste gleich unerwünscht, durch einen dichten Vorhang von Sondergesetzen von der Danziger Bühne getrennt, bis durch Errichtung der Altschottländer Messe der Zuschauerraum zur Bühne wurde.

In diesem Bild sind als weiterer Balkon noch die Höhen von Jäschkental im Norden der Stadt zu nennen, wo unter dem Schutz polnischer Grafen stehende Juden die Gemeinde Langfuhr gebildet hatten. Auch über ihre Anfänge wissen wir nichts; das Gemeindebuch begann mit dem Jahre 1775, also in einer Zeit, da Langfuhr bereits preußisch war und der Handel von Neufahrwasser über Langfuhr nach Altschottland ging. Damals zählte die Gemeinde 47 Mitglieder, die jährlich 48 fl. Beitrag (weniger Bemittelte 24 fl.) zahlten. Der Gemeinde-Etat betrug 1753 fl., die Schulden der Gemeinde betrugen 609 fl. Die Gemeinde, die 912 fl. Schutzgeld zahlte, besaß eine schöne Synagoge, einen eigenen Friedhof auf Zinglershöhe, aber keinen eigenen Rabbiner. Ihre Beziehungen zu Altschottland waren enger und freundschaftlicher, als die der Weinberger Gemeinde. Zu dem Gehalt des Rabbiners Elchanan, der zu ihren Gemeindebeschlüssen hinzugezogen wurde, zahlte sie 100 fl. jährlich und kann daher als Filialgemeinde Altschottlands angesehen werden.

Im Jahre 1782 verbanden sich die drei Gemeinden Altschottland, Weinberg und Langfuhr zu einem Rabbinat; ihr erster gemeinsamer Rabbiner wurde H. Meier Posner, der später den Familiennamen Munk annahm und seines Amtes 21 Jahre bis zu seinem Tode

(17. Februar 1803) waltete. Er war vorher Rabbiner in Meseritz und Königsberg (Neumark) gewesen und galt als gelehrter und scharfsinniger Talmudist[14].
Wenn die drei Gemeinden sich in den letzten Jahrzehnten vor Polens Untergang trotz aller Schwierigkeiten recht günstig entwickelten und diese Entwicklung sich in den beiden Jahrzehnten nach der Eingliederung Westpreußens in den preußischen Staat (1772 bis 1793) trotz der feindseligen Haltung der Stadt Danzig fortsetzte, so erklärt sich diese Tatsache durch die preußische Judenpolitik bzw. die von Friedrich dem Großen nach der I. Teilung Polens (1772) gegenüber Westpreußen und Danzig befolgte Politik.

Nach der I. Teilung Polens

Der brandenburgisch-preußische Staat hat bei grundsätzlicher Ablehnung der Juden sie jeweils dort geduldet, wo sie ihm für den Ausbau der Wirtschaft, vornehmlich des Handels, unentbehrlich schienen. Der Große Kurfürst hat den zwischen Ostpreußen und Pommern-Brandenburg wohnenden Juden Privilegien gewährt, um ihren Handel in und mit Polen seinem Lande nutzbar zu machen. Von solchen Privilegien haben auf Grund ihrer Lage gerade auch die Juden von Altschottland, unter denen manche Nachkommen der 1573 aus der Mark vertriebenen Juden gewesen sein mögen, Gebrauch gemacht. Das erste Judenprivileg des Großen Kurfürsten vom 20. August 1650 gestattete „demütigst bittenden Juden in Polen, auf sieben Jahre in der Kurmark Handlung zu treiben". Unter ihnen dürften Mitglieder der Gemeinden um Danzig gewesen sein, denn ein Gesuch zweier Juden an die Regierung in Stargard in Pommern nennt als die Gegenstände jüdischen Handels Tapeten, Leder, Zobel und Rauchwerk, die von Polen nach Danzig gingen, wobei die Vermittler Juden von Altschottland waren.
Bei ihren Gesuchen wurden die Juden von dem Adel unterstützt, während die Städte, auf alte Privilegien pochend, sich entschieden gegen jede jüdische Niederlassung wehrten. So bewahrte Stettin nach der Eingliederung (1677) seine Privilegien und duldete weiterhin keine Juden. Dagegen bildete sich zu Beginn des 18. Jahrhunderts, während Danzig unter dem Druck der III. Ordnung die Juden ausschloß, in Königsberg eine jüdische Gemeinde, wobei von ihren 36 Familien jedoch nur drei Schutzjuden waren. Diese Lage war eine Folge der preußischen Politik, zwar unentbehrliche Juden zu dulden, gleichzeitig aber ihre Vermehrung in Preußen zu verhindern.
In diesem Sinne wurden die Rechtsverhältnisse der Juden in Preußen geordnet, insbesondere in dem Generalprivilegium Friedrich Wilhelms I. vom 29. September 1730, das auch seinem Nachfolger Friedrich dem Großen die Grundlage für die Behandlung der Juden bot. Das von ihm am 17. April 1750 erlassene General-Judenreglement brachte keinen Fortschritt; Aufgabe dieses Reglements, das für die Juden Preußens sechs Jahrzehnte hindurch bis zur Emanzipation in Geltung blieb, war es, in Preußen die Zahl der Juden möglichst herunterzudrücken, zum mindesten jede Vermehrung ihrer Zahl zu verhindern[15].
Eine neue Lage ergab sich, als bei der I. Teilung Polens in den neuerworbenen Gebieten — Westpreußen ohne Danzig und Thorn mit dem Netzedistrikt — in einer Gesamtbevölkerung von rund 580 000 Einwohnern sich rund 15 000 Juden fanden und die

preußische Gesetzgebung vor die Aufgabe gestellt war, diese verhältnismäßig hohe Zahl fremder Juden in den Gesamtstaat einzugliedern.
In den neuerworbenen Gebieten lagen als Folge jahrhundertelanger Mißwirtschaft Städte und Dörfer gleich danieder. Bei den traurigen Verhältnissen der Gesamtbevölkerung konnte die Lage der Juden, deren Lebensbedingungen durch harte Sondergesetze und Steuern noch erschwert waren, keine bessere sein. Viele Juden waren ohne Beruf und Erwerb; außerstande, sich durch Arbeit zu ernähren, waren sie auf wohltätige Hilfe oder Betteln angewiesen. Immerhin waren die Verhältnisse nicht in allen Teilen Westpreußens gleich traurig, auch nicht so katastrophal wie im übrigen Polen. Zunächst war der Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung weit geringer als in Gesamtpolen. Westpreußen war als Ordensland frei von Juden gewesen, und da die Städte auch in polnischer Zeit ebenso wie Danzig ihre judenfeindlichen Privilegien bewahrt hatten, war der Zuzug von Juden nach Westpreußen beschränkt gewesen. Das Ermland hatte überhaupt keine Juden; im früheren Ordensland Westpreußen, das unter die Verwaltung der Kammer in Marienwerder gestellt wurde, bildeten die Juden nur 1 % der Bevölkerung (gegenüber 6 % im Netzedistrikt bzw. 10 % der Bevölkerung Gesamtpolens).
Die von der Kammer Marienwerder vorgenommene erste Zählung ergab im Dezember 1772 folgendes Bild:

In dem Ermland				2 Juden (in Heilsberg)
In Marienburg	60 männl.	64 weibl.	124 Juden	
In Kulm, Michelau	445 männl.	403 weibl.	848 Juden	
In Pommerellen	1431 männl.	1198 weibl.	2629 Juden	
insgesamt	1936 männl.	1665 weibl.	3603 Juden	

Für die Geschichte der Danziger Juden ist von Wichtigkeit, daß von den 3603 Juden in Polnisch-Preußen allein 2629 in Pommerellen lebten, davon im Gebiet um Danzig:

In Hoppenbruch	104 Familien mit	584 Seelen	
In Stolzenberg	78 Familien mit	402 Seelen	
In Langfuhr	58 Familien mit	271 Seelen	
insgesamt	240 Familien mit	1257 Seelen	

Die drei Gemeinden um Danzig bildeten demnach die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Pommerellens bzw. über ein Drittel der jüdischen Bevölkerung in Polnisch-Preußen. Es war der Danziger Handel, der die Juden angezogen hatte (ebenso hatte der Thorner Handel die jüdische Bevölkerung in die Bezirke Kulm und Michelau gebracht, während die jüdische Bevölkerung im Marienburger Gebiet, dem einstigen Zentrum des Ordens, gering war). Das Netzegebiet zeigte ein völlig anderes Bild[16].
Friedrich der Große hatte bei seinen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Hebung Westpreußens, die mit Recht in den Geschichtsbüchern gepriesen wurde, auch das Problem der Eingliederung dieser Juden in den preußischen Staat zu lösen. Sollte er sie nach den Bestimmungen des General-Judenreglements aufnehmen oder als unerwünschte Elemente ausweisen? Als absoluter Herrscher eines Militär- und Polizeistaates hätte er eher nach

persönlicher Willkür gehandelt; als „erster Diener seines Staates" wollte er seine Entscheidungen zum Nutzen der preußischen Wirtschaft treffen. — Beide Motive spielten in seiner Politik gegenüber den Juden eine Rolle.

So ließ Friedrich der Große einerseits bei einer Inspektionsreise 4000 arme Juden, die nach seiner Ansicht dem Staat keinen Nutzen brachten, kurzerhand bei Fordon über die Weichsel nach Polen abschieben; andererseits duldete und förderte er jüdische Kaufleute, die mit Polen in Handelsbeziehungen standen, und die der preußische Staat für seine Wirtschaftspolitik nicht entbehren konnte.

Wie früher Schlesien, sollte jetzt auch Westpreußen dazu dienen, Preußen zum Herrn der polnischen Märkte zu machen. Das mußte zur Verschärfung der schon bestehenden feindseligen Politik Preußens gegenüber der Stadt Danzig beitragen, die sich gegen den Anschluß an Preußen wehrte. In polnischer Zeit hatte ihre Sonderstellung sie davor bewahrt, in den Niedergang Polens hineingerissen zu werden; Danzig hatte sich immerhin Teile früheren Wohlstandes bewahren können. — Auch die Juden um Danzig, die zwar außerhalb des Danziger Gebiets lebten und an Danzigs Handel keinen direkten Anteil hatten, jedoch mit dem Stadt- und Landgebiet in ständigem Handelsverkehr standen, hatten es der wirtschaftlichen Blüte Danzigs zu verdanken, daß vor der Eingliederung Westpreußens auch ihre Lage weit besser als die anderer jüdischer Gemeinden in Polen war. Durch Friedrichs Maßnahmen gegen die Stadt Danzig und seine Fürsorge für die Provinz Westpreußen sollten sich den Juden um Danzig neue Möglichkeiten und Wege zu wirtschaftlichem Aufstieg sowie zur kulturellen Eingliederung in den preußischen Staat eröffnen.

Preußens Kampf gegen Danzig war nicht neu. Schon in den 50er Jahren, zwei Jahrzehnte vor der Einverleibung Westpreußens, hatte Friedrich der Große versucht, den Handel mit Polen und Litauen nach Stettin und Königsberg zu ziehen und die Konkurrenz Danzigs, aber auch die der baltischen Häfen, zu bekämpfen[17]. Spannungen hatten sich ferner ergeben durch Danziger Beschwerden über die auf Danziger Gebiet von Preußen vorgenommenen Soldatenwerbungen und durch preußische Forderungen, die Stadt solle preußische Untertanen und Fahnenflüchtige, die sich in Danzig aufhielten, ausliefern. Am 28. Juni 1771 rückten preußische Truppen in das Danziger Werder ein, und die Stadt mußte sich zur Zahlung von 100 000 Dukaten sowie zur Auslieferung von „Erbuntertanen und Kantonisten" verpflichten.

Als bei der I. Teilung Polens die Stadt Danzig nicht zu Preußen kam, beschloß der König, sich die Stadt durch wirtschaftliche Kampfmaßnahmen gefügig zu machen. Am 16. September 1772 wurden plötzlich Langfuhr, Altschottland, Stolzenberg, Schidlitz, St. Albrecht und der Hafen von Neufahrwasser militärisch besetzt. Die Bevölkerung dieser Orte, die für 1772 auf 10 500 Seelen angesetzt wird[18], bestand aus „Professionisten", d. h. Handwerkern und Fabrikarbeitern, handeltreibenden Juden und Mennoniten, die meist Brennereien und Brauereien betrieben. Es waren die unzünftigen Handwerke und Gewerbe sowie der illegale Handel, die hier unter dem Schutz polnischer geistlicher und weltlicher Herren Zuflucht gefunden hatten und, in der Stadt nicht gelitten, doch von der Stadt lebten. Ihr Schmuggel und Schleichhandel, an dem Juden wie Nichtjuden beteiligt waren, wurden durch die vielen Fremden in Danzig, bald auch durch die preußischen Kampfzölle und den neuen Handelsweg über Stolzenberg nach Elbing und Königsberg begünstigt. — Die Ortschaften wurden unter dem Namen Stolzenberg zu einer Kgl.

Immediatstadt vereinigt und mit allen Mitteln gefördert[19], um Danzigs Wirtschaft lahmzulegen.

Bei diesen Maßnahmen konnten die Juden dieser Orte nicht übergangen werden; selbst fühlten sie sich in der Lage, die Pläne des Königs zu fördern und so ihrem neuen Staat zu dienen. Die Juden von Stolzenberg wandten sich an den König mit der Bitte um Schutzprivilegien. Sie verpflichteten sich, für 1000 Thaler Porzellan der Berliner Manufaktur zu kaufen und für den Absatz von Fabrikwaren zu sorgen. Auch wiesen sie darauf hin, daß sie schon bisher den Danzigern durch ihren Handel großen Abbruch getan hätten. Dieser Hinweis war dem König äußerst wichtig und fügte sich trefflich in seinen Plan zur Abschnürung Danzigs. Die Juden um Danzig sollten Bundesgenossen in diesem Kampf werden; daher wurde das Schutzprivileg sofort bewilligt und die Kammer in Marienwerder beauftragt, mit den Juden zu verhandeln. Da die Kammer die Belassung der Juden in den Danziger Vororten für notwendig hielt, um den polnischen Handel von Danzig abzulenken und auch den dortigen Fabrikanten, die bisher für Danziger Rechnung gearbeitet hatten, in der neuen Lage den Absatz zu sichern, erhielten die Juden Altschottlands am 9. August 1773 ein Generalprivileg, das die drohende Gefahr ihrer Ausweisung beseitigte und sie in die Wirtschaftspolitik des preußischen Staates einschaltete. — Diese in der Geschichte der Danziger Juden hochbedeutsamen Dokumente seien hier (das Gesuch im Wortlaut, das Privileg in dem von R. Damus gebotenen Auszuge) wiedergegeben.

Gesuch der Judenschaft in Schottland vom 10. November 1772 für ein Schutzprivilegium.

Allergnädigster König und Herr!

Unser Handel allhier ist an und vor sich geringe; da wir bishero niemalen von unseren Waren einige Abgaben entrichten dürfen, haben wir durch diesen Vorteil den fremden Käufern in Danzig wohlfeilere Preise geben können und dieselben an uns gezogen, wodurch wir den Danzigern großen Abbruch gethan. Unsere Armen unterstützen uns hierbey durch ihren unermüdeten Fleiß, diese fremden Käufer in Danzig zu debauchieren, wodurch sie sich selbst auch ehrlich ernähren. Ob nun wohl diese Avantage bei der festgesetzten neuen Anordnung sich vermindert, so müssen wir doch auf so bewandte Art in Danzig durch unsere Industrie unser Brodt suchen und in unserem Wohnorte hier mit unseren Familien das Unsrige verzehren.

Ew. Kgl. Majestät bitten wir in tiefer Erniedrigung, unserer anjetzo hierselbst wohnhaften Judenschaft ein Allergnädigstes Schutzprivilegium zu ertheilen, wogegen wir für 1000 Thlr. Porcellain **aus der Berlinischen** Fabrique zum auswärtigen Debit an uns kaufen, auch die Absetzung der Ermländischen Fabriquen-Waren bestmöglich zu bewirken suchen wollen.

Wir ersterben etc.

Euer Königl. Majestät

Die Judenschaft in Schottland
auf dem hohen Bruch bey Danzig.

Schottland, den 10. November 1772.

Generalprivilegium und Reglement für die Judenschaften in den Danziger Vorstädten Hoppenbruch, Stolzenberg und Langfuhr vom 9. August 1773.

Art. 1: Der Zweck des Privilegs wird dahin erläutert, daß „zwischen Christen und Juden Nahrung eine billige Proportion gestiftet, und insbesondere durch unzulässig erweiterten jüdischen Handel und Wandel erstern nicht zu nahe getreten werden möge".

Art. 2: Nur die namentlich aufgeführten, vergeleiteten Schutzjudenfamilien sollen in den Danziger Vorstädten geduldet werden.

Art. 3: Es wird festgestellt, welche „publiquen Personen, Doctor, Rabbi" etc. gehalten werden sollen.

Art. 4: Die 50 Familien, die über 1000 Thlr. Vermögen haben, werden als Stammjuden angesetzt, die anderen nur „auf Lebenszeit" geduldet (136 Familien). Es wird dabei auf das Privileg der Berliner Juden hingewiesen.

Art. 6: Abgaben:

a)	Schutzgeld	für die	50	Familien à	12 Thlr.	— Gr.
	Schutzgeld	für die	136	Familien à	6 Thlr.	— Gr.
b)	Recrutengeld	für die	50	Familien à	1 Thlr.	20 Gr.
	Recrutengeld	für die	136	Familien à	— Thlr.	22 Gr.
c)	Hochzeit- und Kindergelder	für die	50	Familien à	— Thlr.	2 Gr.
	Hochzeit- und Kindergelder	für die	136	Familien à	— Thlr.	1 Gr.
d)	Kalendergelder	für die	50	Familien à	— Thlr.	4 Gr.
	Kalendergelder	für die	136	Familien à	— Thlr.	2 Gr.

Außerdem ist ein gewisses an Silber zur Kgl. Münze zu liefern.

Art. 7: Die sämtlichen Juden haften für die richtige Einrichtung praestandorum; die Subrepartition steht ihnen frei.

Art. 11: Kein Jude darf ein bürgerliches Handwerk treiben außer dem Petschierstechen, Mahlen, optische Gläser-, Diamant- und Steinschleifen, Gold- und Silberstickern, weiße Waren ausnähen, Krätzwachsen und dgl.

Art. 12: Aufzählung der Artikel, mit denen sie handeln dürfen: Drap d'or, drap d'argent, reichen Stoffen und Bändern, ein- und ausländisch gestickten Waren, gold- und silbernen in der Berlinschen kgl. Gold- und Silber-Manufactur fabricierten Tressen, Touren, point d'Espagne, Gold- und Silberfäden und Cantillen, desgleichen mit Juwelen, Bruchgold und -silber, Lingots, allerhand alten Taschen-Uhren und dergl., ferner mit Geldwechsel und Pfändern, Geld mäkeln, Aufkäufe und Verkäufe von Häusern und Gütern (für andere Läute), nicht minder mit allerhand sonst nicht verbotenen Brabantischen, Holländischen und Schlesischen weißen Waren, Nesseltuch und ganz weißen inländischen grobem Futter-Kattun, einländischer Leinwand, weißen Zwirn, Tafel- und Tischzeug, ganz und halb-, sonderlich auch einländischen seidenen Waren, auch mit aus- und einländischen ungefärbtem gargemachtem Leder, mit inländischem Sammet, dann mit allerhand hier im Lande fabricierten Kattunen und Zitzen. Ferner mit Pferden, rohen Kalb- und Schaffellen, Federn, Haaren, Perücken, auch Kamel- und Pferdehaaren, Talg und Honig, polnischen Waren, Pelzwerke, so noch roh und unverarbeitet sind, aber keinen neuverfertigten Kürschner-Waren, wie auch mit Tee, Kaffee, Chokolade; steht ihnen auch noch frei, mit allerhand alten Kleidern, alten und gebrauchten Meubeln, Haus- und Küchengeräthen zu handeln, doch alles dieses nicht anders als in den Häusern, und ihnen ordentlich zugestandenen Laden und Buden.

Art. 14: „Mit wollenen Fabriquen und Manufactur oder derselben Verlag" dürfen die Juden ohne specielle Commission sich nicht beschäftigen.

Art. 19: Das Hausieren wird ihnen verboten.

Art. 23: Der auf Pfand leihende Jude soll nicht über 6 % Zinsen nehmen, von Pfändern unter 10 Thlr. Wert 9 %.

Art. 27: Der Ankauf von Häusern wird ihnen in beschränktem Maße gestattet.

Art. 29: Die Hoppenbrucher sollen auch fortan 2 Älteste und 8 Collegen, die Stolzenberger 2 Älteste und 4 Collegen, die Langfuhrer 2 Älteste und 3 Collegen haben. Die Wahl geschieht durch 21 Männer aus drei Klassen, den reichen, mittleren und armen Juden. Die Wahl des Rabbi durch 32 Männer.

Art. 30: Schutz für die Synagoge und den Gottesdienst wird versprochen.

Art. 31: Der Rabbi und die gelehrten Assessoren haben in Sachen der Juden mit Juden eine Art von gerichtlicher Cognition. Es kann aber von ihrer Entscheidung an das ordentliche Justizforum gegangen werden.

Art. 33: Der Commissarius loci soll auch auf das Judenwesen ordentlich Acht haben; er muß jährliche Berichte an die Kammer einsenden.

Die besondere Bedeutung des Dokuments liegt darin, daß hier eine ganze Judengemeinde, nicht nur eine Einzelperson, ein Schutzprivileg erhielt. Die in Art. 6 namentlich aufgeführten 186 Familien, deren Liste dem Verfasser leider nicht zugänglich war, dürften mit ihren Kindern, Angestellten und dem Gesinde nahezu die ganze jüdische Einwohnerschaft umfaßt haben.
Das Dokument hat das den Juden in Berlin gewährte Privileg zum Muster; es stellte jedoch mildere Bedingungen als das allgemeine Juden-Reglement. Es ließ für beide Klassen der Schutzjuden niedrigere Vermögen zu (1000 bzw. 500 Thaler); es wurden sogar ärmere Juden, die an diesen Orten geboren waren und sich immer dort aufgehalten hatten, toleriert. — Das Privileg bot den Juden um Danzig eine Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz; es legalisierte ihren Handel und schuf ihnen einen würdigen Platz in der Wirtschaftspolitik des preußischen Staates. Es bewahrte sie vor dem Schicksal anderer Gemeinden Westpreußens, der zwangsweisen Umsiedlung an die polnische Grenze oder völliger Aussiedlung. Stattdessen gab das Privileg die Möglichkeit, durch wirtschaftliche und kulturelle Eingliederung in den Staat sich in den kommenden vier Jahrzehnten den Weg zur Emanzipation zu bahnen. Die Juden Altschottlands wurden dadurch zur Muttergemeinde der erst 100 Jahre später sich bildenden Danziger Synagogengemeinde.
Dem König war die Förderung Stolzenbergs so wichtig, daß er auch die erbetene Umsiedlung sechs wohlhabender Juden von Weinberg nach Altschottland genehmigte und sie sogar, da sich sobald „keine christlichen Negocianten von einiger Bedeutung in den Vorstädten etablieren" würden, als Großhändler und Bankiers privilegierte. Die Kammer war bei Aufstellung der Liste für das Privilegium zu weit gegangen; die Zahl von 186 Familien wurde nicht erreicht; 1774 ergab die Revision

In Hoppenbruch	45 ordinäre	31 extraordinäre Schutzjuden
In Weinberg	6 ordinäre	40 extraordinäre Schutzjuden
In Langfuhr	1 ordinärer	28 extraordinäre Schutzjuden
insgesamt	52 ordinäre	99 extraordinäre Schutzjuden

Die Liste zeigt in aller Deutlichkeit die überragende Stellung der Gemeinde Hoppenbruch (Altschottland). Sie stellte 86 % der ordinären Schutzjuden, die Weinberger Gemeinde 11 %, die Langfuhrer nur 2 %. Dagegen entfielen von den extraordinären auf Altschottland nur 30 %, auf Weinberg 40 %, auf Langfuhr 30 %

Das Privileg gab den Juden von Stolzenberg eine Sonderstellung innerhalb der westpreußischen Judenschaft, legte ihnen aber gleichzeitig große Verantwortung und schwere finanzielle Verpflichtungen auf. Die preußische Besetzung und Armee forderten eine besondere Kontribution von 2000 fl. und Lieferung von 10 000 Pfund Fleisch, die mit 1270 fl. abgelöst wurde. Die Ausgaben der Gemeinde waren von 4644 fl. im Jahre 1767 bis 1772 auf 13 139 fl. gestiegen. Die Gemeinde hatte 1757 rund 1500 fl. Schulden; sie wuchsen in den nächsten zehn Jahren auf das Doppelte und stiegen weiter. — Das Gesamteinkommen wurde zur Klassensteuer auf 34 800 Thaler (630 Thaler pro Kopf) geschätzt; das Einkommen des reichen Rabbi Anschel betrug 4000 Thaler.

Eine 1777 von der Gemeinde an die Kammer in Marienwerder eingereichte Liste zählte 55 ordentliche, d. h. steuerzahlende, und 32 außerordentliche Mitglieder auf. Zu diesen gehörten 8 älteste Söhne und 24 Gemeindebeamte: 1 Rabbiner, 8 Rabbinats-Assessoren, 4 Gemeindepedelle, 3 Krankenwärter, 2 Krankenwärterinnen, 3 Schächter, 1 Koch, 2 Lehrer, 3 Bäcker und 2 stellvertretende Pedelle.

Es ist nicht verwunderlich, daß die Altschottländer ängstlich bemüht waren, in Wahrung ihrer Privilegien jeden Wettbewerb von außen zu bekämpfen und die Ausnutzung ihrer religiösen und sozialen Einrichtungen durch Unberechtigte zu verhindern. Dies gehört zu den Übeln, die wir in vielen jüdischen Gemeinden jener Zeit finden. Ein Beispiel bietet der am 27. Kislew 5537 (1777) von dem Gemeindevorstand Altschottland einstimmig gefaßte Beschluß, „daß von heute an und weiter nur Kinder von wirklichen Mitgliedern unserer Gemeinde in unserer großen Synagoge sollen beschnitten werden". Kann dieser Beschluß noch als Bestrafung der Unsittlichkeit angesehen werden, so wendet sich ein weiterer Passus eindeutig gegen die sechs Familien der Gemeinde Weinberg[20], die mit königlicher Genehmigung nach Altschottland übergesiedelt waren, um der dortigen Messe näher zu sein. Diese Familien sollten die mit schweren Opfern der Gemeinde geschaffenen Einrichtungen nicht benutzen, ohne die Lasten voll tragen zu helfen. — Ein weiterer Beschluß aus dem gleichen Jahre zeigt, wie die Gemeinde zur Einhaltung der im Privileg festgesetzten Höchstzahl von Gemeindebeamten jeden unerwünschten Zuzug abwehrte. „Fremde Jugendlehrer, die hier Unterricht erteilen, müssen, sobald Kinder hiesiger Familienväter bei ihnen Unterricht nehmen, dies den Vorstehern melden. Sie erhalten Erlaubnis auf 3 Jahre. Dann müssen sie sich wenigstens auf ein Jahr von hier entfernen, ehe sie wiederkommen dürfen, damit sie der Gemeinde nicht zur Last fallen. Wenn jedoch ein Lehrer von einem Mitglied ins Haus genommen wird und dies seinen Unterhalt übernimmt, so kann er hier ungehindert bleiben, solange er will."[21]

Im Jahre 1775 wurden die Messen für den polnisch-preußischen Handel von Bromberg nach Altschottland verlegt, um den Danziger Handel weiter zu schädigen. Da Altschottland die Waren unter Umgehung Danzigs ein- und ausführen konnte, verlor die Danziger Dominiksmesse, die bisher das Handelszentrum des Ostens gewesen war, ihre Bedeutung; dagegen wuchs der Wohlstand Altschottlands und der dortigen Juden.

Im Gegensatz zu der Blüte der Gemeinden um Danzig war das Los der Juden in Westpreußen beklagenswert, da dort die Befehle zur Umsiedlung der Juden vom flachen Land in die Grenzstädte oder der Ausweisung nach Polen[22] rücksichtslos durchgeführt wurden. Die im Bezirk Marienwerder vom Lande verwiesenen Juden wurden in den Städten nur mit Widerstreben aufgenommen. Ihre Zahl war gering; 1774 gab es in 13 Städten nur

39 Schutzjuden (mit Familien 304 Seelen). Bei der scharfen Kontrolle des Zuzuges und fortgesetzten Ausweisungen ging die Zahl der Juden in Westpreußen rasch zurück; im Kammerbezirk Marienwerder betrug ihre Zahl 1776 nur noch 1800, d. h. die Hälfte der 1772 registrierten Zahl. Als 1786 die Juden das Recht zur Wahl eigener Ältester erhielten, verpflichteten sie sich, unvergeleiteten Juden keinen Aufenthalt zu gewähren (was sie wegen der finanziellen Verpflichtungen und der auferlegten Kollektivhaftung vielleicht nicht ungern getan haben).
Die Ausweisung der Juden aus dem Netzedistrikt war schwieriger, da wegen des Fehlens christlicher Kaufleute in den Städten (nur Bromberg, Jastrow und Filehne hatten solche!) die Städte dadurch völlig lahmgelegt worden wären. Da zuvor auch erst die hohen Schulden der Gemeinden bei Kirchen und Klöstern (38 000 Thaler) geregelt werden sollten, wurde die „Abschaffung" der Juden von Jahr zu Jahr aufgeschoben.
Der Aufschub war dem Ältesten der Berliner Judenschaft, Jakob Moses, zu danken, der bald nach der Einverleibung Westpreußens die Vertretung der westpreußischen Juden übernommen und 30 Jahre hindurch keine Mühen und Opfer gescheut hat, um seinen „unwissenden westpreußischen Glaubensgenossen ihre Angelegenheiten und die Betreibung derselben erleichtern zu helfen" (Mitteilung des Gesamtarchivs der deutschen Juden, 1926). In Dankbarkeit ernannten sie ihn 1776 zu ihrem Ehrenvorsteher und beschlossen, allmonatlich bei der Neumondverkündung für ihn einen Segensspruch (Mi scheberach) und nach seinem Tode ein Seelengedächtnis (El mole rachamim) in ihre Gebete einzufügen. Erst 24 Jahre später, 1800, traf die Gemeinde Altschottland die gleiche Anordnung, jedoch mit dem Unterschied, daß die Gebete nur an den Feiertagen einzuschalten seien[23]. Der verspätete Anschluß ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Gemeinde Altschottland in ihrer Blüte (1772—1793) der Hilfe und Fürsprache Jakob Moses' nicht bedurft hat.

Juden in der Stadt Danzig (vor 1793)

Danzig war bis 1793 offiziell eine Stadt ohne Juden. Jedoch gingen Juden dort ein und aus, und bereits seit dem 17. Jahrhundert haben sich Juden in Danzig längere Zeit oder dauernd aufgehalten. Es gab einzelne Juden, die den Danziger Handelsherren als Vermittler und Dolmetscher für den Handel nach dem Osten unentbehrlich waren; andere, die den vorübergehend gewährten Aufenthalt für den Dominik unter allen möglichen Vorwänden verlängerten und wieder andere, die sich unter Umgehung der Vorschriften eingeschlichen hatten und verborgen lebten.
In einem Dekret des Rates wurde 1605 den Juden „jedes Zusammenkommen zu religiösen Gebräuchen, Lehrvorträgen und Gebeten, sowie auch das Aufstellen von Laubhütten" verboten. Dieses Verbot dürfte sich auf Besucher des Dominikmarktes (im August) bezogen haben, die es verstanden hatten, über die Hohen Feiertage in Danzig zu bleiben. Im Jahre 1616 wurden alle Juden aus der Stadt verjagt; wiederum wird es sich um Dominiksbesucher gehandelt haben; gleichzeitig wird nämlich der Aufenthalt zum Dominik auf sechs Tage (bei einem Kopfgeld von 3 fl. täglich) beschränkt.
Als zehn Jahre später die Niederstadt und Langgarten mit der Stadt vereinigt wurden, kam die Stadt in ständige Berührung mit jüdischen Holz- und Getreidehändlern aus Polen,

ohne deren Vermittlung der Handel mit diesen wichtigsten Ausfuhrgütern Danzigs unmöglich war. Die Zufuhr erfolgte in unzähligen Kähnen und Traften, die außer Getreide auch andere Waren (Teer, Pottasche, Wachs und Honig) nach Danzig brachten. Jene Traften boten noch bis Ende des 19. Jahrhunderts ein für Danzig charakteristisches Bild. Meilenweit war die Weichsel von diesen Flößen bedeckt, und unter den in Schafspelze gehüllten Flissaken sah man die Juden in Tallis und Tefillin bei ihrem täglichen Gebet (wie sie uns der Danziger Maler Stryowski gezeigt hat). Diese Juden kamen jahraus, jahrein bis vor die Stadt, wo die Holz- und Kornkapitäne ihre Waren übernahmen. Sie bereiteten sich ihr Essen selbst aus Waren, die aus der Stadt gebracht wurden. Sie trugen kein Verlangen, in die Stadt zu kommen, doch die Danziger Kaufleute brauchten oft ihre Hilfe, zum Beispiel zur Übersetzung hebräisch geschriebener Briefe.

Der Rat war geneigt, den Juden, die durch Witterungs- und Stromverhältnisse zu längerem Aufenthalt in Danzig gezwungen waren, Konzessionen zu machen. Zu ihren Gunsten hatte der Rat einigen Juden ein „perpetuierliches Geleit" zur Haltung von Garküchen gewährt und ihnen, wie auch einem Schächter, sogar die Genehmigung zur Heirat erteilt, wobei sie jedoch „solche Verwilligung unter fälschlicher Angabe nicht auf andere zu übertragen strengstens gehalten sein sollten". Bei Eingliederung der Niederstadt wurde das Privileg erneuert; dadurch entstand die Möglichkeit zur Bildung jener Gemeinde, die später als Mattenbudener Gemeinde in Erscheinung trat und ihren Namen sowie ihre Synagoge bis in unsere Tage beibehielt.

Polens Getreide und Holz waren schon damals die wichtigsten Danziger Handels-Artikel. Der Seehandel machte Danzig zum Mitglied der mächtigen Hansa, der vom 13.—17. Jahrhundert 90 Handelsschiffe angehörten und die ihre Hansatagungen in Lübeck abhielt.

Der Getreidehandel entwickelte sich derart, daß Danzig geradezu die Kornkammer Europas wurde. Besonders eng gestalteten sich die wirtschaftlichen und auch die kulturellen Beziehungen Danzigs zu den italienischen See- und Handelsstädten. Danziger Schiffe genossen besondere Privilegien in Livorno und Venedig, wo ein lebhafter Austausch von Getreide gegen Wein, Öl, Mandeln und Feigen stattfand.

1592 gingen 790 Schiffe aus dem Danziger Hafen, 1618 betrug die Getreideausfuhr 300 000 t.

In diesen engen Handelsbeziehungen spielen die Juden eine wichtige Rolle als Vermittler. Die Danziger großen Kaufleute brauchten die Vermittlung der Juden für den Handel mit dem Osten ebenso dringend wie der polnische Großgrundbesitzer und Erzeuger für den Export nach dem Westen.

Und wie wir den jüdischen Agenten und Vermittler im Danziger Hafen finden, so treffen wir ihn im Mittelalter auch in den Häfen der italienischen Seestädte; nur war er hier nicht der unerwünschte, aber nötig gebrauchte Ausländer mit vorübergehender Aufenthaltsgenehmigung, sondern der Träger des italienischen Seehandels, der als privilegierter Kaufherr und selbst Schiffseigner die Fäden des Seehandels in seiner Hand hatte, „their agents being generally chosen among their correligionists" (die ihre Vermittler im allgemeinen unter ihren Glaubensgenossen wählten [Cecil Roth: History of the Jews of Italy, 1946; S. 85]).

Und die gemeinsame Kenntnis der hebräischen und jüdischen Sprache war im internationalen Handel ein wichtiges, fast unentbehrliches Verständigungsmittel. Wir wissen

ferner aus der Geschichte, daß Danziger Studenten zur Universität nach *Padua* geschickt wurden, an der berühmte jüdische Gelehrte der Medizin und der Rechtswissenschaft saßen. Italienische Juden, die als Färber und Weber von Stoffen auch im Handwerk eine bedeutende Stellung einnahmen, waren es, die ihre Waren nach Danzig auf den Markt brachten, und der reiche italienische Kaufherr, der bei Danzig Schiffbruch erlitt und dessen reiche Bibliothek den Grundstock der Danziger Stadtbibliothek bildet, mag ebenfalls von jüdischer Herkunft gewesen sein, da wertvolle Bibliotheken im Privatbesitz von italienischen Juden jener Zeit erwähnt werden.

Daß das für einen italienischen Grafen gemalte Bild „Das Jüngste Gericht" in der Danziger Marienkirche hing, ist wohlbekannt, weniger bekannt ist es, daß auch Venedig ein Bild der Stadt Danzig besaß, das von Anton Möller gemalt und die Danziger dem Staatssekretär Marco, dem Förderer des Handels zwischen Danzig und Venedig, geschenkt hatten.

Daß auch das kostbare Stück der Danziger jüdischen Kunstsammlung, die der jüdische Getreidekaufmann Gieldzinski der Gemeinde geschenkt hatte, eine italienische Fayence-Sederschüssel war, ist in diesem Zusammenhang besonders erwähnenswert.

Es ist sicher, daß sich im 17. Jahrhundert jüdische Familien nicht nur in der Niederstadt, sondern auch in der Rechtstadt niedergelassen haben; der Rat duldete auch diesen Zuzug stillschweigend. Von einem jüdischen Gemeindeleben in der Stadt kann man im 17. Jahrhundert jedoch nicht sprechen; in der Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse waren diese Juden der Stadt auf die Gemeinde Altschottland angewiesen. Weder waren sie organisiert, noch führten sie Bücher; direkte Nachrichten über sie fehlen. Erst 100 Jahre später, als die Beziehungen zwischen der Stadt und den Vororten infolge der preußischen Maßnahmen immer gespannter wurden, hören wir, daß die Juden von Mattenbuden Erlaubnis erhielten, einen eigenen Schächter zu halten, da es zu schwierig war, für jedes Stück Geflügel den Schächter von Altschottland kommen zu lassen.

In einer Stadt, in der Brotneid, Abneigung gegen alle Fremden und religiöser Fanatismus herrschten, in der sich im 17. Jahrhundert Lutheraner, Calvinisten, Mennoniten und andere bekämpften, war auch das Leben der Juden ohne Sicherheit; sie waren stets darauf gefaßt, aus der Stadt vertrieben zu werden. — Auch an Versuchen, die Juden zum Christentum zu bekehren, fehlte es nicht. Eine 1664 unter dem Titel „Der verstockte Jude" gedruckte Predigt des Pfarrers an der Trinitatiskirche klagt darüber, daß ein zum Tode verurteilter Jude sich nicht habe bekehren lassen. Wir hören auch von einem gewissen Johann Salomo, der zum Christentum übertrat und als Lektor der hebräischen Sprache am Städtischen Gymnasium wirkte; er verfaßte mehrere Schriften in hebräischer Sprache, in denen er versuchte, seine früheren Glaubensgenossen zu bekehren.

Das beginnende 18. Jahrhundert brachte durch verheerende Naturereignisse, Krieg und Pest viele Leiden über die Stadt. In jenen unglücklichen Jahrzehnten, deren Nöte auch die jüdische Bevölkerung hart treffen mußte, trat für sie vorübergehend eine Besserung ein. Zum ersten Male schaute die Stadt in ihrer Notlage freundlich auf die Juden. Die Juden folgten um so eher ihrem Ruf, als damals ihr Beschützer, der Bischof von Kujawien, seine Haltung geändert hatte. Während er 1694 geschrieben hatte: „Wir tuen hiemit dem Konsistorium von Danzig zu wissen als Grundherr von Schottland, daß die ungläubigen Juden, die zu Schottland und Hoppenbruch ansässig sind, einzig und allein zu unserer

Gerichtsbarkeit gehören", wurden 1718 die Juden von ihm aus Schottland vertrieben. Die Gründe hierfür sind unbekannt. Tatsache ist, daß die Juden in die Stadt — sogar in die Innenstadt — zogen, daß sie auf dem Gelände zwischen Neugarten und Olivaer Tor einen Friedhof anlegten und daß der alte Friedhof auf dem Stolzenberg aus der Zeit von 1710 bis 1730 keinen Grabstein aufweist.

Die in Danzig sich aufhaltenden Juden hatten bis dahin keine Möglichkeit gehabt, ein Grundstück zur Anlage eines Friedhofs zu erwerben. Sie begruben ihre Toten auf dem Friedhof der Gemeinde Altschottland und hatten für jede Grabstätte an die Gemeinde einen Dukaten zu zahlen.

Der Rat der Stadt Danzig schien ernstlich gewillt, sich der Juden zum Wiederaufbau des vernichteten Handels zu bedienen, aber gegen die Zulassung von Juden protestierten die in der III. Ordnung zusammengefaßten Zünfte und Krämer in zahlreichen Beschwerden, wie zum Beispiel der folgenden:

Einbringen vom 19. März 1717:

„Weil aus allen Umständen nicht ohne Grund bemerkt wird, daß das harte Verfahren Ihrer Hochw. des Cujavischen Herrn Bischof gegen die Stadt größtenteils auch daher rühre, daß die von seinem Grund und Boden weggewiesenen Juden in dieser Stadt Jurisdiction aufgenommen, auch noch bis zu dieser Stunde in stillem und geruhigem Gebrauche sowohl ihres Hauswesens und Handelns, als auch der verbotenen Synagogen gelassen und in solcher fast bürgerlicher Freiheit gleichsam autorisieret worden, sämtliche 99er aber nicht anders vermuten können, als daß solcher unbefugter Aufenthalt der Juden und ihrer Synagogen E. Hochw. Rat unbekannt sei und von den geldgierigen Bedienten verborgen werden müssen, als war der gesamte 99er veranlaßt, in dem Bischöflichen negotio ihre Gedanken so lang zu verschieben, bis E. Hochw. Rat vermöge der nach dem Gehalt des Appendicis vom 19. Dezember 1712 zur Wegschaffung der Juden zwar gegebenen, bis dato aber noch nicht ins Werk gerichteten Hoffnung, in dieser Sache ein ernstliches Einsehen wird gehabt und durch einen Schluß festgesetzt haben wird, daß diese Lästerer und Spötter unseres leidenden Erlösers nebst deren Synagogen aus der Stadt und deren Gebiet sollen weggeschafft, und ihnen außer der Dominikszeit, doch ohne Prolongierung des Geleits, kein Aufenthalt gegönnt, und also die löbliche Kaufmannschaft als welcher durch diese Beschädiger und betrügliche Mäkler das Brot von dem Munde weggerissen wird, in ihren allgemeinen Klagen erhört werden."

Einer erneuten Beschwerde vom 25. Januar 1719 ist eine Liste beigelegt, wonach in der Stadt 19 jüdische Familien, im Stadtgebiet weitere 15 leben. Zwar wird keine Synagoge bezeichnet, jedoch werden zwei Schulmeister und eine jüdische Kinderschule genannt. — Der Rat, der die früheren Eingaben nicht beantwortet zu haben scheint, erteilte hierauf endlich am 20. Februar 1719 folgende Antwort:

„Wegen der Juden, von denen die Löbl. 99er letztens eine Liste eingegeben, ist nach angestellter zweimaliger genauer Untersuchung befunden worden, daß in der Stadt von denen benannten Juden kein einziger sich aufhalte; wiewohl noch in den letzten acht Tagen ziemlich viele Bürger sich gemeldet und um Einlassung fremder Juden, die mit Wahren anherkommen und auch andere Wahren wieder einkaufen wollen, gebeten haben, welchem auch hat müssen gefüget werden, damit denen jetzt so sehr abnehmenden Commercien nicht auch noch dieser Zugang möge beschnitten werden. — Auf Stadtgebiet ist es schon vorhin so gehalten worden, und wird auch weiter so gehalten werden, daß sobald einige von fremden Orten kommende Juden sich daselbst einlogieren, sie also gleich in die Temnitz gesetzt werden, so daß darüber zu gravaminieren kein Ursach ist."

Mit dieser Antwort gaben sich die 99er durchaus nicht zufrieden und fuhren fort zu lamentieren. In dem „Einbringen" vom 6. März 1719 sprachen sie ihre Verwunderung darüber aus, „daß bei gedoppelter Untersuchung in der Stadt keiner von denen, welche auf der neulich eingegebenen Liste specificirt worden, anzutreffen gewesen". Sie bezeichnen die Ausweisung der in Danzig sich aufhaltenden und vom Rat geduldeten Juden, „durch deren Tolerierung der nahrlosen Bürgerschaft nur gar zu nahe getreten wird", als ein Gott und Menschen gefälliges Werk und verlangen, daß die Juden auch aus der Umgebung der Stadt verwiesen werden, wohin sie „sich guten Theils retiriert haben".

Solche Klagen, wie sie in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts aus Danzig wie aus Königsberg, aus Posen und Warschau, aus preußischen, polnischen oder Freien Städten kommen, zeigen den Kampf der mittelalterlich organisierten Zünfte um die Erhaltung ihrer Privilegien, wobei soziale Gegensätze durch Judenhaß und religiösen Fanatismus überdeckt wurden. In diesem Wirtschaftskampf war die Feindschaft gegen die Juden nur Mittel, der Jude auch hier nur der Prügelknabe.

Da alle Beschwerden beim Rat erfolglos blieben, nahm endlich die III. Ordnung das „Gott und Menschen gefällige Werk" selbst in die Hand, und mit Hilfe des aufgehetzten Pöbels wurden im Jahre 1723 die Juden aus Danzig vertrieben. Der Danziger Historiker Löschin, der genau 100 Jahre später in seiner „Geschichte Danzigs von der ältesten bis zur neuesten Zeit" über die Vertreibung berichtet, fügt, wohl unter Benutzung einer älteren Quelle, hinzu: „die 1723 erfolgte Vertreibung der Juden aus Petershagen, Ohra und Stadtgebiet war dem Emporkommen der Danziger Kaufleute und Zunftgenossen nicht wenig zuträglich". — Es fällt auf, daß keiner der inneren Stadtteile genannt wird, dagegen die Namen drei äußerer Bezirke, die unmittelbar an das bischöfliche Gebiet grenzten. Die aus Petershagen, Ohra und Stadtgebiet vertriebenen Juden waren nämlich jene Altschottländer Juden, die nach der Pest (1709) von den Danzigern gerufen und von dem erzürnten Bischof verbannt worden waren, jetzt aber nach ihren bösen Erfahrungen mit dem Danziger Pöbel an ihre alte Wohnstätte zurückkehrten. Schon 1725 finden wir wieder eine wohlgeordnete jüdische Gemeinde in Altschottland und Hoppenbruch.

Nach der Vertreibung der Juden verschwanden die Beschwerden bis zum Jahre 1747; man könnte daher annehmen, daß während dieser Zeit keine Juden in Danzig bleibenden Aufenthalt gefunden hatten. Nur einmal wird im Altschottländer Protokollbuch Mattenbuden erwähnt; unter dem 25. Schebat 1745 heißt es, daß am Dienstag in der Nacht drei heilige (= ehrenwerte) Männer aus Polen in Mattenbuden im „Goldenen Ring" von Gott abberufen worden seien. Sie waren an Kohlengasvergiftung gestorben und erhielten einen gemeinsamen Grabstein. Sonst finden wir bis zum Jahre 1782 weder im Buch noch auf Grabsteinen von Altschottland einen Hinweis auf Juden in Danzig.

Trotzdem dürften damals weiterhin Juden in Danzig ansässig gewesen sein. Entweder verheimlichten sie ihre Existenz oder ihre Verfolger waren es müde, sie zum Gegenstand von Klagen beim Rat zu machen. Sie hatten wichtigere Beschwerden gegen den Rat zu führen, und unter den 69 Beschwerden, welche die III. Ordnung 1748 dem polnischen König unterbreitete, war auch diejenige, daß der Rat zum Schaden der Bürger den Juden gegen Geld Handelsprivilegien erteile. In seiner Antwort berief sich der Rat auf einen Beschluß von 1745, „daß kein Jude ohne Vorwissen der Wette in die Stadt kommen darf, und die Wette muß ein Verzeichnis der Juden, denen sie Geleite erteilt und der Orte, an

denen sie sich aufhalten, genau führen". („Sowie auch die der Mäkelei schuldigen Juden auf Befinden der E. Wette sogleich die Stadt räumen, und wird kein einziger von diesen Juden anders als nur, wenn ein ausdrücklicher schriftlicher Consens vom E. Wettgericht, welchen dasselbe auf Ansuchen gesehener Bürger und Kaufleute zu ertheilen pflegt, bei dem präsidierenden Amt durch den Wettschreiber beikommt, und nur auf soviel Zeit, als die Wette bestimmt, wieder in die Stadt gelassen.")
Nach der Neuordnung der Danziger Verfassung durch die „Ordinatio regis" von 1750 erging zwei Jahre später die Danziger Judengeleitsordnung (ergänzt 1763), deren wichtigste Artikel (4—6, 8, 10, 11—13) besagten:

Verordnung wegen der Judengeleite
aus Schluß sämmtlicher Ordnungen der Stadt Danzig beliebet und publiciret den 23. Junii Ao. 1752

IV.
An allen denjenigen Oertern, es sey Land- oder Wasser-wärts, nehmlich am Petershagischen, Majoren-, Olivischen und Logen-Thor, imgleichen am Langgartschen Thor und Polnischen Haaken, woselbst die in die Stadt kommen wollende Juden passiren, sollen diese, sie mögen seyn Herren oder Knechte, oder auch Jungens, wie nicht weniger dergleichen Jüdische Weiber, so ihre eigene Handthierung treiben, von der daselbst postirten Wache angehalten und an den allda befindlichen Accise-Schreiber oder Aufseher verwiesen werden.

V.
Allsdann wird der Accise-Schreiber oder Aufseher dem sich angebenden Juden oder Jüdischen Weibe gegen Erlegung so viel Geldes als sie vor das Geleite zu zahlen haben werden, oder auch eines zulänglichen Pfandes einen von seiner Hand geschriebenen Zettel, um sich damit nach der Accise-Kammer zu verfügen, und zwar jedem besonders, so daß nicht 2 oder mehrere Personen auf einen Zettel kommen, ausstellen, denselben Zettel aber in sein dazu verfertigtes ihm von der Accise-Kammer zu lieferndes Buch, in welchem zugleich der Nahmen und der Ort der Heimat des Juden oder Weibes, so den Zettel erhalten, nebst dem Dato des Tages, an welchem der Jude oder das jüdische Weib den Zettel von ihm, dem Accise-Schreiber, empfangen, und der Nummer zu notiren seyn wird, sofort einschreiben.

VI.
Wenn hierauf der Jude oder das Jüdische Weib mit dem vom Accise-Schreiber oder Aufseher erhaltenen Zettel sich auf der Accise-Kammer eingefunden und selbigen dem daselbst sitzenden Assessor abgegeben, wird letzterer demselben Juden oder jüdischen Weibe anstatt solches Zettels ein gestempeltes von dem Herrn Präsidenten untersiegeltes und unterschriebenes Geleite, so nicht auf längere Zeit als höchstens vier Wochen und bloß auf eine einzige Person einzurichten seyn wird, welches anbey der Assessor ebenfalls mit dem Siegel von der Accise-Kammer untersiegeln, auch numeriren wird, behändigen und dagegen von jenen die Bezahlung des Geldes empfangen.

VIII.
Wann nun der Jude sich wiederum von hinnen aus der Stadt wegbegeben will, wird er gehalten seyn, sodann sich wieder auf der Accise-Kammer einzufinden und sein Geleite allda zu produciren, da es sich dann gleich aus dem Dato zeigen wird, ob er sich desselben über die ihm darin angesetzte Zeit bedient habe oder nicht, in welchem erstern Fall er von der E.Wette mit gebührender Strafe anzusehen seyn wird, im letzteren Fall aber von dem Assessor auf der Accise-Kammer gegen Einlieferung seines Geleites einen Passirzettel von derselben Kammer, die auf dem Geleite steht, empfangen wird, welchen Zettel der Jude bey der Accise-Post, alwo er auspassiret, dem allda seyenden Accise-Schreiber oder Aufseher, der sodann des Juden Nahmen in seinem Buch nach der Nummer abschreiben und ihn hiermit abfertigen wird, einzuliefern verbunden seyn soll,

welche zurückerhaltene Passir-Zettel des Abends, wann besagter Accise-Schreiber oder Aufseher jedesmal, wenn die Einlaßbüchsen bei der Accise-Kammer abgebracht werden, alda zurückzuliefern haben wird, damit man umso viel gewisser sein könne, daß der Jude wirklich weggegangen sey.

X.

Umdesto nachdrücklicher allen so zu besorgenden Unterschleiffen vorzubeugen, wird der E. Wette obliegen, allen Gast-Wirthen und Herbergiern, bey welchen Juden logiren, nochmals ernstlich ansagen zu lassen, daß sie nach Inhalt des den 9. April 1749 publicirten Ediktes nicht nur keinen Juden, es sey vor seine eigene Person oder vor die bey sich habende Wahren auf längere Zeit als das ihm ertheilte oder nachher prolongierte Geleite anzeigt, bey sich logiren lassen, sondern auch fleißige Acht auf die bey ihnen logirenden Juden schlagen, und wenn sie bemerken, daß von ihnen gegen bemeldetes Edikt gehandelt wird, solches bei der E. Wette angeben sollen, bey Strafe von 50 Thalern, hiernächst aber auch denen Langgartschen geschworenen Mäklern bei Strafe der Cassirung anzubefehlen, auf die von den Juden getriebene Mäckeleyen fleißig Acht zu haben und sobald sie solche bemercken oder wahrnehmen, der E. Wette davon Nachricht zu erteilen.

XI.

Was die Taxen der Juden-Geleite anbetrifft, so wird

ein Herr oder Kaufmann	für ein Geleit auf	4	Wochen	12 fl.
	für ein Geleit auf	14	Tage	6 fl.
	für ein Geleit auf	8	Tage	3 fl.
ein Geselle	für ein Geleit auf	4	Wochen	8 fl.
	für ein Geleit auf	14	Tage	4 fl.
	für ein Geleit auf	8	Tage	2 fl.
ein Junge oder Knecht	für ein Geleit auf	4	Wochen	4 fl.
	für ein Geleit auf	14	Tage	2 fl.
	für ein Geleit auf	8	Tage	1 fl.

zu zahlen haben, worunter jedoch die 18 gr. für den Stempel nicht inbegriffen sind, sondern besonders entrichtet werden sollen. Diejenigen Juden und Jüdischen Weiber hingegen, so aus denen nahe an dieser Stadt gelegenen Freyheiten oder auch anderwärts her nur auf einen Tag in die Stadt kommend in Bündeln ihre gekauften Wahren hinaustragen, sollen zwar ebenfalls auf obengezeigte Art sich wegen Erlangung des Geleites zu verhalten haben, jedoch dafür nicht mehr als 1 fl. nebst dem Gelde für den Stempel zu erlegen gehalten sein.

XII.

Denen des Handels wegen alhier eintreffenden Juden zum Behuf soll zween Jüdischen Köchen vergönnet seyn beständig alhie in Dantzig zu wohnen, welche dann desfals Quartaliter ein jeder 5 fl. an die Accise-Kammer werden zu entrichten, aller Handlung und Mäckeley aber bey Verlust der Gar-Küche und harter Strafe der E. Wette sich gäntzlich zu enthalten haben.

XIII.

Unter nur angeführter Bedingung soll auch dem seit einiger Zeit sich hier aufhaltenden Jüdischen Diamantschleifer, welcher mit seiner Arbeit der Bürgerschaft nützlich und dienlich ist, Joel Levi genannt, eine gleiche Freyheit gegen Erlegung von 5 fl. Quartaliter gestattet sein."

Anhang zu der am 23. Junii 1752 publicirten VERORDNUNG wegen der Juden-Geleite, aus Schluß sämmtlicher Ordnungen, publicirt dem 25. April 1763.

„Nachdem die Erfahrung gelehret, daß, ungeachtet im Jahre 1752 wegen Ausgebung der Juden-Geleite von sämmtlichen Ordnungen eine gewisse Einrichtung gemacht und deshalb eine Ver-

ordnung durch den Druck publiciret worden, dennoch mancherley Arten von Unterschleiffen und Mißbräuchen sich eingeschlichen, wodurch es geschehen, daß viele Juden, theils ohne Geleite, theils mit einem Geleite sich in der Stadt zur Ungebühr aufgehalten und verbotenes schädliches Gewerbe getrieben: als haben sämtliche Ordnungen, umb solchem Unwesen vor das künftige auf eine zulänglichere Weise Einhalt zu thun, obgedachte Verordnung dergestalt zu leuteriren und folgendes annoch festzusetzen befunden, wonach ein Jeder, den es angehet, sich wird genau zu richten und zu verhalten haben."

I.—VI.
bringt Änderungen des Verfahrens zur Ausgabe der „Geleite", um Mißbräuche zu verhüten.

VII.
Die Thorschreiber werden bei Straffe der Entsetzung von ihrem Dienst keinem Juden aus den nahe umb diese Stadt liegenden Gründen in die Stadt zu lassen haben und sollen demnach solchen Juden weder Thor-Zettel noch Geleite, aus was vor einer Ursache es auch seyn möchte, ertheilet werden."

Die Ausnahmen für jüdische Köche (§ 12) oder den Diamantenschleifer Joel Levi (§ 13) zeigen, daß die Ausschließung der Juden rein wirtschaftliche Gründe hatte. Der einzelne Jude wurde gehalten, wenn er Geld einbrachte. — Im Jahre 1740 ging der Rat sogar so weit, die Juden vor Angriffen und Überfällen der Flissaken (Floßknechte) durch Edikt zu schützen.
Am 19. September 1789 gewährte die Wette ein Geleit für einen Schächter Hirsch Israel aus Krzeszów, damit er den aus Danzig verzogenen Schächter Gabriel Leibel ersetzen sollte.
Ein Beschluß der Altschottländer Chewra vom Jahre 1792 spricht von Danziger Juden, die in der Breitgasse wohnen und den Friedhof auf dem Stolzenberg benutzen wollen. Die Aufrechterhaltung solcher Verbindungen zwischen den in Danzig wohnenden Juden und den Gemeinden in den Vororten wurde jedoch immer schwieriger, je mehr durch die gegenseitigen Kampfmaßnahmen zwischen Preußen und der Stadt Danzig, zum Beispiel durch das Danziger Verbot der Ausgabe von „Spazierzetteln" — jenen Passierscheinen, mit denen die Juden sich für eine geringere Gebühr tagsüber in der Stadt aufhalten konnten —, der Wirtschaftsverkehr zwischen den beiden Gruppen behindert oder überhaupt lahmgelegt wurde. Daran änderte sich wenig, als die Stadt in dem Vertrage vom 22. Februar 1785 gezwungen wurde, unter anderem die Diskriminierung der preußischen, somit auch der Altschottländer Juden einzustellen. Die Entfremdung zwischen den beiden Gruppen schritt fort, bis die bei der II. Teilung Polens 1793 erfolgte Eingliederung der Stadt Danzig in Preußen eine völlig neue Lage schuf.

Kapitel II

Die Juden in der preußischen Stadt Danzig (1793-1920)

Bis zum Kriege 1806—1807

Als die preußischen Truppen am 4. April 1793 in Danzig einzogen, mußte die Danziger Bevölkerung zwar auf die Erfüllung ihres Wunsches, auch unter preußischer Herrschaft eine Freie Stadt zu bleiben, verzichten; sie konnte aber die Hoffnung hegen, daß nach den zwei Jahrzehnten des Wirtschaftskampfes „Handlung und Gewerbe wieder blühen und der Wohlstand, der aus so vielen Klassen der Bürgerschaft geflohen war, wiederum zurückgeführt werde" (Schreiben des Danziger Rates vom 26. März 1793). Die Juden in den Vorstädten oder in der Stadt selbst hegten wohl ebensolche Hoffnungen, nachdem die politischen Grenzen zwischen ihnen gefallen und sie sämtlich preußische Untertanen geworden waren.

Die preußischen Schutzjuden Altschottlands hatten bis dahin den Handel gegen Danzig entwickelt. Wenn sie nun hofften, ihre reichen Erfahrungen und Verbindungen der Stadt zur Verfügung zu stellen und dadurch zur Wiederaufrichtung der Danziger Wirtschaft beitragen zu können, so wurden sie in solchen Hoffnungen schwer enttäuscht. Die Stadt Danzig erreichte es, daß in die Kapitulationsurkunde die Bestimmung aufgenommen wurde: „Juden sind in Danzig von dem Grunderwerb und von der Betreibung bürgerlicher Gewerbe ausgeschlossen."

Wie vor Jahrhunderten das Privilegium Casimirianum sollte jetzt das neubestätigte Privileg „de non tolerandi Judaeis" Schutz gegen den Wettbewerb der Juden sichern. Es klingt wie eine Ironie, daß Preußen bis dahin Danzig als eine von revolutionären Ideen verseuchte Republik hingestellt hatte; die Stadt liebte und verteidigte ihre politische Freiheit, war aber in ihrer Struktur mittelalterlich. Als Danzig preußisch wurde, lebten die Juden weiterhin unter Ausnahmegesetzen und Beschränkungen, die in Preußen selbst schon gelockert oder sogar aufgehoben waren. Noch im Jahre 1799 lautete eine Berliner „Instruktion für die Repräsentanten der jüdischen Gemeinden zu Danzig und Mattenbuden": „auch die auf Lebenszeit tolerierten Juden, mit Ausnahme der Garköche, dürfen nicht heiraten."

Diese bedauerliche Haltung erklärte sich zum Teil durch die Lage, die bei der Einverleibung in den preußischen Staat bestand. Durch die Verträge von 1793 und 1795 kamen mit Südpreußen und Neuostpreußen Gebiete zu Preußen, die eine sehr zahlreiche jüdische Bevölkerung besaßen[24]. Diese Juden, deren wirtschaftliche und soziale Lage katastrophal war, konnten nicht, wie es 1772 geschehen war, ausgewiesen werden, waren aber bei den staatlichen Maßnahmen auch nicht zu übersehen. Preußen, das vor einer weit

schwierigeren Aufgabe stand, als es 1772 bei der Einverleibung Westpreußens der Fall gewesen war, suchte durch ein neues Judenreglement vom 17. 4. 1797 durch strenge Zollvorschriften, Verbote der Grenzüberschreitung und weitere Sondergesetze die Juden der neuerworbenen Gebiete von den altpreußischen Provinzen fernzuhalten[25].

Die judenfeindliche Haltung der Stadt Danzig mußte auch auf die Beziehungen zwischen den jüdischen Gruppen nachteilig wirken. Die Juden in den Vororten hatten sich als privilegierte Schutzjuden ihren Lebensraum geschaffen; sie besaßen eigene Häuser, Geschäfte und Fabriken. Die Juden in der Stadt waren nur geduldet und rechtlos; ihnen drohte die Gefahr, unter die Sondergesetze zu fallen, die für die neugewonnenen Gebiete erlassen worden waren. Unter diesen Umständen spürten die Juden der Vororte wenig Neigung, in die Stadt zu ziehen, selbst wo eine Möglichkeit dazu gegeben war. Die Folge war, daß die Beziehungen zwischen den Juden innerhalb und außerhalb der Stadt weiterhin kühl blieben.

Die Eingliederung Danzigs in den preußischen Staat brachte wirtschaftliche Veränderungen, deren Wirkung sich die Bevölkerung der Vororte, sowohl Juden wie Nichtjuden, nicht entziehen konnte. Der Handel der„ Immediatstadt" Stolzenberg hatte bei kräftiger Unterstützung durch den preußischen Staat im Wettbewerb gegen Danzig geblüht. Jetzt sollte dieser Wettbewerb nicht länger aufrechtgehalten werden. Stolzenberg verlor seine Bedeutung; die von Friedrich dem Großen dorthin verlegten Messen sanken zu unbedeutenden Krammärkten herab, um bald ganz aufzuhören. Aus der Bevölkerung zogen viele Danziger, die seinerzeit dem Rufe Preußens gefolgt waren und sich in den Vororten angesiedelt hatten, wieder in die Stadt zurück. Die Einwohnerzahl der Vororte sank zusehends. Nur der eine Vorort Altschottland konnte seine Einwohnerzahl halten (die Zahl seiner Häuser war von 1773—1805 sogar von 211 auf 220 gestiegen). Im Jahre 1793 betrug die Zahl der Juden in sämtlichen Vororten 904[26]; in den folgenden Jahren ist sie durch Abwanderung nach west- und ostpreußischen Städten wahrscheinlich weiter zurückgegangen. — Für die Juden der Vororte gab es nur einen Ausweg: Umsiedlung in die Stadt und legale Teilnahme an Danzigs Handel und Wirtschaft.

In Preußen zeigte die berühmte Eingabe der 34 Königsberger Hausväter ihre ersten Wirkungen; der preußische Staat war dabei, das alte Judenreglement durch ein neues, fortschrittlicheres Gesetz abzulösen. Bevor es jedoch dazu kam, wurde das alte Preußen durch den unglücklichen Krieg von 1806—1807 vernichtet, und die Emanzipation der Juden erfolgte erst beim Wiederaufbau des preußischen Staates.

Nach der Niederlage von Jena und Auerstädt kam es schon im Februar 1807 zur Belagerung der Stadt Danzig. Um dem Feinde keinen Schutz zu lassen, wurden mitten im Winter die Vorstädte Neugarten, Petershagen, Weinberg, Stolzenberg und ein Teil von Altschottland niedergebrannt, und die ihres Obdachs beraubten Einwohner mußten in der Stadt Zuflucht suchen. Auch die jüdische Bevölkerung, namentlich die Weinberger Gemeinde, war dazu gezwungen, und in der allgemeinen Bedrängnis konnte die Stadt den Juden das Asyl nicht verweigern. Es war eine Katastrophe, die aber (ähnlich wie die Zerstörung des Frankfurter Ghettos 1796) für die Juden der Vorstädte zum Segen werden sollte.

Mit Hoffnungen und Befürchtungen zugleich waren die Altschottländer in die Stadt gezogen. Da ihre Synagoge in Altschottland stehengeblieben war, wanderten sie dort hinaus,

um ihren Gottesdienst zu halten. Erst als während der Belagerung niemand die Stadt verlassen konnte, mußten sie die wenigen primitiven Einrichtungen mitbenutzen, die in der Stadt vorhanden waren.

Die Danziger Juden in der Breitgasse hatten bald nach der Eingliederung Danzigs eine eigene Gemeinde gebildet. Sie hatten auch eine Synagoge in einem baufälligen, gemieteten Speicher in einem versteckten Winkel in der Breitgasse (zwischen Junkergasse und Holzmarkt). Lage und Beschaffenheit des Grundstücks, das 1820 Eigentum der Gemeinde wurde, waren ein Spiegelbild der traurigen Lage dieser Gemeinde; daß ihre rechtliche Lage nicht besser war, zeigen das Reskript von 1799 und das Danziger Privileg. Diese Gemeinde und ihre Synagoge konnten den Bedürfnissen der Altschottländer und Weinberger nicht genügen. — Die Gemeinde von Mattenbuden, die zwar einen Betsaal besaß, war zu abgelegen und erhielt sich im Grunde nur aus Beiträgen und Spenden polnischer Kaufleute, die hier vorzugsweise Quartier nahmen. So sahen sich die Ansässigen von den Zuzüglern verschmäht und zogen sich gekränkt zurück; die zugezogenen Juden aber sahen ihren Aufenthalt in der Stadt lediglich als vorübergehend an und nahmen abwartende Haltung ein. Die Folgen dieses Verhältnisses sollten sich in der weiteren Geschichte der Danziger Juden zeigen.

Als die Belagerung auch jüdische Opfer forderte, wurde vornehmlich von den Danziger Juden am Fuß des Hagelsberges ein alter Begräbnisplatz (den die Danziger Juden wohl schon vor der Ausweisung 1723 angelegt hatten) wieder benutzt. Die Altschottländer begruben ihre Toten vorläufig in den Gärten der Kaufleute Almonde und Wendt, später endgültig auf ihrem Friedhof außerhalb der Stadt. Als 1840 die Festungswerke erweitert wurden, mußten auch die am Hagelsberg begrabenen Toten auf den Stolzenberger Friedhof umgelegt werden.

Nach dreimonatigem Widerstande kapitulierte Danzig vor den Franzosen, die am 27. Mai 1807 in die Stadt einzogen.

Im Freistaat Danzig (1807—1814)

Durch den Tilsiter Frieden wurde Danzig am 9. Juli 1807 ein Freistaat. Zu seinem Gebiet gehörten auch die Orte Altschottland, Weinberg und Langfuhr mit ihren jüdischen Gemeinden, die nun mit den beiden in der Stadt bestehenden Gemeinden eine Schicksals- und Leidensgemeinschaft bildeten. Denn die kommenden sieben Jahre der Freistaatherrlichkeit wurden unter französischer Besatzung für die Bevölkerung Danzigs, die Juden eingeschlossen, bittere Leidensjahre.

Stadt und Vororte hatten durch die Belagerung sehr gelitten; Tausende von Häusern lagen in Trümmern. Als der hartgeprüften Stadt hohe Kriegskontributionen auferlegt wurden, hatten auch die Juden ihren Beitrag zu leisten. Die neue Danziger Regierung verfuhr ihnen gegenüber ebenso rigoros wie die französischen Behörden gegenüber der Stadt. Der von der Stadt den Juden auferlegte Betrag von 50 000 Thalern war in zwei Raten am 15. Januar und 15. April 1808 zu zahlen. Für die Zahlung wurde die Gemeinde Altschottland bzw. ihre reichsten Mitglieder haftbar gemacht; es blieb ihnen überlassen, mit den anderen

Gemeinden über ihre Anteile zu verhandeln. — Für die erste Rate von 25 000 Thalern zahlten:

Die Gemeinde Altschottland	18 000 Thlr.
Die Gemeinde Weinberg	4 000 Thlr.
Die Gemeinde Langfuhr	1 500 Thlr.
Die Gemeinde Danzig-Breitgasse	900 Thlr.
Die Gemeinde Danzig-Mattenbuden	600 Thlr.

Die Zahlen geben ein Bild von der Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden, wobei die Armseligkeit und Finanzschwäche der beiden Gemeinden in der Stadt besonders ins Auge fallen. — Die Zahlung konnte nur dadurch geleistet werden, daß ein Herr Benedikt Stargardt seiner Gemeinde Altschottland ein Darlehen von 20 000 Thalern auf sechs Jahre gewährte; für die Instandsetzung des verwüsteten Friedhofs auf dem Stolzenberg spendete er der Chewra Kaddischa den Betrag von 1500 Thalern, wofür er ihr Ehrenmitglied wurde.

Sieben Jahre (vom 9. Juli 1807 bis 2. Januar 1814) bestand die neue Republik. In diesen Jahren wagte ihre Regierung nicht, den Juden den Aufenthalt in der Stadt zu versagen; sie konnte auch die französischen Wachen nicht dazu bewegen, den Juden am Tore das Geleitgeld abzunehmen. Aber mit dem Wiederaufleben der alten Ordnung erwachte in den Bürgern der Wunsch nach den alten Privilegien und dem Ausschluß aller Fremden. Vor allem hätte man gern den Juden das Recht der unbeschränkten Handelsfreiheit genommen. Gestützt auf das Versprechen des Kaisers, daß Danzig nach seinen alten Gesetzen regiert werden solle, protestierte man gegen die Zulassung der Juden zur Börse. Im April 1808 wurde den Juden der Zutritt zur Börse untersagt; die Verordnung wurde in der Altschottländer Synagoge von einem Regierungskommissar verlesen. Das Verbot war jedoch nicht von langer Dauer, da es nicht die Zustimmung der französischen Behörden fand[27]. In diesem Fall hatte sich die französische Auffassung von der Gleichheit aller Bürger durchgesetzt. Es darf jedoch nicht angenommen werden, daß die Juden in Danzig unter französischer Besatzung volle bürgerliche Gleichberechtigung besessen hätten, wie zum Beispiel die Juden der Rheinprovinz oder Westfalens, wo der Code Napoléon volle Rechtskraft erlangt hatte. Die Danziger Juden standen zwischen einer fortschrittlichen Besatzungsmacht und der eigenen Regierung, die reaktionär auf alte Privilegien pochte; politisch-rechtliche und auch seelische Konflikte konnten für sie nicht ausbleiben.

An den Ausbau des jüdischen Gemeindelebens in Danzig konnte in den Jahren der Danziger Republik nicht gedacht werden. Die Altschottländer und Langfuhrer Juden besuchten weiter ihre alten Synagogen außerhalb der Stadt; die Weinberger, die völlig obdachlos geworden waren, trugen kein Verlangen, einen der Danziger Betsäle zu benutzen und zogen die Gastfreundschaft der Altschottländer vor. Ein Beweis guter Nachbarschaft ist folgender Beschluß der Altschottländer Gemeinde:

„Am heutigen Tage ist beschlossen worden, daß die Mitglieder der Weinberger Gemeinde in unserer großen Synagoge zu Schottland sowohl in der Woche als am Sabbat und an Festtagen, gemeinschaftlich mit den Mitgliedern unserer Gemeinde die nämlichen Rechte genießen, wie unsere Gemeindemitglieder, sowohl Mizwot zu kaufen, Zeugen zu stehen als auch Chijubim bei Wöchnerinnen, Barmizwa und Jahrzeit zu sein, wofür die Mitglieder der Weinberger für jeden Chijub Spende an die Armenkasse unserer Gemeinde einen Danziger Taler geben müssen. Was

die Stätten anbelangt, versteht sich, daß die Mitglieder der Weinberger Gemeinde nur solche besetzen können, die vom Vorstande der Schottländer für vacant erklärt werden und die Weinberger Mitglieder mieten können. Auch versteht sich, daß die Weinberger, sowohl beim Zeugenstehen dieselben Verordnungen in Ansehung der Aufzurufenden sich gefallen lassen müssen wie unsere Gemeindemitglieder, wie nicht weniger alle Verordnungen, so in unserer Synagoge von alten Zeiten hier bei uns stattgefunden haben. Geschehen Dienstag, den 17. Elul 5569 (1809)."

In Preußen bereitete sich damals die politische Gleichberechtigung der Juden vor. Wie weit die Juden Altschottlands vor 1806 an den Auseinandersetzungen Anteil nahmen, ist nicht festzustellen; nach 1806 konnten sie sich daran nicht mehr beteiligen, da Danzig als Freie Stadt ein eigenes Leben außerhalb Preußens führte. Die Danziger Juden waren daher auch nicht eingeschlossen, als endlich am 11. März 1812 das langersehnte Edikt über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden sie zu preußischen Staatsbürgern machte. Für die Danziger Juden, die zwar den Schutz der französischen Besatzung genossen, blieb die Zukunft unsicher und ungewiß.

Gerade damals brach durch eine zweite Belagerung neues Unglück über Danzig herein. Mit anderen Flüchtlingen verließen auch viele jüdische Familien die Stadt, um in preußischen Nachbarstädten wie Stolp oder Elbing Zuflucht zu suchen. Das Jahr der Belagerung wurde durch Hunger, Typhus und verheerende Brände das schrecklichste Jahr der Danziger Geschichte. Für die Juden, die mit der übrigen Bevölkerung der Stadt Not, Elend und alle Gefahren der Belagerung teilten, kam erschwerend noch hinzu, daß sie in Danzig nur heimat- und rechtlose Flüchtlinge waren.

Der Friedhof der Langfuhrer Gemeinde wurde von den dort kampierenden Russen so verwüstet, daß kein Stein verblieb. Aber auch alles, was noch von Altschottland und Stolzenberg übriggeblieben war, wurde während der zweiten Belagerung zerstört; weder Altschottland noch Weinberg sind später wieder aufgebaut worden. Der Name Weinberg verschwand völlig; er lebte nur noch im Namen der Weinberger Gemeinde vier Jahrzehnte fort, während der Name Altschottland als Bezeichnung des unbebauten Verbindungsweges vom Petershagener Tor nach dem Stadtgebiet noch in unseren Tagen gebraucht wurde.

Am 2. Januar 1814 streckte die französische Besatzung in Danzig die Waffen. Unter ihren Gefallenen waren auch vier jüdische Soldaten, die auf dem jüdischen Friedhof in Danzig begraben worden waren. Es waren Juden aus dem Rheinland, aus Jülich, Mainz und Forbach, die in Rheinbundtruppen mitgekämpft und so die ihnen gewährte Emanzipation mit ihrem Blut bezahlt hatten. Gleichzeitig befanden sich auf preußischer Seite unter den jüdischen Kriegsfreiwilligen, die 1813 so zahlreich als neue Bürger des preußischen Staates zu den Fahnen geeilt waren, auch Danziger Juden, die 1813 nicht einmal preußische Bürger waren. Als Danziger wurden genannt Abraham Loewinsohn, Daniel Lessman, Wolf, Abraham Wolff, von denen der letztgenannte das Eiserne Kreuz erhielt[28]. Es muß sich um Angehörige solcher jüdischen Familien aus Danzig gehandelt haben, die vor der Belagerung nach preußischen und Nachbarstädten geflüchtet waren, die noch Schutzbriefe aus preußischer Zeit besaßen, und deren Jugend dem Rufe des Königs zur Verteidigung des Vaterlandes gefolgt war.

Zahlreich sind die Beweise der Vaterlandsliebe der preußischen Juden jener Zeit, namentlich in Berlin, Breslau und Königsberg, und ihre Begeisterung brach sich in Worten Bahn, die uns heute allzu überschwänglich erscheinen[29]. Aber den Worten entsprachen

Taten, und mit Recht schrieb der Staatskanzler Fürst Hardenberg, daß „die Juden des Staates, der sie in seinen Schoß genommen, durch treue Anhänglichkeit würdig geworden". Bei den Danziger Juden, die in Napoleon den Bringer staatsbürgerlicher Freiheit sehen mußten, war ihre patriotische Haltung um so höher einzuschätzen.

Nach Danzigs Rückkehr zu Preußen (1814)

Nach dem Abzug der Franzosen wurde in schwierigen Verhandlungen Danzig wieder unter preußische Herrschaft gebracht. Am 5. Februar 1814 wurde von Berlin erklärt, daß die Stadt Danzig wieder zu Preußen gehöre; ihre zerstörten Vorstädte sollten nicht wieder aufgebaut werden und deren ehemalige Einwohner seien preußische Untertanen und städtische Bürger.
Über die Einbürgerung der Danziger Juden haben wir dokumentarische Zeugnisse. Ein im „Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Danzig" (Jahrgang 1817, Nr. 29—33) abgedrucktes Verzeichnis der „bei der Reoccupation der Stadt Danzig im Jahre 1814 vorgefundenen Juden, welchen das Staatsbürgerrecht ertheilet worden ist", enthält 605 Personen mit ihrem bisherigen hebräischen oder jüdischen Namen und mit den als Staatsbürger neugewählten Familiennamen[30].
Diese Liste gibt in mehrfacher Hinsicht interessante Aufschlüsse. Wir sehen daraus:

1. Alle hebräischen und jüdischen Namen wurden von ihren Trägern als Vornamen beibehalten und ihnen die neugewählten deutschen Familiennamen hinzugefügt.
2. Nicht weniger als 31 Personen wählten den Namen Cohn, weitere 30 den Namen Levi mit seinen Ableitungen (Levinsohn, Levensohn, Lewinsohn, Löwensohn, Löwenberg, Löwenthal, Löwenstein) im stolzen Bewußtsein der Zugehörigkeit zum Hause Aaron und zum Stamm der Leviten.
3. Die verhältnismäßig große Zahl von 16 wählten den Namen Goldschmidt, weitere 14 den Namen Goldstein.
4. Der Wunsch, echt deutsch klingende Namen (Berg, Bäcker, Engel, Riese, Kupfer, Silber und dergleichen) zu wählen, trat recht selten in Erscheinung.

Von den darin genannten Familien finden wir bereits nach drei Generationen nur noch wenige in den Gemeindelisten. Abwanderung und Auswanderung, Abfall und Taufe, auch der dauernde Zuzug aus westpreußischen Kleinstädten hatten bereits vor Entstehung der Freien Stadt Danzig und der großen Zuwanderung aus dem Osten die Liste der Danziger Familiennamen völlig verändert. Wie sehr gerade die führenden jüdischen Familien Danzigs von dieser Entwicklung betroffen waren, zeigt ein Vergleich der Listen von Vorstand und Repräsentanten aus der Nachkriegszeit (1920—1939) mit dieser Liste von 1814.
In Westpreußen erhielten gleichzeitig 2381, meist in Kleinstädten wohnende Juden deutsche Familiennamen[31].
Die Einbürgerung der Juden konnte bei ihnen nur hellen Jubel auslösen. Nach langen Kämpfen und vielen Demütigungen wurden sie nun freie Bürger, dazu Bürger einer Stadt, die einer neuen Zukunft entgegenging. Die Leiden der Kriegs- und Besatzungszeit, die

Notwendigkeit, die Kriegsschäden zu heilen und wiederaufzubauen, förderten die Neigung, jüdische Mitbürger zu dulden und willkommen zu heißen. Die auch in Danzig eingeführte Städteordnung von 1808 räumte gründlich mit alten Privilegien auf, und die Bürger gewöhnten sich bald daran, sich als eine zusammengehörige Kommune zu fühlen. Die Voraussetzungen zur Wiederherstellung einstiger Größe schienen für Danzig gegeben; auch war zu hoffen, daß die Juden der Stadt sich bald zu einer würdigen Gemeinde zusammenschließen würden. Beide Hoffnungen blieben unerfüllt. Vielmehr verliefen gerade die Jahrzehnte, die in der Geschichte Preußens vom Wiener Kongreß von 1815 und der Märzrevolution von 1848, in der Geschichte der preußischen Juden von der Emanzipation von 1812 und dem Judengesetz von 1847 eingerahmt sind, für die Stadt wie für die Juden recht kümmerlich.

Danzig war verarmt; die gewaltige Schuldenlast ließ keinen Wohlstand aufkommen. Zwar entstand 1815 die Provinz Westpreußen mit Danzig als Hauptstadt; aber schon 1824 wurde bei der Vereinigung von Ost- und Westpreußen das Oberpräsidium nach Königsberg verlegt, wohin auch der Danziger Oberpräsident von Schön ging. Sein Weggang wurde von Danzigs Bürgerschaft, einschließlich der Juden, schmerzlich empfunden, denn er hatte die Errichtung der Staatsbank sowie der Korporation der Kaufmannschaft (der späteren Handelskammer) und dadurch den Handel sehr gefördert. Auf seine Veranlassung hatte der preußische Staat einen Teil der ungeheuren Kriegsschuld Danzigs übernommen.

So kam es, daß Danzig trotz stolzer Tradition und günstiger Lage gegenüber den aufblühenden Nachbarstädten Königsberg und Stettin wirtschaftlich zurückblieb. Carl Fürstenberg, ein großer Sohn unserer Gemeinde, beginnt seine Lebensgeschichte mit einer Schilderung jener Dornröschenzeit Danzigs. „Die alte Freie und Hansestadt Danzig war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in einen ruhigen Schlummer versunken und träumte nur noch selten von den Tagen ihrer einstigen Größe. Fehlte es auch nicht an Größen in Danzig, so war der Zuschnitt des Lebens im ganzen doch so kleinbürgerlich wie nur möglich. Nicht einmal die militärische Besatzung der Festung vermochte dem Stadtbild einen lebhafteren Anstrich zu geben ..."

Wie Danzig gegenüber den benachbarten Handelsplätzen zurückblieb, so kamen auch die Danziger Juden gegenüber anderen Gemeinden mehr und mehr ins Hintertreffen. Sie hatten alle Leiden und Opfer der Kriegs- und Besatzungsjahre getragen, ihre Häuser und Gemeindeinstitutionen verloren und verharrten nun in ihren kleinen Splittergemeinden, zu gemeinsamer Aktion ebenso unfähig wie zur Führung der Gemeinden in der Provinz. —

Zu den inneren Konflikten kam noch eine Gefahr von außen, die jahrzehntelang über den Häuptern der Danziger Juden schwebte und den Genuß der bürgerlichen Freiheit beeinträchtigte. Wieder war es Danzigs geschichtliche Sonderstellung, welche diese Gefahr heraufbeschworen hatte.

Nach dem Wiener Kongreß besaßen die Länder zwischen Rhein und Memel sehr verschiedene Verfassungen, und diese Unterschiede betrafen auch ihre Judengesetze. Im Rheinland, Westfalen und den Hansestädten hatten unter französischem Einfluß die Juden volle Gleichberechtigung. In Altpreußen galt das Edikt von 1812, in anderen Gebieten, zum Beispiel in Sachsen, der Lausitz oder Schwedisch-Pommern, beruhte die Behandlung der Juden auf dem General-Judenreglement von 1750 oder noch älteren Gesetzen. Die Folge

war, daß man in dem neuen Königreich Preußen mit seinen acht Landtagen mehr als 30 verschiedene Judenbezirke zählte; es herrschte völlige Rechtsunsicherheit und Verwirrung[32]. Die Gewährung des Bürgerrechts an alle deutschen Juden (Art. 16 der deutschen Bundesakte 1815) war auf preußischen Antrag beschlossen worden; die preußische Praxis wich davon sehr ab, und die Verhältnisse der Juden in den neuen Provinzen blieben dieselben, die jeweils bei der Okkupation bestanden hatten.

Durch die Heilige Allianz kamen erneut jene reaktionären Kräfte zur Herrschaft, welche die Judenemanzipation in ihren ersten Anfängen bekämpft hatten. Für die Juden Ost- und Westpreußens waren es besonders zwei hohe Staatsbeamte, deren feindselige Haltung verhängnisvoll wurde. Es waren der Staatsminister Freiherr von Schrötter und der Regierungspräsident von Hippel.

Schrötter war ein solcher Judenfeind, daß er der Haman der Juden genannt wurde. Vor dem Edikt von 1812 lehnte er jedes Niederlassungsgesuch eines Juden grundsätzlich ab; er warnte in seinen Berichten vor jeder Vermehrung der jüdischen Familien, da „nach den bisherigen Erfahrungen .... die christlichen Kaufleute in kurzem völlig zugrundgerichtet werden, und es würde zuletzt nur der jüdische Handel übrig bleiben ...“ [33].

Im März 1808 wurden von ihm alle aus den abgetretenen Gebieten eingewanderten Juden ausgewiesen. Jeder Schritt eines Juden wurde in Ost- und Westpreußen streng überwacht, jeder Verdächtige verhaftet und jeder Fremde ohne Geleitbrief ausgewiesen[34]. In seinem Schreiben vom 11. Juni 1808 wandte sich Schrötter dagegen, daß „die Schutzjuden-Etablissements überhaupt, besonders aber in Preußen und vorzüglich in Königsberg, wo die Kaufleute ohnehin schon so sehr dadurch gelitten haben, über die festgesetzte Anzahl vermehrt werden“ [35].

Mit solchen Ansichten stand er, wie zum Beispiel ein Schreiben des Regierungspräsidenten in Marienwerder, von Hippel, zeigt[36], in der preußischen Verwaltung nicht allein. Es bedurfte jahrzehntelanger Kämpfe der Juden, die endlich erlangten Rechte sich nicht rauben zu lassen. Auch in diesem Kampf war Danzig als ein eigener Judenbezirk in einer besonderen Lage.

Über die Rechtslage der Juden in der Stadt Danzig und deren Gebiet herrschte nach dem Wiener Kongreß manche Unsicherheit und Verwirrung. Sie ergab sich daraus, daß bei allen bisherigen Gesetzgebungen Preußens betreffs der Juden, sowohl bei dem Juden-Reglement vom 29. September 1730 sowie vom 17. April 1750 und dem Edikt vom 11. März 1812, Danzig sich außerhalb des preußischen Staatsgebietes befunden hatte. Auch war das Danziger Gebiet, das 1793 zu Preußen gekommen war, nicht dasselbe, aus dem 1807 der Freistaat Danzig gebildet worden war. Durch Übergabe früherer preußischer Gebiete an Danzig bzw. Verbleib früherer Danziger Gebiete bei Preußen hatte der neugebildete Freistaat manche Grenzänderung erfahren. Die Gemeinden von Altschottland, Weinberg und Langfuhr waren dem Freistaat zugeteilt worden, und vor allem war durch Publikation des Danziger Rats vom 17. Juni 1808 hier der Code Napoléon eingeführt worden. Dieser wurde bei Danzigs Wiedervereinigung mit dem preußischen Staat außer Kraft gesetzt und ab 29. März 1814 wieder die in den preußischen Staaten geltenden Gesetze eingeführt (Westpreußisches Amtsblatt 1814, S. 177).

Man mußte annehmen, daß mit dem preußischen Recht auch das Edikt von 1812 zur Anwendung käme, und tatsächlich war dies auch die Auffassung der Regierung. Dies geht aus

dem Schreiben des Ministers des Innern, v. Schuckmann, an die Königliche Regierung zu Marienwerder vom 17. September 1814 hervor:

„Der Vorschlag, welchen das der Kgl. Westpreußischen Regierung unter dem 1. d. Monats mitgeteilte gemeinschaftliche Schreiben der Ministerien des Innern und der Justiz an Se. Durchlaucht den Herrn Staatskanzler vom 5. Juli d. Jhr. über die künftigen Verhältnisse der Juden in Danzig enthält, ist bei weiterer Erwägung nicht genehmigt, sondern vielmehr beschlossen worden, das Edikt vom 11. März 1812 wegen der bürgerlichen Verhältnisse auch auf Danzig und dessen Gebiet völlig anzuwenden.
Die Kgl. Regierung hat darnach das Weitere zu verfügen, auch insonderheit die Juden der Danziger Vorstädte, bei welchen auch der besondere Grund eintritt, daß deren Wohnungen zum Teil in der Asche liegen, die Aufnahme in die Stadt auf alle Fälle nicht versagt werden können, da sie nach der bisherigen Verfassung der Stadt Danzig sich daselbst ansässig zu machen befugt gewesen sein würden, demgemäß auf die urschriftlich angebogene, von Se. Durchlaucht dem Herrn Staatskanzler hierher remittierte Vorstellung vom 22. v. M. mit Resolution zu versehen."
Das Schreiben des Ministers des Innern und des Handels an die Regierung zu Marienwerder vom 7. Mai 1816 bestätigt diese Auffassung.

Während beide Schreiben von völliger Gleichstellung und gleicher Behandlung sprechen, hören wir in den folgenden Jahren von aufkommenden Zweifeln, und in einem Reskript des Ministers des Innern, von Schuckmann, vom 10. März 1828 an die Regierung zu Danzig wird dann sogar das Gegenteil erklärt:

„Wenn die Kgl. Regierung laut der Äußerung in ihrem Bericht vom 27. v. M. dafür annehmen zu müssen glaubt, daß den mit dem preußischen Staatsbürgerrecht versehenen Juden die Niederlassung in Danzig nicht verwehrt werden könne, so irrt dieselbe. Se. Majestät der König haben bei gelegentlicher Veranlassung mittels allerh. K. O. vom 8. 2. 1818 zu bestimmen geruht, daß das Edikt vom 11. 3. 1812 in den neuen und wiedererworbenen Provinzen noch nicht zur Anwendung gebracht, vielmehr in diesen Provinzen der status quo zur Zeit der Besitznahme bis dahin, wo die bürgerlichen Verhältnisse der dortigen Juden werden gesetzlich festgestellt werden, aufrecht erhalten werden soll.
Zufolge dieser allerhöchsten Bestimmung hat die Wirksamkeit der den Juden der alten Provinzen durch das genannte Edikt verliehenen staatsbürgerlichen Rechte seither lediglich auf die damaligen Grenzen der preußischen Monarchie eingeschränkt werden müssen."

Somit war noch nach 20 Jahren die im Judenedikt verkündete bürgerliche Gleichstellung der preußischen Juden in Danzig und dessen ehemaligem Gebiet nicht völlig geklärt. — Waren sie freie Bürger auf Grund des Code Napoléon, da ja die bei der Besitznahme bestehenden Verhältnisse gelten sollten? Waren sie durch Einführung der preußischen Gesetze freie preußische Staatsbürger geworden, oder sollte auf sie das Schutzprivileg Friedrichs des Großen angewandt werden, das nur den Juden um Danzig, nicht aber den in der Stadt selbst damals lebenden Juden verliehen worden war?
Eine gesetzliche Entscheidung dieser Fragen war dringend notwendig, und sie erfolgte durch die Kabinettsorder vom 25. April 1832, die durch den Minister des Innern, von Braun, an die Regierung zu Danzig unter dem 1. Mai 1832 weitergegeben wurde:

„Auf den Bericht der Kgl. Regierung vom 11. 2. v. J. und meine deshalb dem König eröffneten Anträge haben Allerhöchst dieselben unter dem 25. v. M. diejenige A. K. O. an mich zu erlassen geruht, welche ich derselben anliegend zufertige, um sie durch Ihr Amtsblatt zu publizieren und darnach zu verfahren:

Da ich aus Ihrem Bericht vom 6. d. M. ersehe, daß das Edikt über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden vom 11. 3. 1812 bei der Wiederbesitznahme der Stadt Danzig daselbst unter Zustimmung des Staats-Kanzlers Fürsten von Hardenberg in Anwendung gebracht worden ist, so will ich in Beziehung auf die Stadt Danzig und das Gebiet derselben Meine Ordre vom 8. August 1830 dahin modifizieren, daß diejenigen Juden, welche gegenwärtig ihren Wohnort im rechtlichen Sinn daselbst haben, für sich und ihre Familien als mit dem staatsbürgerlichen Recht versehen nach dem Gesetz vom 11. 3. 1812 auch fernerhin behandelt, und daß Bestimmungen vom 8. Aguust 1830 auf sie nicht angewendet, selbige auch für berechtigt angesehen werden sollen, sich in die anderen Provinzen und Ortschaften, in welchen das Gesetz vom 11. 3. 1812 verbindliche Kraft hat, überzusiedeln. Dagegen sollen, bis die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in den neu- oder wiedererworbenen Provinzen vollständig reguliert sein werden, die städtischen Behörden in Danzig befugt sein, anderen Juden, sie mögen das Staatsbürgerrecht besitzen oder nicht, die Aufnahme zu verweigern. Juden, die das Staatsbürgerrecht nicht besitzen, dürfen sie nur mit Einwilligung der Staatsbehörde aufnehmen. Ich beauftrage Sie, wegen Ausführungen dieser Bestimmungen weiter zu verfügen, und die Aufnahme derselben in das Amtsblatt der Regierung zu Danzig zu veranlassen.

Berlin, 25. April 1832. Friedrich Wilhelm."

Diese Kabinettsorder wurde im Amtsblatt bekanntgemacht, ebenso wurden die Regierungen der alten Provinzen verständigt, damit vorkommendenfalls den jüdischen Staatsbürgern aus Danzig beim Zuzug kein Hindernis in den Weg gelegt werde. Alle Juden, welche am 25. April 1832 in Danzig rechtlich wohnten, wurden nach dem Edikt behandelt und konnten in andere Provinzen umsiedeln. Anderen Juden, waren sie Staatsbürger oder nicht, konnte die Stadt die Aufnahme verweigern. Sicherlich konnte der Nachweis des „rechtlichen Wohnens" nicht immer ohne Schwierigkeiten erbracht werden. Aus diesen Bestimmungen und Verfügungen[37] wird ersichtlich, daß noch 20 Jahre nach der Emanzipation für die Juden in Danzig hinsichtlich ihres Wohnrechtes in Danzig Sonderbestimmungen galten, die vielfach beunruhigend wirken mußten[38].

Danzigs fünf Gemeinden

In Danzig verhinderten vier Jahrzehnte lang unglückliche und fast unverständliche innere Verhältnisse der Juden den Zusammenschluß der zersplitterten Gruppen zu einer Gemeinde. Bereits früher ist dargelegt worden, warum die Gemeinden der Vororte bei ihrer Umsiedlung in die Stadt sich nicht den vorhandenen Gemeinden Mattenbuden oder Breitgasse anschließen wollten. Noch betrüblicher war, daß die drei Gemeinden Altschottland, Weinberg und Langfuhr, die bereits außerhalb der Stadt einen gemeinsamen Rabbiner gehabt hatten, nicht zum Bau einer gemeinsamen Synagoge schritten. Rabbi Chajim Munk, der das Rabbinat von 1807—1835 verwaltete und, weil nur mit Rücksicht auf seinen Vater gewählt, nicht den Titel des Rabbiners führte, hatte weder die Autorität noch die Energie, die naheliegende Vereinigung durchzuführen.

Nach Übersiedlung in die Stadt mietete jede Gemeinde ihr eigenes Betlokal, da der Grunderwerb, damit auch der Bau einer Synagoge, noch untersagt war. Die Langfuhrer hielten Gottesdienste weiter in Langfuhr, da dieser Vorort wieder aufgebaut wurde. Sie hatten mit Weinberg und Altschottland bis 1835 den gemeinsamen Rabbiner Chajim Munk. Die Mattenbudener hatten als ersten Rabbiner Mose ben Chajim Chefes aus Szklov; nach seinem Tode (1807) folgte ihm Isaak Itzig ben Elchanan Aschkenasi, ein Sohn des Schottländer Rabbis Elchanan, nach seinem Tode (1814) Samuel Sanwel ben Jehuda Loeb Rosenstein, ein Enkel des Rabbiners Elchanan von Altschottland. Er starb 1824; sein Nachfolger Michael Levin Munk (Jechiel Arje ben Mattitjahu ha-Kohen) wirkte bis 1853, in welchem Jahre er an die Gemeinde der Breitgasse berufen wurde. — In der Gemeinde Breitgasse wirkte bis 1825 Markus Perls (Mordechai ben Noach ha-Levi) aus Lissa, dann bis 1837 Mose Elieser Thorner, seit 1853 der schon erwähnte Michael Levin Munk von der Gemeinde Mattenbuden.

Bei allen diesen aus Verehrung und Pietät gewählten Führern handelte es sich um ehrenwerte, gelehrte Männer mit gründlichem jüdisch-talmudischem Wissen. Sie waren aber weder in der Lage, die Danziger Juden zu vereinigen oder zu repräsentieren, noch an den gewaltigen Umwälzungen im jüdischen Leben jener ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aktiven Anteil zu nehmen. Unter ihnen war kein Schüler oder Anhänger Moses Mendelssohns, kein Kämpfer für die Emanzipation und gegen die Reaktion, kein großer Erzieher, der den nach der Emanzipation einsetzenden Abfall vom Judentum hätte aufhalten können. Leider haben wir für damalige Judentaufen in Danzig keine Statistik; sie müssen aber recht zahlreich gewesen sein, da den Danziger Juden, mehr noch ihrer Jugend, Schule und Gotteshaus, eine würdige Gemeinde und das damit verbundene Zusammengehörigkeitsgefühl fehlten. Die Gemeinden, die damals wohl nicht mehr als 300 Familien umfaßten, erlitten weitere Verluste durch Abwanderung von Danziger Juden, besonders deren Jugend, nach dem Westen Deutschlands, und durch Auswanderung nach England und Amerika.

Die von den Gemeinden gemieteten Betsäle waren wenig einladend. In der Altschottländer Gemeinde stürzte schon im zweiten Jahr am Purimfest die Decke ein. Die Folge war, daß viele dem Gottesdienst fern blieben, sich dem Judentum entfremdeten und in neuen Lebenskreisen geistige Befriedigung suchten. Im Jahre 1818 erbauten die Altschottländer ihre erste Synagoge in der Stadt; sie war klein und nur für die männlichen Mitglieder ausreichend. Ein enger Raum war für verheiratete Frauen bestimmt; man bedachte nicht, daß auch Mädchen die Synagoge besuchen könnten oder einmal eine Nachbargemeinde aufzunehmen sein würde.

Zur Wahrung der Würde des Gottesdienstes wurde von einem zehnköpfigen Organisationskomitee[39] eine Synagogenordnung ausgearbeitet; die Ordnung zeigt, wie sehr die Danziger Juden sich auch in religiösen Angelegenheiten dem Staat einfügten. Einer ihrer 19 Paragraphen bedrohte jeden, der sich erlauben würde, während des Gottesdienstes zu sprechen, mit Anzeige bei der Behörde als Religionsstörer. Eine echt preußische Anordnung; so rasch hatten die Altschottländer Juden, die ehemaligen Generalprivilegierten Friedrichs des Großen, sich mit der deutschen Sprache, deutscher Kultur und Sitte auch preußische Ordnungsliebe angeeignet. Sie fühlten sich als preußische Juden, und das Symbol ihrer preußisch-patriotischen Haltung war der preußische Adler, der seine

Schwingen über den beiden in der Synagoge angebrachten Gesetzestafeln ausbreitete[40]. Die Gemeinden hatten ziemlich die gleiche religiöse Einstellung, pflegten aber manche eigenen Sitten und Gebräuche. Der in Danzig geborene letzte Vorsitzende der Chewra, Julius Becker, wußte unter anderem zu erzählen, daß die Weinberger am Passah-Vorabend auf dem Vorhof ihrer Synagoge einen Sack mit Lehm ausschütteten zum Andenken an den vom Prager Rabbi Loeb aus Lehm geschaffenen Golem. Der Brauch läßt darauf schließen, daß die Weinberger aus Böhmen gekommen sein müssen, während die Altschottländer aus Posen, Frankfurt oder Breslau stammten.

Zwischen den Gemeinden kam es zu keiner Annäherung; im Gegenteil, Kastengeist und Kehillastolz brachten sie immer mehr auseinander. Es ist bezeichnend, daß es nicht Unterschiede im religiösen Ritus oder der damals tobende Kampf zwischen Orthodoxie und Reform waren, welche die Gemeinden trennten; sie hatten sämtlich einen wenig voneinander abweichenden traditionellen, konservativen Gottesdienst. Vielmehr waren es geschichtlich gewordene, aus der Ungleichheit der materiellen wie ideellen Kräfte sich ergebende Verschiedenheiten, welche die Annäherung erschwerten. Das Trennende wurde betont, und das führte im Lauf der Jahre zu gegenseitiger Bekrittelung und Verspottung[41]. Wer die Romane des in Danzig geborenen Aaron Bernstein mit ihren trefflichen Bildern jüdischen Gemeindelebens in westpreußischen Kleinstädten jener Zeit kennt oder die humoristischen Novellen des ebenfalls in Danzig geborenen Anwalts Sammy Gronemann (dessen Vater als letzter Rabbiner der Weinberger Synagoge die Folgen der Zersplitterung und Rivalität der fünf Gemeinden selbst erfahren hat), wird die damaligen Zustände in Danzig verstehen. Denn in jüdischem Sinne war Danzig nur eine Kleinstadt, und die fünf Gemeinden waren unbedeutender als die Gemeinden mancher westpreußischen Kleinstadt, die aus alter Zeit ihre Synagogen, Rabbiner und Schulen hatten.

Im Jahre 1835 bot sich für die Gemeinden Weinberg und Langfuhr eine neue Gelegenheit zur Vereinigung. Am 11. Juni starb ihr gemeinsamer Rabbiner Chaim Munk, der fast drei Jahrzehnte (1807—1835) der schwache Führer einer mangelhaft organisierten Gemeinschaft in bewegter Zeit gewesen war. Nun hätte man durch die Wahl des geeigneten Führers Versäumtes nachholen und eine neue Gemeinde schaffen können, die in der Lage gewesen wäre, durch Aufbau ihrer Institutionen, durch Anstellung moderner jüdischer Lehrkräfte den neuen religiösen Bedürfnissen zu genügen und vor allem die jüdische Jugend, die in städtischen Schulen eine neue Bildung und Erziehung erhielt, dem Judentum zu erhalten. Die Wahl muß den Gemeinden nicht leicht gefallen sein, denn zwei Jahre blieb das Rabbinat unbesetzt. Endlich wurde am 17. September 1837 der Rabbiner Israel Lipschütz aus Chodziesen berufen[42], der in der Gemeinde bis 1850 (in der Weinberger und Langfuhrer Gemeinde bis 1860) gewirkt hat.

Zweifellos nimmt Israel Lipschütz als Talmudgelehrter einen ehrenvollen Platz ein, und die Danziger Juden waren immer stolz, wenn fromme Juden aus dem Osten sein Grab auf dem Stolzenberger Friedhof besuchten; den besonderen Bedürfnissen seiner Zeit aber war Lipschütz nicht gewachsen. Jedenfalls war seine talmudische Gelehrsamkeit für die damaligen Gemeinden in Danzig völlig unfruchtbar, und namentlich die jüdische Jugend blieb ohne religiöse Führung.

In Preußen hatten die Kämpfe um die Emanzipation und die spätere Reformbewegung um die Jahrhundertwende — gerade um die Zeit, da Danzig preußisch und wieder ab-

getrennt wurde — zur Gründung bedeutender jüdischer Schulen geführt, in welchen moderne Bildung gepflegt und geordneter Religionsunterricht erteilt wurde. Als 30 Jahre später in großen Rabbinerversammlungen die wissenschaftlichen Bestrebungen der Neurabbiner diskutiert wurden und gerade Rabbiner aus den östlichen Provinzen (Heimann Jolowicz aus Marienwerder, später Königsberg; Abraham Geiger, der 1838 gegen heftigen Widerstand der Orthodoxie nach Breslau berufen war; Holdheim aus Frankfurt/Oder) die neuen Prinzipien vertraten, da wählte Danzig mit Israel Lipschütz einen Vertreter der alten absoluten Orthodoxie und entschiedenen Gegner der Reform[43].

Mit dieser Wahl hatte die Orthodoxie in Danzig einen Sieg errungen. Es war ein Pyrrhussieg, denn zu der bestehenden Spaltung der Danziger Juden in fünf Gemeinden trat nun ein sehr scharfer Gegensatz zwischen den von der Reform beeinflußten Kreisen und der orthodoxen religiösen Führung. Wenn dieser Gegensatz in Danzig auch nicht zu so bitteren und unerfreulichen Kämpfen führte wie in anderen Gemeinden, so entfremdete er doch die gesellschaftlich und wirtschaftlich emanzipierten Kreise immer mehr der jüdischen Gemeinschaft.

Als liberale und tüchtige Schulmänner wie Dr. Bram und Aron Horwitz versuchten, in Danzig eine Schule nach Berliner Muster aufzubauen, hielt sich diese Schule nur zwei Jahre. Die reichen Familien der Gemeinde zogen es vor, ihre Kinder in die städtischen Höheren Schulen zu schicken, und den armen Kindern blieben nur die Kirchenschulen.

Ein Jahr nach dem Amtsantritt von Israel Lipschütz baute die Gemeinde Mattenbuden ihre eigene Synagoge. Die feierliche Einweihung fand am 11. September 1838 statt.

Ein Augenzeuge gibt darüber in der AJZ (1838, S. 534) folgenden ausführlichen Bericht:

„Die neue Synagoge der Gemeinde Mattenbuden, die innerhalb eines Jahres, besonders durch die Tätigkeit und Mühewaltung des Vorstehers, Herrn Goldstein, vollendet worden ist, ist geräumig und wohl erhellt; sie vermag weit über 1000 Personen bequem zu fassen, vor derselben ist eine lichte Halle mit dem Wohnhaus des Rabbiners ff. verbunden.

Die innere Ausstattung ist reich und dennoch einfach. Das Tabernakel sucht seinesgleichen und ist von einem jüdischen Bildhauer, einem Polen, verfertigt. Der kleine Vorhang von Purpurfarbe, reichfaltig, mit goldenen Kantilien, Quasten und Troddeln, ganz aus Holz, aber so täuschend gearbeitet, daß man ihn, ohne unterrichtet zu sein, gewiß für einen dünnen Stoff ansieht. An beiden Seiten sind Tafeln angebracht, auf welche die im Tempel in Jerusalem in Gebrauch gewesenen musikalischen Instrumente in erhabener Arbeit dargestellt sind . . .

Zur feierlichen Einweihung war das Programm von Herrn Goldstein und einigen ihm beigeordneten jüngeren Mitgliedern entworfen worden.

Der Eintritt war nur gegen Einlaßkarten gestattet. Außer den zur Gemeinde gehörigen Mitgliedern hatten solche erhalten Se. Excellenz der General-Lieutenant und Gouverneur v. Büchel-Kleist, der Herr Regierungs-Präsident nebst den Räthen, dem Magistrate, dem Geheim-Rathe und erstem Bürgermeister von Weickhmann, den Stadt-Räthen, dem Polizei-Direktor H. Lesse mit allen Polizei-Räthen und einer Zahl der achtbarsten Kaufleute, dem Schul-Direktor und Gelehrten aller Confessionen, den Vorstehern, Schriftgelehrten und achtbarsten der übrigen hiesigen Gemeinden. Die Gäste versammelten sich nach 2 Uhr in der Vorhalle . . . Um 3 Uhr wurde ein Zug mit Vortritt eines Musikcorps von 20 Personen und ebenso vielen Sängern gebildet; an der Pforte angelangt, öffnete diese der Herr Oberbürgermeister mit dem ihm überreichten Schlüssel, worauf alle Anwesenden sich auf die ihnen bezeichneten Plätze begaben. Ein Vorsänger trug mit Musik-Begleitung den 111. Psalm vor, wobei der Sänger-Chor bei Beendigung jedes Verses mit Hallelujah einfiel. Dann wurden die herrlich dekorierten Gesetzesrollen aus dem Vorderhause von

einer Deputation abgeholt und mit ihnen ein siebenmaliger Umgang um die Bühne gehalten, wobei der Vorsänger eine von ihm selbst gedichtete und vom Herrn Kapellmeister Siegel trefflich componierte Hymne vortrug, in die die Sänger mit einem Refrain einfielen, wo denn die volle und sichere Flötenstimme eines 14jährigen Knaben eine tiefe Wirkung machte. Beim fünften Umzuge ging die Hymne in ein Gebet für König und Vaterland, mit Begleitung der Pauken und Trompeten über. Alle Anwesenden standen während dieses Umzuges, der eine halbe Stunde dauerte, aufrecht und nahmen erst, nachdem die Gesetzesrollen in das Tabernakel gebracht waren, ihre Sitze ein.
Hierauf hielt der Gemeinde-Rabbiner eine angemessene Rede sowie vor der geöffneten Lade ein Gebet für König, Vaterland und Stadt. Alsdann bestieg der Dr. Bram die Kanzel und hielt eine treffliche Predigt. Zum Schluß Absingen des 100. Psalms, Jigdal und Adon-Olam, womit die Feier nach 6 Uhr endigte . . ."

Der Bericht wird durch ein Büchlein bestätigt, das 1838 in Berlin im Druck erschien: „Gesänge zur Einweihung der Synagoge der Mattenbudener Gemeinde am 11. September 1838"[44]. Das Buch wie der Bericht ermöglichen eine wichtige Feststellung. — So weit auch die Erinnerungen der ältesten noch lebenden Danziger zurückgehen, ist die Mattenbudener Synagoge die Stätte eines streng orthodoxen Gottesdienstes gewesen, deren Rabbiner, Vorbeter, Beamte und Beter fast ausschließlich dem ostjüdischen Kulturkreis angehörten. Hier stellen wir mit Erstaunen fest, daß vor 120 Jahren in der Gemeinde Mattenbuden die Einweihungsfeier in durchaus reformatorischem Sinn gehalten wurde, daß man sich in der Predigt, in Gebeten und Gesängen der deutschen Sprache und selbst der Instrumentalbegleitung bediente. Wichtiger und bedeutsamer ist es noch, den orthodoxen Rabbiner Munk von der alten Schule und den modernen Reformer und Pädagogen Dr. Bram nebeneinander amtieren zu sehen[45]. Sollten die Gedanken der Reform in die Mattenbudener Gemeinde stärker eingedrungen sein als in die Gemeinde Altschottland, die kurz vorher einen Lipschütz berufen hatte? Die Erklärung liegt wohl darin, daß die führende Persönlichkeit des Gemeindevorstehers J. M. Goldstein, dem neben vielen anderen Wohltaten[46] der Bau der Synagoge zu verdanken war, auch hier ausgleichend gewirkt hatte. Schon nach wenigen Jahren brannte die neue Synagoge der Gemeinde Mattenbuden ab; sie wurde 1844 wieder aufgebaut.
Als ein Jahr später die Weinberger Gemeinde sich eine eigene Synagoge errichtete[47], blieb eine weitere Gelegenheit, die Gemeinden unter ein Dach zu bringen, ungenutzt.

Der Weg zur Einheitsgemeinde

Das Judengesetz vom 23. Juli 1847 brachte für die preußischen Juden die Regelung der Gemeinde- und Kultusverhältnisse, die bis in unsere Tage der Entrechtung und Auflösung grundlegend war. Die jüdische Gemeinde wurde Körperschaft des öffentlichen Rechts; die Zugehörigkeit zur Gemeinde wurde für alle im Gemeindebezirk wohnenden Juden Pflicht. Die Gemeinden erhielten das Steuerrecht und wählten unter Regierungsaufsicht ihre Vorsteher und Repräsentanten; in Kultus und Unterricht waren sie weitgehend autonom. Da die Beschlüsse von Vorstand und Repräsentanten für alle Juden der Gemeinde verbindlich wurden, war die Einheitsgemeinde gesichert; ihre Bildung konnte jetzt in Danzig durch einen Machtspruch von außen erzwungen werden. Aber auch dieses Gesetz, das für alle

Gemeinden Preußens bindend war und von ihnen trotz seiner Schwächen als Fortschritt begrüßt wurde, konnte die Vereinigung der Danziger Juden nicht herbeiführen.
Die Gemeinden wehrten sich mit allen Mitteln gegen einen Zusammenschluß. Diese Haltung war ein Beweis treuen Festhaltens an Tradition und Geschichte; der Widerstand gegen Vereinheitlichung und Modernisierung, bei dem Charakterstärke zur Halsstarrigkeit wurde, hatte aber auch kleinliche und selbstsüchtige Beweggründe.
Die ersten Versuche des Zusammenschlusses unternahm die Gemeinde Altschottland. Sie arbeitete ein Statut aus, wonach ein gemeinsamer Vorstand die materielle Verwaltung sämtlicher Gemeinden führen sollte, während in religiösen Fragen die einzelnen Synagogen selbständig bleiben sollten. Gegenüber den damals tobenden Kämpfen zwischen den „Alten" und der „Reform" war das vorgeschlagene Statut voller Toleranz für die Eigenart der einzelnen Gruppen. Zwar wurde das Statut durch Kabinettsorder vom 4. 2. 1850 bestätigt, aber die mit den vier Nachbargemeinden geführten Verhandlungen scheiterten, und zwar vornehmlich an dem Widerstand Mattenbudens. Es blieb Altschottland nur übrig, die eigenen Angelegenheiten neuen Bedürfnissen anzupassen. Die bisher von der Gemeinde völlig unabhängige Chewra Kaddischa (Begräbnis- und Krankenpflege-Verein) wurde von der Gemeinde übernommen; auch der Friedhof wurde Eigentum der Gemeinde.
Vor allem brauchte die Gemeinde einen neuzeitlichen Rabbiner. Da der derzeitige Rabbiner Lipschütz den neuen Aufgaben nicht gerecht werden konnte, blieb nur der Ausweg, ihn unter Fortzahlung des Gehalts zu pensionieren. Er hatte bisher die drei Gemeinden Altschottland, Weinberg und Langfuhr betreut (die Abkürzung für die drei Gemeinden — SCHUL — war der bekannteren SCHUM für Speyer, Worms und Mainz nachgebildet) und war bereit, nur noch in den Gemeinden Weinberg und Langfuhr zu wirken. Die Gemeinde Altschottland wählte ihren ersten modernen Rabbiner, Dr. Abraham Stein[48], der im Oktober 1850 sein Amt antrat.
Mit Dr. Stein wurden die ersten Reformen im Gottesdienst eingeführt. Eine neue Synagogen- und Kultusordnung wurde angenommen; einige der im Mittelalter eingeführten „Piutim" (Zusätze zu den Festgebeten) kamen in Fortfall, und die deutsche Predigt wurde eingeführt. Die Formen des Gottesdienstes wurden schöner und würdiger. Wie sehr die wenigen Neuerungen begrüßt wurden, zeigte der erhöhte Besuch der Gottesdienste. Die Synagoge, die früher oft leer geblieben war, konnte die Besucher nicht mehr fassen und mußte schon im nächsten Jahr (1851) vergrößert werden. Vor allem mußte der Frauenchor ausgebaut werden. Der in der Mitte befindliche „Almemor", wie er heute noch in orthodoxen Synagogen steht und wie wir ihn in der Mattenbudener Synagoge kannten, wurde entfernt, und die Gemeinde Altschottland war auf dem Wege zu einer modernen, wenn auch nicht liberalen Gemeinde. Ihr Gottesdienst blieb konservativ; der Anschluß an die Reformbewegung[49] war verpaßt worden.
Bei den unglücklichen Zeitverhältnissen waren Steins gottesdienstliche Reformen schon ein Erfolg. Weniger befriedigend waren die Ergebnisse seiner Bemühungen um Neuorganisation des Religionsunterrichts. Weder besaß die Gemeinde eine eigene Religionsschule, noch waren ihre Mitglieder verpflichtet, die Kinder zum Religionsunterricht des Rabbiners zu schicken. Dies war der Entscheidung der Eltern überlassen, und viele jüdische Kinder erhielten überhaupt keinen Religionsunterricht. Die in Danzig bestehenden zwei

jüdischen Freischulen wurden lediglich von Kindern armer Eltern besucht, doch gereicht es den Freischulen zur Ehre, daß sie bemüht waren, im Rahmen der damaligen Volksschulgesetze ihr Bestes zu leisten[50].

Steins Bemühungen blieben gerade auf seinem eigensten Gebiet, dem des Unterrichts, ebenso erfolglos wie 20 Jahre vorher die Versuche der Reformer Dr. Bram und Horwitz, da sie in Danzig nicht die notwendige Unterstützung fanden. Danzigs Juden standen damals an jener kritischen Wende, wo im Kampf zwischen der alten orthodoxen Tradition und der neuen liberalen Haltung das Alte zwar ins Schwanken gekommen war, das Neue aber noch nicht endgültig Eingang gehalten hatte. Bei den besonderen Verhältnissen in Danzigs Splittergemeinden mußte sich dieser Schwebezustand besonders verhängnisvoll auswirken.

Das Jahr 1853 brachte den Freunden der Vereinigung neue Hoffnung. Auf Grund einer Ministerialverfügung an alle Oberpräsidenten, das Judengesetz durchzuführen, wurden die Vorstände aller fünf Gemeinden in das Polizeipräsidium geladen und ihnen vorgeschlagen, einen oder mehrere Judenbezirke im Sinne des Gesetzes zu bilden. Das Polizeipräsidium schlug die Bildung von fünf Bezirken — entsprechend den Danziger Stadtteilen Altstadt, Rechtstadt, Vorstadt, Jungstadt, Mattenbuden — vor, aber dieser Plan scheiterte an dem Widerstand der Gemeinden, deren Mitglieder in den verschiedensten Stadtteilen wohnten. Die vorgeschlagene Neuordnung erschien undurchführbar, und wiederum unterblieb eine Entscheidung. — Während in der ganzen Monarchie die Gemeinden sich gesetzlich konstituierten, verharrten die Danziger Gemeinden in ihrer partriarchalischen Verfassung.

Am 19. Juni 1858 brannte in der Breitgasse das alte und unwürdige Gebäude ab, in dem die „Danziger" als älteste Gemeinde ihren Gottesdienst hielten. Im nächsten Jahre errichtete die Gemeinde in diesem versteckten Winkel eine neue Synagoge, die am 28. Elul 5619 (27. September 1859) durch Dr. Stein, den Rabbiner der Altschottländer Gemeinde, eingeweiht wurde. — Aus diesem Anlaß brachte die „Allgemeine Zeitung des Judentums" (12. September 1859) aus Danzig eine Meldung voller Bedauern über die schädlichen Folgen der Zersplitterung der Danziger Gemeinden.

„Die hiesigen fünf Israelitengemeinden sind noch immer ein unlösbarer Knoten für die Regierung, die schon seit fünf Jahren versucht, das Gesetz von 1847 zur Ausführung zu bringen und nicht damit zustandekommt. Die Vereinigung ist weder von der Regierung noch von den Gemeinden durchgesetzt worden, weil die Sonderinteressen höher angeschlagen werden als das allgemeine religiöse. Während das mittelalterliche Gepräge der Stadt immer mehr verwischt wird, indem man den Fortschritten der Neuzeit Rechnung trägt, scheinen die Juden bestimmt, die ewigen Denkmäler jener finsteren Zeit zu sein. Die Gemeinden tragen Namen von ehemaligen Pertinenzen, von denen längst keine Spur mehr anzutreffen ist.

Die im vorigen Jahre niedergebrannte Danzig-Breitgasser Synagoge, die älteste der Stadt, ist wieder in demselben Winkel erbaut, den ein hochweiser, hochedler Rat im 18. Jahrhundert zu ignorieren die Gnade hatte. Der Fremde, der hier hinter den großen neuen Prachthäusern ganz etwas anderes sucht, dürfte sehr verwundert sein, auf ein Gotteshaus zu stoßen. Die kleine, durchschnittlich arme Gemeinde konnte aber nicht anders; es war ihr nicht zuzumuten, daß ihre Mitglieder ständig als geduldete Gäste in den anderen Synagogen sich einschieben lassen sollten. Einen neuen Platz zu kaufen und ein neues, würdiges Gotteshaus darauf zu errichten, überstieg aber ihre Kräfte. So war man wenn auch mit Widerstreben genötigt, die alte Stätte wieder zu benutzen.

Wie nachteilig die Zersplitterung der Kräfte auf die Gründung gemeinnütziger Institute wirkt, dafür gibt das vor zwei Jahren hier projektierte Waisenhaus einen starken Beleg. Der hier gebürtige aber seit langem nicht mehr ansässige Herr Charles Semon beabsichtigte, eine solche wohltätige Anstalt hier zu gründen. Er schenkte dazu einen Stiftungsfonds von 10 000 Thlrn., kaufte aus eigenen Mitteln ein Haus nebst Gartengrundstück und stattete es auf seine Kosten zur Aufnahme von zehn Waisen aus. Es ergab sich aber, daß die Zinsen jener Summe nicht würden ausgereicht haben, die jährlichen Bedürfnisse der Anstalt zu decken.
Eine Gemeinde von 600 Familien — denn so viele zählen die fünf Gemeinden sicherlich — hätte ein so hochherziges Geschenk dankbar angenommen und den Ausfall auch leicht unter sich aufbringen können. Aber diese fünf Fünftel, von denen jedes die Last eines Ganzen zu tragen hat, waren dazu nicht imstande. Und wenn auch imstande, so entsteht bei einem solchen gemeinschaftlichen Unternehmen immer die Frage: Wer wird vor den Riß treten, d. h. sich für noch andere vier Gemeinden solidarisch verpflichten?
So ist es denn gekommen, daß der Stifter, zu edel, sein Geschenk zurückzunehmen, die 10 000 Thlr. in 3½ % zinstragenden Papieren bei der hiesigen Regierungs-Hauptkasse deponiert und das Grundstück einstweilen vermietet, aber der ursprünglichen Bestimmung reserviert hat. Seitdem hat die Stiftung noch einen Zuwachs erhalten, indem die Schwiegermutter des Stifters, Madame Pick in Hamburg, 500 Thlr. dazuschenkte, und auch diese sind bei derselben Kasse verzinslich angelegt. Ein Verwaltungsrat ist ernannt, welcher die Zinsen wieder kapitalisieren soll, bis sie so angewachsen sein werden, daß die Anstalt ohne Beiträge bloß von Zinsen unterhalten werden kann. Da aber zu ihrer Unterhaltung mindestens 1000 Thlr. jährlich erforderlich sind, so wird das noch sehr lange dauern, wenn Gott nicht die Herzen edler und vermögender Menschen lenkt, daß sie sich entschließen, entweder den Stiftungsfonds zu vergrößern oder sich zu jährlichen Beiträgen verpflichten . . ."
Ein Vierteljahrhundert verging, bis das vom Einsender beklagte Gebilde der fünf Fünftel zu einer Gemeinde verschmolz, und fast weiterer 25 Jahre bedurfte es, bis der brachliegende Charles Semon-Fonds zum Segen der Waisen nutzbar gemacht werden konnte. Zur Gründung eines Waisenhauses ist es jedoch nie gekommen; als nach dem 1. Weltkrieg eine solche Gründung notwendig wurde, hatte die Inflation das Kapital der Stiftung vernichtet.

Zu den Sonderinteressen, welche die Vereinigung der Gemeinden verhinderten, gehörten die Schwierigkeiten der Ein- und Unterordnung bestehender Ämter und Ehrenämter, die schwierigen Fragen der Lösung der Vermögensverhältnisse bei den einzelnen Gemeinden sowie die Rücksicht auf die amtierenden Rabbiner. Da starb plötzlich am 2. Tage des Neujahrsfestes 1860 während des Gottesdienstes der alte Rabbiner Lipschütz, nachdem er noch am Tage vorher in der Weinberger Synagoge in voller Kraft gepredigt und vorgebetet hatte.

Die Hoffnung, daß nun Dr. Stein das Rabbinat für sämtliche Gemeinden übernehmen würde (AJZ vom 25. Dezember 1860), erwies sich als trügerisch. Dr. Stein, der zwar volles Verständnis für die historisch gewordenen Verschiedenheiten der Danziger Gemeinden hatte, war bitter enttäuscht über die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen zur Beseitigung der Zersplitterung, die jede fruchtbare Arbeit vereitelte. Er verließ Danzig 1864, um nach Prag zu gehen[51].

Inzwischen hatten sich die Verhandlungen mit der Regierung über die Verhältnisse der Danziger Juden fortgeschleppt, ohne zu einer Lösung zu führen. Schließlich erklärte sich das Kultusministerium in einem Schreiben vom 11. Oktober 1864 damit einverstanden, „daß unter den obwaltenden Umständen die Vereinigung der in Danzig vorhandenen

Judengemeinden zu einer Synagogengemeinde für jetzt auf sich beruhe und abgewartet werde, bis der Mangel der mit einer Organisation nach dem Gesetz vom 23. Juli 1847 verbundenen Vorteile unter den Mitgliedern der gedachten israelitischen Genossenschaften sich geltend macht und größere Bereitwilligkeit zum Eingehen auf diese Organisation zuwege bringt ... Die Kgl. Regierung wird die Verhandlungen wieder aufzunehmen haben, sobald von den in Danzig domizilierenden Juden ein durch unzulässige Maßnahmen nicht bedingter Antrag auf Bildung einer nach dem Gesetz vom 23. Juli 1847 zu konstituierenden Synagogengemeinde erhoben wird".

Ein solcher Antrag kam zunächst nicht. Im Gegenteil, nach dem Fortgang Dr. Steins trat ein Zustand völliger Ratlosigkeit ein. Nachdem die Gemeinde Altschottland sich zeitweilig mit Predigten eines zufällig anwesenden oder eingeladenen Gastpredigers begnügt hatte, wurde im folgenden Jahre ein zweiter moderner Rabbiner, Dr. Josua Wallerstein, gewählt[52].

Wallerstein, der in Danzig ein wesentlich bescheideneres Arbeitsfeld vorfand als der ihm befreundete Isaak Bamberger in Königsberg[53], mußte sich zunächst auf die Gemeinde Altschottland beschränken. In stiller Arbeit verfolgte er das von seinem Vorgänger erstrebte und nicht erreichte Ziel der Vereinigung der Gemeinden; er erreichte, daß die Altschottländer weitere Schritte in dieser Richtung unternahmen. Da brachte der Deutsch-Französische Krieg eine neue Verzögerung, und Danzig blieb in der preußischen Monarchie wohl die einzige Stadt, die keine korporative Gemeinde im Sinne des preußischen Judengesetzes besaß.

Als Lehrer und Erzieher war Wallerstein glücklicher als sein Vorgänger. Schon im ersten Jahr seiner Tätigkeit gelang ihm die Gründung einer Religionsschule, die über den Rahmen der Altschottländer Synagoge hinausging[54]. Seine Bemühungen um den Ausbau des Religionsunterrichts wurden später dadurch begünstigt, daß nach Erlaß der „Allgemeinen Bestimmungen für die preußische Volksschule" die Jüdische Frei- und Armenschule aufgelöst wurde, so daß auch die armen Kinder die Religionsschule besuchten. Mit Hilfe von Petitionen sämtlicher Gemeinden gelang es ihm, 1874 den jüdischen Religionsunterricht auch in die Höheren Schulen einzuführen[55]. — Die Verdienste Wallersteins, der auch die Mädchenkonfirmation[56] einführte, werden dadurch nicht geschmälert, daß auf dem Gebiet der jüdischen Erziehung eine ganze Anzahl ost- und westpreußischer Städte Danzig vorausgegangen waren.

Dr. Wallerstein war es nicht vergönnt, sein Ziel zu erreichen und die Zersplitterung der jüdischen Gemeinden in Danzig zu überwinden. Nach elfjährigem Wirken starb er, noch nicht 40 Jahre alt, am 10. Juni 1876; sein Freund Bamberger hielt ihm die Grabrede und sprach auch bei der Weihe des Grabsteins, den ihm die Gemeinde errichtete[57].

Das Rabbinat blieb zwei volle Jahre unbesetzt. Wie nach dem Weggang Dr. Steins trat bei dem plötzlichen Tode Wallersteins wiederum ein Zustand der Ratlosigkeit ein. Das Austrittsgesetz vom 28. Juli 1876 erhöhte diesen Zustand der Verwirrung und gefährdete den Fortschritt der Verhandlungen. Zwischen den beiden Gemeinden Altschottland und Weinberg kam es zu keiner Einigung, und im Jahre 1878 wählte jede Gemeinde ihren eigenen Rabbiner. Altschottland wählte Dr. Cossmann Werner, die Weinberger Gemeinde Dr. Selig Gronemann.

In der AZJ vom 20. Mai 1878 gibt ein Bericht aus Danzig ein Bild des nach Wallersteins Tod eingetretenen Interregnums.

„... erst jetzt ist es gelungen, das bisher verwaiste Rabbinat in Danzig wieder zu besetzen. Man muß die hiesigen Verhältnisse kennen, um dieses scheinbare Rätsel zu lösen. Es dürfte wohl bekannt sein, daß sich die Juden Danzigs in fünf Gemeinden teilen, von denen jede, wenn auch nicht eine verschiedene religiöse Richtung vertretend, dennoch eine eigene Verwaltung und ihre besonderen Kultusbeamten hat. Um so auffallender ist diese Tatsache als Danzig im ganzen nur etwa 2000 jüdische Seelen zählt. Den Vorzug aber, einen Rabbiner und Prediger zu besitzen, hatte seit etwa 30 Jahren nur die Altschottländer Gemeinde und zwar aus folgenden Gründen:

1. sie besaß die Mittel, einen Rabbiner standesgemäß zu honorieren,
2. sie fühlte das Bedürfnis, dem Gottesdienst durch eine deutsche Predigt eine höhere Andacht zu verleihen; sie wollte der heranwachsenden Jugend zu einem geregelten Religionsunterricht verhelfen. — Es versteht sich von selbst, daß etwaige Funktionen bei den anderen Gemeinden diesem Rabbiner übertragen wurden, und daß sich beim Religionsunterricht die Kinder aller Gemeinden beteiligen konnten.

Das Bestreben der hier tätigen Rabbiner (Herr Dr. Stein, jetzt in Prag, und Dr. Wallerstein sel.) war natürlich stets darauf gerichtet, die fünf Gemeinden zu einer einzigen zu vereinen. Leider waren diese Bestrebungen von keinem Erfolge gekrönt.

Als im Dezember 1875 die Altschottländer Synagoge durch einen Brand heimgesucht und einige Monate später diese Gemeinde ihres Rabbiners durch den Tod beraubt wurde, erwachte bei sämtlichen Gemeinden noch einmal der Gedanke an eine allgemeine Vereinigung, an den Bau einer Zentralsynagoge, an die Anstellung zweier Rabbiner usw. Verhandlungen mit den Vorstehern der einzelnen Gemeinden wurden gepflogen. Da kam das Gesetz über den Austritt der Juden aus den Gemeinden, hierzu noch einige Differenzen über Disposition des Vermögens der einzelnen Gemeinden, und am Ende zerschlug sich die Sache abermals. Hierüber vergingen das Jahr 1876 und einige Monate des nächstfolgenden.

Die Rabbinatsvakanz in der Altschottländer Synagoge wurde nun ausgeschrieben und mit dieser fast gleichzeitig eine solche in der Weinberger Gemeinde. Diese, an Zahl der Mitglieder die größte in Danzig, war im Laufe der Jahre erstarkt und fühlte sich lebensfähig genug, einen eigenen Rabbiner in sich aufzunehmen. Der Vorstand der Altschottländer Gemeinde hatte während der Zeit mit den drei übrigen Gemeinden einen Kompromiß geschlossen, nach welchem der von der Altschottländer Gemeinde angestellte Rabbiner auch Predigten in den anderen Synagogen halten sollte und sämtliche ihm zukommenden Funktionen verrichten sollte. Bis zu den Hohen Feiertagen 1877 war das Pensum der Probepredigten absolviert. Eine Entscheidung aber traf keine der beiden Gemeinden. Zu den Hohen Feiertagen beriefen beide Gemeinden Gastprediger, die Altschottländer Gemeinde Herrn Cossmann Werner aus Breslau ...

So kam das Pessachfest heran. Beide Gemeinden mußten wieder ihre Zuflucht zu Gastpredigern nehmen. Die Altschottländer Gemeinde berief abermals Herrn Dr. Werner, und das Interesse steigerte sich für ihn nach seiner letzten Berufung so sehr, daß die Gemeinde beschloß, ihn auf die Kandidatenliste zu setzen. Am 19. Mai fand in der Altschottländer Gemeinde die Rabbinerwahl statt. Herr Dr. Werner wurde fast einstimmig zum Rabbiner gewählt.

Aber auch die Weinberger Gemeinde war während der Zeit nicht untätig gewesen. Sie hat zum ersten Male das Glück, einen eigenen Rabbiner in ihrer Mitte zu bergen; sie hat aber auch das Glück, an dem Herrn Rabbiner Dr. Gronemann (bis jetzt in Strasburg/Westpr.) eine Acquisition gemacht zu haben, welche zu den schönsten Früchten Aussicht bietet."

Dieser Bericht, der von einem führenden Mitglied der Weinberger Gemeinde verfaßt sein dürfte, ist als erste Stimme aus dem Weinberger Lager ein interessantes Dokument. Die sehr sachliche Darstellung der eigentümlichen Verhältnisse ist erfreulich; die Meldung,

daß die Weinberger Gemeinde sich stark genug fühlte, ihren eigenen Rabbiner zu wählen, war ein Zeichen ihres wirtschaftlichen Aufschwunges.
Zu fragen blieb, ob nicht durch diese Doppelwahl, bei der neben dem edlen Wettstreit der Gemeinden auch kleinliche Eifersüchteleien mitspielten[58], die verhängnisvolle Trennung der Gemeinden besiegelt wurde. War nicht durch das zwei Jahre vorher erlassene Gesetz über den Austritt der Bestand beider Gemeinden gefährdet, da sie, außerhalb des preußischen Judengesetzes stehend, nur freiwillige Zusammenschlüsse waren? In jedem Fall war dadurch ihre Geltung sehr geschwächt.
Dr. Gronemann[59], der am 30. Juni 1878 Strasburg nach sechsjähriger Wirksamkeit verlassen hatte, wurde am folgenden Sabbat in der Weinberger Synagoge durch den 1. Vorsteher Münsterberg als erster Rabbiner der Gemeinde eingeführt. Am Vorabend des Schawuothfestes folgte in der Gemeinde Altschottland die Einführung von Dr. Cossmann Werner in Anwesenheit von Vertretern des Magistrats und einigen christlichen Geistlichen. Da sich drei Gemeinden (Danzig, Langfuhr und Mattenbuden) seiner Wahl anschlossen, konnte Werner das Erziehungswerk Wallersteins und den Ausbau der Religionsschule fortsetzen. Schon im nächsten Jahr veröffentlichte er seinen ersten Schulbericht, dem eine Abhandlung über Salomon ben Maimon vorausging.
Glücklicherweise hörten mit Anstellung der beiden Rabbiner die Bemühungen zur Vereinigung der Danziger Gemeinden nicht auf. Wieder veranlaßte sie die Gemeinde Altschottland, die in ihrem jungen Vorsteher Gustav Davidsohn und dem neuen Rabbiner zwei bedeutende Führer hatte, welche zielbewußt und energisch die Vereinigung anstrebten. Die Zeitverhältnisse waren günstig. Im Jahre des Amtsantritts der beiden Rabbiner war Danzig Provinzialhauptstadt geworden, und die wachsende Bedeutung der Stadt forderte eine entsprechende Großgemeinde. — Davidsohns Bericht an den neuen Oberpräsidenten, von Ernsthausen, zeigt, daß die Zustände der jüdischen Gemeinden unhaltbar geworden waren. Die fünf Gemeinden hatten insgesamt nur 420 zahlende Mitglieder, die gerade 6 000 M Beiträge aufbrachten, wozu noch 3 000 M als Spenden einkamen. Das größte Übel war jedoch, daß ein Viertel aller Danziger Juden außerhalb jeder religiösen Gemeinschaft lebte. Diese Zahlen waren beschämend gegenüber den Etats anderer Gemeinden, von denen zum Beispiel Thorn bei halber Seelenzahl die doppelten Beitragsleistungen aufbrachte. — Kaum konnten die Danziger Gemeinden auch nur ihren dringlichsten Verpflichtungen nachkommen; doch war jede Gemeinde stolz auf ihr Eigenleben und nicht willens, die Unabhängigkeit aufzugeben[60]. Besonders waren die führenden Männer der Gemeinden und ihrer Chewroth sowie anderer sozialer und kultureller Vereinigungen diejenigen, welche unüberwindliche Schwierigkeiten machten, um nicht Ämter und Einfluß zu verlieren.
Den vereinten Bemühungen von Davidsohn und Dr. Werner gelang es endlich, die Vorstände der vier Gemeinden Altschottland, Langfuhr, Danzig und Mattenbuden zu einem „Comitee zur Vereinigung der Synagogengemeinden zu Danzig" zu vereinen, das am 30. Dezember 1880 einen Vertrag mit den Gemeinden sowie mit den zu ihnen gehörenden Chewroth (Vereinen für Krankenpflege und Beerdigung) abschließen konnte. Das Comitee übernahm die Verpflichtung, die Vereinigung so rasch als möglich herbeizuführen und den Bauplatz für einen gemeinsamen Tempel zu erwerben. Mit dem Beginn des Synagogenbaus sollte auch die Konstituierung der Gesamtgemeinde erfolgen: Alle Rechte und

Pflichten der Einzelgemeinden sollten auf die Gesamtgemeinde übergehen; die Gemeinden verpflichteten sich, ihre Vermögen unverändert zu halten und neue Verträge mit Beamten nicht über den 1. Oktober 1882 hinaus abzuschließen.
Abseits blieb nur die Weinberger Gemeinde, die unter anderem ihrem neuen Rabbiner Dr. Selig Gronemann nicht zumuten wollte, hinter dem jüngeren Dr. Werner zurückzustehen, der voraussichtlich der Rabbiner der Gesamtgemeinde werden sollte. Erst im Mai 1881 waren die Weinberger Gemeinde und ihre Chewra dazu zu bewegen, sich dem Abkommen anzuschließen. Es geschah unter der Bedingung, daß Rabbiner Gronemann von der neuzubildenden Gemeinde mit einem vierjährigen Vertrage übernommen werden, neben seinem Kollegen Dr. Werner predigen und mit ihm abwechselnd die zu errichtende Gemeinde-Religionsschule leiten sollte. Vor Ablauf des Vertrages sollte die Neubesetzung des Rabbinats dann „in freier Konkurrenz" erfolgen. Auch für dieses Abkommen lehnte die Generalversammlung der Weinberger Gemeinde die Zustimmung ab. Da traten 14 ihrer wohlhabendsten Mitglieder aus der Gemeinde aus, und da dadurch ihr Fortbestand gefährdet war, erklärte man, der Beschluß der Generalversammlung sei irrtümlich gefaßt worden. Damit war der Weg zur Gründung der ganzen Gesamtgemeinde endlich frei.

Gründung der Einheitsgemeinde und Bau der Großen Synagoge

Am 8. Oktober 1881 konnte Davidsohn der Kgl. Regierung mitteilen, daß der Zeitpunkt zur Bildung einer Synagogengemeinde nach Maßgabe des Gesetzes vom 23. Juli 1847 gekommen sei und gebeten würde, die 1864 abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen; ein Entwurf der Statuten der neuen Gemeinde war dem Schreiben beigefügt. Die Regierung bestimmte als Bezirk der neuen Synagogengemeinde den Stadt- und Landkreis Danzig und beauftragte den Danziger Polizeipräsidenten, als Regierungskommissar die Wahl der Repräsentanten zu veranlassen. Vor der Wahl traten jedoch neue Schwierigkeiten auf. Einzelne Gemeindemitglieder befürchteten in einer Einheitsgemeinde erhöhte Beitragspflicht und erhoben Einsprüche bei der zuständigen Aufsichtsbehörde. Als Begründung führten sie an, daß das Comitee den mit den Gemeinden geschlossenen Vertrag nicht erfüllt hätte; weder sei ein Kostenvoranschlag für den geplanten Tempelbau aufgestellt worden, noch ein Etat für die neue Gemeinde, woraus die genaue Abgabenpflicht der Mitglieder ersichtlich wäre. Es gelang jedoch Davidsohn, die Behörden von der Belanglosigkeit der Einwände zu überzeugen und am 4. November 1882 endlich die Genehmigung zur Vereinigung der fünf Gemeinden zu erlangen.
Am 19. Februar 1883 fanden die ersten Wahlen statt; 15 Repräsentanten und 15 Stellvertreter wurden gewählt. Die Versammlung umfaßte vornehmlich sämtliche Vorstände der bisherigen Gemeinden; Vorsitzender wurde und blieb bis zum Jahre 1896 Stadtrat Dr. Samter, der als verdienstvoller Mitarbeiter des Oberbürgermeisters von Winter bei Juden wie Nichtjuden hohes Ansehen genoß. Am 6. April 1883 wählten die Repräsentanten den ersten Vorstand, dem 7 ordentliche und 3 stellvertretende Mitglieder angehörten. Die Gemeindekörperschaften hatten 1881 bis 1886 folgende Mitglieder:

Vorstand: Gustav Davidsohn, Vors.; RA. Goldmann, stellv. Vors.; Albert Könne, Kassenvorstand; Martin Kadisch, stellv. Kassenvorstand; Sanitätsrat Dr. Semon; Abraham Perls; Sanitätsrat Dr. Wallenberg. — Stellvertreter: S. Cohn; Philipp Simson; Bankier L. Lippmann.

Repräsentanten: Stadtrat Dr. Samter, Vors.; RA. Rosenheim; Markus Goldstein; B. Toeplitz; Moritz Goldstein; Hermann Cohn; W. J. Hallauer; S. Gompelsohn; Isidor Davidsohn; Oberpostsekretär Goldstein; I. H. Italiener; Abraham Loevinsohn; Eduard Sternfeld; J. H. Loewensohn; Julius Koniecki.

Gustav Davidsohn, der Schöpfer der neuen Gemeinde, führte den Vorsitz bis zu seinem Tode (1903), und über 25 Jahre diente er der Stadt als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Philipp Simson wurde 1889 stellv. Vorsitzender und nach dem Tode von Davidsohn Vorsitzender der Gemeinde. Er war der Vater des Danziger Historikers Paul Simson und der Gattin des der heutigen Generation wohlbekannten Rechtsanwalts Dr. Bernhard Rosenbaum, der von 1922 bis zu seiner Auswanderung Mitglied des Vorstandes war. Martin Kadisch finden wir als Kassenvorsteher der Gemeinde bis zum Beginn des Weltkrieges; er war Vorsitzender der Chewra und wurde kurz vor seinem Tode ebenfalls Gemeindevorsteher. Sanitätsrat Wallenberg war der Onkel des in Danzig hochgeschätzten Professors Wallenberg, des leitenden Arztes des Städt. Krankenhauses, und seines Bruders, des Augenarztes Dr. Theodor Wallenberg.

Stadtrat Dr. Samter, der erste Vorsitzende der Repräsentanten, war ein enger Mitarbeiter des Oberbürgermeisters von Winter; am 30. August 1887 wurde er von der Stadtverordnetenversammlung auf die Dauer von zwölf Jahren einstimmig wiedergewählt. Er führte die Repräsentantenversammlung bis 1898. Den Namen Semon (Charles-Semon-Stiftung), Perls (Rabbiner der Breitgasser Gemeinde bis 1825) und Goldstein (Vorsitzender der Mattenbudener Gemeinde) sind wir bereits begegnet. Abraham Perls war der Vater Leopold Perls', der von 1889—1916 der Repräsentanz angehörte und als Teilnehmer der deutschen Einheitskriege zum Offizier befördert worden war (die Gattin des Lehrers Benjamin Schreiber war seine Schwester). Die Familie Italiener war eine alte, angesehene Danziger Familie. Ein Bruder Adolph Italiener war im deutsch-französischen Kriege nach schwerer Verwundung in einem Lazarett in Frankfurt gestorben. Der „Israelit", der darüber berichtete, betonte, daß I. ein Jehudi im wahrsten Sinne des Wortes gewesen wäre, der im Felde wie im Lazarett die Speisegesetze streng beobachtet habe. Eduard Sternfeld war der Vater von Richard St., dem Inhaber der Fa. Sternfeld & Vogel, und des Justizrats Sternfeld, dessen Sohn nach dem II. Weltkriege den „Bund der Danziger" in Deutschland leitete.

Nicht weniger als dreimal finden wir in der Liste den in Danzig wohlbekannten Namen Goldstein. M. Goldstein hatte die Mattenbudener Synagoge erbaut; auf dem Stolzenberger Friedhof trug ein Grabstein den Namen Simon Goldstein und die Jahreszahl 1793, jenes Jahres, in dem Danzig preußisch wurde. Simon G. ist der Ur-Urgroßvater der Kinder dieses Schreibers. Sein Enkel Julius Simon Goldstein war über 50 Jahre Inhaber des Kaufhauses Julius Goldstein am Dominikanerplatz. Von seinen sechs Kindern starben zwei im I. Weltkrieg den Tod fürs Vaterland; eine ältere Tochter wurde Opfer der Naziverfolgung im Warschauer Ghetto; die drei Überlebenden leben heute Tausende von Kilometern voneinander entfernt, in New York, Seattle und Haifa. Jüdisches Schicksal . . .

Die Liste des Vorstandes und der Repräsentanten zeigt eine für Danzig charakteristische Erscheinung: die Abwanderung. Nur eine Generation später, etwa um die Zeit des I. Weltkrieges, sind die Namen der meisten führenden Familien der 80er Jahre in den Gemeindelisten nicht mehr verzeichnet.

Der Vorstand ging sofort an den Bau eines gemeinsamen Gotteshauses, das für alle das Symbol des neuen Zusammenschlusses war. In den vier Jahren, die noch bis zur Einweihung der neuen Synagoge vergehen sollten, wurde alles getan, um das Leben der Gemeinde in geordnete Bahnen zu lenken. Noch im Gründungsjahr wurde Rabbiner Dr. Gronemann als Landesrabbiner nach Hannover berufen; sein Fortgang war ein großer

Verlust für die Gemeinde, ersparte ihr aber eine neue Rabbinerwahl, und Dr. Werner wurde Gemeinderabbiner. Es bedurfte noch mancher Mühe, um in den Gemeindemitgliedern das Einheitsbewußtsein zu stärken. Noch bestanden die alten Kultstätten, um welche sich die Gemeinden gesammelt hatten; an ihrer Spitze standen die alten Vorstände, die jetzt als vom Vorstand eingesetzte Synagogenkommissare amtierten. Nach dem Wochenfest des Jahres 1883 wurde die Langfuhrer Gemeinde, die kein eigenes Synagogengebäude, sondern nur Mieträume besaß, geschlossen. Das bedeutete einen weiteren Schritt der Vereinigung, aber die ständig drohende Gefahr neuer Zersplitterungen konnte nur der Bau einer einzigen Großen Synagoge beseitigen.

Baupläne wurden eingeholt und ein Synagogenbaufonds angelegt, in den alle freiwilligen Spenden aus den in den Synagogen verkauften Mizwot fließen sollten. Die Danziger Stadtverwaltung, die dem Bau großes Interesse entgegenbrachte, legte Wert darauf, daß er dem Danziger Stadtbild angepaßt würde. Oberbürgermeister von Winter und Stadtbaurat Licht, dem Danzig eine Reihe imposanter Bauten zu verdanken hatte, verwarfen den Plan, die neue Synagoge hinter einem Vordergebäude, das Verwaltungszwecken dienen sollte, zu errichten. Der Oberbürgermeister erklärte, „die Juden hätten es nicht nötig, sich mit ihrem Tempel zu verstecken"; so entschloß man sich zum Bau an der Straßenfront. Noch aber war die Kostenfrage nicht gelöst, und erst im Mai 1885 konnte die Repräsentantenversammlung ihre Zustimmung zur Ausführung der Baupläne geben, nachdem beschlossen worden war, zur Deckung der Baukosten sämtliche alten Synagogengrundstücke zu verkaufen und außerdem eine in 67 Jahresraten zu tilgende Anleihe von 400 000 M aufzunehmen.

Nach längeren Verhandlungen wurde im Juni 1885 ein Vertrag mit der Berliner Firma Ende & Böckmann über den Bau der neuen Synagoge an der Reitbahn unterzeichnet. Die Firma, welche in Danzig bereits eine Reihe repräsentativer Bauten errichtet hatte, verpflichtete sich, für den Betrag von 385 000 M eine dem Danziger Stadtbild entsprechende Synagoge zu errichten[61]. Am 22. Dezember 1886 fand das Richtfest statt, und bis zum Herbst 1887 war der Bau vollendet. Mit fast 2 000 Sitzen konnte es die gesamte Seelenzahl der damaligen Danziger Gemeinde aufnehmen. Ein Gotteshaus war entstanden, das bis zu seiner gewaltsamen Zerstörung zu den schönsten Synagogenbauten des deutschen Ostens gehörte. An einer breiten und offenen Straße, der Reitbahn, gelegen, bot die Synagoge einen freien Blick auf die Danzig umgebenden Höhen und wurde der Stolz der Danziger Juden.

Am 15. September 1887 erfolgte unter großer Anteilnahme der Danziger Öffentlichkeit die feierliche Einweihung der Synagoge in Anwesenheit der Spitzen von Staat und Gesellschaft, geführt vom Oberpräsidenten. Die eindrucksvolle Feier[62] bot ein „Bild brüderlicher Liebe und friedlicher Toleranz unserer ganzen bürgerlichen Gesellschaft"[63]; sie wurde für Danzigs Juden der hellste Tag ihres Lebens, für sie ebenso unvergeßlich wie für unsere Generation jener furchtbare Tag der letzten Versammlung, in der über die Schließung der Synagoge sowie die Auflösung und Abwanderung der Gemeinde abgestimmt wurde.

Bis zur Einweihung der Großen Synagoge, welche die Bildung der Danziger Einheitsgemeinde krönte, waren seit dem preußischen Judengesetz von 1847, das die „preußische Synagogengemeinde" schuf, volle vier Jahrzehnte vergangen. In diesen Jahrzehnten hatte

die mit der politischen Emanzipation einsetzende Reformbewegung überall in Deutschland zur Bildung lieberaler Gemeinden, zum Bau neuer Synagogen, zur Schaffung neuer Lehranstalten für jüdische Geschichte und Literatur geführt.

Der Kampf gegen die Orthodoxie hatte auch diese neu gestärkt. Dem Breslauer Rabbinerseminar (1854) folgte die Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin (1872), dieser ein Jahr später die Gründung des Hildesheimerschen Rabbinerseminars in Berlin. Im Jahre 1866 erschien der „Israelit" als Gegengewicht zur liberalen „Allgemeinen Zeitung des Judentums". Im gleichen Jahre wurde die Orgel in Berlin eingeführt, und am 22. März 1872 erklang zum Kaisergeburtstag die Orgel in Königsberg zum ersten Male. Graetz' „Geschichte der Juden", die 1856 zu erscheinen begann, gab den Juden, die verachtet und verhöhnt, rechtlos und haltlos durch die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts gegangen und nur gewöhnt waren, ihre Geschichte in den Werken christlicher Theologen zu finden, die Selbstachtung wieder. Aber der wirtschaftliche Aufstieg, die neue bürgerliche und kulturelle Stellung, auch der Geist der Zeit, brachten dem Judentum neue Gefahren durch Abfall, Taufe und Mischehen.

Für die Stadt Danzig brachten diese Jahrzehnte das Erwachen aus mittelalterlichem Schlaf, und es war das große Verdienst des Oberbürgermeisters Leopold von Winter, in den nahezu drei Jahrzehnten seiner Amtszeit (1863—1890) Danzig in eine moderne Großstadt zu verwandeln. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnte Danzig an dem allgemeinen Wirtschaftsaufschwung des Deutschen Reiches teilnehmen und gelangte zwischen den lange Zeit bevorzugten Nachbarstädten Königsberg und Stettin wieder zu einer geachteten Stellung. Infolge dieses beständigen Aufstieges schien nach langer Unterbrechung Danzig auf sicherem Wege zu alter Größe.
Die Juden Danzigs haben in jener Zeit als neue freie Bürger rühmenswert zum Wohle und zur Förderung der Stadt und zu ihrer wirtschaftlichen Blüte beigetragen. Jüdische Akademiker und Kaufleute, deren Väter und Großväter an den Toren der Stadt vergebens um Einlaß gebeten hatten, konnten ihre Fähigkeiten und Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit stellen und erwarben sich in verantwortlichen Stellungen und Ämtern das Vertrauen und die Achtung ihrer Mitbürger.
Juden gehörten zu den engsten Mitarbeitern und Beratern des Danziger Oberbürgermeisters von Winter. Es war der jüdische Kaufmann Leyser Goldschmidt, der als Vorsteher der Danziger Kaufmannschaft die großzügigen Pläne zur Hebung des Danziger Handels unterbreitete; es war der jüdische Arzt August Hirsch, der bei der Kanalisation und Wasserversorgung Danzigs den Oberbürgermeister beraten und eine Besserung der Gesundheitsverhältnisse für die Stadt herbeiführen konnte; es waren die Juden Theodor Hirsch, Prof. Perlbach und (der einer späteren Generation angehörige) Paul Simson, die sich um die historische Forschung höchst verdient gemacht haben; es war Levin Goldschmidt, ein Bruder Leyser Goldschmidts, der sich zu einem der bedeutendsten Lehrer des deutschen Handelsrechts emporarbeitete; es war der Danziger Jude Moritz Becker, der durch die Begründung der Palmnicker Bernsteinwerke, der einzigen ihrer Art, Weltbedeutung erwarb, und es waren die jüdischen Familien Alter und Perlbach, deren Firmen in der Danziger Bernsteinindustrie führend waren. Es war der Danziger Banklehrling Carl Fürstenberg, der eine der führenden und bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen Bankwelt wurde; es war der Jude Aron Bernstein, der wie viele Danziger Juden jener Zeit als armer Bocher nach Berlin ging und als Mitbegründer der jüdischen Reform-

bewegung und Herausgeber der „Berliner Volks-Zeitung", als Schriftsteller und Verfasser jüdischer Novellen sich im jüdischen wie im nichtjüdischen Leben höchste Popularität erwarb; es war Hugo Münsterberg, der Sohn des Vorstehers der Weinberger Synagoge, der als Professor der Harvard-Universität sich als Pionier deutsch-amerikanischer Verständigung bewährte, und es war sein Bruder Otto Münsterberg, dessen Leben und Wirken als einer der führenden Stadtväter noch in der Erinnerung mancher alten Danziger lebendig sind.

Sie haben in jenen Jahrzehnten, die der Vereinigung der Danziger Gemeinden vorausgingen, und erst recht in späteren Jahrzehnten, ihre Persönlichkeit und Fähigkeiten in den Dienst der Allgemeinheit gestellt und sich hohes Ansehen erworben. Ihr Leben und Werk kennzeichnen den Aufstieg des jüdischen Bürgertums in jener Zeit, in der die deutschen Juden den dreifachen Segen des Wirtschaftsaufstieges, liberalen Fortschritts und bürgerlicher Gleichberechtigung genossen.

Dabei machten sich in Danzig jene Erscheinungen der Zeit, die hemmend und lähmend auf das Judentum und die Entwicklung der Gemeinden wirkten, alle zentrifugalen Kräfte, die zum Abfall vom Judentum führten, besonders bemerkbar.

Danzig war eine kleine Stadt, welche die Schäden der Vergangenheit noch nicht ganz überwunden hatte. Stadt und Provinz waren ohne Universität; die vorwärtsstrebende Jugend mußte hinaus in die Universitätsstädte, und viele von ihnen fanden nach deren Abschluß auch ihr Arbeitsfeld außerhalb Danzigs. In Verfolgung einer akademischen Laufbahn oder zur Befriedigung ihres sozialen Ehrgeizes verließen manche nicht nur die Stadt und ihre Gemeinde, sondern auch die jüdische Religion. Der Geist der Zeit erleichterte diesen Schritt. Die jüdische Gemeinde war nicht mehr Mittelpunkt allen Strebens; weltliche Bildung und Beruf, Politik und Gesellschaft beherrschten das Interesse. Der Danziger Jugend fehlten das jüdische Wissen, ein geeigneter jüdischer Unterricht durch moderne Rabbiner und Lehrer, der geistige und kulturelle Rückhalt, den nur eine Großgemeinde geben konnte. Ihr fiel der Abfall von einer Gemeinschaft nicht schwer, in der sie nur Zersplitterung und kleinliche Rivalität kennengelernt hatte; zum Teil auch eine religiöse Praxis, die sie mit ihren freien politischen Anschauungen, ihrem wissenschaftlichen Forschen oder ihren gesellschaftlichen Verpflichtungen nicht vereinbaren konnte. Manche hatten von ihren Vorfahren viel von der Weisheit des Talmuds gelernt, aber nichts von ihrer Treue zum Judentum und jüdischen Gesetz ererbt. Dazu schien bei der Zersplitterung und dem Fehlen eines religiösen Führers manchen Danziger Juden die Zugehörigkeit zu einer Gemeinde nicht erstrebenswert, und für Mischehen und Taufen bot die durchaus freisinnige Stadt Danzig einen überaus günstigen Boden. Auch an den von der Reformbewegung im Reich ausgelösten Kämpfen, welche in manchen Gemeinden zu gefährlichen Spannungen, erregten Diskussionen und unerfreulichen gegenseitigen Angriffen führten, aber doch auch jüdisches Leben erzeugten, waren die Danziger Juden wenig beteiligt. Gleichgültigkeit war die Losung; Abfall und Taufe waren ihre Folgen.

Dazu spielte die allgemeine Abwanderung[64] aus dem Osten nach dem Westen eine für Danzig verhängnisvolle Rolle. Dieser Wanderzug hatte schon zu Beginn des Jahrhunderts begonnen, aber erst mit der Industrialisierung setzte die Flucht vom Lande zur Stadt, aus den kleinen Provinzstädten in die Großstadt, aus dem agrarischen Osten nach dem industriellen Westen des Deutschen Reiches und weiter nach England und Amerika ein.

Bei den Juden der östlichen Provinzen zeigte sie sich in verstärktem Maße. Die Juden hatten in Ost- und Westpreußen mit der Emanzipation, in Posen durch spätere Gesetze, das Recht der Umsiedlung und freien Niederlassung innerhalb des Reiches erhalten; sie waren auch mit der Scholle weniger verbunden als ost- und westpreußische Bauern. In den Juden lebte der Drang nach europäischer Bildung, dazu der Wunsch, ihren Kindern eine bessere Bildung zu geben. So wuchs die jüdische Bevölkerung Berlins und der westdeutschen Großstädte auf Kosten der Kleingemeinden, vor allem der Gemeinden der östlichen Provinzen.

Während sich die jüdische Bevölkerung Berlins im 19. Jahrhundert verfünffachte, die Bevölkerung anderer Großgemeinden sich mindestens vervierfachte, ging die Zahl der Juden in Danzig stetig zurück. Ihre Zahl sank nicht nur im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung; sie nahm auch absolut ab. Danzig hatte nach der Encyclopedia Judaica:

1816	3798 Juden	
1880	2736 Juden	= 2,4 % der Gesamtbevölkerung
1885	2859 Juden	
1895	2367 Juden	
1900	2553 Juden	
1905	2546 Juden	
1910	2390 Juden	= 1,4 % der Gesamtbevölkerung

Die Tatsache, daß der durch beträchtliche Auswanderung der jüngeren Generation bewirkte Rückgang sich in bescheidenem Rahmen hielt, beruhte auf der verhältnismäßig starken Zuwanderung aus den westpreußischen Kleinstädten, deren einst blühende Gemeinden zusammenschrumpften und ihre Bedeutung verloren.

Im Jahre 1855 hatte Westpreußen noch 25 136 Juden. Der Regierungsbezirk Danzig zählte 18 961 Juden = 2,88 % der Bevölkerung, Marienwerder 6175 Juden = 1,42 %. Ostpreußen hatte 9215 Juden. Somit zählte die ehemalige Provinz Preußen insgesamt 34 351 Juden gegenüber 41 057 Juden im Jahre 1871. Im Jahre 1900 waren es nur noch 26 981 Juden. Der Aufstieg bis zum Jahre 1871 war auf die Entwicklung des deutsch-russischen Handels und Einwanderung russischer Juden zurückzuführen. Der Rückgang bis zum Jahre 1910 war eingetreten durch die in den 80er Jahren erfolgte Ausweisung russischer Juden und durch Abwanderung nach dem Westen.

Während 1840 Danzig mit 2467 Juden unter den preußischen Städten an dritter Stelle stand[65], war es bis 1912 auf den 7. Platz zurückgefallen. Es wurde selbst von Königsberg und Stettin übertroffen; diese beiden Städte hatten die Zahl ihrer jüdischen Einwohner vervielfacht, während Danzig nicht einmal den alten Bestand hatte halten können.

Zu den Erscheinungen, welche den Bestand des Judentums besonders in den kleinen Gemeinden des deutschen Ostens bedrohten, gehörte seit den 70er Jahren, durch die verheerenden Folgen der „Gründerjahre" genährt, der Antisemitismus. Für viele Mißstände mußte der Jude als Sündenbock dienen.

Auch unsere westpreußische Heimat wurde von dem Radau-Antisemitismus erfaßt. Zwar war die Stadt Danzig mit ihrer liberalen Verwaltung, dem Oberbürgermeister von Winter und dem Abgeordneten Dr. H. Rickert, dem mutigen Kämpfer gegen den Antisemitismus, gegen das Gift noch immun, doch in den kleinen Städten und auf dem Lande kam es zu Verleumdungen, Synagogen- und Friedhofsschändungen und Gewalttaten. Auch der Ritualmordprozeß fehlte nicht[66].

Die Gründung der Einheitsgemeinde war in dieser aufgewühlten Zeit für die Danziger Juden höchst bedeutungsvoll. Die nächsten drei Jahrzehnte bis zum Ausbruch des I. Weltkrieges wurden eine Zeit des Aufbaus und gesunden Fortschritts. Die Einheitsgemeinde und die in ihr entstehenden Ortsgruppen der jüdischen Verbände gaben geistig hochstehenden Menschen, die dem Judentum entfremdet waren, Gelegenheit und auch den Mut, sich in die Reihen ihrer Glaubensgenossen zu stellen. Männer, von denen wir wissen, daß sie in ihrer Jugend vor der Taufe gestanden hatten, haben später der Danziger Gemeinde an hervorragender Stelle gedient.

Schon vor dem Zusammenschluß waren die von Rabbiner Dr. Werner betreuten Gemeinden dem „Deutsch-Israelitischen Gemeinde-Bund" (DIGB) beigetreten. Im Jahre 1880 gelang den gemeinsamen Bemühungen von Werner und Bamberger die Aufsehen erregende Gründung des Rabbinerverbandes für Ost- und Westpreußen, der am 2. und 3. November 1880 seine erste Tagung in Danzig abhielt. Im März 1883 versammelten sich die Kultusbeamten der Provinzen Ost- und Westpreußen und Pommern im „Kaiserhof" in Danzig, um ein gemeinsames Hilfswerk für die Hinterbliebenen (mit Sitz in Danzig) zu schaffen. Am gleichen Tage hielt der Rabbinerverband für Ost- und Westpreußen seinen dritten Verbandstag, wobei der Verband auf Pommern ausgedehnt wurde. Dr. Werner hielt einen Vortrag über einen Normalplan für den Religionsunterricht an höheren Schulen; unter den zahlreichen Aufgaben zur Verbesserung des Religionsunterrichts schien die Frage der Erfassung der jüdischen Schüler an höheren Schulen besonders brennend. Dr. Werner wurde mit Dr. Bamberger (Königsberg) und Dr. Vogelstein (Stettin) in den Erziehungsausschuß des Rabbinerverbandes gewählt.

Im folgenden Jahre tagte in Berlin die Versammlung deutscher Rabbiner. Ihre Aufgabe war vor allem, in einer Zeit, die Haß und Vorurteil auf die Sittenlehre des Judentums gehäuft hatte, zu zeigen, daß der Talmud und das jüdische Schrifttum wahre Nächstenliebe lehren und frei von Menschenhaß und religiösem Fanatismus sind. Diskussionsgegenstand war ein von Werner, Bamberger und Vogelstein für die östlichen Provinzen entworfenes Erziehungssystem, um dafür zu sorgen, daß die Jugend mehr lerne, die Lehrer religiös wie pädagogisch geeignet seien, und daß Sabbat und Festtage als Quelle jüdischer Religiosität wieder zu ihrem Recht kommen sollten.

Anders als die vor 40 Jahren durchgeführten Rabbinerversammlungen der Reformer war die Versammlung frei von jedem Parteikampf und religiösem Zwang. Es herrschte der Geist des Breslauer Seminars, aus dessen Schülern sich die Versammlung größtenteils zusammensetzte. Danzig war durch Werner vertreten, Gronemann sprach über die Pflege des Religionsunterrichts. Der Religionsunterricht lag damals, besonders in Ost- und Westpreußen, sehr im argen. Immerhin war in Westpreußen durch das Bestehen jüdischer Elementarschulen die Lage weniger kritisch. Für Ostpreußen erklärte Bamberger: „In meiner Heimatprovinz sind unter 21 Lehrern 15 polnische Schächter. Das sind ungeeignete Elemente im Lehrerstand, deren Entfernung anzustreben wir als unsere Aufgabe ansehen. Wir wollen nur seminaristisch gebildeten Lehrern unsere Jugend anvertrauen." Er berichtet, daß in einem Falle von 40 schulpflichtigen Kindern nur zwölf die Schule besuchten. Man könne nicht verlangen, daß Eltern ihre gebildeten Kinder zu einem polnischen Mann in die Schule schicken, den sie auslachten.

Werner beantragte auch, für die Dispensierung jüdischer Schüler am Sabbat und an Festtagen zu wirken. Wenn die Rabbiner die Schulleiter darauf aufmerksam machten, eine wie schwere Sünde Chillul Schabbos ist, dann würden sie bei wohlwollenden Direktoren sicher Entgegenkommen finden.

Werner zeigte stets eine durchaus konservative Haltung, und diese bewahrte er auch in den kommenden Jahren seiner Amtsführung. Dagegen nahm die Gemeindeverwaltung in Danzig einen liberaleren Standpunkt ein. Der erste Konflikt kam, als von ihr der Beschluß gefaßt wurde, den Gottesdienst in der Großen Synagoge mit Chor und Orgel einzurichten. Werner suchte mit aller Energie die Einführung der Orgel zu verhindern und drohte sogar mit Niederlegung seines Amtes. In einem ausführlichen Gutachten bezeichnete er die Orgel als „im jüdischen Gottesdienst unerlaubt, in praktischer Hinsicht schädlich, nach kompetentem Urteil vom ästhetischen Standpunkt aus ungeeignet und für die Verhältnisse in unserer Gemeinde geradezu bedenklich". Die Stimme des Rabbiners wurde nicht befolgt; in einer solchen großen Synagoge schien es aus technischen Gründen unerläßlich, dem gemischten Chor durch die Orgel Stütze und Halt zu geben. Schließlich stimmte Werner zu, nachdem ihm gleichgesinnte Rabbiner in anderen Gemeinden an einem Orgelgottesdienst keinen Anstoß mehr nahmen.

Für die volle Berücksichtigung der religiösen Bedürfnisse der Orthodoxie blieb die Mattenbudener Synagoge bestehen; sie sollte den Wünschen der orthodoxen Mitglieder gerecht werden, die Anspruch auf einen Gottesdienst in streng gesetzestreuer Weise erhoben, und dieser Gottesdienst sollte geführt werden, solange 20 steuerzahlende Gemeindemitglieder dort vorhanden seien. Dagegen wurden die Tore der Altschottländer, Weinberger und Danziger Synagogen geschlossen, nachdem am 8. Dezember 1887 der erste Gottesdienst in der Großen Synagoge gehalten werden konnte.

Werner wurde beauftragt, ein neues Gebetbuch herauszugeben, das neben den hebräischen Gebeten auch deutsche Gebete und Gesänge enthalten und liberalen Grundsätzen entsprechen sollte. Als die Synagoge eingeweiht wurde, war auch das Gebetbuch fertig. Es lehnte sich stark an das Joelsche Gebetbuch an, das dem Gottesdienst in Breslau zugrundegelegt war. Dabei suchte Werner in seiner konservativen Gesinnung jeden Anschein zu vermeiden, als führe er weitgehende Neuerungen in den Gottesdienst ein[67]. Werner konnte und wollte sich neuzeitlichen Stimmungen und Strömungen nicht verschließen; aber er hatte keinen Sinn für religiöse Reformen. Er gehörte zu den vielen deutschen Rabbinern seiner Zeit, die im Gegensatz zu den Reformrabbinern in Amerika zwar in ihrem Denken durchaus modern und fortschrittlich waren, in der religiösen Praxis aber streng konservativ blieben.

Nach der Einführung von Orgel und Gebetbuch waren in der Neuen Synagoge noch manche Differenzen auszugleichen, da sich viele Gemeindemitglieder nur schwer mit den neuen Andachtsformen vertraut machen konnten. Die Kultus- und Gebetsordnung mußte noch mehrfach geändert werden, um den Wünschen der ständigen, meist sehr konservativen Synagogenbesucher gerecht zu werden. Die 1888 bei A. W. Kafemann zu Danzig gedruckte Kultus- und Gebetsordnung, welche die Heiligkeit des Hauses und die äußere Würde des Gottesdienstes zu wahren bestrebt war, sah auch vor, daß nur in der neuen Synagoge und auf Mattenbuden gebetet werden solle. „In besonderen Fällen darf der Gemeindevorstand die Genehmigung zur Abhaltung eines Gottesdienstes in einem anderen öffentlichen oder privaten Gebäude erteilen." Diese Ausnahme galt besonders für Juden aus Polen, die sich in Danzig als Holz- und Getreidehändler niedergelassen hatten und die Genehmigung erhielten, auch hier nach ihrem eigenen Ritus zu beten.

Gleichzeitig mit der Regelung des Gottesdienstes wurde in Danzig auch der Religionsunterricht einer Neuordnung unterzogen. Vor der Vereinigung der Gemeinden gab es in Danzig zwei Religionsschulen. Die eine Schule, die unter Werners Leitung stand, wurde von Kindern der Altschottländer, Danziger, Langfuhrer und Mattenbudener Gemeinde besucht; 1881 zählte die Schule 82 Schüler (53 Knaben, 29 Mädchen). Die von Gronemann geleitete Schule wurde von 35 Kindern der Weinberger Gemeinde besucht. Beide Schulen waren von den Gemeinden unabhängig und für ihren Bestand auf das geringe Schulgeld angewiesen, das nur von einem Bruchteil der Kinder gezahlt wurde[68].

Nach Gründung der Einheitsgemeinde wurde die Religionsschule als Gemeinde-Institution geführt. Am 15. Oktober 1883 begann sie mit dem Unterricht, der von Rabbiner Dr. Werner und drei Lehrern in vier Knaben- und drei Mädchenklassen erteilt wurde. Da eine Ministerialverfügung vom April 1875 die Aufnahme des jüdischen Religionsunterrichts in den Lehrplan der höheren Schulen ermöglicht hatte, wurde von Rabbiner Werner ein solcher Unterricht in höheren Schulen eingerichtet, wo eine Möglichkeit gegeben war. Was Wallerstein kraft seiner Persönlichkeit und dank dem Wohlwollen der Schuldirektoren 10 Jahre vorher glücklich begonnen hatte, konnte Werner nun auf Grund amtlicher Verfügung auf breiterer Grundlage fortsetzen.

Die liberale Schulverwaltung der Stadt Danzig und mit ihr auch viele Eltern waren der Ansicht, daß der Besuch der jüdischen Religionsschule in der freien Entscheidung der Eltern läge. Während für Ostpreußen die Regierung zu Königsberg 1884 eine Anordnung erließ, wonach die Schuldeputation dafür zu sorgen habe, daß kein schulpflichtiges jüdisches Kind ohne Unterricht in seiner Religion aufwachse, wurde in Danzig eine entsprechende Verfügung nicht erlassen. In Danzig mußte der den amtlichen Charakter entbehrende jüdische Religionsunterricht (an freien Nachmittagen oder am Sonntag) auf Schwierigkeiten stoßen. Nach Mitteilung des Lehrers Benjamin Schreiber, der drei volle Jahrzehnte (1883—1913) an der Religionsschule gewirkt hat, dauerte es auch in Danzig wie allgemein im Reich noch manche Jahre, bis in Zusammenarbeit mit den Schulleitern durch Anstellung geeigneter Lehrer und Weckung des Interesses der Eltern der Religionsunterricht befriedigend war.

Auch die Wohlfahrtspflege wurde bei dem Zusammenschluß der Gemeinden nach Auflösung der alten Chewroth neu geregelt. Die von ihnen geleisteten Unterstützungen wurden zunächst von der Gemeinde übernommen. Im Jahre 1883 wurde ein Statut für einen Armen-Unterstützungsverein ausgearbeitet, doch kam das Projekt nicht weiter, und bis zu einer endgültigen Regelung wurde die gesamte Wohlfahrtspflege der neu gebildeten „Chewra Kaddischa" überlassen. Das Provisorium wurde schon nach zwei Jahren zur Dauereinrichtung; die neue Chewra hatte sich unter ihrem Vorsitzenden Martin Kadisch so gut entwickelt, daß sie für alle Wohlfahrts- und Begräbnisangelegenheiten maßgebend wurde und als unlösbarer Bestandteil der Gemeindeverwaltung angesehen werden konnte.

In den Besitz der Gemeinde waren zwei Friedhöfe übergegangen, der Friedhof der Altschottländer auf dem Stolzenberg und der im Jäschkentaler Wald gelegene Friedhof der Langfuhrer Gemeinde, dessen sich vielleicht manche Danziger noch von ihren Spaziergängen erinnern. Betreten haben ihn nur wenige, denn seit der völligen Zerstörung durch die Russen im Jahre 1813 war er kaum mehr benutzt worden und seit vielen Jahren geschlossen (der Schlüssel befand sich im Gewahrsam des Jäschkentaler Försters). Daher

wurde der Friedhof auf dem Stolzenberg der Gemeindefriedhof. Dort wurde 1884 eine Leichenhalle gebaut, bei der mit Rücksicht auf Dr. Werner, der ein Kohen war, die Kanzel des Rabbiners von der eigentlichen Halle, in der die Toten aufgebahrt wurden, räumlich getrennt war.
Erhebliche Schwierigkeiten bereitete die Frage der Kultusbeamten. In den alten vier Synagogen hatten acht Kultusbeamte (Vorbeter, Schächter) gewirkt. Nach der Neugestaltung des Gottesdienstes mit Chor und Orgel konnten die Vorbeter, die keine entsprechende Vorbildung besaßen, nicht mehr verwendet werden. Einige wurden als Vorbeter für die Mattenbudener Synagoge oder als Wochentagsvorbeter und Toravorleser für die Große Synagoge weiter verpflichtet; die übrigen wurden pensioniert. Diese Regelung brachte schwere Belastungen für den Gemeindehaushalt, der im ersten Jahr nach der Gründung der Einheitsgemeinde in Einnahmen und Ausgaben mit 34 000 M schloß, aber für das Jahr 1887/88 sich bereits auf 60 000 M erhöht hatte.

Drei Jahrzehnte bis zum Ausbruch des I. Weltkriegs (1883—1914)

Gustav Davidsohn und Rabbiner Werner blieben die führenden Männer der neuen Einheitsgemeinde. In Davidsohn hatte die Gemeinde einen Führer, unter dessen Leitung das Ansehen der Gemeinde ständig wuchs, bis sie die Führung der westpreußischen Gemeinden übernahm; in Werner besaß die Synagoge einen Rabbiner, welcher der Kanzel Glanz und Würde verlieh, in den jüdischen Organisationen und Verbänden die Danziger Gemeinde kraftvoll vertrat und an allen Bewegungen innerhalb des Judentums stärksten Anteil nahm.
Damals wurde das Judentum allerorts von den Auswirkungen der russischen Pogrome der 80er Jahre betroffen. Als erste spürten die deutschen Juden in Ost- und Westpreußen das Elend und die Not der Flüchtlinge; sie hatten erhebliche Opfer zur Hilfe für die Vertriebenen und Organisation ihrer weiteren Wanderung zu bringen. Verschärft wurde die Lage durch die von Bismarck zum Schutz des deutschen Ostens erlassenen Ausweisungsbefehle, von denen auch Tausende von Juden russischer Staatsangehörigkeit betroffen wurden. Darunter waren jüdische Kaufleute, die mit ihren Familien seit vielen Jahren im Lande, in Danzig wie in Königsberg und Memel, ansässig waren. Eingaben der örtlichen Handelskammer erreichten eine Milderung, so daß in Danzig seit Jahren wohnende Handelsagenten und Kommissionäre, die zur Börse zugelassen waren, in der Stadt bleiben konnten.
Die deutschen Juden hatten für das Leid ihrer ostjüdischen Brüder volles Verständnis; sie lehnten aber jede über rein humanitäre Hilfe hinausgehende völkische Solidarität mit ihnen ab, da sie als freie Bürger mit dem deutschen Vaterland verbunden waren. So empfanden auch die Danziger Juden.
Für ihre Gemeinde brachte die Zeit bis zum Ausbruch des I. Weltkrieges Jahre der inneren Erstarkung, den Aufstieg zur führenden Großgemeinde Westpreußens. Ihre Entwicklung war Teil der Gesamtentwicklung, welche die Stadt Danzig erfuhr. Für sie brachten diese Jahrzehnte den entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Industrie- und Großstadt.
Winters Nachfolger, die Oberbürgermeister Clemens Delbrück, Heinrich Ehlers und

Heinrich Scholtz konnten sein Werk erfolgreich fortführen. 1896 fielen die einengenden Festungswälle; auf dem neugewonnenen Boden entstanden moderne Straßen und in diesen Straßenzügen öffentliche Bauten und prächtige Wohnhäuser. Die Stadt erhielt ein völlig neues Gesicht; sie wurde durch Eingemeindungen vergrößert, und ihre Bevölkerung stieg auf über 200 000 Einwohner.

Der Hafen erfuhr umwälzende Neuerungen; es entstanden der Freihafen, der Kaiserhafen und die Hafenbahnen, große Industriebetriebe, wie die Kaiserliche Werft und die Schichau-Werft. Die neue Weichselbrücke, die den Troyl mit der Stadt verband, veränderte das Bild der Weichselufer, an denen einst die Flissaken ihre Lager aufgeschlagen hatten. Die Danziger Reedereien F. G. Reinhold, Behnke & Sieg oder Johannes Ick vermittelten den Verkehr mit anderen Häfen; die Dampfer der Weichsel AG., die uns zu den Badeorten führten, sind allen Danzigern eine der schönsten Erinnerungen an die Zeit vor 1914.

Dem Kaiser, der an Danzig großes Interesse nahm, verdankte die Stadt die neue Technische Hochschule. Als Sitz des XVII. Armeekorps war Danzig eine Militärstadt ersten Ranges. Der glanzvollen äußeren Entwicklung entsprach die Entfaltung des kulturellen Lebens. Technische Hochschule, Staatsarchiv und Museen, der Westpreußische Geschichtsverein und die Naturforschende Gesellschaft dienten der Wissenschaft; das Stadttheater (die „Kaffeemühle") pflegte die Bühnenkunst. Der Strand lockte Tausende von Gästen aus der Provinz und dem Auslande nach Zoppot und anderen Badeorten. Danzigs mittelalterliche Bauten, seine Tore und Türme wirkten nicht minder anziehend; kein Erholungsuchender hätte versäumt, auch Danzig seinen Besuch abzustatten.

Danzig lebte in politischem und konfessionellem Frieden. Der Charakter der Stadt war rein deutsch, die Haltung der Bevölkerung preußisch-patriotisch. Der Danziger Wahlkreis war national-liberal bzw. freisinnig, die von Dr. Hermann geleitete „Danziger Zeitung" war entschieden demokratisch (daneben vertrat die „Danziger Allgemeine Zeitung" den konservativen, die „Danziger Volkszeitung" den katholischen Teil der Bevölkerung, die „Danziger Volksstimme" die Sozialisten; die „Danziger Neuesten Nachrichten" waren politisch neutral).

Für jeden Danziger, der jene Epoche erlebt hat, ist es verführerisch, in Erinnerungen zu schwelgen. Wir Juden waren in Danzig als freie Bürger einer liberalen Stadt ein Teil ihres geistigen und kulturellen Lebens, das wiederum ein Stück des deutschen Kulturlebens war. Nur in diesem Rahmen deutschen Kulturlebens, im Rahmen des wirtschaftlichen Aufstiegs Danzigs als Provinzialhauptstadt können wir auch die Entwicklung der jungen Danziger Synagogengemeinde zur führenden Provinzialgemeinde sowie den Anteil der Danziger Juden am Wirtschafts- und Kulturleben ihrer Stadt betrachten.

Wie in diesem Zeitabschnitt die Geschicke der Stadt von drei Oberbürgermeistern geleitet worden sind, so sah sich auch die Danziger Synagogengemeinde in diesen Jahren dreimal zur Wahl eines neuen Rabbiners gezwungen. Als im Jahre 1895 Dr. Werner von der Gemeinde Münchens zum Rabbiner gewählt wurde, folgte er dem ehrenvollen Ruf; nach 17jähriger Amtszeit dürfte es ihm nicht leicht gefallen sein, die ihm liebgewordene Gemeinde zu verlassen.

Die zahlreichen Ehrungen, die Dr. Werner bei seinem Abschied von Danzig zuteil wurden[69], zeigen, daß in den 90er Jahren in dieser Stadt noch eine freie demokratische

Gesinnung herrschte. Sie waren gleichzeitig ein Zeugnis der engen und fruchtbaren Zusammenarbeit von Juden und Nichtjuden auf allen Lebensgebieten[70].

Als Nachfolger Werners kam 1896 Dr. Louis Blumenthal nach Danzig; er war von Dr. Werner, mit dem er verwandtschaftlich verbunden war, empfohlen worden. In seiner Wirksamkeit war er bemüht, das von Dr. Werner Geschaffene auszubauen. Auf seine Anregung wurde eine neue Mikwa gebaut, da die alte in der Kasernengasse, auf dem Grundstück der Mattenbudener Synagoge, baufällig geworden war. Die neue Mikwa wurde auf dem Platz hinter der Synagoge errichtet; mit peinlichster Genauigkeit achtete Blumenthal darauf, daß sie allen religionsgesetzlichen Vorschriften entsprach und den Forderungen der strengsten Orthodoxie genügte, wodurch er sich deren besonderes Vertrauen erwarb. Wie sein Vorgänger gehörte Dr. Blumenthal zur konservativen Richtung und war daher auch nicht immer in Übereinstimmung mit dem liberalen Gemeindevorstand. Als er auf Grund enger Beziehungen zu Berlin, vor allem zu Rabbiner Dr. S. Maybaum, einen Ruf dorthin erhielt, ging er am 1. Juli 1900 nach nur vierjährigem Wirken in Danzig nach Berlin.

Sein ausdrücklich als liberaler Rabbiner berufener Nachfolger war Dr. Max Freudenthal (bis dahin Rabbiner in Dessau), der in Danzig in religiös fortschrittlichem Geist zu wirken bemüht war. Seine zielbewußten Anstrengungen fanden manchen Widerstand, aber auch viele Mitstreiter. In Gustav Davidsohn und seinen Mitarbeitern, die nach dessen Tode die Gemeinde in seinem Sinn weiterführten, in Männern wie Philipp Simson, den Justizräten Louis Steinhardt und Johannes Behrendt, fand Dr. Freudenthal treue Freunde und Weggenossen. Vor allem war es Justizrat Behrendt, der wie Davidsohn Stadtverordneter war sowie als Mitbegründer und stellvertretender Vorsitzender des Anwaltsvereins eine einflußreiche Stellung einnahm, mit dessen Hilfe Dr. Feudenthal die positiv liberale Epoche der Danziger Gemeinde einleitete.

Freudenthals religiöser Liberalismus zeigte sich vor allem bei der Neubearbeitung des Gebetbuches für die neue Synagoge[71]. Zwar mußte er Konzessionen machen, die nach seinen eigenen Worten eine volle Reform verhinderten, doch wurden in das Gebetbuch seine eigenen metrischen Übertragungen einiger Gebete eingefügt und im Text Kürzungen vorgenommen. Der Gottesdienst wurde musikalisch ausgebaut.

Besonders verdient machte sich Freudenthal durch weiteren Ausbau des Religionsunterrichts, für den er einen Lehrplan mit genauem Stoffverteilungsplan aufstellte[72]. Während seiner Amtszeit veröffentlichte er sieben Jahresberichte, denen jeweils eine wissenschaftliche Abhandlung beigefügt war. Die Zahl der Religionsschüler betrug etwa 150; davon rund 25 % aus Volks- und Mittelschulen und 75 % aus höheren Schulen (vornehmlich wegen des hebräischen Unterrichts). Die Jahresschlußfeiern der Religionsschule waren mit der Verteilung von Prämien verbunden. Freudenthal führte auch einen regelmäßigen Jugendgottesdienst (einmal monatlich an einem Sabbatnachmittag) ein.

Als Freudenthal nach siebenjähriger Amtszeit Danzig verließ, hatte die Danziger Gemeinde mit dem scheidenden Rabbiner einen großen Schulmann, dazu einen tatkräftigen Führer und Organisator verloren.

Die Haupttätigkeit sowohl Blumenthals wie Freudenthals war verknüpft mit der in ihrer Amtszeit erfolgten Gründung und ersten Entwicklung der großen jüdischen Vereinigungen und Organisationen, die fortan das religiöse und geistig-kulturelle Leben der jüdischen

Gemeinden bestimmen sollten: des Landesverbandes der westpreußischen Synagogengemeinden, der Borussia-Loge (U. O. B. B.), der Danziger Ortsgruppe des Verbandes für jüdische Geschichte und Literatur, des Centralvereins und der zionistischen Organisationen. Die Gründung des Landesverbandes der westpreußischen Synagogengemeinden, die am 4. Mai 1897 erfolgte, war besonders dem Vorsitzenden der Danziger Gemeinde, Gustav Davidsohn, zu verdanken. Davidsohn, der auch zum Vorsitzenden des Verbandsvorstandes gewählt wurde, hat dieses Amt bis kurz vor seinem Tode innegehabt. Sein Nachfolger wurde Justizrat Johannes Behrendt; nach dessen Rücktritt im Jahre 1907 übernahm Justizrat Steinhardt, der gleichzeitig in den Ausschuß des DIGB eintrat, die Leitung des Verbandes. Stellvertretender Vorsitzender war Amtsgerichtsrat Flatow, Schriftführer Dr. Schopf (sämtlich aus Danzig). Dem Ausschuß gehörte später Rabbiner Dr. Kälter an.

Der Zusammenschluß der westpreußischen Gemeinden war für die kleinen Gemeinden unerläßliche Notwendigkeit. Die Schwierigkeiten, die Gemeindeaufgaben zu erfüllen, verschärften sich von Jahr zu Jahr durch die Abwanderung ihrer Mitglieder nach den Großstädten. Die Organisation eines geordneten Religionsunterrichts, die Aufrechterhaltung des Gottesdienstes wie die Erhaltung wohltätiger Organisationen forderten die gemeinsame, organisierte Fürsorge. In der Provinz Ostpreußen erfolgte der Zusammenschluß am 24. September 1880; die Provinz Westpreußen folgte erst am 4. Mai 1897.

Danzig wurde zum ständigen Sitz der Verwaltung bestimmt und damit die Führungsrolle der Danziger Gemeinden anerkannt. In den Verbandsausschuß wurden gewählt: Gustav Davidsohn und Rechtsanwalt Behrendt (Danzig), Kaufmann D. Wolff (Thorn), Kaufmann C. Landshut (Neumark), Fabrikant Goldfarb (Pr. Stargard), Kaufmann Löwenstein (Elbing), Kaufmann Sternberg (Culmsee), Kaufmann Lewinneck (Neustadt), dazu die Rabbiner Dr. Blumenthal (Danzig), Dr. Grabowski (Konitz), Dr. Rosenstein (Graudenz) und Dr. Schick (Zempelburg).

Die Rabbiner Westpreußens hatten sich am 27. Mai 1897 in Thorn zu einer Vereinigung zusammengeschlossen. Von 13 Rabbinern der Provinz waren folgende elf anwesend: Dr. Bär (Graudenz), Dr. Blumenthal (Danzig), Dr. Eppenstein (Briesen), Dr. Gutmann (Culm), Dr. Minsk (Berent), Dr. Nordheimer (Schwetz), Dr. Pick (Strasburg), Dr. Rosenberg (Thorn), Dr. Rosenstein (Graudenz), Dr. Schick (Zempelburg), Dr. Silberstein (Elbing). — Rosenstein, Rosenberg und Gutmann wurden in den Vorstand gewählt.

Die Provinz wurde für die Inspektion des Religionsunterrichts in Rabbinatsbezirke eingeteilt; die Wichtigkeit dieser Maßnahme ergibt sich aus der Tatsache, daß die Provinz bei mehr als 50 Synagogengemeinden nur 14 Rabbiner hatte, also $^3/_4$ der Gemeinden keinen eigenen Rabbiner besaßen.

Die jüdischen Religionslehrer hatten sich bereits 1896 zusammengeschlossen und von dem ostpreußischen Verein unabhängig gemacht. Ihr erster Vorsitzender wurde Jaffe (Dt. Krone), Schriftführer Kramer (Dt. Krone), Kassenführer Geisenberg (Marienwerder). Der Verein schloß sich dem Reichsverbande J. L. sowie der bestehenden Hilfskasse für die jüdischen Beamten der Provinzen Ost- und Westpreußen und Pommern an.

Der Erfolg der Zusammenarbeit der drei Verbände war recht gering. Die Spannungen zwischen seminaristisch und nichtseminaristisch vorgebildeten Lehrern, zwischen diesen und den Rabbinern, Ablehnung der Inspektion durch auswärtige Rabbiner, durch Lehrer wie durch Gemeinden u. a. schufen Schwierigkeiten, die nie gänzlich überwunden werden konnten.

Ein schöner Erfolg des Westpreußischen Synagogenverbandes und besonders Gustav Davidsohns war die Gründung des Caspar Lachmannschen Waisenhauses in Graudenz.

Der 1896 in Graudenz verstorbene Stadtrat Caspar Lachmann hatte großen Grundbesitz und ein Kapital von 165 000 M als milde Stiftung hinterlassen. Es gelang Davidsohn, die Testament-

vollstrecker zu veranlassen, ein Provinzialwaisenhaus zu errichten. Die Erben übergaben die Stiftung der Danziger Gemeinde mit der Auflage, ein C.-L.-Waisenhaus in Graudenz zu errichten. Da die Zinsen von 5775 M hierfür nicht ausreichten und dem Plan danach dasselbe Schicksal drohte wie einst dem Charles-Semon-Fonds in Danzig, wurden durch Davidsohn drei Spender von je 10 000 M gefunden, und die Charles-Semon-Stiftung bewilligte einen jährlichen Zuschuß, so daß der Bau des Waisenhauses gesichert war. Am 15. Mai 1902 wurden die ersten 14 Zöglinge aufgenommen. Vorsitzender der Stiftung wurde der jeweilige Vorsitzende der Danziger Gemeinde (als erster Gustav Davidsohn).

Nur in zäher und harter Arbeit konnte der Synagogenverband in dieser rückständigen Provinz mit einer in den Kultusverhältnissen ebenso rückständigen jüdischen Bevölkerung in den Kleinstädten seine Ziele verfolgen. Auf den Tagungen verlangte namentlich Rabbiner Freudenthal mit aller Deutlichkeit, daß der Religionsunterricht nur von seminaristisch gebildeten Lehrern erteilt werden solle, während der Vorsitzende Rechtsanwalt Behrendt dafür eintrat, daß auch in den Kleingemeinden ein zeitgemäßer und einheitlicher Gottesdienst gehalten werden solle. Einige Gemeinden wurden veranlaßt, von ihren alten Beerdigungsgebräuchen abzugehen und neue Friedhofsordnungen zu erlassen.

Die unterrichtlichen Verhältnisse blieben armselig und unbefriedigend. Unbedeutend waren auch die Anfänge des Vereins der Religionslehrer Westpreußens.

Am 2. September 1901 erklärte sich der Rabbinerverband Westpreußens in Dirschau selbständig und lehnte die organisatorische Verbindung mit dem bisherigen Verbande der Rabbiner Ost- und Westpreußens und Pommerns ab. Damit war die unter Werner und Bamberger begonnene Zusammenarbeit aufgegeben.

So wurden die Synagogen-, Rabbiner- und Lehrerverbände Westpreußens sämtlich unabhängige Organisationen. Nur die 1886 in Danzig gegründete „Gemeinsame Hilfskasse für israelitische Beamte der Synagogengemeinden Ost- und Westpreußens und Pommerns" blieb bestehen. Bevor der Reichsverband der jüdischen Lehrervereine die Pensionsverhältnisse in großzügiger Weise geregelt hatte, spendete diese Kasse bei beschränkten Mitteln reichen Segen in der Not.

Alle auf die Hebung der kulturellen Lage wie der religiösen Verhältnisse gerichteten Bemühungen vermochten den dauernden Prozeß der Auflösung der kleinen Gemeinden und den Niedergang der jüdischen Bevölkerung Westpreußens nicht aufzuhalten.

Neben den Allgemeinerscheinungen, an denen das deutsche Judentum jener Tage krankte, wie Taufe, Mischehen, Geburtenrückgang, waren es zwei für Westpreußen charakteristische Erscheinungen, die den Auflösungsprozeß beschleunigten: die Ostmarkenpolitik und der in den 90er Jahren katastrophal anwachsende Antisemitismus.

Die folgende, den „Blättern für Demographie und Statistik" entnommene Tabelle zeigt die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Pommern und Posen.

Jüdische Bevölkerung in	Westpreußen	Ostpreußen	Posen	Pommern
1871	26 632	14 425	61 982	13 037
1880	26 547	18 216	56 609	13 886
1890	21 750	14 411	44 346	12 246
1900	18 226	13 877	35 327	10 880
1905	16 139	13 553	30 433	9 660
Rückgang von				
1871—1905	10 493	872	31 549	3 377
	39,4 %	6 %	50 %	25,9 %

Die Tabelle zeigt den dauernden Rückgang der jüdischen Bevölkerung im deutschen Osten. Den schärfsten Rückgang zeigen Posen mit 50 % und Westpreußen mit fast 40 %; er ist in Pommern mit 26 % geringer und in Ostpreußen mit nur 6 % verhältnismäßig unbedeutend. Wir ersehen daraus, daß es nicht nur der Drang der Juden nach dem Westen war, der den Rückgang verursachte, sondern die in Posen und auch in Westpreußen wirksame Ostmarkenpolitik, zu der in Westpreußen noch die durch antisemitische Hetze verursachten Ausschreitungen hinzukamen, die zahlreiche Juden zur Auswanderung veranlaßten.
Gerade um die Zeit, als der offene und aggressive Antisemitismus im Reich abzuflauen begann, wurde Westpreußen das Eldorado eines wüsten und gefährlichen Geschäftsantisemitismus. Von der „Deutschen Gesellschaft zur Verbreitung des Antisemitismus im Osten des Vaterlandes" wurden die feindseligen Gefühle einer leichtgläubigen Bevölkerung geschürt, bis ein Brand erzeugt war, der jahrelang nicht gelöscht werden konnte. Westpreußen war von den Antisemiten als Arbeitsfeld gewählt worden, weil hier die religiösen und nationalen Schwierigkeiten dieser Provinz besonders reichen Erfolg der Hetzarbeit versprachen.

Die Wellen des Antisemitismus ließen die Stadt Danzig nicht unberührt. Auch hier entstand eine Ortsgruppe der „Deutschen Gesellschaft zur Verbreitung des Antisemitismus im Osten des Vaterlandes", und im Oktober 1893 wurde die erste öffentliche antisemitische Versammlung durchgeführt. Im Jahre 1894 kam es nach Hetzreden des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Professor Förster zu einem echten Judenkrawall.

Im Oktober 1893 sprach im Linkschen Lokal am Olivaer Tor der Abg. Hans Leuss zu 200 bis 250 Hörern. In der anschließenden Diskussion erklärten die Herren Dein und Winkler, daß die von Leuss gepredigte Judenhetze in der Stadt als Schande empfunden würde und hier keinen Boden finden werde. Es kam zu lebhaften Auftritten und zu gewaltsamer Entfernung von Ruhestörern. Etwa 50 Personen sollen ihren Beitritt zu einem antisemitischen Verein erklärt haben (Bericht an die Mitteilungen zur Abwehr des Antisemitismus 1893, S. 387). Die „Danziger Zeitung", damals neben der Hartungschen Zeitung in Königsberg das führende liberale Blatt des deutschen Ostens, schrieb dazu: „Herr Leuss hat erklärt, daß er unsere Provinz Westpreußen als Agitationsfeld für die nächste Zeit erwählt habe. Was unsere Bevölkerung davon zu erwarten hat, wissen wir von den Vorgängen in Pommern. Bisher hat die antisemitische Hetze in unserer Stadt keinen Boden gehabt. Katholiken und Protestanten lebten mit unseren jüdischen Mitbürgern in Frieden. Namentlich in unserer zahlreichen Arbeiterbevölkerung hat sich auch nicht die geringste Neigung zum Antisemitismus gezeigt. Wir sind davon überzeugt, daß es nicht gelingen wird, von außen eine wirksame Bewegung hier anzufachen, wenn unsere Bevölkerung ihre Schuldigkeit tut." Auch das Danziger Organ des Centrums lehnte den Redner ab: „Wir glauben nicht, daß der Antisemitismus als solcher hier große Erfolge erzielen wird. Die Judenfrage wird mit Gewaltmaßnahmen und Ausnahmegesetzen ebensowenig gelöst wie die kirchenpolitische Frage im Kulturkampf."
Ein Jahr später kam es zu einem regelrechten Judenkrawall. Kurz vor Weihnachten 1894 erschien als antisemitischer Gastredner Professor Paul Förster (Leuss war inzwischen wegen Meineids zu Zuchthausstrafe verurteilt worden), der in seinem Organ „Frei-Deutschland", wie vor ihm Professor Lagarde in seinen „Deutschen Schriften", die Stellung der Juden unter Fremdenrecht, Einziehung ihres Vermögens, Beschränkung der jüdischen Presse, Verbot der Einwanderung, Entfernung aus den Ämtern usw. verlangte. Förster predigte offenen Boykott, und seine Reden hatten den Erfolg, daß Arbeitslose Straßenunruhen verursachten, bei denen in der Korkenmachergasse Schaufenster eingeschlagen und 60 Verhaftungen vorgenommen wurden.

Obwohl die deutschen Juden noch volles Vertrauen in den Schutz der Behörden und Gerichte hatten, fühlten sie allmählich doch die Notwendigkeit eigener Verteidigung, und

unter dem Eindruck der Warnung Dr. Raphael Löwenfelds „Schutzjuden oder Staatsbürger?" wurde am 5. Februar 1892 der „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" gegründet, um die Abwehr der antisemitischen Hetze selbst und wirksamer als bisher zu betreiben.

Die Danziger Gemeinde war solchen Gedanken zunächst abgeneigt. Ihre politisch demokratischen und religiös liberalen Führer lebten in dieser liberalen Stadt mit ihren Mitbürgern in harmonischem Einvernehmen[73]. Sie waren innerhalb der Gemeinde wie im Synagogenverbande bewährte Organisatoren, die alles zur Erhaltung der Gemeinde und ihrer religösen Institutionen taten; darüber hinaus aber waren sie allen Bestrebungen zur Gründung besonderer jüdischer kultureller, sozialer oder gar politischer Vereinigungen abgeneigt. Sie erblickten in solchen Gründungen die Gefahr einer Isolierung, die sie mit ihren demokratischen Anschauungen von den staatsbürgerlichen Pflichten und Rechten der Juden für unvereinbar hielten. So fand zunächst in Danzig weder der „Orden Bne Brith", noch der „Verband für jüdische Geschichte und Literatur" oder der „Central-Verein" eine genügende Zahl von Anhängern.

Zwei Jahre brauchte Rabbiner Dr. Blumenthal, um die Bedenken gegen den Verein für jüdische Geschichte zu zerstreuen. Am 19. Januar 1899 wurde die Gründung einer Danziger Gruppe des „Vereins für jüdische Geschichte und Literatur" beschlossen; neben Blumenthal und Davidsohn zeichneten den Aufruf Sanitätsrat Wallenberg, Rechtsanwalt Steinhardt, Dr. med. Lewy, Max Jacoby und Moritz Cohn.

Die im Jahre 1900 anläßlich eines in Konitz verübten Mordes entfachte Ritualmordhetze, deren verheerende Folgen auch die Juden in Danzig spürten, sie aus sorglosen Träumen weckte, und wie einst der Antisemitismus der 80er Jahre den Zusammenschluß der Gemeinden gefördert hatte, wurde jetzt der durch den Konitzer Mord geschürte Antisemitismus der Ansporn zum Anschluß an die im Reich entstandenen jüdischen Vereinigungen. Im Jahre 1900 wurde die „Borussia-Loge" in Danzig als 41. Loge des Ordens Bne Brith installiert, und weitere drei Jahre später, als der Central-Verein bereits sein zehnjähriges Stiftungsfest begehen konnte, erfolgte die Gründung der Danziger Ortsgruppe des Central-Vereins am 18. Januar 1903.

Während Danzig von dem Radau-Antisemitismus der Provinz ziemlich unberührt geblieben war, hatte der Antisemitismus eines Lagarde oder Treitschke Eingang in Danzigs bürgerliche Gesellschaft gefunden[74]. Wie groß sein Widerhall bereits in politischen Parteien, in Militär- und Logenkreisen sowie bei Beamten und Akademikern war, zeigte sich besonders in Wahlversammlungen. Auch machte sich die „Danziger Allgemeine Zeitung", das Organ der Konservativen, allzu oft zum Agenten der antisemitischen Presse.

In einer damals in Danzig abgehaltenen konservativen Wählerversammlung erklärte der Direktor des Verwaltungsgerichts, Blümke, er halte nicht die Sozialdemokraten, sondern die Juden für den größten Feind der Deutschen. Mit den Sozialdemokraten, die auch Deutsche seien, werde man sich verständigen können, sobald sie von den Juden befreit seien. Er verlange Ausnahmegesetze gegen die Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse durch das jüdische Großkapital. Als erstes Ausnahmegesetz forderte er ein Verbot der Einwanderung ausländischer Juden. Er bezichtigte die Juden der Feigheit; er glaubte nicht, daß Juden 1870 im deutschen Heere gefochten hätten. Diese Wahlrede rief den Protest der eigenen Parteigenossen hervor. General v. Reibnitz erklärte, daß die konservative Partei keine antisemitische Partei wäre, und daß er viele ehren-

werte Juden kenne und viele, die das Eiserne Kreuz erworben hätten. Auch der Danziger Polizeipräsident und der Kandidat selbst, der Landgerichtsdirektor Schulze, erklärten, keine Antisemiten zu sein und die antisemitische Gesinnung nicht in das Wahlprogramm aufzunehmen. Sie seien jedoch für eine „Beschränkung des jüdischen Übergewichts."

Gustav Davidsohn, der Vorsteher der Gemeinde, gab in der „Danziger Zeitung" eine treffende und sachliche Antwort: „Daß unter den hunderttausenden Sozialdemokraten sich auch einige Juden befinden, kann ohne weiteres zugestanden werden; aber jeder, der die parteipolitischen Vorgänge mit einiger Unbefangenheit betrachtet, weiß, daß es auffallend wenig sind, und daß in den sozialdemokratischen Versammlungen die Juden zu den Ausnahmen gehören, obgleich die Antisemiten alles tun, um sie den Sozialdemokraten in die Arme zu treiben."

Die „Danziger Neuesten Nachrichten" brachten eine von einem alten jüdischen Soldaten aus Lauenburg eingesandte Zuschrift zur Steuer der Wahrheit. Darin war u. a. dargelegt, daß die kleine Gemeinde von Lauenburg mit 80 jüdischen Familien in den Kriegen von 1866 und 1870—71 nicht weniger als 25 aktive Kriegsteilnehmer hatte, von denen einer zum Offizier, vier zu Unteroffizieren befördert wurden und vier das EK erhielten.

Herr Blümke nahm in einer Berichterstattung seine falschen Behauptungen zurück. Es habe ihm ferngelegen, „den zu unserem Vaterland, zu unserer Dynastie und zu unserer nationalen Institution haltenden Teil der Juden angreifen oder verletzen zu wollen . . ."

Es konnte also damals noch in der Danziger Presse gegen antisemitische Angriffe die jüdische Verteidigung sachlich geführt werden. Wenn auch der „Danziger Allgemeinen Zeitung" der Vorwurf nicht erspart bleiben kann, daß sie, wie überhaupt die konservative Presse, im Kampf gegen den Liberalismus und die Juden als seine Träger durch falsche Anklagen zur Vergiftung der Atmosphäre beigetragen hat, so bestand doch in gebildeten Kreisen der Konservativen noch eine gewisse Bereitwilligkeit, sich belehren zu lassen und Vorurteile zu korrigieren.

Da kam 1900 die Konitzer Mordaffäre mit ihren katastrophalen Folgen. Die antisemitische Presse stempelte die Mordtat zum Ritualmord und hielt durch immer neue Sensationsmeldungen das Volk in ständiger Erregung. Verhandlungen und Verhaftungen brachten keine Klärung, während die antisemitische Hetze zu Ausschreitungen und offenem Aufruhr führte. Die „Danziger Zeitung" und der Graudenzer „Gesellige" taten alles, um die Bevölkerung aufzuklären und zu beruhigen; ebenso die Regierung, die sogar Militär nach Konitz und in die Nachbarkreise entsandte. — Die seelisch und wirtschaftlich unerträgliche Lage, in welche die Juden durch die Erregung der Bevölkerung gebracht wurden, zeigt ein Bericht (AZJ 1900, S. 23) in zahlreichen Einzelbildern. „Der Haß gegen unsere Glaubensgenossen äußert sich überall und bei jeder Gelegenheit." Der Bericht tadelt besonders die „Danziger Allgemeine Zeitung" und ein polnisches Blättchen, durch Abdruck des Gedichts „Die Juden haben einen Christ geschlacht" den Pöbel aufgehetzt zu haben. Während das „Danziger Volksblatt", das Organ der deutschen Katholiken, eine im wesentlichen neutrale Haltung einnahm, hatte sich die „Gazeta Gdanska", das Blatt der polnischen Katholiken, der antisemitischen Hetze voll angeschlossen. Da die Juden der Ostmark sich stets zur deutschen Kulturgemeinschaft hielten und gerade damals der Central-Verein diese Tatsache immer wieder betonte, hatte sich der alte Argwohn der Polen gegen die Juden zu offener Feindschaft gesteigert. So geriet der Jude im wirtschaftlichen wie im politischen Leben zwischen zwei Feuer, welche die Konitzer Affäre nur noch weiter schürte.

Die Geister, welche die Hetze herbeigerufen hatten, wurde man so bald nicht mehr los; noch manches Jahr beschäftigten sie die Gerichte in Danzig und den Kleinstädten. — Der Fall Konitz mit seinen Auswirkungen bleibt ein trauriges Kapitel in der Kulturgeschichte Westpreußens. Versöhnend wirkte nur die Tatsache, daß die Sachverständigen die Annahme eines Ritualmordes entschieden ablehnten und die Gerichte, Polizei und Verwaltung bewiesen, daß damals Preußen noch ein Rechtsstaat war, der Ausschreitungen als gesetzwidrig unterdrückte.

Antisemitismus und Ostmarkenpolitik waren als wichtigste Ursachen für die Abwanderung der jüdischen Bevölkerung eingehender zu behandeln, um die Schwierigkeiten zu zeigen, welche der Verband der Synagogengemeinden bei Durchführung seines Hilfsprogramms für die kleinen Gemeinden in Westpreußen zu überwinden hatte. Diese Ausführungen ergaben ein recht trübes Bild. Um so größere Befriedigung gewährt ein Blick auf die wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen der Juden in Danzig und der Provinz, auf ihr positives Wirken im öffentlichen Leben ihrer Heimat.

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts und bis zum Ausbruch des I. Weltkrieges war es in Westpreußen eine allgemeine Erscheinung, daß in sämtlichen Städten Juden der Stadtverordnetenversammlung und auch dem Magistrat angehörten[75]. In Danzig nahmen die Mitglieder des Vorstandes sowie der Repräsentanz der Synagogengemeinde an dem gemeindlichen Leben stärksten Anteil. Gustav Davidsohn gehörte vom 2. Januar 1877 bis zu seinem Tode 1903 der Danziger Stadtverordnetenversammlung an und machte sich vornehmlich auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt und der Erziehung verdient. Darüber hinaus war Davidsohn ein eifriger Kämpfer für den politischen Liberalismus; wir finden seinen Namen 1899 unter dem Aufruf der Liberalen Westpreußens für die Provinzialversammlung[76]). In jenen Jahrzehnten waren die Provinzen Ost- und Westpreußen, im Reich als Hochburg der Junker verschrien, in ihrer städtischen Bevölkerung liberal; die liberale Presse hatte weitreichenden Einfluß. Wichtige Stützen und Förderer der bürgerlichen Parteien waren überall jüdische Mitbürger, deren Einfluß in die Gemeinden ausstrahlte. Dies galt auch für Philipp Simson, Justizrat Steinhardt und Martin Kadisch, die Davidsohn in der Führung der Gemeinde folgten.

Justizrat Behrendt, der langjährige Vorsitzende der Repräsentanz, war wie Davidsohn ein angesehenes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Martin Kadisch, der von 1892—1916 dem Vorstand angehörte, von 1913—1916 erster Vorsitzender der Gemeinde, lange Jahre auch der Chewra war, wurde 1898 zum Abgeordneten für den Städtetag gewählt. Dr. Samter, von 1892—1898 Repräsentant, war einer der beliebtesten besoldeten Stadträte und genoß das Vertrauen aller Parteien. Sanitätsrat Semon, dessen Name in der Gemeinde durch die Semonsche Stiftung verewigt war, erhielt als Kreisarzt 1897 den Kronenorden III. Klasse; Prof. Wallenberg wurde von der Stadt 1905 zum Chefarzt des Städtischen Krankenhauses berufen.

Außerordentlich groß war der Anteil der Danziger Juden an der Wirtschaftsentwicklung der Stadt, insbesondere ihrem industriellen Aufstieg. Sie setzten die bedeutende Rolle fort, die sie bereits unter dem Oberbürgermeister v. Winter gespielt hatten; seine Nachfolger fanden für ihre großzügigen Pläne in Danzigs Juden treue Helfer und Mitarbeiter.

Als unter Oberbürgermeister v. Delbrück und seinem Stadtrat Dr. Ackermann bei der Niederlegung der Wälle auch der Abbruch halbverfallener Häuser zwischen dem Alt-

städter Graben und der Tischlergasse erfolgen sollte, geschah der Ankauf dieser Häuserblocks durch den jüdischen Bankier Berghold; seine Vermittlung war ebenfalls vonnöten, als auf Veranlassung des Kaisers an der Toten Weichsel die Ostdeutschen Stahlwerke, die Schrauben-, Muttern- und Nietenfabrik und andere Industriebetriebe errichtet werden sollten. Als später Oberbürgermeister Scholtz große Entwicklungspläne auf dem Gelände zwischen Danzig und Langfuhr zu verwirklichen begann, war Berghold sein Berater; als beim Bau des damals größten Schiffes, der „Columbus", zur Beseitigung von Hindernissen ein neuer gradliniger Weichseldurchstich von Weichselmünde zur See erwogen wurde, kaufte Berghold im Auftrag der Stadt das ganze Dorf Weichselmünde. Die Ausführung des Planes ist durch den unmittelbar vor Kriegsende 1918 erfolgten Tod des Oberbürgermeisters verhindert worden.

Zwar war Danzigs alte Industrie ausschließlich in christlichen Händen (Werften, Brauereien) oder in Staatsbesitz (Waggon- und Gewehrfabrik), doch blieb den Juden noch ein weites Betätigungsfeld. Ihre starke Beteiligung an der Bernsteinindustrie ist schon erwähnt worden. Hier sei hinzugefügt, daß durch die Monopolpolitik der von Kommerzienrat Becker[77] begründeten und vom preußischen Staat übernommenen Bernsteinwerke in Palmnicken der private Handel mit Rohbernstein ausgeschaltet und die privaten Verarbeitungsstätten in Danzig (Woythaler, Gompelsohn, Heymann) stark geschädigt wurden. — In der Tabakindustrie entwickelte sich die auf der Lastadie von Jakob Borg begründete Zigarettenfabrik aus kleinsten Anfängen zu einer der bedeutendsten Fabriken des Ostens. Die Zigarette „Borg 18" gewann große Verbreitung. Der Holz- und Getreidehandel blieb auch in diesen Jahrzehnten eine Domäne des jüdischen Handels. Zahlreiche jüdische Firmen beschäftigten in diesem so stark mit Russisch-Polen verbundenen Handelszweig ein Heer von Einkäufern, Kommissionären und Agenten, die, aus den östlichen Einkaufsländern eingewandert, meist auf Langgarten und in der Weidegasse wohnten und eine kleine, aber für die Danziger Wirtschaft sehr wichtige ostjüdische Kolonie bildeten.

Die Inhaber alter jüdischer Holzfirmen (Münsterberg, Köhne, Italiener, Adolf Mendel, Moritz Sachsenhaus, Julius Levy) waren in den jüdischen Verwaltungskörperschaften oder den Vorständen der Organisationen führend tätig. Köhne gehörte dem 1883 gebildeten ersten Gemeindevorstand als Kassenvorsteher an. Julius Levy wurde 1900 erster Präsident der Borussia-Loge. Adolf Mendel war viele Jahre Mitglied des Vorstandes der Gemeinde und des Central-Vereins. Der Name Italiener findet sich bereits in der Einbürgerungsliste von 1814; ein Mitglied der Familie wurde im Kriege 1870/71 tödlich verwundet.

Ein ähnliches Bild zeigt der Getreidehandel. Die Firma Simon Anker war eine der bedeutendsten Getreidefirmen des deutschen Ostens; ihre Inhaber, „der alte Anker" und seine vier Söhne (Arthur, Leo, Heinrich und Paul), waren in den Vorständen der Börse, der Kaufmannschaft und der Handelskammer wie auch in der Gemeindeverwaltung und ihren Institutionen wohl vertreten. Simon Anker war 1907—1913 Repräsentant, 1913—1928 Vorstandsmitglied und Verwalter des Grundbesitzes der Gemeinde.

Der Getreidehändler Philipp Simson, der Vater des Danziger Historikers Paul Simson, gehörte dem 1883 gebildeten Vorstand der vereinigten Gemeinden an und wurde nach dem Tode Gustav Davidsohns erster Vorsitzender. Über die Gemeinde hinaus wirkte er als Vorsitzender des Verbandes der Synagogengemeinden Westpreußens, als Ausschußmitglied

des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes und des Verbandes der deutschen Juden, in den er wenige Wochen nach dessen Gründung am 29. Mai 1904 gewählt worden war. Philipp Simson starb am 21. Februar 1907 im 72. Lebensjahr unmittelbar vor der Delegiertentagung des Central-Vereins, die er als Vorsitzender der Danziger Ortsgruppe besuchen sollte.

Louis Maschler, Inhaber der Getreidefirmen Gebr. Maschler, zählte zu den ersten Brüdern der Borussia-Loge; er war 20 Jahre (1916—1935) Mitglied des Gemeindevorstandes. Ein Mann religiös-liberaler Gesinnung und dennoch tief in jüdischer Tradition wurzelnd, war er in Fragen des Kults eine Stütze des liberalen Rabbiners; aber jeder extremen Reform abhold, war er trotzdem ein verständnisvoller Vertreter der Interessen der Mattenbudener Orthodoxie.

Leiser Gieldzinski war einer der reichsten Getreidehändler Danzigs; sein Name ist untrennbar mit der von ihm der Gemeinde geschenkten Kunstsammlung verbunden, die der Hauptbestandteil des Jüdischen Museums in Danzig war. Gieldzinski gehörte 1886—1889 der Repräsentanz, von 1889—1910 dem Vorstand der Synagogengemeinde an. Von den vielen jüdischen Getreidekaufleuten seien noch erwähnt Albert Cohn, der dem Gemeindevorstand von 1906—1910 als Kassenvorsteher angehörte, M. Goldstein, Mitglied der Repräsentanz und Aufsichtsratsvorsitzender der Danziger Privat-Actienbank, sowie Daniel Davidsohn als Eigentümer der bedeutenden Dampfmühle Speiser & Co.

Im Bankwesen Danzigs war der Anteil der Juden verhältnismäßig gering. Keine Filiale der deutschen Großbanken unterstand jüdischer Leitung. Die Danziger Privat-Actienbank hatte während ihres fast 100jährigen Bestehens nur einen jüdischen Direktor, B. Willstätter. In jüdischer Hand waren die beiden Privatbanken Baum & Liepmann und Meyer & Gelhorn, dazu die Grundstücks- und Hypothekenbank Gebr. Berghold. Liepmann war von 1883—1898 Mitglied des Gemeindevorstandes, Konsul Albert Meyer war Repräsentant von 1895—1916. Willstätter war Repräsentant von 1910—1922; er hatte die Nachfolge von Bankier G. L. Fürst übernommen, der der Repräsentanz von 1898 bis 1910 angehörte.

Trotz voller Anteilnahme am Wirtschaftsleben war aber die Schicht wohlhabender Juden in Danzig recht gering. Die Danziger Gemeinde war nie eine reiche Gemeinde; die Mehrzahl ihrer Mitglieder fand im Einzelhandel, als Inhaber von Warenhäusern und Spezialgeschäften, ihren Lebensunterhalt.

Im Buchdruckereigewerbe und im Buchhandel waren die Juden in Danzig, anders als im Reich, nur schwach vertreten. Carl Bäcker war der jüdische Inhaber einer von seinem Vater, einem Lithographen, gegründeten Buchdruckerei in der Ankerschmiedegasse. Sie war keine spezielle hebräische Druckerei, aber in der Lage, die Danziger Gebetbücher zu drucken. In der Druckerei von Kahane in der Milchkannengasse, die mehr den jüdischen Organisationen für ihre Veröffentlichungen diente, wurde später das Gemeindeblatt gedruckt. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte Danzig eine hebräische Druckerei besessen, in der Werke Danziger Rabbiner entstanden waren. — Danzig hatte auch keine hebräische oder jüdische Buchhandlung; das Antiquariat M. Bruckstein & Sohn am Langermarkt vermittelte auch hebräische Gebetbücher und Ritualien.

Einzelne Juden hatten sich als selbständige Handwerker einen guten Ruf erworben. David Jonas, später 1. Gemeindevorsteher, gehörte zum Vorstand der Schneider-Innung; Glaser-

meister J. Friedberg, Vorsitzender des R. j. F., gehörte dem Vorstand des Jüdischen Handwerkerbundes in Deutschland an.

In den akademischen Berufen waren die Juden angemessen und nicht übermäßig stark vertreten. Die jüdischen Rechtsanwälte und Ärzte erwarben sich nicht nur Achtung und Ansehen bei ihren Danziger Mitbürgern, sondern stellten auch in ununterbrochener Folge bewährte Führer der Gemeinde. Ihre Namen erscheinen in den Listen der Vorstände und Repräsentanten.

Während die Danziger Juden zur Blüte der Wirtschaft durch ihre Tätigkeit in allen ihren Zweigen beitragen konnten, bot ihre Stellung im geistigen und kulturellen Leben Danzigs ein weniger befriedigendes Bild. — Die liberale Epoche, die in Danzig durch die Namen eines Rickert und Mommsen, eines Werner und Davidsohn gekennzeichnet war, ging zu Ende. Der Liberalismus verlor an Boden; Germanismus und Antisemitismus gewannen auch in den führenden Schichten Danzigs mehr und mehr Einfluß. Zwar bestand keine verfassungsmäßige Grundlage zur Ausschließung der Juden, doch wurde der Jude immer stärker aus dem öffentlichen Leben verdrängt; seine Gleichberechtigung bestand wohl de jure, aber nicht de facto. Bei den Juden führte die Einsicht, daß man 100 Jahre nach der Emanzipation immer neu um die Gleichberechtigung zu kämpfen habe, zur Erstarkung des jüdischen Bewußtseins und Bildung jüdischer Organisationen. Wenn in Danzig dieser Prozeß auch nur zögernd erfolgte, so nahmen die Aufgaben in diesen Organisationen, auch durch sie entstandene innerjüdische Kämpfe, die geistigen Interessen der Juden bald so stark in Anspruch, daß viele Danziger Juden auf ihre unerwünschte Mitarbeit im kulturellen Leben der Stadt verzichteten, sich jüdischen Aufgaben zuwandten und sich damit dem öffentlichen Leben entfremdeten.

Die am 6. August 1904 im Beisein des Kaisers eingeweihte Technische Hochschule hatte keinen jüdischen Professor. Die Hochschule sollte wie die Deutsche Akademie in Posen (wo die Juden 25 % des Lehrkörpers stellten) ein deutsches Kulturzentrum im Osten werden; sie blieb bis nach dem Kriege mit Ausnahme einiger „Getaufter" frei von Juden. Im öffentlichen Schulwesen Danzigs waren in den Jahren zwischen 1900 und 1914 drei jüdische Lehrkräfte tätig; an der Oberrealschule St. Petri der Historiker Dr. Paul Simson (dessen Stelle 1917 nach seinem Tode nicht wieder von einem Juden besetzt wurde), an der Viktoria-Schule Dr. Romana Haberfeld und an der Bezirksknabenschule Petrikirchhof der Volksschullehrer Benjamin Schreiber. Von diesen drei Lehrerstellen war nur die letzte eine etatsmäßige jüdische Lehrerstelle, die bei Auflösung der privaten jüdischen Volksschule und Umwandlung der Danziger Volksschulen in Simultanschulen geschaffen worden war. Daher wurde nach Schreibers Pensionierung am 1. Januar 1913 wieder ein jüdischer Lehrer, der Verfasser, an seine Stelle berufen. Die drei Lehrerstellen waren nicht mit der Erteilung von Religionsunterricht verbunden; dieser wurde von dem Rabbiner und den von der Gemeinde angestellten Lehrkräften gegeben. — An den Mittelschulen war keine jüdische Lehrkraft tätig; an der privaten Höheren Töchterschule wirkte die jüdische Lehrerin Sophie Berg, die in den unteren Klassen dieser Schule auch jüdischen Religionsunterricht erteilte.

M. Friedländer war von der Gemeinde als Religionslehrer und Leiter des Synagogenchors berufen worden. Er gründete und leitete eine private Knaben-Vorschule, blieb aber

Religionslehrer im Nebenamt. Nebenamtlich wurde auch der Verfasser von der Gemeinde als Religionslehrer beschäftigt.

Von sämtlichen jüdischen Lehrkräften darf gesagt werden, daß sie sich wissenschaftlich wie pädagogisch allgemeiner Achtung erfreuten, daß sie nicht nur ihre Dienstpflichten treu erfüllten, sondern auch in wissenschaftlichen Vereinen und Organisationen mitarbeiteten und sich dadurch Anerkennung und Freunde erwarben. Paul Simson wurde der große Historiker Danzigs, Romana Haberfeld war eine gründliche Kennerin der französischen wie der deutschen Literatur. M. Friedländer besaß das volle Vertrauen der Schulbehörden und die Wertschätzung der Eltern der meist nicht-jüdischen Kinder seiner Vorschule. Benjamin Schreiber und Sophie Berg haben Generationen unterrichtet und wurden in der Gemeinde populäre Persönlichkeiten. Der Verfasser, der 1913—1939 als Schreibers Nachfolger amtierte, wurde 1934 von dem Senat mit dem Aufbau und der Leitung der jüdischen Volksschule beauftragt.

Bereits in der Epoche Werners konnten wir von den Verdiensten sprechen, die sich Danziger Juden bei der Erforschung der Geschichte ihrer Heimat erworben haben. Simsons Schaffen gehört dieser späteren Zeit an, für die hier noch der Geheime Archivrat Adolf Warschauer vom Westpreußischen Staatsarchiv erwähnt sei.

Adolf Warschauer (am 13. 10. 1855 in Kempen geboren) hatte sich als Direktor des Posener Staatsarchivs, auch als Vorstandsmitglied bei der Gründung des „Gesamtarchivs der deutschen Juden" bei Juden und Nichtjuden einen großen Namen geschaffen. Am 1. Oktober 1912 wurde er als Direktor des Westpreußischen Staatsarchivs nach Danzig berufen, wo er rasch mit seinen Mitarbeitern im Archiv und den führenden Männern des wissenschaftlichen Lebens in ein freundschaftliches Verhältnis trat. Am wissenschaftlichen Vereinsleben der Stadt nahm er stärksten Anteil; er sprach im Westpreußischen Geschichtsverein, im Verein zur Erhaltung der Danziger Bau- und Kunstdenkmäler und auch im Jüdischen Literaturverein (u. a. über „Die mittelalterlichen Wanderungen der deutschen Juden nach dem Osten", „Friedrich der Große und die Juden im Netzedistrikt"). Warschauer plante für Danzig, das er wie eine zweite Heimat liebte, die Gründung einer allen Vereinen übergeordneten „Deutschen Gesellschaft"; die Organisation stand auf der Tagesordnung des vor Kriegsausbruch 1914 geplanten Provinzial-Städtetages. Während des I. Weltkrieges übernahm er die Verwaltung der Archive im besetzten Polen, wobei er sich sowohl das Vertrauen der deutschen Behörden als auch die Achtung der polnischen Archivbeamten erwarb. — Nach dem Kriege kam Warschauer nach Danzig zurück, ging aber nach einigen Jahren nach Berlin, wo er im Dezember 1930 starb.

Warschauer war ein Musterbeispiel dafür, wie ein deutscher Jude bei voller Wahrung seiner Verbindung mit der deutschen Kultur zur Überbrückung des deutsch-polnischen Gegensatzes beitrug und die Achtung beider Seiten erworben hat. Adolf Warschauer und Paul Simson haben durch ihre Forschungen und Leistungen das wissenschaftliche Leben bereichert und auch das wissenschaftliche Vereinsleben der Stadt durch aktive Mitarbeit aufs stärkste gefördert. Für die gebildeten jüdischen Mitbürger war es edle Pflicht, diese Vereine durch ihre Mitgliedschaft, wo möglich auch durch geistige Mitarbeit, zu stärken.

Hier sei noch zweier Danziger Söhne gedacht, die außerhalb Danzigs und der Heimatprovinz ihre Arbeitsstätte gefunden haben, der Brüder Robert und Georg Davidsohn. Robert Davidsohn wurde Herausgeber und Mitbesitzer des „Berliner Börsencouriers", Georg Davidsohn nach seiner Übersiedlung nach Italien der Historiker der Stadt Florenz.

Ein weiterer Historiker, den wir als Danziger Kind bezeichnen können, war Ferdinand Hirsch, ein Sohn von Theodor Hirsch. Er wurde am 22. April 1843 in Danzig geboren und war von 1867—1905 als Oberlehrer in Berlin tätig. Während sein Vater als Professor der Geschichte in Greifswald sich vornehmlich auf heimatliche Geschichte beschränkte, veröffentlichte Theodor Hirsch „Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg", „Der Winterfeldzug in Preußen 1678—1679" und war seit 1873 Herausgeber der „Mitteilungen aus der historischen Literatur".

Vor dem I. Weltkrieg waren die Danziger Juden mit dem Stadttheater und Konzerten nicht weniger verbunden als ihre christlichen Mitbürger; wie in anderen deutschen Städten besuchten die Juden in Danzig Konzerte und Theater sogar in besonders hohem Grade[78]. Einige Danziger können sich noch des jüdischen Dirigenten Helmar Meyrowitz und des Schauspielers Tänzler am Stadttheater erinnern, die sich bei den Besuchern großer Beliebtheit erfreuten. Die Danziger Jüdin Jeanette Auerbach-Fak war eine der bedeutendsten Bachspielerinnen und weit über Danzigs Grenzen hinaus gefeiert. In jüdischen Kreisen wurde die Hausmusik sehr gepflegt, dazu auf musikalische Ausbildung der Kinder Wert gelegt; Danzig hatte eine ganze Anzahl jüdischer Musik- und Gesanglehrerinnen (Eisen, Rothenstein, Jelski, Levi, Jewelowski).

Einen besonderen Platz erwarb sich im Danziger Musikleben Henry Prins, der in Holland geboren, nach Studium in Amsterdam, Köln und Brüssel 1909 an das Westpreußische Konservatorium kam. Er wurde 1913 Dirigent des Danziger Orchestervereins und 1920 Leiter der Philharmonischen Gesellschaft; ein Jahrzehnt stand er im Mittelpunkt des Danziger Musiklebens[79]. Die Philharmonische Gesellschaft, die auch auswärtige Künstler nach Danzig kommen ließ, zählte viele Danziger Juden zu ihren Mitgliedern und Förderern.

Mit Malerei und den bildenden Künsten beschäftigten sich in Danzig, um nur einige jüdische Namen zu nennen, Heinz Gordon, Fedja Löwenstein, Levy und Margot Berg. Für das geistige und gesellschaftliche Leben in Danzig waren die Freimaurer-Logen von erheblicher Bedeutung. Von den in Danzig bestehenden drei Logen nahmen die Loge „Eugenia" und die Loge „Einigkeit" keine Juden auf; Juden fanden Eingang nur in die zur Großloge in Hamburg gehörende Loge „Die Kette an der Weichsel", in der sie ungefähr die Hälfte der Zahl aller Brüder stellten. Von jüdischen Mitgliedern seien genannt Bankier Dr. Ruhm-Neuteich, die Justizräte Lewinski und Zander, Apotheker Fleischer, die Zahnärzte Dr. Sebba, Dr. Landecker und Dr. Kaiser (ein Neffe des Geheimrats Warschauer), Oberkantor Meisel und George Götz. Leiter der Loge war lange Zeit Sanitätsrat Dr. Abraham-Langfuhr. Die Loge löste sich 1932 wegen finanzieller Schwierigkeiten auf (wohl infolge fortschreitender Entfremdung zwischen Juden und Nichtjuden).

Danzig hatte eine Odd-Fellow-Loge, die Loge „Gedania", in der Juden und Christen in Freundschaft und Liebe harmonisch zusammenarbeiteten. Die 1902 von den Danziger Kaufleuten Emil Grundmann, Karl Steinbrück, Adolf Zutraun und Simon Anker gegründete Loge fand zunächst in liberalen Kaufmannskreisen großen Anklang; nachdem sich unter ihrem Meister Dr. Schieler die christlichen Brüder zurückgezogen hatten, besaß sie seit 1910 fast nur noch jüdische Mitglieder. Der Weltkrieg brachte die Arbeit der Loge zu völligem Stillstand; ihre Führer, darunter Georg Berghold und Simon Anker, zogen

sich enttäuscht zurück. Einige der jüdischen Brüder fanden in der Borussia-Loge ein neues Arbeitsfeld; der einstige Meister der Gedania-Loge wurde in der Inflationszeit Präsident der Borussia-Loge.

Zwar wurde bald nach dem Kriege die Gedania-Loge durch die aus dem Korridorgebiet zugezogenen Gebrüder Lissner wieder ins Leben gerufen und durch den Ordensmeister Dr. Weiss installiert, doch wurde die Neugründung trotz anfänglicher Erfolge bald ein Opfer der Inflation. Das Schicksal der beiden paritätischen Logen zeigt, daß in Danzig bereits vor dem Nationalsozialismus, vor wie nach dem Kriege, Bestrebungen zur Überbrückung religiöser und gesellschaftlicher Vorurteile vergebens waren.

Es lag im Geist der Zeit, daß sich die Juden immer stärker in den eigenen Reihen organisierten. Im Gegensatz zu den paritätischen Logen blühte und erstarkte die im Oktober 1900 als 491. Loge des Ordens „Bne Brith" in Danzig gegründete, rein jüdische Loge „Borussia", die mit ihren Vorträgen und künstlerischen Veranstaltungen, mit ihren sozialen Einrichtungen einen bedeutenden Platz im jüdischen Gemeindeleben einnahm, obwohl bei ihrer Gründung eine kleine führende Schicht der Danziger Juden dieser rein jüdischen Loge aus demokratischen Gründen nicht beigetreten war.

Während die Borussia-Loge sowie der „Verein für jüdische Geschichte und Literatur" alle Kreise der Gemeinde auf politisch und religiös neutralem Boden vereinigten, gaben die Danziger Ortsgruppen des Central-Vereins und der „Vereinigung für das liberale Judentum" der Gemeinde ihren politisch deutschen und religiös fortschrittlichen Charakter.

Die Danziger Ortsgruppe des Central-Vereins wurde am 18. Januar 1903 gegründet. Ein Komitee, bestehend aus Rechtsanwalt Johannes Behrendt-Danzig, Stadtrat Löwenstein-Elbing und Fabrikbesitzer Arie Goldfarb-Preußisch Stargard, hatte die Gründungsversammlung einberufen; der Saal im Hotel „Danziger Hof" war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Vorsitzende des Central-Vereins, M. Horwitz, sprach über „Zehn Jahre Vereinsarbeit"; die Führer der Gemeinde, Gustav Davidsohn, Philipp Simson, Johannes Behrendt und Rabbiner Freudenthal, traten für die Gründung einer Ortsgruppe ein, die zur Bezirksgruppe für die Provinz Westpreußen ausgestaltet werden sollte. Über 100 Mitglieder wurden sofort gewonnen[80]. Den Vorsitz der Ortsgruppe übernahm sehr bald Dr. Hermann Brodnitz, welcher der Ortsgruppe bis zu ihrer Auflösung seine Lebensarbeit widmete[81].

Die Vereinigung für das liberale Judentum entstand in Danzig am 30. März 1909 als Ortsgruppe der von den Rabbinern Hermann Vogelstein und Max Freudenthal und dem Richter Bernhard Breslauer gegründeten Bewegung. In der Gründungsversammlung sprach der mit Danzig verwandtschaftlich verbundene Privatdozent Dr. Julius Goldstein über die Gefahren, die dem religiösen Liberalismus drohten; als zweiter Redner behandelte der junge Danziger Rabbiner Kälter die positiven Aufgaben der Bewegung, welche an die Stelle von Indifferentismus und Verständnislosigkeit die Verinnerlichung und Vergeistigung des Judentums setzen wollte. Die Vereinigung, der sofort etwa 100 Mitglieder beitraten, verschaffte der Danziger Gemeinde Sitz und Stimme im Rat der großen jüdischen Organisation.

Die Politik des Central-Vereins und der liberalen Vereinigung wurden für die Haltung der Danziger Gemeinde bestimmend. Von Freudenthal hatte die Gemeinde den Geist des

entschieden religiösen Liberalismus übernommen, von Werner, der religiös mehr der konservativen Seite zugeneigt gewesen war, die entschiedene Ablehnung des jüdischen Nationalismus; gehörte doch Werner später als Oberrabbiner von München zu den fünf Protestrabbinern, die in einer öffentlichen Erklärung die zionistische Bewegung ablehnten.
Die Danziger Gemeinde hatte damals den Verlust wertvollster Führer zu beklagen. Im Jahre 1903 war Gustav Davidsohn, der Gründer der Gemeinde und des Provinzialverbandes, gestorben; im Februar 1907 folgte ihm Philipp Simson und im Jahre 1910 auch Johannes Behrendt. Die Führung der Gemeinde übernahmen Martin Kadisch, Dr. Brodnitz und die Justizräte Steinhardt, Fabian, Zander und Flater.
Rabbiner Freudenthal, der Begründer des Central-Vereins und Förderer der Borussia-Loge, ging 1907 nach Nürnberg; an seine Stelle trat 1908 Dr. Robert Kälter, der religiös liberal war und politisch die Richtung des Central-Vereins vertrat[82]. Er unterschrieb 1912 die von Freudenthal ausgearbeiteten Richtlinien für das liberale Judentum, deren Veröffentlichung zu bitteren Angriffen der Orthodoxie und heftigen innerjüdischen Kämpfen führte. Die Danziger Gemeinde folgte ihrem religiösen Führer vorbehaltlos; Vorstand und Repräsentanz waren einmütig liberal.
Weder die Orthodoxie noch die junge zionistische Bewegung waren in der Lage, den religiös-liberalen und deutschnationalen Charakter der Danziger Gemeinde zu ändern. Die Orthodoxie war ohne Führung und Organisation; die orthodox eingestellten Mitglieder der Gemeinde waren mit den ihnen gewährten und garantierten Institutionen (Chewra, Mikwa, Schechita, Gottesdienst in der Mattenbudener Synagoge) zufrieden, und die unter einigen begeisterten und zielbewußten jungen akademischen Führern wie Dr. Landau, Dr. Lewy, Dr. Eisenstadt, Dr. Guter sich bildende Ortsgruppe der zionistischen Organisation war noch zu jung, um in der Gemeindeverwaltung Einfluß zu erlangen. So blieb die Danziger Gemeinde liberal[83] und ziemlich verschont sowohl von den religiösen Kämpfen, die zur völligen Abtrennung der Orthodoxie zu führen drohten, als auch von den innerpolitischen Auseinandersetzungen, die so ausarteten, daß die großen jüdischen Organisationen gegen die von den Zionisten gegen sie geführten Propagandakämpfe in öffentlicher Erklärung Protest einlegten[84].
Danzig hatte keine Trennungsgemeinde, auch keine parteipolitisch ausgerichtete Jugendorganisation. Der „Jugendverein Gabriel Riesser" und der Mädchenklub, die von der Gemeinde und der Loge gefördert wurden, waren neutral und eher Einrichtungen der Jugendpflege. Es war aber ein Zeichen der Zeit, daß diese neutralen Organisationen an Anziehungskraft verloren und von der Jugend vernachlässigt wurden, während es der jungen, aber rührigen und begeisterungsfähigen zionistischen Ortsgruppe gelang, 1913 einen Teil der Jugend im Jüdischen Turnverein zusammenzuschließen. Der Verein konnte zunächst auf Grund der Statuten des Baltischen Sportverbandes diesem nicht als selbständiger jüdischer Verein angehören und schloß sich dem „Ballspiel- und Eislaufverein" als Unterorganisation an.
Dieser Turnverein „Bar Kochba" war die erste zionistische Jugendorganisation in Danzig; sie wollte ihre Mitglieder körperlich ertüchtigen und geistig im Sinne der Makkabi-Weltbewegung erziehen. Am 5. April 1914 konnte der Verein zum ersten Male in Bar-Kochba-Kleidung mit dem Mogen Dovid in der Öffentlichkeit auftreten; seine gesamte Mannschaft (Dr. Lewy, die Brüder Wolff, Dr. Guter, Jastrower und Rau) kamen bei dem ersten

Danziger Geländelauf in vorgeschriebener Zeit durchs Ziel. Der Weltkrieg, in dem sich der Jugendverein Gabriel Riesser auflöste, brachte die Arbeit des Turnvereins ins Stocken, aber nach dem Kriege wurde er durch den Zuzug ausgezeichneter Turner aus dem Osten einer der besten Vereine des Makkabi-Weltverbandes. — Die Gemeindeverwaltung und die nicht-zionistische Mehrheit der Gemeinde glaubten damals, die Bildung dieses Turnverbandes ablehnen zu müssen; heute muß gesagt werden, daß in den Nachkriegsjahren, und vor allem in den Jahren der Ausschaltung der jüdischen Jugend in Danzig, der Verein nicht nur die einzige Möglichkeit zu körperlicher Ertüchtigung gab, sondern gleichzeitig eine gesunde, frohe und jüdisch bewußte Jugend erzog, die im Aufbau des Landes Israel als Kämpfer und Arbeiter wertvolle Dienste geleistet hat.

Im Jahre 1913 konnte die Gemeinde das 25jährige Bestehen der Großen Synagoge feiern.

Anläßlich dieses Jubiläums brachte die AZJ Nr. 48 vom 28. November 1913 folgende Beschreibung des Prachtbaus der Synagoge (aus der Feder von William Bendt):

„... Weithin über den Stadtwall sichtbar, erhebt sich an der Reitbahn die edel geformte, 60 m hohe, von vier Giebeln eingefaßte Kuppel — über der reich gegliederten Fassade mit der schönen Fensterrosette. Zwei Türme, gleich der Kuppel von Aufsätzen gekrönt, wie sie den Alt-Danziger Bauten eigentümlich sind, flankieren die Vorhalle und sind durch überbrückte Bögen mit der Hauptkuppel verbunden. Ebenso zeigt die prachtvolle Vorhalle mit ihren vier Säulen den Charakter der Danziger Renaissancebauten.

Diese Vorhalle dient als Wochentagssynagoge. Von dem 10 m tiefen quadratischen Raum unter der Kuppel, der sich als Vorhof betrachten läßt, öffnet sich die Perspektive auf das imposante Innere des Tempels, das aus einer überwölbten Halle mit vorgelegten Nebenschiffen besteht, deren Gewölbe, Rund- und Korbbögen auf schlanken Granitsäulen, ähnlich denen der Marienburg ruhen, was dieser Halle eine unvergleichliche, aufstrebende Leichtigkeit und Anmut verleiht und sie höher und größer erscheinen läßt als sie in Wirklichkeit ist. Nach Osten schließt sich die halbkreisförmige Bimah mit dem Allerheiligsten an. Den Hintergrund darüber füllt der mächtige Orgelchor mit einem Prachtwerk von Terletzki. Über dem Vorraum erhebt sich, hoch ansteigend, der Frauenchor, der sich in Galerien zu beiden Seiten der Halle fortsetzt. Reiche, zum Teil vergoldete Holzschnitzereien und Ornamentierung im Stil unserer baltischen Renaissance schmücken das Allerheiligste, in dem naturgemäß die Wirkung des inneren Ensembles gipfelt.

In dem mit rotem Tuch ausgeschlagenen, von einem reichbestickten Vorhang verhüllten Tabernakel aus edlem Holz sind die mit wahrhaft gleißender Pracht ausgestatteten Torarollen der Gemeinde aufgestellt. Uralte Decken, wie sie einst als Vorhänge in den alten Synagogen gedient, füllen neben den von den Frauen der Gemeinde gestifteten die Felder zwischen dem Schnitzwerk der Bimah, die an den Aufgängen von zwei mächtigen vergoldeten Säulen mit Kandelabern flankiert wird. Kronen und Leuchter sind in edelster Form dem Charakter der Synagoge entsprechend angefertigt.

Wände und Gewölbe des Tempels sind mit Sgrafittomalerei geschmückt. Überaus reich wirken die Fenster, die inmitten eines Architekturaufbaus in strahlenden Farben symbolische Darstellungen und Teppichmuster tragen. Alttestamentarische Sprüche füllen die unteren Bogenfriese. — Bemerkenswert sind die Inschriften in hebräischer und deutscher Sprache über den Eingängen: „Heilig dem Ewigen." — „Sind wir nicht alle Kinder eines Vaters?" — „Hat nicht ein Gott uns alle erschaffen?" — „Gesegnet sei, der da kommt!"

Im Jahre 1911 hatte die Gemeinde eine neue Leichenhalle erhalten. Es war ein nach dem Entwurf des Zoppoter Architekten Bielefeld aus Holz errichteter Kuppelbau mit vornehmer Fassade und würdiger Innenausstattung, den ein Laubengang mit dem Häuschen des Friedhofverwalters ver-

band. Darin hat bis zur zwangsweisen Schließung des Friedhofs nur ein Verwalter gewohnt. Zur Zeit noch lebende Besucher des Friedhofs werden sich noch des alten Grätz erinnern, der sich liebevoll der Pflege des Friedhofs und der Gräber widmete.

Die Gemeinde war 1913 noch im Aufbau. Die Gemeindeverwaltung beschloß, auf festliche Veranstaltungen anläßlich des Synagogenjubiläums zu verzichten und stattdessen die Besoldung der Beamten zu verbessern und die ältesten Angestellten, die gleichzeitig ihr 25jähriges Dienstjubiläum begingen, zu ehren.

Auf dem Gebiet des Religionsunterrichts setzte Kälter das Werk seines Vorgängers in dessen liberalem Geiste fort. Der Religionsunterricht wurde an höheren Schulen zugleich mit dem evangelischen und katholischen Unterricht erteilt, die Zensuren in das Zeugnis aufgenommen. Der Rabbiner nahm an den Zensurenkonferenzen und Abschlußprüfungen teil. Der Religionsunterricht wurde aus der Hilfsschule in der Heilige-Geist-Gasse in die Rechtstädtische Mittelschule verlegt, wo er ein würdigeres Heim fand. Der Kinderhort der Borussia-Loge (in der Schule An der Großen Mühle) wurde von der Tochter des Lehrers B. Schreiber, Fräulein Edith Schreiber, betreut, die diese Aufgabe bis zur Auflösung des Hortes im Jahre 1939 erfüllte. Der von Freudenthal eingeführte Jugendgottesdienst wurde beibehalten. Mit besonderer Liebe widmete sich Kälter dem Konfirmandenunterricht der Mädchen, um ihnen die weisen Lehren des Judentums zu erschließen.

Da Rabbiner Kälter die Herausgabe von Schulberichten nicht fortgesetzt hat, fehlen schulamtliche Zahlen für jene Jahre. Die Schülerzahl der Religionsschule blieb unter 170[85], die Zahl jüdischer Kinder in sämtlichen Danziger Volksschulen betrug nicht mehr als ein Dutzend. Da sich die Gesamtzahl der Juden in Danzig kaum änderte, erfuhren auch die Schülerzahlen keine wesentlichen Veränderungen. Jedoch verschob sich das Verhältnis von Volksschülern und höheren Schülern immer mehr zu Gunsten der höheren Schulen, da die Danziger Juden an dem Wirtschaftsaufschwung vollen Anteil nahmen.

Als Religionslehrer wirkten vor 1914 neben Rabbiner Dr. Kälter die im Gemeindedienst stehenden Kantoren Jakob Meisel und Selmar Rosenberg sowie die Lehrer Benjamin Schreiber, Moritz Friedländer und Sophie Berg.

Meisel kam von dem Berliner Seminar nach Danzig und übernahm als Oberkantor und Religionslehrer die Stelle von Alfred Jakoby, der dieses Amt von 1903—1906 als Nachfolger von Ludwig Kalischer innegehabt hatte. Meisel amtierte bis 1939 und wurde mit seiner Frau ein Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung.

Moritz Friedländer kam ebenfalls vom Berliner Seminar. Er wurde 1901 als Lehrer und Chordirigent nach Danzig berufen und erteilte 20 Jahre an der Religionsschule und an höheren Schulen Religionsunterricht. Er gründete 1907 eine Vorschule für höhere Lehranstalten (in sechs Klassen etwa 250 fast nur christliche Schüler), die sich bei Eltern und Behörden größter Wertschätzung erfreute. Nach 1920 wurde bei Auflösung der Privatschulen Friedländer als Mittelschullehrer in den städtischen Schuldienst übernommen. Auch er wurde mit seiner Frau ein Opfer der Verfolgung.

Benjamin Schreiber hatte eine fast 40jährige Amtstätigkeit hinter sich, als Kälter nach Danzig kam. Er war einer der ersten Abiturienten des Berliner Lehrerseminars und kam 15 Jahre vor dem Zusammenschluß der Gemeinden an die jüdische Freischule, die in Danzig von einem privaten Schulverein unterhalten wurde. Bei Auflösung der Freischule wurde Schreiber in den städtischen Schuldienst übernommen und blieb bis zu seiner Pensionierung 1913 im Nebenamt Religionslehrer der Gemeinde.

Sophie Berg war geborene Danzigerin, hatte an dem Scherlerschen Lehrerseminar ihre Ausbildung erhalten, war Lehrerin an der Scherlerschen Schule und erteilte an dieser wie in der Religionsschule jüdischen Religionsunterricht.
Selmar Rosenberg, der ebenfalls vom Berliner Seminar kam, war als einziger von Kälter berufen worden. Seine Lehrtätigkeit in Danzig (1912—1920) blieb fast ausschließlich auf die Kriegsjahre beschränkt.

Genannt seien auch die Gemeindebeamten, die ohne Lehramt als Kantoren und Schächter sowie als Verwaltungsbeamte in Danzig tätig gewesen sind.

Jakob Rosenbaum, ein gebürtiger Danziger, war 2. Kantor und Schächter von 1883—1912; Isaak Jelski war 2. Kantor und Schächter von 1883—1903. Beide wurden von der Einheitsgemeinde bei ihrer Gründung übernommen. Ein Sohn Jelskis war der bekannte Kinderarzt; ein zweiter Sohn wurde Rabbiner. Eine Tochter ist vielen Danzigern als Pianistin in guter Erinnerung.
Leopold Schuftan diente der Gemeinde als 2. Kantor, Mohel und Schächter seit 1903; er wurde 1939 in Danzig ermordet.
Von den Verwaltungsbeamten seien der Rendant Adolf Levy und die Sekretärin Ella Rosenthal genannt. Sie haben beide der Gemeinde ein Menschenleben lang (L. 1900—1934; R. 1901—1939) gedient. Ella Rosenthal teilte das tragische Geschick derer, die auf ihrem Platz ausharrten, bis es kein Entrinnen mehr gab. Sie endete im Warschauer Ghetto.

Im Jahre 1913 entstand in dem benachbarten Zoppot eine jüdische Gemeinde. Zoppot, das von einem unbedeutenden Fischerdorf zu einer ansehnlichen Stadt mit 16 000 Einwohnern herangewachsen war, zählte nur eine Handvoll Juden, aber zahlreiche jüdische Badegäste. Die Zoppoter, die zur Kreis-Synagogengemeinde Neustadt gehörten, wünschten eine eigene Gemeinde; die Badegäste vermißten eine Synagoge. Nach langen Verhandlungen, bei denen die Zoppoter von dem Neustädter Landrat Graf Baudissin sehr unterstützt wurden, erteilte der Regierungspräsident im September 1912 die Genehmigung zur Loslösung von der Gemeinde Neustadt und Bildung einer eigenen Gemeinde. Nach Durchführung der Wahlen für Vorstand und Repräsentanz wurde das Statut der neuen Gemeinde Zoppot im Juli 1913 durch den Oberpräsidenten bestätigt. Die junge Gemeinde erwarb von der Stadt Zoppot für 10 000 M das Gelände für einen Friedhof. Der Danziger Kaufmann Caspar Silberstein spendete 50 000 M für den Bau der Synagoge unter der Bedingung, daß die Gemeinde für 22 000 M den hierfür bestimmten Platz von dem Mühlenbesitzer Gustav Bahr erwarb. Am 26. Mai 1914 konnte die neue Synagoge in der Roonstraße feierlich eingeweiht werden.

Anwesend war der Landrat Graf Baudissin, Oberregierungsrat Dr. Kamecke (Danzig), Oberpräsidialrat v. Libermann, Bürgermeister Woldmann, die Pfarrer Bowien und Weiß, Zoppoter Stadträte und Stadtverordnete, Vertreter der Neustädter Gemeinde und zahlreiche Danziger Freunde. ORR. Dr. Kamecke überreichte dem Stifter der Synagoge den Kronenorden IV. Klasse; Dr. Kälter sprach als amtierender Rabbiner, und Chordirigent Friedländer leitete den bei der Feier mitwirkenden Danziger Synagogenchor. Sologesänge von Frau Wallenberg (Danzig) verschönten die Feier. Unser Danziger Rabbiner beendete den Weiheakt mit einer Predigt, die mit einem Gebet für Kaiser und Reich abschloß.

Der Westpreußische Synagogenverband, dessen Gemeinden in stetem Rückgang begriffen waren, gewann mit Zoppot ein neues Mitglied. Als der Versailler Vertrag den Synagogenverband zerschlug, blieb Zoppot im Gebiet der Freien Stadt Danzig und nahm an dem Aufstieg ihrer Gemeinden, aber auch an ihrem Sturz teil.

Ein Rückblick auf die Geschicke der Danziger Gemeinde bis zum Ausbruch des I. Weltkrieges gibt folgendes Bild:

Die Danziger Gemeinde hatte mit der Entwicklung der Stadt zur Provinzialhauptstadt und bedeutenden Handelsstadt Schritt gehalten. Sie hatte hervorragende Rabbiner und zielbewußte Führer, die ihr Sitz und Stimme in den großen jüdischen Organisationen verschafften. Sie war die führende Gemeinde der Provinz Westpreußen. Sie besaß eine herrliche Synagoge mit liberalem Gottesdienst und eigenem Danziger Gebetbuch, eine wertvolle jüdische Kunstsammlung und eine namhafte Gemeindebibliothek. Der Religionsunterricht war wohlorganisiert, der Lehr- und Beamtenkörper ausreichend, die Gehälter befriedigend und die Versorgung der Beamten durch Schaffung eines besonderen Unterstützungsfonds gesichert. Der Gemeindeetat (der von 1900—1914 von 65 000 auf 103 000 M gestiegen war) war ausgeglichen, und der Steuersatz, der sich zwischen 15 und 20 % der Einkommensteuer bewegte, war ausreichend, um die Aufgaben der Gemeinde erfüllen zu können. Daneben erfüllten die Chevra Kaddischa und zahlreiche Unterstützungsvereine ihre sozialen Aufgaben. Die Borussia-Loge diente der Wohlfahrt der Gemeinde durch ihren Kinderhort und das Erholungsheim in Zoppot sowie durch ihre Krankenschwesterorganisation und Pflege der schulentlassenen Jugend. Am wirtschaftlichen Aufstieg der Stadt und an ihrem geistig-kulturellen Leben hatten Danzigs Juden ihren vollen Anteil, und hervorragende Söhne der Gemeinde gereichten ihrer Heimat zur Ehre.

In diesem Bilde fehlen aber auch nicht die unbefriedigenden Züge. Wie andere Städte, insbesondere Königsberg und Stettin, Danzig wirtschaftlich überflügelt hatten, so wurde auch die Danziger Synagogengemeinde von den Gemeinden Königsbergs und Stettins überholt. Im 19. Jahrhundert verlor die Danziger Gemeinde durch die Abwanderung, namentlich der akademischen Jugend, wertvolle Kräfte, die anderswo ihren Wirkungskreis fanden. Um in größeren Gemeinden größeren Zielen zu dienen, verließen die Rabbiner Stein, Werner, Gronemann, Blumenthal und Freudenthal die Danziger Gemeinde, während zum Beispiel in Königsberg die Rabbiner der Gemeinde ihr Leben lang dienten.

In Danzig hatte bereits Rabbiner Freudenthal die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsorganisationen angeregt, doch dieser weitsichtige Gedanke wurde erst unter völlig neuen Verhältnissen durch die Gründung der Zentralwohlfahrtsstelle verwirklicht. Das Lachmann'sche Waisenhaus in Graudenz war zwar in ein Provinzialwaisenhaus für Westpreußen umgewandelt worden; da die Stiftung aber ihren Sitz in Graudenz behielt, beschränkte sich der Einfluß Danzigs auf finanzielle Förderung der Anstalt. Danzig hatte wie Königsberg auch ein Altersheim, doch war das Heim die private Stiftung einer Familie Aschenheim, die in den Gründungsstatuten die Beteiligung der Gemeinde ausgeschlossen hatte. — Eine Krankenhaus-Stiftung, die der Gemeinde angeboten worden war, hatte abgelehnt werden müssen, da der Betrieb eines eigenen Krankenhauses eine zu hohe finanzielle Belastung mit sich gebracht hätte.

Danzig hatte in dem Städtischen Krankenhaus eine allen Danzigern gleichmäßig zugängliche Einrichtung; überdies war ihr Leiter, Professor Adolf Wallenberg, einer der großen Söhne der Gemeinde. Ferner wurden von dem evangelischen Diakonissenkrankenhaus, dem katholischen Marienkrankenhaus und den zahlreichen Privatkliniken jüdische Patienten bedingungslos aufgenommen. — Die Frage des Kaschrut spielte in der religiös liberalen Gemeinde nicht die Rolle,

um die Errichtung eines jüdischen Krankenhauses zwecks Beachtung der Speisegesetze zu rechtfertigen. So konnten sich die Danziger Juden mit der von der Borussia-Loge eingerichteten Krankenschwesternorganisation begnügen. Für die Hauspflege erfreuten sich die neben dem Aschenheim-Stift wohnenden katholischen „Grauen Schwestern" besonderer Wertschätzung.

Schwerer empfunden wurde das Fehlen eines der Großgemeinde würdigen Gemeindehauses, einer würdigen Lesehalle, eines festen Jugendheimes, eines eigenen Logentempels; die Zeit zwischen der Gründung der Danziger Gemeinde und dem Ausbruch des Weltkrieges hatte nicht ausgereicht, um diese Institutionen zu schaffen.

Die Danziger Juden im I. Weltkrieg (1914—1918)

Der Ausbruch des I. Weltkrieges am 1. August 1914 wirkte auch in Danzig nach dem Sturmzeichen von Serajewo wie ein plötzlich hereinbrechendes furchtbares Gewitter. Sofort wurde Danzigs Schicksal durch die Kriegsereignisse bestimmt. Der Festungscharakter der Stadt, die starke Garnison mit dem Generalkommando des XVII. Armee-Korps, die Nähe der Ostfront rissen die Stadt und ihre Bürger unmittelbar in die Kriegswirren hinein.

Die Juden der Stadt bildeten keine Ausnahme; das jüdische Gemeinde- und Organisationsleben geriet ins Stocken. Die Jugend wurde zu den Waffen gerufen oder eilte freiwillig zu den Fahnen, aber auch Familienväter und das landsturmpflichtige Alter standen vom ersten Mobilmachungstage unter den Waffen. Alle parteipolitischen jüdischen Kämpfe wurden begraben; jeder Hader zwischen Zionisten und Assimilanten, zwischen Orthodoxen und Liberalen war vergessen. Wie im Reich durch das Kaiserwort „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche" ein allgemeiner Burgfrieden hergestellt wurde, so war auch die jüdische Gemeinschaft geeinigt. Einig waren wir in der Überzeugung, daß das Recht auf unserer Seite sei, und niemand zweifelte an seiner Pflicht, das Vaterland zu verteidigen.

Bei Kriegsausbruch war Martin Kadisch Vorsitzender des Gemeindevorstandes und Dr. Robert Kälter Gemeinderabbiner. Kälters Wunsch war es, als Feldrabbiner an die Front zu gehen; doch die Gemeinde konnte ihn nicht entbehren, und sehr bald zeigte sich, welche schwierigen Aufgaben der Gemeinde und ihrem Rabbiner durch die Kriegsereignisse gestellt wurden.

Wie alljährlich weilten auch 1914 bei Kriegsausbruch Hunderte von jüdischen Familien aus dem benachbarten Polen als Badegäste in Zoppot. Mit der Kriegserklärung wurden sie feindliche Ausländer; die Banken sperrten ihre Guthaben, die Hotels und Pensionen weigerten sich, sie zu beherbergen. In der ersten Augustwoche konnte man diese Unglücklichen völlig rat- und hilflos in ihren leichten Sommerkleidern mit ihrem Gepäck vor dem Bahnhof und in den Wartesälen sitzen sehen. Kälter allein war in der Lage, als Freund und Seelsorger mit diesen „feindlichen Ausländern" zu sprechen, bis ihr Abtransport über Schweden nach Rußland erfolgen konnte.

Auch die in Danzig wohnenden Russen, fast alles Juden, die hier als Kommissionäre und Handelsagenten tätig waren, wurden ausgewiesen; sie sollten binnen drei Tagen ins Landesinnere gehen. Mit Ausnahme Berlins fand sich keine deutsche Stadt, welche diese

feindlichen Ausländer aufzunehmen gewillt war. Den Danziger Juden waren diese Familien wohlbekannt, die seit Jahrzehnten in Danzig wohnten und sich an den Aufgaben und Leistungen der Gemeinde aktiv beteiligten. Kälter erhob Fürsprache beim Generalkommando; als dieses ablehnte, reiste er nach Berlin und erreichte beim Auswärtigen Amt die Aufhebung des Ausweisungsbefehls. Die russischen Juden durften als freie Bürger in Danzig bleiben. Wer von den Danzigern während des II. Weltkrieges als feindlicher Ausländer unter Ausnahmegesetzen gestanden hat, wird diesen Erfolg zu schätzen wissen. Unauslöschlich wird jedem Teilnehmer der Augusttag im Gedächtnis haften, an dem auf der „Freien Waldbühne" im Gutenberghain sich Protestanten, Katholiken und Juden zu gemeinsamer Kriegsandacht versammelten. Archidiakonus Brausewetter sprach über die Kraft als Luthers Erbe, Prälat Sawatzki über die Geduld, der sanften Mutter Maria Geschenk, und Rabbiner Kälter über das Mitgefühl, jene leiderworbene Herzenskraft des jüdischen Volkes. In diesem Dreiklang fühlten die ergriffenen Zuhörer, daß der Krieg alle Deutschen zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengeschmiedet hatte; fern lag der Gedanke, daß Mißerfolge an der Front zu Judenzählungen im Heer, spätere Niederlage und Not zu Judenhaß und -vernichtung führen könnten.

Im Frühjahr 1914 war Kälter zum Präsidenten der Borussia-Loge gewählt worden; er waltete dieses Amtes durch drei schwere Kriegsjahre. Die Borussia-Loge wurde durch seine starke Persönlichkeit zum Hauptinstrument der Gemeinde für die Mitarbeit in der Kriegshilfe und -fürsorge. Im Logentempel bildete er als geistiger Führer um sich einen Kreis von Brüdern, die seine aus warmem Herzen strömenden Ideen in die Tat umsetzten. Kälter organisierte in der Loge einen großen Stab von Hilfsarbeitern für die Verteilung von Liebesgaben an die zahlreichen Kriegslazarette in Danzig, von Paketen für die kämpfenden Truppen, für die Verwundeten- und Kriegsgefangenenfürsorge, für die Aufnahme von Flüchtlingskindern und Erweiterung des Kinderhorts der Loge zu einem paritätischen Kriegskinderhort. Die Gemeinde arbeitete auf allen Gebieten der Kriegswohlfahrt mit den Behörden zusammen, und jeder jüdische Bürger tat seine selbstverständliche vaterländische Pflicht. In Gustav Rabow und Max Schönfeld, Dr. Solmsen und Hugo Hirschberg, Louis Maschler und Hugo Josephson, Joseph Wolf und Felix Jacobsohn, Dr. Brodnitz und Justizrat Sternberg gewann Kälter wertvolle Mitarbeiter beim Ausbau der sozialen Einrichtungen der Loge für die Kriegswohlfahrt[86].

Der Russeneinfall in Ostpreußen brachte einen Strom ostpreußischer Flüchtlinge, darunter auch viele Juden, nach Danzig. Viele von ihnen hatten nur das nackte Leben gerettet; sie mußten verpflegt, bekleidet und beherbergt werden.

Schon die ersten Kämpfe in Ostpreußen im August 1914 hatten große Verwüstungen in Stadt und Land gebracht. Mit den Städten Soldau, Ortelsburg, Schirwindt und Nordenburg wurden auch die Synagogen dieser Städte in Trümmer gelegt. Aus der zerschossenen Synagoge in Soldau retteten Angehörige des Landsturmbataillons Briesen eine Torarolle, die sie an die Gemeinde Briesen ablieferten. — Mit den ersten Verlustlisten zogen Trauer und Leid auch in die Häuser Danziger Juden ein.

Um so bedauerlicher war es, daß selbst in jenen Augusttagen der Burgfriede von antisemitischen Gruppen verletzt und die vor dem Krieg betriebene antisemitische Hetze fortgesetzt wurde. So sandte der „Verband gegen Überhebung des Judentums" sein Verbands-

organ „Auf Vorposten" als Feldpostbrief an seine Mitglieder ins Feld. Rabbiner Kälter hatte gerade die Nachricht erhalten, daß einer seiner Lieblingsschüler, der Unteroffizier Fritz Sternberg, Sohn des Rechtsanwalts Georg Sternberg, gefallen sei; er sandte an den Verband folgenden „Offenen Brief":

„Zeitungsnachrichten entnehme ich, daß der „Verband gegen Überhebung des Judentums" die gegenwärtige Zeitlage zu einer Bestätigung seiner Tendenzen für besonders geeignet hält und an alle Mitglieder, die zu den Fahnen gerufen sind, sein Verbandsorgan „Auf Vorposten" demnächst als Feldpostbrief versenden will. Ich kann mich um den so rührigen Verband verdient machen und stelle ihm daher folgenden Bericht über ein Begebnis aus diesen schweren Kriegsjahren zur Verfügung — die deutsche Mannhaftigkeit und Ehrlichkeit der Verbandsleitung werden gewiß nicht zögern, ihn ihren Mitgliedern ebenfalls mitzuteilen.

Es war in den letzten Augusttagen. Unsere tapferen braven Truppen im Osten waren unter beispiellosen Anstrengungen an den Feind herangekommen, und zahlreiche Juden, die in den Regimentern des Ostens dienen, waren so überhebungsvoll, an diesen Strapazen teilzunehmen mit der gleichen Begeisterung und der gleichen Zähigkeit, jeder einzelne Mann, in gleichem Schritt und Tritt mit ihren Kameraden. Mehrere Gefechte hatten schon stattgefunden; da hieß es am 26. August, als sich das Danziger Grenadier-Regiment Nr. 5 bei L . . . gerade vor einer unzweifelhaften feindlichen Übermacht befand: „Freiwillige zur Patrouille vor." Als einer der ersten meldete sich der jüdische Unteroffizier der Reserve Friedrich St., ein frischer 20jähriger Jüngling, aus dessen Augen Reinheit und Mut leuchteten. Der Leutnant, der das innige Familienleben seines Unteroffiziers kennt, fragt: „Wollen Sie denn durchaus dabei sein? Denken Sie doch an Ihre Eltern!" Prompt kam die Antwort: „Jetzt kenne ich keine Eltern. Jetzt kenne ich nur ein Vaterland." Sprachs und ging erhobenen Hauptes dem Tode entgegen, denn eine aus dem Hinterhalt wohlgezielte Kugel brachte ihm an der Seite seines Leutnants den Tod.

Wie gefällt dem „Verband gegen Überhebung des Judentums" diese Erzählung, deren Wahrheit verbürgt ist? Kann es für sein Blatt „Auf Vorposten" einen passenderen Inhalt geben? Aber vielleicht nennt der Verband es eine „echt jüdische Äußerung", daß eine selbstverständliche Pflichterfüllung, die jeder Mann im Heere zu leisten hat, zu einer Heldentat aufgeputzt wird. Gewiß, auch wir nennen eine solche Tat eine Selbstverständlichkeit, aber sollten wir denn nicht auch verlangen dürfen, daß uns gegenüber das Selbstverständlichste, die Schonung unserer menschlichsten und heiligsten Empfindungen, unserer Familienliebe, unseres Ehrgefühls, unserer Vaterlandstreue, mindestens in diesen schweren Tagen geübt werde? — Regt sich nirgends — nicht in den hochstehenden Männern und Frauen, die über den Opfersinn der jüdischen Bevölkerung das berufenste Urteil abgeben können — nicht in den Organen der öffentlichen Meinung — nicht an den verantwortlichen Stellen der Heeresführung — nicht in allen rechtlichen und ehrenhaft Denkenden einmütig laut die Entrüstung über solch tempelschänderisches Beginnen?

In einem Walde bei L. . . schläft auf Vorposten an der Ostfront unter einem kleinen Hügel, Seite an Seite mit seinem christlichen Kameraden, ein junger Jude und träumt vielleicht davon, daß sein Blut geholfen habe, des Vaterlandes Einigkeit zu kitten. Wir aber, die wir für das Vaterland leben — und leben wollen, wir drücken die Hand aufs schmerzlich zuckende Herz und wissen, daß die Opfer, die wir deutschen Juden in diesem Kriege bringen, vor dem Richterstuhl der Geschichte, vor dem Gotte der Gerechtigkeit, doppelt wiegen.

Rabbiner Dr. R. Kälter-Danzig."

Nach Hindenburgs Siegen konnte die Danziger Bevölkerung aufatmen. Für die Gemeinde kam bald die Sorge für die zahlreichen jüdischen Kriegs- und Zivilgefangenen, die auf dem Troyl in Schleppkähnen untergebracht waren. Kälter hielt mit ihnen Gottesdienst unter freiem Himmel und sorgte dafür, daß sie zu Pessach Matzoth erhielten. Einigen verschaffte

er Arbeit bei Danziger Firmen. Mehr noch konnte für die Zivilgefangenen getan werden. Die Loge organisierte einen Arbeitsnachweis, und es bedurfte nur einer Bescheinigung des Rabbiners, um die Gefangenen aus dem Lager in ständige Arbeitsstätten umzusiedeln. Eine Kleidersammlung der Loge versorgte sie mit Kleidungsstücken.

Die Beschäftigung verhältnismäßig vieler Kriegsgefangener wurde dadurch ermöglicht, daß der Bankier Georg Berghold im Auftrag der Stadt Danzig zur Behebung des Brennstoffmangels eine große Torffabrik bei Rheda an der Bahnstrecke Danzig—Neustadt schuf. In den Torfbrüchen wurden über 500 Kriegsgefangene beschäftigt, und jährlich wurden mehrere Millionen Tonnen Torf nach Danzig geliefert. Bergholds Tätigkeit erfolgte ehrenamtlich für die Stadt, mit deren Oberbürgermeister ihn als Berater enge persönliche Beziehungen verbanden.

Mit den vielen Tausenden von Kriegsgefangenen kamen auch die Kriegsverwundeten; bald hatte Danzig neben dem Festungslazarett 23 Feldlazarette. Rabbiner Kälter wurde mit der Lazarettseelsorge für Freund und Feind betraut[87].
Es ist unmöglich, all die Namen der Danziger Juden aufzuzählen, die im Weltkriege ihre Pflicht als Bürger erfüllt haben. Aber angesichts der während des Krieges 1916 vom Kriegsministerium vorgenommenen Judenzählung im Heer, die von allen Juden als Schmach empfunden wurde, und angesichts der unmittelbar nach dem Kriege einsetzenden Judenhetze seien hier die Namen der 56 Söhne unserer Gemeinde angeführt, die ihre Liebe zum Vaterlande mit dem Tode besiegelt haben. Ihre Namen stehen auf der von Rabbiner Kälter in der Großen Synagoge eingeweihten Ehrentafel.

Ehrentafel
der im Weltkrieg 1914—1918 Gefallenen
der Synagogengemeinde Danzig

„Deine Toten werden leben." (Jes. 26, 18)

Siegfried Baruch
Artur Bernhardt
Theodor Bernstein
Eduard Blumental
Julius Bogusch
Carl Cohn
Curt Cohn
Julius Cohn
Siegfried Czarlinski
Erich Deutschland
Adolf Dubinski
Sally Feibel
Erich Flater
Max Gabrielski
Hans Ginsberg
Julius Glückauf
Bruno Goldstein
Siegfried Goldstein
Philipp Haushalter
Fritz Hermel
Adolf Hirschfeld
Bruno Heymann
Hugo Heymann
Wilhelm Heymann
Erich Jacoby
Willy Kaliski
Eduard Kohn
Benno Kendiorek
Siegfried Landau
Heinrich Lachmann
Fritz Liepmann
Max Lindenbaum
Egon Levinsohn
Julius Marcus
Walter Marcuse
Siegfried Maschkowski
Julius Meyer
David Pommer
Oskar Rabow
Ernst Rosenbaum
Hermann Rosenbaum
Leo Rosenbaum
Walter Rosenthal
Fritz Schlesinger
Adolf Schwarz
Philipp Schwersenz
Artur Sielmann
Gustav Stein
Fritz Sternberg
Willy Tuchler
Nathan Winterfeld
Georg Wolff
Louis Wolfberg

„Deine Toten werden leben." Mit diesen Worten weihte Rabbiner Kälter im Oktober 1921 die Tafel, und die Schlußworte seiner Rede hafteten noch lange in den Herzen seiner Zuhörer:

„... Weil sie, des Vaterlandes Heldensöhne, mit tiefem, reinem, adligem Glauben das Höchste, ihr Leben, gegeben haben, deshalb muß ihr Tod helfen, Lebenswerte zu schaffen ... Nutzlos und umsonst wäre ihr Sterben? Nein und nimmermehr! So wahr ein Gott über den Sternen lebt — so wahr die Sonne bleibt am Himmelszelt, so wahr wird über eine glücklichere Erde der Tag heraufziehen, der dieses Sterbens Sinn und Nutzen zeigt. Die heiße Welle der Brüderlichkeit und Kameradschaft, die alle Kämpfer draußen in Tat und Tod vereinte, sie wird, wenn erst die Menschen aus dem Rausch des Blutes und dem Wahn des Hasses, der jetzt noch die Seelen verwirrt, sich erheben, mit zwingender Gewalt hinfluten über die Welt. Dann wird es auch dem blindesten Auge und dem verhärtetsten Herzen offenbar sein: unsere Toten sind nicht gestorben — nein, sie leben! Dann öffnen sich die Gräber, und unsere Geliebten steigen empor als selige Friedensboten, als Geister der Versöhnung, der Versöhnung der Klassen und Rassen, der Stände und Bekenntnisse im großen deutschen Vaterlande und in unserer deutschen Stadt."
Einige der auf der Ehrentafel Verzeichneten waren Kriegsfreiwillige, manche Brüder und Söhne einer Familie. Unteroffizier Fritz Sternberg war der Freiwillige, dessen Tod Rabbiner Kälter zu dem „Offenen Brief" veranlaßte. Siegfried und Bruno Goldstein waren Brüder, von denen Bruno, kaum 18jährig, sich als Freiwilliger meldete, trotzdem sein ältester Bruder Siegfried bereits gefallen war und weitere zwei Brüder, Felix und Ernst Goldstein, im Felde standen. Es hielt ihn nicht daheim; er wollte nicht warten, bis er zu den Waffen gerufen wurde. Bei Brest-Litowsk liegt er begraben, und alljährlich bewiesen Bilder und Briefe des dortigen katholischen Geistlichen, daß sein Grab wohl gepflegt war. Verfasser, ein Schwager der beiden gefallenen Brüder, stand ebenfalls mit seinen drei Brüdern im Felde, von denen der älteste in einem Sturmangriff auf Dünaburg fiel. Dies nur als Beispiel gegen die oft gehörte Fabel, daß keine jüdische Familie gleichzeitig mehrere Söhne im Feld gehabt hätte.

Alljährlich trat die Ortsgruppe des R. j. F. zu einer würdigen Totengedenkfeier vor diese Ehrentafel, bis 1939 die krankhafte Entwicklung menschlichen Geistes den Weltfrieden zerstörte, unsere eigene Freiheit und unser Frieden zerbrachen, die Synagoge niedergerissen und die Tafel entfernt werden mußte. (Die Tafel ist gerettet worden und befindet sich heute im Jüdischen Museum in New York.)
Als leuchtendes Beispiel unserer Kriegsleistungen sei der Arbeit unserer Danziger Ärzte in den Lazaretten gedacht. Augenarzt Dr. Th. Wallenberg leitete die Augenstation des XVII. Armee-Korps und stellte darüber hinaus seine eigene Privatklinik, Reitbahn 4, für schwere Operationen zur Verfügung. Dr. Möller, Vorstandsmitglied der Gemeinde, war leitender Arzt des orthopädischen Lazaretts in der Schule am Hakelwerk, wo sich auch seine Gattin als freiwillige Krankenschwester betätigte. Dem Spezialarzt Dr. Fleck unterstand die Station für Magenkranke im Schützenhaus; Sanitätsrat Dr. Abraham, der zum Rang eines General-Oberarztes aufstieg, leitete das Lazarett in der Technischen Hochschule; Sanitätsrat Dr. Meyer, ein Nervenspezialist, wurde mit der Leitung der Nervenstation am Hauptlazarett betraut. Die jüdischen Zahnärzte Dr. Louis Neumann, Dr. Sigmund Kaiser, Dr. Paul Herzberg und Dr. Neustadt arbeiteten auf der Zahnstation des XVII. Armee-Korps im Schützenhause. — Diese Ärzte waren sämtlich in vorgeschrittenem Alter; die Ärzte der jüngeren Generation, zum Beispiel Dr. Siegbert Kamnitzer, Dr. Walter Bönheim, Dr. Ginsberg, Dr. Kurt Itzig, Dr. Schlomann und andere, waren sämtlich mit der Truppe im Felde. Frieda Drum, die heutige Gattin Erich Bergholds, war als Krankenschwester während des ganzen Krieges in Frontlazaretten tätig.
Wieviel Danziger Juden während des Krieges Heeresdienst geleistet haben, entzieht sich der Kenntnis des Verfassers; fest steht jedoch, daß im Laufe des Krieges jeder feld- oder

garnisondienstfähige Danziger eingezogen war. So bekleidete von den Anwälten der „alte" Justizrat Zander, ein Mitglied des Vorstandes, den Posten eines Intendanturrats, während der jüngere Antwalt Dr. Hermann im Felde das EK I. Kl. erwarb.

Hier sei (nach der 1897 im Auftrage des Komitees zur Abwehr antisemitischer Angriffe herausgegebenen Broschüre von Dr. Paul Nathan „Die Juden als Soldaten") eine kurze Übersicht der Danziger Juden als Soldaten in den Kriegen 1813—1815, 1864, 1866 und 1871 eingefügt.

Die preußischen Juden, namentlich die Juden von Berlin und von Ost- und Westpreußen haben mit Begeisterung an den Befreiungskriegen teilgenommen. Obwohl die Danziger Juden an der 1812 erfolgten Judenemanzipation in Preußen nicht teilgenommen hatten, finden wir doch in einer Liste von 125 jüdischen Soldaten, die an den Feldzügen teilgenommen hatten, die Danziger Juden Abraham Löwinsohn, Daniel Lessmann und Wolf Abraham, letzterer als Empfänger des EK.

An den deutschen Einheitskriegen nahmen Danziger Juden in steigendem Maße teil, und in den veröffentlichten Listen der Teilnehmer von 1864, 1866 und 1870—71 begegnen wir Namen Danziger Familien, die unserer älteren Generation geläufig sind: Philipp Deutschland, Meyer Deutschland, Joseph Peritz, Samuel Goldstein, Joseph Lohde, Louis Möller, Dr. Abraham Wallenberg, Israel Lachmann, Julius Levy (1864, 1866), Louis Blumenthal, Meyer und Philipp Deutschland, Magnus Fürst, Samuel Goldstein, Isaak Jacoby, Heinrich Italiener, Adolph Michelsohn, Louis Möller, Lepold Perls, Joseph Schulz, Isaak Silbermann, J. Moritzsohn (1870—71).

Wir finden Philipp Deutschland als Kriegsteilnehmer in allen drei Kriegen, Meyer Deutschland, Samuel Goldstein und Louis Möller als Teilnehmer in den Kriegen von 1866 und 1870—71. Heinrich Italiener wurde schwer verwundet und starb im Kriegslazarett, J. Moritzsohn fiel in der Schlacht von Mars-la-Tour. Julius Levy wurde später Mitbegründer und erster Präsident der Borussia-Loge. A. Wallenberg ist der Onkel von Professor Adolf Wallenberg; Leopold Perls, ein Schwager des Lehrers Benjamin Schreiber, wurde zum Offizier befördert, Louis Möller war etatsmäßiger Feldwebel und diente volle zwölf Jahre beim Militär.

Eine genaue Kriegsteilnehmerliste von 1914—1918 ist dem Verfasser nicht bekannt, jedoch zeigt die Ehrentafel der 56 Gefallenen, daß die Danziger Gemeinde in der Erfüllung ihrer vaterländischen Pflichten keiner Gemeinschaft nachstand. Besonders sei betont, daß es hierin keinen Unterschied zwischen zionistischen und nichtzionistischen Juden gab. Wie alle die Segnungen des Vaterlandes genossen hatten, so wollten alle deutschen Juden, damit auch wir Juden in Danzig, mit unseren Mitbürgern in der Not zusammenstehen und zusammen kämpfen.

In diesem Geist meldeten sich allein 20 Mitglieder des Jugendvereins Gabriel Riesser in Danzig als Kriegsfreiwillige, gingen auch die jüdischen Knaben und Mädchen zur Erntearbeit oder stellten sich in den Dienst des „Roten Kreuzes". In diesem Sinn gliederten sich der Schwesternverband der Borussia-Loge, der Israelit. Frauenpflege- und Unterstützungsverein, der Jüdische Frauenverein und der Mädchenklub dem nationalen Frauendienst ein. In diesem Geist stellte die Loge ihr Zoppoter Kinderheim mit 30 Betten als Lazarett zur Verfügung, gab sie einen Teil ihrer Räume am Langenmarkt für eine städtische Suppenküche her, wurde der jüdische Kinderhort zum Kriegskinderhort erweitert. In diesem Geist sorgte Rabbiner Kälter als Mitglied des „Ausschusses zur Unterbringung von Stadtkindern auf dem Lande" für Pflegestellen auch in jüdischen Häusern auf dem Lande. In diesem Sinne überwies die Gemeinde dem Roten Kreuz, der Kriegshilfe und der Nationalspende für die Familien der Kriegsgefallenen je 1000 M und stellten die Beamten der Gemeinde 2 % ihres Gehalts für vaterländische Zwecke zur Verfügung. Entsprechend sammelte die Gemeinde bei Bittgottesdiensten im Tempel für die Kriegshilfe. In diesem Sinn verlebten

verwundete, garnisondienstfähige und in der Ausbildung stehende Soldaten als Gäste des Rabbiners manchen unvergeßlichen Freitagabend.

Die Kriegsjahre zogen übers Land; der Krieg wurde ein Meer von Blut und Tränen. Immer öder wurde es in der Gemeinde. Der Gottesdienst in der Großen Synagoge fand ohne Orgel statt; die Orgelpfeifen waren mit einem dunklen Vorhang verhüllt. Hinter den Gebetpulten standen nur alte gebeugte Männer, während von der Empore das Weinen kummervoller Frauen herabdrang[88].
Der Friede kam anders, als wir ihn erträumt hatten. Der Krieg war verloren, und Deutschland lag zerschmettert am Boden. Aus seinem blutenden Körper wurde die Stadt Danzig herausgerissen und ihr als „Freie Stadt" eine neue Rolle in der Geschichte der europäischen Völker zugewiesen. In gleicher Weise sahen sich auch die Juden in Danzig vor völlig neue und bedeutende Aufgaben gestellt.

Die Kriegsjahre führten auch manche namhafte deutsche Juden nach Danzig, die zu Kälters Gästen zählten. Dr. Kurt Blumenfeld und Dr. Siegfried Moses, die im zionistischen Leben hohe Führerrollen einnehmen, bewiesen ihre Verbundenheit mit den Danziger Juden durch ihren Beitritt in die Danziger Borussialoge. Daß Kurt Blumenfeld auch während seines Kriegsaufenthalts in Danzig für die zionistische Bewegung schrieb, zeigt z. B. seine Abhandlung „Zur jüdischen Entwicklung in Deutschland" mit der Unterschrift „z. Zeit Danzig", die wir in der Zeitschrift „Der Jude", I, 1916/17, finden. Unter dem Eindruck des Krieges sucht er nachzuweisen, daß die zionistische Bewegung keine Partei sei, sondern das um seine Einheit kämpfende Judentum. Dr. Siegfried Moses, der ein hohes Staatsamt im jungen Israel bekleidete, lebt heute in Jerusalem und ist seit November 1956 Präsident des Leo Baeck Instituts.

Kapitel III

Die Juden in der Freien Stadt Danzig (1920-1939)

1. Ein Jahrzehnt des Aufstiegs

Die „Freie Stadt Danzig" ward unter Schmerzen geboren und blieb während der zwei Jahrzehnte ihres Bestehens ein Schmerzenskind des Völkerbundes. Die Gründung war ein Experiment; ein Versuch, der Stadt zu ermöglichen, die aus ihrer geographischen, wirtschaftlichen und strategisch-politischen Position sich ergebenden Aufgaben zu erfüllen: Polen den freien Zugang zum Meer zu schaffen, wirtschaftlich und kulturell eine Brücke zwischen Ost und West zu bilden, dabei aber als freier Staat den unbestritten deutschen Charakter der Stadt zu wahren.

Das Experiment schlug fehl. Danzigs Tragik war es, daß in jener Zeit des übersteigerten Nationalismus die Einsicht für diese völkerversöhnende und -verbindende Aufgabe fehlte. Bei den Deutschvölkischen wie bei den nationalistischen Polen fehlte der gute Wille zu freundnachbarlichen Beziehungen, und die Bevölkerung Danzigs, die gegen die Loslösung vom Reich protestiert hatte, betrat aus diesem nationalen Zugehörigkeitsgefühl nur zögernd und widerwillig den gebotenen Mittelweg, unabhängig vom Reich wie von Polen zu existieren, dabei aber wirtschaftlich mit Polen zu leben und dessen Handelsinteressen zu dienen.

Bis die Freie Stadt als solche in Erscheinung treten konnte, vergingen noch fast zwei Jahre voller Sorgen und Spannungen, in denen nur die Furcht vor einem polnischen Gewaltstreich die Bevölkerung zusammengehalten hatte. In drei großen Kundgebungen — am 1. Januar, 23. März und 24. April 1919 — protestierte die Bevölkerung Danzigs, ohne Unterschied der Parteien und Konfessionen, gegen die Abtrennung vom Reich.

Für die jüdische Bevölkerung Danzigs, die sich zum deutschen Volkstum und zur deutschen Kultur bekannte, war es nur selbstverständlich, daß sie an diesen Massenkundgebungen teilnahm. Darüber hinaus erhoben die Danziger Synagogengemeinde und der Verband der westpreußischen Synagogengemeinden ihren Protest gegen die Abtrennung in einer besonderen Entschließung.

„Mit allen anderen Deutschen erheben auch die deutschen Juden in Danzig und Westpreußen in letzter Stunde ihre Stimme, um gegen jede Abtrennung deutschen Gebiets von unserem Vaterlande nachdrücklich Verwahrung einzulegen. Unlöslich sind wir mit unserem deutschen Vaterlande verbunden, sind Deutsche und wollen es bleiben. Entgegen der haltlosen Behauptung der Polen, daß Danziger Juden den Anschluß an Polen wünschen, wehren wir uns mit unserer ganzen Kraft dagegen, daß auch nur ein deutscher Jude unter die Gewaltherrschaft der Polen kommt. Bis in die letzte Zeit haben diese bewiesen, daß sie weder nationale noch religiöse Minderheiten dulden und achten. Bis in die letzte Zeit haben sie unter schmählicher Verleugnung aller abgegebenen Zusicherungen in einer jeder Menschlichkeit hohnsprechenden Weise gegen die Juden Pogrome

veranstaltet, die den Abscheu der ganzen Kulturwelt erregen. Deshalb wehren sich die Juden der bedrohten Landesteile nicht nur gleich allen anderen Deutschen dagegen, ihr deutsches Volkstum aufzugeben, sondern müßten es als besonders grausames Geschick empfinden, polnischer Willkür und Unduldsamkeit ausgeliefert zu werden . . ." (Hamburger Israelit. Familienblatt vom 15. 5. 1919)[89].

Im Versailler Friedensvertrag (Art. 100) verzichtete das Deutsche Reich auf Danzig, das nach dem Willen der Alliierten eine „freie Stadt" werden sollte. Als am 10. Januar 1920 der Vertrag in Kraft trat und Danzig aufhörte, Teil des Deutschen Reiches zu sein, trennte sich auch die Geschichte der Danziger Juden von der Geschichte der Juden in Deutschland. Am 9. Februar 1919 waren die deutschen Truppen von Danzig abgezogen. Mit Tränen in den Augen nahmen auf dem Heumarkt auch Danziger Juden von den Husaren Abschied[90]. Nach Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung, Erlaß der Danziger Verfassung und Abschluß eines grundlegenden Vertrages mit Polen (9. November 1920) wurde am 15. November 1920 in Genf und in Danzig die „Freie Stadt Danzig" proklamiert. Der neue Staat umfaßte neben der Stadt Danzig die drei Kreise Danziger Höhe, Niederung und Werder, insgesamt ein Gebiet von rund 1900 qkm mit fast 360 000 Einwohnern (davon Stadtbevölkerung Danzig 194 953, Zoppot 18 397, Neuteich und Tiegenhof je etwa 3 000 Einwohner).

In allen vier Städten bestanden Synagogengemeinden, doch war nur die Danziger Gemeinde mit 2117 Seelen eine Großgemeinde. Die Gemeinde in dem benachbarten Badeort Zoppot bestand erst seit 1913, und der Weltkrieg hatte jede Vergrößerung und Bereicherung der Gemeinde verhindert. Sie blieb klein und leistungsschwach und auf freiwillige Spenden von Badegästen angewiesen[91].

Die Gemeinden Neuteich und Tiegenhof waren älter; Neuteich hatte am 3. Dezember 1857, Tiegenhof am 1. November 1858 die Korporationsrechte von dem Oberpräsidenten der damaligen Provinz Preußen erhalten. Sie waren somit älter als die vereinigte Synagogengemeinde Danzig, waren aber in preußischer Zeit so klein und bedeutungslos, daß sie von den Nachbargemeinden Marienburg und Dirschau religiös betreut und vom Verband der Synagogengemeinden in Westpreußen unterstützt werden mußten. Der Mangel an jüdischen Führern und Institutionen sowie die Unmöglichkeit jüdischer geistiger und kultureller Betätigung ließen das religiöse Leben dieser Kleingemeinden verkümmern, und die Verbundenheit der Juden mit der nichtjüdischen Bevölkerung, insbesondere derjenigen, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Position und als Träger städtischer Ehrenämter auch am gesellschaftlichen Leben dieser Städte Anteil hatten, führte zu Abfall oder Entfremdung.

Im öffentlichen Leben Neuteichs hatten die Namen Jacobi und Ruhm einen guten Klang (Jacobi als Inhaber eines Sägewerks, Getreidehandels und einer Malzfabrik, Ruhm als Inhaber eines Bankhauses). Diese führenden jüdischen Bürger standen jedoch dem jüdischen Leben ihrer Stadt fremd gegenüber. Die Sorge für jüdische Religion, Erziehung und Kultur blieb kleinen Leuten überlassen, von denen die Namen der lang ansässigen Familien Aron in Tiegenhof, Herzog und Hermann in Neuteich noch in guter Erinnerung sind.

Mit Bildung der „Freien Stadt Danzig" und Auflösung des westpreußischen Synagogenverbandes waren diese vier Gemeinden völlig isoliert und auf eigene Füße gestellt. Die

Danziger Gemeinde, die im Verbande die Führung gehabt hatte, versuchte vergeblich, die vier Gemeinden zu einem neuen Verband innerhalb der Freien Stadt zusammenzufassen. Für die Wahlperiode 1919—1922 bildeten den Vorstand der Danziger Gemeinde: Konsul Dr. S. Schopf, Justizrat Felix Fabian (Vorsitzende), Justizrat Zander, Dr. Paul Möller, Gustav Mendel und Hermann Riese; stellvertretende Mitglieder waren Simon Anker, Max Schönfeld und Louis Maschler.

Die Repräsentanz hatte die Mitglieder: Geheimer Justizrat Flater, Hugo Hirschberg, Julius Becker, Georg Berghold, Sanitätsrat Dr. Philipp, Dr. Brodnitz, Max Jacoby, Bernhard Willstätter, Carl Lichtenfeld, Julius Jewelowski, Gustav Rabow, Sanitätsrat Dr. Abraham, Richard Sternfeld, Siegfried Lewy und Louis Jacoby.

Viele dieser Männer waren bereits vor dem Weltkriege in der Gemeindeverwaltung tätig gewesen. Dr. Schopf, der seit 1907 der Gemeindeverwaltung angehörte, übernahm während des Krieges den Vorsitz als Nachfolger von Martin Kadisch. Justizrat Fabian gehörte dem Vorstand seit 1913 an und übernahm 1920 als Nachfolger von Dr. Schopf das Amt des Ersten Vorsitzenden, das er bis 1933 bekleidete. Er diente somit zwei volle Jahrzehnte der Gemeinde. Die Tätigkeit von Dr. Schopf fällt in die Vorkriegs- und Kriegsjahre; die Tätigkeit seines Nachfolgers, des Justizrats Zander, der erst 1919 in den Vorstand eintrat, gehört völlig der Nachkriegszeit an.

Die Jugendzeit dieser drei Männer, die in kleinen westpreußischen Städten geboren waren — Fabian war 1862 in Neuenburg geboren — fiel in die Zeit von Deutschlands Aufstieg und Größe, in der die deutschen Juden sich als gleichberechtigte Bürger betätigen und voll entfalten konnten. Es war jene Zeit, in der viele Juden im Glücksgefühl der Freiheit wenig Wert auf ihre jüdische Herkunft legten und durch Taufe dem Judentum verlorengingen. Die Gefahr des Abfalls war bei der akademischen Jugend besonders stark. Damals bildeten sich aber im jüdischen Volkskörper Antitoxine, die der Selbstauflösung entgegenwirkten. Die großen jüdischen Verbände und Organisationen boten Kennern des Rechts und der Verwaltung ein reiches Betätigungsfeld, und mancher junge Akademiker fand den Weg zum Judentum zurück. So kamen auch diese drei Männer nicht eigentlich vom Jüdischen, sondern vom Rechtsleben zur Verwaltung der Gemeinde. Von ihnen lebt vor allem Justizrat Fabian in der Erinnerung aller, die mit ihm in der Gemeindeverwaltung zusammengearbeitet haben, als die Verkörperung einer großen Gemeindetradition und einer jüdischen Epoche, die mit ihm 1937 ins Grab sank.

Als die Freie Stadt eine eigene Verfassung erhalten sollte, berief Oberbürgermeister Sahm auch Fabian in den vorbereitenden Verfassungsausschuß. Wie der Jude Dr. Preuß für die Weimarer Verfassung stellte sich Fabian für die Danziger Verfassung, die sich eng an die Weimarer anlehnte, mit seinen reichen Kenntnissen und Erfahrungen zur Verfügung. Er stand bei seinen Berufskollegen in hohem Ansehen; sie beriefen ihn in den Vorstand der Anwaltskammer und in das Ehrengericht der Rechtsanwälte. Er war ein führendes Mitglied der demokratischen Partei, betätigte sich im Kunstverein und im Danziger Heimatdienst. Seine jahrzehntelange Zugehörigkeit zur „Ressource Concordia" zeugte von der Wertschätzung, die ihm die bürgerliche Gesellschaft Danzigs entgegenbrachte.

Als Fabian in den ersten Volkstag gewählt wurde, nahm er das Mandat nicht an, um sich voll und ganz den Aufgaben und Pflichten zu widmen, die an die Gemeinde herantraten. Fabian wurde zum populären Gemeindeoberhaupt, dem nichts Jüdisches fremd war, der in allen Kreisen und Schichten der alten und neuen jüdischen Bevölkerung Danzigs als „der alte Fabian" bekannt und geschätzt war. Nach seinem Rücktritt aus Altersgründen wurde er 1933 Ehrenvorsitzender der Gemeinde.

Die Stadt Danzig und ihre Juden hatten bis 1920 alle Leiden und Nachwehen des verlorenen Krieges zu spüren. Hinzu kamen alle jene Probleme, die mit der Errichtung der „Freien Stadt" verbunden waren. Die Danziger Juden können für sich in Anspruch nehmen, alles getan zu haben, um als Bürger dem neuen Staat zu dienen. Trotzdem brachten auch für Danzig der durch die Abtrennung erzeugte Chauvinismus und der durch die wirtschaftlichen und moralischen Schäden der Inflation genährte Antisemitismus Kämpfe und Spannungen, die den jungen Staat vom ersten Tage seiner Existenz wiederholt beunruhigt haben.

Für die vom Reich abweichende Entwicklung jüdischen Lebens in Danzig wurde die Einwanderung von Juden aus Ost und West von weittragender Bedeutung. Aus dem Westen kamen vor allem die Juden westpreußischer Synagogengemeinden und aus dem weiteren Korridorgebiet, die es vorzogen, ihre Gemeinden aufzulösen und die Heimat aufzugeben, um ihre Verbundenheit mit der deutschen Kultur nicht zu verlieren. Sie optierten für Deutschland oder zogen in das deutschsprachige Danzig, das als neuer Staat mit großen Entwicklungsmöglichkeiten starke Anziehung auf sie ausübte.

Zahlreiche jüdische Gemeinden übergaben Torarollen und wertvolle Kultgegenstände der Danziger Gemeinde zu treuen Händen. Sie wurden der von Leiser Gieldzinski begründeten Danziger Sammlung jüdischer Kultusgeräte zugefügt[92].

Angesehene alte jüdische Industrie- und Handelsfirmen aus dem polnischen Korridor, aus Posen und Bromberg, auch aus Königsberg, Breslau und anderen deutschen Städten, verlegten ihre Tätigkeit nach Danzig, und die Gemeinde erhielt einen reichen Zuwachs an wertvollen Mitgliedern und materiellen Mitteln zur Erfüllung neuer Aufgaben. Die Zahl ist zu groß, als daß sie hier sämtlich genannt werden könnten; wir müssen uns auf einige allgemeine Hinweise beschränken.

Drei Danziger Filialen deutscher Großbanken, deren Aufgaben sich mit dem steigenden Handel sehr erweiterten, erhielten jüdische Direktoren. Angesehene jüdische Privatbanken verlegten ihren Sitz nach Danzig. Das Breslauer Bankhaus E. Heimann errichtete in Danzig einen Zweigbetrieb. Das neuerrichtete Danziger Tabakmonopol wurde von drei jüdischen Direktoren geleitet. Jüdische Firmen, namentlich im Holz-, Getreide-, Kolonialwaren- und Baustoffhandel trugen dazu bei, Danzigs Handel auszubauen. An der Danziger Börse wurde jener Geist gefördert, der die „Freie Stadt" zu internationaler Bedeutung erhob.

Der Zuzug von Angehörigen freier Berufe, von jüdischen Ärzten und Anwälten, die ihre Ausbildung in Deutschland erhalten hatten, war willkommen, während die Ausübung dieser Berufe in Danzig durch polnische und andere nichtdeutsche Staatsangehörige ohne vorherige Ablegung deutscher Prüfungen unmöglich war. Der Gemeinde brachte dieser Zuzug eine besonders erwünschte Bereicherung jüdischen Geisteslebens in Danzig.

Jüdische Masseneinwanderung aus dem Osten

Die blutigen Revolutionen, die nach dem Weltkrieg Osteuropa erschütterten, zogen Millionen Juden in Mitleidenschaft. Wie die Pogrome von 1881—1905 große Massen jüdischer Menschen aus Osteuropa nach Amerika getrieben hatten, so war auch jetzt die

einzige Rettung die Auswanderung nach Amerika (für viele gleichzeitig die Vereinigung mit ihren dortigen Verwandten). Massen strömten nach Danzig, das keinen Visumzwang kannte; die Begriffe „Freie Stadt" und „freier Hafen" wirkten wie ein Zauberwort auf die Massen, die den Weg in die Freiheit suchten.

In den Jahren 1920—1925 sind ungefähr 60 000 Juden über Danzig nach den Vereinigten Staaten und Kanada ausgewandert[93]. Für die Juden Danzigs galt es, den jüdischen Wanderern ein Unterkommen zu verschaffen, sie zu speisen und ihnen den Weg zur neuen Heimat zu ebnen. Ohne feste eigene Währung, zunächst auch ohne Hilfe des Auslandes, organisierten die Danziger Juden eine Auswandererfürsorge, deren Ausmaß weit über die Leistungsfähigkeit der Gemeinde hinausging und für die Gemeinde wie für ihren Rabbiner ein Ruhmesblatt jüdischer Nächstenliebe wurde. — Die Fürsorge galt besonders den zahlreichen Einzelfällen, die wegen der strengen Einwanderungsgesetze und Quotenbeschränkungen der USA nicht glatt abgewickelt werden konnten. Viele Auswanderer konnten das verlangte Gesundheitszeugnis nicht oder erst nach ärztlicher Behandlung beibringen. Ein Drittel waren Flüchtlinge, völlig mittellos und ohne gültige Personalausweise. Ein im Juni 1920 von Dr. Kälter dem amerikanischen „Joint" erstatteter Bericht schilderte die Anfänge der Flüchtlingsbetreuung in Danzig.

„Mitte April 1919 begannen die ersten Auswanderer aus dem Osten, zunächst einzelne Personen, dann in kleinen Gruppen von 5—8 Personen, sich in Danzig zu zeigen und die Hilfe des Rabbiners in Anspruch zu nehmen. Da die Danziger Judenschaft von keiner Seite informiert worden war, und aus hygienischen wie politischen Gründen die selbständige Unterbringung dieser Personen in der Stadt Danzig große Schwierigkeiten machte, da ferner die Zahl der Auswanderer täglich wuchs und wir aus eigener Urteilskraft die Bedeutung der Auswanderung aus Polen und Durchwanderung durch Danzig klar erkannten, bildete sich auf Anregung des Rabbiners ein aus allen Richtungen der jüdischen Gemeinde zusammengesetztes Emigrationskomitee. Dieses Komitee erblickte seine Aufgabe darin, vorläufig, d. h. bis die uns dem Namen und Pflichtenumfang nach noch unbekannten großen amerikanischen Hilfsorganisationen zur Stelle waren, die notwendigen Hilfsarbeiten zu leisten. Es wurde als selbstverständlich vorausgesetzt, daß dieses Provisorium bei der geringen materiellen Leistungsfähigkeit der Danziger Gemeinde und bei der ungeheuren Arbeitslast, die die Auswandererfürsorge nur wenigen einzelnen Personen, besonders dem Rabbiner auflud, nur kurz sein durfte."

In einer dem Oberbürgermeister unterbreiteten Denkschrift des Emigrationskomitees wurde die Stadt auf die Notwendigkeit einer umfassenden Auswandererfürsorge sowie einer engen Zusammenarbeit mit dem Komitee, besonders bei Verhandlungen mit polnischen Behörden und Schiffahrtsgesellschaften, hingewiesen. In Verhandlungen mit der englischen Besatzung wurde die Freigabe des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Troyl zur Errichtung eines Durchgangslagers für die Auswanderer erreicht; eine provisorische Unterkunft, in der auch Verpflegung ausgegeben werden konnte, wurde am Bahnhof im Karmeliterhof geschaffen. An jedem von Polen eintreffenden Zuge wurden die Emigranten von ehrenamtlich tätigen Frauen und Männern der Gemeinde, zu denen bald zwei bezahlte Hilfskräfte kamen, empfangen.

Die Hilfeleistung des Komitees bestand in der Vermittlung telegraphischer Verbindung mit Verwandten in Übersee, Beschaffung von Schiffskarten, Eisenbahnfahrkarten nach Rotterdam (dorthin bestand von Danzig keine Schiffsverbindung) und Transitvisen. In

langwierigen Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt in Berlin wurde erreicht, daß in Danzig, wo noch kein deutsches Konsulat bestand, der deutsche Staatskommissar ermächtigt wurde, die Pässe der Durchwanderer zu visieren.
Nachdem die Arbeit mit beschränkten Mitteln nur unzulänglich geleistet wurde, erschienen, langersehnt, die Herren Busker und Masel als Vertreter der HIAS. Nach Freigabe des Lagers Troyl und Abschluß des Vertrages mit der Stadt über die Errichtung des Auswandererlagers konnten am 30. Mai 1919 aus der von polizeilicher Schließung bedrohten Herberge im Karmeliterhof die ersten Auswanderer in das Lager Troyl übersiedeln[94].
Das Komitee, das seine Arbeit als getan ansah, wollte sich nur noch der Beratung und religiösen Betreuung der Auswanderer widmen. Die Hoffnung, daß die gesamte Fürsorge auf die HIAS übergehen würde, erwies sich jedoch als trügerisch, da die Füsorge der HIAS sich auf Auswanderer mit ordnungsgemäßen Papieren beschränkte und Auswanderer nach England und Kanada von ihr überhaupt nicht betreut wurden. Für die übrigen, insbesondere die völlig mittellosen Auswanderer mußten andere Hilfsorganisationen gefunden werden. Ein von Danzig ausgesandter Hilferuf an das amerikanische JOINT war nicht vergebens. Im August 1920 sandte das JOINT einen Vertreter nach Danzig und gab fortan die Mittel für Lagergelder, Kranken- und Transportkosten. Vertreter des JOINT und der HIAS traten dem Emigrationskomitee bei, und dem Danziger Rabbiner wurde die Verwaltung der Gelder übertragen[95].
Das Lager, das im Winter 1920 in das heizbare Gebäude des Korpsbekleidungsamtes in der Nähe des Bahnhofs verlegt worden war, wurde 1923, als Polen die gesamte Kontrolle der Auswanderung übernahm, nach Wejherowo (Neustadt) verlegt. Danzig behielt aber besondere Bedeutung als Sitz der Konsulate, und noch später haben jüdische Auswanderer die Stadt passiert. Im Jahre 1923 hat das Komitee die ICA (Jewish Colonisation Association) um Hilfe für jüdische Flüchtlinge anrufen müssen. Jüdische Flüchtlinge, meist Frauen und Kinder, waren von Polen ausgewiesen worden. Mit Hilfe der ICA, deren Genfer Vertreter (Lucien Wolf) mit dem Danziger Senatspräsidenten verhandelte, wurde erreicht, daß diese Flüchtlinge unter Garantie der ICA nach Danzig gelangen konnten. Sie wurden in dem ehemaligen Auswanderungslager untergebracht; nach Auflösung des ICA-Lagers wurde im Juli 1924 für sie von jüdischen Hilfsvereinen in Danzig die Garantie übernommen. Ein Teil dieser Flüchtlinge wurde später nach Westen weiter befördert.

Ostjüdische Einwanderer in Danzig

Von noch größerer Bedeutung als die Durchwanderung wurde für Danzig die jüdische Einwanderung aus dem Osten. Die ostjüdische Einwanderung erfolgte in solchem Ausmaß, daß sie die einheimische jüdische Bevölkerung zahlenmäßig weit überstieg und die Struktur der Danziger Synagogengemeinde völlig veränderte. Sie erweiterte den Aufgabenkreis der Gemeinde und erhöhte ihre Leistungen und hat damit das gesamte jüdische Leben in Danzig vertieft und bereichert.
Rein zahlenmäßig stieg in Danzig die jüdische Bevölkerung, die seit Jahrzehnten unverändert geblieben und im Gegensatz zu anderen Großgemeinden eher im Sinken begriffen war, von unter 2 500 auf fast 10 000, und wir finden im deutschen Sprachgebiet keine

zweite Gemeinde, die eine Einwanderung dieses Umfanges erlebt hat. Sie ist nur mit der in verschiedenen Perioden erfolgten Einwanderung in jüdische Gemeinden Amerikas vergleichbar.

Wie zu allen Zeiten die ansässigen Juden eines Landes den Einwanderern zunächst fremd gegenüber gestanden haben, wird auch den eingesessenen Juden Danzigs der Vorwurf gemacht, den Einwanderern gegenüber nicht immer reine Brüderlichkeit gezeigt zu haben. Zwischen den Kulturen der Länder und ihrer Juden gibt es Verschiedenheiten, die überbrückt und ausgeglichen werden müssen. Diese Haltung ist nur natürlich. Wir finden sie bei der Einwanderung aschkenasischer (deutscher) Juden in sephardische (spanische) Gemeinden, auch in der ungleichen Bewertung orientalischer und europäischer Juden in Israel. Je stärker sich der Einfluß der neuen Einwanderer zeigt, um so mehr werden die Einheimischen versuchen, an ihrer alten Lebensart festzuhalten und die eigene Identität zu wahren.

Die ostjüdischen Einwanderer in Danzig zerfielen in mehrere Gruppen. Da war zunächst jene Gruppe gebildeter und kultivierter Juden, die als Inhaber von Export- und Importfirmen, als Fabrikanten und Bankiers, als Wissenschaftler und Beamte durch die bolschewistische Revolution aus guten Existenzen vertrieben worden waren. Ihre alten Beziehungen zum Auslande ermöglichten ihnen, ohne Hilfe der Danziger Juden ihre alte oder eine neue Firma in Danzig aufzubauen. Wie einst die spanischen, heute die europäischen Juden in ihren neuen Heimatländern durch kulturelle und sprachliche Beziehungen zur alten Heimat zum Ausbau der Handelsbeziehungen beitragen, waren jene Gruppen von Emigranten aus dem Osten dem jungen Freistaat willkommen. Ihre Firmen schlugen im Danziger Holz- und Getreidehandel, im Herings- und Zuckerhandel, im Kolonialwarenimport feste Wurzeln.

Kraft ihrer jüdischen Bildung und Erziehung wurde diese Gruppe zum Förderer jüdischer Institutionen. Auf dem Gebiet der Wohltätigkeit waren die wohlhabenden Ostjuden beispielgebend. Sie hatten eine offene Hand für die Bedürfnisse der Gemeinden Danzig und Zoppot, in denen sie sich niederließen; ihre Großzügigkeit ermöglichte den Gemeinden die Erfüllung ihrer stetig wachsenden Aufgaben. Mit der Gründung des „Ostjüdischen Vereins", der „OSE", des „ORT", des Talmud-Tora-Vereins, der Wanderfürsorge, der Volksküche und Kleiderkammer, in späteren Jahren des Jüdischen Theaters, des Hebräischen Kindergartens und der Stellen für Berufsberatung und Arbeitsvermittlung schufen sie in Danzig bisher zum Teil unbekannte Einrichtungen[96].

Da jeder Einwanderer in Danzig mit seinem Wohnsitz auch die Mitgliedschaft in der Synagogengemeinde erwarb, gelangten Ostjuden auf Grund ihrer nationaljüdischen Gesinnung in führende Stellen der zionistischen Ortsgruppe; in dieser Eigenschaft wurden Dr. Kurt Nawratzki, Dr. Joseph Segal und Dr. Henryk Löwenherz als Vertreter der Jüdischen Volkspartei in die Gemeindeverwaltung gewählt. Die Listen des Vorstandes und der Repräsentanz zeigen in den Jahren von 1922—1934 eine wachsende Zahl von Ostjuden, die wertvolle Arbeit für die Gesamtgemeinde geleistet haben. Sie waren als Vertreter von „Misrachi" oder „Aguda" von einer der Zweigsynagogen oder wegen ihres Einflusses außerhalb der Gemeinde gewählt worden.

Leider fand diese Gruppe produktiver und wertvoller Menschen nur sehr schwer den von ihnen gewünschten gesellschaftlichen Anschluß an die in Danzig altansässigen deutschen

Juden. Die allgemeinen Gründe, die bei jeder Zuwanderung wirken, wurden bereits erwähnt; für Danzig kamen noch drei erschwerende Gründe hinzu: die feindliche Einstellung der Danziger gegen jeden polnischen Einfluß, die durch die Inflation gefährdete oder zerstörte Sicherheit aller Existenzen und schließlich der bedrohlich anwachsende Antisemitismus.

Es ist zum Beispiel bezeichnend, daß die Danziger Borussia-Loge des Ordens B. B., welche durch die Abtrennung des Korridors ihre sämtlichen auswärtigen Mitglieder verloren hatte, dabei aber zur Erfüllung ihrer wachsenden sozialen Aufgaben dringend der Mitarbeit neuer Mitglieder bedurfte, nur drei Ostjuden in ihre Reihen aufnahm, während eine stattliche Zahl von Einwanderern aus dem Westen aufgenommen worden waren. Die allzu weise und abwartende Politik bei der Auswahl neuer Kandidaten war in jenen unsicheren Jahren verständlich, aber nicht immer gerechtfertigt, und in späteren Jahren waren beide Seiten weder gewillt noch in der Lage, die begangenen Fehler wiedergutzumachen. Von den anderen jüdischen Vereinen in Danzig waren die Ortsgruppen des C. V., des R. j. F. und der Vereinigung für liberales Judentum satzungsgemäß und wegen ihres rein deutschen Charakters kein Betätigungsfeld für die ostjüdischen Brüder. Diese waren von vornherein auf die zionistische Ortsgruppe, die bestehenden Wohltätigkeitsvereine oder auf Gründung eigener Organisationen beschränkt. Erst später haben neben der Wohltätigkeit der gemeinsame Abwehrkampf und gemeinsames Interesse für die Erziehung der jüdischen Jugend eine alle Gruppen verbindende Brücke gebildet.

Die zweite Gruppe von Einwanderern aus dem Osten war die zahlenmäßig stärkste Gruppe des jüdischen Proletariats, die Schar der Armen und Existenzlosen, die während der Kriegs- und Besatzungsjahre in ihrer Heimat weder Bildung und Erziehung genossen, noch Gelegenheit gehabt hatten, einen Beruf zu erlernen. Viele hatten durch neue Grenzziehungen ihre Staatsangehörigkeit verloren; andere hatten durch Wirtschaftskrisen und Geldentwertungen Vermögen und Existenz eingebüßt oder waren durch direkte Verfolgungen zur Flucht getrieben worden. Unter ihnen waren junge, arbeitsfähige Menschen, die sich ihrer Militärpflicht entzogen hatten, Angestellte, Handwerker und Arbeiter, Krämer und Händler, die hartnäckig bestrebt waren, auf dem Danziger Arbeitsmarkt ein bescheidenes Plätzchen zu finden. Unter ihnen waren aber auch Menschen, die der Krieg demoralisiert hatte; Luftmenschen, Abenteurer, Glücksritter, die durch die Inflation und die nahen Grenzen zu unlauteren Geschäften geneigt waren. Dazu kamen jene Unglücklichen, die sich als Staatenlose über die grüne Grenze geschmuggelt hatten.

Dieser Einwandererstrom prallte die Jahre hindurch gegen die Tore der Danziger Judenschaft und schuf den Rabbinern schlaflose Nächte; äußerste Anstrengungen aller Wohlfahrtsvereine waren notwendig, um die schlimmste Not zu lindern. Bald waren die Leistungen der Einzelvereine den Anforderungen nicht mehr gewachsen; es bedurfte einer Gesamtorganisation und vor allem der Zentralisierung der Wanderfürsorge. Nach langen und schwierigen Verhandlungen mit den noch aus der Zeit der fünf Gemeinden stammenden Vereinen, dem Ostjüdischen Verein und den neuen Gesellschaften OSE und ORT entstand 1925 die Zentralwohlfahrtstelle mit der Wandererfürsorge unter dem Vorsitz von Julius Becker, dem damaligen Vorsitzenden der Chewra Kadischa, der neben dem Begräbniswesen auch die Wohlfahrtspflege übertragen war. Die Zentralwohlfahrtstelle erhielt die erforderlichen Mittel aus Beiträgen der angeschlossenen Organisationen

und direkten Zuwendungen der Synagogengemeinde, welche in den Jahreshaushalt hierfür beträchtliche Beträge einsetzte. Die Zentralwohlfahrtstelle zahlte laufende und einmalige Unterstützungen; sie sorgte dafür, daß die Bedürftigen die gesetzlich zustehenden Unterstützungen von den Wohlfahrtsämtern erhielten und zahlte Beihilfen für Wohnung und Heizung. Sie sorgte auch für die Verteilung von Matzos und Geld zu Pessach und den hohen Feiertagen. Sie unterhielt die Volksküche, Suppenküche und Kleiderkammer, leitete die Winterhilfe und sorgte durch OSE für den Gesundheitsschutz. Die OSE unterhielt in den Räumen der ehemaligen Friedländerschen Schule am Jakobstor 13 eine Poliklinik, in der Dr. Mestschanski, einer der wenigen in Danzig zugelassenen Ärzte aus dem Osten, mit Schwester Geckelmann und ehrenamtlich tätigen Frauen wirkte.

Die Wandererfürsorge, die seit ihrer Gründung bis zur Auflösung der Leitung des Verfassers unterstand, sorgte nicht nur finanziell für die täglich erscheinenden Hilfesuchenden, sondern hatte auch mit Behörden zu verhandeln, um das Los der Staatenlosen und ungesetzlich Eingewanderten zu mildern.

Verhandelt wurde mit der Polizei, mit dem Arbeitsamt (zwecks Erlangung von Arbeitsbewilligungen), mit der polnischen Eisenbahndirektion (zwecks Erhalt der 50%igen Fahrpreisermäßigung für Arbeitsuchende, die zurückgeschickt werden mußten) mit Fürsorgestellen im Reich (um Arbeitsuchende nach Westen befördern zu können), mit jüdischen Institutionen im Osten.

Die Bedeutung der Einwanderung zeigt die zahlenmäßige Entwicklung der Danziger Gemeinden. Das Staatshandbuch der Freien Stadt Danzig (Ausgabe 1926) gibt folgende Zahlen:

Bevölkerung der Freien Stadt Danzig nach dem Rel. Bekenntnis

am	1. 12. 1910	1. 11. 1923	31. 8. 1924
Evangelisch	207 324	218 137	222 818
Katholisch	112 692	130 174	140 797
Mosaisch	2 717	7 282 *)	9 239
Übrige	7 519	11 137	11 141
insgesamt	330 252	366 730	383 995

*) davon: 2500 Danziger, 4782 Nicht-Danziger.

Danzigs jüdische Bevölkerung nach Altersgruppen (1. 11. 1923):

	Danziger			Nicht-Danziger Staatsang.		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
0— 5	97	99	196	217	185	402
6—13	125	110	235	249	215	464
14—19	100	122	222	293	200	494
20—29	188	208	396	727	598	1325
30—39	185	194	379	511	381	892
40—49	200	190	390	368	267	635
50—59	169	186	355	208	113	321
60—69	92	111	203	77	86	163
70—	47	72	119	27	26	53
Unbek.	4	1	5	24	10	34
insgesamt	1207	1293	2500	2701	2081	4782

In der ersten Tabelle wird der Stand der jüdischen Bevölkerung von 1910 für das Gebiet der Freien Stadt Danzig mit 2717 angegeben; am 1. 11. 1923 betrug die Zahl der Danziger Juden nur 2500. Der Rückgang ist auf die Verluste im Kriege, den Fortzug ganzer Familien und den geringen Geburtenzuwachs zurückzuführen. Bis 1923 betrug der Zuwachs durch Einwanderung 4782, fast das Doppelte der einheimischen Bevölkerung, dabei hatten die Inflationsjahre bereits zahlreiche Einwanderer wieder zur Rückwanderung veranlaßt[97]. Nach dem Ende der Inflationszeit in der kurzen Zeitspanne vom November 1923 bis August 1924 war die jüdische Bevölkerung wieder erheblich angestiegen (von 7282 auf 9239).

Die weitere Tabelle zeigt, wie sehr die Einwanderung den Altersaufbau der Gemeinde verändert hat. Bei den Nicht-Danzigern sind die jüngeren Altersstufen erheblich stärker als bei den Danzigern. Die Jahrgänge der 20- bis 29jährigen stellen bei den Einwanderern 27,7 % der Gesamtzahl gegen 15,84 % bei den Danzigern. Die Altersstufen unter 40 Jahren haben einen Anteil von 57 % bei den Danzigern und fast 75 % bei den Zuwanderern. Die Danziger Gemeinde hatte durch diese Einwanderung — wie kaum eine zweite im deutschen Sprachgebiet — eine erhebliche Verjüngung erfahren.

Gleichzeitig erfolgte eine nicht weniger bedeutsame Veränderung der Berufsgliederung. Vor dem Weltkriege gliederte sich die Danziger Gemeinde in eine verhältnismäßig kleine Oberschicht der Großkaufleute und Industriellen mit den Angehörigen akademischer Berufe und eine breitere Mittelschicht selbständiger Existenzen (Einzelkaufleute, Vertreter und ähnliche). Die Gemeinde hatte unter ihren Mitgliedern nur wenige Handwerker und fast gar keine Arbeiter. Die Zuwanderung brachte unverhältnismäßig viele Markthändler, Angestellte, Handwerker und Arbeiter (die kaum Steuern zahlten, aber vielfach die Wohlfahrtseinrichtungen der Gemeinde in Anspruch nahmen).

Gemeindefinanzen

Die Finanzlage der Gemeinde war keineswegs günstig. Die Inflation hatte den Wohlstand mancher Steuerzahler vernichtet sowie Fonds und Stiftungen der Gemeinde entwertet. Spätere Währungsabwertungen (Zloty, Pfund, Dollar) brachten weitere Verluste. Die Gemeinde mußte Anleihen aufnehmen und zur Deckung von Schulden Grundstücke verkaufen. Andererseits war es durch die Inflation möglich gewesen, die noch vom Bau der Großen Synagoge bestehende Hypothekenlast mit geringen Mitteln zu tilgen.

Die Gemeinde erwarb das Grundstück Am Olivaer Tor 10, um auf dem Gelände des ehemaligen „Wintergarten" ein würdiges Gemeindehaus zu errichten. Die Absicht ließ sich nicht verwirklichen, da nicht nur die Mittel fehlten, sondern auch der Baugrund die Errichtung eines Neubaus nicht zuließ. Immerhin konnte das geräumige Grundstück den verschiedensten Bedürfnissen der Gemeinde dienen. Die Borussia-Loge hatte dort ihr Heim, die Wandererfürsorge ihr Büro. Der neuangestellte Raw Segalowitsch und der Kultusbeamte Samulski erhielten Wohnungen, und in dem nach der Schichaugasse gelegenen Teil entstand eine Turn- und Sporthalle, später auch die Volksküche. Im Jahr der Auflösung der Gemeinde und der Schließung der Großen Synagoge wurde die Turnhalle zum Betsaal umgestaltet.

Die Finanzkraft einer Synagogengemeinde kommt in ihrem Jahreshaushalt und in den Steuerlisten zum Ausdruck. Gegenüber dem Voranschlag blieb das tatsächliche Ergebnis stets hinter dem Voranschlag zurück, und seit 1931 war das Steueraufkommen in ständigem Sinken[98]. Während die Aufgaben der Gemeinde sich erweiterten, verringerte sich ihre Finanzkraft. Der Grund waren die Verluste, welche die anhaltende Wirtschaftsdepression und die Schädigung Danzigs durch den polnischen Hafen Gdingen mit sich brachten.

Die Steuerlisten umfaßten nicht mehr als rund 1 000 Zensiten, von denen ein Zehntel rund 90 % aller Steuern aufbrachten. Der Steuersatz betrug 20—25 % der Einkommensteuer und bedurfte der Genehmigung durch die Behörde, die gegebenenfalls auch die Zwangsbeitreibung der Steuerbeträge übernahm. Neben den Steuereinnahmen hatte die Gemeinde weitere Einnahmen: aus dem Verkauf von Synagogenplätzen (zu 3—30 Gulden) in Höhe von 30 000 Gulden, aus Schlachtgebühren, welche bei dem steigenden Verbrauch von koscherem Fleisch recht beträchtlich waren.

Das starke Wachstum der Gemeinde forderte ständige Erweiterung ihrer Arbeit auf allen Gebieten der sozialen Fürsorge, bei der Förderung kultureller Bestrebungen und der Pflege ihrer religiösen und erziehlichen Einrichtungen.

Vermehrung der Kultusbeamten

Bereits 1920 waren die Aufgaben des Gemeinderabbiners so angewachsen, daß zur Entlastung des amtierenden Rabbiners Dr. Kälter die Anstellung eines zweiten Rabbiners erforderlich wurde. In Rabbiner Dr. David Weiss, der von Berlin berufen wurde, erhielt die Gemeinde einen Lehrer und Erzieher, der in langjähriger Tätigkeit als akademischer Religionslehrer reiche pädagogische Erfahrung gesammelt hatte. Es war zunächst seine Aufgabe, den Religionsunterricht an den höheren Schulen und an der Religionsschule zu erweitern und den neuen Bedürfnissen anzupassen.

Die Gemeinde erhielt in Dr. Weiss einen Rabbiner, der auf der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums als liberaler Rabbiner geschult worden war, aber, aus ostjüdischer Lebenssphäre stammend, auch volles Verständnis für die besonderen Bedürfnisse ostjüdischer Menschen und ein warmes Herz für die jüdische Arbeit in Palästina besaß. Als Mitarbeiter wurde er unserem Gemeinderabbiner Kälter bald ein wahrer Freund und eine unentbehrliche Stütze, die sich besonders während Kälters langen Krankenlagers bewährte. Durch die Übernahme der Leitung des gesamten Religionsunterrichts ermöglichte er es Kälter, sich mit ganzer Kraft dem sozialen Hilfswerk und den neuen Aufgaben im Kampf gegen den Antisemitismus und für die Erhaltung des Friedens in der Gemeinde zu widmen.

Dr. Kälters schwere Erkrankung und die dadurch verursachte Überlastung seines Amtskollegen veranlaßten die Gemeinde im August 1925 zur Anstellung eines zweiten akademischen Religionslehrers, des Rabbinatskandidaten Dr. Arthur Bluhm.

Dr. Bluhm stammte aus Westpreußen; er hatte das Kgl. Gymnasium in Konitz besucht, an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums und der Berliner Universität studiert und 1924

promoviert. Er amtierte in Danzig vom August 1925 bis April 1926; Kälters Tod im März 1926 machte die Anstellung eines Nachfolgers als Gemeinderabbiner notwendig. Dr. Bluhm wurde 1927 als damals jüngster Rabbiner nach Crefeld berufen, wo er bis zu seiner Auswanderung wirkte. Die Naziverfolgungen brachten ihn und seine Gattin Hanna Heimann, die er im Januar 1928 in Danzig geheiratet hatte, ins KZ; 1939 wanderte er nach Amerika aus und bekleidete bis zu seinem Tode über 20 Jahre das Rabbineramt am Tempel B'nei Israel in Amarillo (Texas).

Zur Befriedigung der religiösen Bedürfnisse der ostjüdischen Bevölkerung, die den orthodoxen Gottesdienst in der Synagoge Mattenbuden besuchte, wurde der Raw Jakob Segalowitsch als Dajan angestellt und ihm neben der Kanzel die Aufsicht über die Schechita und das Kaschrutwesen übertragen. Da die vom Raw nach den strengsten Vorschriften ausgeübte Überwachung auch die Herstellung koscherer Nahrungs- und Genußmittel einbezog, fanden die von ihm geprüften Danziger Waren guten Absatz bei der jüdischen Bevölkerung Polens und anderer Länder.

In Raw Segalowitsch hatten die Orthodoxen in Danzig einen religiösen Führer mit großem jüdischem Wissen und gründlicher talmudischer Schulung. Den in der „Misrachi" vereinigten zionistischen Teilen der Orthodoxie war er ein beredter Wortführer. Auf seinen Einfluß war es zurückzuführen, daß in Danzig in den 20er Jahren die Misrachi-Weltkonferenz und mehrere Kongresse jüdischer Jugendorganisationen stattfanden.

Seine parteipolitische Einstellung wurde ihm zum Verhängnis; bei innerpolitischen Kämpfen in der Gemeinde wurde seine Person in Mitleidenschaft gezogen. Da oftmals die liberalen wie die orthodoxen Juden mit der Auffassung des Raw über seine Rechte und Pflichten nicht übereinstimmten und der Widerstand zum Teil unliebsame Formen annahm, ging Raw Segalowitsch im Jahre 1932 als Rabbiner nach Brüssel.

Zu seiner Verteidigung muß gesagt werden, daß das für Danzig neue und unbekannte Amt eines „Raw" und „Dajan" mit dem falschen Maßstab des deutschen akademischen Rabbiners gemessen wurde, woraus sich Konflikte ergaben, für die der Raw nicht getadelt werden sollte. Wer das Leben der Ostjuden gekannt hat, muß der Persönlichkeit des Raw Verständnis und seinen Leistungen wie auch jüdischen Kenntnissen Achtung entgegenbringen. Von seiner Gelehrsamkeit zeugte die 1931 in Danzig in deutscher Sprache veröffentlichte Predigtsammlung „Ne'umim".

Sein Nachfolger Raw Golinkin besaß nicht das streitbare Temperament seines Vorgängers. Da die Parteien innerhalb der Gemeinde angesichts der fortschreitenden Nazifizierung Danzigs ihre Kämpfe nicht fortsetzen konnten, verlief Golinkins Tätigkeit, die sich auf die Gemeinde Mattenbuden beschränkte, in den Notjahren 1932—1939 reibungslos; sie war völlig mit der Fürsorge für die Notleidenden ausgefüllt.

Ein großer Teil der eingewanderten Ostjuden hatte sich in Zoppot niedergelassen, wo der Erwerb von Wohnungen und Häusern leichter war als in der Stadt Danzig. Während die deutschsprachige Gemeinde in Zoppot trotz eines gewissen Zuzugs nicht in der Lage war, neben ihrem Kultusbeamten und Prediger einen akademisch gebildeten Rabbiner zu halten, besaß die ostjüdische Gemeinschaft nicht nur einen großen Betsaal im oberen Teil der Seestraße, sondern auch einen bedeutenden Rabbiner, Raw Abraham Chen (Raw Abraham Juda ben Raw Chayim-David Zevi Chen).

Raw Chen war 1878 in Tschernigow (Rußland) geboren und von 1910—1919 Rabbiner in Novosilcow gewesen. Der Auswandererstrom brachte ihn nach dem Weltkriege nach Zoppot, wo

er bis 1934 als Raw der religiöse und geistige Führer der ostjüdischen Gemeinde war. Er vereinigte orthodox-religiöse Lebensführung und gründliches talmudisches Wissen mit westlich-philosophischer Schulung. Raw Chen ging 1935 nach Israel, wo er Rabbiner des Lehrhauses Ha-Rambam wurde. Von 1937—1939 war er Direktor der Zentrale für religiöse Kultur in der Kulturabteilung des „Vaad Leumi", von 1951—1954 Raw von Ha-Kerem. Er starb in Jerusalem an Jom-Kippur 1958. — Raw Chen war Verfasser von „Li-Menahamai", „Al-Dam", „Lo Tirzach". Der „Mossad Haraw Kook" gab 1959 in Jerusalem eine Sammlung seiner Abhandlungen unter dem Titel „Be Malkuth-Ha-Jehaduth" heraus.

Von der Gemeinde wurden weitere Beamte als Kantoren, Schächter und Ritualaufseher angestellt, darunter der Kantor Przysucher und der Schächter Samulski, der auch als 2. Kantor auf Mattenbuden amtierte. Den strengen ostjüdischen Gebräuchen wurde in der Chewra Rechnung getragen, doch sorgte eine genaue Regelung der Begräbnisvorschriften dafür, daß die äußere Form und Würde auf dem Friedhof gewahrt wurde[99].

Die vom Vorstand eingesetzte Ritualkommission arbeitete unter dem Vorsitz von Dr. Paul Möller, der seit 1910 dem Gemeindevorstand angehörte, so vorbildlich, daß es auf religiösem Gebiet zu keinem Konflikt zwischen den einheimischen und den eingewanderten Juden kam. Liberal gerichtete Ostjuden besuchten den deutschen liberalen Gottesdienst in der Großen Synagoge und hatten dort auch ihre festen Plätze; die orthodoxen Juden schlossen sich der Synagoge Mattenbuden an. Die 1932 erfolgte Gründung der orthodoxen Synagoge „Ohel Yitzchak" durch Isaak Grünberg war keine Folge von Uneinigkeit oder Absplitterung, sondern entsprang dem Wunsch des gebefreudigen Wohltäters; sie geschah im Einverständnis mit der Gemeinde, welche die Synagoge und die dazu gehörige Talmud Tora unterstützte.

Die Gemeinde blieb trotz aller Gegensätze eine Einheitsgemeinde. In den ersten Nachkriegsjahren entstand unter Führung eines Vorstandsmitgliedes, des Justizrats Zander, ein Gemeindeverein, der alle Kräfte der wachsenden Gemeinde auf religiös und politisch neutralem Grunde zur Erfüllung gemeinsamer Aufgaben zusammenfassen wollte. Im Rahmen des Vereins fanden, von Rabbiner Kälter vorbereitet und von der Lehrerin Sophie Berg durchgeführt, Chanukka- und Purimfeiern statt, bei denen Danzigs größter Saal im Schützenhaus die Zahl der Erschienenen kaum fassen konnte. Die Politisierung der Gemeinde, die Bildung von Gruppen und Parteien, die Überlastung des Rabbiners und die Inflation haben jedoch bald zur Auflösung des Vereins geführt.

Die Inflation verhinderte auch den dringend nötigen Ausbau des jüdischen Schulwesens in Danzig. Obwohl die Schülerzahl sich ungeahnt vermehrte, konnte die Zahl der jüdischen Lehrer nicht vermehrt werden; sie wurde sogar verringert. Im Jahre 1920 verließ Selmar Rosenberg, der von 1912 der Gemeinde als 2. Kantor und Religionslehrer gedient hatte, die Stadt; sein Nachfolger, Kantor Egon Pessen, der 1921 nach Danzig kam, verließ die Gemeinde noch in demselben Jahr, um nach USA auszuwandern. Die Lehrerin Sophie Berg, die als vollbeschäftigte Lehrerin an der Scherlerschen Höheren Mädchenschule auch den Religionsunterricht an der Unterstufe dieser Schule erteilt hatte, gab ihre Tätigkeit nach ihrer Heirat auf. Die Wahl des 2. Rabbiners Dr. Weiss als akademischer Religionslehrer brachte zwar 1920 einen Ausgleich, doch wurde seine pädagogische Tätigkeit durch die ungünstigen Zeitverhältnisse in ihrem Erfolg beeinträchtigt.

Nach dem Staatshandbuch der Freien Stadt Danzig (1926) waren

	Jüdische Schüler	Lehrer	
In Volksschulen	144	1	
In Mittelschulen	67	1	
In Höheren Schulen	419	1	+ 7 jüd. Religionslehrer

Die bedauerliche Zurücksetzung des jüdischen Bevölkerungsteils ist unverkennbar. Während in den Volksschulen ein evangelischer Lehrer auf 33, ein katholischer Lehrer auf 41 Kinder kam, gab es für 144 jüdische Schüler nur einen jüdischen Lehrer.
Um den Religionsunterricht in den Volks- und Mittelschulen auf gleichen Stand zu bringen wie in den Höheren Schulen, hätte es der Vermehrung jüdischer Lehrerstellen bedurft. Die Gemeinde unterließ einen Antrag an die Schulbehörden und begnügte sich damit, die rund 200 jüdischen Kinder der Volks- und Mittelschulen in ihrer privaten Religionsschule zu sammeln, wofür die Schulbehörde lediglich die Räume in der Rechtstädtischen Mittelschule zur Verfügung stellte.
Die Fülle der neuen Aufgaben nahm nach 1920 die Kraft der Gemeinde allzu sehr in Anspruch. Rabbiner Weiss war voll damit beschäftigt, den Religionsunterricht an höheren Schulen zu reorganisieren, so daß die für Volks- und Mittelschulen nicht minder nötige Arbeit zurückgestellt werden mußte. Noch ein anderes Moment kam hinzu. Der Kampf gegen die bei Erfüllung polnischer Forderungen drohende Überfremdung forderte die ganze Aufmerksamkeit der Danziger Schulbehörde. Für die jüdische Gemeinde war das Grund genug, an den mit vielen Problemen ringenden Senat nicht noch mit jüdischen Forderungen heranzutreten, bei denen dazu besonderes Verständnis für die eingewanderten Juden gefordert wurde. Die Gemeinde sah sogar davon ab, den einzigen jüdischen Volksschullehrer oder den Rektor Friedländer innerhalb ihrer Pflichtstunden für den Religionsunterricht in Anspruch zu nehmen. Die Studienrätin Romana Haberfeld hat nie Religionsunterricht erteilt. Von den acht jüdischen Lehrern an höheren Schulen waren sieben als Angestellte der Gemeinde lediglich mit Erteilung des Religionsunterrichts beauftragt.

Antisemitismus

Zu den Faktoren, die das religiöse Erziehungswerk hemmten und überhaupt jüdisches Leben erschwerten, gehörte neben den erwähnten Schwierigkeiten der Antisemitismus, der bald nach dem Kriege auch in dem jungen Freistaat in Erscheinung trat.

Der Antisemitismus hatte in Danzig dieselben Ursachen und arbeitete mit denselben Lügen und Beschuldigungen wie im Reich. Erschwerend kam hinzu, daß die Trennung vom Reich als brennende Wunde verspürt wurde. Danzig war das Symbol der blutenden Grenzen, und die üblen Folgen der Inflation, dazu die ungehinderte Einwanderung von Fremden vertieften die Unzufriedenheit.

Der Antisemitismus wirkte sich in Danzig weniger auf wirtschaftlichem Gebiet aus, da Handel und Wirtschaft Danzigs gerade durch den Zuzug der Fremden gefördert wurden. Um so bedenklicher zeigte er sich in politischer, kultureller und gesellschaftlicher Hinsicht.

Die Danziger Juden waren deutsche Juden; mit der übrigen deutschen Bevölkerung Danzigs klammerten sie sich nach der Abtrennung an das Reich, das heißt an ihre jüdischen Brüder und Organisationen im Reich. Der 15. Deutsch-Israelitische Gemeindetag in Berlin am 23. Januar 1921 wurde aus Danzig von Justizrat Fabian, Geheimrat Flater und Rabbiner Kälter besucht; Professor Kalischer, selbst ein Kind Westpreußens, begrüßte sie in seiner Einführung besonders herzlich und rühmte die Danziger Gemeinde, „die uns wiederholt ihre Anhänglichkeit und Treue bekundet hat, und mit der wir bestimmt hoffen, nicht bloß im Geist, sondern leibhaftig in unserem Bund vereint zu bleiben". So blieb Dr. Kälter im Hauptvorstand des C. V.; auch nachdem die Danziger Gruppe in den C. V. Danziger Staatsbürger umgewandelt worden war, blieb die Borussia-Loge Mitglied des deutschen Distrikts des U. O. B. B., solange die Möglichkeit bestand. Die Gründung der Danziger Ortsgruppe des R. j. F. (Reichsbund jüdischer Frontsoldaten) und die Wiederbelebung des Danziger Vereins für jüdische Geschichte und Literatur erfolgten unter Mitwirkung der Hauptorganisation im Reich.

Wie die Freie Stadt Danzig ihre Beamten, selbst den Ersten Präsidenten und Finanzsenator, aus dem Reich berief, so holte auch die Gemeinde von dort ihre Rabbiner und Lehrer. Die Danziger, Juden wie Nichtjuden, fuhren ins Reich zum Besuch von Verwandten, Theatern und Museen; die Jugend studierte an deutschen Universitäten. Den Danziger Juden war es ein tiefes Bedürfnis, die Beziehungen mit den Brüdern im Reich zu pflegen, ohne die das deutsch-jüdische Geistesleben in Danzig verkümmert wäre.

Die alten Beziehungen zu den Juden in Königsberg und Ostpreußen wurden von beiden Seiten weiter unterhalten und vertieft. Ostpreußens Abschnürung vom Reich hatte bei den Juden große Not erzeugt; die Leistungsfähigkeit der Gemeinden sank. Die Zahl der Juden betrug in Ostpreußen 1925 nur noch 11 387, kaum mehr als die Zahl der Juden in der Freien Stadt Danzig. Die Königsberger Gemeinde, die einst Danzig weit übertroffen hatte, zählte nur noch 4049 Seelen. Aber die Gemeinde blieb als Haupt der ostpreußischen Gemeinden ein bedeutendes Zentrum, zumal ihre Steuerkraft nicht wie in Danzig durch ein starkes Proletariat geschwächt war. Die jüdischen Beamten in Danzig blieben Mitglieder des Vereins der Religionslehrer Ostpreußens, der Danziger Literaturverein wurde Mitglied des Verbandes der ostpreußischen Vereine; die Danziger Ortsgruppe des R. j. F. schloß sich dem ostpreußischen Landesverband an. Zwischen Danzig und Königsberg erfolgte ein reger Rednerаustausch. Arthur Cohn von der Kant-Loge in Königsberg war als Mitglied des Generalkomitees der Großloge ein gern gesehener Gast der Borussia-Loge; Kurt Sabatzki, der Syndikus des Landesverbandes des C. V. in Ostpreußen war ein willkommener Helfer im Kampf gegen den Antisemitismus.

Echt und aufrichtig war der Glaube der einheimischen Juden in Danzig, zur deutschen Kultur- und Volksgemeinschaft zu gehören. Aber der antisemitischen Bewegung gelang es schon früh, die Juden aus der deutschen Lebenssphäre hinauszudrängen. Die Methode war sehr einfach: das Schlagwort „deutschvölkisch" wurde mit „deutsch" gleichgesetzt. Wer in dieser außerhalb der Reichsgrenzen liegenden Stadt nicht deutschvölkisch war, galt auch nicht als deutsch. Das zeigte sich an den „Deutschen Tagen", die durch Hissen der Flaggen gefeiert wurden. Zunächst beteiligten sich alle, die sich zum deutschen Volkstum bekannten; man sah zahlreiche Danziger Flaggen. Bald aber herrschte die Naziflagge; sie allein kennzeichnete angeblich den wahren Deutschen.

Die Tatsache, daß polnische Handelsfirmen und Banken sich in Danzig niederließen, mit polnischen Dienststellen polnische Beamte mit ihren Familien zahlreich nach Danzig

kamen, polnische Schulen entstanden und dadurch der deutsche Charakter Danzigs gefährdet wurde, beunruhigte die deutsche Bevölkerung Danzigs. Da sie aber gegenüber dieser Entwicklung machtlos war, überließ sie es den Behörden, sich gegen diese Polonisierung mit diplomatischen Mitteln zu wehren. Als aber ostjüdische Flüchtlinge sich in Danzig niederließen und ihre Kinder in die Danziger Schulen schickten, sie sich nicht nur bemühten, der Danziger Wirtschaft zu dienen, sondern auch die Danziger Staatsangehörigkeit zu erwerben und sich in die deutsche kulturelle Atmosphäre einzuleben und die Danziger Juden ihren Glaubensgenossen hierbei die Hilfe nicht versagten, da fand der aufgespeicherte Haß gegen alle Fremden, die Feindschaft gegen den Versailler Vertrag, gegen die Weimarer Republik und Danzigs demokratische Verfassung, der Kampf gegen die wirtschaftlichen und moralischen Schäden der Inflation das Ventil in einer hemmungslosen Judenhetze.

Wie im Reich begannen auch in Danzig alldeutsche und antisemitische Gruppen den demokratischen Staat zu untergraben, und es waren gerade die bürgerlichen und nationalen Parteien, die der Hetze zum Opfer fielen. Da die Danziger Juden in ihrer Mehrheit diesen Parteien angehörten, wurde ihre politische Lage aufs stärkste erschüttert. Die einzigen Kräfte, die aus weltanschaulichen Gründen zunächst der nationalistischen Flut standhielten, waren die Sozialisten und das katholische Zentrum; beide fanden von jüdischer Seite nicht die moralische und finanzielle Unterstützung, derer sie bedurften.

Erschwerend war, daß in Danzig die deutschnationale Regierung allzu sehr bereit war, die völkischen Gruppen nicht nur zu dulden, sondern sogar zu fördern, während sie in der Weimarer Republik zunächst noch als staatsfeindliche Kräfte bekämpft wurden. Da Danzig Grenzgebiet war, führten hier nationalistische Leidenschaften zum Haß gegen alles Fremde, erhielt der Begriff des Volkstums immer stärker mystischen Charakter. Der neue Glaube ergriff auch gebildete Schichten, vor allem die Frauen. Die Auswirkungen zeigte zum Beispiel die Behandlung jüdischer Schüler durch nationalistische Lehrerinnen.

Danzigs politische Entwicklung zeigte sich in den Wahlergebnissen zu den Volkstagen und zum Senat.

Der erste Volkstag, der aus den Mitgliedern der verfassunggebenden Versammlung von 1920 bestand, hatte unter den 120 Mitgliedern als Reaktion gegen die Abtrennung eine starke deutschnationale Gruppe (34), dazu infolge der revolutionären Strömungen zwei sozialistische Gruppen (21+19). Eine entschieden antisemitische Gruppe war nicht vorhanden. In dem am 18. November 1923 gewählten Zweiten Volkstag hatten Deutschnationale und Zentrum ihre Sitze bewahrt, die vereinigten Sozialisten aber 10 Sitze an die Kommunisten eingebüßt. Ebenso hatten die Mittelparteien einige Sitze verloren. Als Ergebnis der Unzufriedenheit und Hetze waren als neue Gruppen 10 Kommunisten und 7 Deutschsoziale in den Volkstag eingezogen.

Der Volkstag hatte 3 jüdische Abgeordnete: als Mitglied der Deutschdemokratischen Partei Julius Jewelowski, bei den Sozialisten Dr. Hans Bing und von der „Freien Wirtschaftlichen Vereinigung" Dr. Hugo Neumann. Der von der deutschdemokratischen Partei gewählte Justizrat Fabian hatte das Mandat nicht angenommen; er wäre mehr als andere geeignet gewesen, jüdische Interessen zu vertreten.

Julius Jewelowski (1874 in Russisch-Polen geboren), Inhaber der Firma S. J. Jewelowski und der Danzig-Rückforther Sägewerke, war ein Mensch von außerordentlichem Fleiß und stärkstem

Willen, der nicht gewillt war, im bürgerlichen und politischen Leben irgendwie Rücksicht zu nehmen. Am 6. Dezember 1920 als Vertreter der demokratischen Partei zum Senator für Handel und Gewerbe gewählt, führte er die für Danzig lebenswichtigen Verhandlungen mit Polen, die zu dem Abkommen vom 24. Oktober 1921 führten. J. hatte mehr Feinde als Freunde. Die Deutschnationalen haßten ihn als Demokraten, als Juden und als eingewanderten Fremden. In Wirtschaftskreisen neidete man ihm seinen Aufstieg; die neueingewanderten Ostjuden, die von ihm, dem in den 80er Jahren eingewanderten Glaubensgenossen, besonderes Verständnis für ihre Wünsche erwarteten, enttäuschte er durch seine oft ausgesprochene Überzeugung, daß die Danziger Staatsinteressen allen Gruppen- und Einzelinteressen vorangingen. In der allgemeinen wie in der jüdischen Öffentlichkeit verübelte man ihm, daß er die verlassene Kronprinzenvilla in Langfuhr käuflich erwarb und bewohnte.

Als im Zweiten Volkstag die zur Bildung einer Koalition benötigte Fraktion der Deutschsozialen ihre Mitarbeit vom Rücktritt Jewelowskis abhängig machte, wurde Jewelowski ausgebootet. Die erste Forderung war damit erfüllt, dazu kam eine zweite: das gegen den „Knüppelkunze" als lästigen Ausländer verfügte Einreiseverbot aufzuheben. Auch das geschah, und beide der antisemitischen Gruppe gemachten Konzessionen erwiesen sich für die Zukunft als verhängnisvoll.

Der zweite Jude im Volkstag war Dr. Hugo Neumann, ein Bruder des Textilfabrikanten Konsul Leo Neumann. Er war Anwalt und Notar (mit den Anwälten Lazarus und Scholle als Partner). Als Sohn des Kaufmanns und Ratsherrn Max N. 1882 in Berent geboren, hatte er in Berlin, Heidelberg und Königsberg studiert. Er war Mitglied des Volkstages von 1920—1927.

Der dritte jüdische Abgeordnete war Dr. Hans Bing, 1889 in Ratibor geboren. Er war Kriegsteilnehmer, kam nach seiner Promotion in Königsberg im Oktober 1919 als Arzt für Innere Krankheiten nach Danzig und wurde als Mitglied der SPD in den ersten Volkstag gewählt. In seinem Kampf für die demokratische Verfassung der Freien Stadt wurde er ein mutiger Streiter auch im Kampf gegen die antisemitische Hetze.

Zum erstenmal lenkte er als junger Abgeordneter die Aufmerksamkeit auf sich, als er in einer Versammlung, die der Danziger C. V. in das Städtische Gymnasium einberufen hatte, gegen den Professor Ernst Petersen von der T. H. auftrat. Petersen war als geistiger Führer der Nationalsozialisten, mit einem goldenen Hakenkreuz geschmückt, in der Versammlung erschienen und begann, nach einem sachlichen Vortrag des Rabbiners Dr. Felix Goldmann-Leizpig über Deutschtum und Judentum, in gehässiger Weise Juden und Judentum als Quelle allen Übels anzuklagen und zu beschimpfen. Seine Ausführungen kamen so unerwartet, daß sie auf die Anwesenden wie versteinernd wirkten. Da fand Dr. Bing die rechte Sprache, um mit dem demagogischen Gegner abzurechnen.

Wenn auch Petersen, der schon 1925 starb, nicht als Sprachrohr der Danziger T. H. betrachtet werden kann, so muß doch leider gesagt werden, daß die Technische Hochschule in den Nachkriegsjahren eine Hochburg des Antisemitismus wurde, daß sie in dem Bestreben, Danzigs deutschen Charakter zu wahren, einem gefährlichen Nationalismus huldigte. In der Zeit zwischen den Weltkriegen hat nur ein Jude dem Lehrkörper angehört. Es war der junge Physiker Franz Ollendorf, ein Assistent von Professor Rößler. Obwohl er durch seine Ehe mit der Tochter des Rabbiners Kälter mit Danzig aufs engste verbunden war, verleidete ihm die von Professor Petersen geführte Wühlarbeit die Tätigkeit in Danzig so sehr, daß er die Stadt verließ (und sich als Professor am Technion in Haifa Anerkennung erwarb, die 1959 durch Verleihung eines deutschen Ehrendoktors zum Ausdruck kam).

Unmittelbar nach dem Kriege, als mit der Abtrennung Danzigs vom Reich der deutschen Bevölkerung Danzigs auch eine geistige Isolierung drohte, wurde mit Hilfe der Technischen Hochschule die Volkshochschule gegründet, wobei die Mitarbeit der Danziger Juden willkommen war. Die Studienrätin Dr. Romana Haberfeld, der Nervenarzt Dr. Semi

Meyer, der Augenarzt Dr. Behrendt, Rechtsanwalt Dr. Bernhard Rosenbaum hielten Vorlesungen, die von Juden und Nichtjuden besucht wurden. Aber ihre Mitarbeit wurde immer weniger begrüßt, je mehr die völkische Bewegung in bürgerlich-nationale Kreise Danzigs eindrang.

Das Dilemma, in das die jüdische Bevölkerung Danzigs geriet, zeigt ein Bericht, den ein Danziger Vertreter im April 1924 in der Hauptversammlung des Central-Vereins erstattete. Es hieß darin:

„Wir Danziger Juden wollen und können nichts anderes sein als deutsche Juden: kraft unseres Kulturstandpunktes, unserer gesamten Gemüts- und Geisteseinstellung und unserer Vaterlandsliebe. Deshalb kann es dem C. V. nicht gleichgültig sein, was in Danzig geschieht . . . Der Freistaat Danzig ist weder frei noch ein Staat. Die Reibungen und Kämpfe, die sich in allen Staaten heute abspielen, wirken sich dort auf engstem Raum, dadurch um so zerstörender und vernichtender aus. Das gilt besonders von den nationalsozialistischen und nationalistischen Einflüssen, die sich bei uns um so mehr austoben können, weil die in Deutschland verbotenen Organisationen in Danzig nicht verboten sind und alles, was sie dort tun, angeblich zur Abwehr des gefährdeten Deutschtums unternehmen, so daß es ungeheuer schwer ist, einerseits gegen den Antisemitismus vorzugehen, andererseits aber den Kampf für das Deutschtum nicht zu gefährden.

Im Reich kann vom C. V. in aller Öffentlichkeit und mit vollstem Recht gesagt werden, daß „deutsch-völkisch" nicht gleichbedeutend mit „deutsch" ist; im Reich kann mit aller Emphase betont werden, daß judenhetzerische Forderungen das Deutschtum gefährden; in Danzig kann das nur selten und nur mit aller Vorsicht gesagt werden, weil alle Äußerungen in dieser und ähnlicher Hinsicht als „Denunziation an Polen" dargestellt werden und sich auch tatsächlich nach dieser Richtung hin auswirken können. Das wünschen wir selbst Gegnern gegenüber unter keinen Umständen. Daher stehen wir in Danzig vor der schweren Gefahr, daß wir allmählich und systematisch von der öffentlichen Vertretung deutscher Interessen abgedrängt werden.

So nur war es auch erklärlich, daß die Wahlen, die bei uns schon stattgefunden haben, einen beachtlichen antisemitischen Erfolg abgaben. Die „Deutschsozialen", die bisher im Danziger Volkstag nicht vertreten waren, haben nunmehr sieben Abgeordnete, und diese sieben Stimmen sind für die Regierungsmajorität entscheidend. Der einzige jüdische Senator, den wir in Danzig hatten, wurde aus der Regierung ausgeschifft.

Die Zunahme der Anzahl der an unserer T. H. studierenden deutschen Juden würden wir sehr begrüßen. Wir Danziger Juden würden ihnen durch jegliche Fürsorge und Förderung den Aufenthalt in Danzig angenehm zu gestalten suchen.

Neben dem Kampf gegen die Deutschvölkischen und Deutschnationalen und auch gegen den polnischen Antisemitismus ist die Ostjudenfrage für uns ein sehr schwieriges Problem. Wir haben neben dem Kampf für die Ostjuden auch noch einen Kampf gegen die üblen Elemente darunter auszufechten.

Es besteht für uns die Gefahr, daß wir Danziger Juden als „nationale Minderheit" erklärt werden; das bedeutet, daß wir dem „Minoritätenschutz" des Völkerbundes unterstellt werden. Wir sind uns der großen Gefahr bewußt, daß dies für uns deutschfühlende Danziger Juden das Ende unseres Deutschtum bedeuten würde. Es würde bedeuten, daß wir rettungslos zerrieben würden, daß alle unsere deutschen Ideale dem Untergang preisgegeben würden. Wir fühlen, daß unser Schicksal als deutsche Juden in Danzig untrennbar verknüpft ist mit dem Schicksal aller deutschen Juden . . .

Bei dem jetzt kommenden Pessachfest öffnen wir als ein Volk der Hoffnung nach alter Sitte dem erwarteten Messias die Tür; so halten auch wir Danziger Juden die Tür offen nach dem Deutschen Reich. Nur aus der Verbindung mit unseren deutschen Glaubensbrüdern und mit Deutschland überhaupt erwarten wir für uns die Erlösung." (C. V. Zeitung 1924, 18)

Für die Verhältnisse der Juden in Danzig galt die Regelung der Pariser Konvention (Art. 33), daß die Freie Stadt Danzig gegenüber rassischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten die gleiche Haltung einzunehmen habe wie Polen auf Grund des Minderheitenschutzvertrages vom 28. Juni 1919. Die Danziger Juden hatten als religiöse Minderheit gesetzlichen Anspruch auf Gleichberechtigung, während die eingewanderten polnischen Juden als religiöse und sprachliche Minderheit sowohl den Schutz der Danziger Gesetze als auch die Protektion der polnischen Regierung genossen. Als im Herbst 1921 der Danziger Senat polnische Staatsangehörige, darunter auch Juden auswies, protestierte Polen dagegen. Soweit Juden von der Ausweisung betroffen waren, hatten die Danziger Juden weder ein Recht noch Veranlassung, für sie einzutreten; sie gewährten aber Hilfe und Unterstützung in Härtefällen.

Von großer Bedeutung wurde für die Juden das Danziger Naturalisierungsgesetz vom 30. Mai 1922, das den Erwerb der Danziger Staatsangehörigkeit an scharfe Bedingungen knüpfte und dem größten Teil der ostjüdischen Einwanderer schon aus finanziellen Gründen die Naturalisierung unmöglich machte.

Der von Polen geübte Schutz der polnischen Minderheit in Danzig galt auch für die polnischen Juden, die sich in Danzig angesiedelt hatten. Die Juden konnten jedoch daran keine allzu großen Hoffnungen knüpfen, solange in Polen selbst die verfassungsmäßigen Rechte der Juden mit Füßen getreten wurden. An der trostlosen Lage der Juden in Polen gemessen, bildete im ersten Jahrzehnt nach dem Kriege die Freie Stadt Danzig mit ihrer vom Völkerbund garantierten Verfassung auch für die aus Polen eingewanderten Juden eine Insel der Freiheit und der Hoffnung, wie sehr auch die unaufhörlichen Streitigkeiten zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig ihre Lage beeinflußten.

Es konnte nicht ausbleiben, daß es auch innerhalb der Gemeinde zu Konflikten zwischen den eingesessenen und den zugewanderten Juden kam. Die Danziger Gemeinde war bestrebt, ihren deutsch-jüdischen Charakter zu wahren. Sie hatte, wie alle Gemeinden im Reich, rein religiösen Charakter, und die Führung lag in der Hand von Männern, die sich zum liberalen Judentum bekannten. Die Gemeindewahlen hatten stets nach friedlicher Einigung zwischen der großen liberalen Mehrheit und der kleinen Minderheit der Orthodoxen und Zionisten auf Grund einer gemeinsamen Liste stattgefunden, wobei die Majorität der Liberalen respektiert wurde. Zu Wahlkämpfen, selbst zu Wahlversammlungen, war es nie gekommen. Einwohner, die sich der Gemeinde angeschlossen hatten, genossen ihre religiösen und kulturellen Einrichtungen, Synagoge, Friedhof, Schule und Wohlfahrtseinrichtungen, und erstrebten keinen Einfluß auf die Verwaltung und Führung der Gemeinde, die ihrerseits unter Kälter und Fabian die religiösen und rituellen Bedürfnisse der Einwanderer großzügig und brüderlich zu befriedigen suchte.

Allmählich änderte sich das friedliche Bild. Die Auseinandersetzungen begannen jedoch nicht zwischen Ost- und Westjuden, sondern zwischen den verschiedenen weltanschaulichen Gruppen, den Zionisten und Nichtzionisten. Die Balfour-Deklaration von 1917 hatte der zionistischen Gruppe neue, starke Impulse gegeben; die eingewanderten Ostjuden, die infolge ihrer Heimatlosigkeit und ihrer Zionsliebe zu nationaljüdischer Haltung neigten, hatten die Stellung der zionistischen Organisationen sehr gestärkt. Ihre Reihen mehrten sich, ihre Sport- und Jugendgruppen wuchsen; das Interesse für die hebräische Sprache

erstarkte, und je mehr sich der Antisemitismus ausbreitete, um so mehr erstarkte in den jüdischen Reihen der Zionismus.

Vor dem Kriege hatte die zionistische Ortsgruppe in Danzig vornehmlich aus begeisterten Akademikern bestanden, die in zionistischen Studentenverbindungen geschult worden waren (unter ihnen der Arzt Dr. I. Landau, die Anwälte Dr. Herbert Lewy und Dr. H. Rosenthal, Zahnarzt Dr. Guter, Apotheker Heinrich). Wegen ihrer geringen Zahl hatte sie keinen Einfluß auf die liberale Gemeindepolitik; jetzt wurde der Zionismus eine Bewegung der Masse und trat gleichzeitig in offene Opposition zur Gemeinde.

Der Kampf ging um die Frage: Religionsgemeinde oder Volksgemeinde? Während der weitaus größte Teil der Einheimischen, liberaler Tradition folgend, auf dem Boden der Religionsgemeinde stand und Vorstand wie Repräsentanz daher nur aus Vertretern religiöser Richtungen zusammengesetzt waren, wollte die zionistische Organisation jetzt auch Einfluß auf die Gemeindepolitik gewinnen. Mit der Gründung der Jüdischen Volkspartei zog ein neuer Geist in die Gemeinde ein; ein Geist, der die Gemeinde in verschiedene Lager spaltete, aber auch als positive Kraft zu tätigerer Mitarbeit im Gemeindeleben führte. Gerade diese Kämpfe, die neues Interesse und Verständnis für Palästina weckten (und zur Einstellung eines Jahresbeitrages für den „Keren Hajessod" in den Gemeindeetat führten), ermöglichten der Gemeinde, die ihr von der Geschichte gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Die Jüdische Volkspartei stellte ein eigenes Programm zur Änderung der Verhältnisse in der Gemeinde auf. Sie forderte Abschaffung der patriarchalischen „Notabelnwirtschaft", Änderung des Wahlrechts, Beteiligung des kleinen Mannes an der Gemeindeverwaltung, Förderung der hebräischen Sprache und national-jüdischen Erziehung, Beteiligung am Aufbau Palästinas.

Im Reich wurde der Kampf um die Religions- oder Volksgemeinde zwischen C. V. und zionistischer Organisation mit aller Leidenschaft geführt. Es kam zu bedauernswerten Auseinandersetzungen und Anklagen, zu heißen Wahlkämpfen und Debatten in vielen Großgemeinden, sogar zum Sturz der bisher ungebrochenen liberalen Mehrheit in manchen Gemeindestuben.

In Danzig führten die innerjüdischen Kämpfe trotz des Überwiegens der eingewanderten Ostjuden zunächst zu keinen grundlegenden Änderungen oder zu entscheidenden Spaltungen. Es kam weder zum Bruch der bisherigen religiös-liberalen Mehrheit noch zu einer wesentlichen Veränderung des deutschen Charakters der Gemeinde. Die Verhältnisse lagen hier günstiger als im Reich. Nachdem die Wehen der Nachkriegszeit überwunden waren, blühte die Danziger Wirtschaft auf. Die Gemeinde wuchs in raschem Tempo, und die ihr gestellten Aufgaben forderten die Zusammenarbeit aller Gruppen. Wie schon bei der Wandererfürsorge, sollte bald gemeinsames Handeln die Gegensätze überbrücken und eine einheitliche jüdische Front schaffen.

In den Jahren 1921—1926 suchte die Gemeindeverwaltung allen Richtungen gerecht zu werden. Bereits 1921 wurde anstelle der alten Listenwahl die Proportionalwahl eingeführt und das Wahlrecht von der Steuerleistung unabhängig gemacht. Die Wünsche des Mittelstandes und der Kleingewerbetreibenden nach Demokratisierung des Vorstandes und der Repräsentanz wurden, wie deren Mitgliederlisten zeigen, weitgehend berücksichtigt. Daß die Entwicklung keinen stürmischeren Verlauf nahm, war das Verdienst der führenden

Männer: Dr. Siegmund Schopf und Justizrat Fabian im Vorstande, Rechtsanwalt Dr. Brodnitz und Geh. Justizrat Flater in der Repräsentanz sowie der Rabbiner Dr. Kälter und Dr. Weiss. Sie verwalteten ihre Ämter so korrekt und in so versöhnlichem Geist, daß auch die Gegner ihnen die Achtung nicht versagen konnten.
Die Führung der Gemeinde blieb in der Hand der religiös-liberalen deutschen Mehrheit; bis 1922 finden wir im Gemeindevorstand keinen Vertreter der zionistischen Gruppe. Mit Dr. Bernhard Rosenbaum und Dr. Kurt Rosenthal kamen die ersten Zionisten in den Vorstand; beide waren einheimische Juden und in ihren Forderungen durchaus gemäßigt. 1924 kam zwischen dem „Verein für das liberale Judentum" und den Zionisten ein Kompromiß zustande, wonach von den sieben neu zu besetzenden Mandaten der Gemeindevertretung vier den Liberalen und drei den Zionisten zufallen sollten. Damit waren die Liberalen mit zehn, die Zionisten mit fünf Mitgliedern vertreten; die Orthodoxen erhielten keinen Vertreter.
Überließ somit die ostjüdische Mehrheit die Führung den deutschen Danziger Juden, so war in Danzig auch kein Boden für den „Verband nationaldeutscher Juden", der sich als extrem rechter Flügel im Reich gebildet hatte. Versuche, nach einem Vortrage über „Danziger Staatsbürger oder deutsche Volksgenossen?" im Februar 1926 eine Ortsgruppe in Danzig zu bilden, schlugen fehl, und die beiden in Danzig gewonnenen Vertrauensmänner, Rektor M. Friedländer und Nervenarzt Dr. S. Meyer, erkannten bald, daß die Danziger Juden weder zur Stärkung ihres nationalen Gewissens, noch zur Bekehrung der Antisemiten der Organisation des nationaldeutschen Judentums bedurften.
So sehr die Gegner auch behaupteten, daß ihre Hetze sich nur gegen die Ostjuden richte, trieb der Antisemitismus[100] die Juden in Danzig nicht auseinander, sondern schmiedete sie noch fester zu gemeinsamer Abwehr zusammen. Der C. V. Danziger Staatsbürger jüdischen Glaubens, der im Berliner Hauptvorstand des C. V. vertreten war, erhielt von der Reichsorganisation Aufklärungsmaterial und Gastredner, die mit den Danziger Verhältnissen vertraut und in Danzig höchst willkommen waren.

Aus der Erinnerung seien genannt: Justizrat Brodnitz, Wiener, Holländer, Schweriner, Kurt Sabatzki, Rabbiner Lewin aus Königsberg, Goldstein aus Leipzig, Braunschweiger aus Oppeln, Professor Goldstein aus Darmstadt, Salomonski aus Frankfurt, Frau Justizrat Ollendorf aus Berlin, die Anwälte Dr. Grumach und Dr. Erwin Lichtenstein aus Königsberg.

Der Danziger C. V. war weder finanziell noch zahlenmäßig in der Lage, allein der anschwellenden völkischen Flut mit ihrer hemmungslosen Judenhetze entgegenzutreten; es wurde notwendig, eine überparteiliche Abwehrorganisation zu schaffen. Dieses Abwehrkomitee gewann die Unterstützung aller Kreise, der Zionisten wie der Nichtzionisten, der Einheimischen und der Eingewanderten, der Ost- und der Westjuden, und trotz Inflation und innerer Schwierigkeiten konnte das Abwehrkomitee, dem unter anderem Dr. Heymann, Otto Nathan, Dr. I. Landau und Otto Weinkrantz angehörten, eine großzügige Abwehrtätigkeit entfalten. Die im Philo-Verlag des C. V. erschienene Aufklärungsliteratur wurde in Danzig in großen Mengen verbreitet; Redner wurden ausgebildet, um in politischen Versammlungen Verleumdungen sachlich entgegentreten zu können, und in Vorträgen und Versammlungen wurden Juden und Nichtjuden auf die Gefahren völkischer Verhetzung hingewiesen. Damals war es auch noch möglich, selbst die deutschnationale

„Danziger Allgemeine" zur Berichtigung falscher Behauptungen und zur Aufnahme eingesandter Klarstellungen, zum Beispiel über das Gebet Kol Nidre oder die Schächtfrage, zu veranlassen.

Ein besonderes Verdienst des Abwehrkomitees war die 1925 erfolgte Gründung einer liberalen Zeitung, die im Gegensatz zu dem in Polen wie in Danzig wirkenden Chauvinismus eine Politik der Verständigung und Zusammenarbeit im Interesse einer gesunden Wirtschaft und der Erhaltung der demokratischen Verfassung Danzigs vertrat. Die neue „Danziger Rundschau" sollte die Tradition der alten „Danziger Zeitung" fortsetzen, die jahrzehntelang ein führendes Sprachrohr des Liberalismus gewesen, aber der Inflation zum Opfer gefallen war. Ihre Leitung übernahm zunächst Dr. Müller, der bisherige Hauptredakteur der Danziger Zeitung, und nach dessen Fortgang Dr. Erwin Lichtenstein[101], der bisher Syndikus des ostpreußischen C. V. gewesen war. In Übereinstimmung mit seiner politischen Überzeugung brachte er die Rundschau in enge Verbindung mit der ziemlich zur gleichen Zeit in Danzig entstandenen Ortsgruppe der „Liga für Menschenrechte" [102]. Leider mußte die Rundschau schon 1928 ihr Erscheinen einstellen, nachdem Pläne des Senators Jewelowski, sie in eine Tageszeitung umzuwandeln, fehlgeschlagen waren.

Am 22. November 1925 konnte die Borussia-Loge ihr 25jähriges Jubiläum begehen und gleichzeitig ihr neues Heim am Olivaer Tor 10 einweihen. Die Gemeinde hatte ihr das Grundstück gegen geringe Miete zur Verfügung gestellt, und mit großem Kostenaufwand hatte sich die Loge in dem verwahrlosten Haus ein behagliches Heim mit einem modernen Logentempel errichtet. Die Einweihungsfeier leitete als Präsident Landgerichtsrat W. Behrendt; die Festrede hielt Expräsident G. Berghold, und Expräsident Baumann überbrachte die Grüße der Großloge. Das Jubiläum, bei dem zahlreiche Brüder deutscher Nachbarlogen als Gäste begrüßt wurden, gab auch Gelegenheit zur Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zu der Warschauer Loge, deren Grüße von Prof. M. Balaban überbracht wurden.

Professor M. Balaban, der große jüdische Historiker, schuf sich in Danzig viele Freunde, namentlich im ostjüdischen Verein, der ihn häufig zu Lehrvorträgen einlud. Der Verfasser, der von 1927—1929 Präsident der Borussia-Loge war, hatte später Gelegenheit, anläßlich der Einweihung eines Logenheims in Warschau die Grüße der Borussia-Loge zu überbringen, dabei die Freundschaft mit Balaban zu erneuern und auch Professor Moses Schorr, den großen Führer der polnischen Judenheit, kennenzulernen. Schorr war Professor für semitische Sprachen und Geschichte an der Universität Warschau, Gründer und Rektor des polnischen „Instituts für jüdische Wissenschaften", Rabbiner der großen Warschauer Gemeinde und als Wahrer der jüdischen Interessen Mitglied des polnischen Senats. Schorr war mehrfach Gast in Danzig, denn in Zoppot lebte sein Schwiegervater Jakob Benjakob, der Herausgeber der von seinem Vater, I. A. Benjakob, verfaßten Bibliographie des gesamten hebräischen Schrifttums, „Ozer Ha-Sefarim". Benjakob starb in Zoppot im Jahre 1928. — Beide Gelehrte, Schorr und Balaban, sind in Polen Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung geworden.

Ein bedeutender Schritt zur Pflege des Einheitsgedankens in der Danziger Synagogengemeinde war die Herausgabe einer dritten Auflage des „Danziger Gebetbuches"; sie erschien am 27. Juli 1924, dem 50. Geburtstag des Gemeinderabbiners, der die Neubearbeitung übernommen hatte. Das Gebetbuch hat als wertvollen Anhang eine Abhandlung über die Geschichte unserer Gebete.

Das Gebetbuch sollte den neuen Mitgliedern das Einleben in den Gottesdienst der Gr. Synagoge, wie er sich in den vier Jahrzehnten des Bestehens der Einheitsgemeinde gestaltet hatte, ermöglichen. Eine Gebetbuchkommission hatte unter Vorsitz von Dr. Schopf die verantwortungsvolle Aufgabe der Zensur übernommen und ein Gebetbuch geschaffen, das den besonderen Bedürfnissen der Danziger Gemeinde entsprach, die liberal und fortschrittlich war, aber die Tradition wahren wollte. Die von Carl Bäcker in Danzig gedruckte Auflage war sehr umfangreich (30 000 Expl.); die Gemeinde besaß 1939 noch einen größeren Bestand, der zusammen mit dem Archiv, der Bibliothek und der Kunstsammlung ins Ausland gebracht werden konnte. Noch heute werden Danziger Gebetbücher von Danzigern in den neuen Heimatländern benutzt.

Im Herbst 1924 hielt Rabbiner Dr. Kälter den Gottesdienst zum ersten Male nach dem neuen Gebetbuch. Es sollte auch das letzte Mal sein. Als er zu seiner Neila-Predigt den Text wählte: „Gebet dem Ewigen, Euerm Gott Ehre, bevor es finster wird!", ahnte er nicht, daß auch sein Lebenslicht bald erlöschen sollte. Im Januar 1925 ergriff ihn als Opfer seiner aufreibenden Sozialarbeit die tückische Krankheit, der er am 6. März 1926 erlag. Danzig verlor in ihm einen großen Rabbiner; einen Führer, der weit über seine Gemeinde hinaus in den Hauptvorständen der großen jüdischen Organisationen Deutschlands zur Ehre der Danziger Gemeinde gewirkt, in seiner Gemeinde die Liebe und Achtung aller Kreise besessen hatte. Er hatte nie aus seiner religiös liberalen und kulturell deutschen Einstellung ein Hehl gemacht. Auf der Kanzel und im Unterricht, in der Loge wie in den Organisationen vertrat er diese Haltung, aber mit beispielloser Hingabe widmete er sich allen seinen Brüdern, die seiner Hilfe bedurften.

Der Nachruf der „Zionistischen Vereinigung" Danzigs in der Jüdischen Rundschau (Nr. 22 vom 19. 3. 1926) ist ein den Toten besonders ehrendes Dokument:

„Ein Mann von hervorragenden geistigen Gaben, einer der glänzenden Kanzelredner, ist mit ihm dahingegangen. Sein aufrechtes und selbstbewußtes Judentum paarte sich mit Herzensgüte und Hilfsbereitschaft. In der Kriegszeit trat er unerschrocken für die hier seit Jahrzehnten ansässigen jüdischen Familien ein, die als „lästige Ausländer" unter Drangsalierungen zu leiden hatten. In gleicher Hingabe nahm er sich der jüdischen Gefangenen an. Die veränderte Lage, die Danzig zum Auswandererhafen machte, stellte Danzig vor ungeahnte Aufgaben. Hier entfaltete sich die Initiative des Verblichenen zu einem hervorragenden Hilfswerk. Er leitete es mit großem Geschick, und das Los der Flüchtlinge durchsonnte er mit einer bis zur Selbstentäußerung gehenden Menschenliebe. Später, als sich in Danzig ein neuer Jischuw bildete, erfaßte er mit großer Klugheit die neue Rolle Danzigs als Brücke zwischen Ost und West und spann die Fäden zu einer Annäherung der beiden Lager als Mittler und Friedensförderer. An der Begründung des neutralen „Keren Hajessod" nahm er, der kein Zionist war, tätigen Anteil. All sein Wollen und Wirken war durchwoben vom Adel der Gesinnung, von beispielgebender Energie und Tatkraft für alle großen Strebungen des Judentums. Die Danziger Z. O. stiftete ihm zu Ehren einen Ölbaumgarten im Herzl-Wald."

Das Jahr 1927 wurde durch drei Ereignisse gekennzeichnet, die in der Geschichte der Danziger Juden von Bedeutung wurden: 1. den Bau einer neuen Synagoge in Langfuhr, 2. die Wahl eines neuen Gemeinderabbiners und 3. die Neuwahlen zum Dritten Volkstag. In den Danziger Vororten Langfuhr und Oliva hatten sich viele eingewanderte Juden niedergelassen; zum großen Teile waren es Juden aus den abgetretenen Gebieten Westpreußens und Posen, die in ihren alten Gemeinden einen sehr konservativen Gottesdienst gepflegt hatten und im liberalen Gottesdienst der Großen Synagoge keine volle

Befriedigung fanden. Unter der Führung von Justizrat Hermann Lewinski[103] bildete sich ein Synagogenverein, der aus Spenden 60 000 Gulden zum Bau eines eigenen Tempels sammelte. Der Langfuhrer Synagogenverein, dessen Leitung später Bankdirektor Heidenfeld übernahm, fand für seine Pläne bei dem Gemeindevorstand volles Verständnis; dem stellvertretenden Vorsitzenden, Justizrat Zander, wurde die Aufgabe übertragen, Baupläne und die erforderlichen Mittel für den Bau zu beschaffen. Am 25. September 1927 konnte die nach Plänen der Architekten Imberg und Friedmann-Berlin durch die Baufirma Dr. Ing. Abraham in Danzig errichtete Synagoge in Langfuhr feierlich eingeweiht werden.

Nach einleitenden Gesängen von Oberkantor Meisel, Hauptkantor Alt und Kantor Tordey hielt der Gemeindevorsitzende Fabian die Festansprache, Rabbiner Weiss die Weihrede. Dr. Joseph Segal, ein Mitglied des neuen Synagogenvorstandes, rezitierte den Jubelpsalm 150 in neuhebräischer Lesart mit solcher Begeisterung, daß mancher Danziger, der die neue Lesart zum ersten Male hörte, von der Schönheit der hebräischen Sprache tief beeindruckt war.

Der bei Konservativen wie Zionisten sehr beliebte Rabbiner Weiss wurde der ständige Rabbiner der neuen Gemeinde und Leiter ihrer Religionsschule. In Kantor Tordey gewann die Gemeinde einen musikalisch hochbegabten Vorbeter, der den konservativen Gottesdienst durch einen ausgezeichneten Chor verschönte. So hatte Langfuhr nach 120 Jahren wieder eine eigene Gemeinde mit eigener Synagoge, eigenem Rabbiner und eigener Religionsschule. Während aber einstmal Langfuhr eine der um Danzig liegenden selbständigen Gemeinden ohne ein zusammenfassendes Zentrum gewesen war, bestand jetzt Danzig mit der Großen Synagoge als Großgemeinde mit Langfuhr, Mattenbuden und Oliva (wo sich ebenfalls ein von der Gemeinde unterstützter Synagogenverein gebildet hatte) als Zweiggemeinden. In späteren Jahren erwies sich die Subvention der Langfuhrer Gemeinde als schwere Belastung, da der Synagogenbau 200 000 Gulden gekostet hatte und infolge des Wegzugs wohlhabender Mitglieder die Rückzahlung der Schulden recht schwierig wurde.

Das zweite Ereignis des Jahres, die Berufung des Rabbiners Dr. Iwan Grün aus Frankfurt an der Oder erfolgte im Herbst 1927. Seine Antrittsrede am Chanukkafest überzeugte die Hörer, daß hier ein junger, kaum 27jähriger Rabbiner mit frischer Kraft und festen Grundsätzen seine Amtspflichten übernahm. Wie sein Vorgänger Kälter war er ein entschiedener Vertreter des Liberalismus, ein Schüler Leo Baecks, ein moderner liberaler Rabbiner mit durchaus konservativer jüdisch-religiöser Lebensführung.

Ihm stand die Sorge für die religiöse Erziehung über allen Parteikämpfen. Er wollte in erster Linie Rabbiner, Lehrer und Erzieher sein. Gemeinsam mit Dr. Weiss verbesserte er die Pläne für den Religionsunterricht an höheren Schulen, deren jüdische Schülerzahl sich mit der Wirtschaftsblüte Danzigs ständig vermehrte. Beide fanden für die Erweiterung der Religionsklassen und -stunden bei den Schulleitern volles Verständnis. Sie nahmen an den Reifeprüfungen teil und prüften diejenigen Schüler, die Religion als Prüfungsfach gewählt hatten.

Sein besonderes Augenmerk galt der Erfassung der jüdischen Volks- und Mittelschüler. Die Zahl hatte sich bis 1930 auf 399 vermehrt, von denen die Religionsschulen nur einen Teil erfassen konnten; viele blieben dem Religionsunterricht fern. Nach langen Verhandlungen mit dem Dezernenten für die Danziger Volksschule, Prof. Steinbrecher, konnte

Dr. Grün den jüdischen Religionsunterricht in die Volksschulen hineintragen. In den Schulen Schwarzes Meer, Große Mühle, Langgarten, Petrikirche erhielten jüdische Kinder Religionsunterricht. Daneben erteilten die mit dem Tempel Mattenbuden und dem Bethaus „Ohel Jitzchak" verbundenen Talmud-Tora-Schulen, die von privater Seite unterhalten, aber von der Gemeinde unterstützt wurden, einen über den Rahmen des Religionsunterrichts hinausgehenden hebräischen Unterricht. Die von der zionistischen Organisation begründeten Kurse vermittelten vom Kindergarten an die Kenntnis des modernen Hebräisch.

Wie Rabbiner Kälter legte auch Dr. Grün Wert auf gründliche Vorbereitung der Mädchenkonfirmation. Die von ihm in den Freitagabendgottesdienst neben der Predigt eingeführte Schrifterklärung zum Wochenabschnitt wurde eine Fundgrube reicher Belehrung. — Unerschrocken verteidigte er seine jüdischen Schüler gegen Zurücksetzungen und Demütigungen in der Schule[104].

Die Stellung des neuen Rabbiners forderte Takt und Verständnis. Seine persönliche Weltanschauung wurzelte im liberalen Judentum, in den Ideen des C. V. und des Ordens B. B. Wie für Kälter wurden auch für ihn diese Institutionen in Danzig die Welt, in der er lebte. Die Borussia-Loge wählte ihn drei aufeinanderfolgende Jahre zu ihrem Präsidenten. Im Weltverband für religiös-liberales Judentum wurde er in den Hauptvorstand gewählt und nahm an den Weltkonferenzen in Holland und England teil. Mit ganzer Kraft wirkte er für die Ideale des C. V.

Der „Verband für jüdische Geschichte und Literatur" in Ostpreußen, dem auch der Danziger Verein angehörte, hatte die durch den Krieg unterbrochene Tätigkeit 1925 wieder aufgenommen. Dr. Grün wurde in den Verbandsvorstand aufgenommen. Er vertrat im August 1928 Danzig in der nordostdeutschen Rabbinerversammlung in Königsberg. Die jüdischen Lehrer Danzigs waren unmittelbar vor seinem Amtsantritt als Mitglieder in den Verband der Religionslehrer Ostpreußens aufgenommen und der Verfasser in den Vorstand gewählt worden. Am 19. Januar 1927 hatte Dr. Lichtenstein, der in Königsberg wie in Danzig zu Hause war, in der Königsberger Vereinigung für das liberale Judentum gesprochen, am 11. 4. 1927 der Verfasser in der Königsberger Ortsgruppe des C. V. über die Lage der Juden in den abgetretenen Gebieten. Den Höhepunkt der Verbundenheit bildete die Delegiertentagung des ostmärkischen Landesverbandes des C. V. am 25. und 26. Mai 1927 in Danzig, bei der die Danziger Juden gemeinsam mit ihren deutschen Glaubensbrüdern das Bekenntnis zur deutschen Kulturgemeinschaft ablegten. Die Redner des Hauptvorstandes bestärkten die Danziger in dem Bewußtsein, daß sie bei ihren Brüdern im Reich nicht vergessen waren.

Die Installation der Menorah-Loge in Elbing am 4. Dezember 1927 gab den Brüdern der Danziger Borussia-Loge Gelegenheit, im Kreise der Vertreter der Nachbarlogen die historischen Beziehungen zwischen Danzig und Elbing zu betonen.

Dr. Grün mußte auf Grund seines Wesens und seiner Anschauungen, denen er in den schweren Jahren seiner Amtszeit 1927—1939 immer treu blieb, auf manche Schwierigkeiten in der Gemeinde stoßen. Die Gemeinde befand sich in tiefgreifender Wandlung. Sie war nicht mehr die von einigen Notabeln geführte liberale deutsch-jüdische Religionsgemeinde, wie sie Kälter zwei Jahrzehnte früher bei seinem Amtsantritt vorgefunden hatte; sie war nicht nur zahlenmäßig stark gewachsen, sondern hatte auch ihre soziale und geistige Struktur verändert. Alle gegensätzlichen Strömungen, welche damals das religiöse

und soziale Leben der jüdischen Gemeinden im Reich befruchteten, aber auch in ihnen zu heftigen Kämpfen führten, waren in Danzig auf Grund der einzigartigen Entwicklung von Staat und Gemeinde eher noch stärker. Sie waren bisher unterdrückt oder überdeckt worden und kamen nach dem Amtsantritt von Dr. Grün in dem Wahlkampf vom 19. Februar 1928 um so schärfer zum Ausdruck. Überfüllte Wahlversammlungen, heftige Kampfreden und Flugblätter mit gegenseitigen Beschuldigungen waren zum ersten Male die Kennzeichen dieser Gemeindewahlen.

C. V. und Zionismus kämpften um die Führung der Gemeinde. Die von der zionistischen Opposition gebildete Jüdische Volkspartei erhielt rund 40 % aller Stimmen. Mit der Wahl von vier Liberalen, drei Volksparteilern und einem Vertreter der Orthodoxie wurde die bisherige liberale Mehrheit in der Gemeindeführung schwer erschüttert.

Bereits lange vor Amtsantritt des neuen Rabbiners hatte die zionistische Organisation in Danzig eine umfangreiche Bildungs- und Erziehungsarbeit entfaltet. Aus der Erkenntnis, daß die hebräische Sprache das Fundament jüdischer Kultur und jüdischer Erziehung ist, wurde der hebräische Kindergarten geschaffen und hebräischer Sprachunterricht in alle zionistischen Jugendgruppen, vom linksgerichteten „Haschomer Hazair" bis zu dem auf der äußersten Rechten stehenden „Trumpeldor", eingeführt. Das in der Hundegasse geschaffene „Jüdische Volkshaus" wurde der Mittelpunkt nationaljüdischer Erziehung. Das Palästina-Amt ermöglichte der Jugend, sich auf die Pionierarbeit in Israel vorzubereiten. Danzigs internationaler Status führte dazu, daß außer den zahlreichen deutschen Verbänden und Organisationen aus dem Reich auch internationale jüdische Organisationen die Stadt zur Durchführung von Tagungen und Konferenzen wählten.

Am 2. September 1924 tagte im Schützenhaus die Jüdische Weltjugendkonferenz, an der Vertreter von Haschomer Hazair, Blau-Weiß, Hechaluz-Hazair, Hasofe, Hechawer und Brith-Haolam teilnahmen. Die Konferenz, der auch Ben-Gurion beiwohnte, war die erste Zusammenkunft jüdischer Jugendverbände aus der ganzen Welt, und hier schlossen sich 22 Verbände aus 9 Ländern mit 40 000 Mitgliedern zum „Brith Haolamith schel Hanoar Haivri" (Weltverband der jüdischen Jugend) zusammen.

Am 14. September 1924 tagte in Danzig die Konferenz des Weltverbandes der zionistisch-sozialistischen Partei Zeire Zion. Im gleichen Jahr fand eine Konferenz des Verbandes der jüdischen Kooperative von Polen, Litauen und Lettland statt. Zwei Jahre später, am 21. 3. 1926, wurde in Danzig die Weltkonferenz des „Hechaluz" abgehalten. Sie wurde für Danzigs Juden dadurch historisch, daß die Verhandlungen in hebräischer Sprache geführt wurden; eine große Zahl von Palästinensern nahm teil.

Hauptsprecher der Tagung waren Ben-Gurion und Arlosoroff als Vertreter der Exekutive der „Histadruth Haklalit". Tabenkit und Bogdanowski hielten Referate über die Grundlagen der Hechaluzbewegung. Die Konferenz wurde von Dr. Leibowitz als Vertreter der Zionistischen Organisation in Danzig, von Dr. Landau als Vertreter des Danziger Palästina-Amts und von Ephraim Reiser als Vertreter von „Brith Hanoar" begrüßt.

Eine zweite Weltkonferenz wurde in Danzig vom 14. bis 16. September 1925 durchgeführt. Gleichzeitig tagte in Danzig die zweite Weltkonferenz des „Haschomer Hazair".

Jehuda Gotthelf und Meir Jaari hielten feierliche Eröffnungsreden. Berel Kaznelson begrüßte die Teilnehmer im Namen des Z. K., L. Goldhaber im Namen des Jugendbundes Kadimah. Dr. Heindorf vertrat den Tarbut, R. Löwenherz den Haschomer Hazair in Danzig. Der hebräische Schriftsteller Natan Bistricki hielt eine Ansprache in hebräischer Sprache.

Durch die Tagungen wurde die nationaljüdische Erziehungsarbeit der zionistischen Organisation sehr gefördert. Der Konferenz des Hechaluz folgte unmittelbar eine zionistische Werbungs- und Aufklärungsaktion in Danzig, Langfuhr und Zoppot.

Die einleitende Versammlung am 28. 4. 1926 leitete Dr. Rosenbaum. Weitere Redner waren Dr. Leibowitz, Dr. Landau, Dr. Herbert Lewy, Dr. Joseph Segal. Dr. Leibowitz und Dr. Navratzki hielten Kurse in Jugendverbänden; Dr. Ostrowski, Dr. Rosenthal und Dr. Löwenherz führten Versammlungen in den Vorortgemeinden und in Zoppot durch. Es wurden 22 Versammlungen abgehalten.

Die zionistische Bewegung breitete sich aus; die zionistischen Jugendvereine mit ihren Heimabenden, Lehr- und Sprachkursen wuchsen an Zahl und Bedeutung. Vor allem entwickelte sich der Turnverein Bar Kochba, dem viele einstige Mitglieder des neutralen Jugendvereins beigetreten waren. Durch den Zuzug ausgezeichneter Turner und Sportler aus dem Osten wurde der Verein zu einem der besten des Makkabi-Verbandes und zählte bei seinem 20jährigen Jubiläum über 400 Mitglieder.

Es gelang dem Verein, zahlreiche Preise in der Leichtathletik zu gewinnen. Der Verein verfügte über Sonderabteilungen für Tischtennis, für Ski und Tennissport und Boxkampf. 1932 nahm der Verein mit 25 Mitgliedern an der ersten Makkabiade in Tel-Aviv teil, und die Danziger fanden bei der Bevölkerung wie bei der Presse reiche Anerkennung.

Als der nationalsozialistische Druck immer fühlbarer wurde, gewann auch die von Hermann Segal geführte neuzionistische Bewegung Einfluß auf einen Teil der jüdischen Jugend. Segals Versammlungen in Danzig waren stets überfüllt; seine Forderungen nach einem unabhängigen jüdischen Staat zu beiden Seiten des Jordan fanden bei der national denkenden Jugend lebhaften Widerhall. Der kämpferische Geist, der in der neuzionistischen Jugend gepflegt wurde, mußte in einer Zeit, da die beginnende Verfolgung vielfach Angst und Furcht auslöste, bei der Jugend als gesunde Reaktion die Hoffnung auf eine bessere Zukunft in einem freien Lande erwecken.
Die Gemeindeverwaltung, mit ihr der neue liberale Rabbiner und die Mehrheit der altansässigen Danziger Juden, standen dieser Bewegung teilnahmslos oder gar feindlich gegenüber[105]. Zwischen dem Nationalsozialismus von außen und der nationaljüdischen Bewegung im Innern stehend, glaubte die Gemeindeführung, an dem traditionellen Begriff der Religionsgemeinde festhalten und für die Erhaltung des deutschen Charakters der Gemeinde sorgen zu müssen. Das Ergebnis war positiv: indem die Entfaltung jüdischen Lebens nach Ost und West gerichtet war, erfüllten die Juden die der Freien Stadt Danzig bei ihrer Gründung gegebene Mission, eine Brücke zwischen Ost und West zu bilden.
Die Gegensätze innerhalb der Gemeinde trafen sich noch auf einer gesunden Mittellinie. Die zionistische Organisation, deren Führung in den Händen altansässiger Danziger blieb, dachte nicht daran, den deutsch-kulturellen Charakter der Gemeinde zu ändern, und die Jüdische Volkspartei begnügte sich trotz der 1928 erhaltenen 40 % der Wahlstimmen mit einem Viertel der Repräsentantensitze. Für die Wahlperiode 1928—1931 zählte die Repräsentanz unter 15 Mitgliedern nur 5 Vertreter der Jüdischen Volkspartei: Goldberger, Heinrich, Dr. Landau, Dr. Lewy, Dr. Segal.
Mit aller Entschiedenheit trat die Jüdische Volkspartei für die Volksgemeinde, vor allem für die jüdische Schule, ein. Ihrer Ansicht nach verkörperte die Religionsgemeinde in ihrer

bisherigen Form den jüdischen Gemeinschaftsgedanken nicht in vollem Umfange. An ihre Stelle sollte die Jüdische Volksgemeinde treten, der außer der Pflege des religiösen Lebens und des Kultus auch die gesamte Erziehung des bewußt jüdischen Menschen, die Pflege der hebräischen Sprache und jüdischer Kunst, Musik, Theater und Sport obliegen müsse. Die Volksgemeinde sollte die Trägerin der kulturellen und sozialen Institutionen sein, während die Pflege des Kultus, der nicht im Mittelpunkt des Gemeindelebens stehen müßte, den einzelnen Synagogen überlassen bleiben könnte.

Schon vor den Wahlen hatte die Volkspartei sich ein eigenes Organ, „Das jüdische Volk", geschaffen, in dem namentlich die Förderung der jüdischen Schule vertreten wurde. Die Gemeinde gründete 1928 eine eigene Zeitung, das „Danziger Gemeindeblatt", das von dem Rabbiner als Herausgeber neutral geführt werden sollte. Ein vom Parteienkampf unabhängiges Gemeindeblatt war in Danzig um so notwendiger geworden, als die jüdischen Zeitungen aus dem Reich Danziger Leser nicht voll befriedigen konnten, da sie die besonderen Verhältnisse Danzigs unberücksichtigt ließen.

Das dritte Ereignis des Jahres 1927, das für die Danziger Juden von Bedeutung war, bildeten die Wahlen zum Dritten Volkstag. Gegenüber den Wahlen von 1923 brachten die Wahlen am 13. November 1927 eine starke Kräfteverschiebung nach links. Bei einem schweren Rückgang der Deutschnationalen (von 44 459 auf 35 826 Stimmen = von 33 auf 25 Sitze) und völligem Zusammenbruch der Deutschsozialen (von 10 301 auf 2 130 Stimmen = von 7 auf 1 Sitz) wurde die Sozialdemokratie durch starken Stimmenzuwachs (von 39 755 auf 61 779 Stimmen = von 30 auf 42 Sitze) zur stärksten Partei im Volkstage. Das Wahlergebnis war die Folge der nach den Inflationsjahren erfolgten Besserung der Danziger Wirtschaftslage, gleichzeitig ein Spiegelbild der im Reich erfolgten politischen Wandlungen. Mitgewirkt hatte auch die wachsende Einsicht der Danziger Bevölkerung, daß bei aller Wahrung des Danziger Deutschtums Danzig eine eigene, vom Reich unabhängige Politik führen müsse.

Nunmehr bildeten die Liberalen, Sozialdemokraten und das Zentrum eine „Weimarer Koalition", wie sie in Danzig schon 1925 kurze Zeit bestanden hatte. Als damals eine demokratische Regierung, der die beiden jüdischen Abgeordneten Dr. Neumann und Kamnitzer als parlamentarische Senatoren angehört hatten, ihren Willen zur Zusammenarbeit mit Polen erklärt hatte, war Polen gegenüber dieser Regierung, die noch im gleichen Jahr zurücktrat, abwartend geblieben. Als nun 1927 die Wahlen durch den starken sozialdemokratischen Wahlsieg eine feste demokratische Regierungsmehrheit ergaben, war der Weg für eine Politik der Verständigung und Zusammenarbeit mit Polen frei. Die am 26. Januar 1928 dem Volkstag vorgelegte programmatische Erklärung der neuen Danziger Regierung eröffnete tatsächlich eine Periode der Entspannung; sie ermöglichte die Regelung mancher Streitfragen ohne Einschaltung des Völkerbundes und führte im Februar 1929 zu dem Besuch des polnischen Ministerpräsidenten Bartels in Danzig.

Der Danziger Regierung gehörte auch der jüdische Senator Dr. Kamnitzer[106] an, der sich um die Sanierung der Danziger Finanzen große Verdienste erwarb[107] und an der Verständigungspolitik mit Polen wesentlichen Anteil nahm. Der damalige Vertreter Polens, Minister Strasburger, zeigte in den Gesprächen mit Kamnitzer ehrliches Bemühen um Behebung der Spannungen und Verständnis für die von der Linksregierung getroffenen Maßnahmen zum Schutz des Danziger Arbeitsmarktes. Hierbei war eine Verständigung

mit Polen unerläßlich, um den Zuzug polnischer Staatsangehöriger nach Danzig zu beschränken.

Besonders schwer wurden dadurch die meist mittellosen jüdischen Arbeitsuchenden aus Polen getroffen. Die Jüdische Wandererfürsorge, die nur im Rahmen der geltenden Gesetze und Verordnungen Hilfe leisten konnte, mußte diese verzweifelten Menschen, für die es in Danzig keine Arbeit gab, wieder nach Polen zurückschicken. Sie erhielt von der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig für die in ihre Heimat zurückgesandten Arbeitslosen Fahrkarten zu halbem Preis. Die Zentralwohlfahrtstelle in Danzig, der die traurige Lage der Juden in Polen nur zu gut bekannt war, empfand es als Härte, diese Unglücklichen zurückzubefördern, doch war eine andere Lösung nicht gegeben. In besonders harten Fällen hat die Wandererfürsorge mit großen Opfern Hilfesuchenden die Fahrt nach dem Westen oder selbständigen Handwerkern und Gewerbetreibenden den Aufbau einer Existenz ermöglicht.

Die Verständigungspolitik wurde von den Juden in Danzig begrüßt, doch waren die deutsch-Danziger Juden nicht geneigt, sich solchen Friedensbestrebungen bedenkenlos hinzugeben. Wie die „Volkspartei" wünschten auch sie die Verständigung mit Polen, jedoch nur bei voller Wahrung des deutschen Charakters der Freien Stadt Danzig. In dieser Hinsicht gingen die Ansichten der deutschen und der polnischen Juden in Danzig auseinander.

Die Deutschnationalen bekämpften die Verständigungspolitik und bezeichneten die mit Polen geschlossenen Abkommen als schwere Gefahr für Danzigs Selbständigkeit. Ihre Feindschaft kam in aller Schärfe zum Ausdruck, als der Senat nach Warnungen des H. Kommissars und Polens die für den 4. Mai 1929 angesetzte Stahlhelmtagung in Danzig verbot. Der Kampf gegen die Verständigungspolitik führte zur Vereinigung aller oppositionellen Kräfte, die schließlich 1930 den Sturz der Koalition und des Präsidenten erreichten.

Die Politik der Verständigung mit Polen hatte durch ihre vorteilhaften Wirkungen auf die Danziger Wirtschaft auch das jüdische Leben in Danzig gefördert. Es zeigte sich in dem Wachstum der jüdischen Bevölkerung, die am 10. August 1928 mit 10448 Seelen einen neuen Höchststand erreichte[108]. Innerhalb dieser jüdischen Bevölkerung war der Anteil der Juden Danziger Staatsangehörigkeit erheblich gesunken, da die Danziger Einwanderungspolitik den Erwerb der Staatsangehörigkeit sehr erschwerte. Der weitaus größte Teil der eingewanderten Juden hätte nur zu gern auch die Danziger Staatsangehörigkeit erworben, doch war die zu zahlende Gebühr wiederholt und so stark erhöht worden, daß nur ein geringer Teil der Einwanderer in der Lage war, den hohen Betrag zu entrichten. Der größte Teil der Einwanderer behielt auch nach Ablauf der Fünfjahresfrist seine fremde Staatsangehörigkeit.

Dagegen waren in der Synagogengemeinde alle Einwanderer aus Ost oder West gleichberechtigt; als wahlberechtigte Mitglieder der Gemeinde waren sie gemeinsam mit den altansässigen Juden bestrebt, das Wohl der Gemeinde zu fördern.

Im Bankwesen Danzigs, das durch seine eigenartige Stellung einer der interessantesten Bankplätze Europas geworden war, hatte sich der jüdische Einfluß verstärkt. Die drei von deutschen Großbanken nach Danzig entsandten Direktoren Alfred Weinkrantz (Dresdner Bank), Richard Heidenfeld (Discontogesellschaft) und Wilhelm Anspach

(Darmstädter Bank) haben ihre verantwortungsvollen Posten mit Geschick und Takt ausgefüllt. Vom Vertrauen ihrer Hauptstellen getragen, hielten sie ihre Positionen, bis die in Danzig durchgeführte Gleichschaltung sie aus ihren Ämtern vertrieb. Weinkrantz und Heidenfeld wurden mit Oberregierungsrat E. Berent (Vorsitzender der Vereinigung der Sparkassen der Freien Stadt), Konsul Leo Neumann und Caskel 1924 in den Aufsichtsrat der neuen „Bank von Danzig" berufen. Dr. Fritz Meyer (Bank von Danzig), Dr. Hermann Meyer (Dresdner Bank) und Hoch (Bank Richard Damme) hatten führende Stellungen. Die jüdischen Privatbanken Gebr. Berghold und Jaroslawski in Danzig und Ruhm & Schneidemühl in Neuteich waren bedeutende Geldinstitute geworden. Die Bank Gebr. Berghold (der Mitinhaber Erich Berghold war vereidigter Makler der Danziger Effektenbörse) war Mitbegründer der Danziger Hypothekenbank. — Jüdisches Kapital und jüdische Arbeitskraft wirkten auch in den Filialen ausländischer Banken. Erwähnt seien die jüdische Privatbank Wohl & Co. (Leiter Dr. Holzer) und Boris Sokolower, die einen großen jüdischen Kundenkreis besaßen. Eine besondere Aufgabe erfüllte die „Jewish Public Bank" als Bank des kleinen Kaufmanns und Gewerbetreibenden.

Der Holzhandel lag weiterhin stark in jüdischen Händen. Die Lage hatte sich gegenüber der Vorweltkriegszeit zwar geändert (der Handel mit Rohware hatte gegenüber dem Handel mit Fertigwaren sehr an Bedeutung verloren), doch war Danzig der bedeutendste Holzhafen der Ostsee geworden. Die polnischen Produzenten wie Danziger Exporteure waren vielfach Juden.

Der Kohlenhandel hatte infolge des englischen Kohlenstreiks wie auch des deutsch-polnischen Zollkrieges besonders gute Jahre. Während vor dem Kriege die Danziger Juden in diesem Handelszweig nur eine bescheidene Rolle gespielt hatten, finden wir nach dem Kriege eine Reihe jüdischer, meist ausländischer, Kohlenhandelsfirmen. Sie haben durch Spenden von Brennmaterial erheblich zur Linderung der Not der jüdischen Bevölkerung beigetragen, besonders als die fremden, dann auch die Danziger Juden von den Unterstützungen des Wohlfahrtsamtes ausgeschlossen wurden.

Im Getreidehandel waren weiterhin bedeutende jüdische Firmen tätig; die Firma S. Anker blieb die führende Getreidefirma des Ostens. Sie wurde nach dessen Tode von seinen vier Söhnen Arthur, Leo, Paul und Heinrich Anker, weitergeführt. Die Brüder waren in Danziger Wirtschaftskreisen hoch angesehen; in der Synagogengemeinde erfreuten sie sich dank ihrer mannigfaltigen jüdischen Betätigung der Wertschätzung in allen Lagern[109].

Wie stark der Anteil der Juden an diesen Handelszweigen war, zeigt unter anderem die Liste der Brüder der Borussia-Loge vom Jahre 1927. Bei einer Gesamtzahl von 111 Logenbrüdern standen 12 im Großhandel mit Holz und Kohlen, 20 im Getreide- und Lebensmittelhandel, 9 im Bankgewerbe. Zu berücksichtigen ist, daß damals fast keine Aufnahme ostjüdischer Brüder erfolgt war, die Liste somit nur ein unvollkommenes Bild gibt.

Im Herings- und Kolonialwarenhandel, im Handel mit Chemikalien und Drogen, mit Zement und Brennmaterialien waren zu den altansässigen jüdischen Firmen neue ausländische hinzugekommen; so nahmen auch in diesen Handelszweigen die Juden einen beachtenswerten Platz ein. — Ein Danziger Handelszweig verdient besondere Erwähnung, weil er ausschließlich in jüdischen Händen lag. Es war der Pferdehandel, der — ungeachtet eingetretener Veränderungen — Jahrzehnte hindurch von altansässigen Familien (Boss, Lewandowski, Czarlinski, Schleimer u. a.) betrieben wurde.

Der einst blühende Rußlandhandel, dessen Vermittlung fast ausschließlich in jüdischen Händen gelegen hatte, war nahezu ganz zurückgegangen. Es war ein Hauptzweck der Rußlandreise der Danziger Delegation im Jahre 1929, an der neben dem Senatspräsidenten Sahm die beiden Senatoren Jewelowski und Kamnitzer teilnahmen, die Handelsbeziehungen mit Rußland wieder zu beleben. Kamnitzer verhandelte mit Erfolg über Schiffbauaufträge, während Jewelowski eindrucksvolle Ausführungen über den Danziger Rußlandhandel von einst und die Möglichkeiten seiner Wiederbelebung machte. Zu einer Erfüllung der Danziger Wünsche ist es nicht gekommen.

Die Beteiligung der Juden an den freien Berufen und den Berufsorganisationen und ihre Stellung im geistigen und gesellschaftlichen Leben Danzigs zeigt das folgende Bild:

Von den im Staatshandbuch (1925) verzeichneten 95 Anwälten, denen die Wirtschaftsblüte reiche Betätigung und hohes Einkommen sicherte, war ein Drittel jüdisch (von den 11 Anwälten bei den Gerichten Oliva, Neuteich, Tiegenhof und Zoppot war keiner Jude). Unter den 20 Amtsgerichtsräten war kein Jude; von 17 Landgerichtsräten waren 2 Juden: Dr. Kamnitzer und Walter Berent. Justizrat Felix Fabian, der Vorsitzende der Gemeinde, und Rechtsanwalt Herbert Levi, Mitglied der Repräsentanz, gehörten dem Ehrengericht der Anwaltkammer an. Fabian war auch ordentliches Mitglied, Rechtsanwalt Dr. Bernhard Rosenbaum stellvertretendes Mitglied des Richterwahlausschusses.

Bei den Ärzten und Zahnärzten nahmen die Juden eine gleichgeachtete Stellung ein; zahlenmäßig war ihr Anteil noch höher als bei den Anwälten. Auch hier ist festzustellen, daß mit Ausnahme von Sanitätsrat Dr. Lindemann, Dr. Kurt Jakubowski und Zahnarzt Dr. Landecker in Zoppot, sämtliche jüdischen Ärzte ihre Praxis in der Stadt Danzig, nicht auf dem Lande, ausübten. — Dr. Paul Möller, Vorstandsmitglied der Gemeinde, Prof. Wallenberg, Chefarzt des Städtischen Krankenhauses, und Sanitätsrat Dr. Sigismund Abraham gehörten der Ärztekammer an. Zahnarzt Dr. Louis Neumann führte die Danziger Zahnärztliche Vereinigung und war ihr Vertreter im Deutschen Zahnärzte-Bund.

Von den Apotheken waren in jüdischem Besitz: die Apotheke in der Langgasse (Fleischer), am Krebsmarkt (Gordon), am Damm (Löwenbach), Pfefferstadt (Cohn), in Neufahrwasser (Heinrich) und in Zoppot (Königsthal).

Neben den hier genannten Vertretern der Justiz und Medizin, die sämtlich tätige Mitglieder der Synagogengemeinde waren, gab es in diesen Berufen eine nicht geringe Zahl von Juden, die durch Austritt aus der Gemeinde oder Taufe dem Gemeindeleben und dem Judentum verlorengegangen waren und hier unberücksichtigt geblieben sind.

In den wirtschaftlichen Berufsorganisationen finden wir als Mitglieder der Danziger Handelskammer, zum Teil als Vorsitzende von Fachkommissionen, Arthur Anker (Firma S. Anker), Julius Jewelowski (Firma S. J. Jewelowski Holzindustrie), Gustav Mendel (Firma Holzkommission Gustav Mendel), Louis Nagel (Firma Emil A. Baus Eisengroßhandel), Konsul Leo Neumann (Firma Leo Neumann Textil-Großhandel), Bankier Weinkrantz (Dresdner Bank). Bruno Gompelsohn als Vertreter der Bernsteindrechsler-Innung und David Jonas als Vertreter der Schneider-Innung waren Mitglieder der Handwerkskammer. Bankdirektor Anspach amtierte als Handelsrichter.

Bei den von der Handelskammer durchgeführten Handelsmessen waren 3 Juden, Konsul Leo Neumann, Oberregierungsrat Berent und Dr. Henryk Löwenherz, Mitglieder des Aufsichtsrates. Im April 1927 wurde der Tabakfachmann Otto Nathan aus Frankfurt

am Main als Generaldirektor zur Organisierung des Staatlichen Tabakmonopols bestellt, und mit dem Danziger Zigarettenfabrikanten Max Ruben sowie dem Bromberger Zigarrenfabrikanten Isbert Adam als Direktor war 3 Juden die Führung dieses wichtigen Wirtschaftszweiges übergeben.

Ein Zeichen des Ansehens, das Danziger Juden in der Welt besaßen, war die Tatsache, daß die Staaten Haiti, Jugoslawien, Portugal, die Türkei und Kuba Danziger Juden (Luchtenstein, Weinkrantz, Jewelowski, Neumann und Isbert Adam) die konsularische Vertretung ihrer Länder übergeben hatten.

Unbefriedigend war nach wie vor die geringe Vertretung der Juden in der Beamtenschaft, auch ihr fast völliger Ausschluß aus dem großen Heer der Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes. Hier waren weite Gebiete der Verwaltung frei von Juden. Es gab keine Juden in der Verwaltung der Forsten und Domänen, bei den Wasser- und Elektrizitätswerken, bei den Wohlfahrtsämtern und Unfallgenossenschaften, bei der Polizei; die Gesamtzahl der jüdischen Beamten in der Freien Stadt war an den Fingern abzuzählen. Die Kreis- und Kommunalverwaltungen waren judenfrei, desgleichen die 32 Amts- und Standesamtsbezirke. Die am 6. Februar 1924 gewählte Stadtverordnetenversammlung, in der 3 Deutschsoziale saßen, hatte keinen Juden; erst 1928 kam mit Dr. Eduard Heymann, dem Vorstandsmitglied des C. V., der erste Jude in die Stadtbürgerschaft; er blieb auch der einzige.

Unbefriedigend war die Stellung, welche die Juden auch in diesen Jahren des Wirtschaftsaufstiegs im geistigen und gesellschaftlichen Leben der Stadt einnahmen. Hier hatte die nationalistische und nationalsozialistische Propaganda eine weitere Zurückdrängung der Juden erreicht. Im Staatsarchiv und in der Stadtbibliothek war kurze Zeit eine Tochter des Geh. Archivrats Warschauer als Bibliothekarin beschäftigt gewesen, danach aber kein Jude mehr angestellt worden.

Nationale Verbände blieben oder wurden allmählich „judenrein". In Turn- und Sportverbänden wurden die Juden immer seltener; in wissenschaftlichen Vereinigungen und Berufsorganisationen zahlte der Jude noch seine Beiträge, besuchte sie aber nicht, am wenigsten ihre sozialen Veranstaltungen. Die beiden Freimaurerlogen „Eugenia" und „Einigkeit" nahmen seit jeher keine Juden auf; die Logen, in denen Juden und Christen eine brüderliche Gemeinschaft gebildet hatten (die „Kette an der Weichsel" und die „Gedania"), lösten sich auf.

Juden blieben weiter in großer Zahl die Besucher des Stadttheaters, der Waldoper, der Konzerte und Kunstausstellungen. Danziger Künstler waren gern gesehene Gäste auch in jüdischen Häusern; aber im Kulturleben Danzigs spielten die Juden nicht die Rolle wie in den großen Zentren des Reiches.

Beachtlich war in Danzig der Anteil der Juden auf dem Gebiet der Musikpflege. Selmar Meyrowitz, Theodor Fuchs, Kurt Fuchsgold, Selberg und Salzberg wirkten am Danziger Stadttheater und beim Danziger Rundfunk als Kapellmeister und Dirigenten. Selberg wurde Direktor des musikalischen Rundfunkdienstes; Salzberg, der ein geschätzter Geiger war, dirigierte das Rundfunkorchester. Durch den Rundfunk wurde auch die Danziger Opernsängerin Frl. Jelski weiteren Kreisen bekannt. Die Bedeutung von Henry Prins ist bereits gewürdigt worden. — In größerer Zahl beteiligten sich stimmbegabte Juden an den großen Chören der Zoppoter Waldoper.

Berufsmusiker waren der Violinist Heinrich Davidsohn und der Pianist Günther Berent. Davidsohn, dessen Wirken einer früheren Zeit angehört, hatte sich bereits aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen. Berent war Kapellmeister; in der Nazizeit übernahm er den Musikunterricht an der Jüdischen Volksschule.
In vielen jüdischen Familien wurde die Musik von Liebhabern gepflegt. Dr. F. Michelsohn war ein ausgezeichneter Flötenspieler und besaß eine einzigartige Bibliothek dieser Kunst. Als er freiwillig aus dem Leben schied, ging diese Sammlung an die Danziger Stadtbibliothek. Genannt seien als Vertreter der Instrumentalmusik Dr. Wallenberg, Dr. Kamnitzer, Dr. Sebba, Erich Josephsohn; als Sängerinnen neben Frl. Jelski Martha Schopf, Elli Sachsenhaus und die Schwestern Jewelowski.

Als Danziger Maler sind vier jüdische Namen zu nennen: Heinz Gordon, Rudolph Lewy, Fedja Löwenstein und Margot Berg.

Dr. Heinz Gordon, ein Sohn des Apothekers A. Gordon, malte vor allem Landschaften und Blumen, besonders Landschaftsbilder der Kurischen Nehrung. Beachtlich war seine umfangreiche Kollektivausstellung 1925 in der Danziger Peinkammer.
Rudolf Lewy, ein Sohn des ersten Präsidenten der Borussia-Loge, malte Pferde und Pferdeköpfe.
Fedja Löwenstein, der seine Ausbildung in Paris erhalten hatte, galt in den 20er Jahren als Vertreter moderner Kunst. Das Schaffen dieser beiden Künstler lag vorwiegend außerhalb der Danziger Grenzen; nur wenige ihrer Bilder sind in Danzig ausgestellt worden.
Wenig bekannt war in Danzig auch die Kunst Margot Bergs. Nach der Auswanderung wurde die bisher als Liebhaberei betriebene Kunst ihr eine Quelle des Erwerbs. Margot Berg-Tennenbaum hat Bilder in Birmingham (England) und Montano (Illinois) ausgestellt und in der Presse sehr lobende Kritik gefunden.

Sehr unbefriedigend war die Lage im Schul- und Erziehungswesen. Gegenüber dem Jahre 1925 war hinsichtlich der Berücksichtigung jüdischer Interessen kein Fortschritt zu verzeichnen; vielmehr zeigt die Statistik der Schulverhältnisse für das Jahr 1930 sogar eine Verschlechterung der Lage. Bei einer fast 10 %igen Vermehrung der Lehrerzahl war nur eine einzige jüdische Lehrkraft hinzugekommen. Es war die techn. Lehrerin Rita Haberfeld, die nicht als Religionslehrerin, sondern als Turn- und Handarbeitslehrerin in den städtischen Schuldienst eingestellt worden war. Während der Anteil jüdischer Schüler 0,9 % der Gesamtzahl der Schüler betrug, stellten die zwei jüdischen Lehrkräfte nur 0,18 % der Lehrkräfte. Zur Wahrung der Parität hätten es zehn jüdische Lehrkräfte sein müssen.
Bei den Mittelschulen stellten 74 jüdische Schüler 2,3 % der Schülerzahl, aber der nach wie vor einzige jüdische Lehrer nur 0,7 % der Zahl aller Lehrer. Auf Grund der Schülerzahl hätte die Gemeinde 3 Lehrerstellen beanspruchen können[110].
In den höheren Schulen war ein geringer Rückgang der jüdischen Schülerzahl von 419 auf 394 erfolgt. Die Studienrätin Dr. Haberfeld blieb weiterhin die einzige Jüdin als vollbeschäftigte Lehrkraft. Bei 6,3 % jüdischer Schüler stellte diese Lehrkraft nur 0,4 % der Zahl der Lehrer; der Prozentsatz jüdischer Schüler hätte die Anstellung von 15 jüdischen Lehrern gerechtfertigt. — Der Statistik ist noch zu entnehmen, daß die Zahl der von der Gemeinde besoldeten Religionslehrer von 7 auf 4 zurückgegangen war.
Angesichts der Verdrängung aus dem sozialen und kulturellen Leben hatten die Juden mehrere Möglichkeiten: Kampf gegen rechtliche Zurücksetzung, Aufklärung gegen Vor-

urteile, endlich unter Verzicht auf beides Flucht in die geistige Welt des Judentums. Danzigs Juden gingen alle drei Wege, aber mehr und mehr überwog der Rückzug. Die Juden verzweifelten nicht; sie wurden es aber müde, immer wieder ihre deutsche Gesinnung und Volkszugehörigkeit zu betonen, gegen Haß oder Ablehnung zu kämpfen und Freundschaft in der Umwelt zu suchen. Sie begannen, sich vom Kulturleben der Umwelt abzusondern und sich jüdischen Aufgaben zu widmen, welche die wachsende Gemeinde in reichem Maße bot. Jüdische Kurse, Vorträge und Zusammenkünfte wurden zahlreicher; jüdische Bücher und Zeitungen mehrten sich und nahmen unsere Zeit in Anspruch. Jüdische Organisationen entstanden, die Teilnahme an Sitzungen und Tagungen forderten. Jüdische Schüler- und Jugendgruppen entwickelten intensive Arbeit und suchten, eigene Ideale zu pflegen und zu verwirklichen. Die Juden lebten immer mehr in einem freiwilligen Ghetto.

Die Folge war eine Vertiefung des jüdischen Gemeindelebens, Erkenntnis der Schicksalsgemeinschaft aller Juden und wachsendes Verständnis für die notwendige Zusammenarbeit zwischen West und Ost, die durch die Verständigungspolitik der Regierung noch gefördert wurde[111].

Aber die Zeit der vom Zweiten Volkstag (1927—1930) geförderten Verständigungspolitik mit Polen nahm allzu rasch ein Ende. Nach dem Sturz des Kabinetts Bartel nahm die polnische Regierung unter dem Einfluß der Oberstengruppe in Danziger Fragen eine weniger versöhnliche Haltung ein. Für Danzig wurde die Konkurrenz des mit allen Mitteln geförderten Hafens in Gdingen immer bedrohlicher. Die Verlagerung des Verkehrs und die teils erzwungene, teils freiwillige Umsiedlung jüdischer Firmen von Danzig nach Gdingen machte sich bald auch in einem Rückgang der Steuerkraft der Gemeinde fühlbar. Der wirtschaftliche Niedergang, der durch die einsetzende Weltwirtschaftskrise noch beschleunigt wurde, erbrachte in Danzig einen Stimmungsumschwung. Die Volkstagswahlen führten 1930 zur Niederlage der demokratischen Koalition, und die neue Regierung Dr. Ziehm stand zwar noch unter deutsch-nationaler Führung, war aber bereits von den Nationalsozialisten abhängig. Es begann erneut eine Zeit der Zwischenfälle und Streitigkeiten mit Polen.

Bei den Juden hatte die Intensivierung des Gemeindelebens ein schärferes Hervortreten der Gegensätze zwischen den Parteien und Gruppen zur Folge. Die Repräsentantenwahlen am 19. Februar 1928 standen im Zeichen scharfen Kampfes. Von den 15 Repräsentanten waren 8 neu zu wählen, und zum ersten Male konnten die Parteien sich nicht auf eine Einheitsliste einigen, wie es bisher immer der Fall gewesen war. Die Jüdische Volkspartei auf der einen und die von „Liberalen" geführten religiösen Gruppen auf der anderen Seite standen sich mit eigenen Wahlvorschlägen gegenüber. Es gab überfüllte Wahlversammlungen, aufrüttelnde Flugblätter und eine erregte Kampfstimmung, die manchen über die Verteidigung seines Programms hinaus zu heftigen Angriffen auf den Gegner führte.

Die von Dr. Herbert Levy geführte Jüdische Volkspartei hatte als Hauptredner ihren Berliner Parteivorsitzenden, Dr. Klee, nach Danzig geholt. Er machte in der überfüllten Gewerbehalle vor etwa 600 Wählern den Liberalen zum Vorwurf, durch ihre Wirksamkeit die jüdische Volksidee aus dem Gemeindeleben verbannt zu haben. Nur in einer Synthese der religiösen und nationalen Elemente liege die Rettung für das Judentum.

Die von Bankdirektor Weinkrantz geführten Liberalen hatten als ersten Redner den Königsberger Gemeinderabbiner Dr. Lewin, der in Danzig als überzeugter Vertreter der Symbiose des deutsch-jüdischen und religiös-liberalen Juden bekannt war. — Die in der Agudah vertretene Richtung der Orthodoxie hatte als Redner Dr. Ehrmann aus Frankfurt am Main gewonnen, der als scharfer Gegner des zionistischen Programms auftrat.
Bei ungewöhnlich hoher Wahlbeteiligung (80 % der Wahlberechtigten) erhielt die Volkspartei 40 % der Stimmen[112]. Gewählt wurden 4 Liberale, 1 Vertreter der Orthodoxie und 3 Volksparteiler. Der folgende Vergleich zeigt den erfolgten Wandel in der Zusammensetzung der Gemeindeverwaltung:

Wahlperiode 1925—1928:

Vorstand:		Repräsentantenversammlung:	
Justizrat Fabian (Vors.)	L	Geh. Justizrat Flater (Vors.)	L
Justizrat Zander (stellv. Vors.)	L	RA. Dr. Brodnitz (stellv. Vors.)	L
Gustav Mendel	L	Georg Berghold	L
Hermann Riese	L	Julius Becker	L
Dr. Paul Möller	L	Dr. B. Kamnitzer	L
RA. Dr. Rosenbaum	Z	Dr. Israel Landau	Z
RA. Dr. Rosenthal	Z	Franz Boss	L
Simon Anker	L	Isaak Neuberger	K
O.-Reg.-Rat Berent	L	Bankdir. Weinkrantz	L
Louis Maschler	L	Apoth. Heinrich	Z
8 Liberale, 2 Zionisten		Bernh. Löwenthal	K
		Dr. Kurt Nawratzki	Z
		Isidor Goldberger	K
		Gustav Rabow	L
		Julius Jewelowski	L
		9 Liberale, 3 Zionisten, 3 Kons.-Orth.	

Wahlperiode 1928—1931:

Fabian	L	Dr. Brodnitz	L
Zander	L	Dr. Lewy	Z
Berent	L	Weinkrantz	L
Rosenthal	Z	Heinrich	Z
Rosenbaum	Z	Josephsohn	L
Becker	L	Arth. Anker	L
Möller	L	Goldberger	Z
Maschler	L	Rabow	L
Berghold	L	Jewelowski	L
Dikanski	O	Kamnitzer	L
7 Liberale, 2 Zionisten, 1 Orth.		Dr. Segal	Z
		Dr. Landau	Z
		M. Gelhar	L
		R. Brzezinski	L
		S. Echt	L
		10 Liberale, 5 Zionisten (J. Volksp.)	

Während ziemlich gleichzeitig bei Gemeindewahlen in Königsberg und Berlin die traditionelle Mehrheit der Liberalen verlorengegangen war, blieb sie in Danzig noch erhalten. Zwar hatte die Jüdische Volkspartei ihre aktivsten Führer Dr. Lewy, Dr. Landau und Dr. Segal in die Repräsentanz gesandt; die Führung der Gemeinde blieb jedoch in den Händen der Liberalen; die Jüdische Volkspartei verharrte bis 1933 in Opposition. Die Gemeinde litt nicht unter religiöser Zersplitterung; die Dispute in der Gemeindestube betrafen nicht religiöse Differenzen, sondern Gegensätze zwischen den Anhängern des Central-Vereins und denen der zionistischen Organisationen.
Eine sehr entschieden vertretene Forderung der Jüdischen Volkspartei betraf die Jüdische Schule. Die Liberalen lehnten bis 1933 die Jüdische Schule ab, da nach ihrer Auffassung für sie keine Notwendigkeit vorlag und für eine solche Schule, die hauptsächlich von Kindern nicht-Danziger Staatsangehörigkeit besucht werden würde, der Senat sicherlich keine Mittel bewilligen würde. Jüdische Kinder polnischer Staatsangehöriger konnten in Danzig die polnischen Schulen besuchen, und ihre Aufnahme in Danziger Schulen als Fremdschüler war der Gemeinde durchaus willkommen. Die Liberalen waren dagegen, die jüdischen Kinder aus den öffentlichen Schulen herauszunehmen und in eine Schule zu senden, die unter Parteieinfluß keine allgemeine jüdische Schule (im Sinne des Verbandes jüdischer Lehrervereine) werden würde. Die von der Jüdischen Volkspartei geforderte Schule hätte nur nach dem Prinzip der in Polen bestehenden Tarbut-Schulen aufgebaut werden können. Dazu fehlte aber der Danziger Gemeinde, die stets abgelehnt hatte, für die Danziger Juden Minderheitsrechte zu beanspruchen, die Voraussetzung der in Polen bestehenden Autonomie.

2. *Das Jahrzehnt der Entrechtung und Verfolgung (1930—1939)*

Das Jahr 1930 brachte für die Freie Stadt Danzig und ihre Juden eine schicksalhafte Wende: nicht nur eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Danzig und Polen, damit der gesamten wirtschaftlichen und politischen Lage Danzigs, sondern auch das Ende der Linksregierung und der zehnjährigen Präsidentschaft Sahms sowie die Wahl des Führers der deutschnationalen Opposition, Dr. Ziehm, zum Senatspräsidenten und schließlich die für Danzigs Juden besorgniserregende Ernennung Albert Forsters, eines besonderen Günstlings Hitlers, zum nationalsozialistischen Gauleiter in Danzig. — Wie war dieser Wandel möglich?
Gewiß waren manche Probleme in versöhnlichem Geist gelöst worden, und der Hohe Kommissar hatte befriedigt nach Genf melden können, daß in den beiden letzten Jahren keine Streitfrage seiner Entscheidung bedurft hatte. Aber in drei wichtigen Fragen, von denen Danzigs Wirtschaft und das Wohl seiner Bevölkerung abhingen, konnte auch die Linksregierung zu keiner befriedigenden Einigung mit Polen kommen: hinsichtlich der Ausnutzung des Danziger Hafens, der Bereinigung des Danziger Arbeitsmarktes und der Festsetzung des Zollverteilungsschlüssels.
Der polnische Hafen in Gdingen drohte den Danziger Hafen lahmzulegen; Danzigs Eigenhandel verlor seine Bedeutung. Der Handelshafen sank zum Speditionshafen herab; Danzig wurde zusehends der Hafen für polnische Massengüter. Wie die Danziger

Regierung ausführte, „müssen die nachteiligen Auswirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben Danzigs notgedrungen auch zu einer Schädigung der gesamten Finanz- und Steuerwirtschaft der Freien Stadt und ihrer Gemeinden führen".
Auch die Finanzen der Danziger Gemeinde wurden dadurch geschädigt, daß jüdische Firmen ihren Sitz nach Gdingen verlegten oder ihre Inhaber wenigstens nach Zoppot, das auf halbem Wege dorthin lag, übersiedelten. Das Ausmaß der Schädigung zeigt die Entwicklung der Steuereingänge der Gemeinde:

Verwaltungsjahr:	Veranlagt. Aufkommen:	Tatsächl. Aufkommen:
1929—1930	208 000 G	152 000 G
1930—1931	218 000 G	165 000 G
1931—1932	200 000 G	123 000 G
1932—1933	155 000 G	100 000 G
1933—1934	127 000 G	104 000 G

Obgleich die jüdische Bevölkerung in Danzig noch wuchs und die Aufgaben der Gemeinde sich mehrten, sank ihre Finanzkraft. Die Zuwanderer waren meist arbeitsuchende, oft unterstützungsbedürftige Juden, die den Gemeindehaushalt belasteten, während leistungsfähige Steuerzahler verlorengingen. Hinzu kamen die Schäden, die Danziger Firmen durch den Antisemitismus und wachsenden Boykott erlitten, auch die durch polnische Zollmaßnahmen bewirkten Verluste. Die abweisende Haltung polnischer Firmen führte zum Untergang mancher alten Danziger Firma. „Die Polen treiben Handel in Danzig, aber nicht mit Danzigern, sondern anstelle der Danziger Kaufleute", klagte der Präsident der Danziger Handelskammer.
Die zweite Streitfrage, für die langwierige Verhandlungen keine befriedigende Lösung ergaben, war die Frage der Bereinigung des Danziger Arbeitsmarktes. Ende 1929 hatte Danzig rund 13 000 Arbeitslose, zu deren Unterstützung für das Jahr 1930 die für Danzig außerordentlich hohe Summe von 10 Millionen Gulden bereitgestellt werden mußte. Polen war zwar bereit, den weiteren Zuzug polnischer Arbeitnehmer zu sperren, jedoch nicht die Zahl der bereits in Danzig tätigen Kräfte zu vermindern. — Die Frage war für jüdische Arbeitslose, die aus Polen nach Danzig zur Arbeitsuche kamen, von besonderer Bedeutung.
Der dritte Streitpunkt betraf Zollfragen. Hier wurde der Streit zwar durch den Hohen Kommissar zu Danzigs Gunsten entschieden, aber polnische Zollmaßnahmen („Schwarze Liste" für Danziger Firmen) brachten erhebliche Schäden für Danzigs Wirtschaft und Finanzen.
Politische Veränderungen in Danzig und Polen sowie im Reich verschärften die Streitigkeiten. In allen drei Ländern hatte die wirtschaftliche Not die Bevölkerung radikalisiert; vielfach wurden für wirtschaftliche und politische Mißerfolge die Juden die Prügelknaben. In allen drei Ländern kam es 1930 zu Parlamentswahlen und zur Bildung neuer Regierungen. — In Polen gewannen die Danzig-feindlichen Gruppen die Oberhand, und nach zweijährigem Burgfrieden kam es erneut zu Protesten, zu Verhandlungen vor dem Völkerbund und dem Haager Gerichtshof, der schließlich zu Danzigs Gunsten entschied.
In Danzig führten die Arbeitslosigkeit und der Unwille gegen Polen, vor allem wegen der Vernachlässigung des Danziger Hafens, zu heftigen Angriffen gegen die Regierung

und ihre Verständigungspolitik. Immer lauter wurde, zunächst von der deutschnationalen Opposition, dann aber auch von unpolitischen Wirtschaftskreisen, die Frage gestellt, warum Danzig vom Mutterlande getrennt bleiben müsse, nachdem Polen sich in Gdingen einen eigenen Hafen geschaffen habe.

Das Verbot der Stahlhelmtagung wurde Anlaß zu schärfsten Angriffen. Der Brandenburger Stahlhelmführer erklärte, daß die Danziger Regierung hierbei unter dem Einfluß polnischer Judenjungen stände. Gemeint waren die Senatoren Jewelowski und Kamnitzer, obwohl keiner von beiden für das Verbot verantwortlich war. Das Wort von den Judenjungen wurde auch in der Volkstagssitzung gebraucht, und die Folge war, daß in der folgenden Nacht die Fenster eines jüdischen Schuhgeschäfts am Holzmarkt zertrümmert wurden (C. V. Ztg. 1929, S. 248). Es war für Danzig der erste „schlagende" Beweis für den auf die Juden abgelenkten Volkszorn; das Wetterleuchten, welches das nahende Gewitter ankündigte.

Bald sollten die Danziger Juden den Fanatismus eines der rücksichtslosesten Günstlinge Hitlers kennenlernen. Am 24. Oktober 1930 kam Albert Forster nach Danzig, um als Gauleiter der NSDAP die Stadt zum nationalsozialistischen Vorposten zu machen. Dieser Tag muß als schwarzer Tag für die Danziger Judenheit angesehen werden; damit begann der rücklichtslose Kampf um die nationalsozialistische Alleinherrschaft, ein Kampf, der jede Opposition mit Gewalt zerbrach, die Juden entrechtete und schließlich die Zerstörung der Synagogengemeinde, aber auch das Ende der Freien Stadt herbeiführte.

Im Sommer 1930 war Göring nach Danzig gekommen, um der völlig bedeutungslosen Partei neues Leben einzuflößen. Er war es, der Hitler empfahl, Forster nach Danzig zu entsenden.
Forster war nicht nur ein Günstling Hitlers, sondern auch ein Schüler seines Landsmanns Streicher, dem er in seiner ungezügelten Art nicht nachstand. Wie Streicher war er voller Haß gegen Juden und Polen, gegen Liberale, Marxisten und Katholiken. Es ist ein Rätsel, wie Forster, der nach der Danziger Verfassung Ausländer war, in Danzig sogar als Führer der Wahllisten zum Volkstag auftreten konnte, ohne auf Verlangen des Völkerbundes ausgewiesen zu werden.

Die rücksichtslose Propaganda der Nationalsozialisten trug ihre Früchte. Die Volkstagswahlen ergaben eine Schwächung der bürgerlichen Parteien und ein starkes Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen. In dem neuen Volkstag, für den die Zahl der Abgeordneten von 120 auf 72 herabgesetzt worden war, hatten die Nationalsozialisten bei 16,4 % der Stimmenzahl 12 Abgeordnete und waren die zweitstärkste Partei[113]. Die von den Deutschnationalen gebildete Koalitionsregierung (Dr. Ziehm) bedurfte der Unterstützung der Nationalsozialisten, die ihre Zeit noch nicht für gekommen hielten.

Der Sieg der Nationalsozialisten erfüllte die Danziger Juden mit tiefer Besorgnis; er entsprach aber auch nicht den Wünschen der Deutschnationalen, die bald den Druck der Nationalsozialisten zu spüren bekamen[114]. Die Danziger Juden waren von dem Sieg der Nationalsozialisten nicht überrascht worden, da sie mit größter Aufmerksamkeit die Ausbreitung der Nazipropaganda im Reich wie in Danzig verfolgt hatten. Bald wurde der „Danziger Beobachter" in den „Vorposten" umgewandelt, um gegen die Juden im Geist des Stürmers zu hetzen[115].

Noch war aber der Tag für antisemitische Gewaltmaßnahmen nicht gekommen; noch fühlten sich die Danziger Juden unter dem Schutz des Völkerbundes sicher. Zwar mußten der Fall des überparteilichen Präsidenten, die Ankunft Forsters und die wachsende

Radikalisierung der Danziger Bevölkerung, die Vorgänge im Reich und in Polen die Juden mit Sorgen für die Zukunft erfüllen. Dennoch blieb unter der Regierung Ziehm die bürgerlich-rechtliche Lage der Juden in Danzig noch unerschüttert. Die Juden hatten noch keine Veranlassung, Beschwerde gegen judengegnerische Regierungsmaßnahmen zu erheben; oft genug aber waren der Gemeindevorstand wie die jüdischen Abwehrorganisationen gezwungen, wegen judenfeindlicher Maßnahmen der NS-Partei Beschwerde bei der Regierung zu erheben. Im allgemeinen waren die Regierung und ihre Polizeiorgane bereit, den Juden jeden erbetenen Schutz zu gewähren, Ausschreitungen im Keim zu ersticken und die Übeltäter zu bestrafen.

Weniger befriedigend gestaltete sich die wirtschaftliche Lage der Juden, und noch weniger befriedigend, zum Teil sogar beschämend, waren die den inneren Frieden der Gemeinde störenden Kämpfe zwischen den einzelnen Gruppen und Parteien.

Wie die Haushaltsvoranschläge für die Jahre 1929—1930 und 1930—1931 zeigen, war es der Gemeinde damals noch möglich, sowohl die vertraglich festgelegten Ausgaben (für Gehälter, Zinsen u. ä.) zu leisten als auch freiwillige Beiträge und Subventionen an Vereine, insbesonders an die Organisationen der jüdischen Jugend, zu zahlen.

Die Bewilligung mancher Beiträge löste bei der Etatsberatung oft heftige weltanschauliche Debatten aus. So verlangte die Jüdische Volkspartei, den Betrag für Keren Hajischuw zu streichen und dem Keren Hajessod zuzuführen. Der Antrag wurde abgelehnt. — Die verhältnismäßig hohen Beträge für Keren Hajessod, Tarbut und die zionistische Jugend zeigen, daß die Gemeindeverwaltung bestrebt war, alle Gruppen der Gemeinde zu befriedigen.

Aufschlußreich ist die Liste der Mitglieder des Vorstandes und der Repräsentanz der Gemeinde:

Vorstand für 1931—1934:

Justizrat Zander, Vors.
Dr. Paul Möller, stellv. Vors.
Senatsrat Berent, Kassenvorst.
Louis Maschler, Kassenkontrolleur
Julius Becker
Georg Berghold
Justizrat Fabian

Stellvertreter:
Rudolf Brzezinski
Arthur Anker

Repräsentanten für 1931—1934:

RA. Dr. Brodnitz, Vors.
RA. D. Lewy, stellv. Vors.
RA. D. Kamnitzer
Dr. Joseph Segal
Dr. Isaak Landau
Moritz Gelhar
David Jonas
Samuel Echt
Louis Nachmann
Julius Lippmann
Dr. Kurt Itzig
Hugo Josephson
Dr. Henryk Löwenherz
Morduch Lubart
Motel Rosenzweig.

Die Liste weist gegenüber der vorhergehenden Wahlperiode erhebliche Veränderungen auf. Justizrat Fabian, der seit 1913 dem Vorstand angehört und seit 1920 das Amt des 1. Vorsitzenden bekleidet hatte, war im Jahre 1930 auf Grund seines Alters

zurückgetreten[116]; Justizrat Zander, der bisherige stellvertretende Vorsitzende, war an seine Stelle gerückt. Außer Fabian vermissen wir im Vorstande die bisherigen Vertreter der Jüdischen Volkspartei, Dr. Rosenbaum und Dr. Rosenthal; alle 9 Vorstandsmitglieder waren Vertreter der Liberalen. Die Spannungen waren unüberbrückbar geworden und die Jüdische Volkspartei hatte ihre Vertreter aus dem Vorstande zurückgezogen.

Bei der Beratung des Haushaltsplans für 1930/31 war es zu schweren Angriffen gegen die Gemeindeverwaltung gekommen. Dr. Segal bezeichnete als Vertreter der Volkspartei die bisherige Arbeit des Vorstandes als Leerlauf; noch heftiger sagte der zweite Redner der Volkspartei, Dr. Landau, dem Vorstande und der Repräsentanz offenen Kampf an. „Er glaube nicht an eine Verständigung; er finde überall auf der anderen Seite offene Feindschaft, im günstigsten Falle höfliche Ablehnung. Volkspartei und Liberale seien durch Welten voneinander getrennt" (Protokoll vom 27. 3. 1930). Der Kampf wurde jahrelang mit großer Erbitterung geführt. Die von Dr. Landau geleitete Zeitung der Volkspartei, „Das Jüdische Volk", brachte Aufsätze schärfster Kritik, vor allem gegen den liberalen Gemeinderabbiner, der in einer Rundfunkrede „einen Teil der Gemeinde der Außenwelt gegenüber als unzuverlässig hingestellt habe" (J. Volk 1932, Nr. 2).

Die Spannungen zwischen Zionisten und Liberalen wurden durch die unerfreulichen Kämpfe um die Person des Raw Segalowitsch vertieft. Unter den Orthodoxen gab es zwei sich befehdende Gruppen: Mizrachisten und Agudisten. Während die zionistisch gerichteten Mizrachisten zu Raw Segalowitsch hielten, hatten die rein religiös orientierten Agudisten ihm ihr Vertrauen entzogen. Zwar war in Danzig die Gruppe der Agudisten verhältnismäßig klein; sie hatte aber in der Repräsentanz einen Vertreter, der sich den auf dem Boden des C. V. stehenden Liberalen anschloß. Dieser liberal-orthodoxe Block erstrebte die Entfernung des Raw aus seinem Amt. Die Kämpfe, über die die Gemeindeprotokolle der Jahre 1932 und 1933 ausführlich berichten, führten fast zur Spaltung der Gemeinde. Die Jüdische Volkspartei unterstützte die von Raw Segalowitsch geplante Gründung einer eigenen Gemeinde „Kehillath Jisroel", für die bereits von der städtischen Schlachthofverwaltung eine von der Synagogengemeinde unabhängige Schächterlaubnis eingeholt war (Vorstandsprotokoll vom 15. 3. 1933). Das geschah zur selben Zeit, da in Danzig die Nationalsozialisten ein allgemeines Schächtverbot beantragt hatten und dies nur durch eine an alle Fraktionen versandte Denkschrift der Gemeinde vereitelt worden war.

Die Kämpfe erinnern an die unerfreulichen Spaltungen in Danzigs Splittergemeinden vor 100 Jahren. Spaltungen und innere Kämpfe sind in den Schicksalsjahren deutsch-jüdischer Geschichte häufig und auch verständlich, da die Hetze gegen die Juden bei den religiös, politisch und weltanschaulich getrennten Gruppen des Judentums verschiedene Reaktionen bewirkte.

Die religiösen Juden suchten Trost in der Religion, die Zionisten Halt in verstärkter Liebe zu Palästina und nationaljüdischer Erziehung. Sie betonten die Einheit aller Juden, den „Klall Jisrael". Die im C. V. vereinte Mehrheit der deutschen Juden betonte immer wieder die Volks- und Kulturverbundenheit mit dem deutschen Volk. Die Geschichte hat den Zionisten Recht gegeben. Wenn aber behauptet wird, daß für die Danziger Juden vieles anders gekommen wäre, wenn die C. V. Juden 1933 die Zeichen der Zeit besser verstanden und ihre Ideologie gewandelt hätten, so sind sie doch wegen ihres Verhaltens nicht zu tadeln.

Für die Zionisten wurde die Mitarbeit am Aufbau Palästinas noch stärkere Verpflichtung. Wie der Berliner Rabbiner Joachim Prinz es in seinem Buch „Wir Juden, Besinnung, Rückblick,

Zukunft" ausdrückt, gab es nach dem Zusammenbruch der Assimilationstheorie nur einen Weg: Bekenntnis zur jüdischen Nation und Schaffung der jüdischen Heimstätte in Palästina.
Der C. V. versuchte noch krampfhaft, in den deutschen Juden die Liebe zur deutschen Heimat, zur deutschen Kultur zu erhalten. Der „Verband nationaldeutscher Juden" trat noch am 20. November 1933 als „Erneuerungsbewegung jüdischer Deutscher" mit einer Kundgebung vor die Öffentlichkeit.
Auch innerhalb der Zionisten hatte sich ein rechter Flügel vom Ganzen gelöst; im Oktober 1931 bildeten die „Revisionisten" eine unabhängige Partei; sie verlangten neben dem jüdischen Pionier den jüdischen Soldaten zur Befreiung Palästinas und Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates.

Im Sommer 1930 war eine Danziger Gruppe im „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten" (R. j. F.) entstanden, und es war bedauerlich, daß die Kriegskameraden aus dem zionistischen Lager dem Bunde fernblieben, weil der R. j. F. in allen innerjüdischen Fragen mit dem C. V. zusammenging. Die Danziger Gruppe trat in enge Zusammenarbeit mit dem Landesverband Ostpreußen[117] und pflegte in monatlichen Zusammenkünften den auf gemeinsamen Kriegserlebnissen beruhenden Kameradschaftsgeist; alljährlich gedachte sie der gefallenen Kameraden in einem öffentlichen und feierlichen Gottesdienst in der Großen Synagoge, in deren Westwand sich die Ehrentafel für die im I. Weltkrieg Gefallenen befand.

Im Danziger C. V. legte Dr. Brodnitz im März 1930 den Vorsitz nieder. Er hatte den Verein fast 25 Jahre geleitet; wer ihn kannte (Verfasser war mehr als 10 Jahre Schriftführer im C. V.), schätzte seine gütige Persönlichkeit. Dr. Brodnitz wurde Ehrenvorsitzender; Vorsitzender des C. V. wurde Bankdirektor Weinkrantz, der schon dem Hauptvorstand als Vertreter Danzigs angehörte. Auch der Rücktritt von Brodnitz muß mit den Spannungen innerhalb der Gemeinde in Verbindung gebracht werden; die gegenseitige Befeindung entsprach nicht seiner versöhnlichen Art. In der Folgezeit widmete sich Brodnitz dem Wohl des Altersheims, dessen Vorsitzender er war, und es gelang ihm, die Zahl der Insassen des Heimes zu verdreifachen.

In dieser Zeit heißester Debatten fand Dr. Lewy, der Vorsitzende der zionistischen Organisation, das erlösende Wort durch seinen dringenden Antrag auf Einberufung einer Repräsentantenversammlung zwecks Erörterung von Maßnahmen gegen die nationalsozialistische Aufforderung zum Boykott jüdischer Gewerbetreibender. Der Vorstand beschloß, es bei den bisherigen Maßnahmen zu belassen und die Abwehr weiterhin dem C. V. und dem R. j. F. anzuvertrauen. Immerhin war der erste Schritt zur Verständigung getan. Nachdem der Konflikt um den Raw Segalowitsch durch dessen Berufung als Rabbiner nach Brüssel sich von selbst gelöst hatte, führte das Jahr 1933 die Parteien zu gemeinsamer Arbeit zusammen. Noch innerhalb der Wahlperiode traten Vertreter der Jüdischen Volkspartei in den Vorstand ein, und Dr. Löwenherz (ein Bruder des Direktors der Wiener Gemeinde) übernahm die Finanzverwaltung der Gemeinde. Im Herbst 1933 wurde zwischen den Liberalen und der Jüdischen Volkspartei im letzten Augenblick ein Wahlkompromiß geschlossen, um angesichts der wachsenden Gefährdung der Gemeinde jede Zersplitterung der schwachen Kräfte zu vermeiden.

Nach dem Antritt der deutschnationalen Regierung (Dr. Ziehm) kam es noch nicht zu offenen Feindseligkeiten gegen die Juden; der Terror der Nationalsozialisten richtete sich

zunächst gegen die „Judenknechte", die Sozialdemokraten. Kundgebungen auf dem Langen Markt oder dem Wiebenwall, bei denen Mitglieder des Reichstages ihre Kampfreden hielten, die Bildung nationalsozialistischer Zellen in Berufsorganisationen, Beamtengruppen, in Fabriken und Kaufhäusern, in Sport- und Jugendvereinen gewannen der Bewegung ständig neuen Boden. Am 21. Juni 1931 führte der Terror der Nazis zu offenen Zusammenstößen mit den Sozialisten. Als dabei acht Nazis schwer verletzt wurden, verlangte die NSDAP nicht nur das Verbot der „Volksstimme", die für die „Überfallsucht der marxistischen Verbrecherhorden auf unsere wehrlosen Leute" verantwortlich gemacht wurde, sowie die Bestrafung der Polizisten, „die sich wie wilde Tiere gegenüber den Nationalsozialisten benommen und den Verbrechern geholfen" hätten; auch die Juden wurden als die Schuldigen hingestellt, die der „Arschufo" (Arbeiterschutzformation) die Waffen geliefert hätten.

Zwar hatte die Regierung am 1. September 1931 auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes[118] ein Uniformverbot erlassen, doch wurde es nicht auf die Parteiuniformen angewandt. Da die Regierung von dem Wohlwollen der Nationalsozialisten abhängig war, wagte sie nicht, mit der nötigen Schärfe gegen sie vorzugehen. Falls sie die Gefahren nicht erkannt hatte, teilte sie diese Blindheit mit allen bürgerlichen Kreisen, die trotz besserer Einsicht den Terror der Sturmtruppen duldeten, solange sie selbst nicht davon bedroht waren.

Die Juden waren so eng mit dem Bürgertum verwachsen, daß die ernsten Warnungen ihrer Führer und des Central-Vereins nicht die gebührende Beachtung fanden, die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung die Hilfe für die verfolgte Sozialdemokratie unterließ und jede politische Zusammenarbeit mit ihr ablehnte. Völlig mit ihren Tagessorgen beschäftigt, unterließen sie eine Politik, die vielleicht den Gang der Geschichte geändert hätte.

Die Juden blieben von den Schwierigkeiten, die Danzig durch Polen bereitet wurden, nicht unberührt. Dabei wurden für die Juden — für die altansässigen noch stärker als für die eingewanderten[119] — die wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch die Auswirkungen des vom „Vorposten" gepredigten Boykotts noch vergrößert.

Die Arbeitslosigkeit erreichte zum Jahresende 1932 einen Höchststand (fast 41 000). Dennoch hielt der Zustrom aus Polen an; jüdische Arbeitsuchende kamen, von bitterer Not getrieben, weiterhin nach Danzig, um hier vielleicht als Schwarzarbeiter unterschlüpfen zu können[120].

Der wirtschaftliche Niedergang spiegelt sich in der Entwicklung des Haushalts der Danziger Gemeinde wider. Die Steuereingänge waren in ständigem Sinken und blieben oft weit hinter dem Voranschlag zurück. Bald ergab sich bei der Ausführung des Gemeindehaushalts ein Defizit[121].

Beim Vergleich der Haushalte dieser Jahre ergibt sich als erfreuliche Erscheinung die Entwicklung des Religionsunterrichts. In der Sitzung vom 9. Mai 1932 konnte die Schulkommission feststellen, daß wöchentlich 110 Religionsstunden (49 mit 125 Kindern der Volks- und Mittelschulen, 61 mit 250 Kindern der höheren Schulen) erteilt wurden. Während 1931 noch 100 Kinder nicht erfaßt waren, blieben 1932 nur 20 ohne Religionsunterricht. Mit der Anstellung von Bernhard Chasin aus Glogau gewann die Gemeinde einen 2. Kantor und Religionslehrer, der bis 1939 in Danzig gewirkt hat. Der Vorstand

war ferner bemüht, einen Studienrat mit Lehrbefähigung für Religionsunterricht nach Danzig zu bringen.

Die Gemeinde trat dem Verband der Synagogengemeinden Ostpreußens bei und sandte 1930 Vertreter zum 50jährigen Jubiläum des Verbandes und zur Tagung des Deutsch-israelischen Gemeindebundes.
In einer Sitzung der Kultuskommission wurde am 2. 12. 1930 das Tragen der Kopfbedeckung bei Begräbnisfeiern im Krematorium beschlossen und im Oktober 1931 bestimmt, daß an „Simchas Tora" Kinder unter sechs Jahren nicht in den Tempel gebracht und keine Gaben verteilt werden dürften.

Bis zum Jahre 1931 konnte die Gemeinde noch eine Reihe positiver Leistungen erbringen. Sie erhöhte den Beitrag für Zweiggottesdienste von 4 500 auf 8 000 Gulden und die Zahlungen für nichtbeamtete Lehrkräfte von 1 200 auf 3 000 Gulden. Sie führte in die Synagoge Lehrvorträge ein, für die sie 1 500 Gulden zur Verfügung stellte. Sie unterstützte Tarbut und Talmud Tora mit je 3 000 Gulden und förderte die Bestrebungen des polnisch-jüdischen Kulturvereins Perez zur Erlernung der deutschen Sprache. Für die werktätige jüdische Bevölkerung wurde an den Freitagabenden ein zweiter Gottesdienst eingeführt. Bereits 1932 war die Gemeinde trotz wachsender Aufgaben zu Ausgabenbeschränkungen gezwungen. Fünf Banken forderten Rückzahlung von Schulden; das Finanzamt drang auf Bezahlung gestundeter Steuern. Am 16. Juni 1932 hatten Vertreter des Vorstandes (Zander, Berent) eine Unterredung mit dem Senatspräsidenten zwecks Erhöhung der Unterrichtsbeiträge und Niederschlagung gestundeter Steuern; die Verhandlungen wurden mit dem Finanzsenator Hoppenrath und dem Schuldezernenten Staatsrat Wunderlich fortgesetzt. Nach dem in der Vorstandssitzung vom 13. September 1932 erstatteten Bericht Berents über seine Unterredung mit Oberregierungsrat Nickel vom Finanzamt hatte dieser erklärt, daß der Senat grundsätzlich bereit sei, der Gemeinde zu helfen, doch müsse diese ihre Ausgaben senken. Unter anderem müßte die Zahl der Beamten verringert und ihre Gehälter, die weit höher als bei anderen Religionsgesellschaften seien, herabgesetzt werden. Dirigent und Organisten sowie der Chor müßten ehrenamtlich wirken und Minjanmänner ohne Vergütung gefunden werden. Der Austritt aus der Gemeinde müßte erschwert werden. Diese wohlgemeinten Ratschläge beruhten zum Teil auf Unkenntnis der Verhältnisse. Senatsrat Berent machte folgende Sparvorschläge:

1. Gehaltskürzungen	Ersparnis	6 000 G
2. Zusammenlegung des Religionsunterrichts	Ersparnis	2 000 G
3. Schließung der Synagoge Langfuhr	Ersparnis	6 200 G
4. Verringerung des Chors	Ersparnis	6 000 G
5. Fortfall besoldeter Minjanleute	Ersparnis	2 000 G
6. Entlassung. Steuererheb. Hirschberg	Ersparnis	3 000 G
7. Zweimonatliches Erscheinen des Gemeindeblattes	Ersparnis	450 G
8. Kantor in Mattenbuden	Ersparnis	6 150 G
9. Wegfall der Unterstützung Rappaport	Ersparnis	1 200 G
10. Kürzung des Beitrags für Talmund Tora	Ersparnis	1 000 G
11. 50 % Kürzung der Vereinsbeiträge	Ersparnis	5 000 G
insgesamt	Ersparnis	39 000 G

Da die Gemeinde 16 000 Gulden Lohnsteuer schulde, an fünf Banken je 10 000 Gulden (auf eine Schuld von jeweils 35 000 Gulden) zurückzuzahlen beabsichtigte und der Fehlbetrag 20 000 Gulden betrage, bestehe ein Bedarf von 50 000 Gulden. Um diesen aufzubringen, müßte entweder auch in der Großen Synagoge ein Kantor fortfallen oder die Steuer von 18 % auf 20 % der Einkommensteuer erhöht werden.
Auf den weiteren Vorschlag Berents wurde bei dem Senat unter Vorlage eine Rechtsgutachtens von Justizrat Lewinski ein Antrag auf Änderung des Austrittsgesetzes gestellt[122]. Der Antrag wurde vom Senat am 27. Januar 1933 abgelehnt.
Die von Senatsrat Berent gemachten Sparvorschläge wurden abgelehnt und stattdessen ein Zuschlag von 25 % zur Vermögenssteuer beschlossen. Die Rückkehr der Volkspartei in den Gemeindevorstand vereinigte am 8. 12. 1933 alle Parteien in dem Bestreben, die Finanzen der Gemeinde zu ordnen. Die Zusammenarbeit war um so wichtiger, als trotz Ausgabenkürzungen (die im Februar 1933 erfolgten) die Schulden der Gemeinde bis zum 1. April 1934 auf 231 000 Gulden gestiegen waren, von denen 170 000 Gulden unfundierte Bankschulen waren[123].
Die Schulden waren unter anderem durch den Bau der Synagoge in Langfuhr entstanden. Die Repräsentantenversammlung hatte am 23. März 1927 beschlossen, „den Bau in Langfuhr nach den vorgelegten Plänen und Baubeschreibungen, nötigenfalls unter Einschränkungen, auszuführen, wobei die Gemeinde mit nicht mehr als 95 000 Gulden belastet werden darf". Der Fortzug steuerkräftiger Mitglieder gerade der Langfuhrer Gemeinde und der Fortfall gezeichneter freiwilliger Spenden für ihren Unterhalt zwangen die Hauptgemeinde zur Übernahme unvorhergesehener Verpflichtungen. Dazu mußten für Wohlfahrtszwecke und für die Wandererfürsorge unerwartet hohe Summen aufgebracht werden.
Am 18. August 1932 brachte Georg Berghold im Vorstand einen Antrag ein, der die Tätigkeit der Gemeindebeamten, vor allem die Kasualien, völlig neu regeln sollte. „Alle amtliche Tätigkeit der Beamten ist Angelegenheit der Gemeinde; alle Zahlungen gehen an die Gemeindekasse. Es ist den Beamten untersagt, sich bei Gemeindemitgliedern eigenmächtig um eine Tätigkeit zu bewerben. Die Bezahlung der Kasualien soll an die Gemeinde zu einem bestimmten Tarif, den eine Kommission festlegen soll, erfolgen."
Der begrüßenswerte Vorschlag, welcher der Gemeinde Einnahmen verschafft und den unwürdigen Wettbewerb um Kasualien beseitigt hätte, kam nicht zur Durchführung. — Die geschilderten Sparmaßnahmen zeigen, daß der Vorstand nichts unversucht ließ, um die Finanznot der Gemeinde zu beheben. Der Erfolg war jedoch nur gering.
Der 30. Januar 1933 brachte für die Freie Stadt Danzig noch nicht die Machtübernahme der Nationalsozialisten, aber bald sollte sich auch in Danzig das Bild ändern und für die Juden ein hoffnungsloses Ringen um Leben und Existenz beginnen.
Als der Gauleiter Forster mit der Parole „Danzig muß nationalsozialistisch werden" Neuwahlen forderte, war die deutschnationale Regierung nicht gewillt, kampflos das Feld zu räumen. Durch Verordnung vom 24. März 1933 wurden sämtliche Demonstrationen, sogar eine Goebbels-Kundgebung, verboten. Seiner politischen Verantwortung bewußt, versuchte Senatspräsident Ziehm, in einer Unterredung mit Hitler durch Hinweise auf Genf eine Mäßigung der Nationalsozialisten zu erreichen. Aber entgegen Hitlers Versprechen begann Forster den rücksichtslosen Kampf gegen die Regierung. Am 13. April

bewirkten die Nationalsozialisten die Auflösung des Volkstages, und nun konnte in Danzig mit nur kurzem zeitlichem Abstand dieselbe Entwicklung wie im Reich beginnen. Wenn auch die katastrophalen Folgen für die Juden nicht sofort eintraten, so gaben doch die wenigen Wochen bis zu den Wahlen vom 28. Mai 1933 genügend Grund zu ernster Beunruhigung. Noch war die deutschnationale Regierung im Amt, aber eine Reihe bezeichnender Vorfälle boten einen Vorgeschmack dessen, was ein Sieg der Nazis bringen würde.

Die Nationalsozialisten waren noch nicht in der Lage, die im Reich verkündeten Ausnahmegesetze gegen die Juden auch in Danzig einzuführen; sie versuchten aber den für den 1. April vorbereiteten Judenboykott auch in Danzig nachzuahmen. SA-Männer verteilten Flugblätter mit der Boykottaufforderung und überwachten jüdische Läden. Die Aktion hatte weder die Genehmigung der Regierung noch die aktive Unterstützung der Polizei, wenn auch bereits von der Partei beeinflußte Polizisten dem Unfug nicht entgegentraten. Der ungesetzliche Boykott fand auch bei der Danziger Bevölkerung keine Resonanz[124]; es kam zu keinen Ausschreitungen oder zur Schließung von Läden, noch zu persönlicher Belästigung von Käufern.

Die 50-Jahr-Feier der Gemeinde am 2. April 1933, nur einen Tag nach dem Boykott, wurde sehr schlicht begangen. Sie beschränkte sich auf einen Gottesdienst, in dem der Gemeinderabbiner in der überfüllten Großen Synagoge die Festpredigt hielt.

Ausgehend von dem Gebet Salomos bei der Tempelweihe: „Es sei der Ewige, unser Gott mit uns, wie er mit unsern Vätern gewesen; er verwerfe uns nicht und verlasse uns nicht", zeigte die Predigt, wie der Wille zur Geschlossenheit aufbauend wirke, jede Spaltung aber Schwäche und Gefahr für den Bestand des Judentums bringe. Als vor 50 Jahren die fünf getrennten Gemeinden zusammentraten, war es nicht leicht, das einigende Band zu finden und sich einer einheitlichen Führung unterzuordnen. Wie damals gelte es auch heute, an diesem Wendepunkt jüdischer Geschichte alle Kräfte für die Erhaltung jüdischer Menschen zu sammeln. Wie vor 50 Jahren die Juden unserer Stadt alles Trennende zurückstellten und die Einigungsformel fanden, müsse heute in der Gemeinde die große Einigung vollzogen werden.

Die Festnummer des Gemeindeblattes (Nr. 27 vom März 1933) mahnte ebenfalls, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Als Festgabe überreichte die Gemeinde ihren Mitgliedern einen bebilderten Katalog der im Gemeindebesitz befindlichen Kultgeräte[125].

Während des Wahlkampfes vom 13. April bis 28. Mai 1933 waren die Maßnahmen der Nationalsozialisten vornehmlich auf Unterdrückung der Opposition und Einschüchterung der Wähler gerichtet, doch ließen die Hetzartikel des „Vorposten" erkennen, daß die „Stunde der Abrechnung" auch für die Juden kommen würde.

Zu den Gewaltmaßnahmen der Nationalsozialisten gehörte auch die von Berlin diktierte Gleichschaltung der freien Gewerkschaften, die von dem Leiter der Danziger N.S.B.Z.O., Kendzia, gegen den Widerstand der Arbeiterschaft durchgeführt wurde. Die Proteste des Hohen Kommissars und des polnischen Vertreters blieben unbeachtet; der Einspruch der jüdischen Rechtsanwälte Dr. Kamnitzer und Dr. Lewy wurde von den Gerichten abgewiesen, und Danzigs Arbeiter hatten die Freiheit ihrer Berufsvertretung verloren. Es ist beachtlich, daß die von den Nationalsozialisten gegen den Rechtsanwalt Dr. Lewy später eingereichte Klage von dem Danziger Obergericht als unbegründet zurückgewiesen wurde. Solche Sachlichkeit der Danziger Gerichte sollte jedoch nicht von Dauer sein.

Im Mai 1933 stand Danzig im Zeichen der Neuwahlen; die Tage der deutschnationalen Regierung waren gezählt. Zwei Wochen vor der Wahl, am 14. Mai, erhielt der Hohe Kommissar von dem Gauleiter Forster und dem stellvertretenden Gauleiter Dr. Rauschning, der die nationalsozialistische Wahlliste anführte, die Zusicherung, daß im Falle eines Wahlsieges ihre Partei die Danziger Verfassung sowie die mit Polen bestehenden Verträge treu beachten und freundschaftliche Beziehungen zu Polen pflegen würde. Nachdem auch die amtierende Regierung versichert hatte, mit allen Mitteln für freie Durchführung der Wahlen zu sorgen, fanden die Wahlen am 28. Mai 1933 statt. Sie ergaben für die NSDAP eine Mehrheit von 50,3 % (107 331 gegen 106 797 Stimmen der Opposition), obwohl die Partei unter überaus günstigen Bedingungen alle Mittel der Propaganda entfaltet hatte. Das Wahlergebnis mußte jeden Demokraten mit tiefer Sorge erfüllen.

Am 20. Juni 1933 trat die deutschnationale Regierung ab (Präsident Ziehm zog sich völlig aus dem politischen Leben zurück). Danzig erhielt eine nationalsozialistische Regierung mit Dr. Rauschning als Präsidenten und Greiser als Vizepräsidenten; damit begann in der wechselvollen Geschichte der Freien Stadt Danzig eine neue Epoche ihren verhängnisvollen Lauf.

Noch erlebten die Juden in Danzig nicht die gleiche Katastrophe wie im Reich, wo die Juden durch Sondergesetze aus dem deutschen Volk ausgeschlossen, schutz- und rechtlos und in ihrem Verteidigungskampf völlig entwaffnet wurden; vorläufig blieben die Juden in Danzig von solchen Maßnahmen verschont.

Während im Reich die Ostjuden die ersten Opfer des Naziterrors wurden (bereits vor der Machtergreifung waren Gesetzesanträge auf Ausweisung der nach 1914 eingewanderten Juden gestellt worden), schien gerade die Sicherheit der Ostjuden in Danzig durch die Erklärung Forsters und Rauschnings vom 14. Mai verbürgt. Die Ostjuden konnten, wenn diese Sicherheit in Gefahr war, jederzeit durch den polnischen Vertreter in Danzig den Schutz ihrer Regierung anrufen. (Diese Sicherung führte 1933—1936 noch zu einem gewissen Zuzug aus Polen und überraschenden Wachstum der jüdischen Bevölkerung in Danzig.)

Die Rechte der Danziger Juden waren in der Verfassung verankert, und da die Erklärung vom 14. Mai auch das Versprechen enthielt, die vom Völkerbund garantierte Verfassung getreu zu beachten, durften die Juden in Danzig hoffen, daß die Nationalsozialisten im Rahmen dieser Verfassung mit einer der Sonderlage der Freien Stadt Danzig entsprechenden Zurückhaltung regieren würden. Und schließlich stand den Danziger Juden als letzter Weg die Beschwerde beim Völkerbund, dem Hüter der Danziger Verfassung, offen.

Für die Juden war natürlich die Wahl eines Nationalsozialisten zum Regierungschef Grund zur Beunruhigung; ihre Einstellung zu Rauschning konnte nur ablehnend und abwartend sein. War die vor der Wahl abgegebene Erklärung ernst gemeint? Schon am Tage nach der Wahl versicherte Rauschning bei einem Presseempfang nochmals, daß er die Verfassung und die bestehenden Verträge als Grundlagen für die Unabhängigkeit der Freien Stadt Danzig ansehe; er erklärte ferner, daß der soeben im Reich mit dem neuen Beamtengesetz eingeführte Arierparagraph in Danzig weder möglich noch notwendig sei. Diese Erklärung, die nach den Vorgängen im Reich große Befriedigung auslöste, konnte nur in Danzig abgegeben werden. Sie entsprach nicht nur Rauschnings persönlicher Überzeugung,

sondern auch den Absichten Hitlers, der damals aus eigenen politischen Gründen in Danzig Frieden halten wollte. Diese Friedenspolitik war von reinen Nützlichkeitserwägungen bestimmt, und Rauschning sollte bald erkennen, daß es unmöglich war, eine von der Partei unabhängige Staatspolitik zu treiben.

Glücklicher war Rauschning in seiner Politik der Annäherung an Polen, die ebenfalls Hitlers Absichten entsprach. Sofort aufgenommene Verhandlungen führten zu den Abkommen vom 8. August 1933, welche eine gerechtere Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen sicherten und die Rechte der polnischen Minderheit in Danzig erheblich vermehrten. Beide Abkommen erschienen geeignet, in Danzig Ruhe und Frieden zu erhalten. Und als Hitler im Januar 1934 den Nichtangriffspakt mit Polen schloß, gab es auch zwischen Danzig und Polen nur noch Freundschaftsbeteuerungen. Die Danzig-polnischen Streitfragen, von denen noch 35 dem Hohen Kommissar zur Entscheidung vorlagen, verschwanden von der Tagesordnung. Die Juden in Danzig, die mit Entsetzen seit Monaten die antijüdische Gesetzgebung im Reich verfolgt hatten, schöpften neuen Mut und neue Hoffnung.

Bald zeigten Hitler im Reich wie Forster in Danzig ihr wahres Gesicht. Forster und Greiser benutzten die Zeit äußeren Friedens, um in Danzig die Gleichschaltung durchzuführen, die politischen Parteien auszuschalten, die Juden auf allen Gebieten zu verdrängen und die im Reich geschaffenen Einrichtungen und Zustände auch in Danzig nachzuahmen. Zwar konnte dies nicht auf dem Wege der Gesetzgebung geschehen, doch konnte Forster — der weder Danziger Bürger noch Regierungsmitglied war — durch seine Partei die nötigen Maßnahmen treffen und durch seine willigen Jünger im Senat Verordnungen diktieren, die zu den gleichen Zielen führten. Der Justizsenator Wiers (Wiercinski)-Keiser erklärte, daß man in Danzig keine Gesetze wie in Deutschland machen, dafür aber andere Maßnahmen ergreifen könne, die den gleichen Erfolg erzielen würden. Dem Präsidenten Rauschning kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß er die Maßnahmen der Partei teils geduldet oder entschuldigt, teils seitens der Regierung gedeckt hat auch dann, wenn sie seinen eigenen Anschauungen nicht entsprachen.

Ausgangspunkt für alle Verordnungen bildete das am 24. Juni 1933 mit 50 gegen 19 Stimmen vom Volkstage beschlossene Ermächtigungsgesetz, das bis zum 30. Juni 1937 in Kraft bleiben sollte. Die Regierung erhielt dadurch die Vollmacht, auf allen Gebieten der Verwaltung Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen; auf Grund dieser Ermächtigung erging eine Verordnung nach der anderen, sämtlich mit dem Ziel, Danzig zu einem nationalsozialistischen Staat zu machen. Keine von ihnen war direkt gegen die Juden gerichtet, keine nannte überhaupt den Namen „Juden". Dennoch war mit jeder Gleichschaltung und mit jeder Ausschaltung der Jude ausgeschaltet; jede Verordnung, selbst die harmlos erscheinende, wurde ein Schritt auf dem Weg zu ihrer Entrechtung.

Kaum eine Woche nach dem Ermächtigungsgesetz erschien am 30. Juni 1933 die „Rechtsverordnung betreffs Maßnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung"; sie enthielt Bestimmungen über das Vereinsrecht, über das Verbot von Zeitungen und Druckschriften sowie über den neueingeführten Begriff der Schutzhaft. Schon 1932 war unter der Regierung Ziehm auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes eine Änderung des Vereinsgesetzes erfolgt. Die neue Rechtsverordnung erstreckte sich auf sämtliche Gebiete politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Betätigung. Schutzhaft be-

sagte, daß Personen, angeblich zum eigenen Schutz, ohne Gerichtsurteil bis zu drei Monaten in Haft genommen werden konnten. Als Forster im „Vorposten" drohte, den sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Brill lynchen zu lassen, hob der Volkstag am 23. 8. 1933 mit 31 : 29 Stimmen seine Immunität auf und er wurde in Schutzhaft genommen (Bericht des Hohen Kommissars vom 6. 1. 1934).

Am 7. Juli 1933 bestimmte eine VO., daß der Zuzug von Ärzten und Zahnärzten amtlicher Genehmigung bedürfe und bis Ende 1933 überhaupt verboten sei. Die Bestimmung richtete sich vornehmlich gegen jüdische Ärzte, die nach Verlust ihrer Praxis im Reich sich in Danzig niederlassen wollten. Ferner ernannte der Senat einen neuen Vorstand der Ärztekammer mit Dr. Appaly (Mariensee) an der Spitze. Bewährte jüdische Mitglieder, Geheimrat Wallenberg und Dr. Paul Möller, wurden nicht wiedergewählt. Weitere Bestimmungen über Zulassung von Ärzten, Zahnärzten und Apothekern machten diese von der Zustimmung der betreffenden Kammer abhängig. Aus diesen waren die Juden ausgeschaltet und damit auch Neuzulassungen von Juden praktisch unmöglich gemacht.

Eine VO. vom 14. Juli 1933 brachte die Anwaltskammer unter den Einfluß der Partei und stellte neue Regeln für die Zulassung auf. Die bisher von der Gerichtsverwaltung ernannten Notare sollten von einem aus Parteigenossen bestehenden Richterwahlkomitee ernannt werden. Die Veränderung verstieß formal nicht gegen die Verfassung, vernichtete aber für die Juden jede Aussicht auf Zulassung zu den juristischen Berufen.

Die VO. vom 28. Juli machte den Verbleib von Juden in der Stadtverordnetenversammlung unmöglich. Wichtiger noch war die VO. über die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen vom 4. August 1933. Die bestehenden Kammern wurden aufgelöst und bei der Neuordnung die Juden, die ihnen jahrzehntelang angehört hatten, ausgeschaltet. Entsprechende Neuregelung erfolgte für die Börse (VO. vom 7. 8. 1933) und für das Stadttheater, das in ein Staatstheater umgewandelt wurde.

Am 26. Juli 1933 wurde der deutsche Gruß den Beamten zur Pflicht gemacht. Diese anscheinend harmlose Verfügung hat in jener Zeit viel Unheil angerichtet; der Jude, der beim Betreten eines Dienstgebäudes den Heil-Hitler-Gruß nicht entrichten durfte, wurde als Staatsfeind angesehen und von den Beamten, je nach Einstellung, entsprechend behandelt. Noch unerfreulicher war die geforderte Ehrenbezeugung vor der Hakenkreuzflagge, wenn sie an der Spitze der zahllosen SS- und SA-Kolonnen durch Danzigs Straßen getragen wurde. Wer sich nicht rechtzeitig in eine Nebenstraße flüchten konnte, lief Gefahr, bei Unterlassung des Grußes mißhandelt zu werden[126].

Bei der sofortigen Gleichschaltung der Behörden wurde die Entfernung der Juden aus Beamtenstellen als Staatsnotwendigkeit betrachtet. Um dabei Verletzung der Verfassung und der Gesetze zu vermeiden, wurden Umwege gesucht und gefunden. Durch Verwaltungsumorganisationen, durch Versetzungen und Demütigungen und, wo nicht anders möglich, durch Abfindungen wurden die zwölf Juden, die Beamte waren, aus ihren Ämtern vertrieben.

In der inneren Verwaltung gab es nur einen Juden, den Senatsrat Berent, der bereits in preußischer Zeit Beamter geworden war. Seit vielen Jahren Direktor der städtischen und staatlichen Grundstücksverwaltung und stellvertretender Vorsitzender der Stadtsparkasse, war er wegen seiner Leistungen und seiner korrekten Amtsführung allseitig geschätzt. Nur weil er Jude war, wurde er von einem Tag zum anderen aus seinem Amt entfernt und

pensioniert. Eine spätere Erklärung des Senats besagte, daß er nicht das Vertrauen der neuen Regierung besäße, das heißt Forsters, für den es keinen anständigen Juden gab.

In der Rechtspflege gab es drei jüdische Richter und drei jüdische Referendare. Landgerichtsrat Walter Berent, ein Bruder des Senatsrats, und Amtsrichter Abramsohn wurden in andere Stellen versetzt, wo sie mit dem Publikum weniger in Berührung kamen. Der Richter am Arbeitsgericht, Bruno Drum, wurde durch Auflösung des Arbeitsgerichtes Verwaltungsbeamter und als solcher zunächst beurlaubt und vom 1. April 1934 pensioniert. Die Referendare Dr. Pines, Dr. Kissin und Dr. Friedländer, die nach Ablegung des Großen Staatsexamens als Gerichtsassessoren wie üblich Hilfsrichter werden sollten, wurden für die Richterlaufbahn abgelehnt; ihre späteren Gesuche um Zulassung zur Anwaltschaft blieben überhaupt unbeantwortet. Die Erklärung, die Justizsenator Wiercinski-Keiser für ihre Entlassung gab, ließ klar erkennen, daß gegen sie nichts vorlag. Der Senator hielt die Einführung eines „numerus clausus" für erwünscht, doch auch dann blieben die Juden mit 12 von 7800 Beamten und Pensionären = 0,15 % weit unter der ihnen auf Grund eines Bevölkerungsanteils von 2 % zustehenden Quote.

Die Gleichschaltung auf dem Gebiet von Kultur und Erziehung brachte für die Gesamtheit der Danziger Juden einschneidende Rechtsverletzungen. Es war die Aufgabe des neuen Senators für Wissenschaft, Kunst, Erziehung und Kirchenwesen, Boeck, das gesamte Schul- und Erziehungswesen Danzigs, vom Kindergarten bis zur Hochschule, mit dem neuen Geist zu erfüllen und darüber hinaus jede wissenschaftliche und kulturelle Betätigung der nationalsozialistischen Philosophie anzupassen.

Im Zuge der Gleichschaltung wurden die am Rundfunk und Stadttheater tätigen jüdischen Künstler Selberg und Salzberg sofort entlassen, die Sängerin Frl. Jelski nicht mehr für den Rundfunk in Anspruch genommen. Sämtliche Juden wurden sofort aus dem Chor der Zoppoter Waldoper entfernt. Die nach deutschem Muster errichtete Landeskulturkammer übte die für die Gleichschaltung notwendige diktatorische Kontrolle aus.

Die Schulen wurden völlig umgebildet. Boeck war ein fanatischer Kämpfer für die nationalsozialistischen Theorien vom deutschen Herrenmenschen, von Rasse, Blut und Boden.

Boeck hatte jahrelang in der Berufsorganisation der Danziger Lehrerschaft fanatisch für diese Ideen gekämpft und im März 1931 durch die Gründung des NSLB (Nationalsozialistischer Lehrerbund) die erste Bresche in den Lehrerverein gelegt. Der neue Bund hatte bei seiner Gründung nur 21 Mitglieder, und zur Ehre der Lehrervereine muß gesagt werden, daß sie sich jahrelang allen Gleichschaltungsbestrebungen widersetzten. Bewährte Schulmänner wie die Rektoren Weiss, Schmude, Friedrich und Schülke verharrten noch über 1936 in der Opposition, solange dies überhaupt möglich war.

Durch Rechtsverordnung vom 16. 12. 1933 wurde der NSLB zur einzigen Berufsorganisation der Danziger Lehrer erklärt, ihm gehörten fortan sämtliche Erzieher an öffentlichen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache an, auch die Professoren der Technischen Hochschule. An die Stelle der bisherigen Lehrerzeitung trat „Der nationalsozialistische Erzieher".

Am 12. 3. 1934 verfügte Boeck, daß Schülern nur die Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Jugendverbänden (HJ, BDM und Jungvolk) und im VDA gestattet sei. Auf Grund katholischer Beschwerden wurden konfessionelle Verbände zugelassen, aber nur unter der Bedingung, daß sie nicht marschieren, keine Uniformen tragen und sich nur auf religiösem Gebiet betätigen dürften.

Damit wurde die Politik in die Schule getragen, während Boecks Vorgänger, der deutschnationale Kultursenator Wunderlich, durch besonderen Erlaß die Politik aus den Schulen verbannt hatte.

Bald drückten die Nationalsozialisten der Schule ihren Stempel auf; jüdische Mitschüler wurden isoliert und durch Kränkungen, Zurücksetzungen und offene Feindseligkeiten seelisch und körperlich geschädigt. Zwar gab es in Danzig kein Schulgesetz, daß wie im Reich die Zahl der jüdischen Schüler beschränkte, doch war das Los der jüdischen Schüler in Danzig von dem im Reich nicht allzu verschieden. Der Hitlergruß, die Ausschließung von aktiver Teilnahme an Schulfeiern, Ausflügen und sonstigen Veranstaltungen, die Zuweisung besonderer Bänke machten die jüdischen Schüler zu Fremden, die je nach der Einstellung von Lehrern und Mitschülern als Gäste oder als Ausgestoßene behandelt wurden. Fälle, in denen einzelne jüdische Schüler in ihren Klassen Kränkungen erfuhren, mehrten sich, und sowohl der Schulsenator als auch der für die höheren Schulen eingesetzte Staatskommissar Dr. Schramm gingen mit bösem Beispiel voran.

Unverzeihlich war Boecks Verhalten gegenüber jüdischen Schülern des Kronprinz-Wilhelm-Realgymnasiums, die als Mitglieder des Schulorchesters in einem Konzert zu Ehren Händels spielen sollten, und die er auf der Rundfunkstation traf. Er verbot ihnen die Teilnahme an dem Konzert und wies sie von der Station mit den Worten: „Juden haben auf der Funkstation nichts zu suchen."
Der junge Staatskommissar Dr. Schramm glaubte bei der Reifeprüfung der St.-Petri-Oberrealschule im Frühjahr 1934 einem jüdischen Schüler wie auch dem als aufrichtigen Demokraten bekannten Leiter, Ober-Studiendirektor Dr. Stechert, eine nationalsozialistische Lektion erteilen zu müssen. Ein jüdischer Schüler hatte einen Aufsatz über den „Bamberger Reiter" geschrieben, den das Lehrerkollegium als hervorragende Leistung bewertet hatte. Schramm erklärte, daß es einem jüdischen Schüler nicht zustünde, einen Aufsatz über den Bamberger Reiter zu schreiben, der ein Symbol deutschen Volkstums sei, und er verlangte Herabsetzung der guten Zensur.
Am Städtischen Gymnasium stellte er einem jüdischen Schüler die Frage: „Warum lehnen wir die Juden ab? Warum singen wir das Lied: ‚Schärft die langen Messer?'" Als der Schüler mit der Antwort zögerte, gab er die Antwort und sprach von dem bösen Einfluß der jüdischen Presse, vom Marxismus, von jüdischer Weltherrschaft. Der bei der Prüfung anwesende Rabbiner Dr. Grün stellte den Kommissar nach der Prüfung zur Rede, worauf dieser ihm die Teilnahme an der nächsten Entlassungsprüfung verbot. Eine an den Senat gerichtete Beschwerde des Gemeindevorstandes blieb unbeantwortet.

An der Technischen Hochschule hatten jüdische Studenten schon seit Jahren Kränkungen und Zurücksetzungen erfahren; im April 1934 wurde ihre völlige Absonderung verfügt. Ausschluß der Juden erfolgte auch im Sport. Dem Jüdischen Turn- und Sportverein „Bar Kochba" wurde die Benutzung der Städtischen Turnhallen versagt, und die Gemeinde war genötigt, auf ihrem Grundstück am Olivaer Tor eine Turnhalle zu erbauen. Der Verein errichtete ein eigenes Sportfeld in Selbsthilfe.
Die im öffentlichen Schuldienst Danzigs beschäftigten drei jüdischen Lehrkräfte wurden durch Verwaltungsmaßnahmen ebenfalls Opfer der Gleichschaltung.
Die Studienrätin Dr. Romana Haberfeld, die 20 Jahre in den Oberklassen der Viktoria-Schule mit großem Erfolg unterrichtet hatte, wurde an die unterste Stufe der Scherlerschen Schule versetzt und nahm ihre Entlassung. Als die junge Studienreferendarin Dr. Ruth Rosenbaum, die auf Beschäftigung im Schuldienst überhaupt nicht rechnen konnte, die

private Jüdische höhere Schule gründete, ging die erfahrene Pädagogin an diese Schule und wurde die Stütze der jungen Leiterin. Dennoch scheint Dr. Haberfeld die erlittene Kränkung nie überwunden zu haben; sie endete später im Exil durch Selbstmord.
Rektor M. Friedländer wurde von der Rechtstädtischen Mittelschule an zwei Schulen des schwer erreichbaren Vororts Neufahrwasser versetzt. Hier erreichte die Schulverwaltung rasch ihr Ziel; Friedländer bat auf Grund seines vorgerückten Alters um seine Pensionierung, die ihm bereitwilligst gewährt wurde.
Die dritte jüdische Lehrkraft war der Verfasser, der seit 1913 an der Bezirksknabenschule auf dem Petrikirchhof unterrichtete und dort Leiter der Abgangsklasse war. Der Leiter der Schule, Rektor Falkenberg, dessen Wünsche als deutschnationaler Abgeordneter auch von der nationalsozialistischen Schulverwaltung respektiert wurden, weigerte sich, diese Lehrkraft in eine untere Klasse zu versetzen und ihm den Deutsch- und Geschichtsunterricht in der Abgangsklasse zu nehmen. So blieb der Verfasser das Jahr 1933/34 noch in seiner Position. Als die Synagogengemeinde und die Schulverwaltung die Gründung der Jüdischen Volksschule beschlossen, wurde der Verfasser mit dem Aufbau und der Leitung der Schule betraut. Damit war aus den Danziger Schulen auch die letzte jüdische Lehrkraft ausgeschaltet. Da aber die Jüdische Schule als öffentliche anerkannt war, behielt der Verfasser amtlichen Charakter bis 1939.
Die Erziehung der Danziger Jugend wurde durch die am 30. 4. 1934 erlassene Verordnung um das Landjahr verlängert, um den Kindern nach der Schulentlassung „eine den Grundsätzen des nationalsozialistischen Staates entsprechende Erziehung" zu geben. Da das Landjahr für die Berufswahl Vorteile bot, war die Ausschließung der jüdischen Kinder eine weitere Schädigung.
Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens fielen die beamteten Ärzte Prof. Wallenberg, Dr. Jelski, Dr. H. Friedländer und die Röntgenologin Frl. Jelski der Gleichschaltung zum Opfer.
Alle diese Verordnungen und Maßnahmen waren mit Zustimmung des nationalsozialistischen Präsidenten Dr. Rauschning erfolgt. Gauleiter Forster, dem diese Methoden nicht scharf genug erschienen, nahm jede Gelegenheit wahr, die Juden durch dauernde Beschimpfungen in den Augen der Umwelt herabzusetzen. Überall erschienen die Schilder: „Die Juden sind unser Unglück", „Juden unerwünscht", „Deutschland erwache, Juda verrecke!", und Danzigs äußeres Bild glich immer mehr dem des Reiches.

Am 2. Juni 1934 verkündete Forster vor Tausenden von Zuhörern in der Sporthalle: „Was die Judenfrage betrifft, so seien Sie sicher, daß wir den Juden nicht vergessen haben. Der Tag wird kommen, an dem es nötig sein wird, ihm das Recht wieder zu nehmen, das ihm eine Zeit unnatürlichen Denkens gewährt hat." Am 28. Juni 1934 behauptete er: „Für einen Nationalsozialisten gibt es keinen anständigen Juden. Diese Rasse ist und muß unser Todfeind bleiben. Jede Großmut gegen einen Juden ist falsch. Der Jude muß, wo immer möglich, ausgeschaltet werden. Wir können es nicht dulden, daß Nationalsozialisten in jüdischen Geschäften kaufen. Eine solche Handlung ist ein Verrat an unserer Bewegung und an der deutschen Rasse."
In derselben Versammlung erklärte Vizepräsident Greiser: „Wir haben es nicht nötig, die Juden zu boykottieren und Einkauf bei denen, die nicht unseres Blutes sind, zu verbieten. Es genügt, dem Danziger zu sagen, daß er durch Kauf bei deutschen Firmen die Heimindustrie unterstützt."
Es war für Danzig bezeichnend, wie der Parteiführer Forster und der dem Senat gegenüber verantwortliche Vizepräsident Greiser verschiedene Worte gebrauchten und dennoch dasselbe

wollten, nämlich das Volk zum Boykott aufhetzen und mit der endgültigen Abrechnung zu drohen.

Vorerst ging es den Nationalsozialisten um die Ausschaltung jeder Opposition; Sozialisten, Zentrum und sogar die Deutschnationalen mußten als „Staatsfeinde" zerschlagen werden. Das Beamtentum und vor allem die Polizei mußten als Instrumente des Staates unbedingt nationalsozialistisch sein.

Anhänger des Zentrums seien als Staatsfeinde nicht länger in der Beamtenschaft erwünscht, erklärte Greiser am 31. Oktober 1933 (D. N. N. 1. 11. 1933). In einer Kreislehrerversammlung erklärte Boeck, daß jeder Lehrer, der dem Zentrum angehöre, für den Staat untragbar sei. Als Sozialisten und Katholiken sich gegen solche Verleumdungen in ihren Parteiorganen sachlich zur Wehr setzten, wurde die katholische „Landeszeitung" für eine Woche, die sozialistische „Volksstimme" sogar für einen Monat verboten. Die Zeitungen appellierten erfolglos beim Kommissar. Das Zeitungsverbot wurde aufrechterhalten und die Schreiber sogar in Schutzhaft genommen.

„Landeszeitung" und „Volksstimme" waren die einzigen Danziger Zeitungen, die mutig der Nazifizierung entgegentraten; die „Danziger Neuesten Nachrichten" hatten sich wenige Tage vor den Wahlen im Mai 1933 freiwillig gleichgeschaltet und die deutschnationale „Danziger Allgemeine Zeitung" stand bereits mit ihrer Partei auf dem Aussterbeetat. Als die DNN seit Jahresbeginn immer mehr unter nationalsozialistischen Einfluß gerieten, wurde bei ihren jüdischen Lesern das Fehlen einer wirklich unabhängigen bürgerlichen Zeitung, welche die Verfassung und die Interessen der ganzen Bevölkerung zu verteidigen hätte, immer schwerer empfunden. Das Danziger „Gemeindeblatt" war kein Kampfblatt, es konnte nur jüdische Fragen behandeln; das „Jüdische Volk" der Jüdischen Volkspartei war ein Kampforgan, aber ebenfalls nur im Rahmen der Gemeinde. Die aus dem Reich kommenden jüdischen Zeitungen hatten sich unter schärfster Zensur aller politischen Äußerungen zu enthalten, und die in Danzig zum Verkauf gelangenden jüdischen Zeitungen aus Polen konnten von deutschsprachigen Danziger Juden ebenso wenig gelesen werden wie die polnisch gedruckten Zeitungen.

So kamen jüdische Wirtschaftskreise zu dem Entschluß, das „Danziger Echo", eine Wochenschrift für Kultur, Wirtschaft und Politik, ins Leben zu rufen. Herausgeber und Chefredakteur wurde Theodor Lövy, der seit 1929 die „Danzig-polnischen Wirtschaftsberichte" herausgab, und zwar bis zum Frühjahr 1933 in Bürogemeinschaft mit dem „Danziger Korrespondenzbüro" (DAKO) und in Zusammenarbeit mit dem Senat. Die neue Wochenschrift, die zunächst die Rechte der jüdischen Bevölkerung in der Freien Stadt Danzig wahrnehmen sollte, entwickelte sich bald zum Kampforgan gegen den Nationalsozialismus. In den Jahren 1931—1935 konnte sie unter Ausnutzung der Sonderrechte der polnischen Minderheit einen schärferen Ton anschlagen als die übrige Oppositionspresse. Die Zeitung fand weit über den Kreis jüdischer Leser hinaus Verbreitung, und als die „Volksstimme", in deren Verlag sie erschien, verboten wurde, erschien das Echo als Tageszeitung. Lövy unterhielt gute Beziehungen zu dem Senatspräsidenten und brachte nicht selten von diesem inspirierte Aufsätze zur Judenfrage. Rauschnings Absicht war es, diese Frage als erste Etappe des Widerstandes gegen die Einführung nationalsozialistischer Gesetze und Methoden in Danzig zu benutzen. Das hinderte nicht, daß gegen die Zeitung Prozesse angestrengt wurden und daß sie wiederholt — oft gerade wegen dieser manchmal von

Rauschning selbst verfaßten Aufsätze — beschlagnahmt wurde. Als Rauschning den Kampf aufgab und fluchtartig Danzig verließ, wurden die Angriffe ständig verschärft; Lövy, der lettischer Staatsangehöriger war, wurde nach häufigen Prozessen und nach Verhängung von Schutzhaft, die man auf Einspruch des Hohen Kommissars aufhob, im Juni 1935 aus Danzig ausgewiesen. Er versuchte von Gdingen aus die Leitung des „Echo" fortzusetzen; nachdem aber Woche für Woche die Zeitung beschlagnahmt und der Danziger Sitzredakteur verhaftet wurde, gab ein im Herbst 1935 für acht Monate ausgesprochenes Erscheinungsverbot ihr den Todesstoß. Es gehört zu den vom Reich abweichenden, aber für Danzig charakteristischen Erscheinungen, daß in jenen verhängnisvollen Jahren in Danzig eine solche, von Juden inspirierte und geleitete Zeitung erscheinen konnte.

Am 1. November 1933 übernahm ein neuer Vorstand die Leitung der Gemeinde; an seine Spitze traten Senatsrat Berent und Rechtsanwalt Dr. Rosenbaum, um die Gemeinde in den schweren Jahren, die ihr bevorstanden, zu leiten. Während sich Dr. Rosenbaum, früher ein tätiges Mitglied des C. V., nach den Ereignissen des I. Weltkrieges zur zionistischen Weltanschauung durchgerungen hatte, das Judentum aber nie durch die Parteibrille betrachtete, war Berent im C. V. geblieben, aber bei der Behandlung jüdischer Fragen ebenfalls stets frei von parteilicher Haltung. So trafen sich beide Männer auf einer gesunden, durch die Not der Zeit gebotenen Mittellinie.

Mit der zum 1. Juli 1933 erfolgten Pensionierung des langjährigen Rendanten J. Levy war ein weiteres Mitglied der alten Danziger Generation aus der Gemeindeverwaltung geschieden; an seine Stelle wurde Rechtsanwalt Dr. Erwin Lichtenstein zum Syndikus und Rendanten der Gemeinde gewählt.

Der neugestärkte Gesamtwille der Gemeinde zeigte sich nach innen in vermehrter Tätigkeit der bestehenden oder neugegründeten Institutionen und Organisationen, nach außen in dem festen Entschluß, die verfassungsmäßig begründeten Rechte der Juden in Danzig mit allen gesetzlichen Mitteln zu verteidigen. Die Gemeindevorsteher Rosenbaum und Berent brachten nach sorgfältiger Prüfung jeden Fall einer Verunglimpfung oder Zurücksetzung von Juden dem Senat mit der Bitte um Abhilfe zur Kenntnis. Die in der Zeit vom 11. Juni 1933 bis 23. Januar 1935 mündlich und schriftlich erfolgten Beschwerden sind mit den Stellungnahmen der Senatspräsidenten Rauschning oder Greiser in den Akten der Synagogengemeinde unter dem Titel „Jüdische Beschwerden betreffs die Lage und Behandlung der Juden in Danzig" zusammengefaßt; aus ihnen geht unwiderleglich hervor, daß die Danziger Juden im Vertrauen auf die Verfassung und den Schutz des Völkerbundes, auch auf die der polnischen Minderheit verliehenen Rechte, nicht gewillt waren, roher Gewalt zu weichen und die Maßnahmen der Partei widerstandslos hinzunehmen. — Mit steigender Macht des Nationalsozialismus wurden die Beschwerden immer zahlreicher, ihr Ton immer dringender, während die von der Regierung zunächst gegebenen Versprechungen immer schwächer und ausweichender wurden und schließlich alle Beschwerden nur glatte Ablehnung fanden.

Bei der ersten Aussprache am 21. August 1933 gab Senatspräsident Greiser mündlich eine sehr beruhigende Erklärung.

„Die neue Danziger Regierung hat schon vor Übernahme der Regierungsgeschäfte und dann wiederholt erklärt, daß der Arierparagraph und eine Boykottierung in der Wirtschaft in Danzig

nicht in Frage kommen. Der Senat hat sich angelegen sein lassen, in allen Maßnahmen darauf hinzuwirken, daß die jüdische Bevölkerung in kultureller Beziehung und insbesondere auch in wirtschaftlicher Hinsicht keine Benachteiligung erfährt. Das entspricht der Verfassung der Freien Stadt Danzig, die gleiche Behandlung allen Staatsbürgern und hier befindlichen Persönlichkeiten, unabhängig von Abkunft und Religion, zusichert und insbesondere die durch den Minderheitenschutzvertrag mit Polen zum Ausdruck gekommene Gesinnung der Toleranz vor jedem Volkstum und jeder Religion. Die Danziger Regierung hat erklärt, die Verfassung und alle Verträge genau zu beachten, und hat bewiesen, daß sie ihre Versprechungen erfüllt hat. Sie wird auch in Zukunft sie einhalten."

Greisers Erklärung war zu schön, um von denen, die ihn kannten, als Wahrheit gewertet zu werden.

Senatspräsident Rauschning erklärte gegenüber den Herren Rosenbaum, Gerson und Feilchenfeld am 27. Oktober 1933, daß er die Beschwerden, die namentlich von den Vertretern der jüdischen Berufsorganisationen, Gerson und Feilchenfeld, vorgebracht worden waren, in vielen Punkten anerkennen, daß er aber aus staatspolitischen Rücksichten, die mit Antisemitismus nichts zu tun hätten, auch noch andere Gründe als nur die Rücksichtnahme auf jüdische Belange gelten lassen müsse. Er erkenne an, daß die Juden mit großer Disziplin gewartet hätten, bäte aber zu bedenken, daß die Regierung erst vier Monate im Amt sei und es noch großer Erziehungsarbeit bedürfe, um die Partei aus der Oppositions- in die Regierungsgesinnung zu überführen.

In großen Massenkundgebungen forderten Greiser und Forster zum Boykott auf, und am 5. Juni 1934 hatte die Gemeinde in zwei Beschwerden gegen die unverständliche Haltung des Vizepräsidenten und gegen die Schmähungen des Gauleiters protestiert. Darauf wurde von dem Senatspräsidenten am 2. Juli 1934 zur Beruhigung der jüdischen Bevölkerung eine Senatserklärung über die Behandlung der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Abstammung und ihres Glaubens veröffentlicht.

„Wiederholt sind Befürchtungen laut geworden wegen der Behandlung der Bevölkerung, besonders der jüdischen Bevölkerung, hinsichtlich ihrer Abstammung und ihres Glaubens. Derartige Befürchtungen sind völlig unbegründet. Die Verfassung der Freien Stadt Danzig schließt es aus, daß ihre Bewohner wegen ihrer Abstammung und ihres Glaubens in ihren Rechten irgendwie beeinträchtigt werden. Insbesondere sind Maßnahmen des wirtschaftlichen Boykotts unmöglich, da die Regierung jedem Bürger der Freien Stadt Danzig die sichere Gewähr seiner verfassungsmäßigen Rechte bietet. — Die Regierung will — und weiß sich darin in Übereinstimmung mit der gesamten Bevölkerung — in den Schranken der gesetzlichen Ordnung einen lauteren wirtschaftlichen Wettbewerb, in dem allein die sachliche Leistung entscheidet, und wird die gesetzlichen Mittel einsetzen, um dieser ihrer Auffassung Geltung zu verschaffen."

Noch am Tage der Senatserklärung fand eine weitere Unterredung mit dem Senatspräsidenten statt, die den Vertretern der jüdischen Gemeinde, Ernst Berent und Dr. Kurt Rosenthal, die Gewißheit gab, daß Rauschning ehrlich gewillt war, die Beschwerden zu prüfen, um Unrecht zu verhindern oder wenigstens zu mildern. Als der Vorstand schon am 20. Juli in einer neuen Beschwerde darlegte, daß die Hoffnungen der Juden auf eine Wirkung der Regierungserklärung enttäuscht worden seien, versprach der Präsident am 27. Juli, daß in Kürze ein Gesetz gegen die Beleidigung von Personengesamtheiten ergehen würde. Da das Gesetz nicht kam, mußte der Vorstand in seiner Beschwerde vom

13. September feststellen, daß von einem Einzelfall abgesehen, „nicht einer unserer Beschwerdefälle erledigt worden ist".

Die von Berent und Rosenbaum unterzeichnete Beschwerde schloß mit den Worten: „Sollte der Senat der Meinung sein, daß Erklärungen und Vertröstungen auf die Zukunft genügen, im übrigen aber alles beim alten bleiben könnte, so müssen wir solche Auffassungen als irrig ansehen. Die Juden werden den Kampf gegen die Entehrung und Verdrängung nicht aufgeben können, solange nicht im Gefolge der bisherigen Versprechungen wirksame Maßnahmen zur Wahrung ihrer Rechte, ihrer Ehre und ihrer Existenz getroffen sind."

Am 16. Oktober wurden die Herren Berent, Rosenbaum und Mazur zu einer Besprechung mit dem Senatsvizepräsidenten Greiser geladen, die ebenfalls ergebnislos verlief. Greiser erklärte, daß eine Änderung der bestehenden Lage nicht erfolgen und ein Ehrenschutzgesetz in absehbarer Zeit nicht erlassen werden würde. Voller Ironie waren seine Schlußworte, daß er jederzeit Beschwerden über ungesetzliche Behandlung der Juden entgegennehmen würde. Auch die weitere Besprechung am 8. November, bei der Greiser wohl bereits wußte, daß er in Kürze Rauschnings Nachfolge antreten würde, verlief ergebnislos. Noch im Monat November wurde der Präsidentenwechsel bekanntgegeben, nachdem die Partei am 22. November im Volkstage Rauschnings sofortigen Rücktritt gefordert hatte. Forsters Sieg bedeutete, daß hinfort nicht mehr die Verfassung, sondern die Partei die Danziger Politik bestimmen würde. Unter der Regierung Rauschnings war den Juden in Danzig bereits schweres Unrecht zugefügt worden, und Rauschning hatte dazu seine Zustimmung gegeben; jetzt wurde seine Weigerung, zwei katholische Geistliche und den jüdischen Herausgeber des „Echo" in Schutzhaft nehmen zu lassen, der Anlaß zu seinem endgültigen Bruch mit der Partei. Für die Danziger Juden bedeutete sein Sturz, daß sie nunmehr weit schärferen Verfolgungen ausgesetzt sein würden.

Mit Greisers Regierungsantritt verschärften sich die Gewaltmaßnahmen der Partei. Die Juden wurden von der Winterhilfe ausgeschlossen; der zunehmende Boykott verursachte schwere Schäden. Die Schuljugend wurde mißbraucht, um in den dunklen Winternächten jüdische Geschäfte mit Zetteln zu bekleben, auf denen der Jude als Landesverräter beschimpft und jeder, der bei Juden kauft, als Volksverräter gebrandmarkt wurde. Jüdische Häuser wurden mit Inschriften wie „Separatistensau" und „Juda verrecke!" beschmiert; dem Sanitätsrat Dr. Bönheim wurden die Fensterscheiben eingeworfen. Uniformierte Jugendgruppen durchzogen die Straßen und riefen im Chor: „Danzigs ganze Schande ist die Judenbande. Schmeißt die Juden raus!"

Solche Vorgänge veranlaßten den Gemeindevorstand im Winter 1934/35 zu immer häufigeren und dringenderen Beschwerden. Zunächst beschränkte sich Greiser auf Versprechen, die nie gehalten wurden; die meisten Beschwerden wurden als unbegründet zurückgewiesen; andere konnten nicht nachgeprüft, die Täter gewöhnlich nicht ermittelt werden. Schließlich lehnte Greiser jede Beantwortung von Eingaben überhaupt ab. Die Gemeinde erhielt folgendes Schreiben des Senats vom 20. April 1935: „Die Nachprüfung der Beschwerde hat ergeben, daß die darin gegen die Polizeiorgane des Staates erhobenen Vorwürfe ungerechtfertigt sind. Die in dem Beschwerdeschreiben getroffene ‚Feststellung', daß die Aufrechterhaltung der Ordnung in Danzig nicht mehr gewährleistet ist, entbehrt nicht nur der tatsächlichen Begründung, sondern enthält darüber hinaus eine schwere Ver-

unglimpfung der Regierung. Mit einer Beantwortung von Eingaben, die den im Verkehr mit der höchsten Staatsbehörde angemessenen Ton vermissen lassen, hat der Vorstand der Synagogengemeinde in Zukunftt nicht mehr zu rechnen."

Wer den Ton Greisers oder Forsters kennengelernt hat, staunt über solche Feinfühligkeit. Worin bestand die „Verunglimpfung"? Der Vorstand hatte am 14. März folgende Beschwerde vorgelegt:

„In der Nacht vom 12. zum 13. März d. J. sind die Schaufenster einer großen Zahl von Ladengeschäften, deren Inhaber Juden sind, mit roten Zetteln beklebt worden, die in großen Buchstaben die Aufdrucke ‚Landesverräter' und ‚Dieses Gesindel versetzte unseren Frontsoldaten 1918 den Dolchstoß und schuf Versailles' tragen. Daß die dazu berufenen Organe der Regierung das Treiben der Personen, welche diese Zettel anbrachten, nicht bemerkt haben, ist um so verwunderlicher, als die Anbringung vorzugsweise in Hauptstraßen, z. B. in der Milchkannengasse, der Breitgasse und auf den Dämmen, erfolgt ist. Trotz der immer wiederholten Erklärungen des Senats, in denen jede Boykottätigkeit judenfeindlicher Kreise in Abrede gestellt oder ihre Verhinderung zugesagt wird, ist derartiges möglich. Angesichts der Tatsache, daß auch die Erklärung des Senats, nach welcher der ‚Stürmer' in Danzig nicht mehr öffentlich ausgestellt werden dürfe, und nach welcher das Absingen des Liedes vom Judenblut den uniformierten Organisationen der NSDAP verboten worden sei, trotz unserer immer wiederholten Hinweise nicht beachtet werden, sehen sich die Danziger Juden zu der bedauerlichen Feststellung gezwungen, daß trotz der Anordnungen des Senats die Aufrechterhaltung der Ordnung in Danzig nicht mehr gewährleistet ist."

Mit der Antwort Greisers war der Beschwerdeweg an den Präsidenten gesperrt und für die Zukunft zwecklos. Dennoch hielt sich der Vorstand verpflichtet, mit Schreiben vom 26. April den Wortlaut der Beschwerde mit einer Entschuldigung zu erklären:

„... daß es uns völlig fern gelegen hat, die Danziger Regierung zu verunglimpfen ... Wenn wir die Worte gebrauchten, ‚daß nach Feststellung der Juden in Danzig trotz der Anordnungen des Senats die Aufrechterhaltung der Ordnung in Danzig nicht gewährleistet sei', so haben wir damit lediglich pflichtgemäß dem Senat die unausgesetzt an uns herantretende Auffassung der Danziger Juden zur Kenntnis bringen wollen, die sich bei diesen aus der Erfolglosigkeit aller von jüdischer Seite gemachten Anstrengungen zur Verhinderung von öffentlichen Beschimpfungen und Boykotthetze gebildet hat."

Der Vorstand der Synagogengemeinde zu Danzig
Berent Rosenbaum

Als Reaktion gegen antijüdische Maßnahmen, auch zur Befriedigung neuer Bedürfnisse der Gemeindemitglieder, waren seit 1933 in Danzig neue jüdische Organisationen entstanden: der Verein jüdischer Akademiker, der Verein jüdischer Arbeitnehmer, der Verband jüdischer Handwerker und Gewerbetreibender, der Jüdische Kulturbund und die jüdischen Schulen.

Der Verein jüdischer Akademiker, der unter der Führung der Rechtsanwälte Walter Gerson und Bernhard Rosenbaum die beruflichen Interessen seiner Mitglieder wahrnehmen wollte, wurde sehr bald der Verteidiger aller Juden in Danzig und eine Hauptstütze des Vorstands bei der Vorbereitung der zahlreichen Eingaben und Beschwerden. Es war der

„Verein jüdischer Akademiker", der 1935 die große Petition an den Völkerbund richtete, die noch zu behandeln sein wird.

Der „Verein jüdischer Arbeitnehmer" wurde am 21. August 1933 gegründet (am gleichen Tage, an dem Vorstandsmitglieder des Vereins jüdischer Akademiker ihre erste Unterredung mit der Regierung hatten). Der Verein der Arbeitnehmer, dessen Mitgliederzahl bis 1938 von 40 auf 744 stieg, wurde unter seinem Syndikus Dr. Lepehne, der nach Verlust seiner Anwaltspraxis von Königsberg nach Danzig übergesiedelt war, zu einer der stärksten Organisationen im Leben der Gemeinde. Der Verein wurde von den Behörden anerkannt und zur Vertretung vor dem Arbeitsgericht zugelassen. Er schlichtete Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und -gebern, verschaffte seinen Mitgliedern Arbeitsstellen und später nach der Auflösung des Jüdischen Arbeitsnachweises auch finanzielle Hilfen.

In den Jahren 1937—1939 organisierte der Verein Kurse aller Art zur Vorbereitung der Auswanderung für Jugendliche und Erwachsene. Kurse in Femdsprachen, Stenographie und Schreibmaschine, Bonbonkochen, Waffelbäckerei, Krawattennähen und Rundfunktechnik gaben den Auswanderern das notwendige Rüstzeug; der vom Verein eingerichtete Handelsschulkurs befreite die Teilnehmer von dem wenig angenehmen Besuch der Fortbildungsschule. Durch Aufnahme polnischer Staatsangehöriger unter seine Mitglieder (als eine den Danziger Behörden gegenüber vertraglich begünstigte Sondergruppe) trug der Verein auch zur Annäherung zwischen den Danziger und den polnischen Juden bei. Als Vorstandsmitglieder seien erwähnt: Margolis, Gutkind, Jeschonnek, Heinz Lange und Frl. Kochmann.

Der „Verband jüdischer Gewerbetreibender und Handwerker in der Freien Stadt Danzig" gliederte sich unter dem Vorsitz von David Jonas in drei Gruppen:

a) die „Vereinigung selbständiger jüdischer Gewerbetreibender und Handwerker" mit David Jonas, Dr. Kurt Reach, Hermann Thalmann und Mirauer im Vorstand, Isidor Friedberg, Julius Lippmann, Dr. Siegfried Ruhm, Sally Gutkind und B. Wartski als Beisitzer;

b) der „Verein der Kaufleute und Industriellen polnischer Juden in der Freien Stadt Danzig" mit Ruben Merkin, Henryk Halberthal, Alexander Garbarski und Bernh. Lipschütz im Vorstande;

c) der „Verein der Handwerker und Kleinhändler polnischer Juden in der Freien Stadt Danzig" mit Grynberg, Hilsenrath, Maizels und Friedmann im Vorstande.

Der Gesamtverein gründete eine eigene Leihkasse „Gemilath chessed", die um so wichtiger und notwendiger wurde, je mehr die segensreiche Tätigkeit der „Jewish Public Bank" beschränkt und endlich ganz unterbunden wurde. Die seit Anfang der 20er Jahre bestehende „Jewish Public Bank" war das einzige aus eigener Kraft errichtete jüdische Bankinstitut in Danzig. Ihr geistiger Inspirator war die Jüdische Wohlfahrtsstelle; ihre Gründer waren Mitglieder der Wohlfahrtsorganisation, die das notwendige Kapital à fonds perdu gegeben hatten. Ihre Tätigkeit war recht bescheiden und beschränkte sich meist auf Kreditgewährung an kleine Gewerbetreibende. Durch vorsichtige und weitschauende Geschäftsführung wurde die Bank, je mehr die Beteiligung der Juden am Wirtschaftsleben als unerwünscht empfunden wurde, zu einem bedeutenden Faktor im Wirtschaftsleben der Danziger Juden. Auf der Höhe ihrer Wirksamkeit wurde die Bank im April 1938 gezwungen, sich aufzulösen; dieser Schlag erfolgte in einer Zeit, als die Liquidierung der

jüdischen Firmen in Danzig begann und die Bank ein wichtiges Instrument gewesen wäre, um diese Liquidation in erfolgversprechende Bahnen zu lenken[127].

Gleichzeitig mit der Verfügung, die Jewish Public Bank zu schließen, erfolgte auch die Verhaftung der in der Bank tätigen Herren Goldmann, Goldhaber und Dr. Pines. Der Zweck dieser Maßnahmen, welche der gesetzlichen Grundlage und moralischen Rechtfertigung entbehrten, war es, durch Einschüchterung die Liquidation des jüdischen Wirtschaftslebens zu beschleunigen. Das Ergebnis aber war, daß durch diese Störung der ordnungsmäßigen Abwicklung die Auswanderungsmöglichkeiten erschwert und die endgültige Auflösung der jüdischen Gemeinde verlangsamt wurde.

Der „Jüdische Kulturbund" in Danzig wurde nach dem Vorbild des 1933 in Berlin entstandenen Kulturvereins geschaffen, um den brotlos gewordenen jüdischen Künstlern die Möglichkeit künstlerischer Betätigung zu geben und den vom Kulturleben der Umwelt ausgeschlossenen Juden der Freien Stadt Danzig die Schöpfungen eigener und fremder Kultur in künstlerischer Darbietung zu vermitteln. Zwar hatte Danzig kein Kulturbundtheater wie Berlin, auch fehlten eigene Räume für jüdische Kunstausstellungen. Dazu bereiteten die Grenzen und Zollvorschriften schwere Hindernisse, wie sich zum Beispiel bei einem Gastspiel der Theatergruppe des Hamburger Kulturbundes zeigte; sie traf nach langen Verzögerungen im letzten Augenblick in Danzig ein, als bereits die Zuschauer den Saal zu füllen begannen. Es gelang Dr. Erwin Lichtenstein, dem Gründer und Organisator des Kulturbundes, jüdische Künstler von Weltruf nach Danzig zu bringen; dazu waren Danziger Künstler in der Lage, wertvolle Beiträge zum Programm des Kulturbundes zu liefern. In Verhandlungen mit der Danziger Landeskulturkammer war dem Kulturbund als einziger jüdischer Institution das Recht zuerkannt worden, für die ausschließlich seinen jüdischen Mitgliedern zugänglichen Vorstellungen Theater und Konzerte zu veranstalten. Sie wurden von immer größerer Bedeutung, je mehr die Not der Zeit auf den Gemütern der Danziger Juden lastete.

Der Kulturbund diente der gesamten jüdischen Bevölkerung, sein Programm entsprach jedoch vornehmlich den Bedürfnissen der deutschen Juden Danzigs. Zur Befriedigung der geistigen Interessen ostjüdischer Kreise entstanden in Danzig ferner ein „Jüdisches Theater" und der „Jüdische Klub".

Das 1934 unter der Leitung von H. Glowinski in Danzig eröffnete „Jüdische Theater" brachte mit ausgezeichneten Schauspielern, darunter Jonas Turkow und Diana Blumenfeld, nicht nur die in jiddischer Sprache geschriebenen Werke ostjüdischer Dichter zur Aufführung, sondern in jiddischer Übersetzung auch andere europäische Bühnenwerke. Es brachte unter anderem die Uraufführung des von dem Danziger Rechtsanwalt Max Baumann verfaßten Schauspiels „Morgengrauen" (das den Reuchlinprozeß von 1514 zum Gegenstand hat). Ein anderes Schauspiel Baumanns, „Glückel von Hameln", war schon früher in Warschau in jiddischer Sprache aufgeführt worden. Vier volle Jahre konnte das „Jüdische Theater", das sich als polnische Institution gegenüber der Landeskulturkammer gewisser Freiheiten erfreute, seinen Spielplan durchführen. Da im Lauf dieser Jahre auch die deutschsprachigen Juden das Theater in steigender Zahl besuchten, förderte das Theater die Annäherung zwischen ihnen und Danzigs ostjüdischen Kreisen. Als die Künstler des Jüdischen Theaters Danzig am letzten Märztage 1938 verließen, um im Strom der Rückwanderer nach Polen zu gehen, erfüllte die Zurückbleibenden der Gedanke, daß

damit die Möglichkeit geschwunden war, das jüdische Kulturleben von außen zu befruchten, da auch die Verpflichtung von Künstlern aus dem Reich schwierig oder unmöglich geworden war.

Wie das Jüdische Theater, diente auch der 1934 entstandene Jüdische Klub (Hansagasse Nr. 1, gegenüber der Polnischen Eisenbahndirektion) zunächst den Bedürfnissen ostjüdischer Kreise, die in ihren Bemühungen um gesellschaftlichen Anschluß an die altansässigen Danziger Juden nicht immer Entgegenkommen gefunden und manche Enttäuschungen erfahren hatten. Der Jüdische Klub wuchs mit der Not der Zeit. Gelehrte aus Polen, aus dem Reich und aus Palästina hielten Vorträge in deutscher, polnischer, hebräischer und jiddischer Sprache; zionistische Redner aller Richtungen, Vertreter der neuhebräischen Literatur, Sänger hebräischer und jiddischer Lieder fanden hier ein dankbares Publikum. Jüdischen Malern aus dem Osten bot der Klub Gelegenheit, ihre Bilder auszustellen und Käufer zu finden. Der Klub verfügte aus freiwilligen Spenden über eine ausgezeichnete Bibliothek, die ständig vermehrt wurde. — Wie das Theater zog auch der Jüdische Klub, der religiös und politisch neutral war, mehr und mehr auch Juden des deutschen Kulturkreises an und wurde die gemeinsame Plattform, auf der sich Vertreter aller Gruppen zur Pflege jüdischer Kultur und Geselligkeit trafen (der deutsche Jude A. Bärwald war der letzte Vorsitzende; auch der Verfasser gehörte dem Vorstande an). Die bedeutendsten kulturellen Leistungen der Danziger Juden waren die Jüdische Volksschule und die private Jüdische Höhere Schule[128].

Im Schuljahr 1930/31 hatte (nach Angaben des Statistischen Landesamtes) die Freie Stadt Danzig in den Volksschulen 399, den Mittelschulen 74, den Höheren Schulen 394, insgesamt 867 jüdische Schüler in den öffentlichen Schulen. Im Schuljahr 1933/34, in dem die jüdischen Schulen gegründet wurden, dürfte bei dem starken Wachstum der jüdischen Bevölkerung die Zahl der jüdischen Schüler über 1000 (die der jüdischen Volksschüler etwa 550) betragen haben.

Nach der Gleichschaltung der Danziger Schulen hatte sich das Los dieser Kinder so verschlimmert, daß der 1933 neugebildete Gemeindevorstand sich gezwungen sah, die bisherige Ablehnung der seit Jahren von der Jüdischen Volkspartei geforderten Jüdischen Schule aufzugeben. Seine Befürchtungen, daß die Jüdische Schule hauptsächlich von Fremdschülern besucht sein und unter zionistischem Einfluß stehen würde, waren hinfällig geworden. Jüdischer Stolz und jüdische Selbstbesinnung, die seelische Not der Kinder und der wachsende Wille der Eltern, ihre Kinder in einer jüdischen Schule zu sehen, führten zu dem Entschluß, das bisher verfochtene Prinzip der Simultanschule aufzugeben.

Da sich die Wünsche der Gemeinde mit den Gleichschaltungsbestrebungen des Senats begegneten, war die Lösung rasch gefunden. Die Danziger Regierung konnte nicht, wie es im Reich geschah, durch gesetzliche Bestimmungen einen numerus clausus für nichtarische Kinder einführen; daher war die Schulverwaltung bereit, den Plan der Bildung einer Jüdischen Schule zu fördern. Im Frühjahr 1934 erklärte sie dem Verfasser, daß sie für das neue Schuljahr es den jüdischen Eltern überlassen wolle, ihre Kinder in jüdische Anfängerklassen einzuschulen; damit sollte der Grundstein für eine jüdische Volksschule gelegt werden. Der Verfasser wurde mit der Gründung und Leitung der Schule beauftragt und ihm dabei versichert, daß durch diese „Abkommandierung" in seinem Dienstverhältnis und seinem Beamtencharakter keine Änderung eintreten würde.

Auf allen Seiten herrschte Befriedigung. Die Jüdische Volkspartei sah ihre Wünsche verwirklicht; der Gemeindevorstand erhoffte die alle Kinder umfassende Gemeindeschule, deren überparteilichen Charakter er bestimmen würde. Die Schulverwaltung hatte ohne Rechtsverletzung die Aussonderung der jüdischen Schulanfänger erreicht und damit den ersten Schritt zur Arisierung der öffentlichen Volksschulen getan. Durch Versetzung der beiden noch im öffentlichen Schuldienst stehenden jüdischen Lehrkräfte an die Jüdische Schule war der Lehrkörper der Danziger Volksschulen judenfrei geworden. Schließlich waren auch diese Lehrkräfte, der Verfasser und Frl. Rita Haberfeld, mit dem Wechsel nicht unzufrieden; die folgenden Ereignisse belehrten sie bald, daß diese Lösung sie vor unvermeidlichen Konflikten und Kränkungen bewahrt hatte.

Da sämtliche jüdischen Eltern ihre Kinder in die jüdischen Klassen schickten (nur wenige Eltern in den Vororten konnten von dem Recht keinen Gebrauch machen), begann die Jüdische Schule am 1. April 1934 ihre Arbeit mit der stattlichen Zahl von 120 Abc-Schützen in drei Parallelklassen. Für die dritte Klasse war eine junge Danzigerin, Fräulein Nachmann, eine Absolventin des Jüdischen Orthodoxen Lehrerinnenseminars in Köln, gewonnen worden.

Der Senat, der damals noch Gesetz und Verfassung wenigstens dem Wortlaut nach beachtete, behandelte die Schule als Danziger Volksschule mit öffentlichem Charakter, für deren Unterhaltung und Beaufsichtigung er sich verantwortlich fühlte. Die Schulbehörde stellte den jüdischen Klassen bescheidene, aber ordnungsmäßig eingerichtete Räume in einem Nebengebäude der Schule am Rähm zur Verfügung und sorgte für Lehr- und Lernmittel, für Reinigung, Heizung und Beleuchtung des Gebäudes. Zwei Entscheidungen kennzeichnen die durchaus korrekte Haltung der Schulverwaltung. Gegen den Willen des Gemeindevorstandes, die Schule als „Schule der Synagogengemeinde zu Danzig" zu bezeichnen, entschied sich die Schulverwaltung für den Namen „Jüdische Volksschule zu Danzig". Der Unterricht war wie in allen anderen Volksschulen frei; nur die Fremdenschüler, die nicht die Danziger Staatsangehörigkeit besaßen, zahlten das übliche Fremdenschulgeld von 4 Gulden monatlich (in Bedürftigkeitsfällen auf 2 Gulden ermäßigt oder ganz erlassen). Das von dem Schulleiter eingezogene Fremdenschulgeld wurde an die Gemeinde abgeführt; die Schulverwaltung überließ es der Gemeinde, darüber zu verfügen und erforderliche zusätzliche Lehrkräfte (deren Eignungsprüfung sie sich vorbehielt) anzustellen und zu besolden. Der Wunsch der Gemeinde, alle Schüler gleichmäßig zu behandeln und auch die Danziger Kinder zur Schulgeldzahlung heranzuziehen, wurde von der Schulverwaltung als dem Öffentlichkeitscharakter der Schule widersprechend, abgelehnt.

Die Schule bedeutete zunächst keine finanzielle Belastung der Gemeinde. Aus den Schulgeldeingängen konnte sie nicht nur manche Wünsche des Schulleiters erfüllen, sondern am Ende des ersten Jahres sogar einen kleinen Überschuß buchen, der ihr von der Schulverwaltung für das nächste Jahr belassen wurde. Für das Schuljahr 1935/36 verdoppelte die Schule ihre Schülerzahl (116 Knaben und 89 Mädchen) und ihre Klassen. Die Einschulung für das 3. Schuljahr im April 1936 verzeichnete 98 Anmeldungen für das 1. und je 7 für das 2. und 3. Schuljahr. Klasse an Klasse wurde aufgebaut, Lehrkräfte wurden neugewonnen, und 1937 war der Aufbau der Grundschule mit 10 Klassen vollendet.

Inzwischen hatte die junge Studienassessorin Dr. Ruth Rosenbaum, eine Tochter des stellvertretenden Gemeindevorstehers und Nichte des Historikers Paul Simson, eine private Höhere Schule errichtet, nachdem sie durch Unterricht an der Jüdischen Volksschule praktische Erfahrungen gewonnen hatte. Die engen Beziehungen zwischen den beiden Schulen zeigten sich schon im 3. Schuljahr, als die Volksschule in der Lage war, eine starke Förderklasse zum Eintritt in die Sexta der Höheren Schule vorzubereiten.
Da das Gebäude am Rähm sich schon im 3. Schuljahr als unzureichend erwies, stellte der Senat der Schule ein neues Heim in der ehemaligen Hilfsschule in der Heilige-Geist-Gasse im Herzen der Innenstadt zur Verfügung. Dieses Haus mit Aula und Schulhof sowie einem dort wohnhaften Schuldiener war für die Schule ein großer und dankbar anerkannter Fortschritt. Die Schule hatte den Schulhof nicht mehr mit einer nichtjüdischen Schule zu teilen, und je feindseliger die Umwelt wurde, um so glücklicher waren die jüdischen Kinder jetzt in ihrer Schule.
Während des Aufbaus der Grundschule hatte sich die Lage der Juden in Danzig und auch der jüdischen Kinder in den öffentlichen Schulen so verschlimmert, daß sie im April 1937 aus den Mittel- und Oberklassen herausgenommen und in der Jüdischen Volksschule in einer überfüllten Klasse gesammelt werden mußten. Die Zahl der Schüler stieg weit über 500, die der Lehrer auf 15; die Gewinnung geeigneter Lehrkräfte und die Betreuung der Sammelklasse, die wie in einer Dorfschule vier Jahrgänge umfaßte, bereiteten erhebliche Schwierigkeiten. Aber der bunt zusammengesetzte Lehrkörper war gewillt, den in einer feindlichen Umwelt lebenden Kindern wenigstens in der Schule eine glückliche Jugend zu geben. Die Aufgabe, sie nicht nur geistig und körperlich zu bilden, sondern auch seelisch zu ermutigen und im Willen zum Judentum zu stärken, wurde auch den Lehrern in dieser Zeit des Abbaus zur Kraftquelle. Im April 1938 konnte die Schule 54 Knaben und Mädchen, die das Ziel der Schule erreicht hatten, in einer eindrucksvollen Feier zur Entlassung bringen; im September 1938 konnte sie die Chanukkafeier festlich begehen, die schönste, aber auch die letzte der Schulfeiern. Selten hatte die jüdische Bevölkerung eine solche Einigkeit bewiesen wie an diesem Tage. Die Lichter der Menorah schienen aus der Nacht der Gegenwart in eine schönere Zukunft zu leuchten. Es war ein Traum. Zwei Wochen später, am 19. Dezember 1938, mußte die Synagogengemeinde unter dem Druck der Behörden ihre Auflösung beschließen und in weniger als einem Jahr fiel auch das Werk der Schule zusammen, die aus der Not geboren, eine ungeahnte Aufwärtsentwicklung genommen hatte, aber ihr Todesurteil seit der Geburt mit sich trug.
Im Jahre 1937 war, wie die Schaffung der Sammelklasse zeigte, das Wohlwollen der Schulbehörde bereits im Schwinden. Sie rechnete auf Grund der politischen Entwicklung eher bereits mit Abbau als weiterem Aufbau der Schule und war daher auch nicht mehr bereit, die Sammelklasse nach Altersstufen zu teilen und mehr Klassen bzw. Lehrer zur Verfügung zu stellen.
Da die Jüdische Schule in Danzig auf sich allein gestellt war und der Führung entbehrte, welche die jüdischen Schulen im Reich durch die Schulabteilung der Reichsvertretung genossen, blieb sie infolge der eigenartigen Verhältnisse Danzigs eine einmalige Einrichtung, die ihre Aufgaben in eigener Weise lösen mußte und auch durfte. Dank dem anfänglichen Wohlwollen der Schulverwaltung und der unabhängigen Stellung des Schulleiters, der das Vertrauen der Gemeinde wie der Behörde besaß, auch dank der über-

parteilichen Haltung der Gemeindevorsteher, Senatsrat Berent und Dr. Rosenbaum, blieb die Schule von parteilicher Färbung frei; sie war eine alle politischen und religiösen Richtungen befriedigende „jüdische" Schule. In den Elternversammlungen, später im Schulverein, vereinigten sich Menschen aller jüdischen Gruppen zu gemeinsamer Arbeit mit dem einzigen Ziel, das Erziehungswerk der Schule zu fördern. Der Lehrkörper fühlte sich durch gemeinsames Schicksal und gemeinsame Arbeit verbunden, und diese Verbundenheit wurde durch regelmäßige Konferenzen und persönliche Freundschaften vertieft.

Die Schule wurde eine Versuchsschule, die eigene, der Sonderlage Danzigs Rechnung tragende Wege verlangte; das Unterrichtsziel der Schule ging weit über das einer Volksschule hinaus. Die Unterrichtssprache war deutsch; im zweiten Schuljahr wurde Hebräisch, im dritten Polnisch und im vierten Englisch gelehrt. Die Schule wollte damit, kommenden Erfordernissen Rechnung tragend, den Kindern bei der Auswanderung nach Israel oder Übersee und bei einer etwaigen Rückwanderung der Eltern nach Polen den Weg in die Zukunft bahnen. Aber auch die körperliche Erziehung und der Handfertigkeitsunterricht wurden nicht vernachlässigt. Für Kurse in Holz- und Metallbearbeitung wurde ein Fachlehrer von Berlin nach Danzig verpflichtet.

Je mehr die Schulverwaltung das Interesse für die Jüdische Schule verlor, desto unabhängiger wurde diese in ihrer Arbeit. Sie hatte bei der Aufstellung der Lehrpläne und der Auswahl des Unterrichtsstoffes völlige Freiheit. Die Schulverwaltung beschränkte sich auf Prüfung des Stoffplans für den Geschichtsunterricht. Als die Danziger Schulverwaltung neue, auf nationalsozialistischem Gedankengut beruhende Lehr- und Lernbücher einführte, überließ sie die aus dem Unterricht verbannten Bücher der Jüdischen Schule, die damit in der Lage war, altes deutsches Geistesgut weiter zu pflegen und durch Auswertung der Lese- und Quellenhefte der Reichsvertretung es durch jüdisches Geistesgut zu bereichern. Die Schule war somit bestrebt, die geistige Verbindung mit den Werten des Judentums und den Willen zu jüdischer Lebensgestaltung zu stärken und zu pflegen, dabei aber die alte Kulturverbundenheit mit der nichtjüdischen Umwelt, in der die Lehrer aufgewachsen und für ihren Beruf erzogen worden waren, nicht zu verlieren.

Eltern und Schulverein förderten das Wohl der Jüdischen Schulen in Danzig; Anregungen wurden auch aus dem Reich empfangen[129]. Ausbaupläne des Leiters (Aufbau einer 9. und 10. Klasse, die der Umschichtung und Vorbereitung der Auswanderung dienen sollten; Gründung eines Landschulheims) kamen jedoch nicht mehr zur Ausführung; das Schicksal nahm seinen verhängnisvollen Lauf. Rückwanderungen nach Polen und Kindertransporte nach England, über die noch berichtet werden wird, verminderten die Schülerzahl gewaltig.

Als nach den Sommerferien 1939 Danzigs Schulen wieder ihre Toren öffneten, war von der Jüdischen Volksschule nur die Klagemauer des zerstörten Tempels verblieben. Unterrichtet wurde in der Brotbänkengasse 17 von den zwei letzten Lehrkräften Silber und Nachmann (der Leiter war mit dem 2. Kindertransport nach England gegangen und dort verblieben!); die bis dahin vom Senat zur Verfügung gestellten Räume am Rähm waren nicht mehr erforderlich. Mit dem zweiten illegalen Transport Danziger Juden nach Israel beendete die Schule ihre Tätigkeit.

Die private Jüdische Höhere Schule erlebte den gleichen Aufstieg und Niedergang. Ein Jahr später als die Volksschule gegründet, stand auch sie 1937 mit rund 200 Schülern auf dem Höhepunkt. Neben der Leiterin, Studienassessorin Dr. Ruth Rosenbaum, nahm die Studienrätin Dr. Romana Haberfeld als erfahrene Pädagogin eine führende Stellung ein; Rechtsanwalt Dr. Rosenbaum, der Vater der Leiterin, gab auf Grund seiner wirtschaftlichen Lage, seiner humanistischen Bildung und als Leiter des Schulamts der Gemeinde der Schule das wirtschaftliche wie geistige Fundament. Die Schule erwarb eine günstig gelegene Villa mit schönem Park, wo die Schüler unter Leitung eines von der Gartenschule Ahlem kommenden Lehrers sich dem Gartenbau widmeten. Doch schon 1937, früher noch als die Volksschule, begann die Höhere Schule durch die Auswanderung wohlhabender Familien ihre Geschlossenheit zu verlieren. Schwierigkeiten mußten mit hohen Opfern der Schulleitung überwunden werden; der Schulverein und ein von der Gemeinde gebildetes Kuratorium kamen zu spät, um der Schule ein neues Fundament zu geben. Die Schule bestand bis zum 15. Februar 1939. Als ihre ersten Abiturienten die Reifeprüfung ablegten, schloß die Schule nicht nur das laufende Schuljahr, sondern auch ihre Pforten.

Beide Schulen sind und bleiben trotz ihrer Kurzlebigkeit die wertvollsten Leistungen der Danziger Juden in diesen Notjahren. Gemessen an dem Erziehungswerk der „Reichsvertretung der deutschen Juden" mögen sie gering erscheinen, aber Danzigs eigenartige Lage ermöglichte den Schulen eine selbständige Entwicklung. Dem jüdischen Historiker bieten sie ein eindrucksvolles Bild davon, wie in der Freien Stadt Danzig eine aus Ost- und Westjuden zusammengesetzte Gemeinde in den Jahren nationalsozialistischer Verfolgung gerade auf dem Gebiet der Schulen eine alle Gegensätze überbrückende Tätigkeit entfaltet hat, um eine junge Generation heranzubilden, die sich später als Pioniere und Kämpfer in Israel oder als neue Bürger anderer Länder, in die sie verschlagen wurde, nach jeder Richtung bewährt hat. Als Ruhmesblatt in der Geschichte der Danziger Juden darf es auch angesehen werden, daß es gelang, fast die gesamte jüdische Jugend zur Auswanderung zu bringen, und daß auch dem gesamten Lehrkörper beider Schulen die Auswanderung möglich war[130].

Bis zum Jahre 1935 hatte die Lage der Juden in Danzig eine ständige Verschlechterung erfahren, und nachdem alle an den Senat gerichteten Beschwerden der Gemeinde vergeblich geblieben waren, dazu jede weitere Verhandlung mit dem Senatspräsidenten Greiser aussichtslos geworden war, blieb den Danziger Juden kein anderer Ausweg, als die Vermittlung des Hohen Kommissars in Anspruch zu nehmen.

Am 8. April 1935 unterbreiteten der „Verein jüdischer Akademiker" und die „Vereinigung selbständiger jüdischer Danziger Gewerbetreibender und Handwerker" dem Hohen Kommissar in einer umfangreichen Petition ihre Klagen und Beschwerden über die bis dahin gegen die Juden von der Partei verübten Gewalttaten und die vom Senat der Freien Stadt Danzig getroffenen Verwaltungsmaßnahmen. Die von den Vertretern der Berufsorganisationen gezeichnete Beschwerde ist ein umfassendes Dokument, in welchem alle Ereignisse zusammengetragen sind, die bereits Gegenstand jüdischer Beschwerden gewesen waren[131].

Wie sah die politische Szene in Danzig aus, als dem Hohen Kommissar die jüdische Petition überreicht wurde? — Am 18. Januar 1935 war vor dem Völkerbundsrat in Genf die Beschwerde katholischer Geistlicher aus Danzig behandelt worden. Der neue Senats-

präsident Greiser hatte Erklärungen abgegeben, die weder aufrichtig noch ernst gemeint waren; die Ratsmitglieder schienen befriedigt zu sein, und die Verhandlungen wurden vertagt. Am 21. Februar wurde die Auflösung des Danziger Volkstages beschlossen, und die Nationalsozialisten hofften, bei den Neuwahlen, die auf den 7. April angesetzt wurden, endlich die Zweidrittelmehrheit zu erlangen, um ungehindert die völlige Ausschaltung der Opposition und eine Änderung der Verfassung durchführen zu können. Trotz unerhörter Wahlpropaganda und schwerster Terrormaßnahmen, die auch der Hohe Kommissar nicht verhindern konnte, blieb der Erfolg aus; die Partei bekam die Zweidrittelmehrheit nicht.

Am Tage nach den Wahlen ging die Petition der Danziger Juden an den Hohen Kommissar ab. Sie beschränkte sich auf die Angabe der verfassungswidrigen Tatsachen und Maßnahmen, die in ihren mittelbaren wie unmittelbaren Auswirkungen der jüdischen Bevölkerung schwere Schäden brachten. Was der Hohe Kommissar in seinem Jahresbericht in diplomatischer Formulierung nur angedeutet hatte, konnte die Beschwerde durch Nennung zahlreicher Einzelfälle beweiskräftig darlegen. Die Beschwerde schloß mit der Feststellung, daß die Danziger Juden in eine Lage getrieben seien, die weder mit menschlicher Würde vereinbar sei noch mit den Rechten, die durch die Verfassung beziehungsweise durch die zwischen Danzig und Polen geschlossenen Verträge garantiert seien. Beantragt wurde, die Gleichberechtigung der Juden in der Freien Stadt Danzig wiederherzustellen und neun seit 1933 erlassene Verordnungen als verfassungswidrig zu annullieren.

Der Senat versuchte in seiner Stellungnahme die Tatsachen zu verschleiern oder abzuleugnen und die Petition als lächerlich übertrieben und unwahr zurückzuweisen. Diese Verteidigungsschrift vor dem Forum des Völkerbundes, den Greiser am 24. März in einer Wahlrede als Judenorganisation bezeichnet hatte, ist ein Muster nationalsozialistischer Denkart; sie heuchelte Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe, die Vertrauen erwecken sollten, und enthielt scheinheilige Zusicherungen, die nicht ernst gemeint waren.

Die Stellungnahme des Senats begann mit Anerkennung der Danziger Juden als Staatsbürger, denen — wie bisher, so auch in Zukunft — gerechte und gleiche Behandlung wie den übrigen Bürgern der Freien Stadt gesichert sei (nach den Formulierungen dieser Erklärungen zu urteilen, waren hierfür Weisungen aus Berlin erfolgt). Danach wurde die Behauptung der Petition, daß in Danzig der Gauleiter die entscheidende Macht habe, als böswillige Entstellung der Tatsachen zurückgewiesen. Die Danziger Regierung sei völlig unabhängig und, auf einer nationalsozialistischen Mehrheit beruhend, demokratisch. — Nach dieser Einleitung wurden die einzelnen Punkte der Beschwerde mit oft zynischen, lächerlichen oder unwahren Behauptungen zurückgewiesen.

Das Gesetz zum Schutz der Ehre der nationalen Verbände schließe zwar Gruppen von Bürgern aus, aber die Tatsache, daß Bürger außerhalb der Bewegung „bleiben", beeinträchtige nicht den Grundsatz „gleicher Behandlung" aller Bürger.

Daß die Zulassung zu den freien Berufen von den Anwalts- und Ärztekammern abhängig sei, zeige nur, daß die Regierung ihre Macht selbst beschränkt und in die Hand von Sachverständigen gelegt hat. Da auch Nichtjuden abgelehnt werden können, seien es keine Ausnahmegesetze gegen die Juden.

In der Verordnung über den Kauf und die Herstellung von Uniformen wird jeder bestraft, der nicht die Genehmigung der Organisation hat. Da in der Verordnung der Jude nicht so besonders genannt sei, sei sie kein Ausnahmegesetz gegen Juden.

Die Beschwerde über das Landjahr sei hinfällig, da jüdische Jugend für das Landjahr nicht aufgerufen wird.
Die von Justizsenator Wiercinski-Keiser und dem Schulkommissar Schramm gemachten Bemerkungen werden abgestritten.

„Stürmer" und „Danziger Vorposten" werden in Schutz genommen; ihre antijüdische Haltung sei nur Ausdruck der Gefühle der Mehrheit der Danziger Bevölkerung; man könne nicht von der Regierung verlangen, daß sie diese Gefühle bekämpft.

Die in den Straßen gehörten Lieder seien harmlos und stören nicht die öffentliche Sicherheit und Ordnung.
Senatsrat Berent sei entlassen worden, weil er nicht mehr das Vertrauen der Regierung besaß.

Lehrer und Richter seien in Stellungen versetzt worden, wo sie der öffentlichen Kritik und Feindseligkeit weniger ausgesetzt seien. Die Änderungen waren notwendig gewesen, weil die Bevölkerung nicht gewillt sei, christliche Kinder von jüdischen Lehrern unterrichten zu lassen; sie waren sicher nicht die Folgen antisemitischer Haltung der Regierung.

Die Entlassung jüdischer Künstler vom Stadttheater sei erfolgt, weil das Theater solche Künstler verpflichten müsse, die eine möglichst gute Aufführung gewährleisten. Dieses rein geschäftliche Prinzip hätte nichts mit der Verfassung zu tun, und die Methode der Antragsteller, diesen Fall vorzutragen, sei irreführend und verwerflich.

Professor Wallenberg sei aus Altersgründen nicht geeignet gewesen, seinen Platz in der Ärztekammer zu halten; Dr. Jelski hätte nach 19jähriger Tätigkeit seinen Platz einem Jüngeren überlassen. Die neue Zeit verlange, der Jugend eine Gelegenheit zu geben, so sehr auch die Erfahrung des Alters zu achten sei.
Die Regierung sei gegen den Wirtschaftsboykott, fühle sich aber nicht verpflichtet, zugunsten einer Gruppe, die unter der Wirkung der öffentlichen Meinung eine Vernachlässigung erfährt, einen Druck auf die Bevölkerung auszuüben. Die Juden sollen in der Ausübung ihrer Handelstätigkeit frei sein. Niemand hindere sie, eine jüdische Warenausstellung auf derselben Basis wie die „Braune Ausstellung" zu organisieren. Sie würde dieselben Vergünstigungen betr. die Luxussteuer genießen; die „Braune Ausstellung" könne also nicht als Sonderprivileg betrachtet werden. Diese sei außerdem, wie die Winterhilfe, keine staatliche, sondern eine private Institution.

Der Senat kam zu folgenden Schlußfolgerungen: Die Stellung der Juden in Danzig stimme völlig mit der Verfassung und mit den Bestimmungen des Art. 33 des Pariser Vertrages überein. Es könne nicht geleugnet werden, daß die Lage der Juden sich etwas verschlimmert hat, aber nicht durch Verletzung der Verfassung oder der Minderheitsrechte seitens der Regierung, sondern durch die Haltung des Volkes, das unmöglich getadelt oder beeinflußt werden kann. Es sei das Volk, das mit den jüdischen Elementen der Bevölkerung nichts mehr zu tun haben wolle; die Regierung dagegen habe sowohl gegen die Danziger jüdische Bevölkerung als auch gegenüber der jüdischen Minderheit ihre Pflicht erfüllt und werde dies auch in Zukunft tun. Allerdings glaube die Regierung, daß das Verhalten des Volkes gegen die Juden keine Besserung erfahren wird, wenn das Volk hören wird, daß die Juden den Weg der Beschwerde beschritten haben, und die Regierung bedauerte, daß die Juden diesen Weg gegangen sind. — Die Regierung lehne alle Punkte der Beschwerde, vor allem die Anträge auf Aufhebung nationalsozialistischer Gesetzesverordnungen, als unbegründet ab.
Wenn wir heute nach drei Jahrzehnten die Beschwerde lesen, mag sie trivial oder bedeutungslos erscheinen. Mancher wird dabei die Frage stellen, ob der Weg an den Völker-

bund beschritten werden mußte, oder ob die Danziger Juden nicht besser auf dieses Mittel verzichtet hätten. Für die Katholiken und Sozialdemokraten Danzigs, die damals den gleichen Weg einschlugen, ging es um religiöse und politische Freiheiten; für die Juden stand weit mehr auf dem Spiel: ihr Kampf ging um die Existenz. — Greisers gegen die Juden gerichtete Warnung und Drohung, daß die Eingabe nur ihre Lage verschlechtere, zeigt, welches Los die Juden bei einer Zerschlagung der Opposition erwarten würde. Nur zögernd hatten die Juden den Weg der Beschwerde betreten. Wie eh und je hatten auch in Danzig die Juden Schutz bei der eigenen Regierung gesucht und zwei Jahre vergeblich gehofft, daß die nationalsozialistische Regierung im Rahmen der Verfassung und der Gesetze regieren würde. Es blieb ihnen als Ausweg nur dieser Schritt, der lediglich in Danzig möglich war, wo nicht nur die polnische Minderheit durch Verträge geschützt war, sondern auch die jüdische Gruppe der Danziger Bevölkerung die Möglichkeit hatte, beim Hohen Kommissar gegen die Gewaltmaßnahmen der eigenen Regierung zu protestieren. Der Hohe Kommissar hielt die Beschwerde für wichtig genug, darüber nicht selbst zu entscheiden, sondern es dem Völkerbundsrat zu überlassen, der die Beschwerde (mit anderen Beschwerden der Opposition) einem Juristenausschuß zur Prüfung übergab.

Der Ausschuß unterschied zwischen gesetzlichen und administrativen Verordnungen.
Hinsichtlich der Ernennung von Anwälten, Notaren, Ärzten und Apothekern statt durch den Senat durch gleichgeschaltete Berufskammern, erklärte der Ausschuß, daß die gesetzlichen Änderungen an sich nicht verfassungswidrig seien. Er verwies aber auf Art. 91 der Danziger Verfassung, wonach alle Bürger bei gleicher Qualifikation gleiche Rechte hätten. Wenn Bewerber auf Grund ihrer Religion und Rasse abgelehnt würden, so sei dies ein Bruch der Verfassung.
Hinsichtlich der Verwaltungsmaßnahmen zum Ausschluß von Juden aus dem öffentlichen Dienst konnte der Ausschuß ohne vorherige Prüfung der Fälle an Ort und Stelle keine Entscheidung treffen. Der Ausschuß sah sich jedoch veranlaßt, die Auffassung des Senats über demokratische Ideale scharf zurückzuweisen. Der Senat habe kein Recht, die Majorität mit der Gesamtheit der Bevölkerung zu identifizieren. Die Verfassung hindere den Senat zwar nicht, die Wünsche der Majorität zu respektieren, doch seien nach Art. 93 die Beamten Diener des Staates und nicht der Partei. So sehr die Majorität zu berücksichtigen sei, müsse der Staat jedoch nicht nach einem Parteiprogramm, sondern nach der Verfassung regiert werden.

Die Ratstagung beschloß am 23. September 1935, von dem Danziger Senatspräsidenten zu verlangen, entsprechend den Erwägungen des Juristenausschusses die in den Beschwerden aufgezeigte Lage zu ändern und durch den Hohen Kommissar über das Geschehene berichten zu lassen. Greiser, der früher versichert hatte, sich den Entscheidungen des Juristenausschusses zu fügen, war zwar bereit, die „Vorschläge" des Völkerbundsrates dem Senat zur Stellungnahme vorzulegen, erklärte aber gleichzeitig, daß der Senat nicht beabsichtige, dauernd vor dem Rat zu erscheinen, nur weil unzufriedene Kreise Danzigs Zuflucht in Genf suchten. Der Rat täte besser daran, dem italienisch-abessinischen Konflikt Aufmerksamkeit zu schenken, als sich in die inneren Angelegenheiten Danzigs einzumischen. Diese herausfordernde Rede fand keine Zurechtweisung. Auch das Ergebnis dieser Ratstagung waren nur Wünsche und Empfehlungen des Rates, jedoch keinerlei Zusicherungen der Danziger Regierung.
Grund für Greisers herausfordernde Haltung waren die Ereignisse, die sich in Danzig nach der Einreichung der jüdischen Beschwerde abgespielt hatten. Am 2. Mai 1935 war die

nationalsozialistische Regierung zur Abwertung des Danziger Guldens um 42,37% (auf Parität mit dem polnischen Zloty) gezwungen. Für alle dadurch bewirkten Schäden machten Greiser und Forster, um den Zorn der Bevölkerung abzulenken, in öffentlichen Reden oder im „Danziger Vorposten" die Juden verantwortlich.

„Unsere Beobachtungen haben ergeben, daß eine ganze Anzahl von Leuten, die auf Grund ihres Einkommens noch lange nicht verhungern oder Not leiden und zum großen Teil einer uns fremden Rasse angehören, sich nicht schämen, so rasch wie möglich ihr Geld auf den Banken und Sparkassen abzuheben und Gold dafür anzukaufen" (Forster, „Das nationalsozialistische Gewisssen", S. 219).

Die am 11. Juli erlassene Verordnung über die Devisenbewirtschaftung führte zu einem neuen Konflikt mit Polen, in dem Danzig jede Unterstützung vom Reich erfuhr. Da sowohl Hitler wie Polen einen Bruch vermeiden wollten, wurde der Konflikt beigelegt und die in den Danzig-polnischen Protokollen vom 11. Oktober erzielte Einigung als nationalsozialistischer Sieg hingestellt.

Am 29. August hatte der Senat eine Änderung des Strafrechts vorgenommen, wodurch nunmehr die Bestrafung von Handlungen „nach gesundem Volksempfinden" erfolgen konnte. Die Beschwerde der Opposition gegen diesen Verfassungsbruch war erfolglos.

Diese Ereignisse, welche die Lage der Danziger Juden nicht unberührt ließen, führten zu Greisers Herausforderung in Genf. Sein mit Deutschlands Hilfe erzielter Erfolg in dem Konflikt mit Polen, sein Haß gegen die Opposition und gegen die Juden, endlich sein Grimm gegen den Hohen Kommissar und den Völkerbund, der sich nicht als Appellationsgericht für Danzig betätigen sollte; all' diese Motive bewogen Greiser, die Rolle des Angeklagten abzulegen und den Ankläger zu spielen. Nach dem Willen der Nationalsozialisten sollte in Danzig die Macht des Hohen Kommissars, des Völkerbundes, gebrochen werden, damit die Partei mit derselben Willkür wie im Reich regieren, vor allem nach dem Muster der „Nürnberger Gesetze" (15. September 1935) auch in Danzig die antijüdischen Gesetze einführen könne. — Während die Juden mit der übrigen Opposition noch auf die Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes und die Wiederherstellung gerechter Zustände durch den Völkerbund warteten, erhofften die Nazis die völlige Gleichschaltung mit dem Reich und den Tag der „Abrechnung" mit ihren Gegnern[132].

Forsters unmittelbarer Kampf galt der Vernichtung der politischen Opposition. Diese hatte ihren Kampf gegen die Nationalsozialisten noch nicht aufgegeben und wurde von den jüdischen Anwälten Dr. Kamnitzer, Dr. Lewy und Gerson verteidigt, die ungeachtet aller ihnen persönlich drohenden Gefahren die Klagen der Opposition vor den Danziger Gerichten vertraten.

Neun Monate waren vergangen, seit die Danziger Juden ihre Petition eingereicht hatten. Weder hatte der Völkerbundsrat eine Entscheidung getroffen, noch war der Danziger Senat den Wünschen und Empfehlungen des Rates gefolgt. Das Jahr 1935 war von judenfeindlichen Maßnahmen und Ausschreitungen, sogar tätlichen Angriffen auf Juden, nicht freigeblieben. Die im Reich durchgeführten Verfolgungsmaßnahmen, der Verkauf des „Völkischen Beobachters" und des „Stürmers" hatten in Danzig weiter aufreizend gewirkt, so daß sich Vorgänge, wie sie in der Beschwerde beklagt worden waren, noch vermehrten. Von SA- und SS-Kolonnen wurden die blutrünstigen Haßgesänge weiter gesungen; in den Versammlungen wurde der Boykott gegen die Juden weiter gepredigt. In

den Schulen wurde unter Aufsicht des Bannführers Schramm bei Schulfeiern die Hakenkreuzflagge gehißt und das Horst-Wessel-Lied gesungen.

Im Juni 1935 wurden zwei polnische Juden von 15 SA-Leuten angegriffen, und die Polizei verhaftete — die Juden, weil sie angeblich den Angriff herausgefordert hatten. Es wurde jetzt die Methode der Nazis, dem Geschädigten die Schuld zuzuschreiben und die Verantwortung für eigene Gewalttaten abzuschieben. Wenn Juden in Lokalen belästigt oder vom Strand vertrieben wurden, waren es angeblich die Juden, die durch aufreizendes Benehmen den Zorn der anderen herausgefordert hatten. Der Jude, an dem sie ihr Mütchen kühlten, war schuld, durch sein Erscheinen ihnen Anlaß zum Zorn geboten zu haben. Auch wenn später die Schaufenster jüdischer Geschäfte eingeschlagen wurden, war der Jude der Schuldige, weil er sein Geschäft noch nicht geschlossen hatte.

Als am 28. Juli — nach Berliner Muster — heftige Straßendemonstrationen gegen die Juden stattfanden, protestierten die Führer der polnischen Juden in Warschau und baten den Völkerbundsrat telegraphisch um seinen Schutz. Es war die Zeit, da der Völkerbund sich mit den Danziger Beschwerden zu befassen und die Danziger Regierung noch auf die polnische Minderheit Rücksicht zu nehmen hatte, während im Reich bereits begonnen wurde, auch Juden fremder Staatsangehörigkeit den antijüdischen Sondergesetzen zu unterwerfen. — Am 10. August wurden jüdische Händler auf dem Dominiksmarkt tätlich angegriffen, Marktstände umgeworfen und Waren beschädigt oder entwendet. Die polnisch-jüdischen Markthändler gingen, gestützt auf den Danzig-polnischen Minderheitenvertrag, gerichtlich gegen die organisierten Störenfriede vor und erlangten eine Entschädigung[133]. Die Gemeinde protestierte und beklagte den mangelhaften Schutz durch die Behörde, ermahnte aber auch die Juden zur Zurückhaltung, da jede ihrer Handlungen als Aufreizung ausgelegt werden würde.

Im Dezember erzwangen sich uniformierte Nationalsozialisten Eingang in das Jiddische Theater und belästigten die Besucher.

Diese Ausschreitungen waren noch Einzelerscheinungen, die ohne Zustimmung der Regierung erfolgten. Die Regierung gab nach solchen Vorkommnissen, wohl mit Rücksicht auf die Genfer Verhandlungen, beruhigende Erklärungen und verfügte im November, daß Angriffe auf Juden in Lokalen und Boykottmaßnahmen unterbleiben sollten. Zusicherungen sowie Verfügungen hatten jedoch nur geringen Erfolg.

Am 24. Januar 1936 behandelte der Völkerbundsrat endlich das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes und den Bericht des Hohen Kommissars Sean Lester. Der Bericht des Kommissars schloß mit der Feststellung, daß der Rat angesichts der vom Senat verweigerten Zusammenarbeit einen Untersuchungsausschuß nach Danzig senden solle. Entweder müsse sich die Haltung des Senats völlig wandeln oder der Apparat des Völkerbundes geändert werden, um die Garantie des Völkerbundes wirksam zu machen. Der Bericht bestätigte also voll und ganz die in der jüdischen Beschwerde beklagten Mißstände[134].

Nach der auf direkte Weisung Berlins erfolgten Kapitulation Greisers (während gleichzeitig in Danzig große SA-Feldübungen stattfanden), gab die Regierung vier Verordnungen bekannt, in welchen sie durch einige Abänderungen der vom Rat beanstandeten Verordnungen dessen Wünschen nachzukommen schien.

Die Rechtsverordnung zur Wahrung des Ansehens nationaler Verbände vom 10. Oktober 1933 wurde aufgehoben; die Verordnung vom 30. Juni 1933 über Zeitungen und periodische Druckschriften erhielt eine neue Fassung. Unter den Gründen, die zu einer Beschlagnahme führten, zählt die neue Verordnung auch die Beschimpfung oder böswillige Verächtlichmachung einer Religionsgemeinschaft öffentlichen Rechts auf, ihrer Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände religiöser Verehrung (ein Erfolg der katholischen, nicht der jüdischen Beschwerde), aber auch die Beleidigung oder böswillige Verächtlichmachung des staatlichen Führers eines anderen Landes. Die Erlaubnis zum Tragen von Uniformen wird in die Hand des Polizeipräsidenten gelegt. Zwei Beamte, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur Opposition entlassen worden waren, wurden rehabilitiert.
Diese Verordnungen brachten wohlklingende Änderungen des Wortlautes; doch fehlte der Wille, auch den Geist der Verordnungen zu ändern.

Die Lage der Juden erfuhr keine Besserung, und die von Forster verlangte Zerschmetterung der Opposition erfolgte noch im Laufe des Jahres. Weder die Juden noch die Opposition oder auch selbst der Hohe Kommissar konnten bei der erwiesenen Schwäche des Völkerbundes mit einer befriedigenden Lösung rechnen; sie wurde durch Übertragung der Verantwortlichkeit auf Polen noch unwahrscheinlicher. Die jüdische Beschwerde hatte alle Instanzen des Völkerbundes, dazu den eigens dafür gebildeten Juristenausschuß und den Höchsten Gerichtshof beschäftigt, ohne daß eine klare Entscheidung ergangen war. Im Gegenteil, der Völkerbund, der sich nicht mehr in Voll- oder Ratssitzungen mit Danziger Innenpolitik beschäftigen wollte, bestimmte hierfür ein Dreierkomitee (England, Frankreich und Portugal, später Schweden), und dieses wiederum überließ es Polen, auf Grund seiner damaligen Freundschaft mit dem Reich und seiner besonderen Interessen in Danzig, auf Danzigs außen- und innenpolitische Entwicklung beruhigend einzuwirken, so daß dem Komitee nur noch oblag, diese Entwicklung weiter „zu verfolgen".
Nach der Genfer Tagung, der Greiser eine lange Nase gedreht hatte, erfolgten in Danzig scharfe Maßnahmen gegen die oppositionelle Presse, die für Monate, das jüdische „Echo" sogar für 10 Monate, verboten wurde. Am 14. Oktober wurde die Sozialdemokratische Partei mit allen ihren Organisationen unter dem Vorwand, daß die Gestapo in ihrem Parteibüro Waffen gefunden habe, aufgelöst und verboten.
Im Oktober 1936 legte der Hohe Kommissar Sean Lester vorzeitig sein Amt nieder[135]. Sein Rücktritt und die passive Haltung des Völkerbundes erfüllten die Juden mit dunklen Vorahnungen. Das zwei Tage vorher erlassene Schächtverbot, das frühere Verbot des „Echo" und die Hinweise auf etwaige Verfassungsänderungen waren böse Vorboten; sie verkündeten den Willen der Partei, nunmehr gegen die Juden vorzugehen. Am 4. Oktober erklärte Forster: „Die Erkenntnis der Judenfrage und die rücksichtslose Bekämpfung des Judentums ist für jeden Nationalsozialisten selbstverständlich. Jeder faule Friede oder Kompromiß mit diesen Mächten des Teufels ist für einen Nationalsozialisten undenkbar. Dazu gehört auch, daß ich weder beim Juden kaufe oder etwa zum jüdischen Arzt gehe oder sonst irgendeine Beziehung zum Juden unterhalte."
Die Juden hatten im Vertrauen auf den Schutz des Völkerbundes in allen Fällen gegen gesetzwidrige Handlungen und Äußerungen der Partei, der Regierung oder von Einzelpersonen protestiert. Eine vom Vorstand bestellte Rechtskommission hatte die Aufgabe, jeden Fall zu registrieren, zur Kenntnis der Regierung zu bringen und eine amtliche Untersuchung zu erbitten. In den Protokollen des Gemeindevorstandes[136] aus dem Jahre

1936, aber auch schon des Jahres 1935, finden wir kaum eine Sitzung, in der nicht über abgegangene Beschwerden an die Regierung oder den Polizeipräsidenten und die von ihnen eingegangenen Antworten berichtet wurde.

Ob es sich um judenfeindliche Äußerungen in der Presse und in Versammlungen handelte, um Aufforderungen zum Boykott, um das Beschmieren jüdischer Läden, um die oft durch Schüler erfolgte Verteilung antisemitischer Literatur, „Stürmer"-Kästen, judenfeindliche Aufschriften in amtlichen Gebäuden, Überfälle und Belästigungen einzelner Juden oder jüdischer Gruppen, um kränkende und ungerechte Äußerungen von Lehrkräften in den Schulen handelte; die Beschwerden wie die Antworten hatten ähnliche Form wie in der großen Beschwerde vom 8. April 1935.

Es soll anerkannt werden, daß im Jahre 1935 und noch zum Jahresbeginn 1936 in wenigen Fällen das Recht siegte und Übeltäter vom Schnellgericht verurteilt wurden; bald aber geriet auch das Gericht völlig unter den Einfluß der Partei.
Auf eine Beschwerde gegen judenfeindliche Inschriften in den Räumen der Allgemeinen Ortskrankenkasse entschied das Obergericht am 12. Juni 1936, es läge keine Veranlassung vor, dagegen einzuschreiten, da solche Plakate niemanden schädigten. Eine Beschwerde gegen den Handelslehrer H. führte zu einer Untersuchung durch den Schulrat K. zwecks Feststellung, wer den Vorgang, der zur Beschwerde führte, hinterbracht habe. Danach belehrte H. die Schüler, daß es „ebenso wie ein Geschäftsgeheimnis auch ein Schulgeheimnis gäbe" (Sitzung vom 3. 3. 1936)[137].
Zu den Gesetzen und Verordnungen, die sich unmittelbar oder mittelbar gegen die Juden richteten, gehört in erster Linie die Rechtsverordnung vom 16. Juli 1936 über Tierschlachtungen (GesBl. 1936, S. 227). Das darin enthaltene Schächtverbot wurde von den Juden nicht ohne Protest hingenommen. Am 20. Juli fand um 12 Uhr mittags eine außerordentliche Sitzung des Vorstandes statt, in der beschlossen wurde, einen schriftlichen Protest einzureichen und Rücksprache beim Senatspräsidenten zu erbitten. Die Verordnung wurde nicht zurückgenommen.
Es gelang aber der Gemeinde, mit Zustimmung der Danziger und polnischen Behörden, in Ossawa (in Polen) für die Danziger Juden schächten zu lassen, nachdem der Raw Golinkin die dortigen Verhältnisse und Schächtmöglichkeiten geprüft hatte[138]. Bei der Überwindung aller Schwierigkeiten hat sich Adolf Mazur, der Vorsitzende der Schechitakommission, große Verdienste erworben.
Neben dieser unmittelbar gegen die Juden gerichteten Verordnung gab es zahlreiche andere Bestimmungen, die zum Aufbau des nationalsozialistischen Staates in Umgehung oder durch Bruch der Verfassung, ohne das Wort „Jude" zu verwenden, die staatsbürgerlichen Rechte und die wirtschaftliche Betätigung der Juden in Danzig erheblich beeinträchtigten.

Genannt seien folgende Rechtsverordnungen, die nach der großen Beschwerde vom April 1936 ergingen:

1. Die Rechtsverordnung über das Landjahr nach Abschluß der Schulzeit schloß durch ihr Erziehungsprogramm die jüdische Jugend aus.
2. Die durch Verordnung eingeführte Arbeitsdienstpflicht, die für den Arbeitsnachweis wichtig war, schloß praktisch die Juden aus, da nach § 6 Arbeitsdienstpflichtige zurückgestellt werden konnten, „wenn sie aus Gründen, die in ihrer Person liegen, nicht erwünscht sind".

3. Zur Beseitigung wirtschaftlicher Not, besonders in der Winterzeit, wurde ein besonderer Unterstützungsfonds geschaffen; die dafür erforderlichen Mittel wurden durch einen Zuschlag von 5 % zur Einkommensteuer aufgebracht (23. 9. 1935). Zur Zahlung des Zuschlages waren auch die Juden verpflichtet, dennoch wurden die jüdischen Wohlfahrtsempfänger von der öffentlichen Winterhilfe ausgeschlossen; die Unterstützungen mußten von der jüdischen Centralwohlfahrtsstelle aufgebracht werden. Jüdische Eingaben an das Wohlfahrtsamt, Senator Batzer, blieben unbeantwotet.
4. Die Verordnung über Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung vom 30. 10. 1936 bestimmte in § 1: „Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung dürfen . . . nur vom Landesarbeitsamt betrieben werden." — In diesem Falle genehmigte das Landesarbeitsamt dem Jüdischen Arbeitnehmerverband die eigene Arbeitervermittlung.
5. Im Laufe des Jahres 1935 erfolgte durch Verordnungen und Parteimaßnahmen eine so starke Einschränkung der Gewerbefreiheit für die Juden, daß in der Vorstandssitzung vom 28. 1. 1936 beschlossen wurde, die Anwälte innerhalb der Vereinigung jüdischer Akademiker zu bitten, Material zu sammeln, um Beschwerde bei den Behörden führen zu können.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß in den Jahren 1935 und 1936 Regierung und Partei — trotz Hohen Kommissars und Völkerbund, trotz Beschwerden und Widerstand — nach Berliner Diktat die Freie Stadt Danzig nationalsozialistisch machten: die Regierung auf dem Wege der Gesetzgebung und der Verwaltungsverordnungen, die Partei durch Terror und Gewalt. Der Völkerbund hatte versagt, und der Hohe Kommissar war zurückgetreten; Polen war beauftragt worden, auf Grund seiner freundschaftlichen Beziehungen zum Reich und in Wahrung seiner Interessen in Danzig die Lage in der Freien Stadt zu regeln.

Was hatten die Juden von Polen zu erwarten? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir einen Blick auf das damalige Verhältnis Polens zu Danzig und auf die Lage der Juden in Polen werfen.

Polen hatte in seinem Freundschaftsbündnis mit dem Reich seine bisherige Taktik gegenüber Danzig völlig geändert. Während es bisher peinlich auf die Wahrung der Danziger Verfassung geachtet hatte, vertrat es jetzt den Standpunkt, daß die Danziger Fragen in erster Linie zwischen dem Reich und Polen zu regeln seien, und daß der Rat keinen Grund zum Einschreiten habe, solange Polen sich nicht beschwert fühlte. Polen wollte seine politischen und wirtschaftlichen Rechte in Danzig wahren, seine Freundschaft mit Deutschland aber nicht durch Einmischung in die inneren Angelegenheiten Danzigs gefährden. Es untergrub die Autorität des Völkerbundes und machte ein wirksames Eingreifen des Hohen Kommissars unmöglich. Als im Jahre 1936 die Danziger Opposition sich vom Völkerbund verlassen sah und als letzten verzweifelten Schritt Hilfe von Polen suchte, wurde diese Hilfe nicht nur verweigert, sondern Minister Beck ließ sogar in Berlin erklären, daß Polen nicht beabsichtige, sich in die Danziger Innenpolitik einzumischen. — Hätte Polen den Hohen Kommissar in seinen Bemühungen zum Schutz der Danziger Verfassung unterstützt, dann dürfte die Danziger Geschichte eine andere Wendung genommen haben.

Wie die polnische Regierung verhielt sich auch die nichtjüdische polnische Minderheit in Danzig. Sie lehnte jede Teilnahme an dem von deutschen Danzigern geführten Kampf gegen das System ab und war nur darauf bedacht, die polnischen Minderheitsrechte in Danzig zu schützen. Die polnischen Juden waren in diesen Schutz eingeschlossen, der von der diplomatischen Vertretung Polens in Danzig allen hilfesuchenden polnischen Bürgern gewährt wurde. So geschah es noch, als im August 1935 polnisch-jüdische Markthändler während des Dominiksmarktes überfallen wurden. Das polnische Kommissariat nahm sich der 36 Geschädigten an, und sie erhielten durch Gerichts-

beschluß eine Entschädigung von 5300 G. Sie wurden von dem Danziger Anwalt Dr. Rosenbaum vertreten, oder wie der „Vorposten" sich ausdrückte, „vom jüdischen Artgenossen Rosenbaum." Als aber im Sommer 1936 sich die Überfälle auf Juden und Polen häuften und der Verband der Polen (Zwiazek Polaków) in Danzig am 16. Juni gegen die herrschende Unsicherheit in Danzig beim Senat und bei dem Hohen Kommissar protestierte, hatte er kurz vorher die Juden aus seinem Vorstand ausgeschlossen. Anscheinend glaubte der Verband, durch diese Ausschließung einen besseren Erfolg zu erzielen.

Die Lage der Juden in Polen war im Jahre 1936 trostlos und nicht viel besser als im Reich, jedoch waren die Ursachen in den beiden Ländern verschieden. Während im Reich die im deutschen Wirtschafts- und Kulturleben verwurzelten Juden durch Gesetz und Terror ausgeschaltet und ihres Staatsbürgertums beraubt wurden, genossen die Juden Polens bürgerliche Gleichberechtigung. Und doch hatten die Juden in Polen weder ihren rechten Platz im Wirtschaftsleben gefunden noch sich in befriedigendem Maße in das polnische Kultur- und Geistesleben eingefügt. Sie waren und blieben eine religiös-nationale Minderheit, die — wie andere Minderheiten Polens — von den herrschenden Kreisen unterdrückt wurde.

Während im Reich die Nürnberger Gesetze viele Juden zur Flucht und Auswanderung veranlaßten, waren es in Polen die überaus ungesunden Wirtschaftsverhältnisse der Juden und die politischen Spannungen, welche die Juden aus dem Lande trieben.

In dieser verzweifelten Lage legte im Herbst 1936 der Führer der Neuzionisten, Jabotinsky, der polnischen Regierung einen Plan vor, wonach in zehn Jahren (1936—1946) 1,5 Millionen Juden nach Palästina auswandern sollten, davon die Hälfte aus Polen. Jabotinsky erklärte, daß Polen mit seinen Millionen Juden ein Recht habe, bei England und dem Völkerbunde im Interesse der Juden zu intervenieren. Wenn England die Einwanderung von Juden nach Palästina erschwere oder nicht gewillt sei, den Juden beim Aufbau des Landes und ihres Nationalheimes zu helfen, solle es das Mandat aufgeben. — Die polnische Regierung begrüßte den Plan und war bereit, gemeinsam mit den Juden und ohne Anwendung von Gewalt das Judenproblem für Polen zu lösen.

„Während die polnische Presse den Plan wohlwollend aufnahm, erklärte sich die jüdische Öffentlichkeit dagegen. Dieser Standpunkt kam klar in einer Entschließung zum Ausdruck, die von der Warschauer Gemeinde gemeinsam mit den jüdischen Verbänden im Oktober 1936 gefaßt wurde. Die Entschließung erblickt „in der tatsächlichen Gleichberechtigung und in der Zulassung der Juden zu allen Zweigen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen wie staatlichen Lebens den einzigen Weg zu einer Beantwortung der Judenfrage in Polen — wie sie übrigens auch im allgemeinen Staatsinteresse liegt" (Jüd. Rundschau Nr. 84 vom 20. 10. 1936).

In Danzig erlebten wir 1936 eine neue Einwanderung aus Ost und West, aus dem Reich und mehr noch aus Polen. Die „Freie Stadt Danzig" war eine Zufluchtsinsel für die Juden, obwohl die Rettung nach Danzig nur vorübergehende Erleichterung bringen konnte. Die Tatsache ist erwähnenswert, daß im Jahre 1936, als bereits 100 000 Juden aus Deutschland geflüchtet waren und die jüdischen Gemeinden dort in Auflösung begriffen waren, Danzig eine zahlenmäßig noch wachsende Gemeinde war und die jüdische Bevölkerung mit über 11 000 Seelen den Höchststand erreichte.

Die Danziger Behörden, denen der Zuwachs höchst unwillkommen war, suchten durch nächtliche Haussuchungen und Verhaftungen die Einwanderung zu unterbinden[139].

Auch die Synagogengemeinde verfolgte die neue Einwanderungswelle mit großer Sorge. In der Sitzung vom 4. Februar 1936 wurde darüber geklagt, daß die Gemeinde durch die ständige Zuwanderung meist mittelloser Juden aus Polen in untragbarer Weise belastet würde. Selbst das Vorstandsmitglied Adolf Mazur, ein ebenso leidenschaftlicher wie

gerechter Vertreter ostjüdischer Interessen in Danzig, sah in dieser Zuwanderung eine schwere Gefahr für die ohnehin ernste Wirtschaftslage der Gemeinde. Erst zwei Monate vorher hatte in der Vorstandssitzung vom 3. 12. 1935 Dr. Löwenherz auf die Verarmung der Gemeindemitglieder und auf die starke Abwanderung von Steuerzahlern hingewiesen, welche die Gemeindefinanzen gefährdeten. Das neue Wachstum der Gemeinde brachte eine stärkere Beanspruchung ihrer Einrichtungen mit sich, und diese Belastung wurde um so fühlbarer, je weiter der Prozeß der Ausschaltung der Juden aus dem bürgerlichen Leben fortschritt, und je mehr sie gezwungen waren, ihre sozialen und kulturellen Aufgaben ausschließlich aus eigenen Mitteln zu erfüllen.

Das Wohlfahrtsamt der Gemeinde mußte im Winter 1936 eine eigene Winterhilfe-Sammlung organisieren und die Bespeisung zahlreicher Kinder in der Schule übernehmen. Beide Aufgaben erforderten so erhebliche Mittel, daß in der Sitzung vom 1. 12. 1935 gleichzeitig beschlossen wurde, beim Joint Hilfe zu beantragen und eine Abschrift des Antrages dem Vorsitzenden des „Jewish Board of Deputies" in England, Neville Laski, zu übermitteln. Damit wurden die Beziehungen zu den großen Hilfsorganisationen wieder angeknüpft, die schon einmal nach dem I. Weltkrieg in Danzig segensreiche Hilfsarbeit geleistet hatten, und die später bei der Auflösung der Danziger Gemeinde und der Auswanderung wiederum ihre rettende Hand reichten. Da das „Joint" nicht soziale Wohlfahrt unterstützte, sondern produktive Arbeit förderte, war sein Verhalten negativ, und die Gemeinde blieb auf sich selbst angewiesen.

Die Gemeinde baute, wie einst unsere Vorfahren, mit dem Schwert in der einen und der Kelle in der anderen Hand. Nach außen hatte sie sich gegen den Nationalsozialismus zu wehren; nach innen mußte sie die Verarmung bekämpfen und gleichzeitig ihre Organisationen ausbauen. Dabei ist eine charakteristische Veränderung nicht zu übersehen. Die bedeutendsten Organisationen, die im Jahre 1936 in Danzig entstanden, waren zionistische Organisationen: die Neue Zionistische Organisation (NZO), ihre Jugendgruppe Betar und die Hachschara. Der Gründer der NZO in Danzig war Hermann Segal. Den Danziger Juden war Segal zunächst ein Fremder[140]. Sie gingen zu seinen überfüllten Versammlungen; sie hörten kopfschüttelnd seine Forderung eines jüdischen Staates zu beiden Seiten des Jordan, seine Aufforderung zum Widerstand gegen die britische Palästinapolitik und fühlten mit einem gewissen Stolz, wie der kämpferische Gedanke in der Jugend zündete, wie es Segal gelang, die Jugend für kommende nationaljüdische Aufgaben in militärischer Zucht auszubilden[141]. Die heimattreuen Danziger Juden konnten und wollten aber Segals Gedanken nicht folgen. Sie klammerten sich trotz aller Enttäuschungen an die noch vorhandenen Vorteile Danzigs gegenüber der Lage der hilflosen Brüder im Reich, und noch fühlten sie den Mut und die Möglichkeit, für Recht und Freiheit zu kämpfen und auf Besserung der Lage zu hoffen.

Die auf dem Boden der „Jewish Agency" und der „Jüdischen Rundschau" stehende Zionistische Organisation in Danzig bekämpfte die NZO ebenfalls, denn sie gefährdete ihre Pläne der friedlichen, auf Verhandlungen und harter Pionierarbeit beruhenden wirtschaftlichen Eroberung des Landes Israel. Die Zionistische Organisation begründete 1936 in Danzig die Hachschara, ein Erziehungslager für die Jugend, die nicht militärisch als Kämpfer, sondern als Pioniere der Arbeit für Palästina vorbereitet werden sollte. — Die Hachschara wurde vom Palästina-Amt geleitet und bot der jüdischen Jugend eine plan-

mäßige Vorbereitung für die Auswanderung, die für sie nicht nur Flucht in ein neues Land, sondern zugleich Neuaufbau bedeuten sollte. Die Hachschara machte den jungen Auswanderer zum Oleh, das heißt zu einem jungen Menschen, der in ein neues Leben aufsteigt und diesem durch hingebungsvolle Arbeit Sinn und Inhalt geben sollte. Begeisterungsfähigkeit, Einordnung und Bereitschaft zur Umstellung bildeten die Voraussetzungen für die Aufnahme in Hachschara und Habonim, wo sich die zionistische Jugend Danzigs zusammenfand.

Trotz aller Bedrückung von außen bestanden innerjüdische Gegensätze fort und führten zu neuen Zwistigkeiten.

Die Anträge des Jugendbundes „Esra" und des von Dr. Manfred Litten geführten „Ben Akiba" auf Jugendgottesdienste an den Festtagen wurden in der Vorstandssitzung vom 8. 9. 1936 mit der Begründung abgelehnt, daß an den Hohen Feiertagen Sondergottesdienste außerhalb der Synagoge, auch Jugendgottesdienste, schädlich und unerwünscht seien. In der nächsten Sitzung (15. 9. 1936) wurde dem von Dr. Litten geführten Jugendkreis doch ein Gottesdienst an einem Tage des Rosch Haschonoh genehmigt.

In der Sitzung vom 2. 6. 1936 berichtete Dr. Lerchenfeld über den jüdischen Religionsunterricht an den polnischen Schulen in Danzig. Die Gemeinde, die zunächst jeden Zuschuß ablehnte, hat sich später an den Kosten beteiligt (polnische Stellen zahlten 80 Gulden, die Eltern 50 Gulden, die Gemeinde 50 Gulden monatlich). Ein Antrag des Verbandes der polnischen Juden, die Große Synagoge zur Trauerfeier für den verstorbenen Marschall Pilsudski zu benutzen, führte zu einer lebhaften Debatte. Erst nach Erklärung von Dr. Löwenherz, daß eine religiöse Trauerfeier nicht ohne Synagoge durchgeführt werden könne, die Versagung der Synagoge zum Ausfall der Feier mit allen Folgen führen würde, wurde der Antrag bewilligt. Die Gemeinde forderte jedoch Erstattung der Auslagen (13. 5. 1935). Als der R. j. F. am 5. März 1936 seine Heldengedenkfeier in der Synagoge hielt und der Vorstand ebenfalls Erstattung der Auslagen forderte, erklärte der R. j. F., daß es eine Trauerfeier für jüdische Gefallene war, bei welcher der Reichsbund die Gesamtgemeinde vertreten habe.

Am 11. 8. 1936 beschloß der Vorstand, aus der Liste der Wahlberechtigten für die auf den 29. 11. 1936 angesetzten Wahlen alle diejenigen zu streichen, die wegen ihrer Steuerrückstände dem Vollstreckungsamt aufgegeben waren oder nach Angabe der CWSt laufende Unterstützungen des Städtischen Wohlfahrtsamtes erhalten hatten. Die Wählerliste enthielt daher nur 1855 Namen.

Sogar über die Aussprache des Hebräischen (sephardisch oder aschkenasisch) im Unterricht war Einigkeit nicht zu erzielen; der Vorstand beschloß am 3. März 1936, die hebräische Lesart für den Bar-Mizwa-Unterricht den Eltern zu überlassen.

Trotz der steten Verengung des jüdischen Lebensraums bestanden die innerjüdischen Gegensätze fort, um immer wieder in Erscheinung zu treten. Die Führer der Gemeinde waren sich ihrer Verantwortung bewußt: der Vorstand schuf ein Schiedsverfahren zwischen den Parteien, und in der Sitzung vom 18. Mai 1936 konnte über befriedigende Arbeit der neuen Einrichtung berichtet werden.

Auf einem Gebiet herrschte bei allen Parteien und Gruppen erfreuliche Einigkeit — auf dem Gebiet der Erziehung. Die Schulen wurden von allen Seiten gepflegt; Schulverein und Elternversammlungen, Gemeindevorstand und Vereine gaben den Lehrkräften[142] jede

mögliche Anregung und Unterstützung. An der privaten Höheren Schule erteilten die Rabbiner im Auftrag der Gemeinde unentgeltlich Religionsunterricht. Dr. Rosenbaum und Rabbiner Dr. Grün inspizierten die Talmud-Tora-Schulen in der Husarengasse und am Sande, Dr. Löwenherz den polnischen Unterricht in der Jüdischen Volksschule. Im Frühjahr 1936 entstand ein Jugendschutz-Komitee zur Erhaltung des Kinderhortes und der Ferienfahrten; im Oktober 1936 berieten Frauenbund, OSE und Loge darüber, neben dem Kinderhort einen Volkskindergarten und Schutzaufsichten für gefährdete Kinder zu errichten. Der Vorstand beschloß am 12. November 1936, in dem Grundstück am Olivaer Tor den Jugendgruppen Betar (NZO) und Akiba (Agnola) fünf Zimmer zur Verfügung zu stellen.

Zwischen dem Jüdischen Kulturbund und den ostjüdischen Organisationen bestand eine gute Zusammenarbeit, die das Auftreten von Gelehrten und Künstlern aus Ost und West ermöglichte. Schalom Asch sprach in der Großen Synagoge, Dr. Michael Traub in der zionistischen Organisation und im Jüdischen Klub. Bela Lipinskaja eroberte mit ihrem Temperament die Herzen der Zuhörer.

Die beiden Kleingemeinden Tiegenhof und Neuteich, die völlig verarmt waren, wurden aufgelöst; die Danziger Gemeinde übernahm den Nachlaß und die Verbindlichkeiten. Die Tiegenhofener Synagoge wurde im Februar 1937 an einen Herrn Albrecht unter der Bedingung verkauft, daß auf dem Grundstück ein Garten angelegt würde[143]. Der „Aaron Hakodesch" kam im Mai 1937 nebst einer Torarolle zur Jüdischen Volksschule; die zweite wurde dem Jüdischen Museum in Danzig übergeben. Die Neuteicher Gemeinde wurde im August 1937 aufgelöst. — Ferner übernahm die Gemeinde zu treuen Händen die Bibliothek des Caspar Lachmannschen Waisenhauses in Graudenz.

Trotz der angespannten Finanzlage konnte die Gemeinde immer noch Flüchtlingen aus Ost und West Hilfe gewähren. Am 11. August 1936 bewilligte der Vorstand jüdischen Handwerkern einen Zuschuß zur Ablegung ihrer Meisterprüfung in Polen. Die Gemeinde konnte auch noch erhebliche Instandsetzungsarbeiten an den Synagogen durchführen lassen. Dachreparaturen wurden vorgenommen, Heizungsanlagen wurden erneuert; die Große Synagoge erhielt ein neues Gestühl (Lieferant A. Neustadt; Preis 1 800 Gulden).

Die Gemeinde-Etats nach 1935 geben im Vergleich mit den Etas von 1931/32 ein deutliches Bild von der Verarmung der zahlenmäßig noch wachsenden Gemeinde. Die Einnahmen waren von 300 000 Gulden im Voranschlag für 1931/32 auf 190 000 Gulden gesunken. Während 1931/32 der 16 %ige Zuschlag zur Einkommensteuer 176 000 Gulden, der 18 %ige Zuschlag zur Vermögenssteuer 24 000 Gulden erbrachte, ergaben sich jetzt bei 18 % Zuschlag zur Einkommensteuer und 25 % Zuschlag zur Vermögenssteuer nur 95 400 und 20 000 Gulden.

Die staatliche Vergütung für den Religionsunterricht war von 6 000 auf 1 000 Gulden gesunken, dafür waren 4 000 Gulden neue Einnahmen aus Schulgeldern der Jüdischen Schule eingesetzt. Die Veränderung folgte daraus, daß in den öffentlichen Schulen nur noch wenige Religionsstunden gegeben wurden, da die Mehrzahl der jüdischen Kinder bereits die jüdischen Schulen besuchte. Die Einnahmen aus dem Schlachtwesen waren von 15 000 auf 10 000 Gulden gesunken, die Einnahmen aus Grundbesitz von rund 12 000 auf 2 900 Gulden. Durch den Verkauf des Langfuhrer Grundbesitzes der Gemeinde war eine Einnahme von rund 7 000 Gulden weggefallen. — Im Ausgabe-Etat mußten drastische

Streichungen erfolgen. Da sie nicht bei Gehältern und sachlichen Ausgaben vorgenommen werden konnten, mußten sie auf anderen Gebieten (zum Beispiel Zuschüsse an Vereine) um so stärker ausfallen.

Das Jahr 1937 sah den Nationalsozialismus siegreich auf der ganzen Linie. Die Jahre 1937—1939, die letzten Jahre jüdischer Geschichte in Danzig, waren gleichzeitig die unheilvollste Episode in der Geschichte Danzigs als Freier Stadt mit einer völlig vergewaltigten Verfassung und einem zwar persönlich freien und vorurteilslosen, aber in seinen Handlungen völlig unfreien und zu passiver Beobachtung verurteilten Hohen Kommissar als Vertreter des Völkerbundes.

Nach der Abdankung des Hauptkommissars Sean Lester waren Forsters und Greisers Erklärungen, der Völkerbund habe in Danzig nichts mehr zu sagen, traurige Wahrheit geworden. Der Weg zur völligen Nazifizierung war frei; während bisher die Nazis für ihre verfassungswidrigen Maßnahmen noch Umwege benutzt hatten, schoben sie jetzt die Verfassung offen beiseite.

Nachdem am 14. Oktober 1936 die SPD, die größte und stärkste Oppositionspartei, durch den Polizeipräsidenten aufgelöst worden war, verkündete Forster Mitte Mai 1937 die Auflösung der Deutschnationalen Partei. Am 22. Oktober wurde die Zentrumspartei verboten, nachdem zwei Tage vorher schwere Angriffe gegen den Bischof Graf O'Rourke und bei Dr. Bruno Kurowski (österr. Gen.-Konsul) eine Haussuchung erfolgt waren.

Hitler regierte Danzig und die Berliner Gestapo kommandierte die Danziger Polizei.

Bereits 1935 hatte der Senat auf den Druck des Gauleiters einen Angehörigen des reichsdeutschen Sicherheitsdienstes übernehmen müssen. Heydrich hatte den Mainzer SD-Angehörigen Karl Grötzner nach Danzig abgeordnet, Greiser hatte ihn zum Kriminalrat und Leiter der Abt. III (Polit. Polizei) beim Danziger Polizeipräsidium ernannt. Nach seinem Tode (1937) wurde vom Reichssicherheitshauptamt der Regierungsrat Dr. Tröger als sein Nachfolger nach Danzig abgeordnet. Dr. Tröger, der direkte Weisungen vom RSHA erhielt, legte besonderen Wert auf rasche Lösung des Judenproblems in Danzig und erstrebte mit Nachdruck „Massenabwanderungen" (nach Erklärung des früheren Danziger Polizeirats Kammer).

Polen hatte auf jede Einmischung verzichtet und den Vorschlag gemacht, dem Hohen Kommissar zu empfehlen, sich nicht in Danzigs innere Angelegenheiten zu mischen. Bei der Suche nach einem Nachfolger für Sean Lester fiel die Wahl auf den Schweizer Professor Carl Burckhardt, der die Wahl auch annahm. Über die Gründe hat Burckhardt ausführlich in seinem Buch „Meine Danziger Mission" (München 1960) berichtet.

Die Juden in Danzig begrüßten den neuen Hohen Kommissar Prof. Burckhardt, da sie trotz aller Enttäuschungen den Glauben an den Völkerbund nicht aufgaben und immer noch hofften, in dem Vertreter dieser Organisation einen Beschützer sehen zu dürfen, der sie vor Gewalttat und Unterdrückung retten könnte. Die politische Opposition erwartete von ihm, daß er ihre Forderungen nach Neuwahlen anerkennen würde, und daß baldige Neuwahlen die politische Lage zu ändern vermöchten. Beide Gruppen sahen sich in ihren Erwartungen enttäuscht.

Die bittere Enttäuschung der Opposition zeigt ein Brief, den Verfasser nach dem Erscheinen von Burckhardts Buch von einem früheren Danziger erhielt, der damals im politischen Leben Danzigs gestanden hat. Es heißt darin:

„... Wer in jener Zeit im politischen Leben Danzigs gestanden hat, der wird wissen, mit welcher Spannung B. von der Danziger Opposition erwartet wurde. Er ist diesen Erwartungen nicht nachgekommen; er konnte es nicht, denn sein Buch beweist klar, daß ihm von der Dreierkommission des Völkerbundes unter Edens Leitung vom ersten Tage an die Hände gebunden waren. In inner-

politische Verhältnisse sollte und durfte er sich nicht einmischen. Seine Passivität machte sich bald bemerkbar.

... Seine Unterredungen bestanden im wesentlichen in der Mahnung, sich mit den einmal gegebenen Verhältnissen abzufinden, wenn er auch in Einzelheiten erfolgreich eingreifen konnte. So kann man die Gesamtwirkung der geistvollen Person Burckhardts nur kritisch beurteilen. Sein Buch ändert an dieser Tatsache nichts, enthüllt sie vielmehr mit großer Deutlichkeit. Aber auch die Person Burckhardts trug dazu bei ...

In Danzig hat er so gut wie ausschließlich mit dem Landadel Verkehr gepflegt und mit dem Bürgertum kaum Fühlung gehabt. Seine besten Absichten kamen aber doch immer von der Höhe der Aristokratie herab. Die kleinen Leute haben ihn direkt nicht interessiert, und zu ihnen gehörte für ihn das Bürgertum. Mit den von den Nazis Verfolgten hat er wenig Mitgefühl gehabt. Diese Nöte schienen unter dem Niveau seiner von ihm als hoch bedeutsam empfundenen politischen Aufgaben zu liegen.

Er hebt hervor, daß er die von Forster immer wieder aufs Tapet gebrachte Einführung der Ariergesetzgebung verhindert oder stark verzögert hat. Das hat er immer in Unterredungen stark betont; aber er blieb den Darstellungen gegenüber unzugänglich, daß durch Verwaltungsmaßnahmen, vor allem durch den Judenboykott, ein Zustand geschaffen war, der die Einführung der Ariergesetze fast überflüssig machte. Man hatte in Danzig auch ohne Gesetze so ziemlich alles erreicht, was damals das Programm der Nazis war. Gegen diese Ausschaltung und Brotlosmachung der Juden, auch wo sie in kraß ungesetzlicher Form erfolgte, hat B. nie Stellung genommen. Die Gründe dafür sind bekannt. Kann man ihm aus seiner Passivität auch keinen Vorwurf machen, so hat er doch nicht das Recht, die Verzögerung der Ariergesetze als einen bedeutsamen Erfolg seiner Tätigkeit darzustellen. Gewiß, er erzielte Erfolg, aber der war mehr theoretisch und praktisch nicht von Wert."

Danzig war, auch ohne offiziellen Anschluß, der erste totalitäre nationalsozialistische Staat außerhalb des Reiches geworden, und es ist verständlich, daß Burckhardt von Rauschning der „Gleichschaltungs-Hochkommissar" genannt wird[144].

Wir Juden, die wir aus unserer langen Geschichte gelernt haben, sind der Mission Burckhardts gegenüber versöhnlicher gestimmt. Zwar müssen auch wir sie als verfehlt ansehen, da wir wissen, daß während seiner Amtsführung alle judenfeindlichen Gesetze und Gewaltmaßnahmen durchgeführt wurden, die den Untergang der Gemeinde herbeiführten, und daß er den tragischen Lauf der Geschichte nicht verhindert hat. Nach der Lektüre seines Buches wissen wir aber auch, was wir seinerzeit in Danzig nur ahnen konnten, daß in den Jahren 1937 und 1938 Burckhardt seinen persönlichen Einfluß ausgeübt hat, um unter Ausnutzung der zwischen Forster und Greiser bestehenden Gegensätze manche dunklen Pläne Forsters zu vereiteln und manche seiner Schritte gerade hinsichtlich der Juden hinauszuschieben. Dadurch sind in der Verfolgung der Juden in Danzig längere Ruhepausen eingetreten, die damals unverständlich schienen, die aber manchem Danziger die Auswanderung ermöglichten.

Burckhardt erzählte (S. 95), daß die Übertragung der Nürnberger Gesetze auf Danzig seit dem ersten Tage seiner Anwesenheit drohte, daß es eins seiner Hauptziele war, dies immer und mit allen Mitteln hinauszuschieben, und daß die Danziger Judenschaft dies wußte und ihm behilflich war.

So dankbar die Danziger Juden diese Bemühungen seinerzeit auch anerkannten, so muß doch heute gerade auf Grund von Burckhardts weiteren Ausführungen darauf hingewiesen werden, daß es ihm infolge seiner Beziehungen zum Berliner Auswärtigen Amt wohl bekannt war, daß dort

der Plan für die Lösung des Danziger Problems schon 1936 endgültig festgelegt worden war, daß Hitler nicht ihm zuliebe diese Lösung verschob, sondern 1937 unter allen Bedingungen in Danzig und mit Polen Frieden haben wollte, um seine Eroberungspläne gegen Österreich und die Tschechoslowakei durchführen zu können.

Burckhardt weiß, daß seine meist hinter den Kulissen geübte Vermittlertätigkeit von der Außenwelt mißverstanden und auch mißbilligt wurde. Nahum Goldmann, der Direktor des Jüdischen Weltkongresses, sagte ihm: „Ihre Beschwichtigungsmanöver gegen die Danziger Zustände sind schädlich. Der öffentliche Protest gegen die Danziger Zustände ist notwendig um des Ganzen willen, wegen der allgemeinen Lage des jüdischen Volkes." Burckhardt aber war gegen öffentliche Proteste. „Innerhalb meines Aufgabenkreises ging es um die Danziger Juden, und ich wußte, daß jede polemische Erwähnung in der internationalen Öffentlichkeit ihren augenblicklichen Untergang zur Folge haben mußte." Burckhardt war überzeugt, daß in dem Versuch, die Danziger Juden zu retten, eins vermieden werden müßte: der Protest. Jeder Protest hätte zur sofortigen Folge gehabt, daß Hitler in brutalster Weise durchgegriffen hätte.

Von einem Mann wie Burckhardt mußte und durfte die Welt aber mehr verlangen, als nur hilfloser Beobachter und schwächlicher Vertreter einer handlungsunfähigen Organisation zu sein. Er war Bürger der freien und unabhängigen Schweiz, der nicht wie viele andere sein Leben und seine persönliche Sicherheit durch sein Verhalten aufs Spiel setzte . . . Er hatte mehrfach Gelegenheit und auch Veranlassung, unter Protest zurückzutreten. Vielleicht hätte sein Rücktritt die gefürchtete Wut und die Kriegspläne Hitlers gesteigert und damit die Kriegsgefahr erhöht, vielleicht aber auch der Welt rechtzeitig die Augen geöffnet . . . Wir wissen es nicht. Es liegt uns fern, Burckhardt zu der großen Zahl der verantwortlichen Mitschuldigen des Weltgeschehens zu zählen; durch seinen Verbleib auf dem Posten aber wurde seine Mission eine tragische.

Das jüdische Gemeindeleben in Danzig verlief während der ersten neun Monate des Jahres 1937 noch verhältnismäßig ungestört. Während im Reich mit der Gleichschaltung auch die Arisierung der Wirtschaft rücksichtslos durchgeführt wurde, erfolgte in der Freien Stadt Danzig eher eine Verlangsamung der Gleichschaltung, sogar eine Unterbrechung der 1936 getroffenen Maßnahmen. Auch als am 15. Juli 1937 nach Erlöschen der Konvention in Oberschlesien sofort alle antijüdischen Maßnahmen durchgeführt wurden, blieben die Juden in Danzig noch verschont.

Vorstand und Repräsentanz konnten sich ungestört ihren Aufgaben widmen. Zwischen den Parteien herrschte der 1933 erzielte Burgfriede. In dem 1936 gewählten Vorstande waren mit Senatsrat Berent als Vorsitzender, Dr. B. Rosenbaum als stellvertretender Vorsitzender, J. Becker als Leiter des Wohlfahrtsamtes, Dr. H. Löwenherz als Finanzdezernent, Dr. Schopf als Referent für Kultus, Dr. Itzig und Dr. Rosenthal als Referenten für Schulfragen, Mazur als Vorsitzender der Kaschrut-Kommission Zionisten und Nichtzionisten in gemeinsamer Arbeit verbunden. In der Repräsentanz war Senator Dr. Kamnitzer Sprecher der Liberalen, Dr. Hermann Lewy Sprecher der Volkspartei. — Neuwahlen hielten Vorstand und Repräsentanz auf voller Höhe. Dr. Brodnitz, Eisenstädt, Lippmann und Rössler wurden in den Vorstand gewählt. Die Kommissionen wurden im Sommer 1937 reorganisiert und erweitert[145].

In der Sitzung vom 9. März wurde der Gemeinde-Etat für 1937/38 mit 179 950 Gulden verabschiedet. Wenn auch durch Fortzug großer Steuerzahler die Mittel schon eine erhebliche Einbuße erfahren hatten, herrschte doch noch ein gewisser Optimismus. Das Protokoll erwähnt folgende Beschlüsse: Vergrößerung der Sukka, Erhöhung der Beträge für den Synagogenchor und der Schulgeldbeihilfe, Bewilligung eines auf 16 000 Gulden

erhöhten Betrages für die Centralwohlfahrtsstelle, Verlängerung der Verträge mit den Friedhofsgärtnern Auerbach und Wrobel, Pensionierung des Oberkantors Meisel[146] und Erneuerung des Vertrages mit dem Raw Golinkin vorbehaltlich der Genehmigung des Senats.

Die bisher trotz äußeren Drucks geleistete Auf- und Ausbauarbeit wurde fortgesetzt. Die Sorge des Vorstandes galt auf religiösem Gebiet der Sicherung der Fleischversorgung, auf kulturellem Gebiet der Erziehung in Schule und Jugendverbänden, auf sozialem Gebiet den wachsenden Aufgaben der Wohlfahrt, insbesondere der Sicherung der Winterhilfe.

Im Frühjahr 1938 beschloß der Vorstand des Aschenheimstifts, die rituelle Verpflegung nicht mehr beizubehalten, da sie eine Verteuerung von 3 500 Gulden jährlich bedeutete; die Insassen waren damit einverstanden, da für diesen Betrag über drei Personen mehr aufgenommen und verpflegt werden konnten. Der Gemeinderabbiner legte Protest ein, doch war der Vorstand nicht in der Lage, den Beschluß abzuändern (24. 5. 1938).

Andererseits konnte die Gemeinde zur Befriedigung der religiösen Bedürfnisse orthodoxer Kreise einen Sondergottesdienst für die Hohen Feiertage in der Turnhalle einrichten. 164 Männer- und 72 Frauensitze wurden geschaffen und die Kantoren Przepiórka und Wajnberg zur Abhaltung dieser Gottesdienste verpflichtet (17. 8. 1937).

Da die Jüdische Schule zu 75—80 % von Fremdenschülern besucht wurde, forderte der Senat vor Beginn des Schuljahres 1937 von der Gemeinde eine Garantie für einen bestimmten Schuldgeldeingang. Da bei Verweisung polnischer Schüler wegen Nichtzahlung des Schulgeldes die polnischen Behörden in Anspruch zu nehmen waren, lehnte die Gemeinde zunächst (5. 4. 1937) die Übernahme der Garantie ab, beschloß dann jedoch auf Vorschlag des Schulleiters, dem Senat einen monatlichen Durchschnittssatz von 2 Gulden je Schüler und Monat zu zahlen.

Verfasser, der als Schulleiter das Bindeglied zwischen der Schulverwaltung und der Gemeinde war, möchte betonen, daß damals noch die nationalsozialistische Schulverwaltung die Jüdische Schule als öffentliche Minderheitsschule ansah, der gegenüber sie sich verpflichtet fühlte. So wurde der von der Gemeinde vorgelegte Jahresabschluß der Schule für das Jahr 1936/37 vom Senat in voller Höhe genehmigt. In den beiden folgenden Jahren sank die Bereitwilligkeit der Schulverwaltung in dem gleichen Maße, wie sich der Wille, die Schule zu fördern, in allen Kreisen der Gemeinde verstärkte.

Der verarmenden Gemeinde wäre es unmöglich gewesen, ihren kulturellen und erziehlichen Aufgaben nachzukommen und vor allem den erhöhten Haushaltsplan der Schule für 1937/38 zu erfüllen, wenn es nicht gelungen wäre, Unterstützung und Hilfe vom Joint zu erlangen. Dank dieser Hilfe, die im Sommer 1937 einsetzte (der erste günstige Bescheid des Joint kam am 22. April 1937), auch dank unvorhergesehener Mehreinnahmen aus Nachversteuerungen und Legaten konnte die Gemeinde 1937/38 die Institutionen aufrechterhalten. Dem vom Frauenverein gegründeten Volkskindergarten konnten 3 000 Gulden zugewiesen werden. Der Volksschule wurden Mittel zur Einrichtung eines 9. Schuljahres und Einführung des Werksunterrichts[147] bewilligt.

Zu Beginn des Schuljahres 1937/38 wurde der Lehrkörper der Volksschule bedeutend erweitert. Harry Cohn und Fräulein Hilde Meyer wurden als halbe Lehrkräfte, Günter Berent und Michael Chasin als Musiklehrer, Fräulein Kleemann als technische Lehrerin (halbtags) angestellt[148]. Eine Schulpflegerin wurde angestellt, und in der Folge haben die

Ärzte Dr. Kristianpoller, Dr. E. Cohn, Dr. Rachmielewicz, Dr. Rosenthal-Reissner und Dr. Frumkin gegen geringe Vergütung die ärztliche Fürsorge gestellt. Der Senat bewilligte den von der Gemeinde beantragten Ausbau des 3. Stocks und der Wohnung des Schulwarts der Jüdischen Schule. Für den Gebrauch des Turnsaals und der Geräte des Jüdischen Sportklubs zahlte die Gemeinde; der Senat bewilligte einen Zuschuß.
Im Jahre 1937 hatten beide jüdischen Schulen den Höhepunkt ihrer Entwicklung erreicht. Zwischen Schule und Haus, zwischen Schule, Schulverein und Gemeindeverwaltung herrschte harmonische Zusammenarbeit. Sie zeigte sich besonders bei Schulfeiern[149].
Für die Jugendorganisationen, für die Turn- und Sportvereine, für Hachschara und Alija, für die Sprach- und Handelskurse im Verband der Arbeitnehmer, für das Altersheim und für die Wohlfahrt konnten die laufenden Beiträge erhöht werden. In der CWSt konnte neben Frau Weinreich eine zweite Bürokraft (Frau Rosenstrauch) angestellt werden. Die Gemeinde konnte neue Räume für das Gemeindebüro mieten. Der Vorstand baute die Räume des Aschenheimstifts mit einem Kostenaufwand von 5 000 Gulden aus und konnte am 29. November 1937 in die neuen Räume übersiedeln, während in dem bisherigen Büro (Reitbahn 10—13) der Hilfsverein für jüdische Emigranten sein Auswandererbüro eröffnete. — Die Gemeinde war dazu in der Lage, von 85 000 Gulden Bankschulden einen Teilbetrag (25 000 Gulden) abzuzahlen.
Die wachsenden Ausgaben für die Wohlfahrt, vor allem für die Winterhilfe, konnten nicht allein durch Steuereinnahmen gedeckt werden und mußten durch Sammlungen in den zahlreichen Wohlfahrtsorganisationen ergänzt werden. Diese Organisationen veranstalteten gemeinsam mit dem Kulturbund große Konzerte und Theateraufführungen, deren Erträge zur Linderung der Not verwandt werden konnten.

Das große Synagogenkonzert für die Winterhilfe 1937 unter der Leitung des Kapellmeisters Henry Prins und unter Mitwirkung des Oberkantors J. Peissachowitsch und des Organisten Hermann Schwarz aus Berlin sowie des Danziger Synagogenchors wurde für alle Hörer eine Stunde weihevoller Kunst im Dienst des Judentums und der sozialen Hilfsbereitschaft. Bei diesem Konzert erklang auf unserer ausgezeichneten Orgel ein modernes jüdisches Werk des Berliner Komponisten Oskar Guttmann (Uraufführung), das „Haschkiwenu" des verewigten Königsberger Oberkantors Birnbaum, sowie der von unserem Danziger Oberkantor Meisel komponierte „Jehi rozaun".
Ein vom Kulturbund veranstalteter Konzertabend mit Alexander Kipnis als Gast in Begleitung unseres Danziger Pianisten Günter Berent war den Danzigern ein besonderer Trost, da kurz vorher Ausschreitungen gegen die Juden vorgekommen waren.
Neben und mit dem Kulturbund wirkte das Jüdische Theater unter der Leitung von Glowinski. Dem Spiel von Diana Blumenfeld und den von Dr. E. Lichtenstein in deutscher Sprache gegebenen Einführungen gelang es, die deutschsprachigen Danziger mit der reichen ostjüdischen Literatur bekanntzumachen. Zur Aufführung gelangten Stücke von Scholem Alejchem, I. D. Berkowitz, Perez Hirschbein, David Pinski, und anderen ostjüdischen Dichtern.

Leider wurde der innere Friede der Gemeinde, während schon das Leben von Hunderttausenden von Juden auf dem Spiel stand, durch kleinliche Vorkommnisse gestört.

Es gab Streitigkeiten unter den orthodoxen Gabboim von Mattenbuden, zwischen ihnen und der Kultuskommission, zwischen dem orthodoxen Mitglied der Kultuskommission und dem Raw Golinkin. Dr. Schopf, der Vorsitzende der Kultuskommission, trat im April 1937 aus dem Vorstande aus, und Mazur übernahm den Vorsitz der Kultus-Kommission.

Die Ursache des Streits war das in der Gr. Synagoge erfolgte Anzünden von Chanukkalichtern am Sabbat; der Streitgegenstand war die Frage, ob nachbiblische Verordnungen und Gebräuche den biblischen Gesetzen völlig gleichwertig sind. Ausgestreute Verleumdungen über Raw Golinkin führten zur Beschwerde des Raw, zum Austritt aus der Kultuskommission.

Bei der Beratung des Gemeindehaushalts im Februar 1937 kam es zu einer erregten Aussprache zwischen Liberalen und Zionisten.

Dr. Löwenherz hatte die Subvention für den „Ring der deutsch-jüdischen Jugend" gestrichen. Dr. Rosenbaum erklärte, daß ein Flugblatt der Vereinigung für das liberale Judentum und die gleichzeitige Ring-Zeitung, ferner ein Offener Brief an den Führer des „Ring", den Lehrer Kaufmann, und beleidigende Erklärungen durch den Bar Kochba erhebliche Spannungen hervorgerufen hätten, und daß die Tonart des Ringflugblattes unvereinbar sei mit Anträgen auf Subvention durch die Gemeinde. In der Aussprache wurde betont, daß in dem Streit zwischen den Jugendbünden der Gemeinderabbiner wie der Schulleiter herausgelassen werden sollten. Die liberale Seite behauptete, daß die Zionisten den Streit vom Zaun gebrochen hätten. Nach Beseitigung der Mißverständnisse wurde der Frieden wiederhergestellt, und die Subvention für den Ring bewilligt.

Ein Antrag von Dr. Rosenbaum betreffs Äußerungen des Vorsitzenden der liberalen Fraktion, Dr. Kamnitzer, forderte vom Vorstand die Annahme folgender Resolution: „Der Vorstand bedauert, daß Äußerungen des Vorsitzenden der liberalen Fraktion laut Pressebericht den Eindruck erwecken, daß die ostjüdische Einwanderung sich lediglich aus Elementen zusammensetzt, die die öffentliche Wohlfahrt und die Gemeindefinanzen belasten sowie die Erwerbsmöglichkeiten der eingesessenen Danziger Gemeindemitglieder einengen. Das Gegenteil ist der Fall. Der Einwanderung aus dem Osten verdanken wir viele Persönlichkeiten, die wirtschaftlich, kulturell, gesellschaftlich und nicht zuletzt finanziell, befruchtend das jüdische Leben in Danzig beeinflussen und als Konsumenten für den schwer bedrängten jüdischen Mittelstand einen erwünschten Kundenkreis bieten."

Der Antrag wurde zurückgezogen, nachdem der Vorsitzende erklärte, er bedauere die Einbringung einer solchen Resolution, die die Aufgabe des Vorstandes, praktische Arbeit zu leisten, nur erschwere. Der Antrag wurde zu den Akten gelegt, jedoch Dr. Kamnitzer eine Abschrift zur Kenntnis gegeben.

Es muß betont werden, daß weder die Äußerungen von Dr. Kamnitzer noch die Jahre vorher vom Gemeinderabbiner gehaltene Rundfunkrede, durch die die ostjüdische Bevölkerung in Danzig sich gekränkt fühlte, lediglich auf die der Gemeinde durch die Einwanderung entstandenen Schwierigkeiten hinweisen wollten. Dennoch war die übergroße Empfindlichkeit ostjüdischer Kreise, die bei der polnischen nichtjüdischen Bevölkerung auf Abneigung, bei der Danziger nichtjüdischen Bevölkerung auf tiefe Feindschaft stießen, durchaus verständlich, zumal sie bei den Danziger Juden ungenügendes Verständnis für ihre Lage gefunden zu haben glaubten. — Das war ab 1937 nicht der Fall; der Hohe Kommissar Burckhardt betont in seinem Buch, daß er der von der Danziger Judenschaft bewiesenen Solidarität hohe Bewunderung zollte.

Die Spannungen in der Gemeinde waren damit nicht beendet. Am 5. Mai wurde in einer von der Volkspartei veranlaßten Versammlung der CV., die Vereinigung für liberales Judentum und der R. j. F. wegen eines Flugblattes stark angegriffen. Am 22. Mai hielten C. V., R. j. F. und Liberale eine gemeinsame Versammlung ab und forderten den Vorsitzenden der Volkspartei, Dr. H. Lewy, zu einer erneuten Zurückweisung heraus.

Der Burgfriede war in Gefahr, doch bald sollte die Not der Zeit verstärkt die Zusammenfassung aller Kräfte fordern. Die den Danziger Juden gegönnte Ruhe war nur die Ruhe

vor dem Sturm gewesen, und der gefürchtete Sturm kam plötzlich im Oktober 1937 in Form offener Ausschreitungen gegen jüdische Markthändler und jüdische Geschäfte.

Am 22. Oktober 1937, unmittelbar nach der Auflösung des Zentrums und der Vernichtung des letzten Widerstandes der Opposition, wurden die jüdischen Markthändler von ihren bisherigen Ständen in Danzig und Langfuhr vertrieben und von der Polizei gezwungen, in Danzig in der Büttelgasse, in Langfuhr in der Birkenallee ihre Verkaufsstände aufzuschlagen. Diese Ausschaltung und Absonderung der fast ausschließlich polnisch-jüdischen Markthändler erfolgte unter Anwendung von Gewalt, und die ihnen zugewiesenen Plätze waren wegen der engen Zufahrtstraßen schwer zugänglich. Gleichzeitig zogen Nazihorden in Zivil, begleitet von Kindern und Neugierigen, durch die an der Markthalle gelegenen Straßen, kennzeichneten die jüdischen Geschäfte mit der Aufschrift „Jude", zertrümmerten die Fenster und beschädigten oder stahlen die Warenauslagen. Die Polizei schritt nicht ein; die jüdischen Ladeninhaber waren schutzlos[150].

Burckhardt schreibt über diese Ausschreitungen: „Ich protestierte damals mit Schärfe, Chodacki unternahm gleichzeitig einen energischen Schritt. Sofort benutzte der Senat wiederum diese Proteste, um in Berlin über das Forstersche Regime zu klagen, auf seine Einsicht- und Rücksichtslosigkeit gegenüber ganz speziellen Danziger Voraussetzungen aufmerksam zu machen . . ."

Forster erklärte: „Die Partei hat andere Mittel, den jüdischen Einfluß im Danziger Handel zu überwinden als durch Zertrümmern von Fenstern, wodurch nicht die jüdischen Ladeninhaber, sondern Versicherungsgesellschaften geschädigt werden." Es folgte die Empfehlung an die Hausfrauen, es sei besser, die Juden durch Boykott loszuwerden als durch Einschlagen der Fenster.

Um jene Zeit hatte sich die „Jewish Public Bank" zu einem wichtigen Bankinstitut entwickelt; die Namen ihrer Aufsichtsratsmitglieder (1937): Julius Becker, Leo Anker, A. Mazur, Adam Engel, Saul Finkelstein, M. Gelhar, B. Mirkin, Dr. Heinrich Rodenfeld, Alfred Weinkrantz— beweisen, welche Bedeutung dieser Bank im jüdischen Leben Danzigs zugeschrieben wurde. Diese Bank war den Nazis ein Dorn im Auge; ihr Einfluß mußte gebrochen, dieser Nervenknoten jüdischen Wirtschaftslebens in Danzig mußte zerschnitten und dem jüdischen Mittelstand der Boden entzogen werden. Der Direktor der Bank, Dr. Leo Goldhaber, der Prokurist Gregor Goldberg-Radowski und der Bevollmächtigte Dr. Pines wurden unter der Beschuldigung des Devisenvergehens zugunsten jüdischer Fonds verhaftet und eine Woche in Untersuchungshaft gehalten. Zwar wurden sie entlassen; sie durften aber die Bank nicht mehr betreten und wurden ständigen Vernehmungen unterworfen, bis sie sich zur Auswanderung verpflichteten[151]. Da die Liquidation der Bank gefordert wurde, übernahm ein Mitglied des Gemeindevorstandes, E. Berent, die Leitung der Bank bis zur endgültigen Liquidation.

Gleichzeitig mit dem Angriff auf die Bank und der Einführung des Ghettomarktes erfolgten weitere polizeiliche Maßnahmen zur Ausschaltung der Juden aus der Danziger Wirtschaft. Unter Anwendung der gleichen Methoden, die zur Auflösung der politischen Parteien geführt hatten, wurden jüdische Firmen polizeilich geschlossen oder mit hohen Geldstrafen belegt und jüdische Schuldner wegen „Fluchtverdacht" verhaftet. Steuer-, Zoll- und Polizeibehörden arbeiteten eng mit der Partei zusammen, um den Juden handgreiflich oder durch Schädigung ihrer Firmen zu beweisen, daß sie in Danzig unerwünscht waren.

Am 27. Oktober wurden die Bestimmungen für öffentliche Badeanstalten dahin geändert, daß Juden nur an bestimmten Tagen und bestimmten Stunden zur Benutzung zugelassen waren. Am 28. Oktober verbot die Ärztekammer nichtarischen Ärzten die Ausübung der Praxis an Sonntagen und während der Nachtstunden.

Ende Oktober wurden die „Drei-Lilien-Parfümerie" und die Drogenhandlung von Otto Echt geschlossen. Am 29. Oktober forderte das Steueramt von der Firma „Oleo" (Öl- und Fettfabrik-AG; Vorstandsmitglieder Moses Gurwicz und Adolf Mazur) die Zahlung von 500 000 Gulden und beschlagnahmte das Vermögen der Firma und das Privatvermögen der Eheleute Mazur und von Gurwicz für Ansprüche von 500 000 beziehungsweise 521 000 Gulden. Zwar wurde die Beschlagnahme am 11. November aufgehoben, doch finden wir unter dem 19. November die handelsgerichtliche Eintragung von K. Martens und J. Krogoll als Vorstandsmitglieder, wobei die bisherigen Mitglieder nur mit einem der neubestellten Mitglieder zusammen zeichnungsberechtigt blieben.
Am 30. Oktober wurde das Vermögen der Firma Wassily Perloff & Söhne (Teehandelsgesellschaft), Danzig-Oliva, beschlagnahmt, am 1. November das der Handelsgesellschaft für Malz- und Brauindustrie, Alexander Gasiorowski, für eine Steuerforderung von 250 000 Gulden, am 2. Dezember das Vermögen der Firma „Darling" (Waffel-, Keks- und Honigkuchenfabrik) sowie das Vermögen ihrer Inhaber Emanuel Lew und Frau. Die Juwelierfirma Jakob Neufeld & Söhne wurde aufgelöst; die Eisenhandlung Emil A. Baus, das Schuhgeschäft Leiser, die Likörfabrik Im. Meyer, die Kartonagenfabrik Blumenthal & Sohn, der Frisiersalon Arsa, das Blumengeschäft von Gießen wurden arisiert. In den Schaufenstern der großen Kaufhäuser Nathan Sternfeld, Walter & Fleck, Eduard Löwens und Otto Kraftmeyer verwehrten Plakate mit der Aufschrift „Deutsches Geschäft" noch vor Ostern 1938 jüdischen Käufern den Zutritt. Juden, die einmal ihre Existenz um ihres Deutschtums verloren hatten, als sie aus dem Korridor nach Danzig gezogen waren, verloren zum zweiten Mal ihre Existenz, diesmal wegen ihres Judentums, da sie nicht mehr als Deutsche anerkannt wurden[152].
Dutzende weiterer Beschlagnahmen wegen Steuerhinterziehung[153] folgten. Die letzten 100 Seiten des Danziger Stadtanzeigers für 1937, die diese Fälle für November und Dezember 1937 aufzählten, zeigen mit grausamer Deutlichkeit, wie man die jüdischen Inhaber großer Handels- und Industriefirmen durch Druck und Erpressung loszuwerden, aber ihr Vermögen festzuhalten bemüht war. Es gelang um so mehr, als es für die Wohlhabenden leichter war, ihren Wohnsitz ins Ausland zu verlegen, wenn sie auch nur den geringsten Teil ihres in Danzig investierten Vermögens ins Ausland bringen konnten. In der Vorstandssitzung vom 18. Januar 1938 mußte der Vorsitzende berichten, daß seit dem Oktober 12 Zensiten mit einem jährlichen Steueraufkommen von 15 000 — 24 000 Gulden Danzig verlassen hatten.
Da die Aufforderung zum Boykott der jüdischen Geschäfte bei Danzigs Hausfrauen nicht genügend Beachtung fand, wandte Forster drastischere Mittel an. An den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten, dem „Silbernen" und „Goldenen" Sonntag, postierte die Partei ihre Braunhemden vor die jüdischen Geschäfte, um durch Überredung oder Gewalt Kaufwillige vom Eintritt in die Läden abzuhalten.
Forster erklärte am 1. November, daß die Hakenkreuzflagge bald die amtliche Flagge der Freien Stadt Danzig sein werde, und am 7. November versicherte Greiser: „Für die in

Danzig geborenen Juden werden wir dieselben Gesetze wie im Reich einführen, während die jüdischen Fremden Danzig zu verlassen haben, ob sie es wünschen oder nicht“[154].

Die beunruhigten Polen gaben sich zufrieden, als ihnen Forster versicherte, daß die Maßnahmen der Aus- und Gleichschaltung nicht gegen Polen gerichtet seien, und daß es in Zukunft im Volkstage nur zwei Parteien geben werde, die im Braunhemd erscheinenden Nationalsozialisten und die Polen. Polen war gewiß um die Schädigung des polnischen Handels besorgt, aber gegen die Absonderung der jüdischen Markthändler konnte der Vertreter Polens nicht mit voller Überzeugung protestieren, da Polen selbst einer autoritären Regierungsform zusteuerte und in Universitäten bereits Ghettobänke für jüdische Studenten eingerichtet wurden[155].

Auf die Juden mußten diese Vorgänge nach der vorhergehenden Ruhe des Sommers um so erschütternder wirken. Gewaltsam wurde ihnen klargemacht, daß nach der Zerschlagung der Opposition die Judenfrage an die Reihe käme. Liquidierung und Arisierung jüdischer Geschäfte sowie, zunächst in beschränktem Umfange, Flucht und Auswanderung waren die unmittelbaren Folgen.

Der Danziger Staatsanzeiger brachte in den folgenden Monaten Dutzende von Namen wohlbekannter jüdischer Firmen in Danzig, die liquidiert oder arisiert wurden, und in die jüdische Käufer nicht mehr hineingehen konnten, weil Plakate „Juden unerwünscht“ und „Deutsches Geschäft“ sie zurückwiesen. — Am 23. 12. 1937 ging die Löwenapotheke (Inh. Kurt und Hans Fleischer) auf den Apotheker Erich Löffler über. Am 11. Januar 1938 erlosch die Firma „Crefelder Seidenhaus“ (Leo Israel) und wurde am 15. Januar in die Firma Heinrich Kaschner geändert. Am 21. Januar 1938 erlosch die Firma „Baltischer Baustoffhandel“ Max Feldmann; am gleichen Tage wurde die Firma Alfred Marcus & Co. arisiert, und die Firma „Möbel Marquard“ (Inhaber Reinhard Marquard, bis dahin Prokurist der Firma Arthur Neustadt) in das Handelsregister eingetragen[156].

Die Auswanderung, über die zu sprechen bis Herbst 1937 in weiten Kreisen als nervöse Übertreibung angesehen worden war, wurde nunmehr auch für Danzig zum brennenden Problem.

Nach Burckhardts Angabe („Meine Mission“, S. 205) lebten in Danzig am 1. Oktober 1937 insgesamt 7 479 Juden, davon die meisten in der Stadt Danzig, 1 800 in Zoppot, etwa 100 auf dem Lande; 1 226 waren Danziger, 376 deutsche, 3 724 polnische Staatsangehörige. Angehörige anderer Staaten oder staatenlos waren 2 153. Nach Berufen gab es: 1 756 Kaufleute, 522 Handwerker, 585 Angestellte, 129 Arbeiter, 280 Angehörige freier Berufe; 1 721 waren unter 21 Jahre alt, 2 480 waren berufslos. Die Verbindung dieser an sich genauen Zahlen mit dem Datum 1. 10. 1937 muß auf einem Irrtum beruhen. Am 1. Oktober 1937 hat (nach anderen Quellen) die jüdische Bevölkerung in Danzig etwa 11 000 betragen, von denen bis zum 1. 10. 1938 etwa 4 000 Danzig verließen. Die obengenannten Zahlen entsprechen dem Bestande am 1. Oktober 1938.

Für die Auswanderung kamen zunächst drei Gruppen in Frage: 1. mittellose polnische Juden, die nach Polen zurückwanderten; 2. wohlhabende Juden, die in Palästina, in Amerika und anderen westlichen Ländern sich eine neue Heimat suchten; 3. Jugendliche, die in Schulen und Universitäten des Auslandes ihre Erziehung vollenden, sich als Pioniere am Aufbau Israels beteiligen oder im Ausland eine neue Existenz gründen wollten.

Für die Rückwanderer nach Polen, die ihre Existenz in Danzig verloren hatten, waren erhebliche Mittel aufzubringen. Die Gemeinde versuchte alles, um diese Rückwanderung nicht zur Panik ausarten zu lassen. Für Danziger Juden, die nach dem Westen strebten, waren ebenfalls finanzielle Zuschüsse nötig. Innerhalb der dritten Gruppe mußten die Jugendlichen durch Sprachkurse und Berufsumschichtung für die Auswanderung vorbereitet werden.
Die Mittel für alle diese Aufgaben konnten von der Gemeinde unmöglich aus eigener Kraft aufgebracht werden, so daß bereits im Sommer „Joint" zur Hilfe kam. Es gelang der Gemeinde mit Hinweis auf die inzwischen entstandene Lage auch die HIAS, die wie Joint ihre Hilfe bisher auf das Reich und Polen beschränkt hatte, zu gewinnen, und in den folgenden Monaten arbeiteten in Danzig Joint und HIAS Hand in Hand. Vor Jahresende 1937 kam Dr. Bernstein-Paris im Auftrage der HICEM nach Danzig und versprach, einen Auswanderungsexperten nach Danzig zu senden und Danzig ebenso wie das Reich zu behandeln. Am 30. November nahm der Danziger Gemeindevorsitzende an einer Sitzung über Auswanderungsfragen in Paris teil. Im Dezember kamen Dijour aus Paris und Jezierski aus Warschau nach Danzig, um die Auswanderung aus Danzig zu leiten, und in der Vorstandssitzung vom 8. Januar 1938 unterbreiteten die Herren Dijour (Paris) und Gittermann (Warschau) ihre Vorschläge und Pläne für Aus- und Rückwanderung. Auch Dr. Koffler (Lemberg), Dr. Lebenson als Beamter der HIAS und Justizrat Lewinski als Vorsitzender des Danziger „Hilfsvereins für jüdische Emigranten" nahmen als Gäste an der Sitzung teil.

Dr. Gittermann erklärte voller Verständnis für die Lage in Danzig, daß die in Danzig nicht mehr haltbaren Existenzen durch Leihkassen in der polnischen Heimat Hilfe finden würden; diejenigen Existenzen, die in Danzig noch gehalten werden könnten, sollten durch die Danziger Jüdische Leihkasse, durch den soeben gebildeten Krisenfonds der Gemeinde und durch Subventionen des Auslandes gefördert werden. Auf die Rückwanderer nach Polen sollte kein Druck ausgeübt werden. Dijour sprach über die Auswanderung nach dem Westen, die nur in beschränktem Umfang und nach sorgfältiger Vorbereitung erfolgen könne. Die Höchstzahl der Auswanderung sollte im Jahr 300 bis 500 Familien betragen, davon 100 nach Nordamerika, 100 nach Kolumbien, 50 nach dem übrigen Südamerika, 20 nach Australien, 20 nach Palästina und 10 nach Frankreich. Diese Auswanderung würde von den Familien Zahlungen von 210 000 G (je Familie 600 G) und Zuschüsse von 450 000 G erfordern. Für völlig mittellose Fälle rechne er mit 300 G Gemeindezuschuß je Familie, insgesamt 15 000 bis 30 000 G. Die Hilfsaktion solle sich auf alle Staatsangehörigen erstrecken, die HICEM sei bereit, jeden Fall sachverständig zu betreuen und zu beraten.

In der Sitzung vom 18. Januar 1938 wurde eine Vorstands-Kommission für Wirtschaftshilfe gebildet, der neben Vertretern des Vorstandes die Leiter der Leihkasse, der Arbeitnehmervereine, der CWSt sowie Vertreter der Gemeinde Zoppot und des Warschauer Hilfskomitees (Jezierski) angehörten. Geschäftsführer der Kommission, welche Fragen der Existenzsicherung in Danzig beziehungsweise der Rückwanderung nach Polen bearbeitete, wurde Jezierski. Im „Hilfsverein für jüdische Emigranten" übernahmen Dr. Koffler und Dr. Lebenson als Beauftragte der HIAS die Organisation und Leitung. Schwieriger noch als die Beschaffung der Mittel für die Auswanderung war oft die Erlangung der Aus- und Einreisepapiere. Hierbei hat die Danziger Fremdenpolizei der Danziger Auswandererfürsorge wertvolle Dienste geleistet.

Polizeirat Kammer, der Leiter der Danziger Fremdenpolizei, schreibt hierzu:
„. . . Die konsularischen Vertretungen verlangten vor Erteilung von Einreisevisen die Vorlage makelloser Führungszeugnisse. Da ein Teil der jüdischen Kaufleute geringfügige Strafen, zum Beispiel wegen Gewerbevergehen, hatten, konnten sie auf Erlangung eines Visums nicht rechnen, weil das Führungszeugnis nicht strafvermerkfrei war. Hier entschloß ich mich, Abhilfe zu schaffen. Frl. Rosenberg beschaffte mir Führungszeugnisformulare in zwei Sprachen, angepaßt an die Sprache des Einreiselandes, zum Beispiel deutsch-englisch, deutsch-spanisch, deutsch-portugiesisch. Trotzdem die Ausstellung von Führungszeugnissen nicht zu meinem Sachgebiet gehörte und es bei Bekanntwerden meiner Eigenmächtigkeit zu Schwierigkeiten wegen der Zuständigkeit gekommen wäre, verlief diese Aktion ohne Zwischenfälle. Da mir zur Lösung der Abwanderungsfrage Generalvollmacht erteilt war, folgerte ich daraus die stillschweigende Ermächtigung, auch bei geringfügigen Haft- oder Geldstrafen strafvermerkfreie Führungszeugnisse ausstellen zu dürfen. Hierdurch wurde das Visumhindernis in vielen Fällen beseitigt."

Der erste Jahresbericht des Danziger Hilfsvereins für jüdische Emigranten (Geschäftsführer Dr. Pines) nannte für die Zeit vom April 1937 bis März 1938 einschließlich, insgesamt 1 446 Auswanderer = etwa 1/6 der jüdischen Bevölkerung Danzigs. Von der HIAS wurden 38 Auswanderer mit 12 000 Gulden unterstützt; die Gemeinde zahlte 1 142 Gulden. Von den Auswanderern waren 80 % Polen, 10 % Deutsche und 10 % Danziger. Nur wenige Auswanderer konnten in den Kolonien der ICA untergebracht werden, da nur wenige Danziger die strengen Bedingungen erfüllten. Zur Erleichterung der Auswanderung nach Südamerika hatte der Hilfsverein im Januar 1938 spanische Sprachkurse eingerichtet.
Im Winter 1937/38 stand die Gemeinde völlig im Zeichen der Auswanderung; das herrschende Gefühl des Scheidens kam auch in dem am 27. Januar im Central-Verein gehaltenen Vortrag des Gemeinderabbiners „Wir wandern durch die Jahrtausende" zum Ausdruck.
Im Januar 1938 wurde in Gdingen mit polnischer Hilfe zur Ausbildung jüdischer Fischer (zum Aufbau der Küstenfischerei in Israel) die „Zebulon" organisiert, und bereits im Mai 1938 trafen die ersten dort ausgebildeten jüdischen Fischer des Kibbuz „Gordinia" in Israel ein. Am 17. März gingen von Danzig 22 Jungen und Mädel nach Palästina, um Tel Chaj aufzubauen. In der Turnhalle wurde ihnen ein herzlicher Abschied gegeben; die Feier war gleichzeitig eine Gedenkfeier für den 1920 bei Tel Chaj gefallenen Trumpeldor.
Einzelne junge Danziger gingen nach dem Westen, um an dortigen Universitäten und Schulen ihre Ausbildung abzuschließen; zwei Abiturienten wurden mit Hilfe amerikanischer Stipendien in das Theologische Seminar New York, beziehungsweise das Hebrew Union College Cincinnati, aufgenommen. Im Gemeindeblatt (Januar 1938) beschrieb eine Danziger Schülerin das Leben in einer englischen Privatschule, die 1933 für Flüchtlingskinder gegründet worden war; eine andere Danzigerin gab ihren amerikanischen Lehrern ein so treffliches Bild ihrer Danziger Lehrerin Dr. H., daß sie im Rundfunk mehr über Danzig berichten mußte. Ein junger Danziger, der bereits in einem Konzert der Warschauer Philharmonie als Solist aufgetreten war, konnte nach London gehen, wo Professor Carl Flesch seine weitere Ausbildung übernahm. Die Erfolge der Jugend gaben den Zurückgebliebenen Trost und Hoffnung.
Am 17. März 1938 ging Adolf Mazur mit der „Polonia" nach Israel; ein Mann, dessen Familie eine bedeutende Stellung im polnischen Judentum einnahm, und der selbst in

Danzig als Vorstandsmitglied und Vorsitzender der Kaschrut-Kommission Wertvolles geleistet hatte. Bald erlitten Vorstand und Repräsentanz weitere Verluste. Die Bankdirektoren Willi Anspach und Alfred Weinkrantz gingen nach USA, Dr. Schopf und Frau nach Israel[157].
Um dieselbe Zeit verlor die OSE durch den Weggang von Frau Begun eine bewährte Vorsitzende; an ihre Stelle trat Frau Bärwald. Eine weitere Wohltäterin verlor die Gemeinde durch den Tod von Frau Helene Beck (Inhaberin des Möbelhauses L. Cuttner).

Mit dem Weggang von Dr. Lepehne verlor die Arbeitnehmervereinigung im April ihren Geschäftsführer. Er hatte 1933 die zersplitterten Arbeiter und Angestellten in einem einheitlichen Verbande zusammengefaßt, der durch seine zahlreichen Fortbildungskurse, die Arbeitsvermittlung und Vertretung beim Arbeitsgericht unter anderem von großer Bedeutung war (im Februar 1938 noch 744 Mitglieder). Der Verband machte Dr. Lepehne zu seinem ersten Ehrenmitglied; seine Stelle übernahm Heinz Lange.

Auch die Liste der jüdischen Ärzte erlitt, obwohl bis Anfang 1938 jüdischen Ärzten noch keine Beschränkungen auferlegt waren, bereits damals manche Verluste.
Die Ärzte Dr. Landau und Dr. Ostrowski waren schon 1933 nach Israel ausgewandert[158].
Im Januar 1938 übten noch folgende jüdische Ärzte und Zahnärzte in Danzig ihren Beruf aus:
a) als praktische Ärzte: Dr. Blumenthal, Dr. Cohn, Dr. Eisen, Dr. Friedländer, Dr. Frumkin, Dr. Ginzberg, Dr. K. Itzig, Dr. Boehnheim, Dr. Jakubowski, Frau Dr. Rosenthal-Reissner = 10,
b) als Fachärzte: Frau Dr. Funk-Rachmielewicz (Kinderkrankheiten), Dr. Itzig II, Dr. Nadel (Hautkrankheiten), Dr. Kamnitzer, Prof. Wallenberg (Innere Krankheiten), Dr. Schlomann (Hals-, Nase-, Ohrenarzt), Dr. Sebba (Kieferkrankheiten), Dr. Strass (Gynäkologe), Dr. P. Wallenberg (Augenarzt) = 9,
c) Zahnärzte: Dr. Cohn, Dr. Guter, Dr. Herzberg, Dr. Kaiser, Dr. Landecker, Dr. Neumann, Dr. Sebba = 7.
Wir vermissen bereits auch Dr. Behrendt, Dr. W. Boehnheim, Dr. Fleck, Dr. Hochfeld, Dr. Mestschanski, Sanitätsrat Dr. Abraham.
Die Auswanderung bedeutete neben den seelischen Erschütterungen zweifellos Abbau und Niedergang, aber noch keineswegs Chaos und Verzweiflung. Wir können feststellen, daß das geistige Leben der Gemeinde gerade in diesem Winter überaus reich war, daß Klub, Theater und Loge, Kulturbund und zionistische Verbände, Gemeinde, Schulen sowie kulturelle und soziale Vereinigungen eine Aktivität entwickelten, die wir heute vielleicht als Selbstbetäubung betrachten, als Euphorie eines Todgeweihten. Nachdem auswärtige Künstler und Redner immer seltener nach Danzig kamen und auch das Jüdische Theater im März 1938 Danzig verließ, waren es eigene Talente, die in Danzig entdeckt wurden.

Im Januar 1938 entstand die Jüdische Chorvereinigung (Leitung Martin Lisser). Oskar Grau, der sich als Dichter bewährt hatte, führte Klabunds Komödie „XYZ" auf; Erich Ruschkewitz, der ein eifriger Mitarbeiter des Gemeindeblattes wurde, brachte im Jüdischen Klub eigene Szenen zur Aufführung. Die Konzerte der Jüdischen Orchestervereinigung (Henry Prins) wurden fortgeführt. Günter Berent, Elli Sachsenhaus, Erich Josephsohn, Dr. Kaiser und andere bewährten sich als Künstler. Zur Förderung der Kenntnis der

hebräischen Sprache wurde eine „Hebräische Gesellschaft in Danzig" gegründet, zu deren Gründern Dr. Lichtenstein, Dr. Litten, Dr. Bieber, Dr. Herschhorn, Frau Bärwald und andere gehörten.

Im Januar 1938 eröffnete Fr. Goldschmidt, Sandgrube 27, einen Jüdischen Kindergarten; am 22. Januar fand im Brith Trumpeldor (Betar Danzig) eine „Chamischa Asser B'Schwat"-Feier statt. Zwischen den Vereinen wurden Tischtennisturniere und Boxkämpfe ausgefochten; der Jüdische Keglerverband vereinte vier Klubs[159]. In der Jüdischen Briefmarkensammlervereinigung fanden sich Freunde und Sammler im Gedankenaustausch zusammen.

Bei der Entlassungsfeier der Volksschule zu Ende des Schuljahres 1937/38 wurden 54 Knaben und Mädchen entlassen, von denen viele in Kursen der Verbände weitere Fortbildung erfuhren. Einige konnten mit Hilfe des Joint in eine ORT-Schule gesandt werden. Der Schulverein, der im Schuljahr 1937/38 aus Mitgliedsbeiträgen fast 4 400 Gulden für die Schulen aufgebracht hatte[160], mußte in der Generalversammlung am 27. April das Ausscheiden von Dr. Drum, Rotkehl, Dr. W. Boehnheim und Frau Rosowsky durch Fortzug feststellen. Wiedergewählt wurden Senatsrat Berent, Dr. Litten, Schulleiter Echt, Dr. Lewy, Dr. Reach, Dr. Rosenbaum, Rössler, Dr. Nadel, Dr. R. Haberfeld, Frau Direktorowitz und Frau Loria; neugewählt wurden die Herren E. Maschler, B. Eisenstadt, Dr. S. Kamnitzer.

Am 1. April feierte der „Ring" den Jugendtag der Weltvereinigung für das religiös-liberale Judentum, indem die Mitglieder den Freitagabendgottesdienst leiteten[161]. In London war der Weltverband für das religiös-liberale Judentum gegründet und die Danziger Gruppe aufgenommen worden; der Ring, der als Bund deutsch-jüdischer Jugend in seinen Zielen der religiös-liberalen Vereinigung am nächsten stand, fand in ihr einen warmen Freund und Förderer.

Im Mai 1938 wurde die jüdische Kulturarbeit durch eine Verordnung der Danziger Landeskulturkammer auf den Jüdischen Kulturbund übertragen und dadurch sowohl eingeschränkt als auch weiter von der Umwelt isoliert. In Verhandlungen mit der Landeskulturkammer, an denen auch der Vorsitzende des Kulturbundes der deutschen Juden, Dr. Singer, teilnahm, wurden für die Tätigkeit des Kulturbundes in Danzig Richtlinien festgelegt. Ein von Dr. Singer gemachter Vorschlag, sich dem Reichsverband anzuschließen, wurde sowohl vom Danziger Vorstand als auch von der Landeskulturkammer abgelehnt. Im Gegensatz zum Reich waren die Danziger Juden noch Staatsbürger, während die polnischen Juden den Schutz ihrer Regierung genossen; auch waren die Rassengesetze noch nicht eingeführt. Die Richtlinien sprechen daher von einer jüdischen Minderheit in Danzig; Juden ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit sollten zur Mitarbeit im Kulturbund herangezogen werden dürfen. Ebenso konnte die Kulturkammer den in Mischehe lebenden „Deutschblütigen" die Mitgliedschaft nicht verweigern. Die Richtlinien, die sich daher von denen im Reich unterscheiden, hatten folgenden Wortlaut:

Richtlinien für die Tätigkeit des Kulturbundes der Juden in Danzig

1. Der Kulturbund der Juden ist die einzige kulturelle Organisation der jüdischen Minderheit im Gebiet der Freien Stadt Danzig.
2. Der Kulturbund der Juden untersteht der Aufsicht der Landeskulturkammer der Freien Stadt Danzig.

3. Die Leitung des Kulturbundes der Juden in Danzig wird von der Landeskulturkammer bestätigt. Jede personelle und organisatorische Veränderung ist vorher der Landeskulturkammer mitzuteilen und bedarf ihrer Genehmigung.
4. Dem Kulturbund der Juden dürfen nur Juden und Halbjuden als Mitglieder angehören; auch arische Ehegatten von Mitgliedern können dem Kulturbund der Juden angehören. Über die Mitglieder ist ein Verzeichnis mit laufenden Eintragungen zu führen.
5. Der Kulturbund der Juden hat allein das Recht, Veranstaltungen kultureller Art durchzuführen oder durchführen zu lassen. Diese Veranstaltungen dürfen nur für die jüdische Minderheit und in geschlossenen Räumen durchgeführt werden.
6. Die Veranstaltungen des Kulturbundes der Juden sind 14 Tage vorher unter Beifügung der Vortragsfolge und sämtlicher Texte bei der Landeskulturkammer anzumelden. Sie dürfen erst stattfinden, wenn die Genehmigung erteilt worden ist. Für die Ausfertigung der Genehmigung wird eine Gebühr in Höhe des Entgelts der teuersten Eintrittskarte zur betreffenden Veranstaltung erhoben, zum mindesten 3,— G.
7. Bei Veranstaltungen des Kulturbundes dürfen nur Mitglieder der Organisation bzw. der jüdischen Kulturbünde in Deutschland beschäftigt werden. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung der Landeskulturkammer.
8. Die Werbung für die Veranstaltungen des Kulturbundes der Juden darf nicht öffentlich, sondern nur in jüdischen Gemeindeblättern bzw. in den für die jüdische Minderheit zugelassenen Zeitschriften und Zeitungen erfolgen.
9. Der Kulturbund der Juden ist eine Fachorganisation der in einem kulturellen Beruf tätigen Juden. Sie erhalten damit das Recht zur Berufsausbildung innerhalb der jüdischen Minderheit.
10. Die Leitung des Kulturbundes der Juden in Danzig ist mit ihren sämtlichen Personen dafür verantwortlich, daß die Veranstaltungen sich in keiner Form und Richtung gegen die nationalsozialistische Regierung und deren Gesetze und Grundforderungen richten.

(Anlage zur Vorstandssitzung vom 31. Mai 1938)

Der Sommer 1938 sollte den Juden bald weitere Demütigungen und Entrechtungen bringen. Während die Landeskulturkammer die kulturelle Isolierung durchführte, hielt der „Vorposten" die Zeit für gekommen, um auch im Weltbad Zoppot eine gewaltsame Lösung der Judenfrage zu verkünden. Bisher hatte die Partei den internationalen Charakter des Ortes berücksichtigt; nun sollten auch hier die Juden am Strand sowie in den Lokalen und Gaststätten abgesondert werden.

Forster betonte dabei nachdrücklich, daß durch diese Maßnahmen der internationale Charakter des Weltbades nicht geändert würde. Ein Engländer oder Franzose, ein Pole oder Angehörige irgendeines anderen Volkes werde stets willkommen sein und mit der traditionellen Gastfreundschaft des deutschen Volkes aufgenommen werden.
Als der Sommer kam, konnte man nicht nur in Zoppot, sondern auch am Kurhaus in Glettkau, am Hotel Seestern in Brösen und am Eingang zu den Waldwegen von Bohnsack die Schilder lesen, daß Juden in den Danziger Badeorten unerwünscht seien.
Erfreulicherweise gab es auch Fälle, wo bei den Fremden die von Forster gerühmte deutsche Gastfreundschaft nicht die gebührende Wertschätzung fand. So weiß der Londoner „Jewish Chronicle" (14. 6. 1938) zu berichten, daß 40 englische Touristen, unter denen sich übrigens kein Jude befand, die Unterbringung in einem Zoppoter Hotel mit dem Judenschild ablehnten und Erklärungen wie Beteuerungen des geschädigten Hotelwirtes nicht berücksichtigten, und daß in einem anderen Falle ausländische Touristen sich veranlaßt sahen, Juden in der Straße vor Belästigungen durch Nationalsozialisten zu schützen.

Bald kam eine neue Hetze des „Vorposten" als Vorläufer weiterer Verfügungen gegen die Juden. Diesmal ging es darum, daß in den prächtigen Gängen des „Steffensparks am Olivaer Tor sich das Volk Israels tummle. Deutsche Eltern müßten lange suchen, damit ihre Kinder nicht mit schmierigen Judenlapsen zusammengerieten" [162].

Für die Danziger Juden war der Besuch Zoppots im Sommer 1938 unmöglich geworden. Wer aus liebgewordener Gewohnheit dennoch auf die herrlichen Wälder und den weiten Strand nicht verzichten wollte und unter Vermeidung der öffentlichen Badeanstalten und des eingezäunten Judenstrandes in offener See badete, lief Gefahr belästigt zu werden. Die in den Vorjahren zahlreich aus dem Reich und Polen erschienenen Juden blieben aus, und Partei wie Behörden mußten große Anstrengungen machen, um durch Tagungen von Verbänden und Organisationen aus dem Reich den Schaden wiedergutzumachen.

Ebenso war der gegen jüdische Firmen geführte Boykott ein zweischneidiges Schwert. Gewiß wurden in erster Linie die Juden getroffen, aber auch die arischen Angestellten dieser Geschäfte und die Danzig-polnischen Wirtschaftsbeziehungen wurden von den Folgen des Boykotts getroffen[163].

Boykott und Auswanderung sowie die tiefgreifenden Veränderungen, die von Tag zu Tag erfolgten, machten die Aufstellung eines Gemeinde-Etats für das Jahr 1938/39 unmöglich, und mit Rücksicht auf die völlige Unsicherheit der Zukunft konnte der Etat nur für ein halbes Jahr festgelegt werden. Er wurde mit 119 000 Gulden in Ausgabe und 113 000 Gulden Einnahme verabschiedet; das Defizit sollte aus Mehreinnahmen des laufenden Jahres gedeckt werden. Obgleich der Etat höher war als der Vorjahresetat, betrafen die vorgesehenen Ausgaben bereits mehr den Abbau als einen Ausbau der Gemeinde. Für den Hilfsverein für die Emigranten wurden 1 500 Gulden, für Hachschara und Alijah weitere 1 500 Gulden bewilligt. Für die CWSt wurde mit größeren Zahlungen des Joint gerechnet; der Vorsitzende (Berent) versprach, in seinen Ferien in Paris und London die Verhandlungen mit den jüdischen Organisationen weiterzuführen. Später mußte der Vorsitzende bekanntgeben, daß die erwartete Hilfe zur Finanzierung der Sozialarbeit ausgeblieben sei. Der CWSt mußte ein außerordentlicher Vorschuß bewilligt werden, und für die bisher von der Winterhilfe gespeisten Kinder mußten Mittagstische in privaten Haushalten gefunden werden.

Der Vorstand sah sich gezwungen, von den Stiftungen einen bisher nicht üblichen Gebrauch zu machen. So erhielt der Jüdische Sportverein von der Gemeinde den Betrag der Ida-Simon-Stiftung (5 660 Gulden) als Darlehen zur Aufrechterhaltung seiner Turnhalle. — Erschwerend kam hinzu, daß die gleichgeschalteten Banken immer dringender die Rückzahlung alter Bankschulden forderten. Da in dieser Frage tiefgehende Differenzen zwischen der liberalen Fraktion und Dr. Löwenherz entstanden, erklärte Dr. Löwenherz seinen Austritt aus dem Vorstande. Mit ihm verlor nicht nur die Gemeinde einen fähigen Finanzverwalter, sondern auch die in der Gemeindeverwaltung mühselig errungene Koalition eine ihrer besten Stützen. In derselben Sitzung legte auch Julius Becker sein Amt als Vorsitzender der Centralwohlfahrtsstelle nieder[164]. In der Gemeindeverwaltung wurde der Burgfriede dadurch wiederhergestellt, daß in der Sitzung vom 3. Mai eine neue Geschäftsverteilung und zur Wahrung der Parität ein Austausch von Mitgliedern des Vorstandes und der Repräsentanz vorgenommen wurde. Der langjährige Vorsitzende der Repräsentanz, Dr. Brodnitz, trat in den Vorstand ein; der Zionist Dr. Kurt Rosenthal,

der dem Vorstand angehört hatte, wurde Vorsitzender der Repräsentanz. Im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der CWSt wurde ein Schiedsgericht geschaffen, dessen Vorsitz Dr. Rosenbaum und Dr. Brodnitz übernahmen. Die Gemeinde stellte 15, die drei Wirtschaftsverbände je 5 Mitglieder[165]. Trotz der Finanzschwierigkeiten leistete die Gemeinde eine Schuldenzahlung von 10 000 Gulden.

Noch war in Hitlers Plänen der Zeitpunkt für die Danziger Lösung nicht gekommen. Daher wurde Forsters Tatendrang gezügelt; aber um so rücksichtsloser versuchte er, eine gewaltsame Lösung der Judenfrage in Danzig durchzuführen. Nur zu gern hätte er sich und seinen Parteigenossen eine Wiederholung des Wiener Schauspiels gegönnt, jener Massenverhaftungen und Plünderungen, welche die Partei in Wien so genossen hatte.

Im Mai 1938 verkündete er, daß er die Nürnberger Gesetze in Danzig einführen werde, aber die Bemühungen des Hohen Kommissars, die ablehnende Haltung Polens und, was für ihn ausschlaggebend war, die Politik Berlins zwangen ihn, die Einführung der Gesetze einige Monate hinauszuschieben. Für ihre Gewaltmaßnahmen brauchte die Partei keine gesetzlichen Grundlagen; sie unternahm alles, um den Juden das Leben in Danzig unerträglich zu machen, sie zur Flucht und Auswanderung zu veranlassen. Die mit den Ausschreitungen im Oktober 1937 ins Rollen gebrachte Lawine kam nicht mehr zum Stillstand. Die oft wochenlang dauernden Steuerprüfungen, die Vollstreckungsmaßnahmen des Steueramts und Arrestbefehle mit der Begründung, daß die Eigenschaft des Juden als Schuldner seine bevorstehende Auswanderung wahrscheinlich mache, führten den ganzen Sommer hindurch zu Geschäftsschließungen und -arisierungen. Der gegen die Juden angewandte Terror bewirkte, daß sie bei der Liquidation ihres Besitzes weitgehend ihrer freien Entscheidung beraubt waren[166]. Verhaftungen wurden auch wegen angeblicher Rassenschande vorgenommen, wobei es der Polizei weniger auf Verurteilung als auf Erpressung ankam. In einem dem Verfasser bekannten Fall wurden für die Freilassung des Verhafteten 15 000 Gulden gefordert und von der völlig verzweifelten Ehefrau auch gezahlt. Gewöhnlich erfolgte die Freilassung nach dem Versprechen, Danzig zu verlassen. Das war es, was die Partei wollte: die Juden sollten wandern, ihr Vermögen gehörte dann den andern.

In Danzig wurde für die Juden eine Situation geschaffen, die nicht viel besser war als im Reich — nur mit dem Unterschied, daß in Danzig die Gewaltmaßnahmen getroffen wurden ohne gesetzliche Grundlage, ohne Änderung des Wortlauts der Danziger Verfassung und zunächst nur gegen Einzelpersonen. Aber sämtliche Juden standen unter dem Druck kollektiver Bedrohung, und weder die Verfassung, noch der Völkerbund, noch Polen waren in der Lage, den Juden in Danzig Hilfe zu leisten. Polen vertrat in Danzig nur polnische Interessen; das Schicksal der Juden Danziger Staatsangehörigkeit lag außerhalb dieser Interessen. Die Danziger Juden haben auch niemals den Schutz ihrer verfassungsmäßigen Rechte von Polen erhofft oder erbeten.

Über diese Zeit wird noch berichtet: Während der Badesaison wurden in Danzig und Zoppot Überfälle auf Hotels und Restaurants verübt und Juden, meist polnische Bürger, deren Papiere angeblich nicht in Ordnung waren, verhaftet. Hitlerjugend brach in den Tempel „Ohel Jitzchak" am Sande ein, entweihte den Heiligen Schrein und die Tora und zerstörte die Inneneinrichtung des Tempels sowie das darüber liegende Jugendheim[167].

Die Angaben ausländischer Zeitungen bestätigt die Eingabe des Gemeindevorstandes an den Senat vom 30. August 1938:

„In der letzten Zeit haben wir mehrfach darüber zu klagen gehabt, daß an Gebäuden, die der Jüdischen Gemeinde gehören oder jüdischen Zwecken dienen, schwere Beschädigungen vorgenommen wurden, deren Verhinderung sich bisher als unmöglich erwiesen hat. In den letzten Wochen, insbesondere in der Nacht vom 29. zum 30. August, sind erneut durch Steinwürfe unsere Synagoge Mattenbuden, das der Borussia-Loge und Jugendverbänden überlassene Haus am Olivaer Tor 10 und die religiösen Zwecken dienenden Grundstücke des Herrn Grünberg, am Sande 1, schwer beschädigt worden. Es ist zwecklos, die verübten Schäden zu beseitigen, insbesondere die eingeschlagenen und eingeworfenen Fensterscheiben zu erneuern, da sich die Gewalttätigkeiten wiederholen und neue Beschädigungen erfolgen.
Wir gestatten uns, die Aufmerksamkeit der Behörden, wie dies bereits häufig geschehen, erneut auf die Vorkommnisse zu lenken und um Abhilfe zu bitten."
Bereits im März war eine Beschwerde an den Polizeipräsidenten wegen der Unsicherheit im Stadtviertel Hansaplatz, Schichaugasse und Olivaer Tor gerichtet worden, da gerade in dieser Gegend die zur Turnhalle, zum Jugendheim und zur Borussia-Loge gehenden Gruppen jüdischer Menschen Beleidigungen und Überfällen ausgesetzt waren.

Die Rechtlosigkeit der Juden zeigt auch eine Mitteilung des früheren Rechtsanwalts am Danziger Landgericht, Dr. Lewy:

„Im Jahre 1938 hatte die Synagogengemeinde Zoppot gegen ihre Versicherungsgesellschaft Anspruch auf Ersatz eines Schadens angemeldet, der durch Brandlegung in ihrer Synagoge entstanden war. Die Gesellschaft lehnte den Anspruch ab mit der Begründung, daß der Brand durch ein elementares Ereignis, nämlich den Ausbruch des Volkszorns, herbeigeführt und deshalb nach den Versicherungsbedingungen nicht gedeckt sei. Die Synagogengemeinde erhob darauf beim Landgericht Klage gegen die Versicherungsgesellschaft. Bevor es zur mündlichen Verhandlung kam, wurde ihr mitgeteilt, daß der ‚Judenkommissar' die strittige Forderung an sich gezogen und die Angelegenheit außergerichtlich geregelt habe. Welcher Art diese Regelung war, wurde der Klägerin nicht bekanntgegeben."

Unter diesen Umständen blieb den Danziger Juden die Auswanderung als einzige Möglichkeit, ihrem Schicksal zu entfliehen. Bis Ende Mai 1938 hatten bereits etwa 4 000 Juden Danzig verlassen; die Gemeinde hatte für Aus- und Rückwanderung und Existenzsicherung etwa 50 000 Gulden verausgabt, davon 30 000 Gulden aus eigenen Mitteln und 20 00 Gulden aus Beihilfen der HICEM in Paris (Protokoll vom 10. 6. 1938). Die von der HICEM geförderte Auswanderung nach dem Westen konnte sich nur in engen Grenzen halten, weil vielfach nicht nur die Mittel und Affidavits, sondern auch die nötige sprachliche und berufliche Vorbereitung fehlten. Dr. Koffler, der im März wieder nach Lemberg zurückkehrte, erklärte bei seinem Abschied, daß die HICEM im kommenden Jahre höchstens 120 Danziger Familien zur Auswanderung würde bringen können. Die Auswanderung von Jugendlichen nach Palästina war durch die den Palästina-Ämtern auferlegten Beschränkungen der Einreisegenehmigungen ebenfalls gering. Somit blieb bis Ostern 1938 die Auswanderung nach dem Westen sowie nach Palästina hauptsächlich auf kapitalkräftige Einzelpersonen und Familien beschränkt; die überwiegende Zahl der 4 000 Juden, die bis dahin Danzig verlassen hatten, waren Rückwanderer nach Polen. Sie mußten in ein Land zurückkehren, in dem ein gefährlich anwachsender Antisemitismus die Lebensmöglichkeiten der Juden immer mehr beschränkte.

Im Sommer 1938 stellten sich der Auswanderung aus Danzig weitere Schwierigkeiten entgegen. Die Besetzung Österreichs, später auch die der Sudetengebiete, lieferte weitere 300 000 Juden den Nationalsozialisten aus, und die großen jüdischen Organisationen waren gezwungen, ihr Hilfswerk auf diese Länder zu konzentrieren. Hinzu kam, daß der Nationalsozialismus nicht nur innerhalb der deutschen Grenzen gegen die Juden wütete, sondern wie eine Pest alle vom Reich wirtschaftlich abhängigen oder durch Propaganda beeinflußten Länder (Ungarn, Italien, Polen) infizierte. Dort trieben antijüdische Verordnungen, Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten die jüdische Bevölkerung zur Verzweiflung und zur Flucht.

Die demokratischen Länder England, Frankreich, Holland und die Schweiz sahen sich veranlaßt, vor unerwünschter Einwanderung zu warnen. Nicht nur in deutschen Geschäften hieß es „Juden unerwünscht"; wohin sich auch der geplagte Jude wandte, wurde ihm der Zutritt verboten. Als einziger Lichtblick blieb Palästina, aber auch diese Hoffnung wurde durch die britische Mandatspolitik zerstört.

Mit welcher Spannung und Anteilnahme die Ereignisse und Kämpfe in Palästina verfolgt wurden, zeigten die überfüllten Versammlungen der Zionistischen Vereinigung und der von Hermann Segal geführten NZO. Am 2. März sprachen Segal und Dr. J. Damm aus London über „Die Erlösung aus der Verfolgung", am 8. Mai Dr. Michael Traub von der „Jewish Agency" über „Die gegenwärtige Lage in Palästina: auf dem Wege zur Staatlichkeit".

Die von Präsident Roosevelt zur Lösung des Flüchtlingsproblems einberufene Konferenz von Evian (5. bis 15. Juli 1938), bei der auch alle größeren jüdischen Organisationen vertreten waren, offenbarte die gleichen Schwächen, die sich in den Völkerbundsversammlungen gezeigt hatten. Sämtliche Teilnehmer waren einig in der Verurteilung der antijüdischen Maßnahmen und im Mitgefühl mit den Opfern; keines der beteiligten Länder zeigte sich in der Lage, die weniger als eine halbe Million jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich aufzunehmen. So verlief die Konferenz so gut wie ergebnislos.

Für die Juden bestand im Sommer 1938 in Danzig wie im Reich die verzweifelte Lage, daß die Tore der Einwanderungsländer sich immer mehr verschlossen, während durch Vernichtung jüdischer Existenzmöglichkeiten der Drang zur Auswanderung ständig stärker wurde. Hinzu kam, daß infolge der fortschreitenden Verarmung nur von Einzelnen die Auswanderung aus eigener Kraft bewerkstelligt werden konnte.

Im Sommer 1938 nahm der Fortzug aus Danzig größere Ausmaße an. In jedem Gemeindeblatt konnte man vom Abschiednehmen lesen; aber auf dem Bahnhof gab es statt fröhlicher Reisender nur traurige, in eine ungewisse Fremde ziehende Wanderer und wohl noch traurigere Zurückbleibende, denen die Heimat ebenfalls fremd geworden war. — Aus der Reihe derjenigen, deren Fortgang einen besonderen Verlust für die Gemeinde und ihre Institutionen bedeutete, seien hier genannt:

Matthias Rösler, der die Revisionisten in der Repräsentanz, später im Vorstande vertreten hatte, ging nach Israel; er machte zum Abschied eine Stiftung für die Schulen, für den hebräischen Unterricht und für soziale Zwecke. Senator Dr. Kamnitzer ging nach USA, wo er bald nach seiner Ankunft den „Verein der Danziger" in Amerika gründete. Hugo Josephson, der sich als stellvertretender Vorsitzender der Chewra Kadischa und in der Sozialarbeit der Borussia-Loge betätigt hatte, ging, nachdem seine Fabrik arisiert und sein

Grundbesitz mit Zwangshypotheken belastet worden war, nach Frankreich (und ist später dort umgekommen). Kapellmeister Henry Prins ging nach Holland (dort umgekommen). Die Borussia-Loge verlor ihren Präsidenten Dr. Bruno Drum, der Schulverein seinen Vorsitzenden Dr. Willi Drum; beide gingen nach dem Westen Nordamerikas. Ein besonders schwerer Verlust war der Verkauf der Firma S. Anker und Fortgang der Brüder Arthur, Leo, Heinrich und Paul Anker[168].

Welche Lücke der Fortzug aus Danzig bereits gerissen hatte, zeigten die Gottesdienste an den Hohen Feiertagen. So mancher Sitz blieb leer, mancher Freund und Verwandte wurde vermißt, und schmerzlich empfanden die Eltern die Trennung von ihren Kindern, auch wenn sie diese in der Fremde geschützt und geborgen wußten[169].

Der Oktober 1938 stand erneut im Zeichen von Ausschreitungen und Gewalttaten gegen jüdische Geschäfte, um den Juden zu zeigen, daß die Partei sich nicht damit begnügte, sie aus dem Wirtschafts- und Kulturleben auszuschließen, sondern ihre Auswanderung erzwingen wollte. Zwar war die Partei in Danzig noch nicht in der Lage, die Juden in ihrer Gesamtheit ihrer Menschenrechte und -würde, ihrer staatsbürgerlichen Rechte und ihres Vermögens zu berauben, aber Verhaftungen, Erpressungen und Einschüchterungen veranlaßten immer mehr Juden, ihr Geschäft in Eile zu liquidieren, mit Verlust zu arisieren oder durch schleunige Flucht sich drohender Verhaftung zu entziehen. Monatelang wohnten jüdische Inhaber Danziger Geschäfte, nachdem sie alles im Stich gelassen hatten, in Gdingen, um dort das Einreisevisum nach USA abzuwarten[170].

Am 1. Oktober 1938 verloren die jüdischen Ärzte im Reich ihre Approbation; Danzig wurde durch diese Maßnahme insofern in Mitleidenschaft gezogen, als auch die an deutschen Universitäten erworbenen Approbationen Danziger Ärzte ungültig wurden. Die Danziger jüdischen Ärzte erhielten bereits am 28. September den Bescheid, daß die Ausübung ihrer Praxis zum 1. Januar 1939 aufzuhören habe und ihre Sprechzimmer zu schließen seien. Gleichzeitig wurde ihnen das Recht vorzeitiger Kündigung ihrer Miets- und Dienstverträge abgesprochen. Die Ärztevereinigung hatte bereits vorher darauf hingewiesen, daß allen jüdischen Ärzten Danzigs ohne Ausnahme, auch den Frontkämpfern, die Ausübung der Praxis zu entziehen sei, da diese ihnen als Nichtmitgliedern nicht gestattet werden könne. So wurde mit einem Federstrich der Beruf der Medizin den Juden versperrt. Nicht genug damit, wurden die Buchprüfungen der Steuerämter auf die Ärzte ausgedehnt. Das erste Opfer war im September der Zahnarzt Dr. Siegmund Kaiser (ein Neffe des Geheimrats Warschauer), der auf Veranlassung der Steuerbehörde verhaftet und zu hoher Geldstrafe verurteilt wurde. Zahnarzt Dr. Herzberg entzog sich seiner Verhaftung durch Flucht nach der Schweiz; Dr. Sebba war schon vorher nach England, Dr. Guter nach Israel ausgewandert. Dr. Louis Neumann war gezwungen, seine Praxis aufzugeben, nachdem die Partei seinen Hauswirt durch Drohungen veranlaßt hatte, ihm zu kündigen. Am Jahresende 1938 war in Zoppot nur noch Dr. Landecker als Zahnarzt tätig.

Am 5. November wurde in einer Rücksprache zwischen Vertretern des Gemeindevorstands und dem Senator für Gesundheitswesen versichert, daß die ärztliche Versorgung der Juden nach dem 1. Januar 1939 sichergestellt werden würde. Die Juden waren verzweifelt; eine Beschwerde an den Völkerbund war nicht mehr möglich. Die öffentliche Reaktion auf

diese neuen Maßnahmen war beschämend und entmutigend; der Hohe Kommissar zuckte in aufrichtigem Bedauern die Achseln, und Polen schwieg.
Den Juden in Danzig schien es, als seien die Tage der Freien Stadt gezählt. Am 10. Oktober verkündete Forster in einer Versammlung: „Wie die Deutschen in Österreich und im Sudetenland belohnt und befreit worden sind, so werdet auch Ihr bald frei sein."
Wenige Tage nach dieser Erklärung wurden über 12 000 im Reich lebende polnische Juden zwangsweise bei Bentschen über die polnische Grenze abgeschoben und mußten monatelang im „Niemandsland" hausen. Auch Danzig wurde dadurch in Mitleidenschaft gezogen; die Hilfe der Auswanderungsorganisationen wurde von Danzig abgelenkt, weil sie im Reich und in den vom Reich besetzten Gebieten dringender gebraucht wurden.
Ein weiteres Ereignis, das Forsters Pläne beschleunigte, war die „Kristallnacht" vom 9. zum 10. November 1938. Wenn Danzig damals auch von Synagogenbränden und Massenverhaftungen verschont blieb, so mußte dieser Pogrom doch bei den Danziger Juden Furcht und Entsetzen erregen, und bald sollten auch sie die Folgen am eigenen Leibe verspüren[171]. Unter dem 11. November 1938 konnte der „Vorposten" berichten:
„Im Laufe des gestrigen Tages und der heutigen Nacht ist es hier und da zu kleinen Zwischenfällen gekommen, in denen die Danziger nach ihrer Art den in Danzig noch überaus zahlreichen, wenn auch nicht mehr so häufig in Erscheinung tretenden Juden eine kleine Lektion verabfolgten. In den meisten Straßen prangen große Aufschriften ‚Denkt an den Mord an Ernst vom Rath!' oder ‚Denkt an Wilhelm Gustloff!' Einige jüdische Nachtbummler, die gestern Abend noch frech ihres Weges gingen und nicht einmal Anstalten machten, der deutschen Bevölkerung Platz zu geben, mußten einsehen, daß sie sich in einem ‚Irrtum' befinden, wenn sie glauben, auch in Zukunft ein derartig freches Benehmen zur Schau tragen zu können."

Der Artikel spricht weiter über die freche Haltung der Synagogenbesucher auf der Reitbahn und Mattenbuden, über die Schüler in den Danziger Schulen, die sich weigern, mit irgendwelchen Judenzöglingen auf ein und derselben Bank oder in ein und derselben Klasse zu sitzen. Der Artikel verweist auf die Kennzeichnung der jüdischen Geschäfte, die von keinem anständigen Deutschen aufgesucht werden und fordert, nicht zu dulden, daß Juden in der Straßenbahn und im Bus einen Sitz beanspruchen, solange ein Deutscher steht. Es sei überflüssig, größere Pogrome zu organisieren. Auf Wunsch des Gauleiters werden alle noch schwebenden Fragen nur durch Partei und Staat in Angriff genommen. Die verantwortlichen Stellen werden durch Verordnungen und Maßnahmen dafür sorgen, daß auch die letzten frechen Provokationen in Zukunft unterbleiben.

Gleichzeitig meldete das Presseamt der NSDAP, Gau Danzig, daß die Partei mit privaten Aktionen, wie sie in Danzig in den letzten Tagen erfolgten, nichts zu tun habe; es seien Maßnahmen vorbereitet, um die im Reich getroffene Regelung sinngemäß auch auf Danzig anzuwenden. Zu solchen „privaten Aktionen" und „kleinen Zwischenfällen" gehörte auch das Anzünden der Synagogen in Zoppot und im Vorort Langfuhr.
Am 14. November 1938 schrieb der „Vorposten": „Der Entschluß des deutschen Volkes, eine Generalabrechnung mit dem Judentum vorzunehmen, schließt auch das deutsche Danzig ein. Aber nicht Fenster zerschlagen und Synagogen verbrennen ist unser Ziel. Auf keinen Fall wird Danzig ein Asyl für jüdische Flüchtlinge sein, die woanders, in Berlin, Prag oder Warschau, hinausgeschmissen worden sind. Die Großmut des national-

sozialistischen Danzig gegenüber den Juden hat nun ein Ende. Seit 1933 hielt der Zuzug von Juden trotz des ‚antisemitischen Naziterrors' an. Die jüdische Mischpoche fühlte sich bei uns so glücklich, daß die Gemeinde wuchs. Wir wollen jetzt nicht nur die eingewanderten Juden, sondern alle, die bei uns herumlaufen, los werden. Es wird dabei nicht möglich sein, einen Unterschied zwischen sogenannten deutschen und polnischen Juden zu machen ... Für eine nationalsozialistische Regierung Danzigs kann es keine formalen Behinderungen und Einwendungen geben, wenn es sich darum handelt, daß Danzig seine Zugehörigkeit zum deutschen Lebensraum, in dem nur eine gemeinsame Haltung in allen weltanschaulichen Fragen gilt, unter Beweis stellen will. Die Frage, ob Danzigs komplizierte Wirtschaft ohne Juden funktionieren kann, ist praktisch durch die bisherigen Beispiele entschieden."

Dieselbe Nummer des „Vorpostens" brachte einen Bericht über polizeiliche Maßnahmen. Am 13. November seien 120 jüdische Wohnungen und Quartiere durchsucht, dabei 16 namentlich genannte Juden im Besitz von Hieb- und Schußwaffen ins Polizeigefängnis eingeliefert worden. Ein Besuch sei auch der „Judenloge Borussia", der einzigen Judenloge im Gebiet der Freien Stadt Danzig, abgestattet worden. „Eine besondere Gemeinheit leisteten sich hier die Juden, indem sie ... auf dem prächtig geschmückten Gestühl als Wappen der Loge die von den Löwen geschmückten Wappen führen, allerdings mit Zionsstern statt der beiden Kreuze. In der Loge wurde eine reichhaltige und aufschlußreiche Korrespondenz gefunden, und dann wurde eine große Kassette mit Geld, die in einem dunklen Winkel gefunden wurde, über die der Hausmeister keine Auskunft geben konnte, beschlagnahmt. — Auch die Synagoge an der Reitbahn wurde einer Durchsuchung unterzogen, da der politischen Polizei bekannt war, daß sich in ihr nachts jüdische Emigranten ohne festen Wohnsitz aufhalten sollten. Beim Eintreffen der Polizei hatten die Vögel das Nest bereits verlassen. Man stieß lediglich auf einige Juden, die sich als Mitglieder des (man höre und staune) ‚jüdischen Frontkämpferbundes' vorstellten. Wie sie erklärten, bewachten sie nachts die Synagoge ..."

Dieser Bericht zeigt alle boshaften Lügen und Entstellungen, mit denen der „Vorposten" aufzuwarten pflegte. Das Danziger Wappen auf den Stühlen der Loge wird zum „Wappen der Loge", und die beiden Kreuze verwandelten sich vor den haßgeblendeten Augen des Berichters in den „Zionsstern"; das vorgefundene Protokollbuch wird zur „aufschlußreichen Korrespondent" und die beschlagnahmte „große Kassette" ist nichts anderes als die übliche Sammelbüchse, in die die Mitglieder nach der Sitzung ihr Scherflein taten. — Wenn aber der Berichter bei Erwähnung der jüdischen Frontkämpfer ausruft „man höre und staune", hat er bei aller Ironie eine Wahrheit ausgesprochen. In der Tat hatte der Bund jüdischer Frontkämpfer Wachen aufgestellt, die die Große Synagoge bewachten und mit Erfolg vor dem Schicksal der Synagogen in Langfuhr und Zoppot bewahrten.

In dem Danziger Gemeindeblatt vom 18. November veröffentlichte der Vorstand folgenden Aufruf: „Tage schwerster Not und Sorge sind über uns gekommen. Eine große Zahl von Euch steht vor der Vernichtung ihrer Existenz. Es ist darum verständlich, wenn viele in ihrer Verzweiflung nicht mehr die seelische Kraft besitzen, mit der im Augenblick besonders notwendigen Ruhe die Situation zu überblicken und daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Seid überzeugt, daß der Vorstand der Gemeinde unablässig bemüht ist, alles, was in seinen Kräften steht, zu tun und vor allem dafür Sorge zu tragen,

in möglichst kurzer Zeit möglichst vielen Juden zur Auswanderung zu verhelfen. — Der Vorstand der Synagogengemeinde zu Danzig."

Im Vorstand hatten inzwischen starke Veränderungen stattgefunden. Am 8. November 1938 hatte im Zuge der Einzelauswanderung auch Senatsrat Berent Danzig verlassen[172]. Die Leitung des Vorstandes hatte der bisherige Zweite Vorsitzende, Dr. Rosenbaum, übernommen, doch schon am 15. November sah er sich gezwungen, aus Gesundheitsgründen sein Amt niederzulegen.

Mit ihm schied ein Mann aus der jüdischen Öffentlichkeit, der in jahrzehntelanger Tätigkeit auf allen Gebieten seiner beruflichen und jüdisch-kulturellen Betätigung Hervorragendes geleistet und höchste Anerkennung gefunden hatte. Er war einer der meistgesuchten Anwälte Danzigs, besaß den Dr. med., eine außerordentliche Kenntnis der deutschen klassischen Literatur wie der Geschichte und Philosophie des klassischen Altertums.

Dr. Rosenbaum war am Ende des I. Weltkrieges Präsident der Borussia-Loge und gehörte dem Gemeindevorstand seit 1922 (als stellvertretender Vorsitzender seit 1933) an. Als Vorsitzender der Rechts- und der Schulkommission vertrat er mit Berent die Gemeinde in allen Verhandlungen mit den Behörden und zeichnete sich dabei durch seine persönliche Würde und gründliche Kenntnis aller Sachgebiete aus. Er war der Vertreter der Danziger Juden in der Jewish Agency, an deren Kongressen er teilnahm.

Daß Rosenbaums plötzliche Abreise nach der soeben erfolgten Übernahme des Vorsitzes nicht nur gesundheitshalber, sondern auch aus Sicherheitsgründen erfolgte, zeigt seine letzte Amtshandlung an seinem letzten Tage in Danzig, am 12. November 1938. An diesem Tage erreichte er durch seine große Autorität, daß die Große Synagoge weder in Brand gesteckt noch demoliert wurde[173].

Im November erlitt die Gemeinde den Verlust eines früheren Vorstandsmitgliedes durch die Auswanderung von R. Brzezinski, Inhaber des allen Danzigern bekannten Kaufhauses am Holzmarkt. In Brzezinski hatte der Vorstand einen erfahrenen Verwalter der Grundstücke, der Verband selbständiger Gewerbetreibender den befähigten Leiter, die Chewra und andere sozialen Institutionen einen tatkräftigen Führer besessen. So schrumpften Vorstand und Repräsentanz immer mehr zusammen; von der alten, das heißt bereits vor dem I. Weltkrieg führenden Generation, waren nur noch wenige vorhanden. Eine neue Generation trat an ihre Stelle. In schicksalschwerster Zeit, am 13. November 1938, übernahm Dr. Curt Itzig den Vorsitz der Gemeinde.

Wie 1933 Senatsrat Berent nach zwangsweiser Pensionierung seine ganze Kraft in den Dienst der Gemeinde stellte, so wurde es auch Dr. Itzig erst infolge der ihm aufgezwungenen Aufgabe seiner ärztlichen Praxis möglich, sich der Gemeinde voll zur Verfügung zu stellen. Dr. Itzig gehörte zum Vorstande des Centralvereins Danziger Staatsbürger, des „Danziger Bundes jüdischer Frontsoldaten", der Liberalen Vereinigung und der K. C. Verbindung; mit Dr. Kamnitzer vertrat er den Gedanken von Deutschtum und Judentum in diesen Organisationen wie in der Gemeindeverwaltung. Er war als Nachfolger des Verfassers 1929—1931 Präsident der Borussia-Loge.

Durch die Verordnung vom 23. September 1938, derzufolge die Approbation für jüdische Ärzte zum 1. Januar 1939 aufgehoben wurde, weil sie in dem Staat, in dem sie erteilt worden war, keine Gültigkeit mehr habe, erlosch auch Dr. Itzigs Approbation.

Schon am 21. März 1938 hatte der Präsident der Berufsvereinigung der Ärzte die Zulassung der jüdischen Ärzte zu folgenden Kassen aufgehoben: 1. Berufskrankenkasse der Kaufmannsgehilfen, 2. Barmer Ersatzkasse, 3. Berufskrankenkasse der weiblichen An-

gestellten, 4. Berufskrankenkasse der Behörden- und Büroangestellten, 5. Krankenkasse des Werkmeisterverbandes, 6. Krankenkasse der deutschen Techniker.
Am 2. November 1938 erließ der Senat eine weitere Gesetzesverordnung betreffs die Beamten. Die Verordnung, welche die Unterschriften sämtlicher Senatoren (Greiser, Huth, Dr. Hoppenrath, Boeck, Dr. Wiers-Keiser, Rettelsky, Dr. Schimmel, Dr. Großmann) trug, besagte:

1. Beamter kann nur werden, wer deutschen oder artverwandten Blutes ist, und, wenn er verheiratet, einen Ehegatten deutschen oder artverwandten Blutes hat. Ist der Ehegatte Mischling 2. Grades, so kann eine Ausnahme zugelassen werden.
2. Ein Beamter darf eine Ehe nur mit einer Person deutschen oder artverwandten Blutes eingehen. Ist der Verlobte Mischling 2. Grades, so kann die Eheschließung genehmigt werden. In der Erläuterung dazu heißt es u. a.: „Die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ernannten Beamten, die nicht deutschen oder artverwandten Blutes sind, sind in den Ruhestand zu versetzten."
3. Hat ein Beamter die Ehe mit einer Person nicht deutschen oder artverwandten Blutes geschlossen, so wird er aus diesem Grunde, wenn die Eheschließung vor dem 20. Juni 1933 erfolgte, weder entlassen noch in den Ruhestand versetzt.

Die Verordnung legalisierte lediglich einen Zustand, der tatsächlich längst bestand (mit Ausnahme des Verfassers, der als Leiter der Jüdischen Volksschule bis zu seiner Auswanderung im Juli 1939 in seinem Amtsverhältnis blieb, waren die jüdischen Beamten entlassen und zum Teil abgefunden worden), und erregte kein weiteres Aufsehen.
Wenige Tage später kam der Fall Grünspan; er war nicht nur der Partei im Reich, sondern auch Forster ein willkommener Vorwand, jede aufgezwungene Rücksicht fallen zu lassen. Die Juden waren darauf gefaßt, daß die Ereignisse der Nacht vom 13. zum 14. November nur den Auftakt zu weiteren judenfeindlichen Maßnahmen bedeuteten, und am folgenden Tage flohen 1 300 Juden aus Danzig nach Gdingen, wo sich allmählich eine Kolonie Danziger Flüchtlinge bildete.
Am 21. November 1938 wurden die Nürnberger Gesetze in Danzig eingeführt. Zu den am 15. September 1935 im Reich verkündeten Gesetzen gehörten: 1. das Reichsflaggengesetz, 2. das Reichsbürgergesetz — mit den zusätzlichen Verordnungen vom 14. 11. 1935 und 21. 12. 1935, 3. das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre mit seinen Ausführungsbestimmungen vom 14. 11. 1935. Von diesen Gesetzen konnte Forster nur das dritte „Zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" auf Danzig übertragen; die Einführung der Reichsflagge und die Übernahme des Reichsbürgergesetzes hätten das Ende der Freien Stadt bedeutet.
Noch blieb die Danziger Flagge die rechtmäßige Flagge der Freien Stadt Danzig, und noch blieben die Juden Danziger Staatsbürger, während im Reich den Juden das Bürgerrecht entzogen worden war. Noch fand auf die Danziger Juden die im August 1936 im Reich erlassene Verordnung, die Namen Israel oder Sara anzunehmen und im Paß den Judenstempel „J" zu tragen, keine Anwendung; noch konnte der Danziger Jude beim Überschreiten der deutschen Grenze dem Beamten ohne Furcht seinen Paß vorlegen und manchen Beleidigungen und Demütigungen aus dem Wege gehen.
Zwei Paragraphen in diesem Danziger Gesetz beraubten die Juden zweier grundsätzlicher staatsbürgerlicher Rechte. Der § 15 verbot den Juden das Hissen der Staatsflagge; § 16 entzog ihnen das Stimmrecht in politischen Angelegenheiten sowie das Recht zur Be-

kleidung öffentlicher Ämter. Diese beiden in die Verordnung eingefügten Paragraphen sollten wohl das Reichsflaggengesetz und das Reichsbürgergesetz vertreten.

Zu fragen bleibt, was der Hohe Kommissar und das für Danzig eingesetzte Dreierkomitee des Völkerbundes taten, um diese rechtswidrigen Ereignisse und Verordnungen zu verhindern. — Der Hohe Kommissar berichtete alle Vorkommnisse sofort nach Genf; er versuchte in Danzig wie in Berlin die antisemitischen Gesetze zu verhindern oder doch so lange hinauszuschieben, bis die für 1939 beabsichtigten Volkstagswahlen Klarheit darüber bringen würden, ob die in Danzig geplante Verfassungsänderung eine rechtliche Grundlage erhielte. Wie bei früheren Gelegenheiten, waren auch diesmal die Bemühungen des Hohen Kommissars ergebnislos, da keine der angerufenen Stellen, weder das Dreierkomitee noch der Völkerbundsrat, noch auch Polen, sich zum Handeln aufrafften. Am 10. Dezember erhielt der Hohe Kommissar schließlich die letzte Antwort des Senats: die Verordnungen schaffen kein neues Recht; sie entsprechen nur dem seit langem eingebürgerten Empfinden der Danziger Bevölkerung; das Rassengesetz verwandelt lediglich Gewohnheitsrecht in formales Recht.

Für die Danziger Juden war das weitere Leben in der Heimat unmöglich geworden; jeder wollte nur so schnell wie möglich das Land verlassen. Konsulate und Hilfsorganisationen arbeiteten vielen zu langsam, und Ungeduldige beschwerten sich bei der Gemeinde über den „Hilfsverein", der nach der Auswanderung des Rechtsanwalts Dr. Lewinski in Dr. Itzig und Dr. Reach am 7. November neue Vorsitzende erhalten hatte. Der Gemeindevorstand, der wohl wußte, daß Planlosigkeit und Chaos nur den Weg ins Freie versperren würden, mußte in dem Gemeindeblatt um Geduld bitten. Durch die Einwanderungsbeschränkungen der Aufnahmeländer wurde die planmäßige Auswanderung, wenn nicht verhindert, so doch sehr verlangsamt.

Noch ein halbes Jahr vorher war die Auswanderung wohlhabender Einzelner auf eigene Kosten dank mancher günstigen Voraussetzungen (Vielzahl der Konsulate in Danzig, Möglichkeiten der Vermögensmitnahme) reibungslos erfolgt. Um eine planmäßige Gruppenauswanderung und ordnungsmäßige Liquidation der Geschäfte durchführen zu können, mußte die Gemeinde die Hilfe der Regierung in Anspruch nehmen. Am 10. November, noch vor Erlaß des Rassegesetzes, verhandelte Dr. Itzig darüber mit Senatsrat Böttcher und Polizeipräsident Froböß; er erbat die Hilfe der Regierung und Polizei. Der Polizeipräsident Froböß versprach, alles zu tun, um eine ordnungsmäßige Liquidation der Geschäfte zu ermöglichen[174].

Die positive Antwort des Polizeipräsidenten dürfte auf den Einfluß des Polizeirats Kammer (und auf dessen Beziehungen zu H. Segal) zurückzuführen sein. Kammer gibt darüber folgende Darstellung: Am Morgen des 9. November 1938 betrat der Juwelier Jacobsohn aus der Goldschmiedegasse mein Amtszimmer und erklärte mir unter Tränen, daß vor einer Stunde einige Burschen das Schaufenster seines Ladens eingeschlagen und Auslagen geraubt hätten[175]. Diesen Vorfall meldete ich sofort dem Polizeipräsidenten; er wurde blaß und schwieg. Uns beiden war klar, daß diese Übergriffe, wenn sie auch nur vereinzelt erfolgten, Auswirkungen der deutschen „Kristallnacht" und von SA in Zivil organisiert waren. Ich fühlte, daß es dem Polizeipräsidenten schwerfiel, von sich aus sofort eine Entscheidung zu treffen, da der Innensenator Greiser Nationalsozialist war und nicht immer die Ansicht des Polizeipräsidenten teilte. Da ich keine Antwort auf meine Meldung

bekam und andererseits ins Gespräch kommen wollte, sagte ich wörtlich: „Herr Präsident, die jüdische Frage ist zu lösen; man braucht nur Zeit dazu. Ich habe hierüber mit Vertretern der Synagogengemeinde, deren Vertrauen ich besitze, gesprochen." Froböß erwiderte kurz: „Danke, Sie werden von mir hören." Darauf begab er sich zum Senatspräsidenten Greiser, der gleichzeitig die Geschäfte des Innensenators führte. Nach Unterredung mit ihm ließ mich Froböß auf sein Dienstzimmer rufen und teilte mir mit: „Ich komme soeben vom Senatspräsidenten, der derartige Übergriffe verurteilt und das Weitere veranlassen wird, um eine Wiederholung des Spiels mit dem Feuer zu verhindern. Ich beauftrage Sie, die personellen Angelegenheiten der Juden ab sofort zu übernehmen. Sie haben zur Durchführung dieser Aufgabe Generalvollmacht. Die wirtschaftlichen Angelegenheiten, das heißt Finanzierung der Abwanderung und Vermögensverwaltung, liegen in den Händen des Senats und werden von Oberregierungsrat Hildebrandt bearbeitet."
Der Polizeirat Kammer erteilte Auftrag — „die personellen Angelegenheiten der Juden zu übernehmen" —, dürfte erst einige Zeit später, nach Verkündung der Judengesetze gegeben worden sein, als nicht mehr die Rede war von einer Liquidierung der Geschäfte, sondern von einer Auflösung der Gemeinde, von Finanzierung der Auswanderung und Vermögensverwaltung.
Im Gemeindeblatt vom 17. 3. 1939 erschien eine Notiz, in der es hieß: „Als Beauftragter zur Sicherstellung der jüdischen Auswanderung ist vom Senat Oberregierungsrat Hildebrandt bestellt worden. Die Amtsstelle hat ihre Räume in dem Gebäude der früheren Loge Eugenia."

Oberregierungsrat Hildebrandt (Leiter der Wirtschaftsabteilung des Senats) war also auf Grund der Verordnung vom 3. 3. 1939 der Beauftragte zur Sicherstellung der jüdischen Auswanderung; durch seine Hände gingen alle Angelegenheiten, die mit der Liquidierung des jüdischen Vermögens in Danzig und der Freigabe bestimmter Summen für die Auswanderung zusammenhingen. Der Polizeipräsident, welcher vor der Verordnung vom 3. 3. 1939 allein für die Auswanderung der Juden zuständig gewesen war, behielt lediglich die Fragen der technischen Durchführung; der zuständige Mann beim Polizeipräsidenten war der Leiter der Fremdenabteilung, Polizeirat Heribert Kammer.
Hildebrandt selbst hat sich mit den Einzelheiten der Verhandlung mit den jüdischen Auswanderern nicht beschäftigt; dies lag in den Händen des Sparkassendirektors Büttner, jedenfalls bis zum Ausbruch des Krieges. Dann wurde Büttner nach Bromberg versetzt, und es wurde in Danzig vom Reichsstatthalter Forster ein besonderer Ausschuß für die Förderung der jüdischen Auswanderung gebildet, in dessen Rahmen Robert Sander bis zur Abwicklung des Mauritius-Transportes tätig war. Danach trat an seine Stelle der Rechtsanwalt Dr. Hellwig.
Hildebrandt war (nach Mitteilung von Dr. Lichtenstein-Tel Aviv) wohl als deutsch-national zu bezeichnen, hat aber in seiner Funktion als Beauftragter für die Jüdische Auswanderung bei der Arisierung jüdischer Unternehmen in Danzig erheblich mitgewirkt und weisungsgemäß die Interessen der herrschenden Partei wahrgenommen.

Schon Ende November / Anfang Dezember gaben einzelne jüdische Gewerbetreibende ihre Geschäfte auf. Auch die Organisationen begannen sich aufzulösen. Die Borussia-Loge beendete ihre Sitzungen, nachdem die meisten Mitglieder ausgewandert waren; der Jüdische Klub schloß ebenfalls seine Pforten. Die „OSE Gesellschaft für den Gesundheitsschutz der Juden" sah sich aus Mangel an Mitteln gezwungen, ihre gemeinnützige Tätigkeit aufzugeben. Die private Jüdische Höhere Schule gab bekannt, daß sie ihre Arbeit nur noch bis

zum Ende des Schuljahres fortzuführen vermöge. Was Jahrzehnte aufgebaut und Generationen geschaffen haben, sank in Trümmer. Das große Sterben kam über die Gemeinde.

Im Gemeindeblatt vom 16. Dezember 1938 erschien der folgende Aufruf:

„Juden im Freistaat Danzig! Am Sonnabend, dem 17. Dezember, um 8 Uhr abends, spricht der Vorstand der Synagogengemeinde in der Großen Synagoge zu allen Danziger Juden über seine Auswanderungspläne und wird Vollmacht verlangen, über das Schicksal der Danziger Juden zu entscheiden. Erscheint in Massen! Die Versammlung steht unter polizeilichem Schutz!"

Diese, die volle Vorderseite des Gemeindeblattes füllende Aufforderung erfüllte die Danziger Juden mit tiefer Betrübnis und verhaltenem Zorn. Als erste Reaktion hörte man den ablehnenden Ausruf: „Ich gehe nicht hin." Die Auswanderungspläne des Vorstandes sind von der Partei diktiert; der polizeiliche Schutz bedeutet nur polizeilichen Druck und polizeiliche Aufsicht; über das Schicksal der Danziger Juden ist bereits entschieden. Jeder wußte aber auch, daß es nur zwei Möglichkeiten gab: die erzwungene Auswanderung oder der zwangsweise Abtransport in ein KZ. Jeder wußte ferner, daß der kleine Kreis von Männern, der nach der Auswanderung der führenden Männer der Gemeindeverwaltung die Führung übernommen hatte, ein großes Opfer brachte, um die Gemeinde nicht führerlos zu lassen und zu retten, was noch zu retten war.

Die Kundgebung war ein Ereignis, das in der so wechselvollen Geschichte jüdischer Gemeinden vielleicht einzig dasteht. Die 2 000 Plätze der Großen Synagoge waren bis auf den letzten Platz gefüllt, und der Ernst der Lage spiegelte sich in den Gesichtern der Versammelten, die mit eiserner äußerer Selbstbeherrschung, innerlich aber tief bewegt, den Ausführungen der Redner lauschten.

Als erster Redner begrüßte der Erste Vorsitzende der Gemeinde, Dr. Kurt Itzig, die Vertreter des Polizeipräsidiums. Dann erklärte er:

„Wir haben uns hier versammelt, weil wir in banger Sorge um unser aller Schicksal und um das Schicksal unserer Kinder sind, und weil wir uns dessen bewußt werden wollen, daß göttliche Hilfe, um die wir hier so oft gebetet haben, uns nur dann zuteil werden wird, wenn wir selbst unser Schicksal formend und richtunggebend in die Hand nehmen werden.

Viel zu lange haben wir schon auf die Hilfsbereitschaft, die von anderen kommen sollte, gewartet. Von Konferenzen, von Kommissionen, von Flüchtlingskommissaren erwarteten wir die Erlösung. Sie ist nicht gekommen. Und jener Mann hat recht, der erst vor wenigen Tagen schrieb, daß alles, was bisher in der Judenfrage getan sei, die Juden nicht von dem Gefühl befreie, daß man zwar in der Welt bereit sei, über sie zu diskutieren, aber weniger bereit, ihnen praktisch zu helfen. Hemmend kommt noch ein anderes dazu. Wir Menschen, und insbesondere wir Juden dieser Zeitepoche, zermürbt durch Jahre schwerster Erschütterungen, finden zumeist nicht die Kraft, aus eigener Initiative heraus notwendige und unerbittliche Konsequenzen zu ziehen. Ich glaube aber, daß der Mensch, der nicht von sich aus den Mut und die Kraft zu eigener Lebensgestaltung aufbringt, zumeist auch gar nicht aufbringen kann, weil ihm die notwendige materielle Grundlage fehlt, diese Möglichkeit nur dann finden wird, wenn er gewillt ist, sich vertrauensvoll und bedingungslos einer Führung zu überantworten.

Die Männer, in deren Händen das Schicksal der Gemeinde liegt, erkennen, daß wir vor die Notwendigkeit gestellt sind, uns ein Leben in einem anderen Lande aufzubauen. — Wenn eine Staatsführung entschlossen ist, das Judenproblem in Danzig durch Auswanderung dieser Juden

zu lösen und den Willen dokumentiert, uns in diesem ihrem unabänderlichen Entschluß, der damit auch zu dem bedingungslosen Entschluß unserer Menschen werden muß, zu fördern, so kann es gar keinen Zweifel und keine Diskussion darüber geben, daß wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln an die Lösung dieses Problems in dem geforderten Sinne auch unsererseits heranzugehen haben. Erwarten Sie von mir nicht, daß ich eine Schilderung darüber gebe, wohin unser Weg führen soll. Nicht dazu sind wir hergekommen, um in langer Rede, in Frage und Antwort Rechenschaft zu geben über das, was wir wollen, sondern einzig und allein darum, Ihnen zu sagen, daß wir Ihnen helfen wollen. Helfen um jeden Preis mit der ganzen Kraft unserer menschlichen Möglichkeiten! — Wir sind uns bewußt, daß Sie alle einen Anspruch auf unsere Hilfe haben; denn wir alle, auch als Juden, sind Menschen von Fleisch und Blut; Menschen, die nicht nur dazu verurteilt sein dürfen, Leid zu erfahren, sondern die ein Recht darauf haben, daß die Sonne des Lebens auch ihre Wege erhelle. Auch wir sind Menschen, die in ihren Kindern ihre Zukunft sehen, und die dereinst in ihren Kindern das Glück wiederfinden möchten, das ihnen selbst versagt geblieben ist.

Wenn wir in den nächsten Tagen und Wochen daran gehen werden, Pläne zu realisieren, die von Tag zu Tag konkretere Formen annehmen, so müssen wir in dieser Arbeit von dem Bewußtsein getragen sein, daß Sie sich alle ausnahmslos und bedingungslos hinter uns stellen. Diesen Willen, uns Ihr Vertrauen zu schenken, fordern wir von Ihnen in dieser für die Judengemeinde Danzigs schicksalsschwersten Stunde. Sie werden dieses Vertrauen vor allem dadurch uns beweisen können, daß Sie mit größter Disziplin und größter Opferbereitschaft uns die schweren Wege ebnen helfen, die wir zu gehen entschlossen sind.

Am ersten Tag des Chanukkafestes haben wir uns in diesem Tempel versammelt zu Beginn des Festes, das für uns ein Fest des Wunders ist. Wir Juden haben es verlernt, an Wunder zu glauben; aber an eins zu glauben, dürfen wir nicht verlernen, an den allmächtigen Gott, der uns durch die Jahrtausende geführt hat und der auch wieder seine schützende Hand über uns breiten wird, ‚bajomim hoeleh', in unseren Tagen."

Als nächster Redner nahm Rechtsanwalt Dr. Herbert Lewy das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Seit Jahren überschattet die gebieterische Notwendigkeit der Auswanderung das Leben der Danziger Juden. Mehr als die Hälfte von ihnen ist im Laufe der letzten zwei Jahre abgewandert. So stürmisch uns auch das Tempo zu sein scheint, ist es doch immer zu langsam gegenüber den unausbleiblichen Anforderungen der Zeit. Es besteht kein Zweifel darüber, daß wir nicht noch zwei weitere Jahre darauf verwenden können, um die Auflösung der Danziger Judenheit zu vollenden. Sie muß zu unserem eigenen Besten in einem viel kürzeren Zeitraum durchgeführt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind aber die bisherigen Methoden der Auswanderung unzulänglich. Bisher war es den Anstrengungen des einzelnen überlassen, sich den Weg zu suchen, der ihm den Zugang zu einem Auswanderungsland eröffnete oder ihn in das Land seiner Herkunft zurückführte. Die Tätigkeit der jüdischen Gemeinschaft beschränkte sich darauf, den einzelnen bei der Durchführung seiner Auswanderungspläne zu beraten und mit den beschränkten Mitteln, die ihr zu Gebot standen, den mittellosen Auswanderern finanzielle Hilfe zu leisten.

Jeder von Ihnen versteht ohne weiteres, daß die Danziger Juden in großen Gruppen und innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraums hinausgeführt werden müssen, und dies ist außerordentlich schwierig. Gewiß, der Wille zur Auswanderung ist bei der jüdischen Bevölkerung Danzigs so dringend, daß sie von sich aus alles tun wird, um die Verwirklichung dieses Planes zu erleichtern. Aber abgesehen von dem guten Wollen der Auswanderer müssen noch viele Voraussetzungen erfüllt werden, wenn der Plan gelingen soll. Vor allen Dingen ist die Verwirklichung des Planes davon abhängig, daß die Regierung der Freien Stadt Danzig ihm diejenige Förderung zuteilwerden läßt, die nur die Staatsgewalt gewähren kann.

Die Leitung der Jüdischen Gemeinde hat ihren Plan der zuständigen Behörde vorgetragen. Die Gemeinde hat die Hoffnung, daß die Regierung den Auswanderungsplan unterstützen wird, wenn von jüdischer Seite das getan wird, was von ihr erwartet werden kann und muß.

Die Durchführung des Auswanderungsplanes wird von der jüdischen Seite außerordentliche finanzielle Anstrengungen fordern; aber jeder wird sich darüber klar sein, was dies für ihn und seine Familie bedeutet, und sich bewußt sein, für die Verwirklichung des Planes die letzten Kräfte einsetzen zu müssen. Freilich muß nochmals deutlich ausgesprochen sein, daß die Gemeinde im besten Fall nicht mehr zu tun vermag, als die Bahn für die Auswanderung freizumachen, daß sie aber nicht imstande ist, dem Auswanderer die Sorge für seine Zukunft abzunehmen. Es leuchtet ein, daß eine solche Gruppenauswanderung Härten mit sich bringt und auf besondere Wünsche des einzelnen nur so weit Rücksicht genommen werden kann, als es mit dem für die ganze Gemeinschaft aufgestellten Plan vereinbar ist. Die Verhandlungen, die wegen der Durchführung des Auswanderungsplanes geführt werden, sind noch nicht beendigt; aber es schien der Leitung der Gemeinde notwendig, Ihnen schon jetzt darüber zu berichten, was geschehen ist, und Ihre Zustimmung zu dem einzuholen, was noch geschehen soll. Denn die Leitung der Gemeinde ist sich jeden Augenblick der schweren Verantwortung bewußt, die sie gegenüber den Tausenden hat, deren Schicksal sie unter schwierigsten Verhältnissen zu einer glücklicheren Zukunft lenken will . . . Noch bedarf es harter Arbeit. Würde der Plan mißlingen, so wäre es ein großes Unglück für uns alle. Erweist er sich aber als durchführbar, so dürfen wir erwarten, daß wir in Ruhe und Ordnung von hier abziehen können und in ungebrochener Kraft das Land unserer Zukunft erreichen werden."

Danach ergriff Hermann Segall das Wort zu der folgenden Ansprache:

„Zum ersten, hoffentlich auch letzten Male, beauftragt mich das Schicksal, zu einer ganzen, unglücklichen und nach einem Ausweg suchenden Gemeinde in einer Synagoge zu sprechen. Oft habe ich als Parteimann im Namen meiner Bewegung zu einem Teil der noch vor kurzem großen jüdischen Bevölkerung gesprochen. Heute aber stehe ich vor Euch lediglich als Glaubensgenosse, der im Moment keine Richtungen sieht, sondern nur Juden, die sehnsüchtig auf Hilfe warten, und ich bin stolz darauf, daß ich in dieser für uns so schweren Stunde mich in Eurer Mitte befinde, um zusammen mit Euch über unser Schicksal entscheiden zu dürfen.

Nach wenigen Minuten wird hier eine Resolution vorgelegt werden, und Ihr werdet vor die Alternative gestellt, sie anzunehmen oder abzulehnen.

Ihr wißt zur Genüge, daß wir hier keine Existenzmöglichkeit besitzen. Wir dürfen weder ein Gewerbe noch ein Handwerk noch einen freien Beruf ausüben. Die Reichen sind weg, die Wohlhabenden sind verarmt und die Armen noch ärmer geworden; die Majorität der Zurückgebliebenen ist auf Unterstützung ausländischer Hilfsvereine angewiesen. Heute haben wir noch jüdische Ärzte und Medikamente; heute bekommen wir noch Lebensmittel; heute können wir uns in einigen Straßen sehen lassen. Wer weiß aber, was der Morgen bringen kann? Es wird für uns bestimmt schlimmer werden.

Man mag uns nicht mehr, man will uns nicht mehr, und alle gegen uns unternommenen Schritte zielen darauf hin, uns fühlen zu lassen, daß man unser schleuniges Verschwinden wünscht. Es hat gar keinen Zweck, sich dem entgegenzustellen, da wir nicht die Stärke besitzen, die Hoffnung auf einen Sieg geben kann. Man räumt daher das Feld.

Es gibt nur einen Ausweg, und dieser ist, unsererseits der hiesigen Regierung folgende Erklärung abzugeben:

Wir sind gewillt, schleunigst den Platz zu räumen. Um aber eine so gut wie vollständige Auswanderung durchzuführen, müßte die Regierung im gegenseitigen Interesse manche Wünsche der hiesigen Juden berücksichtigen. Das ist der Weg, den die Leitung der Gemeinde gehen will.

Diese Synagoge ist am letzten Neujahrstage zum Tode verurteilt worden. In dieser Synagoge verspricht Euch die Leitung der Gemeinde, alles, was nur menschenmöglich ist, für Eure Rettung zu tun. Handelt rasch, denn die Zeiger der Uhr stehen auf einer Minute vor 12. Nach den Ereignissen im Oktober vorigen Jahres war es noch ½12; 29 teure, kostbare Minuten sind seitdem verflossen. Verpaßt nicht diese einzige uns gebliebene kostbare Minute, von der ich glaube, mit Recht behaupten zu können, daß sie die letzte ist."

Anschließend brachte der Vorsitzende der Repräsentanz, Rechtsanwalt Dr. Rosenthal, die folgende Resolution ein:

„Die Juden im Freistaat Danzig, die sich heute in dieser Massenversammlung in der Großen Synagoge vereinigt haben, bekunden einmütig ihren Willen, so schnell, wie es sich ermöglichen läßt, auszuwandern. Zu diesem Zweck erteilen sie der Leitung der Danziger Jüdischen Gemeinde Vollmacht, alle Schritte zu unternehmen, die zu diesem Ziele führen."

Dr. Rosenthal forderte dazu auf, durch Erheben von den Plätzen die Zustimmung zu der Resolution zu bekunden. Die versammelten Mitglieder der Gemeinde erhoben sich. Rosenthal stellte die einstimmige Annahme der Resolution fest und schloß die Versammlung.

„Niemand, der an der Gemeindekundgebung vom 17. Dezember 1938 teilnahm, konnte sich der gewaltigen Erschütterung entziehen, die von den Ansprachen der führenden Männer der Gemeinde und von der Art, wie diese Ansprachen von den Hörern aufgenommen wurde, ausging. Als die Männer und Frauen, welche die Gr. Synagoge dicht gedrängt füllten, sich am Schluß einmütig erhoben, um der Führung der Gemeinde Vollmacht zu erteilen, sie aus Danzig hinauszuführen, da wurde das Gefühl des Schmerzes über den Untergang dieser altehrwürdigen Gemeinde übertönt von dem unbeugsamen Willen dieser Gemeinschaft, mit aller Kraft an den Aufbau einer neuen Existenz irgendwo in der Welt heranzugehen. Die Behörden, deren Vertreter der Gemeindekundgebung beiwohnten, konnten die Gewißheit erhalten, daß die in Danzig lebenden Juden fest entschlossen sind, so schnell wie möglich auszuwandern. Wir sind überzeugt, daß die Behörden ihrerseits alles tun werden, um die Juden in der Verwirklichung dieses Entschlusses zu unterstützen."

So schrieb das Gemeindeblatt vom 22. Dezember 1938. Wer diese Zeilen vom „unbeugsamen Willen dieser Gemeinschaft" liest, die mehr zur Befriedigung des unbeugsamen Willens der Behörden als zur Beruhigung der hoffnungslosen und willensgebeugten Danziger Juden geschrieben wurden, wird die volle Tragik der Situation erkennen, die zwischen den Zeilen liegt, jedoch nicht in Worte gefaßt werden durfte.

Wie war es zu dieser Kundgebung gekommen?

Dr. Itzig und Dr. Lewy hatten als Vorsitzende der Gemeinde gesprochen, und wir spüren aus ihren Worten die Last der Verantwortung, die sie übernommen hatten, und die tiefe Trauer über die ihnen gestellte Aufgabe: das niederzureißen, was Generationen aufgebaut hatten. — Hermann Segall aber sprach als Revisionist, der den Plan der Auflösung erdacht und bereits Verhandlungen in dieser Richtung geführt hatte; der ohne Sentimentalität aus einer unhaltbar gewordenen Lage die Konsequenzen zog und dem es, wie Herzl und Jabotinsky, wichtiger schien, Neues aufzubauen als Altes zu erhalten.

Als Segall seinen Plan der Gemeinde zum ersten Mal vorgelegt hatte, wurde er selbst von den Führern der Jüdischen Volkspartei ebenso als Illusion abgelehnt, wie Jabotinskys Plan einer Massenauswanderung aus Polen von den Juden Polens verworfen worden war. Damals war jedem klar, daß eine legale Einwanderung in Palästina mit Zustimmung der britischen Mandatsmacht ausgeschlossen war, eine illegale Einwanderung aber ein sehr

lehnten; daß die Beschaffung der notwendigen Schiffe, die Finanzierung des Plans, vor allem die mangelnde Bereitschaft der Juden zur Auflösung der Gemeinde und Massenauswanderung unüberwindliche Schwierigkeiten bieten würden. — Damals saß das Messer den Juden noch nicht an der Kehle, obwohl sie nur zu oft das Lied hören mußten: Wenn das Judenblut vom Messer spritzt. Noch hofften sie auf eine günstige Zusammenarbeit der Jewish Agency mit der Mandatsregierung, auf Ergebnisse der Flüchtlingskonferenzen, auf den Einfluß des Dreierkomitees und das besondere Interesse, das der Völkerbund der Freien Stadt Danzig entgegenbringen und bekunden sollte.

In ihrem Vertrauen auf den Völkerbund waren die Juden Danzigs optimistischer als der Hohe Kommissar, der als scharfer Beobachter die den Juden in Danzig drohenden Gefahren erkannte und im Frühjahr 1938 dem Dreierkomitee sogar einen konkreten Vorschlag für eine Auswanderung der Danziger Juden vorlegte.

Am 29. März 1938 schrieb Burckhardt dem Generalsekretär des Völkerbundes und somit an das Dreierkomitee:

„Zu den heikelsten Problemen gehört die Judenfrage. Ich habe mich derselben mit besonderer Aufmerksamkeit gewidmet, und ich bin dauernd mit den Vertretern der Jüdischen Gemeinde in Kontakt geblieben. Neben der großen Anzahl von Juden polnischer Nationalität in der Freien Stadt gibt es etwa 2000 Danziger Juden. Ihre Situation ist zur Zeit immer noch besser als diejenige der Juden im Reich, aber eine unvermeidliche Entwicklung, zuerst durch vereinzelte Maßnahmen, dann durch gesetzliche Verordnungen, wird die Danziger Israeliten in eine schreckliche Lage bringen. Es ist geradezu ergreifend zu sehen, welches Vertrauen die alten Juden in den Völkerbund setzen. Sie glauben, da Danzig das einzige Territorium ist, welches direkt dem Völkerbund untersteht, sollten ihnen doch wenigstens bessere Möglichkeiten für die Emigration geboten werden. Da ihre Zahl klein ist, sollte es durchführbar sein, ihnen irgendwo ein Asyl zu verschaffen und ihnen zur Erwerbung einer anderen Nationalität behilflich zu sein. Sie nehmen mit Recht an, daß über kurz oder lang eine Gesetzesverordnung erlassen wird, durch welche auch sie der großen Zahl der Heimatlosen zugewiesen werden: eine Kulturschande des 20. Jahrhunderts . . ."

Der Antrag des Hohen Kommissars kam nicht einmal auf die Tagesordnung des Völkerbundes, denn bei den damaligen stürmischen Ereignissen, die vor allem die Einbeziehung Österreichs in die Fürsorge des Flüchtlingskommissars notwendig machten, blieben Hilferufe aus der noch „Freien Stadt" ungehört.
Burckhardt hat dokumentarisch nachgewiesen, welche Gründe den Völkerbund veranlaßten, eine Machtprobe über Danziger Fragen zu vermeiden. Seine eigene Einstellung enthüllte er in einer Unterredung, die er dem Vorsitzenden der Vereinigung Jüdischer Akademiker Mitte 1938 gewährte. Er äußerte unverhohlen seinen Abscheu über die Ausschreitungen und Rechtsbeugungen des NS-Regimes und erklärte mit tiefem Bedauern, daß ihm die Möglichkeit fehle, dagegen einzuschreiten, weil die polnische Regierung ihm ihre Unterstützung versagte.

Als sich im Herbst 1938 die Lage der Juden in Danzig verschlimmerte und die Mehrzahl der Führer sich zur Auswanderung gezwungen sah, nahm der neue Vorstand Segals Plan wieder auf. Nach den Ereignissen des 13. November wurden Telegramme an den Völkerbund, an den Flüchtlingskommissar und an Präsident Roosevelt gesandt, die etwa lauteten: 5 000 Danziger Juden erstreben ihre Gesamtauswanderung und bitten, ihnen bei der Ansiedlung irgendwo in der Welt zu helfen. — Damit sollten zwei Ziele erreicht werden: die Welt auf die verzweifelte Lage der Danziger Juden aufmerksam zu machen und gleich-

zeitig die Danziger Behörden, durch deren Hände die Telegramme geleitet werden mußten, zu veranlassen, die feindlichen Aktionen gegen die Juden einzustellen und ihre Auswanderung zu ermöglichen.

Die Absendung der Telegramme bedeutete den Beginn der Zusammenarbeit von Gemeinde und Polizei zur Förderung der Gesamtauswanderung. Vertreter des Vorstandes und H. Segall verhandelten mit Senatsrat Böttcher; Polizeipräsident Froböß nahm als Senatsbeauftragter an den Besprechungen teil. Dem Polizeipräsidenten war der Gedanke einer illegalen Auswanderung durchaus willkommen; er wollte sich aber vergewissern, daß dies nicht nur der Wille eines kleinen Kreises war, sondern daß wirklich die ganze Gemeinde gewillt war, Danzig zu verlassen und den ungewissen wie gefahrvollen Weg der illegalen Auswanderung anzutreten. Daher forderte er die Abhaltung einer Gemeindeversammlung und legte Wert darauf, mit seinen Beamten an der Versammlung teilzunehmen.

Der Vorstand hatte zunächst große Bedenken, da er gleichzeitig mit dem britischen und dem amerikanischen Konsulat um legale Auswanderung verhandelte. Die geforderte große Gemeindeversammlung konnte nicht geheim bleiben und mußte die legale Auswanderung schädigen. Im Reich wurden die illegalen Transporte unter Ausschluß der Öffentlichkeit organisiert. Da der Polizeipräsident aber die öffentliche Kundgebung verlangte, blieb der Gemeindeleitung keine andere Wahl, als die Versammlung einzuberufen. — Für die Auswanderung setzte der Polizeipräsident ein von seinem Stellvertreter Dr. Tröger, dem aus Berlin abgeordneten Leiter der Gestapo in Danzig, geleitetes Komitee ein, dem Vertreter der Zollbehörde, der Eisenbahn und Polizeirat Kammer, der Leiter der Fremdenpolizei, angehörten.

In Besprechungen mit dem britischen Konsul, der vor der illegalen Auswanderung nach Palästina warnte, erklärten die Gemeindevertreter, der Vorstand werde von den nationalsozialistischen Behörden auf größte Beschleunigung der Auswanderung gedrängt, und die Gemeinde könne wegen des Fehlens jeder Unterstützung durch die für Danzig verantwortlichen Großmächte nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn sie alle Möglichkeiten nutze, um die Juden aus Danzig zu retten.

Die Kundgebung war ein unerhörter Schritt in der wechselvollen Geschichte der Danziger Gemeinde wie der jüdischen Gemeinden überhaupt. Im Gegensatz zu früheren Katastrophen, die über die Juden hereinbrachen und zu Flucht und Auswanderung zwangen, gab hier eine große Gemeinde sich selbst auf. Jüdische Zeitungen des Auslandes brachten entstellte Berichte und sprachen davon, daß die Danziger Juden völlig den Kopf verloren hätten; Dr. Lewy mußte als Vertreter des Vorstandes nach Warschau fahren, um den Führern der dortigen jüdischen Presse die wahre Lage in Danzig zu erklären.

Bei Abschluß des Paktes mit der Regierung ließ sich der Vorstand von der Erwägung leiten, daß „die Danziger Juden nicht um der Gemeinde willen da sind, sondern die Gemeinde um der Juden willen. Wenn die Gemeinde durch Auflösung ihren Mitgliedern zu neuen Lebensexistenzen verhilft, dann erfüllt sie ihren Sinn besser, als wenn sie von ihren Mitgliedern verlangt, daß sie hier bleiben und sterben sollen." So das Gemeindeblatt vom 30. 12. 1938. Die Drohungen der Nationalsozialisten, zum Beispiel im „Schwarzen Korps" vom 22. November 1938, daß die Juden entweder sofort verschwinden, andernfalls sie „mit Feuer und Schwert ausgerottet werden", waren ernstgemeint.

Die Haltung des Vorstandes bestimmten folgende Erwägungen:

1. Die Danziger Juden mußten damit rechnen, daß mit dem 1. Januar 1939 die Reichsgesetze auf Danzig übertragen werden würden. In diesem Falle würde die weitere Verarmung und jede neue physische und psychische Schädigung die Auswanderung nur erschweren.
2. Die Danziger Juden hatten keine Hilfe von außen zu erwarten. Völkerbund und Dreierkomitee, die Flüchtlingskonferenz in Evian und die ihr folgenden Beratungen, der Hohe Kommissar in Danzig und der Vertreter der polnischen Republik, sie alle waren nicht in der Lage gewesen, in dem kleinen Danzig den Gang der Ereignisse zu bestimmen. Sie hatten große Hoffnungen erweckt und bittere Enttäuschung gebracht.
   Auch von jüdischer Seite war ausreichende Hilfe nicht zu erwarten. Joint und Hias in Amerika und der Council for German Jewry in England spendeten gewaltige Summen; diese wurden durch die Not in den Flüchtlingslagern derart in Anspruch genommen, daß Danzig nicht genügende Berücksichtigung erfahren konnte. Die vom Joint gewährte Hilfe war nur für Wohlfahrt und Erziehung verwandt worden; die von Hias geförderte Auswanderung hatte 1938 vornehmlich die Rückwanderung nach Polen ermöglicht, nicht aber die Auswanderung Danziger Juden nach Westen.
3. Die Danziger Regierung hatte die Macht in der Hand, und die Gemeinde hatte den Willen der Regierung, welche die Auflösung forderte, auszuführen. Es gab keine Wahl; die Auswanderung war für die Danziger Juden der einzige Weg, der für die Rettung in Frage kam. Dieser Weg war so schwierig, daß die Hilfe der Polizeibehörden unerläßlich war. Die Gemeinde durfte hoffen, durch das Versprechen der Mithilfe von Regierung und Polizei eine ordnungsmäßige Auswanderung ohne Überstürzung und Panik durchführen zu können.
   Es war der Sinn der Kundgebung, durch einmütigen Beschluß der Gemeinde zur Auswanderung den staatlichen Stellen die Möglichkeit und die Verpflichtung zu schaffen, ihrerseits die Auswanderung in großzügiger Weise zu fördern.

Die Gemeinde schreckte nicht davor zurück, einen weiteren entscheidenden Schritt zu tun und ihren Grundbesitz, Synagoge und Gebäude, all' das, was sonst als unumstößlicher Besitz einer jüdischen Gemeinde galt, zu opfern und der Regierung zum Kauf anzubieten, um den Erlös zur Finanzierung der Auswanderung verwenden zu können.
Der Kaufvertrag kennzeichnet die Art, in der in jener Zeit der Not und der Auflösung der Synagogengemeinde der jüdische Grundbesitz verkauft worden ist.

Über die Verhandlungen liegen zwei Berichte vor: ein sachlicher Bericht des Polizeirats Kammer sowie ein zweiter, sehr eindrucksvoller Bericht von Dr. Brodnitz, der als Vorstandsmitglied den Vertrag mit zu unterzeichnen hatte.
Polizeirat Kammer schreibt: Inzwischen waren die Verhandlungen des jüdischen Gemeindevorstandes mit dem Leiter der Danziger Grundbesitzverwaltung, Kreisleiter Kampe, so weit fortgeschritten, daß der Verkauf der Gr. Synagoge und sämtlicher anderer Grundstücke am 8. Januar 1939 auf Grund eines Kaufvertrages erfolgte, den Kreisleiter Kampe den Vorstehern des Gemeindevorstandes, den Herren Dr. Itzig, Dr. Brodnitz und Julius Lippmann, vorlegte. In seiner Eigenschaft also Syndikus der Gemeinde war Dr. Erwin Lichtenstein anwesend.
Nach stundenlangen Verhandlungen bewilligte Kampe, nachdem er sich telefonisch mit vorgesetzten Stellen in Verbindung gesetzt hatte, eine kleine Erhöhung im Hinblickt auf die Hypotheken, welche zugunsten Danziger Großbanken auf den Gemeindegrundstücken eingetragen waren. Welche Summe schließlich als Kaufpreis heraus kam, vermag ich heute nicht mehr zu sagen. Es ist mir bekannt, daß der Erlös weniger war, als die Gemeinde vorher geschätzt hatte.
Der Kaufpreis wurde auf ein Sperrkonto bei der Bank von Danzig für Auswanderungszwecke gezahlt.

In dem Kaufvertrage wurde die Benutzung des Jüdischen Friedhofes Stolzenberg für zehn Jahre der Gemeinde gestattet.
Dr. Brodnitz schreibt: Am 9. Januar 1939 wurde der Vorstand der Gemeinde zwecks Verkaufs der Synagoge zum Senat bestellt. — Ich hatte als Student gelernt, daß ein Kaufvertrag ein zweiseitiges Rechtsgeschäft ist. Nun lernte ich, daß er auch ein einseitiger sein kann. — Wir hatten uns im Vorstande überlegt, daß 1 000 000 G ein angemessener Preis sei, mindestens aber ein Preis von 800 000 G. Der Beamte, mit dem wir verhandelten, eröffnete die Verhandlung mit der Erklärung, daß der Senat bereit sei, uns für die Synagoge, einschließlich des Friedhofs, einen ganz kleinen Preis — meines Erinnerns waren es 25 000 G — zu geben. Als wir ihn verdutzt ansahen, sagte er, es sei reiner Anstand, wenn der Senat überhaupt etwas gäbe, er hätte ja die Synagoge abbrennen lassen können. Im übrigen habe der Senat auch die Möglichkeit, sich die Grundstücke ohne jede Zahlung anzueignen. Der Beamte schloß die Ansprache mit den Worten: „Wollen Sie also, oder wollen Sie nicht?" So blieb uns nichts anderes übrig als „Ja" zu sagen.
Auf meine Erklärung, daß die noch in Danzig lebenden Juden einen Platz zur Beerdigung haben müßten, gab der Beamte zu, daß, obwohl der Friedhof nicht mehr der Gemeinde gehöre, die Juden dort beerdigt werden könnten. Meine weitere Anregung, den Juden zu gestatten, eine der Synagogen an den kommenden Osterfeiertagen zu benutzen, lehnte der Beamte glatt ab. Dann wurde der Notar Willers telefonisch herbeigerufen, und wir unterzeichneten ein notarielles Kaufangebot betr. die Synagogen und den Friedhof entsprechend den Wünschen des Senats.
Dies war meine letzte Tätigkeit als Mitglied des Gemeindevorstandes. An demselben Tage verließ ich Danzig, und ging zunächst nach Gdingen."

Zwar erreichte die Gemeinde, daß die täglichen Verfolgungen und Verhaftungen aufhörten, daß Partei und Polizei eine abwartende Haltung einnahmen, aber der Vertrag und die weiteren Ereignisse waren dazu angetan, das Vertrauen in die Regierung zu erschüttern.
Ein Gesetz nach dem andern mahnte die Juden, daß sie als Gemeinde in Danzig keine Lebensberechtigung mehr hatten, daß jedes Zögern eine Illusion sei. Nach Einführung der Nürnberger Gesetze folgten rasch weitere Gesetze gegen die Juden. Das Gesetzblatt vom 21. Dezember 1938, vier Tage nach der großen Gemeindeversammlung, brachte folgende Verordnungen:

Die Rechtsverordnung über Waffen. Sie bestimmte, daß der Erwerb, der Besitz und das Führen von Schuß-, Hieb- und Stoßwaffen sowie von Munition den Juden verboten sei. Für Juden fremder Staatsangehörigkeit konnte der Senat Ausnahmen zulassen. — Damit war den Juden jede Möglichkeit wirksamer Abwehr und Verteidigung im Falle der Not genommen;
eine Verordnung über Änderung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer. Sie bestimmte, daß Kinderermäßigungen ab 1. Januar 1939 für Juden in Fortfall kamen;
eine Verordnung über die Zulassung zur Heilbehandlung. Sie gab dem Senat die Möglichkeit, im Bedarfsfall Ärzten, die ihre Approbation verloren hatten, zur Behandlung von Krankheiten — für einen bestimmten Personenkreis — zuzulassen.
Mit Schreiben vom 27. 12. 1938 teilte der Senat (Abt. für Gesundheitswesen und Bevölkerungspolitik) dem Vorstande mit:
„Auf die Schreiben vom 29. 9. und 19. 10. d. J. und die anschließenden mündlichen Unterredungen teile ich mit, daß der Senat den Herren

a) Dr. med. Walter Rosenthal, Danzig, Langer Markt 17,
b) Dr. Kurt Jakubowski, Zoppot, Haffnerstraße 35,

die Genehmigung zur Heilbehandlung von Juden erteilt hat."

Dr. Frumkin und Frau Dr. Rosenthal-Reissner erhielten die Genehmigung, die für die Auswanderung erforderlichen Gesundheitszeugnisse auszustellen und nötige Impfungen vorzunehmen.
Die Danziger Juden hatten drei Monate warten müssen, bis sie erfuhren, in welcher Weise ihre ärztliche Versorgung erfolgen würde. Dr. Rosenthal, der nichtarischer Christ war, in der Ausübung seiner Praxis durch Vergiftung einen Arm verloren hatte und als Arzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten einseitig spezialisiert war, wurde der einzige in Danzig zugelassene Arzt für die noch in der Stadt lebendend 3000 Juden.
Durch zwei Verordnungen vom 18. Januar 1939 verfügte der Senat, daß die Bestimmungen des Rentengesetzes und des Blindenrentengesetzes vom 1. Februar 1939 nicht mehr für Juden zur Anwendung kämen. Vom 1. 2. 1939 durften Leistungen, die über die gewöhnliche Wohlfahrtspflege hinausgingen, wie Alters- und Blindenrenten, nicht mehr an Juden gezahlt werden.

Am einschneidendsten war die Verordnung vom 1. Februar 1939 über das Ausscheiden der Juden aus der Rechtsanwaltschaft und dem Notariat. Die Verordnung bestimmte:

Juden ist der Beruf des Rechtsanwalts und das Amt eines Notars verschlossen. Juden, die noch in diesem Beruf tätig sind, scheiden mit dem 28. Februar 1939 aus. Wer Jude ist, bestimmt sich nach der Verordnung zum Schutz des deutschen Bluts und der deutschen Ehre vom 21. November 1938.
Der Artikel II regelte die rechtliche Beratung und Vertretung der Juden durch jüdische Konsulenten, deren Zulassung auf Widerruf erfolgt. Nach §13 verblieb den jüdischen Konsulenten als Vergütung für ihre Tätigkeit und als Entschädigung für Kanzleikosten ein Anteil an den aus ihrer Berufstätigkeit anfallenden Gebühren. Der Rest ging in eine Ausgleichskasse.
Am 14. Februar erschien eine Durchführungsverordnung zu der Verordnung über das Ausscheiden der Juden aus der Rechtsanwaltschaft und dem Notariat. Darin wurde bestimmt:
„Als jüdischer Konsulent wird nur zugelassen, wer aus der Rechtsanwaltschaft auf Grund der Verordnung ausgeschieden ist. Die Zulassung hat der Gerichtspräsident a) dem Gauleiter der NSDAP, b) dem Präsidenten der Anwaltskammer, c) dem Polizeipräsidenten mitzuteilen. Sein Schild muß die Aufschrift

„Konsulent, zugelassen zur rechtlichen Beratung und Vertretung von Juden"

tragen. Ebenso müssen alle Briefbogen etc. diese Aufschrift tragen. Die Vergütung der Konsulenten wird wie folgt geregelt: Von den Einnahmen aus ihrer Berufstätigkeit verbleiben dem jüdischen Konsulenten nach Abzug der eigenen Auslagen von den monatlichen Einnahmen: bis 400 G 90 %, 4—600 G 70 %, 600—1200 G 50 %, darüber hinaus 30 %.

Um den Prozeß der Rückwanderung nach Polen zu beschleunigen, erschien auf Veranlassung der Behörden im Danziger Gemeindeblatt vom 3. Februar 1939 eine besondere Bekanntmachung.

Sie hatte folgenden Wortlaut: Mit Ablauf des Monats Februar wird die Hilfsaktion für die nach Polen zurückkehrenden polnischen Staatsangehörigen unwiderruflich eingestellt. Wer also noch die Hilfe bei der Einwanderung in Polen in Anspruch nehmen will, muß spätestens im Laufe des Monats Februar Danzig verlassen, insbesondere diejenigen, welche bereits Hilfsanträge gestellt und bewilligt erhalten haben.

Die Danziger Regierung hatte bei der Übernahme des jüdischen Grundbesitzes gefordert, daß innerhalb der nächsten Wochen 1 000 Juden Danzig verlassen sollten. Während der Gemeindevorstand in erster Linie die legale Auswanderung im Auge hatte, war H. Segall bestrebt, vor allem seine jungen, militärisch vorbereiteten Revisionisten nach Palästina zu bringen und verhandelte dazu mit dem Betar in Paris, von wo die illegale Einwanderung in Palästina betrieben wurde.

Dr. Itzig flog nach London, wo er sich vergeblich bemühte, zusätzlich zu der bereits bewilligten Überführung von Kindern nach England auch Erleichterungen für die Einreise erwachsener Juden nach England sowie nach Palästina zu erreichen (die Jewish Agency konnte für Danzig nur eine geringe Zahl von Flüchtlingszertifikaten zur Verfügung stellen). Dr. Itzig hatte Besprechungen mit Professor Norman Bentwich, denen zeitweilig Sir Herbert Samuel beiwohnte, und auch mit Lord Rothschild[176]. Die Bemühungen waren ergebnislos, ebenso seine Versuche, bei der diplomatischen Vertretung Panamas die Visierung von Sammelausweisen zu erreichen. Die von Panama für Einzelvisen geforderte Gebühr von 5 Dollar hätte eine zu große Belastung für die Gemeinde bedeutet, so daß fast drei Monate vergingen, bis der erste Massentransport zustandekam.

Über die für den Massentransport entstehenden Schwierigkeiten berichtet Polizeirat Kammer:

Hermann Segall charterte einen griechischen Dampfer, der von Triest ab seine illegale Reise antreten sollte. Über das Reiseziel sollte größtes Stillschweigen gewahrt werden, um das Unternehmen nicht durch die englische Abwehr zu gefährden. Zur Reise von Danzig nach Triest bedurfte es aber zweier Durchreisevisen, des deutschen und des italienischen. Die Paßstelle des Deutschen Generalkonsulats erklärte sich sofort bereit, den Sammelausweis zu visieren, wenn der Ausweis das Visum des Bestimmungslandes aufwies. Da Panama abgelehnt hatte, wurde Kuba versucht. Der Gemeindevorstand schickte zwei Boten nach Prag, und nach zwei Tagen trafen die Herren mit dem von Kuba visierten Sammelausweis in Danzig ein. Nun gab die deutsche Paßstelle das Durchreisevisum, zumal Kammer eine Erklärung gab, daß keiner der Ausreisenden gewillt war, in Deutschland zu bleiben, und die Danziger Regierung sich bereit erklärte, jedem Teilnehmer während der Gültigkeitsdauer des Ausweises (1 Jahr) die Rückkehr zu gestatten. Das italienische Konsulat, das die Zusicherung gegeben hatte, als Achsenpartner mit uns zusammenzuarbeiten, begann Schwierigkeiten zu machen und verlangte, daß bereits vor Erteilung des Visums der Dampfer in Triest am Kai liegen müsse. Dadurch wäre von der Abfahrt aus Danzig mit allen notwendigen Formalitäten bis zum Auslaufen des Schiffes aus Triest mindestens eine Woche vergangen und erhebliche Kosten an Hafen-, Kai- und sonstigen Gebühren entstanden. Es mußte nunmehr aus technischen und auch aus Tarnungsgründen die Reiseroute geändert werden, zumal das italienische Generalkonsulat Schwierigkeiten machte und das Vertrauen in das Unternehmen verloren hatte.

Herr Segall versprach, den Dampfer, der bis dahin aus Griechenland noch nicht ausgelaufen war, nach Rumänien, und zwar nach dem Hafen Constanza zu beordern. Durch persönliches Einschalten des Danziger Polizeipräsidenten Froböss erteilten die bulgarischen und rumänischen konsularischen Vertretungen die notwendigen Durchreisevisen. Damit waren die rechtmäßigen Voraussetzungen zur Aus- und Durchreise gegeben. Mit dem Synagogenvorstand besprach ich sofort die Einzelheiten. Den Transport vom Zollamt Packhof in Danzig-Schäferei bis zur deutschen Grenze nach Marienburg mit Autobussen der Danziger Straßenbahngesellschaft und den Weitertransport von Marienburg bis Constanza sollte der Norddeutsche Lloyd übernehmen. Es wurde empfohlen, daß pro Person 25 Pfund Handgepäck mitgenommen werden dürften. Ich erklärte mich bereit, auf den leitenden Zollbeamten einzuwirken, daß wegen der Kürze der Abfertigungszeit keine besonderen Schwierigkeiten entstehen sollten. Als Abreisetag wurde der 3. März festgesetzt. Auf dem Sammelausweis standen 500 Erwachsene und 29 Kinder im Alter von 4 bis 13 Jahren. Oberzollkontrolleur Kurt Metz, dessen Namen ich wegen seiner Güte und Menschlichkeit bewußt erwähne, hatte seinen Beamten auf Grund unserer Rücksprache die Weisung gegeben, nur vereinzelte Scheinkontrollen durchzuführen, um das traurige Los der Scheidenden nicht noch zu erhöhen.

Die Monate bis zum Zustandekommen des Transports waren für den Vorstand drei Monate nervenaufreibender Verhandlungen. Ursprünglich sollte der Transport Anfang Februar abgehen und 1 000 Menschen umfassen, die bereits registriert waren und auf gepackten Koffern saßen. So war es mit Propes, dem Vertreter des polnischen Betar, der zu Verhandlungen nach Danzig gekommen war, abgesprochen. Der stellvertretende Polizeipräsident Dr. Tröger drängte auf Abgang des Transports, so daß die Gemeinde Anfang Februar ihren Syndikus Dr. Lichtenstein nach Paris zur Beseitigung der entstandenen Schwierigkeiten schickte. Dr. Lichtenstein bewog den Pariser Vertreter des Betar, Kaznelson, zu erneuten Verhandlungen mit den Stellen, die das Schiff stellen sollten. Es kam dabei heraus, daß offenbar mehrere hundert Betar-Leute zusätzlich mitfahren sollten, so daß nur 500 Danziger mitfahren konnten und sogar erst Anfang März. Von den 1 000 registrierten Danzigern mußte jetzt die Hälfte zurückgestellt werden. Familien wurden getrennt, Ungeduldige auf einen zweiten Transport vertröstet. Um baldmöglichst den zweiten Transport zusammenzubringen, verhandelten Dr. Lichtenstein und Dr. Bieler über Anschluß der zweiten 500 an einen Transport zionistischer Arbeiter aus Warschau. Der zweite, für Ende August 1939 geplante Transport ist jedoch wegen der Kriegsgefahr aufgegeben worden.

Der erste Transport brauchte drei Monate, um ans Ziel zu gelangen. Inzwischen hatte die Gemeinde verzweifelte Anstrengungen gemacht, um die noch fehlenden Mittel aufzubringen. Sie beauftragte Herrn Arthur Neustadt, ein langjähriges Vorstandsmitglied der Chewra Kaddischa, mit dem Verkauf der Inneneinrichtung der Synagoge. Die Orgel der Großen Synagoge wurde für 12 000 Zloty nach Krakau verkauft, die Leuchter aus der Synagoge Mattenbuden für 2 500 Zloty an eine private Synagoge in Warschau. Der Besitzer schrieb, er bete zu Gott, daß die Zeit kommen möge, da die Stadt Danzig wieder ihre jüdische Gemeinde habe und er die Leuchter zurückgeben könne. Das Gestühl der Synagoge wurde für eine neue schwedische Seemannskirche in Neufahrwasser erworben. Die reiche Bibliothek und das Archiv der Gemeinde wurden vor Zerstörung bewahrt, indem sie rechtzeitig an die Bibliothek der Universität Jerusalem gesandt werden konnten.

Schwierigkeiten bereitete der Verkauf der Kunstsammlung der Gemeinde. Sie war von dem Danziger Kunstsammler Leiser Gieldzinski 1904 anläßlich seines 75. Geburtstages der Gemeinde geschenkt und seither bedeutend erweitert worden. Es galt, für die wertvolle Sammlung einen geeigneten Käufer und bei etwaigem Verkauf ins Ausland die behördliche Ausfuhrgenehmigung zu erhalten. Ein in Danzig lebender Kunsthändler bot einen unannehmbaren Spottpreis; aus Holland kam ein Angebot von 13 000 Dollar, doch wagte die Gemeinde nicht, die Ausfuhrgenehmigung zu beantragen. Neustadt machte den glücklichen Vorschlag, die Sammlung dem amerikanischen „Joint" anzubieten, und der Joint, der ohnehin die Gemeinde finanziell unterstützte, war bereit, den Kaufpreis von 30 000 Dollar in sechs Monatsraten zu je 5 000 Dollar der Gemeinde zum Zweck der Auswanderung zu zahlen. Der Joint erklärte, sich durch den Kauf nur als Treuhänder zu betrachten; es wurde eine Frist von 15 Jahren vereinbart, in der bei eventueller Neubildung der Danziger Gemeinde die Sammlung wieder in ihren Besitz übergehen sollte. — Am 17. Januar wurde der Antrag auf Genehmigung des Verkaufs gestellt, und die bereits

nach vier Tagen erfolgte Genehmigung zeigte die wohlwollende Haltung des Polizeipräsidenten Froböß. Die Antwort lautete:

„Der Polizei-Präsident — Danzig, den 21. Januar 1939.
Tgb. Nr. Va 10 gem—39
Auf das Schreiben vom 17. Januar 1939 teile ich mit, daß ich polizeilicherseits Bedenken gegen die Überführung der Sammlung der jüdischen Kultgeräte der Gr. Synagoge nach Amerika nicht zu erheben habe, vorausgesetzt, daß der Erlös dem Auswanderungsfonds der Jüdischen Gemeinde in Danzig zur Verfügung gestellt wird.
An die Synagogengemeinde zu Danzig
Heumarkt 61 — gez. Froböss."

Noch im Januar wurde unter Aufsicht der Herren Neustadt und Schufftan die Sammlung im Beisein von Zollbeamten in 10 große Kisten verpackt und zum Versand fertiggemacht[177]. Sie enthielten folgende Gegenstände:

1 Aron Hakodesch, Nr. 1
1 Aron Hakodesch, Nr. 1a
9 Amulette, Nr. 2—10
2 Beschneidungsmesser, Nr. 11, 11a
11 Besomimbüchsen, Nr. 15—23, 23a, 23b
16 Chanukkaleuchter, Nr. 24—32, 32a—32f
5 Ethrogdosen, Nr. 33, 33a—33d
1 Gebetbuch, Nr. 34
3 Gebetbucheinbände, Nr. 38—40
3 Gebetbücher, Nr. 35—37
23 Jadajim, Nr. 42—45, 45a, 46—50, 50a, 51 (11 Stück ohne Nummer)
11 Keter (Kronen), Nr. 52—61, 61a
1 Ketuba (Ehevertrag), Nr. 62
8 Kidduschbecher, Nr. 63—64f
1 Kidduschtafel, Nr. 65
7 Leuchter, Nr. 67—69, 69a—69d
1 Leichenkamm, Nr. 66
5 Lichtgestelle, Nr. 70—73a
2 Mappen (Mäntel f. Torarolle), Nr. 74, 74a
7 Megillos, Nr. 75—79, 79a, 79b
2 Medaillen, Nr. 80, 81
5 Mesusaus, Nr. 82—86
4 Misrachim, Nr. 87—89a
2 Ner Tamid, Nr. 90—91
3 Ölbilder, Nr. 92, 92a, 92b
11 Parochet, Nr. 93—103
12 Vorhänge, ohne Nummer
5 Rimonim, Nr. 104—108
2 Sabbatlampen, Nr. 109, 110
1 Sabbatschüssel, Nr. 111
5 Sederschüsseln, Nr. 112—115, 115a
1 Pidjon-ha-Ben-Schüssel, Nr. 116
4 Schofars, Nr. 117, 117a, 118, 118a
1 Schofartafel, Nr. 119
1 Brautschleier, Nr. 120
1 Sofa, Nr. 121
11 Tasz, (silb. Torabehänge), Nr. 122—132
2 Tafeln, Nr. 133, 134
1 Paar Tefillin, Nr. 135
1 Miniatur-Torarolle, Nr. 136
51 Torarollen, Nr. 137—147 (40 ohne Nr.)
3 Wandarme (Paare), Nr. 148—150
6 Wandarme (ohne Nr., aus der Synagoge)
5 Waschgeräte, Nr. 151, 151a—d
1 Kanne mit Schüssel, Nr. 152
2 Becher für Leviten (ohne Nummer)
1 Handtuch, Nr. 153
2 Wasserblasen mit Becken, Nr. 154, 154a
6 Wimpeln, Nr. 155—160
4 Zedakahteller, Nr. 161—163, 163a
13 Zedakahteller (ohne Nummern)
3 Zedakah-Riechbüchsen, Nr. 164, 164a, 165
3 Zedakahteller, Nr. 166—168
2 Zedakahbüchsen, Nr. 162, 162b
2 Blaker (ohne Nummern)
1 Messingtafel zum Vorbeterpult (o. Nr.)
1 poln. Adler (ohne Nummer)
2 Löwen mit Gesetzestafeln (ohne Nr.)
1 Luther-Bibel (ohne Nummer)
14 Altardecken (ohne Nummern)
12 Vorhänge f. d. Toraschrein (ohne Nr.)
8 Toramäntel (ohne Nummern)
2 Fahnen

342 Stücke.

Die 342 Stücke, darunter 51 Torarollen und die Ehrentafel für die im Weltkrieg gefallenen Danziger Juden, wurden nach USA verschifft. Der Versand der Kunstsammlung bot eine glückliche Gelegenheit, die in der Synagoge angebrachte Ehrentafel vor dem Vandalismus zu bewahren, dem so zahlreiche Gedenksteine auf jüdischen Friedhöfen zum Opfer fielen. Außer der Gieldzinski-Sammlung enthielten die Kisten alle Kultusgegenstände, welche die Danziger Gemeinde bei ihrer Verschmelzung von den vorher bestehenden Einzelgemeinden erhalten hatte; dazu alle jene Torarollen, die ihr von den westpreußischen Gemeinden zu treuen Händen übergeben worden waren, als diese Gemeinden sich bei der Abtretung des Korridorgebiets auflöste. Nur zwei Jahrzehnte später, als auch wir in Danzig die Heimat verloren, mußten die Torarollen wiederum in ein anderes Land wandern, anderen zu treuen Händen übergeben werden[178].

Weit schwieriger als diese Vorbereitung sollte, wie Berichte zeigen, die Reise des ersten Transportes selbst verlaufen.

Polizeirat Kammer berichtet über den ersten Transport:

„Am 3. März 1939 sollten sich um 7 Uhr früh die Teilnehmer mit ihrem Gepäck auf dem Hof des Zollamts Schäferei einfinden und um 8 Uhr zum Weitertransport in Autobussen verladen werden. Die Stimmung war gut. Vielleicht trug dazu die menschliche Zollbehandlung bei, denn sie empfingen mich stürmisch und flüsterten mir zu, daß sie alles mitnehmen konnten, was ihr Gepäck enthielt.

Nachdem ich mich von vielen jüdischen Freunden und guten Bekannten auf dem Zollhof verabschiedet hatte, begab ich mich auf die Straße, um mich von der ordnungsmäßigen Verladung in die Autobusse zu überzeugen. Da wurde mir plötzlich gemeldet, daß in der Masse der Abschiednehmenden sich der englische Generalkonsul Shepherd mit seiner Stenotypistin und dem zu diesem Transport aus London herbeigeflogenen Reporter Mr. Johnson befanden. Meinen jüdischen Freunden und mir war klar, daß die Briten alles unternehmen würden, um die illegale Einwanderung in Palästina mit allen Mitteln zu verhindern. Es mußte versucht werden, dem Reporter keine Gelegenheit zu geben, die Abfertigung des Transportes zu überwachen. Er wurde von Beamten der Ausländerpolizei aufgefordert, sich zur Feststellung seiner Person zum Polizeipräsidium zu begeben. Hiergegen protestierte sehr energisch der Generalkonsul; doch da der Reporter nicht zum Gefolge des Generalkonsuls gehörte und somit auch nicht exterritorial war, konnte er für die Dauer der Transportabfertigung zum Polizeipräsidium gebracht werden. Generalkonsul Shepherd blieb mit seiner Mitarbeiterin auf dem Platz, bis der letzte der zehn Autobusse Danzig in Richtung Marienburg verlassen hatte. — Da nunmehr den Briten die Zahl der Auswanderer, ihre Zusammensetzung in Altersgruppen und der Zeitpunkt der Abfahrt bekannt war, war in jedem Fall mit Gegenmaßnahmen zu rechnen. Um solchen Maßnahmen entgegenzuwirken, forderte ich den Vertreter des Norddeutschen Lloyd, H. Dudek, und die Vertreter der Synagogengemeinde, die Herrn Thal und Kaminer, auf, sofort den Transport zu begleiten und nötigenfalls umzuleiten. H. Thal bekam für alle Fälle einen plombierten Geldsack (Inhalt 2000 Gulden) mit.

In Constanza sahen die Reisebegleiter zwei Männer, die vor dem Dampfer „Astir" im Hafen auf- und abgingen. Der griechische Kapitän der „Astir" gab zu verstehen, daß die beiden Männer, die Pfeife rauchten und englisch aussahen, sich über den Transport und die Abfahrt erkundigt hätten. Somit stand fest, daß dieser Transport von den Briten überwacht wurde.

Die Transportteilnehmer wurden auf dem Bahnhof Constanza vom rumänischen Jüdischen Hilfsdienst empfangen und bestens bewirtet. Die Stimmung war hervorragend, und von diesem Empfang wurden mir viele Dankschreiben geschickt. Keiner der Teilnehmer ahnte die Sorgen der Reisebegleiter. H. Dudek schlug vor, den Eisenbahntransport nach Beendigung der Begrüßungsfeiern

sofort nach dem Hafen von Galatz weiterzuleiten und den Dampfer „Astir" dorthin zu beordern. Die Eisenbahner lehnten die Weiterfahrt nach Galatz ab, weil die Lokomotive angeblich keine Kohlen hatte. Jetzt trat der Inhalt des Geldbeutels der Bank von Danzig in Aktion. Nach langem Feilschen glückte es den Reisebegleitern, die rumänischen Eisenbahner zu bewegen, gegen beachtliches Entgelt nach Galatz weiterzufahren. Auch der Kapitän der „Astir" ließ sich für die Umleitung seines Schiffes extra honorieren; außerdem erhielt er ein Schweigegeld.

Er hatte den Auftrag, von Galatz nach Haifa zu fahren, bei günstigem Wetter auf Strand zu laufen, Notsignale zu geben und eine weiße Flagge zu setzen. So war es verabredet. Man versprach sich davon ein reibungsloses Ausschiffen der Passagiere und nach kurzer Quarantäne Unterbringung in Palästina. Es kam jedoch anders als gedacht.

In Galatz wurden dem Transport 200 rumänische Juden zugeteilt, die sofort die Tonangebenden wurden . . . Ungefähr am 25. März 1939 verließ die „Astir" den rumänischen Hafen und dampfte in Richtung Palästina. Es wurden vertraute jüdische Lieder gesungen, und frohen Herzens erwartete man das gelobte Land. Als man nach tagelanger Fahrt glaubte, das Ziel erreicht zu haben, tauchte plötzlich an der Grenze der palästinensischen Hoheitsgewässer ein britischer Zollkreuzer auf und zwang die „Astir" zur Umkehr. Das geplante Landemanöver konnte nicht durchgeführt werden. Das Schiff drehte bei und fuhr in Richtung Griechenland, um Proviant und Frischwasser aufzunehmen.

In Griechenland wurde dem Schiff das Anlaufen des Hafens untersagt, weil die Passagiere keine gültigen Einreisepapiere hatten. Auf hoher See wurde der Proviant ergänzt, der Kapitän erhielt neues Handgeld und fuhr wieder in Richtung Haifa. Kaum war das Schiff in der Nähe der Hoheitsgrenze, tauchte wieder ein Zollkreuzer auf, und wieder ging es zurück nach Griechenland. Der Kapitän bekam neue Order, neues Handgeld und fuhr wieder ergebnislos nach Haifa. Dieser Pendelverkehr zog sich bis Ende Juni hin. Inzwischen gab es durch schlechtes Wetter Arm- und Beinbrüche bei den Passagieren, und die Stimmung wurde unerträglich.

Den Organisatoren des Unternehmens fiel auf, daß von jeder Annäherung der „Astir" die britischen Zollbehörden die genaue Uhrzeit kannten. Durch Querverbindungen konnte festgestellt werden, daß der griechische Kapitän bereits in Constanza von der britischen Abwehr gegen gutes Geld bewogen worden war, jede Annäherung des Transports der Küstenstation in Haifa zur Kenntnis zu geben. Gleichzeitig nahm er auch von seinen jüdischen Auftraggebern für jeden neuen Versuch, Palästina zu erreichen, ein beachtliches „Handgeld". Als der griechische Reeder erfuhr, daß der Kapitän für beide Seiten arbeitete, wurde sofort ein Wechsel in der Schiffsführung vorgenommen . . .

Der neue Kapitän steuerte auf Gaza zu, und am 30. Juni 1939 konnte die „Astir" ohne Menschenverluste in Gaza festmachen. Die Transporte wurden durch britische Soldaten in zwei Lager gebracht, nach Haifa und Sarafant. Die Internierung dauerte nur acht Tage. Bei der Entlassung bekam jeder ein Ordnungsgeld."

Dieser Bericht, der Angaben von Teilnehmern des Transports zusammenfaßt, wird ergänzt durch den Brief, den ein Teilnehmer des Transports, der junge Lehrer Cohn, unmittelbar nach der Landung am 1. Juli 1939 aus Beth Galim schrieb. Es heißt darin:

„Gott hat ein großes Wunder getan . . .

Am 5. März kamen wir nach dreitägiger Bahnfahrt in Reni bei Constanza an. Wir waren sehr enttäuscht, keine Spur von einem Dampfer zu sehen . . . Um 12 Uhr nachts endlich der Dampfer „Astir", ein kleines schmutziges Schiff, das uns wenig Vertrauen einflößte. Gleichzeitig nahte ein Zug mit etwa 250 Rumänen. Wir stiegen ein und bekamen unsere Lagerplätze, niedrige Verschläge mit Strohmatten, zugewiesen.

Die Rumänen übernahmen das Oberkommando. Die Pässe wurden abgenommen und später vernichtet . . . Bald mußten wir erfahren, welchen Leuten wir in die Hände gefallen waren.

Verbrecherische Elemente durch und durch; doch wir hatten uns vorgenommen, die Zähne zusammenzubeißen und auf jeden Fall durchzuhalten. Lange konnte es ja nicht dauern.
Am 20. März kreuzten wir vor Cypern — der letzte Tag vor Erez. Nach einigen Tagen wurde plötzlich Kehrt gemacht. Es ging nach Griechenland zurück. Nachts überraschte uns ein furchtbarer Sturm . . . Aber Gott half; am 23. März erreichten wir die Insel Samos, wo wir seit langem wieder frisches Brot erhielten. Das alte war völlig verschimmelt . . .
Am 1. April lagen wir vor Haifa. Alles war zum Ausbooten vorbereitet. Auf einmal flammten Leuchtkugeln auf; Kommandos ertönten, und eine Maschinengewehrsalve schlug über die Bordwand. Ein englisches Polizeiboot hatte sich lautlos der „Astir" genähert . . . Wir lagen in Hoffen und Bangen vier Tage vor Haifa, konnten alles genau sehen und wurden von Ruderbooten besucht. Pessach feierten wir an Bord, und jeder erhielt ein Ei, 1/4 Becher Wein, eine Apfelsine. Dann kam bald der Befehl: Rückfahrt nach Griechenland!
Die Stimmung war hoffnungslos. Die Schikanen durch unsere sogenannte Kommandantur nahmen von Tag zu Tag zu. Am 1. Mai kam es im griechischen Hafen von Laurion zu offener Empörung gegen die Kommandantur. Der Kommandant und seine Adjutanten wurden von der Polizei verhaftet. Es wurde eine neue Kommandantur von uns Danzigern gebildet; Vorsteher wurden unsere beiden Ärzte, Dr. Hirsch und Dr. Witkowski, ein prachtvoller alter Herr von tiefer Religiosität . . .
Am 3. Mai kamen unsere Verbrecher zurück, und alles wurde noch schlimmer . . . Am 9. Mai kam Herr Thal aus Danzig . . . Am selben Abend gab es eine furchtbare Aufregung; im Frauenraum war die Lampe explodiert und Feuer ausgebrochen. Es gab eine Menge verletzter Frauen. Am nächsten Tage passierte dasselbe bei uns, aber es war weniger gefährlich. Unsere beiden tüchtigen Ärzte durften nicht mehr amtieren; statt ihrer wurden zwei Kerle eingesetzt, die zwar das Vertrauen der Kommandantur hatten, nicht aber das der Kranken.
Am 13. Mai fuhren wir nach Zea ab; dort lagen zwei weitere Emigrantenschiffe; Ärzte und Führer kamen an Bord und wollten helfen, vermitteln, alles vergebens — täglich warteten wir vergebens auf die Abfahrt. Am 11. Juni traten fast alle in den Hungerstreik, der insofern Erfolg hatte, als wir von Zea abfuhren. Am 16. Juni setzte schon das Ende der ganzen Tragödie ein.
Ein Motorboot wurde besorgt und ins Schlepptau genommen; ein kleiner Kahn, wenig Vertrauen erweckend, auf dem 700 Menschen Platz haben sollten. Auf diesem Kahn sollten wir vor der palästinensischen Hoheitszone auf hoher See ausgebootet werden, da der Kapitän nicht wagen wollte, näher an die Küste heranzufahren. Am 17. Juni fuhren wir tatsächlich ab; unterwegs stellte sich heraus, daß der Motor des Kutters defekt war. Wir mußten erneut in einen Hafen einfahren; diesmal auf Kreta. Hier kam es zu offener Empörung; Frauen bekamen Weinkrämpfe . . . Die Kommandantur wurde gestürzt.
Plötzlich kam griechische Polizei an Bord. Auf Veranlassung der Kommandantur wurden fünf Personen, unter ihnen Dr. Hirsch und der dicke Weinberg (Journalist bei der Danziger „Volksstimme") verhaftet, schwer gefesselt, geschlagen und in den Kohlenbunker gesperrt. Bald wurden sie wieder entlassen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß nicht sie, sondern die Kommandantur die Hauptschuldigen waren . . . Nachdem der Motorkutter repariert war, ging es endlich los (24. Juni).
Jetzt sollte unsere Leidenszeit ihren Höhepunkt erreichen. Am 27. Juni, 6 Uhr, hieß es plötzlich: „Alle fertig machen zum Umbooten!" In Eile mußten wir uns von der „Astir" ins andere Boot begeben; „Kreaturen" der Kommandantur standen mit Knüppeln und Tauenden bewaffnet und trieben uns zur Eile an. Im Nu waren wir im Innern des Schiffes. Wir lagen wie die Heringe eingesperrt in einem flachen Schiffsraum; kein Licht, keine Luft. Man drängte nach oben, doch vergebens; die Aufseher mit den Knüppeln gingen brutal gegen jeden vor . . .
Inzwischen hatte sich das Boot, von der „Astir" gezogen, auf den Weg gemacht. Nach einigen Stunden verließ uns die „Astir". Im Boot wurden Menschen ohnmächtig; die Luft wurde schlechter

und schlechter. Plötzlich stand der Motor still. Eine Panik drohte auszubrechen. Schließlich wurden alle an das Oberdeck gebracht und genossen wieder frische Luft. Kommandant und Kapitän hatten den Kutter verlassen. Nun wurden Segel gesetzt und langsam trieben wir bei fast völliger Windstille dahin. Die Hitze wurde unerträglich. Schlimm wurde es aber, als es kein Wasser mehr gab; wir tranken das Kühlwasser vom Motor, vermischt mit Petroleum. Endlich kam Land in Sicht. Nun wußte man nicht, ob es sich um arabisches oder jüdisches Gebiet handelte. Als wir in Nähe der Küste waren, erklärte der Steuermann, daß wir bei der herrschenden Windstille noch weitere fünf bis sechs Stunden nach Tel-Aviv brauchten. Da wir weder Wasser noch Lebensmittel an Bord hatten, beschlossen wir, daß 200 Männer aussteigen sollten, um festzustellen, ob das vor uns liegende Gebiet arabisch oder jüdisch sei. Da erschien plötzlich das Ruderboot mit dem Kommandanten und seinen Untergebenen, die erklärten, daß wir vor einer jüdischen Siedlung wären und den Befehl zum Ausbooten gaben.
Alles wurde vorbereitet. Da kam die nächste Überraschung. Neben uns tauchte ein Segelboot auf; es war englische Polizei. Der Offizier kletterte auf unser Boot: „Seid ruhig, in wenigen Minuten seid Ihr frei, glückliche Bürger Palästinas. Sofort werden Boote hier sein, Euch abzuholen." Unbeschreiblicher Jubel folgte; die Boote kamen, gerudert von Arabern, und nach zehn Minuten hatten wir festes Land unter den Füßen. Es stellte sich heraus, daß es keine jüdische Siedlung, sondern ein arabisches Dorf war, in dem unser Kommandant uns landen wollte. Es wäre unser aller Ende gewesen, wenn nicht die englische Polizei uns gefaßt und dadurch gerettet hätte.
Der Zug von 700 Menschen setzte sich in Bewegung, geleitet von einem starken Polizeiaufgebot... In der Nähe eines englischen Militärlagers verbrachten wir die Nacht. Vor dem Weitermarsch am nächsten Morgen erhielt jeder zum Frühstück eine Büchse Corned Beef, ein Paket Cakes und einen Topf Tee mit Sahne. Dann ging es in rasender Fahrt in Autobussen durch ein arabisches Dorf nach dem anderen; denn wir waren in der rein arabischen Gegend von Gaza . . . Wir sind mit einem Teil des Transports in Haifa in einem jüdischen Emigrantenlager. Aufenthalt und Verpflegung sind vorzüglich . . .
Die Verpflegung auf dem Schiff war höchst unbefriedigend. Butter habe ich zum letzten Male am 13. März gegessen, Brot gab es nur selten. Nur steinhartes Schiffsbrot. Morgens gab es ein Getränk, das sich Tee nannte; es war warmes Wasser, das nach Karbol schmeckte. Zu Mittag gab es einen suppenartigen Brei, oft angebrannt. Die Hauptmahlzeit, das Abendbrot, bestand aus Tee; manchmal gab es eine Sardine oder etwas Marmelade übelster Art. So haben wir beinahe vier Monate gelebt, und viele Leute wurden krank. Durchfall und Furunkeln waren an der Tagesordnung. Ich bin Gottlob von Krankheiten und auch von Läusen verschont geblieben . . .
Im Grunde ist das alles so nebensächlich. Eines haben wir gerettet: das Leben! . . ."

Der Transport, der Anlaß zu einer Debatte im britischen Unterhaus geboten hatte[179], war lange völlig verschollen gewesen. Als nach Monaten der Ungewißheit die Gemeinde endlich von der Landung der „Astir" erfuhr, kam das Gefühl der Freude und Dankbarkeit ungehemmt zum Ausdruck.

Das Gemeindeblatt, das diese Freude bereits am 7. Juli in dem Leitartikel „Sabbatruhe" zum Ausdruck gebracht hatte, bot am 14. Juli folgende aufklärende Darstellung:

„Am 3. März haben wir mehrere hundert Menschen unserer Gemeinde auf eine Fahrt schicken müssen, die in unbekannte Tiefen führen sollte, — in Gefahren, deren Umfang wir zwar ahnen, aber in ihrer wirklichen Größe nicht voraussehen konnten. Was wir von uns aus tun konnten, um diese Fahrt ins Ungewisse zu erleichtern, war geschehen; wir hatten Ärzte und Medikamente auf den Weg gegeben; wir sorgten für die notwendige Ausrüstung und gute Verpflegung . . . bis zu dem Tage, an dem die Eisenbahnfahrt durch Europa endete . . . Dann begann die Fahrt über See. Wir hatten sie, was Schiff und Leitung betraf, nicht anders vorbereiten können, als

indem wir ihre Durchführung denjenigen Menschen und Organisationen überließen, die uns hierfür zur Verfügung gestellt worden waren. Es waren unter ihnen Menschen, denen wir vertrauten und vertrauen durften; waren andre, in deren Händen die Durchführung lag, ohne daß sie der Verantwortung gewachsen waren. Sie sind schuld, wenn die Lage unserer Menschen sich von Tag zu Tag schwieriger gestaltete . . .; sie haben als Juden jüdischen Menschen gegenüber das Bewußtsein jüdischer Schicksalsgemeinschaft mit Füßen getreten.

Wir haben spät von diesen Dingen erfahren, Wochen vergingen, bis es uns gelang, eine Verbindung herzustellen, einen Abgesandten zu unseren Schiffbrüchigen zu schicken, ihnen Lebensmittel und Kleidung zukommen zu lassen und vor allem festzustellen, wie ihnen zur Rettung geholfen werden könnte. Lange Zeit hat diese Hilfsarbeit in Anspruch genommen und ein ganzer Monat verging . . ., bis es endlich gelang, am 17. Juni das Schiff in Bewegung zu bringen. Auch damit war noch nicht das Schlimmste überwunden, auch wenn das Ende abgesehen werden konnte. Wir wissen aus Berichten der Geretteten, daß die letzten Tage und Stunden den Höhepunkt des Schreckens darstellten, daß noch zuletzt ungehörte Anforderungen gestellt wurden, bis englische Polizei das kleine Motorschiff, auf dem die Verzweifelten sich drängten, betrat und die Menschen an Land geleitete —, auf palästinensische Erde, liebevoll betreut von den Vertretern der staatlichen Macht und von den — wie lange — harrenden Verwandten und Freunden."

Um jene Zeit brachten freie Zeitungen des Auslandes manche Meldung, die das Danziger Gemeindeblatt nicht bringen konnte, unter anderem auch einen Bericht über den Verkauf der Synagogen von Zoppot und Danzig. Danach wurden die vom Feuer verbliebenen Ruinen der Zoppoter Synagoge für 16 000 Gulden verkauft und den Juden die Verpflichtung auferlegt, damit die Auswanderung zu finanzieren. Die Regierung habe erklärt, es könne der arischen Bevölkerung Danzigs nicht zugemutet werden, öffentliche Mittel für die jüdische Auswanderung zur Verfügung zu stellen (Jewish Chronicle vom 17. 3. 1938). Die Haltung des britischen Generalkonsuls Shepherd fand bei den Danziger Juden durchaus Verständnis. Als er Mitglieder des Vorstandes pflichtgemäß vor den Folgen etwaiger illegaler Einwanderungsversuche in Palästina warnte, waren wir überzeugt, daß die Warnung mehr der Danziger Regierung galt, die zur Auswanderung trieb, als den Danziger Juden, die getrieben wurden und keine freie Wahl hatten. Wie aber die Warnungen von der Danziger Regierung und Polizei beachtet wurden, zeigte die Ausschaltung des englischen Korrespondenten bei Abgang des ersten Transportes, und noch deutlicher der Brief des Präsidenten Greiser vom 9. Februar an den in der Schweiz auf Urlaub weilenden Hohen Kommissar:

„In der Judenemigration läuft alles vollkommen glatt — zum Leidwesen von Herrn Shepherd, der nun jeden Tag die Transporte zu torpedieren sucht. Der erste Transport mit 1000 Juden sollte nach dem Willen der Engländer bis zum 1. Juli und die übrige Emigration bis zum 1. Januar 1940 vertagt werden. Shepherd bringt den Wunsch Londons in Verbindung mit der Einwilligung zu Ihrem Verbleiben auf Ihrem Danziger Posten bei der letzten Tagung in Genf. Eine vollkommen unmögliche Kombination, da bei unserem Weihnachtsgespräch zwischen Shepherd und mir die Judenfrage überhaupt nicht zur Diskussion gestanden hat. Außerdem wollen die Juden auch gar nicht bleiben und wundern sich selbst über das plötzliche englische Interesse. Weiterhin ist alles organisatorisch und finanziell aufs Beste vorbereitet und liegt in der Hand von Herrn Froböss. Und wir können doch die Juden nicht zwingen, in Palästina nicht auszusteigen . . ."

Vom März 1938 bis September 1939 kontrollierte die Gestapo in Berlin, Wien und Prag die jüdische Auswanderung. Damals schickte man Menschen mit ungenügenden oder ge-

fälschten Papieren aufs Geratewohl in die Welt hinaus; die Schiffe kreuzten im Karibischen Meer oder an der Küste Südamerikas, um in irgendeinem Hafen ihre menschliche Fracht loszuwerden[180]. Es gelang nicht immer und forderte oft so schwere Opfer der jüdischen Hilfsorganisationen, daß diese sich zu der gemeinsamen Erklärung gezwungen sahen, keine Einwanderung zu unterstützen, die als illegal anzusehen sei. Es war auch der Grund dafür, daß alle Danziger Versuche, in London und Paris Hilfe und Unterstützung zu erhalten, erfolglos blieben.

Zu der Zeit, als der erste Massentransport Danzig verließ, erschien im Danziger Gesetzblatt eine Reihe von Verordnungen „zur Förderung und Sicherstellung der jüdischen Auswanderung".

„Verordnung zur Förderung und Sicherstellung der jüdischen Auswanderung aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig vom 3. März 1939.

Auf Grund des § 1, Ziffer 65 und des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und und Staat vom 24. 6. 1933 sowie des Gesetzes zur Verlängerung des Gesetzes vom 5. 5. 1937 wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

1. Zur Sicherstellung und Förderung der jüdischen Auswanderung aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig bilden alle Juden einen Haftungs- und Gewährsverband, die
   a) die Danziger Staatsangehörigkeit besitzen oder
   b) nicht nachweisbar eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen und im Gebiet der Freien Stadt Danzig ihren Wohnsitz haben,
   c) im Gebiet der Freien Stadt Danzig Eigentümer von Grundstücken sind.
2. Juden mit fremder Staatsangehörigkeit gehören dem Verbande nicht an, soweit zwischenstaatliche Abmachungen der Einbeziehung entgegenstehen oder der Senat im Einzelfalle von der Einbeziehung absieht.

Das gesamte Vermögen der Mitglieder unterliegt einem Verfügungs- und Veräußerungsverbot."

Dieser Eingriff in das Privateigentum war verfassungswidrig und brachte ein Gesetz erneut zur Geltung, das in weit milderer Form in Preußen zur Zeit des Judenreglements vor der Einbürgerung der Juden bestanden hatte[181].

Die Durchführungsbestimmungen vom gleichen Datum besagten, daß alle Wertpapiere, Aktien usw. dem Depotzwang unterlägen. Von dem Verfügungs- und Veräußerungsverbot war das Vermögen der Juden nur insoweit befreit, als es sich um bewegliche Gegenstände des persönlichen Gebrauchs und Hausrates, ausgenommen Luxusgegenstände, handelte (§ 3).

Das Gesetzblatt vom 18. März enthielt die Zweite Durchführungsverordnung vom 17. März 1939, worin bestimmt war: „Bei Zwangsvollstreckungen, Konkursverfahren sind Zahlungen an Juden als Gläubiger nur mit Genehmigung des Beauftragten (§ 4 der Hauptverordnung) zu leisten." Im Gesetzblatt vom 10. Mai erschien eine Dritte Durchführungsverordnung, worin weiter bestimmt war: „Die für die Auswanderung notwendigen Mittel werden durch den Beauftragten festgelegt, und im Rahmen dieses Planes kann der Beauftragte gegen die Mitglieder des Haft- und Gewährsverbandes Haftungsbescheide erlassen." Es war somit dem Judenkommissar überlassen, sobald er Geld benötigte, die Juden zur Zahlung zu veranlassen.

Um bei dem dauernden Verlust von Mitgliedern dem Vorstande die Arbeitsmöglichkeit zu bewahren, erging die Rechtsverordnung vom 14. März 1939 betreffs Änderung des Gesetzes über die Verhältnisse der Juden vom 23. Juli 1847. Die im Gesetzblatt vom 22. März veröffentlichte Verordnung besagte:

„Auf Grund . . . wird, um eine geordnete Liquidation der Judengemeinde zu ermöglichen, folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

Art. 1. Der Senat kann anordnen, daß für eine bestimmte Übergangszeit die Befugnisse der Repräsentantenversammlung auf den Vorstand übergehen und die Zahl der Repräsentanten weniger als 9 beträgt.

Art. 2. Der Senat kann ferner anordnen, daß der Vorstand sich durch Zuwahl auf die statutenmäßig vorsehene Zahl von Mitgliedern ergänzt. Die Zuwahl bedarf der Genehmigung des Senats.

Art. 3. Die Beamten der jüdischen Kultusvereinigungen und ihrer Verbände verlieren am Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung ihre Beamteneigenschaft. Sie treten mit demselben Zeitpunkt zu den Vereinigungen und Verbänden in ein bürgerlich-rechtliches Dienstverhältnis, auf das die bisherige Regelung ihrer Rechte und Pflichten entsprechend Anwendung findet.

Die Neueinstellung von Beamten durch jüdische Kultusvereinigungen und Verbände ist nur mit Zustimmung des Senates zulässig.

Art. 4. Die Vorstände der jüdischen Kultusvereinigungen sind berechtigt, Dienstverträge, gleichgültig, für welche Zeit sie geschlossen sind, mit einer Frist von drei Monaten zu kündigen. Das gleiche Recht steht den Dienstnehmern zu.

Art. 5. Aus einem bisher bestehenden Beamtenverhältnis oder einem Dienstvertrag begründete Ruhegehaltsansprüche gegenüber einer jüdischen Kultusvereinigung werden abgegolten durch eine Abfindung. Über die Abfindung entscheidet endgültig ein vom Senat eingesetztes und in seiner Zusammensetzung bestimmtes Schiedsgericht. Bei der Entscheidung des Schiedsgerichtes sind die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Ruhegehaltsberechtigten und -verpflichteten zu berücksichtigen. Bei Ruhegehaltsempfängern kann die Abfindung an die Versicherungsanstalt Westpreußen in Danzig gezahlt werden, die dem Ruhegehaltsberechtigten eine entsprechende Rente zahlt.

Art. 6. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft und nach Ablauf von zwei Jahren außer Kraft."

Das zunächst im Interesse der Gemeindeverwaltung erlassene Gesetz hob gleichzeitig mit einem Federstrich die wohlerworbenen Rechte der jüdischen Beamten der Gemeinde auf. Die Beamten, die sich durch Auswanderung zu retten versuchten, erhielten Abfindungen in ähnlicher Weise, wie der Senat die öffentlichen jüdischen Beamten abgefunden hatte, doch konnten die Abfindungen bei der Verarmung der Gemeinde nur gering sein.

Die Verordnungen über Währungsguthaben vom 1. April 1939 sowie vom 15. April über die Veräußerung von Devisen hatte für die Juden, die vor der Auswanderung standen, verheerende Wirkung. Die Verordnung hatte zum Ziel, im Auslande befindliche Währungsguthaben der in Danzig wohnenden Personen ins Inland zu bringen. Juden, die im Auslande ein Depot in bestimmter Höhe aufzuweisen hatten, um ein Einwanderungsvisum zu erhalten, aber noch auf Aushändigung des Visums zu warten hatten, blieb, um das Visum nicht zu verlieren, jetzt nur die Möglichkeit, selbst das Inland zu verlassen, das heißt sofort auszuwandern.

Das geschah auch, und die Auswanderung Einzelner erfolgte, wo nur eine Möglichkeit bestand. Die Gemeinde verlor im ersten Halbjahr 1939 ihre letzten wohlhabenden und prominenten Mitglieder; die Organisationen verloren ihre Leiter, die Institutionen ihren Zweck.

Dr. Brodnitz verließ sofort nach dem Verkauf der Synagoge am 9. Januar die Stadt. Er hatte den Gemeindekörperschaften 28 Jahre angehört, war 1928—1937 Vorsitzender der Repräsentanz

und dann Mitglied des Vorstandes. Er war zweimal Präsident der Borussia-Loge und leitete über zwei Jahrzehnte die Danziger Gruppe des C. V. Reiche Wertschätzung erwarb er sich als Vorsitzender der Aschenheim-Stiftung (Altersheim). Brodnitz starb nach Vollendung seines 80. Lebensjahres in Washington (D. C.).

Wertvolle Persönlichkeiten gingen dem Vorstand durch den Fortgang von Dr. Rosenthal und Dr. H. Lewy verloren.

Dr. Kurt Rosenthal stand seit seiner Jugend im Dienst der zionistischen Bewegung. Als Student förderte er die noch in den ersten Anfängen steckende jüdische Turn- und Sportbewegung. Er gehörte zu den Organisatoren der ersten Palästinafahrt des deutschen Kreises der jüdischen Turnerschaft im Jahre 1912. Fast zwei Jahrzehnte stand er im Dienst der Gemeinde als Vorstandsmitglied der zionistischen Organisation, als Leiter des Palästina-Amtes, als Mitglied der Repräsentanz und auch des Vorstandes. Seine Frau, Dr. Margarete Rosenthal-Reisner, begründete den hebräischen Kindergarten, war Vertrauensärztin des Palästina-Amts und Schulärztin an der Jüdischen Volksschule.

Dr. Herbert Lewy war langjähriger Vorsitzender der zionistischen Organisation in Danzig (nach dem Fortgang von Dr. Landau), in der Repräsentanz Fraktionsvorsitzender der Jüdischen Volkspartei. 1928—1938 war er stellvertretender Vorsitzender der Repräsentanz, zuletzt stellvertretender Vorsitzender des Gemeindevorstandes. In der eigenen Partei meisterte er die schwierige Aufgabe, die ostjüdischen Zionisten der verschiedensten Richtungen der Danziger Führung ein- und unterzuordnen. Mit seiner Gattin Margot widmete er sich mit Eifer der hebräisch-jüdischen Erziehung vom Kindergarten bis zur Jugend-Alijah.

So untrennbar wie der Name von Dr. Brodnitz mit dem C. V. verbunden war, war das Leben von Dr. Lewy mit der zionistischen Palästinapolitik der Jewish Agency verknüpft. Dennoch unterstützte er am 19. Dezember 1938 die revisionistische Politik von Hermann Segall, weil beiden die schnelle Rettung der Danziger Juden das Ziel war, weil Dr. Lewy in Segall den einzigen Mann sah, der den auf diesem Gebiet unerfahrenen Führern der Gemeinde den Weg öffnete und es Herrn Segall hoch anrechnete, daß er, der bereits ausgewandert war, für diesen Zweck noch einmal nach Danzig zurückkehrte.

Mit dem Fortgang von Lubart und Schiffmann verlor die Danziger Mizrachi-Organisation ihre Führer, die Synagoge Mattenbuden zwei Vorsteher, die viele Jahre die orthodoxen Sonderinteressen der Mattenbudener Gemeinde verfochten hatten.

Schiffmann hatte seinen Sohn Max (Meir) bereits 1937 auf die Hebräische Universität zu Jerusalem geschickt; dieser ist zur Zeit Professor am Dropsie College Philadelphia. Sein Bruder ist als Arzt in New York tätig.

Im April 1939 wanderte auch der Auswanderungsfachmann der Gemeinde, Dr. M. Lebenson, aus, der seit 1922 in Danzig gewirkt hatte. Vom Jahre 1932 stand er (als Nachfolger des Amerikaners Werosub) im Dienst der jüdischen Auswanderungsorganisationen Hias und Hicem; er betreute in gleicher Weise die polnische Auswanderung über Gdingen wie die 1937 einsetzende Auswanderung der Juden aus Danzig. Manchen Erfolg seiner Hilfsarbeit verdankte er den guten Beziehungen, die er zur Danziger Polizei unterhielt. Dr. Lebenson ging mit seiner Frau nach Australien. Im gleichen Monat ging Meier Bistricki, der zehn Jahre Sekretär des Ostjüdischen Vereins gewesen war, nach USA. Bistricki war ein glühender Zionist und gleichzeitig der Typ des russischen Intellektuellen. Das Gemeindeblatt wie der Jüdische Kulturverein in Danzig verdankten ihm wertvolle Beiträge.

Am 27. März 1939 wurden der Central-Verein, der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und die Religiös-liberale Vereinigung aufgelöst. Drei Tage später fand die letzte Mitgliederversammlung der Zionistischen Organisation in ihren bisherigen Räumen (Vor-

städtischer Graben 16) statt, in der beschlossen wurde, das Haus, das fast zwei Jahrzehnte der Mittelpunkt zionistischer Arbeit in Danzig gewesen war, aufzugeben und nur noch das Palästina-Amt im Interesse der Alijah fortzusetzen. Vom 10. Mai ab hatte das Palästina-Amt nur noch einmal wöchentlich Sprechstunde im Gemeindebüro; ebenso blieb das Büro der CWSt nur noch an zwei Nachmittagen geöffnet.
Die Auflösung des Vereins „Jüdischer Club" hatte bereits der Staatsanzeiger vom 4. Januar gebracht; zu seiner Liquidation wurden die Herren A. Bärwald, M. Berger und der Verfasser bestimmt. Dieselbe Ausgabe des Staatsanzeigers meldete auch die Auflösung der „Zionistisch-revisionistischen Organisation", des „Brith Trumpeldor" und des Jung-Jüdischen Bundes sowie die Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen der OSE.
Auch die Chewra Kadischa mußte sich in ihrer letzten Generalversammlung vom 16. April den veränderten Verhältnissen anpassen. Mitgliederzahl und Beiträge waren so zusammengeschrumpft, daß die Aufgaben der Chewra nur durch Zuschüsse der Gemeinde erfüllt werden konnten. Durch Befreiung von allen finanziellen Aufgaben verlor die Chewra ihre Selbständigkeit und wurde wieder eine ideelle Vereinigung von Brüdern, die ehrenamtlich die heiligen Pflichten der Sorge um die Verstorbenen und die Leidtragenden erfüllten.

Mit dem Verlust der Selbständigkeit der Chewra schied auch Julius Becker, der 23 Jahre ihr Vorsitzender und der Senior unter den Vorstandsmitgliedern gewesen war, aus seinem Amt. Becker war 1916—1928 Mitglied der Repräsentanz, 1928—1939 Mitglied des Vorstandes. Er leitete das Sozialdezernat der Gemeinde, organisierte die Centralwohlfahrtsstelle und die Wandererfürsorge (deren Leitung dem Verfasser übertragen wurde) und war unübertroffen in der Beschaffung der notwendigen Mittel. J. Becker ging nach England, und auch hier setzte er die Arbeit für die Danziger fort.

Die eben genannten Männer waren Führer der jüdischen Organisationen in Danzig gewesen; mit ihrem Weggang hörte jüdisches Organisationsleben auf zu pulsieren. Nichts aber führte den zurückgebliebenen Danzigern die verzweifelte Lage so klar vor Augen, wie der fast gleichzeitige Fortgang des Gemeinderabbiners Dr. Grün und des orthodoxen Raw Golinkin sowie die Schließung der Großen Synagoge.

Als am 1. April 1939 Dr. Grün dem Ruf an eine Reformsynagoge in USA folgte, verließ mit ihm der geistige und religiöse Führer eine sterbende Gemeinde. Als er als kaum 27jähriger Rabbiner das Amt des unvergessenen Rabbiners Dr. Kälter übernahm, hatte er in seiner Chanukka-Antrittspredigt seine Ideen und Ziele, seine Vorsätze und Erwartungen mit festem Vertrauen in die Zukunft entwickelt. Aber die damals berechtigte Hoffnung der Gemeinde, in einer freien und unabhängigen Stadt als freie, blühende und wachsende Großgemeinde auch eine große Führungsrolle übernehmen zu können, war zusammengebrochen. Am 31. März 1939 hielt Dr. Grün im Freitagabendgottesdienst seine letzte Predigt. — Dr. Grün, der zur Zeit Rabbiner in New Castle, Pennsylvania, ist, erhielt am 31. März 1962 seinen D. D. vom Hebrew Union College Cincinnati.
Raw Golinkin, der Dajan und orthodoxe Rabbiner der Mattenbuden-Synagoge, verließ fast gleichzeitig mit Dr. Grün die Danziger Gemeinde. Er war nur drei Jahre Lehrer und Seelsorger seiner Gemeinde gewesen. Ihm war es gelungen, unter schwierigen Umständen das Kaschrutwesen so gut zu organisieren, daß es als vorbildlich für den ganzen Osten betrachtet wurde. Auch das Schächtverbot konnte diese Organisation nicht zerschlagen, bis mit der Auflösung der Gemeinde alles in Trümmer ging.

Seine Kanzelvorträge waren eine Quelle der Belehrung; außerhalb der Synagoge war er stets bemüht, Gegensätze auszugleichen und versöhnend zu wirken, sowie die strikte Durchführung des talmudischen Gesetzes zu wahren.

Nach Dr. Grüns Fortgang vereinigte am 15. April 1939 der Sabbat nach Pessach die Danziger Beter zum letzten Male in der Großen Synagoge. Zum letzten Male lauschten sie den Klängen der Orgel und der Predigt über das Stiftzelt, das wandernde Heiligtum der Urväter in der Wüste. Damit war die Brücke vom einstigen zum heutigen jüdischen Schicksal geschlagen, und die Gebete erhielten für alle einen tieferen Sinn.

Am Ende des Gottesdienstes sprach der Vorsitzende der Gemeinde, Dr. Itzig, Worte des Abschieds.

Wir nehmen Abschied von unserem großen schönen Gotteshaus. Abschiednehmen ist zum überwältigenden jüdischen Schicksal unserer Tage geworden. Kinder nehmen Abschied von ihren Eltern und wissen oft genug, daß es ein Abschied für immer ist. Menschen nehmen Abschied von Freunden und Verwandten, von dem, was sie einst Heimat und Vaterland nannten; Menschen nehmen Abschied von Vorstellungen und Begriffen, von denen sie glaubten, daß sie das Fundament ihres Lebens seien; Menschen nehmen Abschied von den Gräbern ihrer Toten. Nicht mit großen Worten und nicht mit lauten Klagen erfolgt dieser Abschied; über diesem Abschied steht ein großes Schweigen; nur der traurige tränenerfüllte Blick im jüdischen Antlitz verrät den großen Schmerz. . . .Wenn wir jetzt durch die Pforten unseres Gotteshauses hinaustreten, wollen wir es nicht als gedrückte und getretene Menschen tun, sondern stolz und aufrecht als Träger eines wahren Gottesgedankens. Träger dieses Gottesgedankens kann aber nichts anderes bedeuten als trotz allem den unbeugsamen Willen sich zu erhalten für Recht, für Menschenehre und -würde bis an das Ende unserer Tage.

Auf den Freitagabend folgte noch ein Sabbatmorgen im alten Gotteshaus; an ihm hatte die Jugend das Wort. Zwei Barmizwa-Knaben traten zur Tora und legten Zeugnis ab für den Weiterbestand des Judentums, für die ewige Lebenskraft des alten Volkes, dessen Banner immer von neuem von jungen Händen ergriffen und einer neuen Zukunft entgegengetragen wird. — In dieser Gewißheit fand die Gemeinde die Kraft, die Tore ihrer Großen Synagoge für immer zu schließen.

Inzwischen wurde unter der künstlerischen Leitung des Architekten Leo Baumgardt und hingebenden Mitwirkung von Artur Neustadt und des Geschäftsführers des Arbeitnehmerverbandes, Heinz Lange, in wenigen Tagen in der Turnhalle ein würdiger Betsaal geschaffen. Bestandteile der Großen Synagoge wurden hierfür verwendet, und bereits am Freitag, dem 21. April, konnte der erste Gottesdienst im Turnhallen-Tempel gehalten werden, während die Wochentaggottesdienste vom 15.— 20. April im Aschenheimstift stattfanden.

Wie einst die alten Synagogen der Danziger Vorortgemeinden verkauft wurden, damit der Bau dieser Gr. Synagoge des Zusammenschlusses finanziert werden konnte, so war jetzt die Gr. Synagoge des Zusammenschlusses verkauft worden, um die Zerstreuung der Gemeinde, ihre Auswanderung, zu finanzieren.

„Wir wollen leben", schrieb unser Gemeindeblatt am Freitag, dem 14. April, dem Tage des letzten Gottesdienstes. „Wir wollen Ja sagen zu unserer Armut, zu der Unsicherheit unserer Existenz und den Mut haben, die schützenden Mauern unseres Gotteshauses zu verlassen, um hinzugelangen in eine unbekannte Ferne, in der noch kein Dach uns erwartet, sondern unser ganzes Leben erst von den Grundmauern neu aufgebaut werden muß. Unser Gotteshaus, unsere

Gr. Synagoge, können wir nicht mit uns nehmen. Aber die Weihe, die sie uns gegeben, die innere Stärke, die wir von ihr empfangen haben, sie leuchten wie eine ewige Lampe in uns fort, bis wir in einer neuen Gemeinde eine neue Heimat gefunden haben werden."

Kaum hatte die Synagoge ihre Tore geschlossen, als schon der „Vorposten" folgende Bekanntmachung brachte:

Verdingung:

Das Gebäude der Synagoge in Danzig, Reitbahn, soll zum Abbruch verkauft werden. Bedingungen sind im Städt. Hochbauamt, Altstädt. Rathaus, gegen Erstattung von 1 G erhältlich.
Termin: 22. April 1939, vorm. 10 Uhr.

Städtisches Hochbauamt.

Bald prangte auch als Symbol der Geschmacklosigkeit der Nazis an der Synagoge ein großes Plakat mit der Inschrift: „Komm, lieber Mai, und mache von Juden uns jetzt frei!" Bereits im Februar 1939 hatte die Höhere Jüdische Privatschule zu bestehen aufgehört.

Das Jüdische Gemeindeblatt vom 3. Februar 1939 hatte aus diesem Anlaß folgende Würdigung gebracht:
„In einem Rundschreiben an die Elternschaft hat die Leiterin der Höheren Jüdischen Privatschule, Dr. Ruth Rosenbaum, davon Kenntnis gegeben, daß die Schule am 15. Februar 1939 das laufende Schuljahr beendet und gleichzeitig geschlossen wird. Die noch in Danzig verbleibenden Schüler werden nach Einholung der erforderlichen Genehmigung die Möglichkeit haben, von einigen Lehrkräften der Schule betreut und auf die Auswanderung vorbereitet zu werden.
Diese Mitteilung fügt sich sinngemäß in die allgemeine Situation ein, in der sich das Danziger Judentum befindet. In einem Zeitpunkt, in dem die Hälfte der Gemeindemitglieder Danzig bereits verlassenen hat und der Rest sich zum Gehen wendet, hat die Schule ihre Aufgabe beendet. Sie wurde vor fünf Jahren durch private Initiative eines Kreises von Menschen ins Leben gerufen, der die Möglichkeit höherer Schulbildung denjenigen Kindern erhalten wollte, die ihrer geistigen Veranlagung nach Anspruch hierauf hatten, jedoch in den Rahmen der allgemeinen Höheren Schulen nicht mehr hineinpaßten. Das Ziel, das sich die Gründer stellten, wurde erreicht . . .
Wenn die Schule am 15. Februar die Pforten schließt, werden gleichzeitig die ersten Abiturienten die Reifeprüfung bestanden haben . . . Die Schule war im Jahre 1937 auf ihrem Gipfel angelangt, als sie über 200 Schüler in sich vereinte und den Lehrkörper beträchtlich erweitern konnte. Mit dem Einsetzen und Fortschreiten der Abwanderung ging der Schule jene Geschlossenheit und Beständigkeit verloren, welche für eine fruchtbare Erziehungs- und Bildungsarbeit nicht entbehrt werden konnte, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art, welche der Fortgang gerade der gutsituierten Eltern im Gefolge hatte. Der Versuch, mit Hilfe eines Kuratoriums der Gemeinde, der Schule ein neues Fundament zu geben, kam zu spät, da inzwischen der Strudel der Auswanderung die ganze Gemeinde erfaßt hatte.
So bleibt, wenn die Schule am 15. Februar ihre Arbeit beendet, das Bewußtsein, daß eine der wertvollsten kulturellen Institutionen des Danziger Judentums ihre Aufgabe abgeschlossen hat, und der Dank an alle, welche leitend, fördernd und bildend unter Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit an diesem Werk tätig gewesen sind."

Noch bestand die Jüdische Volksschule, aber auch hier galt es, Abschied zu nehmen. So sprunghaft wie die Schule in fünf Jahren gewachsen war, so schnell war sie wieder auf ihren Ausgangspunkt zurückgeworfen worden. Die Zahl der Schüler war auf etwa 25 % zusammengeschmolzen; die Schule hatte das Gebäude in der Heiligen-Geist-Gasse ver-

lassen, um wieder in ihre Anfangsräume am Rähm zurückzukehren. Die schlichte Entlassungsfeier 1939 bedeutete auch für die Lehrer Entlassung aus dem Dienst, und jeden erfüllte die Sorge, einen schnellen Weg zu finden, um die ungastliche Stadt verlassen zu können. Ein Sprechchor aus Stefan Zweigs „Jeremias" stärkte den tröstenden Gedanken, daß der Jugend doch die Zukunft gehört.
Am 13. April begann die Schule mit drei Klassen das neue Schuljahr, das auch das letzte sein sollte. Der Klasse I (1. und 2. Schuljahr) wurde ein Raum in der Brotbänkengasse 17 zugewiesen; Klasse II (3. und 4. Schuljahr) und III (5.— 8. Schuljahr) kamen in das alte Schulgebäude am Rähm nach der Rittergasse 4. Die drei Monate bis zu den Sommerferien ließen geordnete und ungestörte Arbeit nicht mehr zu. Die Kinder wurden auf dem Wege zur und von der Schule von Schülern in Uniform der Hitlerjugend angegriffen; es bedurfte manchmal des nicht ungefährlichen Eingreifens des jüdischen Schulleiters, um seinen Kindern einen freien Weg zu bahnen. Um unliebsamen Zwischenfällen aus dem Wege zu gehen, war die Schulleitung gezwungen, Beginn und Ende des Unterrichts zu verlegen.

Das Wohlwollen der Schulbehörde war geschwunden. Fremdenschulgelder wurden nicht mehr ermäßigt, noch weniger erlassen und nichtzahlende Fremdenschüler von der Schule amtlich verwiesen. Da auch die Gemeinde diese Gelder nicht zahlen konnte, sah sich die Schule gezwungen, diese Kinder, deren Zahl auf mehr als 50 stieg, außerhalb des Stundenplanes und mit Hilfe des nie versagenden Kinderhorts, unter der Leitung des sehr verdienten Frl. Edith Schreiber, weiter zu betreuen.

Der Rettung der jüdischen Jugend galt die nächste Sorge des Vorstandes. Sofort nach dem Beschluß zur Auflösung der Gemeinde wurden Verhandlungen mit englischen Hilfsorganisationen zwecks Unterbringung der Danziger Kinder in England aufgenommen. Es war äußerst schwer, die zuständigen Stellen in Bloomsbury House, die mit Anträgen aus dem Reich und aus Österreich überschwemmt waren, von der Dringlichkeit des Danziger Hilferufs zu überzeugen, doch gelang es den bereits in London weilenden ehemaligen Vorstandsmitgliedern, Senatsrat Berent und Julius Becker, den ersten Kindertransport zustandezubringen. Im April 1939 trafen endlich Einreisegenehmigungen für 74 Kinder im Alter von 7—15 Jahren ein, und der erste Transport konnte Danzig am 3. Mai 1939 verlassen.

Leider war es nicht möglich gewesen, alle von Danzig vorgeschlagenen Kinder zu berücksichtigen. Die Danziger Gemeindeverwaltung hatte in erster Linie Anträge für nichtgarantierte Kinder eingereicht, und Einreisepapiere konnten nur gegeben werden, nachdem Pflegestellen für die Kinder gefunden waren. Kindern polnischer und russischer Staatsangehörigkeit wurde die Einreise überhaupt verweigert, so daß nur Kinder, die Danziger, Deutsche oder Staatenlose waren, in Frage kamen.
Am Sabbat, dem 29. April 1939, versammelten sich Eltern und Kinder zu einem tiefernsten Abschiedsgottesdienst in der neueingerichteten Synagoge in der Schichaugasse.
Nach der Toralesung, zu der auch einige der älteren Knaben aufgerufen wurden, richtete der Leiter der Volksschule, der zum Leiter des Transports ausersehen war, herzliche Worte des Abschieds an die Jugend und mahnte, in Anlehnung an die verlesenen priesterlichen Bestimmungen, die scheidende Jugend, die in einen neuen Boden verpflanzt wurde, sich körperlich und seelisch rein und makellos zu halten. Rabbiner Dr. Weiß sprach den Segen und überreichte jedem Kind als Erinnerungsgabe des Gemeindevorstandes ein Gebetbuch unserer Danziger Ausgabe.

Am 3. Mai versammelten sich die 74 Kinder unter sechs Transportleitern auf dem Zollamt Packhof. Neben dem Verfasser Echt begleiteten den Transport Frau Else Itzig, Frau Betty Sass, Frl. Rosenberg vom Hilfsverein für jüdische Emigranten, Goldberg, der die Vorarbeiten im Gemeindebüro erledigt hatte, und Feitelberg. Von deutschen und Danziger Zollbeamten wurde die Verzollung ohne Schikane vorgenommen, und in Autobussen ging die Fahrt nach Marienburg, von dort mit dem Zuge über Berlin, Bentheim, Rotterdam nach Hoek van Holland und mit dem Dampfer nach Harwich.

Zwei Beamte der Berliner Gestapo begleiteten den Transport bis zur holländischen Grenze; wir reisten unter Zollverschluß. Die Kinder wurden sich dessen bewußt, als in Berlin Freunde und Verwandte an den Wagen kamen, um den Kindern Lebewohl zu sagen, es aber den Kindern nicht erlaubt war, aus dem Waggon zu steigen oder gar Abschiedsgeschenke entgegenzunehmen. Andererseits wurden an der deutsch-holländischen Grenze auf Einspruch unserer polizeilichen Begleiter die Kinder von der geforderten Zoll- und Devisenkontrolle befreit. Das Verhalten der beiden Gestapobeamten war dank der von Polizeirat Kammer gegebenen Anweisungen durchaus korrekt; der Transport konnte sie eher als Beschützer, weniger als seine Wächter und Aufpasser, betrachten. Die Kinder empfanden die Durchquerung des Reichsgebiets als Reiseabenteuer und spürten wenig von der ihnen feindlichen Atmosphäre.

Jenseits der Grenze wehte uns Liebe entgegen. Vertreter holländischer Hilfsorganisationen übernahmen den Transport und leiteten ihn nach Rotterdam in ein Jugendheim. Dort erschien am nächsten Tage die Danziger Familie Max und Anni Ruben, die als Flüchtlinge im Haag lebten, und beschenkten die Kinder mit Süßigkeiten. Es war der letzte Abschiedsgruß der Danziger Heimat.

Mit der Landung in Harwich am Morgen des 5. Mai wurde der Transport von der britischen Hilfsorganisation übernommen, die für reibungslose Zollabfertigung sorgte, die Kinder nach London führte, von wo aus sie in Einzelgruppen in ihre Bestimmungsorte befördert wurden.

In den folgenden Tagen gelang es dem Transportleiter durch Besuche im Bloomsbury House, beim Council for Jewish Refugee Children des Ordens B. B., bei Rabbinern und Organisationen besseres Verständnis für die verzweifelte Lage der Juden in Danzig zu wecken und Zusagen für die Unterbringung weiterer Danziger Kinder zu erhalten. Das erfreuliche Ergebnis war, daß Danzig noch drei Kindergruppen nach England schicken konnte. Leider war es nicht mehr möglich, nichtgarantierte Kinder unterzubringen; die Gemeinde hatte vielmehr für jedes Kind 20 Pfund einzusenden. Der zweite Kindertransport verließ Danzig am 5. Juli, der dritte am 10. Juli und der vierte am 23. August, nur eine Woche vor dem Einmarsch der deutschen Truppen.

Im Besitz des Verfassers befinden sich als wichtige Dokumente für die Geschichte der Danziger Juden Listen sämtlicher Kindertransporte. Die erste Liste enthält die jedem der Kinder vom Home Office ausgestellte Permit Nummer, die anderen das Geburtsdatum und zum Teil die Danziger Adresse. Die fünfte Liste nennt die von Danzig vorgeschlagenen Kinder, die für einen Transport nicht angenommen wurden. Ein Teil dieser Kinder wanderte mit den Eltern aus; ein kleinerer Teil dürfte nach Polen geflüchtet und dort als Opfer der Verfolgung umgekommen sein.

Liste 1 Transport vom 3. 5. 1939	74 Kinder	
Liste 2 Transport vom 5. 7. 1939	6 Kinder	
Liste 3 Transport vom 10. 7. 1939	18 Kinder	
Liste 4 Transport vom 23. 8. 1939	26 Kinder	= 124 Kinder

Von den 71 Kindern der Liste 5, die an keinem Transport teilnehmen konnten, dürften 35 — 40 auf anderen Wegen, sei es in Begleitung der Eltern, als Schüler und Studenten oder mit Hilfe anderer Organisationen nach England gekommen sein. Hinzuzurechnen sind weitere 35 — 40 Kinder und Jugendliche, die in keiner Liste verzeichnet sind. Auch auf Grund der Feststellungen des Verfassers kann angenommen werden, daß Ende 1939 etwa 200 Jugendliche aus Danzig in England lebten. Die Zahl beweist, daß die Danziger Gemeinde mit dem Ergebnis ihrer Bemühungen zur Rettung ihrer Kinder zufrieden sein konnte.

Wenn wir berücksichtigen, daß die Danziger gegenüber den deutschen und österreichischen Gemeinden und Organisationen mit ihren einflußreichen Fürsprechern in London, Leeds, Liverpool, Manchester oder Glasgow, stark im Nachteil waren, dann ist die Zahl der aufgenommenen Danziger Kinder durchaus günstig.

Die Danziger Listen zeigen eine unverhältnismäßig hohe Zahl staatenloser Kinder. Da Kinder mit polnischer und russischer Staatsangehörigkeit von der Einreise nach England ausgeschlossen waren, war es ein sehr günstiger Umstand, daß die Danziger Polizei nach dem I. Weltkriege den ostjüdischen Einwanderern, die ihre Staatsangehörigkeit nicht nachweisen konnten oder wollten, Personalausweise „mit unbestimmter Staatsangehörigkeit" ausgestellt hatte. Mit diesen Ausweisen konnten in den 20er Jahren nicht nur Tausende von Wanderern nach Übersee weiterziehen, sondern jetzt auch Kinder gerettet werden, die andernfalls mit ihren Eltern nach Polen ausgewiesen worden wären.

Bei dem ersten Transport handelte es sich ausschließlich um nichtgarantierte Kinder, für die das Londoner „Movement for the Care of Children" beim Home Office die Garantie übernommen hatte, und die mit Hilfe lokaler Flüchtlingskomitees Pflegestellen in Familien erlangt hatten oder in Kinderlagern untergebracht wurden. Es hatte großer Mühen bedurft, für die 74 Danziger Kinder Garantien und Einreisegenehmigungen zu erhalten. Dabei war zunächst die Rettung der Kinder das Wichtigste, während Fragen der Einschulung, auch der religiösen Erziehung, dagegen zurückzutreten hatten.

50 Kinder kamen nach Barham House in Claydon bei Ipswich in ein Flüchtlingslager, in dem bereits 160 Flüchtlingskinder untergebracht waren. Hier sollten die Danziger Kinder bleiben, bis für sie private Pflegestellen und Schulen gefunden waren. Eine zweite Gruppe (7 Kinder) ging nach Wittingham House in Schottland. Eine dritte Gruppe (8 Kinder) wurde von der Quakerfamilie Cadbury aufgenommen, die in Birmingham ein von einer deutschen Quakerfamilie geleitetes Flüchtlingskinderheim eingerichtet hatte. Eine vierte Gruppe (7 Kinder) kam nach Stroud (Grafschaft Gloucester) und wurde vom „Stroud and District Refugee Committee" in Privatfamilien untergebracht.

Als Vater von zwei Kindern dieser Gruppe hatte Verfasser während seines Aufenthalts in England manche Mißverständnisse zu klären und Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

Charlotte Szereszewski, die im Danziger Elternhaus eine streng orthodoxe Erziehung erhalten hatte, fühlte sich in der christlichen Umgebung so unglücklich, daß das Komitee den Verfasser aus London nach Stroud kommen ließ, dem es gelang, das Kind in einer jüdischen Familie in einer Nachbarstadt unterzubringen.

Ein weiterer Besuch war bei den Pflegeeltern der Annemarie Fleck vonnöten, die beim Anblick der reichen und gediegenen Ausrüstung des Kindes so enttäuscht waren, daß sie vom Komitee die Rücknahme des Kindes verlangten; sie hatten ein armes, unterernährtes, dürftig gekleidetes Kind erwartet, das sie nähren und kleiden wollten. Das Komitee bat mich, die Familie über die Lage in Danzig aufzuklären.

Von den sechs Transportbegleitern kehrten drei zurück, die noch in Danzig ihre Tagespflichten ausüben konnten: der Verfasser in seine Schule, die Sekretärin der HIAS in das Danziger

Auswanderungsbüro und die Frau des 1. Gemeindevorsitzenden zu ihrem Gatten, dem die weiteren Abwicklungsarbeiten der Gemeinde oblagen. Die übrigen drei Begleiter traten von England aus ihre endgültige Auswanderung an.

Nach Rückkehr des Verfassers wurde sofort die Zusammenstellung weiterer Kindertransporte betrieben. Die Auswanderung von Erwachsenen — als Einzelpersonen oder in kleinen Gruppen — setzte sich fort; wer nur die Möglichkeit hatte, betrieb fieberhaft seine Auswanderung. Jüdischer Hausbesitz wurde verkauft; jüdische Haushaltungen wurden verschleudert. Jüdischen Mietern wurden die Wohnungen gekündigt; mehrere Familien bezogen eine gemeinsame Wohnung. Andere lebten in Hotelzimmern und warteten voll Ungeduld auf die Auswanderungspapiere. Man wartete lange und vergeblich in den Vorzimmern der Konsulate, erhielt Versprechungen, die sich als trügerisch erwiesen, manchmal sogar ein kostspieliges Visum, das dann nicht anerkannt wurde und mehr Enttäuschung verursachte als glatte Absagen der Länder, die die Einwanderung von Flüchtlingen grundsätzlich ablehnten. Wir wissen, daß den Konsuln durch die Einwanderungsgesetze ihrer Länder die Hände gebunden waren, daß aber auch durch den Amtsschimmel und Bürokratismus manche Hilfsmöglichkeit verpaßt wurde. Während die Polizei Verhaftungen vornahm und zur Auswanderung drängte, dazu die Partei durch Schikanen und Gewalttaten die gehetzten Juden zur Verzweiflung trieb, waren diese ohnmächtig und konnten nur auf ein Wunder warten. Sie hatten ihre Existenz verloren und lebten von der schwindenden Substanz oder von der Wohlfahrt.

Der Sederabend, der am 3. April 1939 in den zerstörten Räumen der Borussia-Loge für die Familien veranstaltet wurde, die ihn nicht mehr im eigenen Heim begehen konnten, machte die biblische Erzählung zum Gegenwartserlebnis. Die Teilnehmer — unter ihnen der Verfasser als Leiter des Abends — aßen ihr letztes Passahmahl in Danzig wie einst ihre Väter in Ägypten, die Lenden gegürtet, den Stab in der Hand und die Schuhe an den Füßen. Man fürchtete, daß Hitler seinen bevorstehenden Geburtstag benutzen würde, Danzig als Geburtstagskuchen zu verschlingen, und mancher dachte an Heines Erzählung „Der Rabbi von Bacharach" und die Möglichkeit der Wiederholung solcher Überfälle des finsteren Mittelalters.

Nach Pessach verschmolzen die zusammengeschrumpften Körperschaften des Vorstandes und der Repräsentanz zu einer Arbeitsgemeinschaft, aber im Gemeindebüro arbeitete unter der Leitung von Dr. Itzig und Dr. Lichtenstein ein ganzer Stab arbeits- und existenzlos gewordener Gemeindemitglieder an den der Gemeinde noch verbliebenen Aufgaben der Auswanderung, Rückwanderung und Wohlfahrtspflege. Neue einschneidende Verordnungen und zahlreiche Verhaftungen sorgten dafür, daß diese Abwicklungsarbeiten beschleunigt wurden.

Mit Unterstützung einer amerikanischen Hilfsorganisation gelang die Auswanderung einer kleinen Zahl Danziger Familien nach Italien, Portugal, Argentinien, Brasilien, Columbien, Australien, Amerika, Südafrika und Shanghai. Daneben wuchs die Zahl derer, die sich durch Flucht in die polnischen Nachbarorte der drohenden Verhaftung entzogen, die ihre Auswanderungspläne hätte vereiteln können. Die Gestapo kontrollierte den Fortgang der Auswanderung, und das Gemeindebüro hatte wöchentlich namentliche Listen der Ausgewanderten einzureichen. Hierbei gelang es, einzelne Juden, die ohne Angabe von Gründen oder unter nichtigen Gründen in Untersuchungshaft saßen, durch Vermittlung des Polizeirats Kammer und das Versprechen sofortiger Auswanderung zu befreien[182].

Nur durch die Zusammenarbeit von Gemeinde, HIAS und Polizei war im Sommer 1939 die Auswanderung von Einzelpersonen und kleinen Gruppen noch möglich. Das Gemeindeblatt brachte nichts als Nachrufe und Abschiede, Bekanntmachungen neuer Regierungs- und Polizeiverordnungen, schüchterne und für die Polizei bestimmte Hinweise auf die stete Verringerung der jüdischen Bevölkerung, Mahnungen für die ohnehin verängstigten Juden, sich möglichst wenig zu zeigen und alles, was auffallen könnte, zu vermeiden. Man las wohlgemeinte Ratschläge, gemeinsame Wohnungen zu beziehen, und fand lange Listen über die Beschlagnahme jüdischen Vermögens, Verpflichtungen der Grundbuchämter, auf jüdische Grundstücke Sicherungshypotheken einzutragen. Hinzu kamen deprimierende Nachrichten über blutige Kämpfe in Palästina und wenig ermutigende Berichte über andere Einwanderungsländer.

Erfreulich war, daß führende Danziger Juden bereits in allen Ländern der Welt Beweise ihrer Zusammengehörigkeit und Verbundenheit mit den Juden in der Heimat zeigten. In Palästina hatte sich eine Gemeinschaft der Danziger, der „Irgun Olej Danzig", gebildet; zu dem Arbeitsausschuß gehörten: Benno Eisenstadt, Dr. Goldhaber, Dr. Mestschanski, Mazur, Pape, Plotkin, Dr .Segal, Dr. Rosenfeld, Dr. Schopf, Frau Sara Sternfeld, Schwarzmann, Turbowitsch, Woznianski. Alle Mitglieder dieses Ausschusses hatten sich im jüdischen Leben Danzigs wohl bewährt und waren bereit, Danziger Gemeinschaftsgefühl in Palästina weiter zu pflegen und denjenigen Danzigern mit Rat und Tat beizustehen, die unter ungünstigeren Bedingungen als sie jetzt in Palästina eine neue Existenz aufzubauen hatten. Die Begrüßung der mit der „Astir" gestrandeten Danziger durch bereits einheimische Danziger war ein solches Zeichen der Danziger „Landsmannschaft".

In England arbeiteten die ehemaligen Vorstandsmitglieder Senatsrat Berent und Julius Becker zusammen mit dem Danziger Gemeindevorstand für die Rettung der jüdischen Kinder.

In Frankreich suchte Studienrätin Dr. Haberfeld durch Gründung eines Schülerheims ihre Erziehertätigkeit fortzusetzen. In USA gründete Dr. Kamnitzer die „Danziger Vereinigung".

Bis zum Herbst 1939 hatten alle, die ihre Auswanderung aus eigener Kraft bewerkstelligen konnten, Danzig verlassen; geblieben waren nur die Alten, die Unbemittelten und diejenigen Wohlhabenden, die den Glauben an die Heimat nicht verloren hatten und sich von ihr nicht trennen wollten.

Die bei Auflösung der Gemeinde von der Regierung geforderte Auswanderung von 1 000 Juden war noch nicht möglich geworden; es bedurfte der nötigen Papiere, der Devisen und der Hilfe der HIAS. Daher fuhr am 19. Juni Polizeirat Kammer auf Anraten der Danziger Zweigstelle der HIAS nach Paris, um bei der Zentralstelle Hilfe für die Danziger Auswanderung zu finden.

Der Zeitpunkt seiner Mission war höchst ungünstig. Die Zentrale war mit dem tragischen Fall der „St. Louis" beschäftigt und glaubte, daß wegen der Dringlichkeit Deutschland vor Danzig eine bevorzugte Rolle zukommen sollte. Die Freie Stadt Danzig mit ihrem Völkerbundskommissar sei kein Dringlichkeitsfall. Wie es einen Monat vorher dem Verfasser gelang, Londoner Stellen von der Notwendigkeit der Hilfe für die Danziger Kinder zu überzeugen, konnte Kammer in Paris die Hias zur Unterstützung der Danziger Auswanderung bewegen. Die Hias war bereit,

bei der Bank von Danzig zu erwirken, daß 300 000 G in Devisen gewechselt und für Auswanderungszwecke zur Verfügung gestellt werden sollten.

Das Versprechen wurde gehalten, und noch vor Kriegsausbruch konnten drei weitere Kindertransporte nach England sowie Erwachsenentransporte nach Amerika und Shanghai abgefertigt werden. Ein weiterer Transport von 500 Personen wurde durch den Kriegsausbruch auf lange Zeit hinausgeschoben.

Das Danziger Gemeindeblatt vom 7. Juli bringt über den „Stand der Auswanderungsarbeit" folgende Angaben:
Eine Gruppe von etwa zwölf Familien ist bereits im Besitz der Einreisevisen nach Bolivien; zwei Familien konnten bereits am 29. Juni Danzig verlassen. Es sind durchweg junge Menschen, Handwerker und Siedler, die sich auf dem Land niederlassen wollen.
Am 8. Juli fährt nach Shanghai ab Marseille eine Gruppe von etwa 50 Auswanderern, meistens gleichfalls Handwerkerfamilien.
Nach England ist eine Gruppe von 20 Personen in Vorbereitung, die in dem Durchgangslager von Richborough die Wartezeit zubringen sollen, bis sie nach USA gehen können.
Es ist gelungen, für weitere Kinder Genehmigungen für England zu erhalten. Daneben verlassen allwöchentlich Einzelpersonen und Familien Danzig nach USA oder nach England.
In nächster Zeit dürften auch Einwanderungszertifikate für Palästina zur Verteilung kommen und eine größere Zahl von Familien aus Danzig fortführen.

Durch die Auswanderung nach Bolivien schieden aus dem engeren Kreis der Gemeindeverwaltung als Mitarbeiter aus: Heinz Lange, der Sachverwalter der jüdischen Arbeitnehmer, Siegfried Cohn, der Statistiker, und Heinz Kaminer, seit 1933 Inkassent der Gemeinde.

Heinz Lange hatte die Stellenvermittlung nach England betrieben, die Auswanderung nach Bolivien und Shanghai vorbereitet und sich auch den Angelegenheiten der jüdischen Pflichtarbeiter gewidmet.
Was den Pflichtarbeitsdienst Danziger Juden betrifft, so ist es übertrieben, wenn ausländische Blätter damals von einem KZ-Lager für Juden sprachen. Da mit dem 1. Juli die Zuteilung von Devisen aufhörte und sich die Auswanderung verzögerte, forderte die Regierung, daß die auf Auswanderung wartenden Juden, die unterstützt werden mußten, in Arbeit gesetzt werden sollten. Die Auswanderung als Endziel sollte bestehen bleiben, die Beschäftigung daher provisorischen Charakter tragen. Eine Gruppe von 60 Juden wurde beim Dammbau an der Dirschauer Brücke eingesetzt; sie taten auch hier ihre Pflicht. Die auferlegte Arbeitszeit, das Fehlen guter Verpflegung, die ungenügenden Unterkunftsverhältnisse, vor allem die entehrende Behandlung durch die Aufseher erinnerten manchen Pflichtarbeiter an die Sklavenarbeit der Vorfahren in Ägypten. Das Verlangen der Regierung entsprach auch nicht echtem Interesse an der Arbeitsleistung, sondern entsprang dem Wunsch, den im Reich eingeführten Arbeitsdienst der Juden nachzuahmen (Black Books, N. Y., 1946, S. 506). — Die Gemeinde sorgte für Kleidung, Decken und Liebesgaben aller Art und konnte nichts anderes tun, als die Zwangsarbeiter zum Ausharren bis zur baldigen Auswanderung ermutigen.
Siegfried Cohn hatte ehrenamtlich die statistische Abteilung geführt, die Bevölkerungsbewegung festgestellt und das Adressenmaterial gesichtet. Seine Aufgaben wurden danach von Willy Aronsohn übernommen.
Heinz Kaminer, seit 1933 Inkassent der Gemeinde, hatte die erste Gruppe der Shanghai-Auswanderer nach Marseille begleitet und trat am 10. Juli, wenige Stunden nach Rückkehr aus Marseille, die Fahrt nach Bolivien an.

Die Auswanderungsgruppe nach Shanghai, die aus 53 Personen bestand, verließ Danzig am 6. Juli nach Marseille, wo sie am Tage der Ankunft bereits nach Shanghai abging, und dort am 5. August 1939 eintraf. Dort befanden sich bereits 25 Danziger, die aus eigener Kaft ausgewandert waren, so daß im August 1939 die Gesamtzahl der Danziger in Shanghai rund 80 Personen betrug (davon hatten etwa 15 Danziger Pässe, die übrigen je zur Hälfte deutsche oder staatenlose Pässe). Vom 18. Mai 1942 bis zum September 1945 mußten sie im Ghetto von Hongkew wohnen, konnten zum Teil arbeiten und wurden zum Teil unterstützt. Als 1947 die Auswanderung einsetzte, ging der größere Teil am 1. 1. 1949 nach Israel, eine Minderheit nach USA und anderen Ländern.

Die vierte Gruppe, auf die das Gemeindeblatt hinwies, waren die Kindertransporte. Der zweite Transport verließ Danzig am 5. Juli unter Führung des Verfassers; bereits am 10. Juli folgte der dritte Transport unter Führung von Frau Itzig. Die Kinder des zweiten Transports waren vom B'nei Brith garantiert; die 26 Jugendlichen des dritten Transports waren Trainees, die beruflich, meist handwerklich, ausgebildet werden sollten. Die Gemeinde war in der glücklichen Lage, durch ihren früheren Vorsitzenden die für sie verlangte Garantie in Devisen zu leisten, obwohl in Danzig ab 1. Juli die Bank von Danzig der Gemeinde den Umtausch von Gulden in Devisen nicht mehr bewilligte.

Genau zwei Monate waren zwischen dem ersten und zweiten Kindertransport vergangen, und in dieser Zeit brachte die Weltlage neue Gefahren für die Juden in Danzig. Bereits im Juni herrschte Kriegsstimmung; wir waren uns darüber einig, daß Danzig das Pulverfaß sei, das zuerst explodieren würde, und daß Forster diese Stadt möglichst bald und möglichst seinem Führer „judenrein" zu übergeben hoffte. Für die in Danzig lebenden Juden, die ihren Ausweisungsbefehl gewissermaßen in der Tasche trugen, gab es nur die eine Losung: Rette sich, wer kann!

Die noch bestehende Jüdische Volksschule war, gleichsam als Spiegelbild dieser Lage der Danziger Juden, zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Sie hatte nur noch ein Sechstel ihres früheren Bestandes; der Lehrkörper war entsprechend vermindert. Zwar besaß sie als Erbe der aufgelösten Höheren Schule und mancher jüdischen Haushaltungen eine ausgezeichnete Bibliothek und reiche Lehr- und Lernmittel; an geordneten Schulbetrieb war aber nicht mehr zu denken. Turnhalle und Spielplatz mußten aufgegeben werden, weil die Kinder mit Steinen beworfen wurden.

Als die Schule ihre Tore für die Sommerferien schloß und ihre Fortführung nach den Ferien zweifelhaft erschien, übernahm der Verfasser den zweiten Kindertransport mit der Absicht, in England die Ferien mit seiner Familie zu verbringen, an einem Ferienkurs teilzunehmen und einen weiteren Kindertransport vorzubereiten. Der Ausbruch des Krieges verwandelte den für zwei Monate geplanten Ferienbesuch in einen fast achtjährigen Aufenthalt in England[183]. Damit kommt für die weitere Schilderung der Ereignisse in Danzig das persönliche Erleben des Verfassers in Fortfall.

Mit dem vierten Kindertransport (23. 8. 1939) wanderte auch der Gemeindevorsitzende Dr. Itzig nach England aus. Er hatte den Vorsitz im Gemeindevorstand bereits am 1. August niedergelegt und in den letzten Wochen nur noch die Leitung des Kuratoriums der Aschenheimstiftung und des Hilfsvereins für Emigranten beibehalten. In England wurde Dr. Itzig der Mittelpunkt für die dort lebenden Danziger.

Nach seiner Auswanderung übernahm in Danzig das Amt des Vorsitzenden am 1. August 1939 David Jonas[184], der am 20. Juli zum stellv. Vorsitzenden gewählt worden war.

Die Transporte nach Bolivien und Shanghai, die Kindertransporte nach England und die Abwanderung weniger Jugendlicher waren nur mit großen Schwierigkeiten für das Palästina-Amt zustandegekommen und brachten der Gemeinde keine wesentliche Erleichterung. Das Drängen der Behörden auf beschleunigte Auswanderung hielt an, während die Auswanderungsmöglichkeiten immer geringer wurden.

Das Gemeindeblatt vom 20. Juli bezeichnet die Auswanderungssituation in Danzig als verzweifelt. Infolge der Abwanderung der leistungsfähigen Gemeindemitglieder war die Gemeinde nicht mehr in der Lage, die erschütterte Position zu halten und noch weniger die Auswanderung zu fördern.

In dem Leitartikel „Die Auswanderung der kleinen Leute" klagt das Blatt darüber, daß infolge der Devisenbeschränkungen, die Anfang Juli eintraten, der Abtransport des noch verbliebenen Restes schier unmöglich geworden sei. Die wohlhabenden Danziger Juden im Auslande, die unter günstigeren Umständen und unter Mitnahme ihres Vermögens auswandern konnten, werden dringend gebeten, die Zurückgebliebenen nicht zu vergessen und ihre Auswanderung zu fördern.

Die Danziger Regierung wußte auf Kosten der Juden Rat zu schaffen. Den bisherigen Verordnungen zur Förderung und Sicherstellung der jüdischen Auswanderung folgten im Juli und August neue einschneidende Verordnungen, welche die Juden „zur Förderung der Auswanderung" ihres restlichen Vermögens, ihrer Grundstücke und ihrer Sachwerte beraubten.

Verordnung betr. die Entjudung der Danziger Wirtschaft und des Danziger Grundbesitzes

Auf Grund des § 1 Z. 65 und des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (GBl. S. 273) sowie des Gesetzes zur Verlängerung dieses Gesetzes vom 5. Mai 1937 (GBl. S. 358a) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

§ 1. Der Senat der Freien Stadt Danzig kann wirtschaftliche Unternehmen sowie Beteiligungen an solchen Unternehmungen, soweit sie sich in jüdischen Händen befinden oder zur Zeit des Inkrafttretens der Verordnung zur Förderung und Sicherstellung der jüdischen Auswanderung aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig vom 3. März 1939 (BGl. S. 89) in jüdischen Händen befunden haben, beschlagnahmen und der Verwaltung durch einen Treuhänder unterstellen. Das Gleiche gilt für Grundbesitz, soweit er im Gebiet der Freien Stadt Danzig gelegen ist und ganz oder teilweise in jüdischem Eigentum steht.

§ 2. 1. Der Treuhänder ist berechtigt, alle Handlungen vorzunehmen, die für eine ordnungsmäßige Verwaltung notwendig sind. Darüber hinaus ist er berechtigt, die seiner Verfügung unterstellten Vermögenswerte zu liquidieren oder zu veräußern.

2. Die Erträgnisse der Verwaltung sowie die Erlöse der Liquidation oder der Veräußerung hat der Treuhänder nach den Weisungen des Beauftragten zur Förderung der jüdischen Auswanderung (VO vom 3. März 1939) anzulegen oder über sie zu verfügen.

3. Der Treuhänder kann vom Senat jederzeit abberufen werden.

4. Der Treuhänder hat Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen sowie auf eine angemessene Vergütung. Auslagen und Vergütung sind aus den Erträgen oder dem Erlös zu begleichen; ihre Höhe wird durch den Beauftragten des Senates (Abs. 2) festgesetzt.

§ 3. Wer Jude ist, bestimmt sich nach der Verordnung zum Schutz der deutschen Ehre und des deutschen Blutes vom 21. November 1938 (GBl. S. 616).

§ 4. Der Senat wird ermächtigt, Durchführungs- und Ergänzungsbestimmungen zu dieser Verordnung zu erlassen.
§ 5. Die Verordnung tritt mit dem 23. Juli 1939 in Kraft.
Danzig, den 22. Juli 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig
Greiser Huth Hoppenrath

Durchführungsverordnung
zur Verordnung betr. die Entjudung der Danziger Wirtschaft und des Danziger Grundbesitzes vom 22. Juli 1939, vom 24. Juli 1939.

Auf Grund des § 4 der VO betr. die Entjudung der Danziger Wirtschaft und des Danziger Grundbesitzes vom 22. Juli 1939 erläßt der Senat folgende Durchführungsbestimmungen:
§ 1. Mit der Beschlagnahme gemäß § 1 der Entjudungs-Verordnung verliert der von der Beschlagnahme Betroffene die Befugnis, das mit Beschlag belegte Vermögensobjekt zu verwalten oder über dasselbe zu verfügen.
§ 2. 1. Der Senat hat die Beschlagnahme und die Bestellung des Treuhänders durch den Staatsanzeiger bekanntzumachen, kann sie aber auch in anderen Blättern veröffentlichen. Einer besonderen Bekanntgabe (Zustellung) an den Schuldner bedarf es nicht. Mit der Bekanntmachung (Satz 1) wird die Vermögensbeschlagnahme wirksam. Die Bekanntmachung (Satz 1) soll folgende Angaben erhalten:
a) Vor- und Zuname des von der Beschlagnahme Betroffenen und seines zuletzt bekannten Wohnortes,
b) die vom Senat erlassene Verfügung unter Bezeichnung der beschlagnahmten Vermögensobjekte,
c) den Namen des Treuhänders.
2. Die Beschlagnahme ist auf Antrag des Senats im Grundbuch und im Handelsregister einzutragen.
3. In gleicher Weise wird die Aufhebung der Beschlagnahme und gegebenenfalls die Abberufung und Bestellung eines anderen Treuhänders bekanntgemacht.
4. Die Kosten der Bekanntmachung trägt der von der Beschlagnahme Betroffene.
§ 3. Der Beschlagnahmebeschluß des Senats ist vom Präsidenten des Senats, dem Wirtschaftssenator und dem Finanzsenator zu unterzeichnen.
§ 4. Die Verordnung tritt am 25. Juli in Kraft.
Danzig, den 24. Juli 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig
Greiser Huth Hoppenrath

Verordnung zur Sicherstellung der jüdischen Wohlfahrtspflege im Gebiet der Freien Stadt Danzig

Auf Grund des § 1 Z. 47 und des § 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (GBl. S. 273) sowie des Gesetzes zur Verlängerung dieses Gesetzes vom 5. Mai 1937 (GBl. S. 358a) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:
§ 1. Der durch die VO zur Förderung und Sicherstellung der jüdischen Auswanderung aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig vom 3. März 1939 (GBl. S. 89) gebildete Haftungs- und Gewährsverband wird zugleich zum Haftungs- und Gewährsverband für die Sicherung der Jüdischen Wohlfahrtspflege im Gebiet der Freien Stadt Danzig bestimmt.
§ 2. Die Haftung des Haftungs- und Gewährsverbandes erstreckt sich demzufolge auch auf alle Aufwendungen, die der Senat der Freien Stadt Danzig oder von ihm beauftragte Personen und Personenverbände sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände im Gebiet der Freien Stadt Danzig in Ausübung der Wohlfahrtspflege für jüdische Personen machen und seit dem 1. April 1939 gemacht haben.
§ 3. Die Bestimmungen der Verordnung zur Förderung und Sicherstellung der jüdischen Auswanderung aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig vom 3. März 1939 (GBl. S. 89) sowie der Durch-

führungsverordnungen, die zu dieser VO ergangen sind, finden auch insoweit Anwendung als es sich um die Haftung des Haftungs- und Gewährsverbandes für die Aufwendungen der jüdischen Wohlfahrtspflege handelt.

Danzig, den 28. Juli 1939.

Der Senat der Freien Stadt Danzig
Greiser Dr. Grossmann Dr. Hoppenrath

Richtlinien für die jüdische Auswanderung
in einer Sonderausgabe des Staatsanzeigers vom 12. 8. 1939.

„Zur Verhinderung von Umgehungshandlungen im Sinne des § 33 der Guldenschutzverordnung erlasse ich gemäß § 5 der Guldenschutzverordnung für die Auswanderung von Juden folgende Richtlinien:

1. Juden dürfen Umzugsgut und sonstige Sachen nur mit Genehmigung des Beauftragten für die Judenauswanderung ins Ausland oder das Danziger Freihafengebiet versenden oder überbringen. Anträge auf Genehmigung sind vor der Verpackung oder Verladung des Umzugsgutes und der sonstigen Sachen unter Beifügung eines Verzeichnisses der zur Ausfuhr bestimmten Gegenstände zu stellen.
2. Juden dürfen im Reiseverkehr andere als die zum persönlichen Gebrauch unbedingt erforderlichen Gegenstände nur mit Genehmigung des Beauftragten ins Ausland oder das Freihafengebiet mitnehmen."

Unmittelbar nach Erlaß der Verordnung vom 22. Juli betreffs die Entjudung der Wirtschaft und des Grundbesitzes erschienen im Danziger Staatsanzeiger wie in der Danziger Presse immer längere Spalten mit der Aufzählung von Beschlagnahmen jüdischen Eigentums. Wie in den beiden Vorjahren die zwangsweisen Arisierungen der Geschäfte und Verkäufe von jüdischem Grundbesitz die Zeitungen füllten, waren es jetzt die Beschlagnahmungen und Enteignungen.

Die Richtlinien für die Auswanderung nahmen den Danziger Juden, die nach dem Verlust ihres Vermögens noch einige Wertsachen besaßen, deren Verkauf sie im Ausland über Wasser halten konnte, auch diese letzte Hoffnung.

Es war eine traurige Situation, in der David Jonas am 1. August 1939 den Vorsitz der an Menschen und Vermögen verarmten Gemeinde übernahm, und nicht minder traurig seine Aufgabe, die endgültige Liquidation der Gemeinde durchzuführen. Fast alle Mitglieder der früheren Verwaltungskörperschaften hatten Danzig bereits verlassen. Der neue Vorstand, der auch der letzte sein sollte, nahm folgende Arbeitsverteilung vor:

Vorsitzender:	David Jonas
Stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Erwin Lichtenstein
Finanzdezernent:	Dagobert Barnass,
Kultus, Friedhof:	Alfred Hirsch
Rechtsfragen:	RA a. D. Moritz Eisenstädt
Centralwohlfahrtsstelle:	David Jonas, Wilh. Aronsohn
Grundstücksfragen:	Henryk Brautmann
Auswanderung:	Dr. C. Reach, Filip Feitelberg
Zoppoter Angelegenheiten:	Dr. Kurt Jakubowski

Das Gemeindebüro wurde von Heumarkt 6 nach Vorstädt. Graben 44 a verlegt (Danziger Gemeindeblatt vom 18. 8. 1939).

In den Monaten Juli — August war eine gewisse Beruhigung der politischen Lage eingetreten. Sie war nur scheinbar; die friedliebenden Erklärungen Forsters wie Hitlers dienten nur dazu, der Welt Sand in die Augen zu streuen. Bei den Juden hielt das fieberhafte Streben, um jeden Preis aus Danzig herauszukommen, an; von den Einzelauswanderungen seien nur einige Fälle erwähnt:

Am 1. Juli war Rabbiner Dr. Weiß[185] vom Gemeindevorstand verabschiedet worden. Seine Nachfolge übernahm Rabbiner Dr. Bieler von der bereits aufgelösten Gemeinde Zoppot. Da auch die Gemeinde Langfuhr ihr Eigenleben beendet hatte, wurde ihr Kantor Torday mit dem Kantorat in der Danziger Stadtgemeinde betraut; dort war der beliebte Oberkantor Bernhard Chasin, der auch an der Jüdischen Volksschule unterrichtet hatte, bereits nach USA ausgewandert.

Am 2. Juli wurde in dem zum Olivaer Tor gehörigen Gebäude in der Schichaugasse eine Mittelstandsküche eröffnet. Der Kreis der darauf angewiesenen Personen war von Tag zu Tag größer geworden; viele, die ihren Haushalt bereits aufgelöst hatten, waren nicht mehr in der Lage, im Restaurant zu essen. In der Mittelstandsküche konnten sie im Kreis ihrer Schicksalsgenossen mit ihren schwindenden Mitteln bis zur Auswanderung durchhalten. Neben der Mittelstandsküche, die von den Frauen M. Jewelowski und E. Sachs geleitet wurde, verabfolgte die weiterbestehende Wohlfahrtsküche ihr Essen unentgeltlich; beide Küchen wurden mit steigender Not immer stärker in Anspruch genommen. Es erwies sich als besonderer Segen, daß bei dem Verkauf des Gemeindebesitzes das Grundstück am Olivaer Tor mit seinem Hinterhaus in der Schichaugasse nicht miteinbezogen worden war (dank einer großzügigen Spende von Max Feilchenfeld gehörte es dem von ihm gegründeten „Verein der jüdischen Sportfreunde").

Bald nach dem Fortgang von Rabbiner Dr. Weiß nahmen auch Arthur und Alice Bärwald[186] von der Gemeinde Abschied. Ferner verließen auf dem Wege nach USA auch Konrektor Moritz Friedländer und Frau die Stadt Danzig. Ihr Wunsch war, sich mit ihren Kindern, die bereits in Chicago lebten, zu vereinigen, doch waren sie wie so viele Danziger gezwungen, in Polen auf das amerikanische Visum zu warten und sind dort Opfer der Verfolgung geworden[187].

Die Lage der Gemeinde schildert der Vorstand in einem ausführlichen Bericht für die am 22. August 1939 in Paris stattfindende Konferenz des Joint, an der Vertreter aller Auswanderungsländer teilnahmen. Auch die Danziger Gemeinde schickte ihren Vertreter. Dr. Lichtenstein bat bei dieser Gelegenheit dringend um Hilfe für den dritten Kindertransport nach England, für den die Devisen fehlten, und mit Hilfe des Jointleiters in Warschau gelang es, hierfür 5 000 Dollar zu erhalten. Da an demselben Tag der deutsch-sowjetische Pakt geschlossen wurde, der den Kriegsausbruch näher rückte, telefonierte Lichtenstein noch in der Nacht nach Danzig, daß er das Geld erhalten habe und der Transport sofort abgehen müßte.

Bericht der Synagogengemeinde zu Danzig für die Konferenz vom 22. August 1939

1. Allgemeine Situation

Die jüdische Bevölkerung im Gebiete der Freien Stadt Danzig ist nach einer zweijährigen Auswanderungsperiode auf 1666 Personen zurückgegangen, von denen 716 Danziger Staatsangehörige und 950 Ausländer (Deutsche, Staatenlose, Polen usw.) sind. Die möglichst vollständige

Auswanderung der Juden aus Danzig ist nach wie vor das Ziel der Politik der Danziger Regierung. In Danzig verbleiben sollen lediglich die Personen über 65 Jahre sowie die aus anderen Gründen auswanderungsunfähigen Personen. Diese werden, soweit sie sich nicht aus eigenem Vermögen erhalten, in einem Altersheim zusammengefaßt. Die Finanzierung dieses Heims erfolgt:

1. Aus dem Vermögen des seit Jahrzehnten hier bestehenden Altersheim „Aschenheimsche Stiftung".

2. Mit Hilfe von Zuschüssen, welche aus dem Fonds des Senatsbeauftragten für Judenauswanderung gegeben werden. Dieser Fonds setzt sich aus Abgaben aus jüdischen Vermögen zusammen, welche durchschnittlich in Höhe von 25 % erhoben werden. Ferner können einstweilen in Danzig verbleiben die sogenannten Schutzjuden, d. h. die Inhaber und die Angestellten der exportwichtigen Firmen.

Diese beiden Gruppen zusammen betragen etwa 400 Personen.

Was die Auswanderungsmöglichkeiten der übrigen betrifft, so werden hierüber genauere Zahlenangaben der Konferenz vorgelegt werden können.

Eine größere Anzahl besitzt Aussicht, nach USA, England, Südamerika und Shanghai auszuwandern. Das Tempo der Auswanderung hängt jedoch, abgesehen von Beschaffung der erforderlichen Papiere, von der Zurverfügungstellung der erforderlichen Devisen ab. Seit Anfang Juli werden die bis dahin großzügig bewilligten Devisenzuteilungen durch die Bank von Danzig für Auswanderungszwecke nicht mehr zur Verfügung gestellt. Vielmehr haben die Danziger Behörden die Auswanderer, welche Devisen benötigen, an die Synagogen-Gemeinde verwiesen, damit diese aus den ihr durch die Subventionen des Joint zugeflossenen eigenen Devisenbeständen den Auswanderern gegen Zahlung des Gegenwerts in Guldenwährung die benötigten Devisenbeträge zur Verfügung stellt. Soweit es sich um mittellose Ausländer handelt, welche mit Hilfe der „Hicem" emigrieren, hat diese die erforderlichen Devisenbeträge aufgebracht. Schwierigkeiten macht dagegen die Beschaffung der Passagekosten für solche Auswanderer, welche in Danzig über Guldenbeträge verfügen und infolgedessen bisher von der „Hicem" keine Unterstützung bei ihrer Auswanderung gefunden haben.

Es wird zu prüfen sein, ob die „Hicem" unter Änderung ihres bisherigen Standpunktes auch in solchen Fällen die erforderlichen Passagekosten zur Verfügung stellen könnte, wogegen der Auswanderer seine Mittel in Danziger Währung für örtliche Hilfszwecke abzugeben hätte.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß in Kürze ein Transferabkommen zwischen der Danziger Regierung und einer von der Jewish Agency delegierten palästinensischen Gesellschaft zum Abschluß kommen soll. Es besteht die Hoffnung, daß mit Hilfe dieses Abkommens ein Teil des jüdischen Vermögens nach Palästina wird überführt werden können und daß auch die Auswanderung der Inhaber dieses Vermögens, soweit sie sich noch in Danzig befinden, auf diese Weise wird gefördert werden können.

Infolge der Verzögerung der Auswanderung gestaltet sich die Lage der aus dem Wirtschaftsleben ausgeschalteten Juden besonders kritisch. Etwa die Hälfte der Gemeindemitglieder ist auf Unterstützung angewiesen. Die übrigen, mit Ausnahme der kleinen Gruppe der Schutzjuden, lebten von der Substanz und müssen mit einem baldigen Verbrauch ihrer verbliebenen Mittel rechnen. Infolgedessen ist der Versuch gemacht worden, einen Teil der jüdischen Arbeitslosen mit Hilfe der Regierung wieder zu beschäftigen. Es ist eine Anzahl von 40 Arbeitern versuchsweise mit Deicharbeiten in Güttland an der Weichsel beschäftigt worden.

2. Statistik

In der Zeit vom 1. Januar 1939 bis 31. Juli 1939 sind 1272 Juden von Danzig ausgewandert. Ein Zuzug fand überhaupt nicht statt. Infolgedessen wurden auch Unterstützungen in bezug auf Umzug nicht gegeben.

Die jüdische Bevölkerung betrug am 1. Januar 1939 = 2938 Menschen, am 1. 8. 1939 = 1666.
In den Monaten Januar bis Juni 1939 wurden für Auswanderung Dollar 17 315,63
und für Unterstützungen Danziger Gulden im Gegenwert von Dollar 15 851,29
verausgabt. Die Mittel stammten in der dem Joint bekannten Höhe von diesem, ferner von dem bereits erwähnten Fonds des Beauftragten für Judenauswanderung, also aus örtlichen jüdischen Mitteln.
Die von der „Hicem", Paris, über den Hilfsverein für jüdische Emigranten in Danzig gegebenen Subventionen entziehen sich unserer Kenntnis. Hierfür besitzt die „Hicem", Paris, eigene Unterlagen.

3. Die gesetzliche Situation der Juden in Danzig

hat ihren Niederschlag gefunden insbesondere in den Verordnungen der Regierung vom 3. März und vom 22. Juli 1939. Wir fügen die Exemplare des „Jüdischen Gemeindeblattes", in denen diese Verordnungen gebracht sind, zur gefl. Kenntnisnahme bei. Darüber hinaus sind eine Reihe von Bestimmungen betr. die Juden nach deutschem Vorbild erlassen. Insbesondere ist am 1. Januar 1939 ein Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes ergangen. Ferner sind die Juden von den gesetzlichen Steuererleichterungen ausgeschlossen. Ebenso erfolgte der Ausschluß aus der Rechtsanwaltschaft, dem Ärzteberuf und praktisch aus den meisten anderen Berufen. Es ist ein jüdischer Rechtskonsulent, zwei jüdische Ärzte für die Versorgung der jüdischen Bevölkerung zugelassen. Ferner gibt es noch einige wenige jüdische Handwerksmeister und jüdische Exporteure mit ihren Angestellten. Jüdische Ladengeschäfte sind nicht mehr vorhanden.
4. Was die Aussichten der Emigration der noch hier vorhandenen Juden betrifft, so nehmen wir auf die zu Punkt 1 gemachten Ausführungen Bezug, insbesondere auf die in Aussicht gestellten statistischen Angaben zu diesem Fragenkomplex.
5. Eine Organisation der Regierung zur finanziellen Hilfeleistung existiert nur in dem bereits erwähnten Sinne, daß aus jüdischen Vermögensabgaben ein besonderer Fonds gebildet worden ist, der von einem Beauftragten des Senats verwaltet und für jüdische Auswanderung, sowie zur Versorgung der auswanderungsunfähigen Juden verwandt wird. Der Grundsatz der Regierung ist dahin dargelegt worden, daß die noch vorhandenen Juden sich mit Hilfe des jüdischen Vermögens zu erhalten und ihre Auswanderung zu bestreiten hätten. Die von Staatswegen früher gezahlten Renten und Unterstützungen sind zum allergrößten Teil hinfällig geworden. Nur in vereinzelten Fällen werden noch Kriegsrenten und andere Renten ähnlicher Art gezahlt.
6. Ein Auswandererlager besteht in Danzig nicht.
7. Eine handwerkliche oder landwirtschaftliche Umschichtung findet in Danzig nicht statt.

Der Bericht erwähnt unter anderem ein erhofftes Warentransfer-Abkommen zwischen der Danziger Regierung und Palästina. Zu diesem Zweck kamen Anfang 1939 Dr. Herbert Förder, im Sommer Rechtsanwalt Lewinsohn aus Tel-Aviv nach Danzig. Levinsohn hatte eine Reihe von Besprechungen mit Oberregierungsrat Walter Hildebrandt, dem Leiter der Wirtschaftsabteilung des Senats und Beauftragten für die wirtschaftlichen Judenprobleme. Ferner hatte Lewinsohn Besprechungen mit Danziger Industriellen, um Bestellungen für Palästina zu machen, die mit den in Danzig eingefrorenen jüdischen Guthaben bezahlt werden sollten. Die Pläne fanden in den Besprechungen, an denen seitens der Gemeinde Dr. Lichtenstein teilnahm, auch Hildebrandts Interesse; aber in der letzten Besprechung am 15. August habe Hildebrandt erklärt, daß jede Fortsetzung der Verhandlungen zwecklos sei, da der Krieg unmittelbar bevorstehe. Lewinsohn, der trotzdem in Danzig blieb, wurde vom Kriegsausbruch überrascht; nur unter großen Schwierigkeiten konnte er mit seiner Frau über Polen — Rumänien nach Tel-Aviv zurückkehren[188].

Der Bericht enthält nur einen kurzen Hinweis auf das Altersheim, das schon in seiner bisherigen Form als „Aschenheim-Stift" eine wichtige Rolle im Gemeindeleben gespielt hatte. Da alle Alten über 65 Jahre in Danzig bleiben sollten, drängten sich diejenigen, die wegen ihres Alters wenig Aussicht auf baldige Auswanderung hatten, zur Aufnahme in das Heim. Die Zahl der Bewerber wuchs ständig; größere Summen wurden eingezahlt, oft beträchtliche Vermögen dem Heim als Erbe übergeben, um sich in der wilden Flut der Zeitereignisse einen ruhigen Lebensabend zu sichern. — Das Heim war seit 1933 erweitert worden und dank der glücklichen Finanzverwaltung seines Kassierers, des Bankdirektors W. Anspach, war das Vermögen des Heimes sogar erheblich gestiegen. So faßte im Sommer 1939 die Gemeindeverwaltung einen Plan, der bei der Sonderlage Danzigs durchführbar erschien. Auf Grund seines Vermögens konnte das Aschenheim-Stift zwecks Übersiedlung seiner Insassen in hoffnungsvolle Verhandlungen mit Frankreich treten. Die Ausführung des kühnen Planes scheiterte leider an dem Widerstand des französischen Innenministeriums.

Am 16. Juni 1939 konnte Dr. Itzig, der die Verhandlungen führte, an den früheren Vorsitzenden Dr. Brodnitz, der bereits in Kuba weilte, folgendes schreiben:

„Als erfreulichste und gerade Sie besonders interessierende Entwicklung kann wohl die angesehen werden, die das Aschenheim-Stift betrifft. Hier stehen wir kurz vor der Realisierung folgenden Planes: es sollen 40 ältere Menschen nach Bayonne bei Biarritz überführt werden.

Bayonne ist ein Städtchen mit 20 000 Einwohner und einer sephardischen, sehr wohlhabenden Gemeinde von etwa 2000 Seelen. Diese Gemeinde hat sich bereit erklärt, in einem Heime 40 Menschen aufzunehmen, wofür wir ihr pro Kopf 50 000 ffrs (etwa 7 0000 G) zahlen. Der Bankier Bieber hat uns in dieser Angelegenheit sehr unterstützt, und auf dessen Veranlassung haben wir einen Herrn G. aus London nach Bayonne geschickt, der in außerordentlich geschickter Weise die Verhandlungen geführt hat. Dieser Herr G. hatte nun vorgestern im französischen Innenministerium eine entscheidende Aussprache. Er hat uns mitgeteilt, daß die Bewilligung des Ministeriums so gut wie gesichert sei. Auch mit den hiesigen Stellen ist über die Frage der Transferierung bereits gesprochen worden, und wir hoffen, auch da zu einem guten Ende zu kommen. Wir werden von den 42 Insassen allerdings die ganz alten hierlassen müssen; die Zahl wird aber reichlich durch neue Patienten ausgefüllt werden, die zum Teil recht erhebliche Beträge einzahlen.

Leider wird unser Aschenheimgebäude einer großen baulichen Aktion der Partei zum Opfer fallen. Vom Krebsmarkt bis zur Sandgrube werden sämtliche Gebäude abgerissen. Hier soll ein großes KdF-Hotel errichtet werden. Wir werden also im Herbst ohnehin unser Heim räumen müssen. Für die hier verbleibenden Leute wird im Einvernehmen mit den Senatsstellen eine zweckentsprechende Unterbringungsmöglichkeit geschaffen werden. Gedacht ist an ein Gebäude in Oliva. Übrigens soll der Verkaufspreis 80 000 G betragen, wobei wir hoffen, daß der Betrag uns in Devisen gezahlt wird."

Zur Bestürzung der Danziger verliefen die Verhandlungen in Paris ergebnislos. Das französische Innenministerium lehnte die Einwanderungsbewilligung ab. Einige Wochen später erfuhr der Verfasser in London, daß es gewisse Bedenken des Kriegsministeriums waren, die das Innenministerium zur Ablehnung bewogen hätten.

Heute wissen wir, daß die Auswanderung nach Frankreich nur vorübergehende Sicherheit bedeutet hätte. Dennoch gehört die Ablehnung zu den tragischen Fällen, in denen der Notschrei der verzweifelten Juden ungehört verhallte.

Es war gerade Tischo b'Av, jener schwarze Tag jüdischer Geschichte, an dem der Räumungsbefehl der Gemeinde mitgeteilt wurde. Schon einmal war die Räumung im Mai verlangt worden, doch konnte damals das Verhängnis verhindert werden[189]. Diesmal, am 25. Juli, konnte nur eine Verlängerung der Räumungsfrist von 8 auf 14 Tage erreicht werden. Innerhalb dieser kurzen Frist mußten neue Unterkunftsmöglichkeiten gefunden werden. Die Gemeinde übertrug diese Aufgabe Arthur Neustadt, der bereits Danzig verlassen hatte und in Warschau seine Auswanderung betrieb. Er wurde telegraphisch zurückgerufen, und es gelang ihm, mit der entgegenkommenden Hilfe des Vertreters des Judenkommissars, Dir. Bittner, innerhalb der gewährten Frist ein stattliches Heim in der Milchkannengasse 25—26 zu schaffen. Bittner beschlagnahmte das einer Frau Luchsenberg in Warschau gehörende Grundstück und kündigte den Einwohnern (Juden wie Nichtjuden) mit sofortiger Wirkung. Dieses Mal konnte der Judenkommissar der Gemeinde auch großzügige Hilfe — auf Kosten der Juden — leisten („Der Herr hat gegeben — der Herr hat genommen"); er bewilligte aus beschlagnahmtem jüdischem Vermögen großzügig die Kosten des Um- und Ausbaus. Mit einem Aufwand von 96 000 Gulden wurde das zum Teil völlig verwahrloste Grundstück instandgesetzt; 70 Räume wurden ausgebaut und zum größten Teil möbliert, sechs Badezimmer eingerichtet, ein würdiger Betsaal sowie ein rund 100 Personen fassender Speisesaal erstellt. Hier fanden 124 Menschen ein Heim, das unter den obwaltenden Umständen alle Erwartungen übertraf.

Am 26. August fand mit 42 Insassen der Umzug des Altersheimes vom Heumarkt nach der Milchkannengasse statt, und schon am 1. September war das neue Heim mit 130 Personen voll besetzt. Unter den neuen Insassen sah man zahlreiche Gemeindemitglieder, die das Heim früher nur als Spender gekannt hatten, nun aber froh waren, hier untergebracht zu sein, zum Beispiel die Witwen des Rabbiners Kälter oder des Repräsentanten Rabow, des Nervenarztes Dr. Meyer und des Apothekers Gordon, die Ehepaare Knopf, Kuschlewski, Ludwig Cohn, Georg Sternberg.

Arthur Neustadt und Frau, die früher dem Kuratorium des Aschenheim-Stiftes angehört und nun auch das neue Heim eingerichtet hatten, wurden als Insassen zugleich Leiter des Altersheims.

Kaum waren die Alten untergebracht, da entlud sich das Unwetter des Krieges über die Stadt. Der Krieg kam über Nacht und überraschte die schlafende Bevölkerung, als am 1. September 1939, morgens 4.45 Uhr, der Kreuzer „Schleswig-Holstein" mit der Beschießung der Westerplatte begann. Zwanzig Jahre Geschichte der Freien Stadt Danzig, die mit dem Ausgang des I. Weltkrieges ihren Anfang genommen hatten, wurden durch den Ausbruch des II. Weltkrieges abgeschlossen.

Für die noch knapp 1700 Seelen umfassende Judengemeinde Danzig begann das Schlußkapitel.

Kapitel IV

Die Juden in Danzig im II. Weltkrieg (1939-1945)

Bei Kriegsausbruch war in Danzig von der einst blühenden Großgemeinde nur ein entrechteter und unterstützungsbedürftiger Rest — knapp 1 700 Seelen — verblieben, wovon nur ein Teil auf Auswanderung hoffen durfte. In den ersten Kundgebungen wurde die Judenfrage nicht berührt. Untergeordnete Elemente der Partei, denen der Prozeß der Abwanderung zu langsam verlief, hielten aber die Stunde bereits für gekommen, ihren niederen Instinkten zu folgen und die Juden in Danzig ebenso zu behandeln, wie es unmittelbar nach dem Einmarsch in den Korridor geschah.

Polizeirat Kammer berichtet hierüber folgendes:

„Am 2. September 1939 begab ich mich vormittags in die Stadt, um mich nach dem Befinden meiner jüdischen Bekannten zu erkundigen. Vor dem Gebäude des Mädchen-Oberlyzeums, Viktoria-Schule, sah ich zu meinem Erstaunen zwei Posten. Als ich den Schulhof betrat, konnte ich kaum meinen Augen trauen. Ungefähr 300 Menschen, Juden und Angehörige der polnischen Eisenbahndirektion, standen dort, zum Teil mit dem Gesicht zur Hofmauer; zum Teil mußten sie kleine Steine vom Hof auflesen. In der Mitte des Hofes stand ein Tisch, auf dem ein Berg Papiergeld getürmt war. Ich fragte einen, auf dem Hofe „aufsichtführenden" politischen Leiter, was das zu bedeuten habe. Mir wurde kurz gesagt, daß heute Nacht diese politisch unzuverlässigen Personen aus den Wohnungen geholt worden wären und ihr Geld sichergestellt sei. Unter den von der SA eigenmächtig Inhaftierten sah ich u. a. auch den Kulturreferenten der Jüdischen Gemeinde, Herrn Oskar Grau, der heute in Israel wohnt. Ich begab mich sofort zum Polizeipräsidium zurück und stellte fest, daß keine polizeiliche Dienststelle von dieser Maßnahme eine Ahnung hatte und somit ein Willkürakt der Gauleitung vorliegen mußte. Ich beauftragte sofort den Polizei-Inspektor Zube, die sofortige Rückzahlung des eingezogenen Geldes und die Entlassung der widerrechtlich festgehaltenen Männer zu veranlassen. Seitens der Gauleitung wurden Einwände erhoben, aber mein energischer Hinweis, daß wir noch nicht zum Reich gehören und die Danziger Verfassung im Augenblick noch zu respektieren sei, wurde ohne Widerstand zur Kenntnis genommen. Polizei-Inspektor Zube konnte die Rückzahlung des beschlagnahmten Geldes und Freilassung der Festgehaltenen durchführen."

Es waren mehrere Gründe, welche Kammers Auftreten gegen die Partei und seinen Erfolg ermöglichten, und daß in den ersten Kriegsmonaten die Behandlung der Juden in Danzig noch eine erträgliche war. Zunächst hatte Forster in § 4 des neuen „Staatsgrundgesetzes" erklärt, daß bis zur Entscheidung des Führers die Danziger Verfassung in Kraft bleibe; dazu hatte Forsters Machtübernahme die alte Rivalität zwischen ihm und dem Präsidenten Greiser neu belebt. Schließlich hoffte damals Hitler trotz der Kriegserklärung der Westmächte noch auf die Möglichkeit eines schnellen Friedens mit England. Anders als in Polen, wo sofort die schwersten Gewalttaten gegen Juden und Polen einsetzten, sollten in Danzig solche Maßnahmen, wie Massenverhaftungen und -deportationen, die den Unwillen der Welt erregen würden, unterbleiben. Einzelne Gewalttaten kamen aber schon damals vor.

Danzigs Wiedervereinigung mit dem Reich fand ihren Höhepunkt in dem feierlichen Empfang Hitlers im Danziger Artushof am 19. September 1939. Vor seinem Triumphzuge durch die Stadt zum Artushof wurden alle Juden, die in der Nähe dieses Weges wohnten, verhaftet. Angeblich sollten sie nach Schluß der Feierlichkeiten wieder in Freiheit gesetzt werden; stattdessen wurden sie in das KZ-Lager Stutthof gebracht und wurden nicht wieder gesehen. Unter den Verhafteten befanden sich Adolf Schmidtmayer, Jakob Lange (von der „Volksstimme") und der langjährige Kantor der Gemeinde, Leopold Schufftan[190].

Aus Danzig, dem Korridorgebiet und den seit 1920 zu Ostpreußen gehörigen Teilen der ehemaligen Provinz Westpreußen wurde der „Reichsgau Danzig-Westpreußen" unter Forster als „Reichsstatthalter" gebildet. Die Übergabe der ostpreußischen Kreise Elbing, Marienburg, Marienwerder, Stuhm und Rosenberg wurde mit der Deportation der Juden dieser Städte nach dem Generalgouvernement gefeiert; damit waren diese einstigen Gründungen des Ritterordens „judenrein" und der Zustand des Mittelalters wiederhergestellt. Zur gleichen Zeit wurden auch aus dem Korridorgebiet die Juden deportiert, unter ihnen auch die Danziger Juden, die sich nach dem Korridor geflüchtet hatten, um dort auf ihre weitere Auswanderung zu warten. Sie blieben verschollen. — Neutrale Zeitungen berichteten von Massenerschießungen und -deportationen[191]. Bald meldete der „Vorposten", daß mit der Zerstörung der Tucheler Synagoge die letzte Synagoge in Westpreußen verschwunden sei, und Forster konnte sich rühmen, das einstige Pommerellen als erstes Gebiet völlig judenfrei gemacht zu haben.

In Danzig war die Lage der Juden erträglicher, da die Danziger Verfassung noch bis zum April 1940 in Kraft blieb. Aber durch zahlreiche Verordnungen und Gesetze wurde auch hier die Gleichschaltung mit dem Reich bewirkt. Die Gesetze über die Beschlagnahme jüdischen Vermögens wurden, wie im Reich, auf jüdische Wert- und Schmuckgegenstände ausgedehnt.

Von besonderer Bedeutung wurden folgende Verordnungen:

1. die Verordnung über die Beschlagnahme des polnischen Vermögens vom 4. September 1939,
2. die neue Gemeindeordnung vom 5. September 1939,
3. die Verordnung über die Meldepflicht polnischer Staatsangehöriger und Angehöriger der polnischen Minderheit vom 7. September 1939,
4. die Verordnung über die Zahlungsmittel vom 9. September 1939,
5. die Verordnung über die Mitnahme von Reisegepäck vom 13. Oktober 1939,
6. die Verordnung über das Verbot des Zuzuges nach Danzig vom 24. Oktober 1939.

Das Jüdische Gemeindeblatt vom 13. Oktober 1939 teilte mit, daß die Bestimmungen über die Ausfuhr von Reisegepäck Änderungen erfahren habe. „So ist es in erster Linie künftig verboten, Schmucksachen mit Ausnahme von Eheringen, besondere Wertgegenstände und photographische Apparate auszuführen. Darüber hinaus ist auch die Mitnahme von Gebrauchsartikeln, Kleidungsstücken und Wäsche einzuschränken."

In diesem Zusammenhang weist die Zeitung darauf hin, daß die Listen des Reisegepäcks zwecks Ausfuhrgenehmigung bei dem Beauftragten für die Judenauswanderung einzureichen sind.

Da die Ausfuhrbestimmungen für Reisegepäck auch eine Beschränkung bei Kleidungsstücken und Wäsche vorsehen, verweist die Gemeinde eindringlichst auf die Not, in der sich weite Kreise der Gemeinde befinden.

„Für jeden Glaubensgenossen, der von uns scheidet, muß es daher eine Selbstverständlichkeit sein, Sachen, die er nicht mitnehmen kann, restlos der Gemeinde zur Verfügung zu stellen und somit für seinen Teil zur Linderung der herrschenden Not beizutragen."

Das „Amtsblatt des Reichsstatthalters in Danzig-Westpreußen" enthielt nicht nur die vielen Ausnahmegesetze gegen Juden und Polen, sondern auch zahlreiche Beschlagnahmen jüdischer Grundstücke und Hypotheken.

Von einschneidender Bedeutung für die Juden wurde die Verordnung vom 25. November 1939, wonach sich alle Ausländer bis zum 1. Dezember zu melden und um weitere Aufenthaltsgenehmigung zu bitten hatten. Die in Danzig und Zoppot Wohnenden hatten den Antrag bei den Polizeirevieren mündlich zu stellen. Alle diejenigen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, wurden zu Ausländern erklärt. Damit waren alle Juden, die Danziger Staatsbürger waren, aber nicht deutsche Staatsangehörigkeit erhielten, ausgebürgert[192].

Mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit war auch die bisherige Vorzugsstellung der Danziger Juden beendet. Sie wurden Reichsangehörige, wie es die deutschen Juden waren, und die weitere Geschichte der Danziger Juden wäre somit die gleiche, wie die der Juden irgendeiner deutschen Stadt. Der Weg bis zur völligen Vernichtung jüdischen Lebens in Danzig zeigt jedoch manche Besonderheiten, die wert sind, festgehalten zu werden.

Nach der Besetzung des Korridors, am 10. September 1939, wurde Polizeirat Kammer als Polizeipräsident nach Gotenhafen (Gdynia) versetzt, und die Juden verloren mit ihm einen warmen Freund und Helfer. Ihnen entstand ein neuer Freund in Robert Sander[193], der in den „Ausschuß zur Förderung der jüdischen Auswanderung" berufen wurde.

Wie Sander die Gemeinde vorfand, zeigt folgender Bericht:

„Die Gemeinde, die ich im Herbst 1939 kennenlernte, umfaßte die ganz Alten, die Armen, die nicht das Auswanderungsgeld aufbringen konnten; aber es befand sich unter ihnen auch mancher alte Danziger, der sich von der Stätte seiner Kindheit nicht zu trennen vermochte. Gerade von diesen habe ich sehr viele gesprochen. Sie waren trotz allem Traurigen, das sie in der alten Heimat umgab, immer noch der Ansicht, man werde sie weiter dulden, da sie sich nichts hätten zuschulden kommen lassen.

Sie ahnten ja nicht, was der unselige Forster und sein Adlatus, der verwachsene gewissenlose Löbsack („Das Eckspind", wie er seines Aussehens wegen genannt wurde) damals keinen anderen Ehrgeiz hatten als dem Führer zu melden: Die Hauptstadt des Reichsgaus ist „judenfrei" als erste deutsche Großstadt. — Ich sollte diese Auffassung bald zu merken bekommen und ahnte Gewalt, obwohl wir damals von Auschwitz keine Ahnung hatten; Löbsack erging sich in Drohungen und wollte alle Danziger Juden sofort nach Polen abschieben; aber noch konnte er sich nicht entfalten, denn die Danziger Gesetze blieben noch bis 1940 in Kraft und schützten auch die Juden. Die freiwillige jüdische Auswanderung war und blieb das praktische politische Ziel."

In den ersten Kriegsmonaten war eine Massenauswanderung undenkbar; es blieb nur die Einzelauswanderung. Immerhin konnte am Mittwoch, dem 25. Oktober 1939, eine kleine Gruppe von 16 Personen Danzig mit dem Ziel USA verlassen (Gemeindeblatt vom 27. 10. 1939). Ein illegaler Transport, der am 22. November 1939 Danzig mit dem Ziel Palästina verließ, hatte ein besonders tragisches Schicksal; fast alle der 50 Teilnehmer sind unterwegs in dem Lager von Kladowo (Jugoslawien) erschossen worden.

Einer der wenigen Überlebenden dieses Transports, der Ingenieur Israel Herszman, hat in Israel hierüber folgendes zu Protokoll gegeben:

Ich bin am 10. 9. 1909 in Lodz geboren. Ich hatte zu Beginn der Verfolgung, nämlich im August 1938, meinen Wohnsitz in Danzig, Weidengasse 4.

Nach der Besetzung Danzigs durch die Deutschen am 1. 9. 1939 wurde ich einem Transport von 50 Juden zugeteilt, der am 22. November 1939 Danzig verließ, während meine Frau Ruth, geborene Grünberg, und meine Tochter einem anderen Transport zugeteilt wurden, der auf die Abfahrt aus Danzig seit Frühjahr 1939 wartete und schließlich am 26. August 1940 Danzig verließ.

Vor unserer Abfahrt hatte der Judenkommissar Reichsfluchtsteuer und 600 Mark Reisekosten von meinem Gelde abgezogen, nachdem meine Bankkonten schon vorher von ihm beschlagnahmt worden waren. Bei meiner Deportation war ich im Besitz eines staatenlosen Passes, ausgestellt vom Polizeipräsidium Danzig, und eines Betrages von vier Dollar. Unser Transport von 50 Personen wurde von Danzig über Berlin, Breslau nach Wien gebracht. Dort wurden uns unsere Papiere und unser Geld weggenommen. Dann mußten wir zu Fuß nach Preßburg gehen und wurden dort in Slobodowna interniert und durch Hlinka-Gardisten bewacht. Dort waren wir 14 Tage interniert, bis Mitte Dezember 1939 der Donaudampfer „Uranus" ankam. Der Dampfer brachte uns bis zur ungarischen Grenze und dann wieder zurück nach Preßburg. Er enthielt außer uns etwa 300 Juden aus dem Altreich und 600 Juden aus Wien, zusammen 1000 Juden.

In Preßburg wurden wir wiederum zehn Tage festgehalten, dann auf drei Donauschiffe (Car Duschan, Kralica Maria und Car Nikolas) verladen. Das erstgenannte Schiffe war so alt und baufällig, daß es nur zwischen den beiden andern, von diesen gestützt, sich fortbewegen konnte. Es hatte Raum für 60 Personen; es waren jedoch 371 Menschen darin eingepfercht.

Der Transport machte Station in Prachowo, ging dann zurück nach Kladowo und blieb dort neun Monate liegen. Während dieser Zeit überholte uns der Transport aus Danzig, in dem meine Frau und Tochter waren. Ich war jedoch nicht imstande, aus meinem Transport zu flüchten und mich mit meinen Familienangehörigen zu vereinen.

Nach neun Monaten, also im Herbst 1940, kam ein Kohlenbunker vom Schwarzen Meer, der die 1 000 Juden unseres Transports übernahm. Auf ihm befanden wir uns vier bis sechs Wochen und waren in Käfigen untergebracht. Danach kamen wir wieder nach Kladowo in ein Lager, das sich in einer alten Mühle befand, und wurden von Gendarmen bewacht. Von dort kamen wir in ein Lager nach Sabatz, ebenfalls von Gendarmen bewacht. Im Juni 1941 kamen die Deutschen nach Sabatz, nachdem noch 400 jüdische Flüchtlinge aus Jugoslawien dem Lager zugefügt worden waren. Sieben Tage, bevor die Deutschen kamen und die Insassen des Lagers von Sabatz erschossen wurden, gelang es mir zu fliehen. Meine Deportation hatte bis dahin ein Jahr und sieben Monate gedauert, nämlich vom 22. 11. 1939 bis Juni 1941. Vor meiner Flucht hatte ich mir einen in Belgrad am 1. 2. 1941 ausgestellten polnischen Paß besorgen hönnen.

Ich flüchtete durch Sergievo nach Dalmatien und lebte dort als katholischer Christ versteckt in einem Keller bei Dalmatinern. Nach einem halben Jahr wurde ich von Italienern verhaftet . . .

Im ganzen lebte ich 2½ Jahre in Italien interniert, etwa sechs Monate lebte ich untergrund und war bei Christen versteckt. Diejenigen, die entdeckt wurden, besonders Juden, wurden erschossen. Ich flüchtete schließlich nach Como, und von dort gelangte ich am 27. 3. 1944 nach einem Marsch von vier Tagen durch die Berge nach Bellinzona in der Schweiz. Dann wurde ich in der Schweiz vom 27. 3. bis 10. 12. 1944 interniert. Am 13. 12. 1944 wurde ich freigelassen und nach Genf gebracht. Von dort kam ich nach Marseille in ein Flüchtlingslager.
Am 8. 9. 1945 kam ich in Haifa an . . .

Neben Herszman waren die Eheleute Aron und Feigel Schermann aus Danzig die einzigen Überlebenden. Sie hatten in Sabatz im Frühjahr 1941 Zertifikate für Palästina erhalten, konnten Jugoslawien rechtzeitig verlassen und in Palästina einwandern. — Unter den Danzigern, die erschossen wurden, waren: Frau Wolfson mit Tochter, Dominikswall 1; Max Weißberg, Vorstädter Graben 44 a; Max Bialostocki, von Beruf Zimmermaler; der Markthändler Swientalski; Hella Schmidtmayer, die Tochter des in Stutthof umgekommenen Kaufmanns Adolf Schmidtmayer. (Die Erschossenen sind in Sabatz in einem Massengrab beigesetzt, auf dem die Jugoslawen später einen Gedenkstein errichtet haben.)

Vielfach mißlangen Versuche, mit Hilfe der Berliner Auswanderungsstelle der Reichsvertretung und des Berliner Palästina-Amtes, Danziger Juden zur Auswanderung zu bringen. Die darauf unternommenen Versuche der Einzelauswanderung hatten oft ein sehr wechselvolles Schicksal.

Über diese Versuche berichtet Wilhelm Aronsohn (Tel Aviv):

„ . . . Berlin telefonierte uns, wir sollten 185 Mann für die Auswanderung bereithalten. Die Danziger sollten einem Transport aus dem Reich angeschlossen werden. Zweimal hatte ich für diese 185 Mann beim Norddeutschen Lloyd Fahrkarten gekauft und Wagen bestellt; stets hat Berlin statt der Danziger 185 Leute aus Deutschland geschickt . . . Da auch weitere Zeugen, die nach Berlin gefahren waren, um die Absendung des Transports zu beschleunigen, bekunden, daß mit dem von Danzig bezahlten Gelde zunächst Chaluzim berücksichtigt wurden, kann nur angenommen werden, daß das Palästina-Amt in Berlin glaubte, in Verkennung der wirklichen Danziger Lage die Berücksichtigung der Danziger aufschieben zu können. Schließlich, so dachte man, hatten die Danziger noch ihren gültigen Danziger Paß, galten im Ausland als Neutrale, und die Erlangung von Reisedevisen war, wenn auch äußerst schwierig, immerhin möglich.

Da Gestapo und Judenkommissar im Besitz der 185 steckengebliebenen Abwanderer waren und mit ihrer zwangsweisen Evakuierung drohten, überdies — nach Gerüchten — einzelne gesucht und verhaftet werden sollten, beschloß eine Reihe von Familien, die seit Wochen reisefertig waren und ihre Sachen zum Teil vorausgeschickt hatten, nach Berlin zu fahren und von dort fortzukommen."

Diesen Familien gelang es, sämtlich mit portugiesischen Visen und italienischen Durchreisevisen Triest zu erreichen. Dort wurde ein illegaler Transport nach Palästina zusammengestellt, dem sich die Familien Ernst Goldstein, Wilhelm Aronsohn, Georg Boss und andere gegen Zahlung von 60 englischen Pfund pro Ehepaar anschlossen. Sie kamen aber nur bis Bengasi, und als Italien in den Krieg eintrat, wurden sie nach Italien zurückgebracht, wo erst die eigentlichen Leiden und Gefahren begannen.

Das dramatisch geschriebene Tagebuch von Ernst und Erna Goldstein schildert die Erlebnisse dieser Emigranten vom ersten bis zum letzten Kriegstage. Hier folgt ein kurzer Auszug:

Bei Kriegsausbruch gehörte Ernst Goldstein als Inhaber der Feldbahnfirma Höhne zu den privilegierten „Schutzjuden", besaß noch eine gediegene Wohnung und hatte volle Bewegungsfreiheit. Er hatte ein Einreisevisum für Südafrika, glaubte aber nicht an die Notwendigkeit, alles im Stiche zu lassen und auszuwandern, bis er vom Krieg überrascht wurde.

Nach einer ersten Haussuchung meldeten sich Goldsteins für einen illegalen Transport nach Palästina, der aber nicht zustandekam. Es folgte eine zweite Haussuchung, und Ende November wurde Ernst Goldstein wegen Rassenschande verhaftet. Der Zweck dieser um 3 Uhr früh erfolgten Verhaftung war, den Verzicht auf die Fabrik zu erpressen. Sander berichtet darüber: „Es war übler Klatsch, wohl auch Ärger über erfolglose Erpressung. Der Hinweis darauf, daß

die Nürnberger Gesetze zur Zeit der angeblichen Straftat in Danzig nicht bestanden und die anderen Umstände die Sachlage äußerst zweifelhaft erscheinen ließen, machten auf den Gestapo-Kommissar Eindruck. Der Einwand, daß es doch besser sei, auch arbeitsparend, den Beschuldigten auswandern zu lassen, wofür die Genehmigung des Reichsstatthalters bereits vorliege, wirkte bei dem Kommissar; er verfügte die Haftentlassung, und bald verließ Goldstein mit gepackten Koffern Danzig." („Unser Danzig", 1961, 7.)

In der Hoffnung auf den Palästinatransport hatten Goldsteins ihr Auswanderungsgut bereits nach Italien geschickt, die Wohnung aufgegeben und wohnten in den kommenden Wochen bei verschiedenen Familien, die ebenfalls auf ihre Auswanderung warteten. E. Goldstein arbeitete für die Gemeinde und machte für das Palästina-Amt mehrere Reisen nach Berlin.

Als Goldstein am 11. Februar 1940 von einem SA-Mann gewarnt wurde, daß am 13. ein Zug (mit Danziger Juden) nach Lublin abgehen würde, fuhr er am 12. Februar nach Berlin, wo er am ersten Tage von der tragischen Verschleppung der Stettiner Juden nach Polen hörte. In Berlin folgten aufreibende Wochen, um Unterkunft und Lebensmittelkarten sowie die notwendigen Durchreisevisen zu erhalten.

Am 29. Februar 1940 erfolgte mit 10 M die Abreise nach Triest, wo sich bereits Neustadts, Boss, Aronsohn und weitere Danziger Familien auf der Flucht befanden. Nach sechs Wochen wurden sie von Triest ausgewiesen und schlossen sich dem von Aronsohn erwähnten illegalen Transport nach Palästina an.

Am 23. April ging die Fahrt von Triest nach Rom, von dort über Sizilien nach Bengasi: 56 Männer, Frauen und Kinder in schmalem Schiffssraum. Es war Pessach, und die Juden von Bengasi gaben den Flüchtlingen jede Hilfe und Unterstützung. Durch weitere Transporte wuchs die Zahl der Flüchtlinge auf 302. Das Schiff zur Weiterreise kam nicht, und inzwischen trat Italien in den Krieg ein. Es folgten Jahre der Internierung in Afrika, dann in Italien, in Zuchthäusern und Gefängnissen.

Nach 16 Tagen im Gefängnis von Neapel kamen sie alle 302 ins Lager nach Ferramonte. Die wahren Leiden begannen am 10. September 1943, als sie vor den nahenden deutschen Truppen in der Nacht die Flucht ergriffen, zu Fuß, auf Fahrrädern und Eseln nach Venedig, Florenz, schließlich nach Rom gelangten, stets darauf gefaßt, verraten und verhaftet zu werden. Mit Hilfe der Kirchen und Klöster, menschenfreundlicher Italiener gelang es, unter falschem Namen und mit falschen Pässen in Rom durchzuhalten, bis die Stunde der Rettung durch amerikanische Truppen schlug. Die Danziger Flüchtlinge gehörten zu den Glücklichen, die auf Anordnung Roosevelts vom 10. 6. 1944 in den Lagern ausgesucht und für die Dauer des Krieges in ein Lager bei Port Ontario gebracht wurden. Jeder der Flüchtlinge hatte vor Abreise in die USA eine besondere Verpflichtungserklärung zu unterzeichnen, daß er nach Kriegsende in sein Heimatland werde zurückkehren müssen. Die Einwanderung in USA war somit noch keine endgültige; zunächst bedeutete sie die Freiheit nach fünf langen Fluchtjahren.

Dieses Einzelschicksal zeigt die Verhältnisse in Danzig nach Ausbruch des Krieges. Es läßt erkennen, wie wirtschaftliche Interessen völlig hinter rassischen Gesichtspunkten zurücktraten, wie selbst die Schutzjuden, die im Vertrauen auf ihre Nützlichkeit — und in Verbundenheit mit der Heimat wie Ernst Goldstein, dessen Urgroßeltern in Danzig begraben waren — mit der Auswanderung zögerten, durch falsche Anklagen und Verhaftungen zur Auswanderung gezwungen wurden. Das Beispiel zeigt, daß die Versuche, aus Danzig herauszukommen, immer schwieriger wurden und große finanzielle Opfer forderten, daß die Gefahr der Deportation nach Polen immer größer wurde, und daß die erfolgte Auswanderung dann mit unendlichen Leiden und Gefahren, oft mit jahrelangem Umherirren verbunden war.

Erwähnt seien — von vielen — nur folgende Schicksale:

Arthur Neustadt und Frau, die um die gleiche Zeit von Triest nach Amerika zu entkommen suchten, wurden mit anderen Danzigern nach langer Irrfahrt neun Monate in Tanger festgehalten; erst im Dezember 1940 konnten sie nach gefährlicher Reise in New York landen. Frau Henriette Schönfeld, die sich bei Kriegsausbruch in der Nähe von Warschau aufhielt, konnte sich am 18. November 1939 nach Danzig retten und am 6. Februar 1940 von Danzig nach Lissabon auswandern, wohin ihr Frau Kälter, die Witwe des Rabbiners Kälter, im Sommer 1940 folgen konnte. Der Fabrikbesitzer Max Löwenstein, der Magenarzt Dr. Fleck u. a. konnten von Triest die Reise nach Shanghai antreten.

Viele Danziger, die in Polen, Holland, Belgien und Frankreich von dem deutschen Einmarsch überrascht wurden, fielen der Verfolgung zum Opfer, sofern es ihnen nicht gelang, unter unsäglichen Schwierigkeiten, von der Gestapo verfolgt, sich durch Frankreich nach Spanien zu retten. Die Schwester des Verfassers war von Danzig mit einem englischen Einreisevisum und einem holländischen Transitvisum bis Holland gelangt, konnte dort die Weiterreise nicht antreten, wurde zur Rückwanderung nach dem Reich gezwungen und ist umgekommen.

Für die in Danzig verbliebenen Juden waren zwar weitere Massenverhaftungen wie die geschilderten unterblieben, aber die Bekanntmachungen des Gemeindevorstandes im Gemeindeblatt zeigen die wachsenden Schwierigkeiten ihrer Existenz. Das Altersheim war überfüllt; die Wohnungslage wurde kritisch.

Das Gemeindeblatt vom 13. 9. 1939 enthielt folgende Mitteilungen:

„Nachdem das Kuratorium des Aschenheimstifts „Altersheim" sämtliche Räume in dem Grundstück Milchkannengasse 26 restlos belegt hat . . . müssen wir denjenigen Mitgliedern unserer Gemeinde, die Anträge auf Aufnahme gestellt haben, mitteilen, daß die Möglichkeit zur Gründung eines zweiten Heims, wie geplant, bis auf weiteres nicht durchführbar ist.

Um der zu erwartenden Wohnungsnot zu steuern, ist auf Anordnung der zuständigen Behördenstelle und in engster Zusammenarbeit mit dieser in unserem Gemeindebüro ein Wohnungsnachweis eröffnet worden. Diesem Nachweis ... ist aufgegeben worden, größere Wohnungen unserer Gemeindemitglieder, die nicht voll belegt sind, durch Zuweisung Wohnungsuchender voll zu belegen. Wir erwarten in Anbetracht dieser Zeit vollstes Verständnis und Entgegenkommen bei den Inhabern größerer Wohnungen. Um behördliche Maßnahmen zu vermeiden, werden wir bemüht sein, beiden Teilen, den Wohnungsinhabern sowohl wie den Wohnungsuchenden, im vollsten Umfang gerecht zu werden."

In Ermangelung von Synagoge und Schule wurde das Gemeindeblatt die Kanzel, von der der Rabbiner der Gemeinde predigte und den betrübten Herzen Hoffnung und Vertrauen gab. Die September- und Oktoberausgaben brachten neben langen Listen von Beschlagnahmen jüdischen Eigentums den Neujahrsartikel „Wächter, wie weit ist es in der Nacht?", die Predigt zum Versöhnungstage „Wenn unsere Kräfte uns verlassen, verlasse Du uns nicht" und die Betrachtung zu Sukkoth „Erinnerung und Hoffnung" aus der Feder des jungen Rabbiners Dr. Bieler.

Der Vorstand, der nur noch die Befehle der Polizei auszuführen hatte, wurde weiter verkleinert; im Gemeindeblatt vom 22. September 1939 erschien folgende Mitteilung:

„Im Hinblick auf die durch Abwanderung erfolgte Verringerung unserer Gemeinde ist abweichend vom Statut des Judengesetzes vom 23. 7. 1847 von dem Herrn Gauleiter und Chef der Zivilverwaltung angeordnet, daß der Vorstand der Synagogengemeinde anstatt

wie bisher aus zehn Mitgliedern nunmehr aus sechs Mitgliedern besteht. — Die Zusammensetzung des Vorstandes und die Arbeitsverteilung ist jetzt folgende:

Vorsitzender:	David Jonas
Stellvertretender Vorsitzender:	Alfred Hirsch
Finanzdezernent:	David Jonas
Kultus, Friedhof:	Alfred Hirsch
Grundstücke, Rechtsfragen:	RA a. D. Moritz Eisenstädt
Zentralwohlfahrtsstelle:	David Jonas, Wilhelm Aronsohn
Auswanderung:	Willi Thal
Wohnungsfragen:	Wilhelm Aronsohn
Schule, Zoppoter Angelegenheiten:	Dr. K. Jakubowski, David Jonas"

Nach der Angliederung Danzigs an das Reich fielen laut Bekanntmachung des Vorstandes die Gottesdienste zum Kol-Nidre-Abend und Jom Kippur aus. Nachdem eine gewisse Beruhigung eingetreten war, konnte das Gemeindeblatt vom 4. Oktober die Wiederaufnahme des Gottesdienstes zu Sukkoth melden, doch zeigte eine weitere Bekanntmachung den Ernst der Lage. „Im Hinblick auf die bevorstehenden Andachten wird darauf hingewiesen, daß sich beim Kommen und Gehen Jeder der größten Zurückhaltung zu befleißigen hat. Ein Zusammengehen von mehr als zwei, höchstens drei Personen, muß unterbleiben. Das gilt besonders auch für die Kinder anläßlich des Simchat-Tora-Festes. Die Eltern haben die Kinder strengstens anzuweisen, unauffällig, nicht in geschlossenen Gruppen zu gehen. Vor allen Dingen ist das Mitbringen von Torafähnchen unzulässig" [194].

Dasselbe Blatt (4. 10.) brachte auch die Mitteilung, daß die Lehrtätigkeit der Jüdischen Volksschule am Montag, dem 9. Oktober, wieder aufgenommen werden wird, und daß der Unterricht nunmehr ausschließlich auf dem Grundstück Brotbänkengasse 17 stattfinden werde.
Selbst an die Wiedereröffnung eines Kinderhortes wurde gedacht, nachdem mit dem Fortgang der beiden letzten Hortnerinnen, Lotte Jewelowski und Waltraut Dähling mit einem Kindertransport nach England jede Kindergartentätigkeit aufgehört hatte.

Die Gefahr des zwangsweisen Abtransports schwebte wie ein Damoklesschwert über den Häuptern der verbliebenen Juden, und verzweifelte Pläne wurden für eine Massenabwanderung derer gemacht, die nicht im Altersheim lebten. Ihre Zahl betrug noch etwa 1 000.
Wiederholt waren Gerüchte im Umlauf, daß die SS für das Frühjahr die Deportation der Danziger Juden nach Polen vorbereite (im Polizeipräsidium war ein „Umsiedlungsstab" eingetroffen). Da erhielt die Gemeinde das Angebot eines anscheinend zuverlässigen Wiener Unternehmens, 1 000 Danziger Juden nach Palästina zu bringen. Ein Vertreter der Firma unterbreitete sehr detaillierte Pläne, eine größere Menschenzahl nach Wien, von dort mit Donaudampfern nach Rumänien und mit griechischen Schiffen nach Palästina zu befördern.
Die Kosten waren jedoch erheblich: Bahnfahrt nach Wien, Donautransport und Schiffspassagen, Unterhaltungskosten für mindestens drei Monate. Zusammen mit dem Vorzeigegeld in Palästina sollten die Kosten etwa 100 000 Dollar (in Devisen) betragen, was die Leistungsfähigkeit der Gemeinde weit überstieg.
R. Sander führte noch im Dezember 1939 in Amsterdam für die Gemeinde Verhandlungen mit dem „Joint", der zur Finanzierung des Transports eine Beihilfe von 100 000 Dollar

bewilligte. Sofort konnten für den Transport die Vorbereitungen beginnen, die sich aber viel länger als geplant ausdehnten.

Am 26. August 1940 verließ der Transport Danzig, um sogar erst nach vollen fünf Jahren sein wahres Ziel: Palästina zu erreichen. Weitere 500 Juden hatten die Stadt verlassen[195].

Über den Transport liegen mehrere Berichte vor, die allerdings sämtlich Lücken aufweisen. So berichtet R. Sander unter anderem über den Transport:

„... Nicht zur Mitreise zu bewegen waren die Optimisten, die Danziger, die immer noch glaubten, sie würden in der alten Heimat weiter bestehen können, und die daher die unsichere Fahrt verweigerten. Sie umzustimmen gelang nicht. Dann bat ich Jonas, auch mitzugehen und die Leitung zu übernehmen. Er sagte mir: ‚Solange noch ein Jude in Danzig ist, solange alte Leute betreut werden müssen, ist mein Posten hier. Ich bleibe, man wird dies hoffentlich einmal nicht vergessen.' Ein Bild treuer Pflichterfüllung. Die Gestapo hat den Braven ... nach Theresienstadt verschleppt, wo er verschwunden ist.

Zu den Danzigern, die ihrem Stern in der Heimat vertrauten, gehörte auch der feinsinnige Ruschkewitz, der Theaterkritiker der „Volksstimme". Sein Ziel war ... Spanien, wohin sein Bruder, der bekannte Boxer des Schupo-Sportvereins, ausgewandert war. Immer hoffte er noch, über Holland nach Spanien zu kommen; er hatte auch die vagen Versprechen eines Gestapomannes und wollte sich nicht nach Palästina begeben ...

Die zollamtlichen Prüfungen des umfangreichen Gepäcks wurden durchgeführt. Etwa 750 Personen waren startbereit. Die Leitung übernahm ein Ausschuß unter Leitung von Rabbiner Dr. Bieler, der seine Geige nicht vergaß. Die Wiener Transportgesellschaft hatte, soweit zu erkennen, gute Vorbereitung getroffen ... Ein Sonderzug mit angehängtem Güterwagen für das große Reisegepäck stand bereit. Jeder hatte seinen Platz; die Betreuung durch Arzt und Sanitätspersonal war geregelt ...

Mitglieder der Restgemeinde und Jonas gaben das Geleit; auch ich war dabei, hielt mich aber im Hintergrund, da ich ein SS-Kommando am Bahnhof sah ... Der Gestapo war die Abreise bekannt, sollte sie etwa stören wollen? Doch die schwarzen Helden trieben sich nur an den Waggons herum ..., stießen einige (Abreisende), die vor den Wagen standen, roh beiseite, traten Handtaschen, die vor den Wagen standen, wie Fußbälle und bewiesen so die ganze Überlegenheit einer Herrenrasse ... Später berichtete mir Jonas, ihm seien einige Diebstähle von Reise- und Handtaschen gemeldet worden. Wir hatten es mit Helden zu tun — so ähnlich machten es dann einige Jahre später ihre polnischen Kollegen, die Milizen, mit uns ..."

Ein Transportteilnehmer, Erwin Czarlinski, hat (1960 in Berlin) sehr ausführlich über das Schicksal des Transports berichtet:

„Unsere Ausreise — von etwa 600 Personen — war von langer Hand vorbereitet. Unsere Pässe waren zu diesem Zweck eingezogen worden, um in Wien mit Sichtvermerken nach Paraguay (die jedoch wertlos waren, da sie keine Landeerlaubnis vorsahen) versehen zu werden. Das wirkliche Reiseziel war Palästina.

Unser Reisegepäck, meist nur ein Rucksack und ein Koffer pro Person, stand in jeder Wohnung bereit, und wir warteten nur auf den Abruf, der sich jedoch ständig verzögerte.

Am 26. August gegen 11 Uhr vormittags hatten wir wieder einmal im Speisesaal des Gemeindehauses in der Milchkannengasse eine Versammlung ..., als sich die Tür öffnete und der Gestapo-Oberscharführer Abromeit erschien und uns kurz mitteilte, daß wir uns am Nachmittag um 3 Uhr auf dem Rangierbahnhof in Altschottland einzufinden hätten, um die Reise anzutreten.

Viele Teilnehmer, die an ein Gelingen der Fahrt nicht mehr glaubten, hatten an der Versammlung nicht teilgenommen, und so mußten die Gruppenführer, zu denen auch ich gehörte, von Haus zu Haus laufen, um jeden Einzelnen zu benachrichtigen.

Da uns das Fahren mit der Straßenbahn verboten war, mußten wir mit unseren Rucksäcken beladen zu Fuß nach Altschottland pilgern; die Koffer wurden von einem Pferdewagen in den Wohnungen eingesammelt und nachgebracht. Auf dem Bahnhof mußten wir die Koffer in einen Güterwagen verladen; wir selbst erhielten III.-Klasse-Wagen angewiesen, und gegen 5 Uhr ging die Reise los. In einem Sonderabteil II. Klasse begleiteten uns der Judenkommissar mit Sekretärin, der Oberscharführer Abromeit und der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Jonas, bis Bratislava (Preßburg).

Dort mußten wir unter Aufsicht des Abromeit bei vollkommener Dunkelheit ... unser Gepäck auf einen Dampfer der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft umladen, wobei wir unser erstes Todesopfer zu beklagen hatten. Ein gewisser Heger fiel über Bord und ertrank . . .

Als Reiseleiter hatten wir die Herren: Rabbiner Dr. Bieler, Alfred Hirsch, Saly Löwinsohn, Siegfried Segall. Als Ärzte betreuten uns, da unser Danziger Arzt Dr. Rosenthal, zur Betreuung der Zurückgebliebenen benötigt, nicht mitfahren konnte, die aus Deutschland angeforderten Ärzte Dr. Soberski (Breslau) und Dr. Weils (Berlin); als Apotheker fungierte Heinz Lindemann, Sohn des verstorbenen Sanitätsrats Lindemann aus Zoppot.

In Bratislava vereinten wir uns mit einem tschechischen und einem österreichischen Transport, so daß unsere ganze Reisegesellschaft nunmehr aus etwa 4 000 Personen bestand ...

Die Donauschiffe hatten nicht genügend Unterbringungsmöglichkeiten, so daß der größte Teil der Transportteilnehmer auf den Schiffsplanken schlafen mußte.

Wir fuhren donauabwärts bis Tulcea (Rumänien), wo uns ein Motorboot der Gestapo erwartete, um unsere Übersiedlung auf drei ausrangierte griechische Frachtdampfer zu überwachen.

Die Danziger, Tschechen und ein Teil der Österreicher, insgesamt etwa 2 000 Menschen, kamen auf das unter Panamaflagge laufende Schiff ‚Atlantic'; die restlichen Teilnehmer wurden auf zwei in der Ausstattung ähnliche Schiffe gebracht.

Sofort bei Betreten unseres Schiffes war uns klar, daß es sich um ein Spiel mit dem Tode handelte, denn das Schiff hatte weder Funkentelegraphie, um notfalls Hilfe herbeizurufen, noch genügend Platz, um die Passagiere einigermaßen menschenwürdig unterzubringen.

Wir betraten die Schiffsplanken am 14. September, konnten jedoch erst etwa 4 Wochen später, am 7. Oktober, abreisen, nachdem erst im Innern und auf dem Oberdeck Holzverschläge errichtet worden waren, in denen wir wie die Heringe aneinandergepreßt schliefen, und neuer Proviant beschafft worden war.

Die sanitären Anlagen waren nicht der Menge der Passagiere angepaßt; ebenso mangelte es an genügendem Trinkwasser, so daß durch das Trinken von Meerwasser Typhus ausbrach, darunter mehrere Fälle mit tödlichem Ausgang.

Durch einen Sabotageakt des griechischen Schiffskapitäns, eines alten Menschenschmugglers, der in Palästina schon mehrfach bestraft worden war und nun fürchtete, bei nochmaligem Gefaßtwerden eine hohe Strafe zu erleiden, gerieten wir infolge Kohlenmangels in höchste Seenot, so daß wir gezwungen waren, alle verfügbaren Holzteile abzureißen und zu verfeuern, um das Schiff wenigstens in langsamer Fahrt zu halten.

Am 12. November sichteten uns endlich englische Kriegsschiffe und erlösten uns, indem sie veranlaßten, daß wir mit einem Schlepper nach Limassol auf der Insel Cypern gebracht wurden. In Limassol wurden unsere Pässe, die sich bei unserer Reiseleitung befanden, beschlagnahmt, auch mußten wir unsere letzten Ersparnisse (wir hatten durch die deutschen Behörden ein Reisegeld von 3,85 Dollar pro Person erhalten) opfern, um uns Lebensmittel und die zur Weiterfahrt nötige Kohle zu beschaffen. Mit einer englischen Prisenmannschaft an Bord und unter englischer Flagge setzten wir am 23. November unsere Reise fort und gingen am nächsten Tage vor Haifa vor Anker, wo wir auch die beiden anderen Schiffe vorfanden.

Die Palästinaregierung hatte nicht die Absicht, uns auszuschiffen, sondern die ganzen 4 000 auf das Riesenschiff ‚Patria' umzubooten und nach einer anderen britischen Kolonie zu überführen. Die

Überleitung auf die ‚Patria' begann mit den beiden anderen Schiffen ...; durch einen Sabotageakt legte sich die ‚Patria' plötzlich auf eine Seite und versank innerhalb von Sekunden. Mehr als 200 Personen, darunter auch einige Danziger, die sich schon an Bord befanden, kamen ums Leben. Wir mußten nun weiter auf der ‚Atlantic' bleiben, bis wir am 5. Dezember nach vorheriger Impfung und Entlausung in das Internierungslager Atlith eingeliefert wurden. Von dort wurden wir, nachdem ein Versuch passiven Widerstandes zusammengebrochen war, auf zwei holländische Schiffe, die als Truppentransporter eingerichtet waren, überführt ... Unsere beiden Schiffe ‚Johann de Witt' und ‚Nieuw Zeeland' reisten in einem von englischen Kriegsschiffen begleiteten Konvoi, und am 26. Dezember erreichten wir unseren Bestimmungsort, die im Indischen Ozean gelegene Insel Mauritius.

In Mauritius wurden die Männer in einem bereits von Napoleon erbauten Gefängnis in Einzel- und Doppelzellen, die Frauen in einer neben dem Gefängnisgelände gelegenen, jedoch durch eine Mauer getrennten Holzbaracke untergebracht, und wir hatten zunächst keine Verbindung miteinander, obwohl wir uns auf dem Gelände frei bewegen konnten.

Bei unserer Ankunft wurde Typhus festgestellt, der bald zu einer förmlichen Epidemie ausartete, so daß wir bald mehrere Tote zu beklagen hatten. Unter den Toten befanden sich auch die Danziger Max Kurnik und eine Schwester Emil Michaelsohns.

Unser Gepäck war in große Schuppen gebracht und wurde von uns aussortiert, da bei unserer Ausreise aus Palästina unsere Koffer geöffnet und der Inhalt durcheinandergeworfen worden war ... Wir mußten feststellen, daß ein großer Teil unserer letzten Habseligkeiten geraubt worden war. Die Palästinaregierung leistete uns später nur einen Schadenersatz von etwa 18 % des Wertes.

Sofort nach unserer Ankunft separierten sich die einzelnen Gruppen ... Dies geschah hauptsächlich auf Betreiben der Tschechen, die vorher heiße Zionisten, jetzt Nationaltschechen wurden, in der allerdings vergeblichen Hoffnung, als Verbündete besondere Vorteile für sich herauszuschlagen ... Wir beschlossen, der Außenwelt gegenüber als ‚Gruppe der Danziger Staatsbürger' aufzutreten, um gleich den Polen mit dem Konsul der polnischen Exilregierung, einem englischen Kaufmann namens Edmund Rogers, der auf der Insel Mauritius ein Exportgeschäft betrieb, in Verbindung zu treten.

Anfang 1942 wurde ein Vorstand, bestehend aus den Herren Harry Gabrielski, Erwin Czarlinsky, Erich Kunz und Walter Abramsohn, bestellt, der dem Lagerkommandanten einen Brief, in dem wir um Wahrnehmung unserer Interessen durch die polnische Exilregierung in London baten, zur Weiterleitung an den polnischen Konsul überreichte.

Unser Hauptinterresse lag darin, in den Besitz unserer durch die palästinensischen Behörden beschlagnahmten Danziger Pässe zu gelangen, um als neutrale Ausländer aus dem Lager entlassen zu werden und später einmal unsere Identität nachweisen zu können, während dem Lagerkommandanten daran gelegen war, uns als eine Horde nichtidentifizierter Juden zu betrachten, mit denen er nach seinem Ermessen verfahren konnte ...

Als wir daher von dem Bestehen einer ‚Vereinigung der Danziger Bürger' unter Leitung von Herrn Dr. Bernhard Kamnitzer in den USA erfuhren, riefen wir auch diese am 24. April 1942 um Hilfe an. Herr Dr. Kamnitzer wies uns den Weg zu Herrn Senatsrat Berent in England, den wir am 14. Januar 1943 von unseren Verhandlungen mit der Exilregierung in Kenntnis setzten und um Beihilfe bei der Beschaffung unserer Pässe baten, und von dem wir die Mitteilung erhielten, daß es auch in England eine ‚Vereinigung der Danziger' unter der Leitung meines alten Freundes Erich Brost (früher Redakteur bei der ‚Danziger Volksstimme') bestand. Erich Brosts persönlichen Beziehungen und Bemühungen verdanken wir es einzig und allein, daß wir nach einer von ihm veranlaßten Demarche der polnischen Botschaft bei der Palästinaregierung endlich in den Besitz unserer Pässe, dadurch auch zu finanzieller Unterstützung gelangten.

Unsere Lebensverhältnisse auf der Insel waren nämlich nicht zu rosig, da wir im Internierungslager eingeschlossen waren und bis auf vereinzelte Spezialarbeiter, die einer Beschäftigung nach-

gehen konnten, keine Möglichkeit hatten, unseren Lebensunterhalt zu verdienen. Zwar ließ sich an den Stätten, an denen Engländer und Franzosen wohnten, einigermaßen leben; unsere Unterkunft befand sich jedoch in einem kleinen, in einem Talkessel gelegenen, nur von Eingeborenen bewohnten Ort, Beau Basin, der als Brutstätte für Moskitos bekannt ist; so erkrankten etwa 80 % der Lagerinsassen an Malaria und anderen tropischen Krankheiten ... Die Lebensmittelversorgung des Lagers war infolge des Krieges durch nicht pünktlich eintreffende Konvois auch nicht das, was man als geregelt bezeichnen kann, so daß diejenigen, die nicht durch Verwandte oder Freunde von außen mit Geld und Lebensmittelsendungen unterstützt wurden, buchstäblich hungern mußten.

So kam die finanzielle Unterstützung der polnischen Exilregierung mehr als gelegen ... Im Lager befand sich eine Kantine, in der man für gutes Geld alles kaufen konnte. Auch hatten wir inzwischen die Erlaubnis, in gewissen Abständen das Lager für einen halben Tag verlassen zu können, so daß wir uns hierbei, was wir benötigten, aus der Stadt mitbringen konnten.

Nachdem wir unsere Pässe zurückerhalten hatten, verlangten wir von der polnischen Exilregierung Verlängerung derselben, was diese mit dem Bemerken, wir würden neue Pässe erhalten, ablehnte. Die Exilregierung sandte uns Formulare zum Erhalt von polnischen Pässen, was jedoch auf unseren Widerstand stieß. Wir bestanden auf unserem Anspruch, als Danziger Bürger unsere eigenen Pässe erhalten zu müssen, was uns schließlich auch zugebilligt wurde. Zum Erhalt der neuen Pässe mußten wir Paßbilder beibringen; dank einer Spende der amerikanischen ‚Vereinigung der Danziger' in Verbindung mit dem amerikanischen ‚World Jewish Congress' waren wir in der Lage, die Kosten hierfür aufzubringen. Wir gelangten jedoch niemals in den Besitz dieser neuen Pässe, da wir im August 1945 — unsere Freiwilligen zur Jewish Brigade waren bereits im Februar abtransportiert worden — die Insel auf einem Truppentransporter verließen und uns in Palästina in alle Winde zerstreuten.

Auf unserer Rückreise hatten wir noch ein letztes Todesopfer zu beklagen. Die greise Mutter des Rechtsanwalts Herbert Lewy, der bereits vor dem Kriege nach Palästina ausgewandert war, starb eines natürlichen Todes; ihre sterblichen Überreste wurden ins Meer versenkt.

An Bord des Rückfahrtschiffs befanden sich Beamte der UNRRA, die sich derer annahmen, die beabsichtigten, nicht in Palästina zu bleiben. So überführten sie nach unserer Ankunft in Haifa am 26. August 1945 eine Gruppe von Weiterwanderern, unter denen sich die Ehepaare Max Rohde und Siegmund Szereschewski, früher Neufahrwasser, Sally Bieber und Jakob Tuchler, früher Stadtgebiet, sowie Frau Meta Janzen befanden, in das in der Nähe von Suez gelegene UNRRA-Lager El Shatt, wo sie auf ihre Einreisegenehmigungen in die von ihnen gewünschten Länder warten konnten. — Alle übrigen Mitglieder unserer Gruppe wurden von der Jewish Agency über das ganze Land verteilt, um sich erst einmal 4 Wochen von ihren Leiden zu erholen, bevor sie den Ernst des in Palästina herrschenden täglichen Lebens zu kosten bekamen."

Berlin, den 12. Juli 1960 (gez.) Erwin Czarlinsky

Wesentlich ungünstiger urteilt über den zweiten Transport wie über die Internierung in Mauritius ein anderer Danziger, Oskar Grau, in einem Artikel, der im Frühjahr 1957 in der deutschsprachigen Zeitung „Yedioth Hajom" in Israel erschien.

Eine in Israel entstandene Vereinigung der in Mauritius Internierten hat sich — bisher vergeblich — um eine Entschädigung für die dort verbrachten fünf Jahre bemüht.

Von den Teilnehmern des Transports hat jedenfalls ein Teil der Internierten[196] das Ziel erreicht. Der Transport hat, wie schon der erste Transport, der im März 1939 Danzig verließ, unsägliche Leiden verursacht und bittere Beschwerden hervorgerufen. Dabei wird allzu oft vergessen, daß diese Transporte den Danzigern, die daran teilnahmen, die Rettung gebracht haben.

Die Versuche der Danziger Gruppe, von Mauritius bei den in England und USA entstandenen Danziger Vereinigungen Hilfe zu erlangen, hatten nur teilweise Erfolg; sie haben aber den Internierten manche Erleichterungen gebracht.

Die englische Gruppe war im Sommer 1943 von den früheren Danziger Volkstagsabgeordneten, dem Redakteur Erich Brost und dem früheren Senatsrat Berent, in London organisiert worden. Am 5. Juli 1943 wurden 92 in London lebende Danziger (Staatsbürger) zur Gründungsversammlung eingeladen. Das Einladungsschreiben trug die Unterschriften: Leo Anker, Ernst Berent, Erich Braude, Erich Brost, Hertha Gelhar, Carl Lietz, Richard Teclaw und Walter Ruhm jun. Leider löste sich die englische Gruppe allzu bald auf, da Jewelowski eigene Wege ging und Lietz „allerlei phantastische politische Ideen entwickelte". Immerhin war es Brost gelungen, für die auf Mauritius Internierten manche Erleichterung zu erlangen.

Die Danziger Gruppe in USA wurde am 13. Dezember 1941 in der Wohnung des ehemaligen Danziger Justizrats Hermann Lewinski (New York, 67 W. 44 St.) gegründet. Sie umfaßte nur Danziger Staatsbürger, Juden wie Nichtjuden. Der frühere Senator Dr. B. Kamnitzer wurde 1. Vorsitzender, Otto Behnke 1. stellvertretender Vorsitzender, Lewinski 2. stellvertretender Vorsitzender, William Anspach wurde Kassierer, Max Ruben Schriftführer. Dr. Kamnitzer und O. Behnke erreichten in persönlichen Verhandlungen die Anerkennung der Danziger als „friendly aliens" und das wohlwollende Verständnis des polnischen Botschafters für den politischen Zusammenschluß, der bald 300 Danziger umfaßte. Dr. Kamnitzer und Ruben besuchten die Internierten in Fort Ontario, die Mitglieder sandten Liebesgabenpakete nach Ontario und nach Mauritius. Der Verein half den Internierten in Ontario bei der Verlängerung und Neu-Ausgabe ihrer Danziger Pässe; die gleiche Hilfe für die Danziger in Mauritius blieb der englischen Gruppe überlassen[197].

Der große Palästinatransport vom 26. August 1940, der auf die Insel Mauritius geriet, war für die Danziger der letzte Auswanderertransport. Was noch in Danzig verblieb — ein Rest von etwa 700 Seelen —, verfiel dem Griff der Gestapo. Verhaftungen Einzelner, die nicht mehr zurückkehrten, Selbstmorde und zwangsweiser Abtransport kennzeichneten die folgenden Kriegsjahre — die Jahre der physischen Vernichtung der Juden Europas.

Es schien zunächst, als sollte das Altersheim verschont bleiben; Briefe aus der ersten Zeit erwähnen Beweise des Wohlwollens von Nachbarn und Lieferanten. Doch bald zogen neue Wolken auf. R. Sander berichtet darüber:

„Uns wurde (1940?) mitgeteilt, daß das soeben mit vielen Kosten erweiterte Aschenheimstift in der Milchkannengasse für Privatwohnungen gebraucht wird ... Nun war guter Rat teuer. Der Bau einer Barackensiedlung hätte zu lange gedauert; so entschied man sich für einen großen Speicher auf der Speicherinsel am unteren Ende der Mausegasse. Es war ein mächtiger alter Bau mit meterdicken Wänden, mit fünf Geschossen, für die Ewigkeit gebaut; mit dicken, noch mit der Axt behauenen Eichenbalken, mit vielen kleinen Fenstern — mehr Luken — nach allen Seiten. Wenn man hinausschauen wollte, mußte man mit dem halben Oberkörper in die Luke kriechen. Der Speicher, der Wasserleitung, Kanalisation, Gas- und elektrischen Anschluß besaß, wurde mit ziemlichem Kostenaufwand, ich glaube 30 000 — 50 000 Gulden, zum Ghetto hergerichtet. Zwei Eingänge führten auf lange, dunkle und niedrige Korridore, an denen auf beiden Seiten die Zimmer lagen. Im Untergeschoß wurden Küche, Speiseraum und Tempel eingerichtet, im Erd-

geschoß die zwei Geschäftszimmer der Gemeinde. Maler und Handwerker hatten das ihrige getan, aber das Haus blieb kalt und düster. Man sah später die Einwohner nur in Mänteln ... Das war das letzte Aschenheimstift; es lag still für sich. In die enge Mausegasse kam so leicht kein Danziger ..."

Die Gestapo fand ihren Weg auch dorthin, und die Verschleppung der letzten Danziger Juden begann — ins Warschauer Ghetto, nach den Lägern von Auschwitz und Theresienstadt.

Am 1. März 1941 wurden 395 Juden aus Danzig nach Warschau deportiert[198], so daß in Danzig nur noch knapp 200 Juden verblieben. Auch dieser kümmerliche Rest der einst stolzen Gemeinde ist deportiert worden, größtenteils nach Theresienstadt. Dorthin ging auch am 27. Juni 1943 der letzte Vorsteher der Gemeinde, David Jonas, der getreu seinem Wort bis dahin auf seinem Posten ausgeharrt hatte. Er ist in Theresienstadt verstorben, und seine Witwe hat dem Syndikus der Gemeinde, Dr. E. Lichtenstein (Tel-Aviv) seine Aufzeichnungen übergeben. Sie haben folgenden Inhalt:

Bewegung der Mitglieder der Synagogengemeinde Danzig

	Stand im Jahre 1930			11 228
	Stand am 31. 12. 1937			7 488
	Organisierte Rückwanderung nach Polen vom 1. 1. 1938 — 15. 8. 1939			etwa 3 500
	Stand am 15. 8. 1939			3 980
	Einzelauswanderung vom 1. 1. 1938 — 1. 5. 1941			1 993
				1 987
Transporte:	20. 3. 1939	nach Palästina	425	
	7. 4. 1939	nach Shanghai	51	
	14. 5. 1939	nach England	74	
	18. 6. 1939	nach Bolivien	50	
	24. 8. 1939	nach England	24	
	8. 11. 1939	nach Kladovo	50	
	26. 8. 1940	nach Palästina	510	1 193
				794
Abtransporte:	28. 2. 1941	nach Warschau	395	
	1. 3. 1941	nach Warschau		
	9. 2. 1941	nach unbekannt	27	
	9. 12. 1942	nach Theresienstadt	54	
	15. 12. 1942	nach Theresienstadt	53	
	15. 3. 1943	nach Theresienstadt	4	
	27. 6. 1943	nach Auschwitz	8	
	27. 6. 1943	nach Theresienstadt	3	
	24. 7. 1943	nach Bromberg	31	575
				219
Verstorben:	1939		64	
	1940		75	
	1941		38	
	1942		8	
	bis 27. 6. 1943		12	197
				22

Einige Zahlen und Daten weichen von den aus anderen Quellen gewonnenen etwas ab, doch sind diese Abweichungen wieder ausgeglichen. — Der Transport nach Theresienstadt vom 27. 6. 1943 umfaßte D. Jonas, dessen Ehefrau und Sekretärin.

Transporte nach „Unbekannt" oder Auschwitz kamen dem Todesurteil gleich, dagegen betrachtete die Polizei den Transport der Alten und Schwachen aus dem Altersheim nach Theresienstadt als besondere Vergünstigung, galt doch Theresienstadt als das privilegierte KZ-Lager, in das bedeutende Persönlichkeiten, Kriegsveteranen mit hohen Auszeichnungen und ähnliche verschickt wurden.

Der ehemalige Danziger Hermann Groß (Danzig, Häkergasse), der am 15. 12. 1942 nach Theresienstadt abtransportiert wurde, konnte am 25. 8. 1953 aus einem Schweizer Altersheim als 86jähriger dem Verfasser folgende Information geben:

„Ich habe Danzig am 15. 12. 1942 mit dem Transport nach Theresienstadt verlassen. Wir waren etwa 56 Leute. Zwei Wochen vorher war ein gleicher Transport nach Theresienstadt gegangen, den ich noch zur Bahn brachte und mit den Worten entließ: ‚Heute begraben wir Euch, wer wird uns nun begraben?' Nach einer furchtbaren Leidenszeit von 2½ Jahren kamen wir durch ein Wunder mit einem Transport von 1 200 Leuten (7. 2. 1945) nach der Schweiz, und zwar bin ich von den etwa 120 Danzigern der einzige Überlebende."

Hermann Groß, der, wie er in dem Brief mitteilt, seinen einzigen Sohn mit Frau und Kind als Opfer der Nazis verloren hatte und allein stand, starb im hohen Alter von fast 95 Jahren.

Zu den Überlebenden von Theresienstadt gehört aber auch die Witwe des einstigen Drogisten Julius Lachmann (Langfuhr, Hauptstraße, heute New York), die dem Verfasser über die tragische Verschleppung der Alten aus dem Aschenheimstift erschütternd berichtet hat. Ihren Mann, der vor ihrem Abtransport mit mehreren anderen Insassen, darunter Oskar David, verhaftet und verschleppt wurde, hat sie nicht wiedergesehen.

Mit dem Warschauer Transport wurden auch Fräulein Rosenthal, die am 1. 4. 1941 ihr 40jähriges Jubiläum als Sekretärin der Gemeinde feiern sollte, und Frau Markiewicz verschleppt, deren Mann im Heim verblieb.

Der nichtarische, einarmige Dr. Rosenthal, der zur Behandlung der Juden zugelassen war, kam nach Stutthof; seine Vertretung mußte sein ebenfalls nichtarischer Onkel, Sanitätsrat Dr. Jacobi, übernehmen. Dr. Rosenthal, dessen einzige Tochter der Verfasser nach England gebracht hatte, wurde aus dem Lager Stutthof befreit, dann aber nach Theresienstadt gebracht.

Erich Ruschkewitz, der letzte Herausgeber des Gemeindeblattes, wurde mit einem Transport deportiert, der angeblich nach Riga ging, von dem aber nie mehr etwas gehört wurde.

Mit dem Abtransport von David Jonas, dem letzten Vorsteher der Gemeinde, der seiner Gemeinde bis zum Ende treu und aufopferungsvoll gedient hatte, schließt die Geschichte der Danziger Synagogengemeinde.

Nach Jonas' Aufzeichnungen verblieben in Danzig Ende Juli 1943 noch 22 Personen, davon 13 Sternträger und 9 Nicht-Sternträger, die in Mischehe lebten.

Die in Mischehe lebenden Juden und Arier, ebenso die christlichen Nichtarier, fanden ohne Rücksicht auf ihren früheren Beruf nur Beschäftigung als ungelernte Arbeiter; sie unterstanden nicht der ordentlichen Gerichtsbarkeit, sondern nur der Willkür der Gestapo. Die arischen Eheteile wurden als Judenknechte beschimpft, mußten zum Teil ihren Beruf aufgeben und in untergeordneten Stellungen ihr Leben fristen. Die Gestapo versuchte, diese Ehen aufzulösen und Scheidungen zu erzwingen, um den jüdischen Partner unter die

Judengesetze zu bringen. Zur Ehre fast aller kann gesagt werden, daß selbst schwerer moralischer und wirtschaftlicher Druck das Ziel nur sehr selten erreichte.

Die arische Gattin des jüdischen Zahnarztes Dr. L. Neumann (Kohlenmarkt), die bei dessen Auswanderung in Danzig zurückbleiben mußte, konnte trotz Drohungen und Beschimpfungen nicht zur Scheidung gezwungen werden. Nur mit Hilfe guter Freunde konnte sie die Kriegsjahre in Danzig durchhalten, bis die Wiedervereinigung in New York erfolgen konnte.

Heinz Hampel, ein gläubiger Protestant, war seit 1928 mit der Enkelin von Leib Schalit aus Riga (persönlicher Freund Theodor Herzls, Teilnehmer der Kattowitzer Zionistenkonferenz, Delegierter zum 1. Zionistenkongreß) verheiratet. Hampel war befreundet mit jüdischen Jugendkreisen, die in den Jahren der Verfolgung in seinem Hause eine Zufluchtstätte fanden. Frau Schalit-Hampel ist jüdisch geblieben. Obgleich man ihrem Mann die Verdienstmöglichkeit entzog und seine Scheidung verlangte, um seine Frau als vogelfrei nach Stutthof zu bringen. Er wurde als Halbjude und Rassenschänder bezeichnet, mußte Zwangsarbeit leisten, blieb jedoch ihr treuer Beschützer, bis die Stunde der Befreiung kam. Heute lebt das Ehepaar in Israel.

Die als Organisatorin der Zoppoter Waldfestspiele bekannte Gattin des Spielleiters Merz, die Jüdin war, wurde dank der Beziehungen zu Forster zum Findelkind erklärt und dadurch gerettet.

Besonders tragisch war der Fall Dr. Bechler, der als Oberstudiendirektor in Mischehe lebte. R. Sander schreibt dazu:

„... Ein glückliches Familienleben vereinte ihn mit Frau Iska aus einer kunstbegeisterten Berliner Familie. Ihr Vater war zum Protestantismus übergetreten; sie war evangelisch getauft und erzogen ... Bechlers Gymnasiasten gingen für ihren Direktor, der ihnen wissenschaftlich und in allen Leibesübungen ein Meister war, durchs Feuer. Da ging die Hetze los: er sollte sich scheiden lassen. Bechler weigerte sich. Es wurde immer schlimmer; ja, die eigene Frau, des Jammers müde, bat ihn darum. Er hatte Charakter und ließ sich lieber aus dem Amt weisen ...

Er ist als Held gestorben. Seine von ihm immer noch bewohnte Direktorialwohnung in Langgarten hatte den einzigen in jener Gegend erwähnenswerten Luftschutzkeller, und als die Russen 1945 Danzig beschossen, entstand Feuer im Hause. Dr. Bechler barg die Insassen des Luftschutzkellers. Als er als letzter aus dem brennenden Hause kam, schlug eine Granate ein und traf ihn am Halse. In den Armen seiner Frau ist er nach kurzer Zeit verblutet ..."

Zu den Menschen, die in Mischehe lebten, kamen diejenigen, die nach den Blut- und Rassentheorien der Nazis zu Juden erklärt worden waren. Diese Menschen, die ihre Bindungen zum Judentum oder Beziehungen zur jüdischen Gemeinde längst abgebrochen oder niemals besessen hatten, wurden ihrer Existenz beraubt und mußten, soweit sie nicht versteckt waren, in ein Miethaus in der Mausegasse ziehen. Die Führung des kleinen Kreises hatte der Rechtsanwalt Dr. Arnold Fürstenberg (Vorstädter Graben). So erhielt D. Jonas, der letzte Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, noch einen Nachfolger; Dr. Fürstenberg wurde Vorsteher einer neuen Gemeinde, die weder eine jüdische Gemeinde war, noch eine Synagoge besaß, trotzdem aber als Synagogengemeinde bezeichnet wurde.

Das Haus in der Mausegasse wurde 1945 ausgebombt, und Fürstenberg wurde mit den wenigen überlebenden Mitgliedern dieser Gemeinde nach der Besetzung Danzigs in einem Haus in der Uphagenallee untergebracht, und mit jüdischer Hilfe aus Warschau (Joint?) wurde in einer Baracke am Ferberweg für sie eine Gemeinschaftsküche errichtet. Wie lange diese Gemeinde in Danzig bestanden hat, ist unbekannt; der in Hamburg lebende Justizrat Fürstenberg hat es abgelehnt, über diese Zeit zu berichten[199].

Mit dem Abtransport der letzten Juden war das jüdische Gemeindeleben in Danzig erloschen; weniger als zwei Jahre später folgte der Untergang der Freien Stadt Danzig.

Beide Katastrophen gehen auf das Schuldkonto der Nationalsozialisten und ihrer verbrecherischen Führer, deren Haß die Juden vernichtete, deren Machthunger und Größenwahn den Weltkrieg entzündete und Danzig in Schutt und Asche legte. In jenen Märztagen 1945 wurde die Stadt ein Flammenmeer, wurde die Bevölkerung mißhandelt und vertrieben. Damals erfuhren die Deutschen in Danzig von den Polen und Russen die Behandlung, die wir Juden von den Nazis zu erdulden hatten. Heute blicken auch wir Juden mit Schmerz auf die furchtbaren Ereignisse, die den Untergang der Freien Stadt herbeigeführt haben.
Fragen der Schuld und Mitschuld sind genug erörtert worden. Wir beschränken uns darauf, diejenigen anzuklagen, die durch Verletzung der Grundgesetze, wie sie im Alten und Neuen Testament verkündet sind, den Weltkrieg herbeigeführt haben.

Wir Juden haben unsere Geschichte gelernt und sollen nicht vergessen, was wir im Lauf der Generationen erlebt und erlitten haben; noch weniger können wir vergessen, was wir in unserer eigenen Generation erduldet haben. Aber wir wahren unsere Menschenwürde, unseren Glauben an die Menschheit, indem wir auf Vergeltung und Rache verzichten, wie es die Charta der Heimatvertriebenen tut, zu denen die Bundesrepublik in den Wiedergutmachungsgesetzen auch die Danziger Juden zählt.

Jüdische Gemeinden und Gemeinschaften sind im Laufe der Geschichte zugrundegegangen. Die spanischen Juden sind nach einer glanzvollen Epoche aus dem Lande vertrieben worden; die Geschichte der deutschen Juden hat nach dem Zeitalter der Emanzipation und des geistigen wie wirtschaftlichen Aufstieges ein jähes und tragisches Ende gefunden. Die Geschichte der Juden Danzigs ist ein Teil dieser Tragödie.
Doch die Juden aus Danzig haben in anderen Ländern eine neue Heimat gefunden; sie leben und schaffen in allen Erdteilen. Vor allem hat die Danziger Alijah im Lande Israel mit dazu beigetragen, mit Gut und Blut den neuen Staat aufzubauen. Verfolgungen und Untergang der alten Welt haben zur geistigen und politischen Wiedergeburt geführt. — Ein kurzes Wort sei daher noch der Danziger Alijah in Israel gewidmet.
Dank der einzigartigen Stellung der Freien Stadt konnten ihre Juden unter wesentlich günstigeren Bedingungen auswandern als die Juden aus dem Reich. Bis zum Jahre 1937, während der Einzelauswanderung, konnten sie erhebliche Vermögenswerte realisieren und mitnehmen, dadurch aber ohne Umschichtung ihre gehobene soziale und wirtschaftliche Position halten. Als die Massentransporte 1939 — 1940 aus Danzig meist mittellose Menschen brachten, konnten die im Lande bereits organisierten Danziger Hilfe und Unterstützung gewähren.

Danziger Industrielle und Kaufleute, Ärzte und Anwälte, Ingenieure und Lehrer konnten sich dank ihrer Mittel und Kenntnisse rasch eingliedern. Inhaber von Ladengeschäften und Handwerker fanden ebenfalls ein reiches Betätigungsfeld. Zumal die jüngere Generation übernahm wichtige Stellen in Ämtern und Behörden, auch an der Universität und Technischen Hochschule.

Die Jugend hat in den Reihen der Jüdischen Brigade und Haganah für die Errichtung des Staates Israel mitgekämpft; Danziger waren unter den Opfern des Befreiungskrieges. Die Tochter eines Danziger Industriellen wurde die erste Majorin der Jüdischen Brigade. Söhne Danziger Familien wirken im diplomatischen Dienst und vertreten ihre neue

Heimat als Gesandte im Auslande. Von den vielen Namen, die zu nennen wären, sei nur der Richter Dr. Moshe Landau genannt, der den Vorsitz im Eichmann-Prozeß geführt hat, ein Sohn des Danziger Arztes Dr. Isaak Landau.

Dr. Isaak Landau, der Vorsitzende der Danziger Zionistischen Organisation, hatte Danzig unmittelbar nach den Volkstagswahlen vom 28. 5. 1935 verlassen und arbeitete in Citrusplantagen, bevor er in Jerusalem als Arzt einer Krankenkasse seine Praxis eröffnete. Sein Sohn Moshe war 1930 nach dem Abitur nach England zum Rechtsstudium gegangen; er folgte 1933 seinem Vater nach Palästina. Die „New York Times" vom 12. 4. 1961 wußte in einem Aufsatz über den damals jüngsten Richter des „Israel Supreme Court" zu erzählen, daß in der Mandatszeit der junge Richter tags nach britischem Gesetz Recht sprach und nachts der Untergrundbewegung, der „Haganah", Rechtshilfe leistete.

Daß Moshe Landau als Richter des Obersten Gerichtshofes in Israel bei der Verurteilung Eichmanns frei von Vorurteilen war, beweist die ihn ehrende Tatsache, daß er gleichzeitig Vorsitzender der Kommission ist, die die Verdienste der „Gerechten der Nationen der Welt" (Hassidei Umot Ha'olam) zu prüfen hat. Diese Kommission entscheidet darüber, welche Nichtjuden durch die Pflanzung eines Baumes in der vom Yad Vashem errichteten Allee der Gerechten, die sich auf dem Berg des Gedenkens in Jerusalem befindet, geehrt werden sollen.
In dieser Kommission hielt er 1968 eine Ansprache, die mit den Worten schloß: Wir haben stets darüber zu wachen, daß die Lehre der Katastrophe in Europa uns nicht zur Machtpolitik führe. Die Jugend darf infolge der schrecklichen Ereignisse nicht verzweifeln und die ewigen Ideale, von denen unsere Propheten sprachen, nicht zurückweisen. Indem unsere Jugend auf die hochgeistigen Ideale der Menschlichkeit, wie sie von den Gerechten der Nationen der Welt ausgeübt wurden, hingewiesen wird, hoffen wir, ihren Glauben an eine kommende bessere Welt zu stärken (Hadassa September 1968).
Die Danziger Juden haben durch ihre Vertreibung die Kultur- und Volksgemeinschaft, die sie in ihrer Danziger Heimat besessen haben, nicht verloren, und das Deutsche Reich hat in einer neuen gesetzlichen Regelung der Wiedergutmachung die Juden Danzigs in das Vertriebenengesetz aufgenommen und damit auch rechtlich die Schicksalsgemeinschaft aller aus Danzig vertriebenen Deutschen wieder hergestellt.
Dies Gesetz der Wiedergutmachung wird als ein Ehrenmal in die Geschichte Deutschlands eingehen ebenso wie die Gesetze und die Gewaltmaßnahmen des Nationalsozialismus als ein Schandmal in der Geschichte bestehen bleiben. „Recht ist das Fundament des Staates", so lautet die Inschrift auf dem Hohen Tor in Danzig. Die Nazis setzten an die Stelle des Rechts die Macht. Macht führt zur Vernichtung, Recht führt zur Versöhnung.

Anmerkungen

[1] „The Slav lands on the banks of the Varta and Vistula, being nearest to Western Europe, were bound to attract the Jews at a very early period . . ., as far back as the 9th century" (S. Dubnow „History of the Jews in Russia and Poland", Bd. I, S. 39).

[2] Darin hieß es: „Es ist unser Wunsch, daß die Juden, die wir sowohl in unserem eigenen Interesse als auch in dem des Staates unter unseren besonderen Schutz stellen, sich während unserer glücklichen Regierung wohl und sicher fühlen" („The Jews of Wilna" by Israel Cohen, J. P. S. 1943, S. 10). Der Brief gewährleistete den Juden Polens freies Niederlassungsrecht und freien Handel, Sicherung von Leben und Eigentum, Schutz vor Verleumdungen und Angriffen, dazu eigene Gemeindeverwaltung und Gerichtshöfe.

[3] Im Jahre 1551 reichten die westpreußischen Stände dem polnischen König Sigismund August II. eine Petition ein, „den Schotten, Juden und sonstigen Fremden die Niederlassung oder den Handel, Kaufen und Verkaufen, nicht zu gestatten mit Ausnahme der Markttage; überall, wo sie angetroffen, auszuweisen, ihre Waren zu konfiszieren und mit anderen Strafen zu belegen." Als diese Eingabe einen genehmigenden Bescheid erfuhr, erbat der Danziger Rat eine Abschrift, um „auch allhier dem immer zunehmenden Unwesen des Judenschachers kräftig zu steuern."

[4] In einer anderen in Thorn stattfindenden Verhandlung, einen Juden Chaim von Posen betreffend, wurde namentlich den Städten Thorn, Elbing und Danzig ernstlich befohlen, denselben zum Handel zuzulassen. Das Gutachten des Marienburger Wojewoden besagte: „Was könnte es schaden, daß man die Juden nicht leiden soll; sie brächten köstliche Wahren hier ins Land und sonderlich dieser Jude, der etliche Zimmer Zobeln hätte." Der Schluß lautet: „Und ist verblieben, diesen Juden frei zu lassen zu handeln gegen Danzig" (Stein, S. 15).

[5] Eine Ausnahme wurde nur mit dem portugiesischen Juden Eduard de Pellice gemacht, der gerade mit kostbaren Waren nach Danzig gekommen war. Er durfte bis zum Frühjahr bleiben, mußte sich aber verpflichten, seine Waren nur an Danziger Bürger zu verkaufen.

[6] Im Jahre 1508 wurde den Bürgern verboten, im Umkreis von einer Meile irgend etwas bei Fremden zu kaufen.

Im Jahre 1516 erhob der Rat bei dem Bischof von Kujawien Beschwerde, daß er zum Verderben der Stadt alle Umherläufer bei sich aufnehme. Als 1520 die Vorstädte von den Danzigern niedergebrannt wurden, weil eine Belagerung drohte, bot der Rat — erfolglos — dem Bischof eine große Geldsumme, falls Altschottland nicht wiederaufgebaut würde.

[7] Leider bringt weder dieses Buch noch eine andere jüdische Quelle eine Mitteilung über den Gewaltakt der Austreibung. Das Memorbuch der Altschottländer Gemeinde hatte zwar ein besonderes Gebet zum Gedächtnis von Märtyrern, die im Jahre 1710 in einer „Gesera" umgekommen waren; es läßt sich aber daraus nicht entnehmen, ob es sich um Opfer der Pest von 1709 oder einer unbekannten Verfolgung handelt.

[8] In seiner Abhandlung über Leipziger Messegäste in den Jahren 1675—1699 (M. G. W. J. Jahrgang 45, S. 460—508) weist der Danziger Rabbiner Freudenthal nach, daß sich darunter auch Danziger Juden befanden. Die Controllbücher zeigen, daß 1699 Calman Enoch, 1695 und 1696 Salomon Josef, 1697—1699 Salomon Isaak, 1692, 1694—1699 Moses Mayer, 1689 Jakob Moses, 1687 Salomon Moses, 1687 Moses Salomon, sämtlich aus Danzig, die Messe besucht haben. Da Danzig ausdrücklich genannt wird, ist anzunehmen, daß diese Kaufleute trotz Verbots in Danzig selbst gewohnt oder mindest ihren zum Dominik gewährten Aufenthalt so ausgedehnt haben, daß sie nicht nur Altschottland, sondern Danzig selbst als ihren Wohnsitz betrachtet haben.

[9] Die „Kahale" (jüdischen Gemeinden) besaßen in den Provinzverbänden und der autonomen „Vierländersynode" („Waad arba arazoth") reiche Machtbefugnisse. Zur Ausübung der Gerichtsbarkeit setzten die Synoden spezielle Marktgerichte ein, und in den Protokollen der Synoden sind auch die Städte Danzig und Thorn mit den für ihre Märkte eingesetzten Schiedsgerichten erwähnt (L. Lewin: Die Landessynode der großpolnischen Judenheit, Professor. M. Balaban: Der Kahal in Polen im 16.—18. Jahrhundert. Neue Jüdische Monatshefte 1916—1917, S. 407, 681).

[10] Wie die Hl. Brüderschaften der Christen war die Chewra eine von der Gemeinde unabhängige Organisation, eine „Gemeinde innerhalb der Gemeinde". Sie hatte ihren eigenen Etat, besoldete eigene Beamte, führte eigene Bücher, hatte ihre Zusammenkünfte und Brudermahle u. a. m. („Communal Sick Care in the German Ghetto", Jacob Marcuse, The Hebrew Union College Press, Philadelphia 1947).

[11] Als dieser 1767 starb, wählte die Bonner Gemeinde den Sohn zum Nachfolger; Elchanan nahm die Stelle auch an. Schon waren seine Bücher verpackt, um über See nach Amsterdam, von dort weiter auf dem Rhein befördert zu werden, während er selbst mit seiner Frau und zahlreichen Kindern die lange Reise im Wagen antrat. Die ganze Gemeinde begleitete den Wagen eine Meile lang, und als es zum Abschied kam, war das Weinen der Gemeindemitglieder so rührend, daß Elchanan es nicht über das Herz brachte, die Gemeinde zu verlassen. Er kehrte um und blieb Rabbiner von Altschottland bis zu seinem Tode im Jahre 1780.

[12] Von seiner Gelehrsamkeit zeugt sein Kommentar zum Schulchan Aruch mit Anmerkungen zum Traktat Nidda. Noch nach 100 Jahren pflegten die Altschottländer mit Stolz zu sagen: Der „Sidra Tehora" war unser Rabbiner.

[13] „Da auch zufolge Reskript seiner Kgl. Majestät die Concession der von Weinberg bereits heruntergezogenen Familienväter besagt, daß sie zwar hier wohnen können, müssen aber die sich zur Weinberger Gemeinde halten und keinen Anteil an unserer Gemeinde haben, so möchten dieselben im Verlauf der Tage sich einschleichen und sich aller Rechte in unserer Gemeinde bedienen wollen. Darum haben Vorsteher der Gemeinde für gut befunden, dieselben fern zu halten mit allen Arten von Fernhaltungen in der Welt, und soll keiner der von Weinberg heruntergezogenen Familienväter die Freiheit haben, auf dem Hofe unserer Synagoge einen Trauhimmel aufzustellen, noch einen ihm Geborenen in unserer Synagoge beschneiden zu lassen. Solches ist einstimmig beschlossen und unterzeichnet."

[14] Er verfaßte den Kommentar „Beth Meir" zum Schulchan Aruch, der 1787 in Frankfurt a. d. O. gedruckt wurde und 1960 in New York unter demselben Titel neu veröffentlicht worden ist. Sein Grabstein trägt die Inschrift „Beth Meir" als den Namen des hier ruhenden Toten und preist in dichterischen Zeilen seine tiefe Gelehrsamkeit. Ähnliche hebräische Grabsteine finden wir für die Danziger Rabbiner Sanwell, Munk, Lipschütz.

[15] Das Reglement unterschied vier streng gesonderte Gruppen:

1. die Generalprivilegierten, die in Handel und Wandel christliche Rechte besaßen, und deren Vorrechte erblich waren.
2. die ordentlichen Schutzjuden, die nur mit bestimmten Waren handeln durften, und die das Recht hatten, ein Kind zu demselben Recht vorzuschlagen und „anzusetzen".
3. die außerordentlichen Schutzjuden, die nur auf Lebenszeit und nur für ihre Person, geduldet wurden.
4. die Schutzjuden, denen jeder Handel verboten war, wozu alle Gemeindebeamten und privaten Hausangestellten gehörten.

Ein Schutzjude durfte nur ein Kind gegen hohe Abgaben wirtschaftlich selbständig machen oder heiraten lassen. Viele Juden waren daher gezwungen auszuwandern oder auf Familienglück, eigenen Haushalt und Selbständigkeit zu verzichten. Handwerk und Landwirtschaft waren ihnen verboten, die meisten höheren Berufe verschlossen, ihr Handel eingeengt, jeder Schritt vom Staat streng kontrolliert, ihre Steuerlasten hart und ständig wachsend.

[16] Im Netzedistrikt wurden nach der Besitzergreifung ungefähr 11 000 Juden gezählt, von denen neun Zehntel in den Städten lebten. In manchen Städten bildeten die Juden ein Viertel oder ein Drittel der Bevölkerung; in Flatow und Hohensalza stellten sie die Hälfte der Bevölkerung.

[17] Friedrich der Große ermäßigte für polnische und litauische Juden Zölle, gab ihnen Privilegien, in Königsberg frei zu handeln und lehnte die Forderung Königsberger Kaufleute, die jüdischen Händler auf die Vorstädte zu beschränken, ab. Stettin sollte das Zentrum des preußischen Seehandels werden. Es wurden sogar Pläne entworfen, zum Schaden Danzigs an der polnisch-preußischen Grenze bei Leba eine „Judenstadt" zu gründen. Zwar wurde dieser Plan verworfen, aber der Kampf gegen Danzig ging weiter.

[18] Nach Wustrack „Historisch-statistisch-topographische Nachrichten von der westpreußischen See- und Handelsstadt Danzig".

[19] Stolzenberg wurde Sitz eines Oberpostamts, in Altschottland wurde eine Ober-Accise-Inspection eingesetzt, Langfuhr erhielt das Admiralitätsgericht, Neufahrwasser die Hafen- und Zolldirektion. Außerdem erhielten sämtliche Orte militärische Besatzungen.

[20] Vgl. die Wiedergabe des Beschlusses in Anmerkung 13.

[21] Die Befristung auf drei Jahre war keine Erfindung der Gemeinde. Ludwig Geiger berichtet in seiner „Geschichte der Juden in Berlin", 1871, S. 75: „Das General-Privilegium von 1750 gewährte 26 Schulmeister, welche ambulatorii sind; ihr Aufenthalt durfte nur drei Jahre dauern. Es waren Polen, die des Bettelns wegen nach Deutschland zogen und die ihre dürftigen Kenntnisse mit rohen Mitteln in ungebildeter Weise den Zöglingen mittheilten. Mehr als hebräisch lesen und schreiben, den Bibeltext in widrigem Jargon wiedergeben, die Mischnah erklären konnte kein Schüler, verstanden doch die Lehrer wenig mehr."

[22] Die Kabinetts-Instruktion vom 7. Juni 1772 an den Oberpräsidenten der Kriegs- und Domänenkammer, von Domhardt, sah vor: „Die Betteljuden vom platten Lande sowohl als aus den Städten müssen . . . successive und ohne Ungestüm weggeschaffet, vermögende und commerciierende Juden aber mit Schutzbriefen, die sie gehörig nachsuchen und lösen müssen, beibehalten und besonders in denen kleinen Städten längs der Drewenz zur Betreibung des Handels nach Polen ausgewiesen werden" (Baer, Urkunden Nr. 54).

[23] Ihr Brief an Jakob Moses ist datiert vom 4. Nissan 1800 und von Aaron Simon und Meir Bendit unterschrieben.

[24] Während die Gesamtzahl der Juden in Preußen 1787 etwa 32 000 betrug, lebten in Südpreußen etwa 50 000, in Neu-Ostpreußen über 70 000 Juden.

[25] Jacob Jacobsohn: Die Stellung der Juden in den 1793 und 1795 von Preußen erworbenen Gebieten zur Zeit der Besitznahme, ZGWJ, Jahrgang 64, S. 209 ff.

[26] Nach Wustrack. Gegenüber 1772 hatte sich die Zahl der Juden um 353 vermindert.

[27] In Nr. 35 der Israelit. Wochenschrift von 1871 erzählt ein Augenzeuge jener Zeit als neunzigjähriger Greis unter der Überschrift: „Wie die Juden in Danzig börsenfähig wurden":
„Im Jahre 1808 reiste der Schreiber von Berlin nach Danzig, und seine Geschäfte führten ihn zur Börse. Zu seiner Überraschung wurde ihm mitgeteilt, daß in Danzig ein Jude die Börse nicht betreten dürfte. Er wandte sich beschwerdeführend an die Berliner Gemeinde, und die Beschwerde erreichte den französischen Gouverneur von Danzig, Gen. Rapp. Dieser war darüber höchst empört und postierte am Börseneingang zwei Gendarmen, die dem Beschwerdeführer polizeilichen Schutz gewähren sollten. Als Morris Cassel wieder auf der Börse erschien und mit noch gröberen Worten hinausgewiesen wurde, traten die beiden Schutzengel hinzu und erklärten im Namen des Gouverneurs, jeden zu verhaften, der sich an diesem Herrn vergreife. Selbigen Tages erschien ein Rescript, wonach jedem Kaufmann der Zutritt zur Danziger Börse unverwehrt sein müsse, und ein Unterschied im bürgerlichen Leben nicht mehr existiere. Seither gehen die Danziger Juden zur Börse."

[28] In der von Dr. Paul Nathan 1897 herausgegebenen Broschüre: „Die Juden als Soldaten."

[29] Wir lesen in einer 1813 gedruckten jüdischen Kundgebung: „O himmlisches Gefühl, ein Vaterland zu besitzen! O entzückender Gedanke, einen Ort, eine Stelle, einen Winkel auf dem schönen Erdenrunde sein nennen zu dürfen, unter freiem Obdach, im Schoße seiner Familie, unter dem Schutze der Gesetze leben zu können! O große Pflicht, für das Vaterland zu leben, ihm seine Kräfte, sein Leben zu weihen . . . Noch seid ihr eingedenk der großen Wohltat, die uns durch die Gnade unseres Königs und Beschützers zu Theil geworden ist . . . Jetzt, Brüder, ist der Augenblick gekommen, wo Ihr bezahlen, wo Ihr mit Eurem Blut, mit Eurem Leben danken könnt . . .!" Der Aufruf schließt mit dem dreifachen Segen und einem Gebet für den König.

[30] Zum Vergleich sei erwähnt, daß in Königsberg vom 15. Mai bis 15. November 1812 jedes jüdische Familienoberhaupt den neu gewählten Namen zu Protokoll geben mußte. Bei einem Bestande von 744 Seelen wurden 359 Namen eingetragen.

[31] Die Namen finden sich in einer Druckschrift „General-Verzeichnis sämtlicher in dem Departement der Kgl. Regierung von Westpreußen vorhandenen Juden, welchen das Staatsbürger-Recht ertheilet worden."

Die Verfügung der Regierung in Marienwerder vom 12. September 1812 über die Namen der neuen jüdischen Bürger bezeichnete unanständige oder lächerliche Namen als unzulässig. Vorgeschlagen wurde, Namen aus Beiwörtern, Tieren, Farben oder Sachen zu wählen; bei gleichen Namen könnte der Ort hinzugefügt werden. Diese wohlmeinenden Vorschläge haben die Juden überall angenommen! Wir finden häufig Namen wie Wohlgemuth, Freundlich, Gross, Klein, Hirsch, Löwe, Bär, Stein, Holz, Zucker, Taler, Schiff, Berent, Konitzer, Tuchler.

[32] Vgl. Freund „Zur Judenfrage in Deutschland", Berlin 1843.

[33] In der „alleruntertänigsten Nachschrift" zu dem Bericht hieß es dann: „Während daß vorstehender allergehorsamster Bericht abgegeben worden, mache ich die neue Erfahrung, wie die Juden auf alle ersinnliche Art bemüht sind, sich in den älteren, jetzt unter Ew. Königlichen Majestäts Szepter bleibenden Provinzen immer mehr einzudrängen und auszubreiten. Mehrere Schutzjuden aus dem abgetretenen Teil von Westpreußen inngleichen aus Neuostpreußen, unter anderen die Judenschaft von Altschottland, haben zum Teil gegen ansehnliche Geldofferten die Übertragung ihrer Schutzrechte auf Elbing und andere Plätze bei mir nachgesucht."

[34] Paul Rieger: Zur Jahrhundertfeier des Judenedikts, 1912 (S. 18), Hans Brandt: Der Staat und die Juden, Königsberg 1928.

[35] Ein krasser Fall betraf den in Altschottland geborenen jüdischen Zuckerbäcker Hirsch Pollack, der noch vor dem Tilsiter Frieden nach Marienwerder umgesiedelt war. Im Jahre 1808 hatte die Stadt Königsberg ihm den Restaurationsbetrieb des neuen Schauspielhauses verpachtet, nachdem er ein außergewöhnlich hohes Pachtangebot gemacht hatte. Schrötter genehmigte die Umsiedlung nach Königsberg nicht, verlangte seine sofortige Ausweisung und Bestrafung des Königsberger Magistrats.

[36] Seine Haltung enthüllt ein an Schrötter gerichtetes Schreiben: „Juden haben für den Staat nicht gekämpft, ihn nicht begründet und daher kein Recht als Bürger. Feigheit, unmoralische Denkungsart, Unehrlichkeit im Handel, Mangel an Patriotismus, Wucher und Schacher ist der Juden Beschäftigung; kein Gesetz wird ihn zum Ackerbau und Handwerk treiben . . . Wahrlich, es ist ein schrecklicher, schauderhafter Gedanke, sich mit einem lasterhaften Volk, das noch nach so vielen Jahrhunderten orientalisch geblieben und von seinen Gewohnheiten auch nicht den kleinsten Buchstaben aufgegeben hat, in der Hoffnung zu verbinden, um dasselbe moralisch zu verbessern. Böse Gesellschaft verderben gute Sitten . . ." (Vgl. Dr. M. Kalisch: „Berlins jüdische Reformatoren nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms III. und IV.", Berlin 1845).

[37] Zitiert nach dem Werk „Die früheren und gegenwärtigen Verhältnisse der Juden in sämtlichen Landesteilen des preußischen Staates" von Kammergerichtsrat Ludwig v. Rönne und Oberlandesgerichtsrat Heinrich Simon, Breslau 1843 (S. 267 f).

[38] Hingewiesen sei auf die Rechtsverhältnisse der Juden in Thorn, der alten Hansestadt, die 1793 zusammen mit Danzig zu Preußen gekommen war. Hier waren noch 1846 die Fragen des Grundstückerwerbs durch Juden und ihres freien Zuzuges der Gegenstand heftiger Streitigkeiten. Als die Stadtverordnetenversammlung die Aufhebung mittelalterlicher Verbote forderte, hatte der Magistrat der Stadt Thorn die Forderung abgelehnt. Die Ablehnung wurde begründet mit Hinweisen auf die Thorner Stadtwillkür, das Kgl. Privileg von 1668 und die wiederholte Bestätigung der alten Rechtstitel nach der Übernahme durch Preußen. Während der Magistrat diese Stellungnahme unter dem 10. Februar 1846 veröffentlichte, hatte das Justizministerium in Berlin bereits unter dem 8. Februar eine ganz entgegengesetzte Verfügung erlassen, welche den Juden den Erwerb von Grundbesitz in der Stadt Thorn bedingungslos gestattete. In der Frage des Zuzuges unterblieb jedoch eine Stellungnahme.

[39] Die zehn Mitglieder des Organisationskomitees waren: Saul Bernstein, L. Goldschmidt, Josef Hirsch, Michael Normann, Joseph Semon, J. J. Meier, Simon Lewitz, Baruch Lessing, A. Abramsohn, Anheim und Wolf Mendelsohn.

[40] Die beiden Tafeln, die seinerzeit im Danziger Jüdischen Museum aufbewahrt waren, befinden sich heute im Jüdischen Museum zu New York — leider ohne den Adler, der als nicht zum Gegenstand gehörig entfernt worden ist. Unter künstlerischen Gesichtspunkten mag dies gerechtfertigt sein; von historischem Standpunkt aus ist die Entfernung des Adlers zu bedauern.

[41] Die Mitglieder der Langfuhrer Synagoge wurden als „Klapptischleute" bezeichnet, da sie alle an einem solchen Tisch hätten Platz finden können. Familien wie die Lövinsohns nannte man „Tippnasen" oder „Hühner", weil sie kleine, spitze Nasen hatten. Andere, die sich einer recht großen Nase erfreuten, hießen die „Bombnäsen"; wieder andere, die eine besonders große Schuhnummer hatten, hießen „Torftreter". Auch die Funktionen der Gemeindebeamten wurden glossiert. So gab es einen Mann, der nach damaliger Sitte bei Hochzeiten den Sitz auf dem Bock der Hochzeitskutsche einzunehmen hatte und „Aljeh der Kutschenspringer" genannt wurde.

[42] Israel Lipschütz war 1782 als Sohn des Rabbi Gedaljah ben Israel Lipschütz geboren. Der Vater hatte zuerst in Emden, später bis zu seinem Tode (1826) in Chodziesen als Rabbiner gewirkt und gelehrte Abhandlungen über Raschi, ferner über Maße, Gewichte und Geometrie im Talmud verfaßt („Regel Yescharah, Dyhernfurt 1776"; „Humra Manita", Berlin 1784; „Kenesset Yisroel", Breslau 1816).

Israel Lipschütz war Rabbiner in Wronke und Dessau (seit 1821), und von 1826—1837 Nachfolger seines Vaters in Chodziesen. Er war der gelehrte Sohn eines gelehrten Vaters und genoß durch großes Wissen, philanthropisches Tun und asketischen Lebenswandel hohes Ansehen. Durch seinen Mischnakommentar „Tiferet Israel" wurde er in der ganzen jüdischen Welt bekannt. Dem Kommentar zu jeder Ordnung der Mischna geht eine ausführliche Einleitung voraus; jeder Kommentar hat einen besonderen Titel:

„Sera Emuna" zu „Seraim" nebst Anhang über die Mischnavorschriften (Hannover 1830),

„Dabar-be-Itto" zu „Moed" nebst Einführungen über Sabbatvorschriften und über den Kalender (1844),

„Chossen Rab" zu „Naschim" mit Novellen über Eben-ha-Eser (Danzig 1843),

„Koss Jeschuot" zu „Nesikim" mit homiletischem Anhang über die Unsterblichkeit und Auferstehung (Danzig 1845),

„Chochmat Elohim" zu „Kodaschim" nebst Anhang über die Opfervorschriften (Königsberg 1850),

„Taam-wa-Daat zu „Teharot" nebst einer Einführung „Jebakesch Daat" (Hannover 1830).

Sein Sohn Isaak L. veröffentlichte 1862—1864 eine zweite Auflage des Werkes mit eigenen Glossen und Anmerkungen des Rabbi Akiba Eger und des großen Rabbi Elijahu von Wilna. Israel Lipschütz verfaßte auch einen kurzen Mischnakommentar „Sera Yisroel" (Wilna 1852) und ein religiös-ethisches Testament „Zawa'ah" (1861); einige seiner Niederschriften zum Schulchan Aruch und zu Mischne Tora sind ungedruckt geblieben.

[43] Sein Sohn Baruch Isaak L., der 1833 Rabbiner in Wronke geworden war, diese Stelle aber auf Verlangen von Akiba Eger in Posen aufgeben mußte, wurde später zum Schutz der bedrohten Orthodoxie als Landesrabbiner nach Mecklenburg-Schwerin berufen, um den Reformer David Einhorn abzulösen. Der religiöse Standpunkt von Baruch Lipschütz war so einseitig und unnachgiebig, daß er sein Amt aufgeben mußte und sich nach Königsberg ins Privatleben zurückzog.

[44] Es enthält das Programm nebst den hebräischen und deutschen Texten der Gesänge und nennt die Herren Goldstein, Itzig und Baruch Kronheimer als Mitglieder des Vorstandes und Salomon Friedländer als Ordner des Festzuges.

[45] Als Gegenstück zu dem friedlichen und harmonischen Bilde, das sich uns bei der Einweihung der Mattenbudener Synagoge zeigt, sei hier auf die Streitigkeiten in der Stadt Graudenz hingewiesen, wo der Kampf zwischen Orthodoxie und Reform, zwischen den Erhaltenden und den Neuerern zur Trennung führte.

[46] Von dem hohen Wohltätigkeitssinn J. M. Goldsteins weiß auch ein Bericht zu erzählen, der zur 25-Jahr-Feier des von ihm begründeten Wohltätigkeitsvereins der Gemeinde Mattenbuden der AJZ (1838, S. 28) übermittelt worden war. — Der Familie Goldstein entstammte Professor Julius Goldstein-Darmstadt, der Begründer und Herausgeber des „Morgen" (1925).

[47] Das Programm für die Einweihung der Weinberger Synagoge am 25. September 1845 (gedruckt bei Schroth & Co., Danzig) enthält Gebete und Lieder mit hebräischem Text und deutscher Übersetzung. Die Anweisungen für die Teilnehmer sind in deutscher Sprache, daneben in Jüdisch-deutsch gegeben.

Nach dem Einheben der Torarollen sprach der Oberrabbiner Lipschütz. Das Gebet für König und Vaterland wurde vom Vorbeter vorgetragen, danach sprach Rabbinatskandidat S. Michelsohn. Nach dem 29. Psalm hielt Dr. Bram, der 1838 im Mattenbudener Tempel gesprochen hatte, die Festrede.

[48] Dr. Abraham Stein hatte nach Ausbildung am Lehrerseminar in Kassel 1844 in Berlin promoviert. Von 1845—1847 war er Direktor des Kasseler Seminars und von 1848—1850 Rabbiner in Filehne gewesen. Neben einer modernen wissenschaftlichen Ausbildung brachte er für sein Danziger Amt reiche Erfahrungen auch als Erzieher und Schulmann mit.

[49] Durch die politische Reaktion war die Reformbewegung bereits zu einem gewissen Stillstand gekommen. Ein Bild jener reaktionären Atmosphäre und unterschiedlichen Bewertung von Judentum und Christentum, die nicht nur das Judentum in der Öffentlichkeit verächtlich machte, sondern auch manchen Juden in seiner Religion schwankend werden ließ, zeichnete Z. Fränkel im 2. Jahrgang seiner Monatsschrift (1853). Es heißt dort: Die Synagoge wird vom Staat ignoriert, das jüdische Bekenntnis nicht als ein religiöses anerkannt. Die das Christentum an Alter überragende Synagoge ist für den Staat nicht da! Doch einmal erinnert man sich an den Juden: im Kirchengebet! Es schließt seit einiger Zeit auf Anordnung der höheren Kirchenbehörden mit dem Gebet für Bekehrung „der Ungläubigen und Juden".

[50] Joel Nathan, einer der israelitischen Lehrer in Danzig, verfaßte einen „Deutschen Kinderfreund für israelitische Schulen nach dem Kinderfreund von A. E. Preuß und J. A. Vetter, eingerichtet und mit einem Vorwort von Dr. J. A. Saalschütz, Prediger der israelitischen Gemeinde zu Königsberg versehen", der aber von jüdisch-orthodoxen Kreisen abgelehnt wurde. Nathans Wörterbuch zum Pentateuch wurde noch bis in die neueste Zeit als wertvolles Hilfsbuch im hebräischen Unterricht verwandt.

[51] Dr. Stein amtierte in Prag an der alten Meisel-Synagoge, die mit Predigt, Chor und Orgel in einen modernen Tempel verwandelt war, bis zu seinem Tode (18. September 1884). Er war ein hervorragender Redner und fruchtbarer Schriftsteller. Außer seiner „Geschichte der Juden von Danzig" (1857) veröffentlichte er viele wissenschaftliche Beiträge für jüdische Zeitschriften. — Vollständige Anerkennung wurde ihm bei seinem Begräbnis zuteil, als der Oberrabbiner Hirsch in Anwesenheit von zahlreichen Vertretern der jüdischen Gelehrtenwelt die Grabrede hielt. An

der Seite des Vaters der jüdischen Wissenschaft, Jehuda Löb Rappoport, dessen Schüler und Freund er war, liegt Dr. Abraham Stein, Danzigs erster moderner Rabbiner, begraben.

[52] Wallerstein kam, wie sein Vorgänger, aus dem Westen. Am 10. September 1836 in Siegburg geboren, war er — wie der wenig ältere I. Bamberger, mit dem er freundschaftlich verbunden war — Schüler des Jüdisch-theologischen Seminars in Breslau, das für Ost- und Westpreußen eine große Zahl von Rabbinern im Geist gemäßigter Reform herangebildet hat. Am 19. Dezember 1860 hatte W. mit einer Arbeit über den Gaon Hai Ben Scherira („Scherirae Quae Dicitur Epistola, Interpretatione Latina, Adnotationibus et Criticis et Exegeticis Instructa") promoviert.

[53] Bamberger kam in eine Gemeinde, in der in den Jahren der Aufklärung Isaak Euchel, ein Schüler Kants, gewirkt und als Vorkämpfer der Mendelssohnschen Haskala die Zeitschrift „Ha-Meassef" gegründet hatte. Die Königsberger Gemeinde hatte stets in vorderster Reihe im Kampf um die Neuordnung der Gemeindeverhältnisse gestanden; zwei Königsberger waren 1849 als Vorkämpfer bürgerlicher und jüdischer Freiheit in das Parlament gewählt worden.

[54] In der AJZ vom 12. März 1866 berichtete eine Meldung aus Danzig („Schr.", also wohl von Benjamin Schreiber, der damals der Leiter der Jüdischen Freischule war):

„Abgesehen von dem hebräischen Unterricht in der Freischule, an der nur Kinder armer Eltern teilnehmen, war keine Gelegenheit zur Erlernung des Hebräischen vorhanden. Das Unternehmen von Herrn Dr. Wallerstein verdient um so mehr Anerkennung, wenn man bedenkt, daß es seinen eifrigen Bemühungen gelungen ist, die Schwierigkeiten zu überwinden, welche die seit Alters bestechende Spaltung der hiesigen Juden in fünf Gemeinden jedem gemeinnützigen Unternehmen entgegenstellt. Die zur Schule erforderlichen Lokalitäten wurden wie in Königsberg auch hier vom Hochlöbl. Magistrat bewilligt."

[55] Die AJZ (1874, Nr. 36) schrieb darüber: „Wie bereits in anderen Städten soll auch hier für regelmäßigen Religionsunterricht der jüdischen Schüler der höheren Lehranstalten gesorgt werden. Der Magistrat beabsichtigt, für die betreffenden Schüler des Gymnasiums und der beiden Realschulen (etwa 100) einen gemeinschaftlichen Unterricht versuchsweise einzuführen. Der Rabbiner Herr Dr. Wallerstein hat sich bereiterklärt, denselben gegen eine Remuneration zu erteilen. Der Unterricht soll am Sonntagvormittag stattfinden. Gestern hat die Stadtverordnetenversammlung die betreffenden Vorlagen des Magistrates angenommen."

[56] In der Israelitischen Wochenschrift (1875, Nr. 25) hieß es darüber:

„Der verflossene Sonntag war für die hiesige jüdische Bevölkerung ein echter Festtag. Nach zweijähriger Unterbrechung ward uns wieder einmal der Anblick einer Konfirmation geboten. Es war dies die dritte derartige Feierlichkeit, welche seit der Amtierung unseres Rabbiners, Herrn Dr. Wallerstein, stattfand. Während früher vier bis sechs Konfirmandinnen zu diesem weihevollen Akt geführt wurden, waren es diesmal zehn Mädchen . . ."

[57] . . . „Wie er heute noch einmal Glieder aller hiesigen Gemeinden vereinigt, sei er stets eine Mahnung, daß die Vereinigung aller jüdischen Bewohner dieser Stadt zu einem blühenden religiösen Gemeindewesen für den Verstorbenen ein Lebenswunsch, sie zu erstreben sein Lebensziel gewesen, daß Sie in der Erinnerung an ihn ein Band besitzen, das Sie alle umschließt und zur Einheit ruft."

[58] Darauf deuten Meldungen über die Rabbinatswahlen hin, welche die Israelitische Monatsschrift (1878, S. 164 und 171) brachte.

[59] Dr. Gronemann, der in der westpreußischen Kleinstadt Flötenstein geboren war und das Konitzer Gymnasium besucht hatte, war ein rechter Schüler Arons, der den Frieden liebte und Einigkeit erstrebte. Es war schicksalhaft, daß dieser friedliebende Rabbiner in eine Stadt berufen wurde, in deren rivalisierenden Gemeinden keine Einigkeit herrschte. Über das persönliche Verhältnis Gronemanns zu Werner liegen keine Urteile vor, jedoch ist auf folgendes hinzuweisen. Dr. Gronemann hat (1898) bei der Hauptversammlung des Rabbinerverbandes als einziger die Protestresolution gegen den Zionismus abgelehnt und war später Mitglied des Zentralkomitees

der Zionistischen Organisation in Deutschland. Dagegen war Werner, der von der zionistischen Weltorganisation für die Ablehnung der Durchführung des Zionistenkongresses in München verantwortlich gemacht wurde, in späteren Jahren einer der Hauptsprecher im C. V.

[60] Wir Danziger werden uns daran erinnern, daß als Überbleibsel jener Tage bis 1939 zwei Frauen-Unterstützungsvereine mit gleichen Aufgaben nebeneinander und neben dem Frauen- und Schwesternbund der Borussia-Loge arbeiteten. Da alle Versuche ihrer Verschmelzung scheiterten, gaben sich die Danziger damit zufrieden, beide Vereine zu unterstützen. Die doppelte Beitragszahlung wurde selbstverständliche Ehrenpflicht.

[61] Bereits 1881, also zwei Jahre vor dem Zusammenschluß der Danziger Gemeinden, waren von dem Vorstand der Altschottländer Gemeinde (Davidsohn) erste Verhandlungen mit einem Frankfurter Architekten begonnen worden. Ein Vorschlag, den Platz der Weinberger Synagoge in der Lavendelgasse zu benützen, wurde wegen der ungenügenden Fläche (750 qm) abgelehnt und der Platz an der Reitbahn gewählt. Oberbürgermeister von Winter sagte hierfür jede Unterstützung zu (Straßenverbreiterung, Regulierung mit dem danebenliegenden Stadthof). Inzwischen war die Entscheidung über den Zusammenschluß der Gemeinden ergangen. Entwürfe des Frankfurter Architekten, einen Renaissancebau zu errichten, wurden als nicht für Danzig passend abgelehnt. Stattdessen wurden auf Anregung des Oberbürgermeisters mit der Berliner Firma Ende & Böckmann, von der u. a. die Pläne für das Landeshaus (Neugarten) stammten, Verhandlungen aufgenommen, die sich bis 1885 hinzogen. Ein 1884 vorgelegter Kostenanschlag der Firma, der mit 516 950,— M schloß, wurde abgelehnt; die Kosten hätten einschließlich des Bauplatzes fast 700 000,— M betragen. Nachdem die Firma ihre Kosten auf 386 000,— M gesenkt hatte (Gesamtkosten des Baus für die Gemeinde rund 500 000,— M) konnte der Vertragsabschluß erfolgen und endlich mit dem Bau begonnen werden.

[62] Die Einweihungsfeier hatte folgendes Programm:

1. Empfang der Behörden. Beim Eintritt des Oberpräsidenten beginnt
2. Orgelpräludium und Chorgesang: „Wie lieblich sind deine Zelte, Jacob . . .“
3. Ansprache des Vorsitzenden und ev. Antwort.
4. Hereintragen und Einsetzen der Torarollen in das Allerheiligste mit Chorgesang und Orgelbegleitung. Der Rabbiner spricht ein Gebet; dann werden die Torarollen unter Orgelbegleitung in das Allerheiligste gesetzt.
5. Anzünden der ewigen Lampe. Der Rabbiner spricht ein Gebet.
6. Gesang, Predigt und Gebet. 121. Psalm Chor.
7. Schlußgesang. Chor: „Groß ist Jehova, der Herr.“

Die bei der Einweihung von Rabbiner Cossmann Werner gehaltene Predigt war eine meisterhafte Auslegung der über den Eingängen der Synagoge in goldenen Lettern prangenden drei Bibelverse:
„Gesegnet sei, der da kommt im Namen Gottes“,
„Heilig sei dies Haus der göttlichen Erkenntnis“,
„Haben wir nicht alle einen Vater, hat nicht ein Gott uns alle erschaffen?“

[63] Nach dem Bericht der „Danziger Zeitung“ vom 16. September 1887.

[64] Die Abwanderung junger Juden aus Danzig erwähnt z. B. Carl Fürstenberg in seinen Erinnerungen. Er habe gern die Bälle besucht, die im „Verein Danzig“ stattfanden, wo „manche Bekannte aus der alten Vaterstadt häufig zusammentrafen.“

Von Aron Bernstein hören wir, daß er mit drei anderen Bocherim, die wie er nach Berlin gekommen waren, um sich in den rabbinischen Wissenschaften zu vervollkommnen, in einer Dachstube bei der Witwe Moses in der Rosenstraße lebte, und daß er auch später außer diesen Freunden Samuel Hermann, Aron Horwitz und Mendel Kalischer einen größeren Kreis Danziger Freunde um sich hatte. Dies sind schöne Beweise der Pflege heimatlicher Zusammengehörigkeit; wir erfahren aber auch, daß die jungen Menschen mit dem Weggang aus ihren Gemeinden sich

von der anerzogenen jüdischen Orthodoxie freimachten, ihr talmudisches Studium fallen ließen und manche sich politisch wie religiös radikalen Richtungen zuneigten. Aron Bernstein wurde ein radikaler Reformer; Fürstenberg war schon lange aus dem Judentum ausgetreten, als er noch von Berlin aus als Danziger Kind seine Spende zum Bau der Großen Synagoge sandte.

[65] Nach den Mitteilungen des Deutsch-Israelischen Gemeindebundes (1920, Nr. 38) hatte Preußen im Jahre 1840 25 Gemeinden mit über 1000 Seelen, davon 20 in der Provinz Posen. Danzig stand hinter Posen (6748), Berlin (6458), Breslau (5714), Kempen (3556), Lissa (3466) an sechster Stelle (2467).

In der Zeit von 1840—1912 wuchsen die jüdischen Gemeinden

In Berlin	von 6 458 auf 140 000	In Elberfeld	von 300 auf 1 919
In Breslau	von 5 714 auf 20 122	In Aachen	von 300 auf 1 565
In Königsberg	von 1 522 auf 4 565	In Dortmund	von 300 auf 2 676
In Magdeburg	von 559 auf 1 843	In Düsseldorf	von 300 auf 3 985
In Köln	von 585 auf 12 156	In Danzig	von 2 467 auf 3 390
In Stettin	von 500 auf 2 757		

Königsberg hatte 1815 = 1900, 1880 = 5082, 1928 = 3880 Juden.

[66] Ein solcher Prozeß begann im Frühjahr 1884 vor der Danziger Strafkammer und fand erst 1885 seinen Abschluß. Die Berichte zeigen, wie der Antisemitismus in der armen und ungebildeten Landbevölkerung sein Unwesen trieb, zeigen aber auch, wie die Danziger Gerichtsbehörden damals, frei und unabhängig von der Volksmeinung, nach Recht und Gesetz entschieden.

[67] Werner sagte in seinem „Vorwort": „Der Inhalt des Gebetbuches wird die Behauptung rechtfertigen, daß die Grundanschauungen, die uns gesetzestreuen Israeliten teuer sind, gewahrt worden sind, und daß auf einen würdevollen und geordneten Gottesdienst die notwendige Rücksicht genommen ist, ohne den durch Überlieferung geheiligter Gebeten Eintrag zu tun." Die wenigen Kürzungen und Änderungen rechtfertigte er mit dem talmudischen Ausspruch: „Besser wenig mit Andacht als mehr ohne Andacht." Er hob ausdrücklich hervor, daß die hinzugefügten deutschen Lieder und Gebete nicht gegen die Tradition verstoßen, und daß eine Reihe von Gebetsdichtungen für die Festtage religionsgesetzlich nicht verbindlich seien.

[68] Nach einem Brief des Rabbiners Dr. Werner vom 27. September 1881 an die Freischulkommission zahlten von den 82 Schülern der von ihm geleiteten Schule nur 35 das volle Schulgeld von 2,— M monatlich, so daß bei 1360 M Kosten (davon je 600,— M an den Rabbiner und an den Lehrer Benjamin Schreiber) ein jährlicher Fehlbetrag von fast 500,— M entstand.

[69] Nicht nur die Chewra Kaddischa und die Israelitische Sterbekasse machten den scheidenden Rabbiner zu ihrem Ehrenmitglied; die gleiche Ehrung erfuhr Dr. Werner durch den Kaufmännischen Verein und den Allgemeinen Bildungsverein zu Danzig (dessen Vorstand damals nur aus Nichtjuden bestand).

[70] Bezeichnend war auch, daß bei der Gründung des Westpreußischen Geschichtsvereins (1881) nicht nur der Geh. Kommerzienrat Goldstein in den Vorstand gewählt wurde, sondern auch eine unverhältnismäßig große Zahl führender Danziger Juden mit ihrem Rabbiner in der ersten Mitgliederliste standen. Genannt seien: Goldstein, Leopold Fürstenberg, Hermann Behrendt, Moritz Hermann, Stadtrat Hirsch Jacoby, Joel Kleemann, Lichtenstein, Otto Münsterberg, Stadtrat Samter, Sanitätsrat Semon, Rabbiner Werner, zu denen in den nächsten Jahren noch Goldmann, Dr. Simson Töplitz, Dr. Wallenberg u. a. traten.
Theodor Hirsch wurde Ehrenmitglied.

[71] Die Gemeindelieder wurden von N. Bruckstein als Broschüre „Andachtslieder für Tempel und Haus" gedruckt. Die Herstellung des Gebetbuches, das im Oktober 1905 erschien, wurde einem weiteren Gemeindemitglied, dem Buchdrucker Carl Baecker, übertragen. Beide Gebetbücher (von Werner, von Freudenthal) konnten im Gottesdienst nebeneinander gebraucht werden. In das

neue Gebetbuch waren neben den Gemeindeliedern auch die Sprüche der Väter und die Grundlehren des Judentums aufgenommen.

[72] Bereits als Landesrabbiner von Anhalt, der Heimat Moses Mendelssohns (über den er 1900 ein Buch geschrieben hat), hatte Freudenthal 1896 einen Lehrplan für Religionsschulen verfaßt; nach seinem Fortgang von Danzig verfaßte er 1912 ein Religionsbuch für den jüdischen Religionsunterricht an der Oberstufe der Gymnasien und Töchterschulen.

[73] Ein Beweis waren die Rabbiner Dr. Werner bei seinem Abschied von Danzig 1895 von Juden und Nichtjuden bereiteten Ehrungen. Besondere Bedeutung hatte die Tatsache, daß ihn der Danziger Tierschutzverein zum korrespondierenden Mitglied wählte, obwohl damals die Antisemiten eine heftige Agitation für ein Schächtverbot unternommen hatten. In Westpreußen wurden sogar an manchen Orten polizeiliche Schächtverbote erlassen, die später wieder aufgehoben wurden.

[74] Die Wirkung des Antisemitismus zeigte zum Beispiel das Danziger Schöffengericht, als es Ende 1911 den Danziger Rabbiner Dr. Kälter wegen Beleidigung des Antisemiten Fritzsch zu 300 M Geldstrafe verurteilte. Theodor Fritzsch, der Leiter des „Hammerbundes", hatte in der Wahlzeit in Danzig antisemitische Flugblätter verteilen lassen, in denen behauptet wurde, daß nach dem Talmud die Juden sich gegen die „Akum" sogar Verbrechen erlauben dürfen, und daß die jüdische Religion daher minderwertig sei. Kälter wies die Anklage zurück und sprach in seiner Entrüstung von „berufsmäßiger Verleumdung". In der Verhandlung wurde die hebräische Abkürzung „AKUM" als Bezeichnung für Sternanbeter und Zeichendeuter erklärt und nachgewiesen, daß Fritzsch kein Hebräisch verstände und bereits dreimal wegen Beleidigung der jüdischen Religion und Gotteslästerung bestraft worden sei. Kälter nahm für sich die Wahrung berechtigter Interessen in Anspruch; Fritzsch erklärte, seit 30 Jahren den Kampf gegen das Judentum auf allen Gebieten zu führen. Das Gericht war der Ansicht, daß Kälter in der berechtigten Abwehr zu weit gegangen sei und verurteilte ihn zu 300 M Geldstrafe.

[75] Nach dem Jahresbericht der Danziger Ortsgruppe des Ostmarkenvereins für 1900 waren in den 51 westpreußischen Städten von 1001 Stadtverordneten 668 Protestanten, 196 Katholiken und 137 Juden. Die Zahlen zeigen, daß die Zahl der Juden hier weit über ihren Anteil an der Bevölkerung hinausging, und in der Tat finden wir Klagen des Zentrums über die Zurücksetzung der Katholiken, verbunden mit Angriffen gegen die Bevorzugung der Juden.

[76] Der Aufruf wurde ferner unterzeichnet von Rechtsanwalt Stein-Thorn, Fabian-Tuchel und Rechtsanwalt Grün-Graudenz.

[77] Moritz Becker und Bernhard Löser, der Gründer der großen Zigarrenfabrik Löser & Wolf in Elbing, waren Kommerzienräte. In der Provinz war Kommerzienrat Goldfarb Besitzer der Schnupftabakfabrik in Pr. Stargard, der größten ihrer Art im ganzen Osten. Dieser Titel war für jene Epoche des Wirtschaftsaufschwungs bezeichnend; wir begegnen ihm in manchen jüdischen Familien Danzigs und Westpreußens. Markantestes Beispiel war der in Zempelburg geborene Gründer der „Julius Becker Tiefbau AG.", der sich vom kleinen Fuhrhalter zum größten Bauunternehmer emporgearbeitet hatte. Bedeutsam war, daß die Träger dieses Titels nicht nur im bürgerlichen Leben Ansehen genossen, sondern auch durch Stiftungen und persönliche Mitarbeit ihre Treue zur jüdischen Gemeinschaft bekundeten.

[78] Es war bezeichnend, daß die Konzertagentur Lau (in der Langgasse), die einzige in Danzig, mit Rücksicht auf die große jüdische Kundschaft viele Jahre hindurch eine jüdische Angestellte beschäftigte. — Das „Wilhelm-Theater" auf Langgarten und der „Wintergarten" wurden, obwohl sie jüdische Besitzer oder Leiter hatten, von Juden weit weniger besucht, weil sie mehr als Vergnügungsstätten anzusehen waren.

[79] Als die Juden aus dem Danziger Kulturleben ausgeschlossen wurden, übernahm Prins die Leitung des Synagogenchors und beteiligte sich mit dem von ihm gebildeten Streichorchester an den vom Jüdischen Kulturbund, der Loge und anderen Organisationen veranstalteten Aufüh-

rungen. Seine Gattin, Frau Lotte Prins-Becker, eine Tochter des Vorstandsmitgliedes Julius Becker, wirkte im Streichquartett als Geigerin und Bratschistin mit.
Bei Ausbruch des II. Weltkrieges lebte das Ehepaar Prins in Holland, wo sie nach der Besetzung von der Gestapo gefunden und verhaftet wurden. Sie teilten das tragische Los vieler Danziger Juden mit Familien, denen es zwar gelang, ins Ausland zu kommen, die aber bei der deutschen Besetzung verhaftet, verschleppt und ermordet wurden.

[80] Die Vorstandsmitglieder waren gleichzeitig Mitglieder der Repräsentanz oder des Gemeindevorstandes; C. V. und Gemeindeverwaltung standen auf gleichem geistigen Grunde und in engster Zusammenarbeit. Von Danzig aus erfolgte die Gründung von Ortsgruppen in der Provinz, doch zur Bildung eines westpreußischen Landesverbandes kam es nicht, obgleich solche Pläne bestanden.

[81] Dr. Hermann Brodnitz, ein Bruder des späteren Präsidenten des Centralvereins, Julius Brodnitz, war 1904 als junger Anwalt nach Danzig gekommen. Sein Wirken wurde für die Gemeinde und die jüdischen Organisationen ein Segen. Brodnitz war von 1910—1938 Mitglied der Repräsentanz und seit 1928 ihr Vorsitzender; seinem vornehmen Wesen und seiner Versöhnlichkeit war es zu danken, daß in den Jahren der Parteikämpfe zwischen der Jüdischen Volkspartei und ihren nichtzionistischen Gegnern die Debatten sachlich und würdig verliefen. In den schweren Jahren der Inflation übernahm Brodnitz auch den Vorsitz im Kuratorium des jüdischen Altersheims. Er wanderte im Sommer 1938 nach USA aus und ist in Washington unmittelbar vor dem Versöhnungsfest 1958 gestorben.

[82] Dr. Kälter war wie Wallerstein, Werner und Freudenthal ein Schüler des Breslauer Rabbinerseminars. Während aber seine Vorgänger aus dem Westen des Reiches kamen, war der am 27. Juli 1874 geborene Kälter ein Sohn der Ostmark. Breslau war seine Heimat, in der er als Student und Mitglied der theologischen Vereinigung „Amicitia" glückliche Jahre verbracht hatte. Während seiner sechsjährigen Amtszeit in der Potsdamer Gemeinde hatte er ihre Synagoge eingeweiht, in der er mit einem Potsdamer Kind als erstes Paar getraut wurde.

[83] Als die Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums (deren Organ, der „Israelit" für offene Trennung eintrat) in einer Petition an das Abgeordnetenhaus im April 1913 von der unüberbrückbaren Kluft sprach, die das liberale Judentum vom gesetzestreuen trennte, und die Richtlinien in feierlicher öffentlicher Erklärung als „Zerstörung der Grundlagen der Religion des Judentums" bezeichnete, da unterzeichnete Justizrat Steinhardt für die Danziger Gemeinde den Gegenaufruf, mit dem sich die Vereinigung für das liberale Judentum in Deutschland im Mai 1913 an die jüdische Öffentlichkeit wandte.

[84] Völlig anders war die Lage in Danzigs Nachbargemeinde Königsberg. Hier hatten die Gegensätze zwischen Orthodoxie und Gemeindeverwaltung bereits 1899 zur Absplitterung der Orthodoxie und Bildung einer besonderen orthodoxen Gemeinde geführt.

[85] Ein Vergleich mit der Gemeinde Königsberg ist interessant. Die Danziger Religionsschule hatte 1907 nach dem Jahresbericht Freudenthals 167 Schüler (83 Knaben, 84 Mädchen); das Lehrerkollegium zählte fünf Lehrkräfte: Freudenthal, Friedländer, Meisel, Schreiber, Berg. Im gleichen Jahr hatte Königsberg eine Religionsschule mit 39 Klassen, 471 Kindern (273 Knaben, 198 Mädchen) und ein Kollegium von acht Lehrkräften. In Königsberg kam ein Lehrer auf etwa 60 Kinder, während Danzig für 35 Kinder bereits eine Lehrkraft hatte. — Die Kinderzahlen entsprechen der Bevölkerungszahl. Königsberg hatte 1912 eine jüdische Bevölkerung von 4565 Seelen gegenüber 2390 in Danzig.

[86] Nur eine Einrichtung der Loge wurde schon am ersten Kriegstage geschlossen, das vom Nordostdeutschen Logenverband unter Führung der Danziger Loge in Zoppot geschaffene Kinderferienheim. Verfasser, der als Logenbruder die Kinder betreut hatte, ging ins Feld, und das Heim in der Benzlerstraße 14 wurde (für immer) geschlossen. Die Räume und Einrichtungen wurden der Flüchtlingsfürsorge zur Verfügung gestellt.

[87] Die AJZ berichtete unter dem 16. Oktober 1914, daß anläßlich der Herbstfeiertage die Soldaten mit Gebetbüchern und Liebesgaben versorgt wurden, daß über 100 Soldaten im Tempel dem Gottesdienst beiwohnten und bei jüdischen Familien verpflegt wurden.
Beweis dafür, wie die Geschichte sich wiederholt, ist ein Bericht der Israelitischen Wochenschrift 1871 (Nr. 19) über „Pessachurlaub von Soldaten und Kriegsgefangenen in Danzig". Dort hieß es: „Den französischen Kriegsgefangenen wurde während der ganzen acht Tage Pessach gestattet, mittags und abends zu ihren jüdischen Glaubensgenossen ohne Begleitung hinzugehen; ja, an den beiden ersten und letzten Feiertagen hatten sie über Zapfenstreich hinaus bis 10 Uhr abends frei bekommen."

[88] In den westpreußischen Kleingemeinden standen die Gotteshäuser ganz leer; es fehlten die Beamten und Führer, und oft wurde der Danziger Gemeinderabbiner in die Nachbargemeinden gerufen, um dort Amtshandlungen zu verrichten.

[89] Zu dieser Entschließung schrieb die in Graudenz erscheinende „Gazeta Grudziadzka":
„Die Danziger und westpreußischen Juden haben es auch für nötig gehalten, gegen polnische Gewaltpolitik zu protestieren. Die Lumpen! Polen hat in früheren Jahrhunderten ihre Väter vor der Ausrottung und Verbrennung auf dem Scheiterhaufen durch die Deutschen gerettet. Hunderte von Jahren hindurch hat ihnen Polen Schutz und nicht nur Gleichberechtigung, sondern auch Vorrechte gewährt. Und jetzt hetzt dieses jüdische Lumpenpack gegen die Polen, schleudert über sie Verleumdungen über Pogrome und Gewalttaten. Offenbar muß man die Juden wie Hunde behandeln, wie sie von Russen und Deutschen behandelt worden sind. Dann würde man augenscheinlich ihre Liebe gewinnen."

[90] Es waren „unsere Husaren", wenn auch der jüdische Historiker nicht vergessen darf, daß die beiden feudalen Regimenter in ihrer Danziger Zeit eine ungebrochene Tradition eines verfeinerten Antisemitismus gepflegt hatten.

[91] Wie die großzügige Spende eines einzelnen die Bildung der Gemeinde und den Bau der Synagoge ermöglicht hatte, so half die Spende eines Leipziger Kurgastes in Höhe von 3000 M zur Anschaffung eines Leichenwagens, wofür der Spender im August 1918 zum Ehrenmitglied der Gemeinde ernannt wurde.

[92] Es ist ein bedeutsames Zeichen jüdischen Schicksals und jüdischer Wanderung, daß diese Gegenstände mit dem gesamten Jüdischen Museum bei Auflösung der Danziger Gemeinde im Jahre 1939 an den „Joint" (= American Joint Distribution Committee) zu treuen Händen weitergegeben wurden.

[93] Nach einer im „Robert Kälter-Gedenkbuch" (herausgegeben von Frau Ruth Ollendorf, 1927) veröffentlichten Statistik des Danziger Büros der HIAS waren es insgesamt 59 158 (1920: 17 967; 1921: 24 294) jüdische Auswanderer, wozu noch 1330 Waisenkinder kamen.

[94] Das Lager, das nur mit besonderem Erlaubnisschein betreten oder verlassen werden durfte, umfaßte 100 Baracken, dazu Verkaufsstände aller Art. Für ein recht hohes Tagegeld (30 M für Erwachsene, 18 M für Kinder unter 12 Jahren) wurde von der Stadt eine Verpflegung gegeben, die bei der durch die Inflation bewirkten Lebensmittelknappheit und -teuerung nur sehr mäßig sein konnte.

[95] Ein besonderes Verdienst des Rabbiners war es, die Brüder und Schwestern der Loge durch regelmäßige Berichte für das Auswandererhilfswerk zu interessieren. Tiefen Eindruck machte der Bericht über den 1921 von Rabbiner Kälter im Auswandererlager gehaltenen Sederabend, obwohl wir damals nicht ahnten, daß wir 18 Jahre später in unserer Loge einen ähnlichen Sederabend für die zur Auswanderung gerüsteten Danziger halten würden.

[96] Charakteristisch für den ostjüdischen Wohltätigkeitssinn war, daß wohlhabende Danziger Ostjuden — selbst nach ihrer Auswanderung in England, in USA und in Palästina — in reichem Maße hilfsbedürftige Danziger unterstützt haben. So stellte zum Beispiel in London im Sommer 1939 S. Jaglom dem ebenfalls nach London ausgewanderten Leiter der Danziger Centralwohl-

fahrtsstelle, gleichsam in Fortsetzung seiner in Danzig geübten Wohltätigkeit, 1000 Pfund für hilfsbedürftige Danziger Einwanderer zur Verfügung.

[97] Rabbiner Kälter berichtete zum Jahresanfang 1924, „daß die Danziger Gemeinde in den letzten Monaten durch eine wirtschaftliche Krise von unerhörter Schärfe über ein Drittel ihrer Mitglieder durch Wegzug verloren hat und nur noch 7000 Seelen zählt." Ihre Zahl dürfte vor der Krise fast 10 000 bertragen haben.

[98] Nach einem im „Danziger Gemeindeblatt" (1937, S. 266) veröffentlichten Aufsatz des Rechtsanwalts Dr. Herbert Lewy, des damaligen Vorsitzenden der Jüdischen Volkspartei in der Repräsentantenversammlung.

[99] Jüdische Maschgischim aus Danzig fuhren zur Aufsicht über die koschere Küche auf den Auswandererschiffen mit. Koschere Fleischgeschäfte und Restaurants wurden eröffnet; das bekannteste Danziger Delikatessengeschäft in der Langgasse führte als koscher gestempelte Waren.

[100] Folgender Vorfall zeigt, wie auch in Danzig der böse Geist des Antisemitismus spürbar war. Im Jahre 1926 nahm die Danziger Polizei in der Wohnung des Schächters Samulski eine Haussuchung vor, da eine Anzeige auf einen Ritualmord hindeutete. Die Pressestelle des Senats berichtete darüber:

„Am 26. September 1926 ging bei der Kriminalpolizei eine Anzeige ein, daß im Keller des Hauses Olivaer Straße 15—16 ein Knabe festgehalten werde. Es wurde an diese Behauptung die Vermutung geknüpft, daß an dem Kinde ein Verbrechen verübt werden solle oder schon verübt worden sei. Die Anzeige erschien zwar reichlich abenteuerlich. Da jedoch die Polizei zur Nachprüfung eingehender Anzeigen verpflichtet ist, wurde eine sofortige Nachprüfung der Angaben des Anzeigenden angeordnet. Im vorliegenden Falle erschien eine schnelle amtliche Aufklärung um so mehr angebracht, als das fragliche Haus von einem Schächter der hiesigen jüdischen Gemeinde, Samulski, bewohnt ist und mit Sicherheit anzunehmen war, daß sich Gerüchte über einen Ritualmord bilden würden, die bei mangelnder amtlicher Aufklärung zu der in solchen Fällen üblichen Massenpsychose hätten führen müssen . . . Bei der Durchsuchung wurden frische Blutspuren vorgefunden, die einwandfrei vom Schächten von Geflügel herrühren. Damit war die Angelegenheit für die Polizei erledigt." Diese Ruhe und Ordnung gewährleistende Polizei vor der Nazizeit besaß auch das vollste Vertrauen der jüdischen Bevölkerung Danzigs.

[101] Eine bessere Wahl konnte schwerlich getroffen werden. Dr. Lichtenstein, ein Sohn des Königsberger Justizrats Lichtenstein und Neffe des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Karl Haase, war auf Grund seiner bündischen Erziehung ein Förderer der jüdischen Jugendbewegung und als ehemaliger Syndikus des C. V. ein erfahrener Helfer der Abwehrtätigkeit. . . Durch seine Eheschließung mit Lotte Hirschberg, einer Enkelin Simon Ankers, wurde ihm Danzig eine zweite Heimat.

Als 1928 die Rundschau einging, war Dr. Lichtenstein einige Monate im Danziger Justizdienst (unter der ausdrücklichen Bedingung, daß er sich nicht als Anwalt niederlassen dürfe), ging aber 1929 nach Königsberg. Nach Verlust seiner dortigen Anwaltspraxis kam er 1933 nach Danzig zurück. Die Danziger Gemeinde machte ihn zu ihrem Syndikus und übertrug ihm auch die Leitung des „Danziger Gemeindeblattes".

[102] Die Liga war keine jüdische Institution; aber viele Danziger Juden (u. a. Franz Kohn, Siegfried Klatzko, Dr. L.Neumann, Konsul Neumann) traten ihr bei. Dr. Lichtenstein wurde stellvertretender Vorsitzender der Danziger Gruppe. Als Vertreter Danzigs legte Dr. L. 1925 bei der Pariser Tagung eine Resolution gegen die Errichtung des polnischen Munitionslagers auf der Westerplatte vor. Die Resolution wurde von den Vertretern Frankreichs und Belgiens als antipolnisch abgelehnt, so daß es zu keiner Abstimmung kam. Ähnliche Erfahrungen machte Dr. L., als er mit dem Mühlenbesitzer Großkopf aus Konradshammer an dem Warschauer Kongreß 1928 teilnahm. Dort wurde jede Kritik an dem Versailler Vertrag und dessen Grenzziehungen von den französischen Teilnehmern als friedensgefährdend abgelehnt.

[103] Justizrat Lewinski, als 11. Kind des Färbers Leiser L. in Stargard geboren, kam 1900 als Anwalt nach Langfuhr, wo er bis zu seiner erzwungenen Auswanderung 1938 lebte und zusammen mit Dr. Ernst Lichtenstein, der nach 1920 aus Posen zugewandert war, die Anwaltspraxis ausübte. Lewinski wurde einer der Gründer des Kreditvereins deutscher Apotheker, später Herausgeber der Danziger Juristenzeitung und Mitherausgeber der Zeitschrift „Danziger Staats- und Völkerrecht". Nach der Auswanderung, die ihn über Polen, Dänemark, Frankreich, Marokko nach USA brachte, wurde er in New York Mitbegründer des „Vereins der Danziger Staatsbürger in Amerika". Die Fundamente seines Lebens waren tiefe Religiosität, unbeirrbare Rechtlichkeit und humanistische Gelehrsamkeit.

[104] Sein Eintreten für jüdische Schüler führte bei der fortschreitenden Nazifizierung der Lehrkörper wie der Schulverwaltung zu Zusammenstößen, bis er nach einem solchen Zusammenstoß mit dem Prüfungskommissar Dr. Schramm bei der Reifeprüfung im Jahre 1936 von der weiteren Teilnahme an den Prüfungen ausgeschlossen und nur noch dem Rabbiner Dr. Weiss die Teilnahme gestattet wurde.

[105] Es kam dazu, daß 1936 zur Weihe des Bootshauses des Turnvereins „Bar Kochba" nicht der Gemeinderabbiner gerufen wurde, sondern Rabbiner Joachim Prinz-Berlin, der ein glühender Zionist war.

[106] Dr. Bernhard Kamnitzer (geb. 1890 in Dirschau) hatte die Danziger Oberrealschule St. Petri besucht und in Danzig und Königsberg studiert. Er nahm am I. Weltkrieg teil, kehrte als Verwundeter zurück und übernahm mit dem Verfasser die Leitung des neutralen Jugendbundes Gabriel Riesser. Im August 1921 wurde er Landgerichtsrat. Durch seine Kurse im Arbeiter-Bildungsverein erwarb er das Vertrauen der SPD, als deren Abgeordneter er von 1924—1928 dem Volkstag angehörte. Er war ein entschiedener Anhänger der Verständigung mit Polen und, bei Ablehnung der jüdisch-nationalen Bestrebungen des Zionismus, der Sprecher der religiös-liberalen Fraktion in der Repräsentanz. — Sein weiterer Lebenslauf ist aufs engste mit der Geschichte der Freien Stadt Danzig und der Danziger Juden verbunden.

[107] Kamnitzers Leistung wird von dem Präsidenten Sahm in seinen „Erinnerungen aus meinen Danziger Jahren" (Marburg 1958) nicht erwähnt. Eine Geschichte der Danziger Juden kann aber nicht unerwähnt lassen, daß Kamnitzer mit Erfolg bemüht war, mit Hilfe des Bankiers Hoch, eines Neffen Carl Fürstenbergs, die Finanzen der Stadt Danzig zu sanieren und daß er auch als Vertreter Danzigs bei der Haager Schuldenkonferenz erfolgreich verhandelt hat. Der Hohe Kommissar, Graf Gravina, schreibt in seinem Jahresbericht für 1930 darüber: „Dank der Geschicklichkeit, die Senator Kamnitzer, der Vorgesetzte der Danziger Finanzverwaltung, bewiesen hat, der bei Polen eine wohlwollende Stütze und bei den Gläubigermächten eine wohlwollende Rücksichtnahme gefunden hat, hat die Freie Stadt Danzig bei der kürzlich im Haag stattgefundenen Konferenz die vollständige Erlassung ihrer Schulden bei den alliierten Mächten erreicht, was einer Summe von 160 Millionen Reichsmark gleichkommt."

[108] Nach dem Danziger Statistischen Jahrbuch 1934, S. 20. Innerhalb von fünf Jahren war Danzigs jüdische Bevölkerung um 1200 Seelen gestiegen.

[109] Alle vier Brüder sind nicht mehr am Leben; als letzter starb Leo Anker, 82jährig, am 5. Mai 1960 in London. Die in Lübeck erscheinende Zeitung der Danziger brachte sein Lebensbild in Erinnerung. Er gehörte der Handelskammer an, war Mitglied des Aufsichtsrates der Dresdner Bank und der Jewish Public Bank und auch an der Gründung der Bank von Danzig beteiligt. „Leo Anker war eine weithin bekannte und geachtete Persönlichkeit. Der Rassenwahn der Nazi-Zeit setzte der Firma S. Anker und ihren Inhabern ein gewaltsames Ende. Der Betrieb wurde arisiert und 1938 von der Raiffeisengenossenschaft übernommen."

[110] Verfasser stand nach abgelegter Mittelschullehrerprüfung der Schulbehörde zur Verfügung, mußte aber die Erfahrung machen, daß auch die Schulverwaltung einer liberalen Regierung an dem Grundsatz festhielt, daß ein Jude auf Grund seiner Qualifikation wohl gleiches Recht, aber

nicht gleichen Anspruch auf Anstellung erwirbt. Das Zentrum war bereit, die Schaffung einer zweiten etatsmäßigen jüdischen Mittelschullehrerstelle durchzusetzen, doch lehnte Verfasser diesen politischen Weg, seine Anstellung zu erreichen ab.

[111] Die jüdischen Zeitungen in Polen hatten die Danzig-polnische Verständigung sehr begrüßt; sie zeigten auch Interesse für Zusammenarbeit mit den Juden in Danzig. Jakob Kirschbaum, der Danziger Korrespondent jiddischer Zeitungen Warschaus, veröffentlichte 1926 seine „Geschichte fun die Jiden in Danzig", um die polnischen Juden mit der Geschichte der Danziger Juden bekanntzumachen. Es war vornehmlich eine Übersetzung der Geschichte von Rabbiner Dr. Stein, ergänzt durch Hinweise auf Danzigs gegenwärtige Lage und seine Bedeutung für die Auswanderung aus Polen.

[112] Die Volkspartei konnte mit diesem Ergebnis wohl zufrieden sein. Sie feierte den Erfolg im nächsten Monat mit einer beträchtlichen Spende für den „Keren Kajemeth".

[113] Der neue Volkstag hatte folgende Zusammensetzung:

Deutschnationale	10 Sitze	Sozialdemokraten	19 Sitze
Zentrum	11 Sitze	Kommunisten	7 Sitze
Kl. bürgerl. Parteien.	11 Sitze	Polen	2 Sitze
Zusammen	32 Sitze	Zusammen	28 Sitze
Nationalsozialisten	12 Sitze		

[114] Senatspräsident Sahm spricht in seinen Erinnerungen von der „völligen Überraschung", die ihm dieser Aufstieg der Nationalsozialisten bereitet habe. Er gibt zu, „daß ich mir damals darüber nicht klar gewesen bin, welch enge Wechselwirkungen zwischen den geistig-politischen Strömungen im Reich und in Danzig bestanden. Das war ein Fehler von mir, den ich offen zugeben muß ... An der Tatsache war nicht vorbeizukommen, daß die Nationalsozialisten plötzlich die zweitstärkste Partei geworden waren."
Es ist tragisch, daß der erste Präsident der Freien Stadt, der immer nur für das Deutschtum und die Unabhängigkeit der Stadt gekämpft hatte, nach zehnjähriger Amtszeit als erstes Opfer der nationalsozialistischen Opposition fallen mußte.

[115] So schrieb Forster als Botschaft zum Weihnachtsfest 1930: „Der Jude triumphiert über die Gottesvölker der Erde. Sein Bestreben geht noch viel weiter. Er versucht auch noch, die uns so heiligen christlichen Feste zu rauben. Er will nicht haben, daß wir ein Weihnachtsfest haben, weil er die Erinnerung an den vor 2000 Jahren der Welt geschenkten Christus nicht wahrhaben möchte. Der Jude ist der Führer und tonangebend bei den roten Parteien, nicht nur bei den Sozialdemokraten, auch bei den Kommunisten. Wir bezeichnen die Marxisten daher als Judenknechte, und die Judenknechte haben das Lügen von den Juden gelernt."

[116] Fabians Verdienste sind bereits gewürdigt worden; hier bleibt nur nachzutragen, daß er anläßlich seines 70. Geburtstages 1932 aus weitesten Kreisen Danzigs zahlreiche Ehrungen erfuhr. Der Vorsitzende der Staatspartei, Senator Strunk, rühmte Fabians Verdienste um den Liberalismus; der Anwaltsverein überreichte eine wertvolle Ehrengabe; der Präsident des Obergerichts brachte die Anerkennung des Richterkollegiums zum Ausdruck.

[117] Die Danziger Gruppe konnte 1932 die Landestagung des ostpreußischen Verbandes begrüßen; das Gemeindeblatt brachte einen Begrüßungsaufsatz des Verfassers, der das Interesse für den Bund und die Teilnehmer aus dem Reich vertiefen sollte. Am 19. März 1933 nahm die Danziger Gruppe an der Landesverbandstagung in Königsberg teil.

[118] Das Ermächtigungsgesetz erging am 1. September 1931 „im Hinblick auf die verschärfte Notlage der Freien Stadt Danzig und zur Aufrechterhaltung der Ordnung der Finanzen sowie zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände". (Ges. Bl. 1931, Nr. 46, S. 719.)

[119] Die zugewanderten Juden, die mit der Danziger Bevölkerung weniger verbunden waren,

spürten den Boykott weniger. Sie waren vorwiegend im Außenhandel tätig und konnten jederzeit ihre Geschäfte nach Gdingen verlegen.

[120] Die deutschnationale Regierung erließ am 24. September 1931 eine scharfe Erklärung gegen Schwarz- und Pfuscherarbeit (Danziger Staatsanzeiger Nr. 31 vom 6. 10. 1931.) In der Vorstandssitzung vom 14. 12. 1932 berichtete Dr. Zander, daß nach 1927 zugezogene jüdische Handwerker ihren Beruf nicht mehr ausüben dürften (Protokoll).

[121] Während das Haushaltsjahr 1929—1930 noch mit einem Überschuß von rund 7000 G schloß, brachte das Jahr 1930—1931 ein Defizit von 6000 G, obgleich bei den Mitgliedern zur Schuldentilgung ein Darlehen von 50 000 G aufgenommen worden war (Protokoll vom 19. 4. 1932).

[122] Die Austritte aus der Gemeinde und aus dem Judentum, die gem. Vorstandsbeschluß im Gemeindeblatt veröffentlicht wurden, hatten besorgniserregenden Umfang angenommen. In der Sitzung vom 14. 2. 1933 wurden zwölf Austritte bekanntgegeben. Es handelte sich in allen Fällen um ostjüdische Zuwanderer, die durch ihre Notlage, vielleicht auch durch sozialistische oder missionarische Beeinflussung, veranlaßt worden waren, das Judentum zu verlassen.

[123] Nach dem Aufsatz von Dr. S. Lewy, dem Vorsitzenden der Zionistischen Vereinigung in Danzig (Gemeindeblatt 1937, S. 266).

[124] Ein persönliches Erlebnis sei eingefügt: Die Schulen feierten am 1. April den Schluß des Schuljahres, und Verfasser saß mit dem Lehrkörper seiner Schule beim Abschiedsschoppen im „Hohenzollern" am Langenmarkt, als ein SA-Mann in Uniform mit zackigem Hitlergruß eintrat und den gedruckten Boykottaufruf auf den Tisch legte. Mein Bier schmeckte etwas säuerlich, als meine Kollegen in einer gewissen Verlegenheit mit mir die Gläser anstießen. Jedenfalls fand die Aktion bei der Tafelrunde von 12 bis 15 Lehrern eine 100%ige Ablehnung.

[125] Der bei Carl Bäcker in Danzig gedruckte Katalog war eine völlige Neubearbeitung des 1904 von Rabbiner Freudenthal herausgegebenen Katalogs der Gieldzinski-Sammlung. Er enthielt kurze Beschreibungen von 186 Kunstgegenständen und trug das Datum des 1. April 1933, des Tages des deutschen Judenboykotts.

[126] So geschah es dem Direktor einer polnischen Handelsfirma, wobei es nur dank der damals freundschaftlichen Beziehungen zu Polen möglich war, den Zwischenfall mit einer Entschädigung zu regeln. Nach der Mißhandlung eines polnischen Zollinspektors blieben die polnischen Zollstellen einen Tag geschlossen.

[127] Danziger Jüd. Gemeindeblatt, 8. 4. 1938.

[128] Vom Verfasser ausführlich dargestellt im Bulletin Nr. 24 des Leo-Baeck-Instituts (1963).

[129] Im November 1934 konnte die junge Leiterin der Höheren Schule an der Pädagogischen Woche des Frankfurter Philanthropins teilnehmen. Drei Jahre später hielt in den Sukkothferien von 1936 die „Mittelschule für Jüdische Erwachsenenbildung" unter der Leitung von Professor Kantorowicz eine Arbeitstagung mit den Lehrkräften der Jüdischen Volksschule und der Höheren Schule ab. Dabei hielt der Schulreferent der Reichsvertretung, Studienrat Dr. Leschnitzer, ein Referat über den Deutsch- und Geschichtsunterricht in der Jüdischen Schule; Rektor Hammerstein hielt einen pädagogischen Vortrag über den Sinn der Jüdischen Schule. Die Tagung schloß mit einem Vortrag von Dr. Leschnitzer über „Erziehungsziele." Beide Tagungen waren ein Gewinn für die jüdischen Schulen in Danzig.

[130] Danzig war darin glücklicher als zum Beispiel die Nachbargemeinde Königsberg, die vier ihrer Lehrkräfte als Opfer des Nationalsozialismus zu beklagen hat, und die ihre Kinder nur vorübergehend nach Holland retten konnte. Aber auch die Danziger Gemeinde muß das Schicksal der beiden Lehrerinnen Dr. Romana Haberfeld und Rita Haberfeld beklagen, für die ihre Flucht nach Frankreich ebenfalls keine endgültige Rettung bedeutete, und die dort als Opfer der Verfolgung umkamen.

[131] Das offizielle „Journal" des Völkerbundes vom Juni 1935, S. 830—862 enthält (im Wortlaut): 1. die Petition vom 8. 4. 1935; 2. die Antwort des Senats vom 11. 5. 1935; 3. ein Begleitschreiben

des Hohen Kommissars vom 11. Mai 1935; 4. eine zusätzliche Petition der Juden vom 14. Mai und eine schriftliche Stellungnahme hierzu vom 16. 5. 1935.

[132] Während Greiser noch in Genf halbe Versprechen und Zusicherungen gab, schrieb Forster bereits im „Vorposten":

„Die Menschen machen einen großen Fehler, wenn sie denken, daß wir jemals vor einer Institution kriechen werden. Wir sind fest entschlossen, nicht nachzugeben. Im Gegenteil, wir werden weiter angreifen, um dem Führer unsere Dankbarkeit zu erweisen. Ich weiß, daß auch in Danzig der Tag der Abrechnung kommen wird, da sie alle für ihre Handlungen werden Rechenschaft ablegen müssen, falls sie es nicht vorgezogen haben, Danzig zu verlassen. So sicher, wie dieser Tag kommen wird, so sicher werden diese Herren sich eines Tages im Konzentrationslager befinden." (Bericht des H. K. XVII, S. 206.)

[133] Der „Vorposten" brachte diese sicher nicht dem „gesunden völkischen Rechtsempfinden" entsprechende Gerichtsentscheidung, konnte aber nicht umhin, die polnisch-jüdischen Namen der Entschädigten deutlich zu kennzeichnen.

[134] Wenige Tage vor der Ratstagung, am 21. Januar schrieb der „Vorposten" in einem Leitartikel: „Wird Genf Danzigs Souveränität antasten?"

„Der Kronjurist der heutigen vereinigten Opposition, der jüdische Rechtsanwalt Dr. Kamnitzer, hat im Jahre 1929 als damaliges Mitglied der Danziger Regierung gegenüber dem damaligen Vertreter des Völkerbundes in Danzig, dem H. K. van Hamel, eine Haltung eingenommen, die sich durch nichts von der unterscheidet, die die nationalsozialistische Regierung jetzt einnimmt. So unangenehm es für die nationalsozialistische Regierung auch ist, sie kann sich heute in Genf auf die Dokumente berufen, die aus der Feder desselben Mannes stammen, von dem man sagt, daß er an der Abfassung des Berichtes des H. K., der die Einmischung Genfs fordert, nicht unbeteiligt ist."

Der Dr. Kamnitzer verliehene Titel „Kronjurist der vereinigten Danziger Opposition" zeigt, daß die Rolle des Juden Kamnitzer gegenüber Polen unmöglich so „undeutsch" gewesen sein kann; und wenn der „Vorposten" sich zu der Behauptung versteigt, daß Kamnitzer bei der Abfassung des Berichtes des Hohen Kommissars nicht unbeteiligt gewesen sei, beweist das nur, daß der Hohe Kommissar aus menschlichen wie rechtlichen Gesichtspunkten die Maßnahmen der Regierung verurteilt hat.

[135] Sean Lester hatte seit Oktober 1933 amtiert und war erst am 15. Mai 1936 auf ein weiteres Jahr wiedergewählt worden. Voller Verständnis für den politischen Freiheitskampf der Opposition wie für den von Katholiken und Juden um Religionsfreiheit geführten Kampf hatte er in seinen Jahresberichten, dazu in zahlreichen Einzelberichten, vor den in Danzig heraufziehenden Gefahren, vor allem vor der Person Forsters (der ihn in Wort und Schrift geschmäht und durch die Polizei hatte überwachen lassen) gewarnt. Der Rücktritt Lesters, der seine Mission in Danzig als verfehlt ansah, war ein Protest gegen die Schwäche des Völkerbundes bei der Behandlung der Danziger Fragen.

[136] Die Protokolle befinden sich gegenwärtig im Archiv der Jüdischen Historischen Gesellschaft in Jerusalem.

[137] Die Beschwerden sind zu zahlreich, um hier einzeln aufgeführt zu werden. Allein im Mai 1936 verzeichnen die Protokolle Beschwerden vom 4., 6., 8., 13., 14., 20., 22. und 29. Mai.

[138] In den folgenden Monaten sind die Sitzungen der Kaschrut- und Schechita-Kommission gefüllt mit Berichten über die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die der Gemeinde bei der Fleischversorgung für die koscheren Haushalte in Danzig erwuchsen. Verhandlungen mit den Behörden waren notwendig, um das nötige Kontingent zu sichern; dazu kamen Verhandlungen über Preiskontrollen, Gemeindegebühren, Kauf von Schlachtscheinen, Transportfragen beiderseits der Grenze, Höhe der Schlachtgebühren. Oft gab es Klagen der Verbraucher, der Fleischer und Kaschrut-Aufsicht.

[139] Der „Vorposten" vom 11. Januar 1936 brachte den Bericht eines Polizeibeamten, der mit einer Sonderabteilung der Kripo „auf Suche nach Verbrechern und lichtscheuen Elementen" ging. Es waren alles nur jüdische Hotels und Schlafstellen, die revidiert wurden. Alles wird als elend und schmutzig geschildert (wie es zum Teil wohl auch gewesen ist); aber die Papiere wurden in Ordnung gefunden; es erfolgten keine Bestrafungen, nur Ermahnungen. Wo eine zweifelhafte Gestalt erwischt wurde, war es kein Jude. Der Bericht schließt: „Es ist ein kleiner Einblick in die schwere Arbeit unserer Kriminalpolizei, die zumeist außer dem täglichen Dienst geleistet wird. Bei den Razzien stehen die Beamten meist einem unbeschreiblichen Elend gegenüber, und es gehören sehr gute Nerven dazu, bei diesen Razzien die Ruhe zu behalten."
Der Berichterstatter war ein objektiver Beamter der Danziger Fremdenpolizei; der Bericht erfolgt nicht in der üblichen Sprache des „Vorpostens". Dieser zeigte sein Gesicht in einem auf die Einwanderung bezugnehmenden Aufsatz vom 11. Juli 1936 über „Die letzte Judenvertreibung in Danzig", die im Jahre 1816 stattgefunden hätte. Das Blatt knüpft daran folgende Ausführungen „Inzwischen hat man erkennen gelernt, daß der Unterschied zwischen Juden und arischen Menschen keine Sache der Religion, sondern des Blutes ist. Die Danziger Wirtschaft hat sicher immer instinktiv die Gefährlichkeit . . . der Juden erkannt gehabt, — sonst wäre es wohl vor 120 Jahren nicht zu der letzten Danziger Judenaustreibung gekommen. Die Juden haben — und das spüren wir heute wieder — aus dem Verhalten und der Ablehnung durch die deutsche Bevölkerung keine Lehre gezogen: ... sie fühlen sich beinahe in Danzig schon eher zu ‚Hause' als die Danziger selbst." Hier spricht aus jeder Zeile der Wunsch nach einer neuen Judenvertreibung, obwohl die von 1816 keine solche gewesen und der Bericht weit übertrieben ist.
[140] Segal, ein Freund und begeisterter Verehrer Jabotinskys, war kein gebürtiger Danziger, sondern stammte aus dem polnischen Grenzgebiet an der Weichsel. Nach Teilnahme am polnisch-russischen Kriege von 1920 war er seit 1920 als Agent für deutsche und ausländische Schiffahrtslinien tätig. Er hatte s. Z. den Polizeirat Heribert Kammer, der seit 1921 das Ausländerbüro beim Danziger Polizeipräsidium leitete und freundschaftlichen Kontakt zur jüdischen Bevölkerung unterhielt, veranlaßt, für die jüdischen Flüchtlinge aus Polen und Rußland, die über Danzig auswandern wollten, in Zusammenarbeit mit dem deutschen Grenzkommissariat Marienburg Interimsausweise auszustellen, welche die Ausreise ermöglichten. Als Segal die revisionistische Bewegung in Danzig organisierte, war er auf Grund seiner früheren Tätigkeit der Danziger Polizei wohl bekannt.
[141] Polizeirat Kammer schreibt hierzu: „Ich konnte 1934 höheren Orts erwirken, daß die revisionistische Jugend am Bischofsberg vormilitärische Felddienstübungen in braunen Uniformen an den Sonntagvormittagen abhalten konnte. Als es später bei diesen Übungen mit SA-Einheiten, die auch in diesem Gelände Übungen abhielten, zu Reibereien kam, verlegten die jungen jüdischen Freiheitskämpfer ihre Ausbildungsstätte in die Räume des früheren Wintergarten (Eingang Schichaugasse). Hier wurden sie auf ihren künftigen Einsatz geschult, was den Engländern (brit. Generalkonsul Mr. Sheppard) nicht verborgen blieb. Um Segals Position zu festigen und seinen getreuen Anhängern Mut und Vertrauen für das kommende Unternehmen in Palästina zu geben, wurde ihm als einzigem Juden gestattet, an seinem taubenblauen Fiat den jüdischen weißblauen Stander zu führen."
Es ist nicht verwunderlich, daß die Danziger Juden in ihrer Mehrheit die freundschaftlichen Beziehungen Segals zur Danziger Polizei mißverstanden. Kammers Bericht trägt dazu bei, dieses einstige Mißtrauen zu beseitigen und S. zu rehabilitieren.
[142] Zu den ersten Lehrkräften (Echt, Haberfeld, Nachmann) kamen 1935 Kantor Chasin, Frl. Belin und Frl. Freud, im Jahre 1936 Frau Alexander, Frau Liachowski und Walter Kaufmann hinzu.
Zahlreiche Bewerber aus dem Reich, die dort entlassen waren, bemühten sich in Danzig um Anstellung; zu Anstellungen kam es jedoch nicht.

[143] Aus dem Erlös wurden an die Tiegenhöfener Gemeindemitglieder Hirschfeld, Wolff und Plonski je 500 G ausgezahlt. — Der Leichenwagen von Tiegenhof wurde für 250 G an die Jüdische Gemeinde in Gdingen verkauft.

[144] So Dr. Rauschning in „Unser Danzig" (Danziger Mitteilungen) März 1950.

[145] Zur Schulkommission gehörten Berent, Rosenbaum und Itzig vom Vorstand, Hermann, Löwy und Rössler von der Repräsentanz, die beiden Gemeinderabbiner, Schulleiter Echt, der Vorsitzende des Schulvereins W. Drum, als Gemeindemitglieder die Frauen Löwenherz, Loria, Berghold und Josephson sowie Dr. Reach.

[146] Oberkantor Meisel ging nach Pensionierung mit seiner Familie ins Ausland und wurde in Litauen ein Opfer der Verfolgung.

[147] Aus Berlin wurde ein Fachlehrer, Aaron Silber, angestellt. Die erforderlichen Werkzeuge wurden als Lehrmittel zollfrei eingeführt. Im Hause des Herrn Webelmann, Brotbänkengasse 7, wurde die 3. Etage für den Werkunterricht und die 9. Klasse gemietet.

[148] Aus dem Reich wurde Lehrer Lipski als volle Lehrkraft angestellt, mußte jedoch wieder entlassen werden, da die Schulverwaltung seine endgültige Anstellung ablehnte.

[149] Über die Chanukkafeier 1937 konnte das Gemeindeblatt (10. 12. 1937) schreiben: „Der Lehrerschaft der Volksschule gebührt der heiße Dank der Gemeinde für das, was sie aus dieser Feier gemacht hat. Wie ein Licht sich an das andere schließt, bis die Menorah im vollen Glanz der acht Kerzen erstrahlt, so hat sich in langsamem, aber stetem Aufstieg ein Jahrgang der Volksschule an den anderen geschlossen, bis alle acht nebeneinander stehen. Als treuer Diener am Werk hat die Lehrerschaft ein Licht nach dem anderen entzündet, und heute kündet uns das Leuchten vieler hundert Kinderaugen, daß sie vom Feuer jüdischer Jugend entflammt sind."

[150] Zur Illustrierung jener beschämenden Vorgänge sei folgendes eigene Erlebnis berichtet: Die Horde zog durch die den Marktplatz begrenzende Junkergasse, in der meine Schwester Inhaberin eines seit über 50 Jahren bestehenden Geschäftes war. Meine Frau, die als Tochter des Begründers des Geschäftes bei allen Markthändlern bekannt war, und ich standen davor und beobachteten die Vorgänge auf der Straße. Ein als Bezirksblockwart fungierender Nazi forderte meine Frau auf, in den Laden zurückzugehen; sie bestand darauf zu sehen, wer das Fenster einschlagen würde. Als der Haufe unser Fenster erreichte und der mit großem Farbtopf und Pinsel bewaffnete Maler seine Schmierarbeit beginnen wollte, während im Hintergrund ein mit Steinen bewaffneter Radfahrer darauf wartete, nach der Beschriftung das Fenster zu zertrümmern und sich dann unbemerkt aus dem Staube zu machen, versuchte ich, den Maler an seiner Arbeit zu hindern. Dabei kippte der Eimer mit der Farbe über den Maler. Die Menge zog weiter, ohne daß das Fenster zertrümmert wurde. Dieser Vorfall zeigt, daß die judenfeindliche Aktion, die von der Partei geplant und vorbereitet war, vom Volk mit wenig Begeisterung durchgeführt wurde und daß die Mehrheit der Bevölkerung damals die von der Partei angeordneten Abenteuer durchaus nicht guthieß. Wäre dem nicht so gewesen, dann wäre es mir wohl übel ergangen.

[151] Daß die Beschuldigung der rechtlichen Grundlage entbehrte, bewies der dem Direktor Goldberg nach Palästina nachgesandte Gerichtsbeschluß, daß das Strafverfahren gegen ihn aus Mangel an Beweisen eingestellt sei.

[152] Zeugen solche Fälle von der Tragik jüdischen Schicksals, so mag der folgende Fall dazu die Lächerlichkeit hinzufügen. Die Firma Essigsprit- und Mostrichfabrik R. Haffke & Co. ging am 1. 2. 1938 in arische Hände über. Der „Vorposten" fügte der Nachricht die Bitte des neuen arischen Inhabers Walter Kohl hinzu: „Ich bitte, das Vertrauen, welches die Firma seit ihrer Gründung im Jahre 1909 sich erwarb, auch auf mich übertragen zu wollen."

[153] Die plötzlich errechneten Steueransprüche und angeblich gefundenen Steuerhinterziehungen waren aus der Luft gegriffen. Die Firma war jüdisch; eine Hinterziehung mußte daher vorliegen und mit hoher Geldstrafe belegt werden. Da die Firmen gewöhnlich diese Strafe nicht bar bezahlen konnten, wurden Beschlagnahmen vorgenommen und Zwangshypotheken eingetragen.

Vielfach kehrte der Kaufmann, der auf Reisen war, nicht mehr heim oder entzog sich der drohenden Verhaftung durch die Flucht.

[154] American Jewish Yearbook, Bd. 40, S. 226.

[155] Burckhardts Mitteilung, daß er „mit Schärfe protestiert" habe, steht im Widerspruch zu anderen Quellen. Das American Jewish Yearbook (Bd. 40, S. 226) weiß zu berichten, daß er einer jüdischen Abordnung, die am 29. Oktober gegen die Ausschreitungen protestierte, geantwortet habe, daß er sich nicht in die inneren Angelegenheiten Danzigs einmischen könnte.

[156] Diese Fälle, die sämtlich Danziger Staatsangehörige betreffen, könnten in beliebiger Kette fortgesetzt werden. Diese Beispiele mögen hier genügen.

[157] W. Anspach war Mitglied der Repräsentanz, im Vorstand der Jüdischen Bank, des Altersheims, des Jüdischen Kulturbundes und der Caspar Lachmannschen Waisenhaus-Stiftung.

A. Weinkrantz, der bei Einführung der Gulden-Währung und Errichtung der Bank von Danzig mitgewirkt hatte, war eine führende Persönlichkeit der Danziger Wirtschaft. In der Gemeinde stand er als überzeugter liberaler deutscher Jude an führender Stelle. Er war Mitglied der Repräsentanz, Vorsitzender des Central-Vereins und der liberalen Vereinigung und gehörte bis zuletzt dem Aufsichtsrat der Jewish Public Bank an. Er leitete das Danziger Komitee der Gesellschaft ORT und war Mitglied der Gesellschaft der Freunde der Hebräischen Universität in Jerusalem. Dringendste geschäftliche Verpflichtungen hielten ihn nicht davon ab, jedem Verlangen von jüdischer Seite nachzukommen.

Dr. Schopf und Frau waren, der Tradition der Eltern folgend, dem jüdischen Leben in Danzig eng verbunden. Dr. Schopf als Mitglied des Vorstandes der Chewra, des Central-Vereins; Frau Schopf, eine Tochter des 1937 verstorbenen Ehrenmitglieds des Vorstandes, Justizrat Fabian, als Leiterin sozialer Arbeit. Beide waren Vertreter der jüngeren Generation, die ihre Erziehung im „Gabriel-Riesser-Bund" und im Jungjüdischen Bund erhalten hatten.

[158] Dr. Landau, der Vater des durch den Eichmann-Prozeß bekanntgewordenen Vorsitzenden des Gerichtshof, Moses Landau, war bereits im Februar 1938 in Jerusalem als Repräsentant der revisionistischen Liste gewählt worden.

[159] Es waren die Klubs „Artus" (Vorsitzender Wilhelm Katten), „F. B." (Vorsitzender Spiegel), „Fortuna" (Vorsitzender Rosenstein) und „G. M." (Vorsitzender M. Tiefental).

[160] Verausgabt wurden:

1.	für Lehr- und Lernmittel der Volksschule	678,27 G
2.	für Schuldgeldzuschüsse der Höheren Schule	1 789,— G
3.	für Schuldgeldzuschüsse zum Besuch der Handelsschule	735,— G
4.	für Lehrer- und Fortbildungskurse	546,24 G
5.	für Ferienkolonien	500,— G
6.	für Hebräische Kurse	100,— G
	insgesamt	4 348,51 G

[161] Miß Lili Montague sandte folgende Botschaft: „Versucht die jüdisch-religiöse Form zu finden, die für euren Geist und eure Herzen annehmbar ist. Möge sie harmonieren mit der Tradition der jüdischen Vergangenheit und belebt sein durch eure eigenen Anschauungen und von dem Gottesgedanken."

[162] Diesem Ton von der Straße schlossen sich würdig Hetzreden in akademisch gebildeten Kreisen an. Der „Vorposten" vom 5. Mai 1938 berichtete über einen Vortrag des Landgerichtsrates Dr. Horst Neumann im NS-Rechtswahrerbund über „Die geistigen Grundlagen des Judentums" wie folgt:

„Der Jude ist der Bastard einer höchst unglücklichen Rassenkreuzung und stellt rassisch einen minderwertigen, entarteten, zwiespältigen Menschen dar, dem jeder Schritt seiner Handlungen nach dem jüdischen Gesetz vorgeschrieben ist. Darüber hinaus ist der Jude ein Verbrecher, speziell ein Gewohnheitsverbrecher auf dem Gebiet der Rassenschande."

[163] Von besonderem Interesse ist folgende Notiz im „Danziger Vorposten" vom 16. Mai 1938: „Lodzer jüdische Großfirmen haben folgenden Brief an Danziger Firmen geschickt: Da Ihre Firma ein Schild mit der Aufschrift ‚Juden unerwünscht' ausgehängt hat, ist eine Situation entstanden, die die Aufrechterhaltung eines für die Handelsbeziehungen unerläßlichen Normalkontakts unmöglich macht. Da wir nicht die Möglichkeit haben, Sie persönlich oder durch unseren Vertreter zu besuchen, sind wir gezwungen, bis zur Änderung Ihres Standpunktes von dem Abschluß von Creditgeschäften mit Ihnen Abstand zu nehmen." — Zwei Tage später brachte der „Vorposten" die Erklärung des gleichgeschalteten „Verbandes der Textilhändler" in Danzig: Die Zumutung, das Schild aus dem Fenster zu nehmen, ist eine höchst unangebrachte Einmischung der Lodzer Juden in die inneren Danziger Verhältnisse.

[164] Es geschah, nachdem in der CWSt vorgekommene Unregelmäßigkeiten zur Entlassung einer Sekretärin W. geführt und nicht nur Unruhe in der Gemeinde erregt, sondern auch die Danziger Gerichte beschäftigt hatten.

[165] Als eine der ersten Arbeiten des Schiedsgerichts übernahm es Dr. Rosenbaum, Differenzen zwischen dem „Schild" und „Bar Kochba" zu schlichten, die den so notwendigen Burgfrieden bedrohten.

[166] Auf Grund der erfolgten Kündigung von Hypotheken standen zur gleichen Zeit etwa 400 Häuser jüdischer Besitzer zum Kauf. („Jewish Chronicle", London, Nr. 3621 vom 22. 8. 1938.)

[167] „Jewish Chronicle" Nr. 3619 vom 19. 8. 1938 und 3621 vom 21. 8. 1938.

[168] Wie der Ankerspeicher in Neufahrwasser zu den Wahrzeichen des Danziger Stadtbildes gehörte, so war auch diese Getreidefirma ein Stück des Danziger Wirtschaftslebens. Gegründet 1881, hatte sie Danzigs Aufstieg nicht nur mitgemacht, sondern mitgestaltet. Es ist bezeichnend, daß der Danziger Raiffeisen, der am 15. 7. 1938 den Komplex des Geschäftes übernahm, Wert darauf legte, die Firma S. Anker als Name beizubehalten.
Mit der Danziger Gemeinde war die Familie Anker, deren Senior kurz vor der Gründung der Danziger Einheitsgemeinde aus Ostpreußen gekommen war, auf jedem Feld jüdischer Arbeit engstens verknüpft. Der Fortgang der Familie mußte wie die Entwurzelung eines mächtigen Baums schwere Erschütterungen hervorrufen. Heute ist von den „Ankerschen Söhnen" keiner mehr am Leben, aber ihre Kinder haben in England und den Vereinigten Staaten neue Wurzeln geschlagen und setzen die Tradition ihrer Vorfahren auch im jüdischen Bereich fort.

[169] Auch mancher Danziger in der Fremde fühlte an diesen Festtagen wehmütig seine alte Verbundenheit mit der Gemeinde. Bankdirektor Weinkrantz sandte aus dem fernen Westen der USA folgendes Schreiben an die Gemeinde:
„... die in den langen Jahren meines Lebens in Danzig mir so sehr ans Herz gewachsen war und der ich mich auch heute noch innigst verbunden fühle. Diese Verbundenheit läßt mich den wirtschaftlichen Niedergang der Gemeinde und das Schicksal der dort verbliebenen Juden um so schmerzlicher empfinden, als ich mich und meine Familie hier geborgen weiß, obwohl meine Existenz naturgemäß hier noch nicht gesichert ist. Möge allen Juden in Danzig Kraft zum Ausharren beschieden sein, so übermenschlich schwer dies auch erscheint."

[170] Wie schwierig die Einreisegenehmigung zu erlangen war, wird zum Beispiel aus der Meldung ersichtlich, daß im Oktober 1938 die Einwanderungsquote für USA bis Juli 1939 erschöpft war.

[171] Das Danziger Gemeindeblatt hatte den Mut, über die Synagogenbrände in den Nachbarstädten Elbing, Marienburg, Königsberg und Allenstein zu berichten und die triumphierenden Mitteilungen der ostpreußischen Zeitungen zu bringen, zum Beispiel der „Preußischen Zeitung" unter der Überschrift „Königsbergs Antwort auf Judas Mordtaten".
Verfasser, der im Vertrauen auf seinen Danziger Paß, der nicht wie im Reich den Judenstempel trug, noch am gleichen Tag in seine ostpreußische Heimat eilte, um nach seinen Angehörigen zu sehen, hatte Gelegenheit, vor der zerstörten Großen Synagoge auf dem Lindenmarkt in Königs-

berg, auf dem jüdischen Friedhof und vor den ausgeraubten jüdischen Geschäften diese Antwort Königsbergs in Form eines unglaublichen Vandalismus in Augenschein zu nehmen.

[172] Der Vorstand verlor mit Berent seinen 1. Vorsitzenden, die Gemeinde ihren Führer, der unermüdlich für die Existenz der Danziger Juden gekämpft und gleichzeitig dem innerjüdischen Ausgleich nach besten Kräften gedient hatte. Berent ging nach England, um dort weiter für die Danziger Juden zu wirken.

[173] Wie das geschah, beschreibt Dr. Lichtenstein, der damalige Syndikus der Gemeinde, in einem Brief an den Verfasser:

„An diesem Tage, einem Shabbath, hatte ich erfahren (ich glaube, bei einem Rundgang durch jüdische Geschäfte), daß ein Anschlag auf die Große Synagoge bevorstehe. Ich ging zu Rosenbaum um die Mittagszeit und fand, daß er sich etwas zur Ruhe gelegt hatte. Wegen der Wichtigkeit der Sache erhob er sich, und ich erstattete ihm meinen Bericht im Schlafzimmer. Er ging sofort ans Telefon und verband sich mit dem Polizeipräsidenten. Er meldete sich: Rosenbaum, Vorsitzender der Judengemeinde (er liebte das Wort Synagogengemeinde nicht) und verlangte den Polizeipräsidenten. Es wurde ihm erklärt, daß dieser nicht anwesend sei. Er erklärte unter Nennung seines Namens, daß er erfahren habe, daß ein Angriff auf die Synagoge geplant sei, und ersuchte ihn energisch, sofort alle Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Angriff zu verhindern. Dann entließ er mich.

Tatsächlich wurde eine Polizeipatrouille zur Synagoge geschickt, und eine Gruppe von SA-Leuten, die offenbar den Anschlag ausführen sollte, flüchtete beim Eintreffen der Patrouille.

An demselben Abend reiste Rosenbaum mit seiner Frau nach Nizza ab. Am nächsten Morgen fand bei ihm, wie bei vielen anderen jüdischen Funktionären, eine Haussuchung statt. Sein Sohn Ernst, der ihn vertrat, konnte den Beamten erklären, daß sein Vater verreist sei, Ernst Rosenbaum folgte nach kurzer Verhaftung seinem Vater. Er ist dann in Nizza von der Gestapo verhaftet und ums Leben gebracht worden.

[174] Die Juden hatten in dem Polizeipräsidenten Froböß nur den Mann gesehen, der durch seine polizeilichen Anordnungen und durch Duldung nationalsozialistischer Vergehen oft Grund zu Beschwerden gegeben hatte. Dagegen teilte Dr. Brodnitz in einem Brief vom 14. 2. 1960 an den Verfasser (der mit ihm viele Jahre im Vorstand des Danziger Central-Vereins zusammengearbeitet hat) über den Polizeipräsidenten folgendes mit:

„Als ich einmal zu der Zeit, als in Deutschland die Judenverfolgung schon in voller Blüte war, über den Holzmarkt ging, sah ich dort einen Mann, der eine Broschüre anbot und dabei ständig ausrief: ‚Ein jüdischer Ritualmord!' Ich telefonierte das Polizeipräsidium an und fragte, ob ich den Präsidenten persönlich sprechen könnte, was bejaht wurde. Der Präsident empfing mich sehr liebenswürdig und bot mir einen Platz auf dem Sofa an. Als ich ihm den Vorgang erzählte, war er sehr empört. Er rief telefonisch in meiner Gegenwart in sehr barschem Ton den Polizeikommissar an und fragte, ob er denn nicht wisse, welch ein grober Unfug in seinem Revier passiert. Er ordnete an, daß der Mann, der Präsident sprach von ihm immer als ‚der Lümmel', sofort verhaftet werde, ohne Rücksicht darauf, welche Legitimationspapiere er bei sich führe. Der Präsident ordnete ferner in meiner Gegenwart an, daß eine Patrouille durch die Stadt gehe, um festzustellen, ob etwa an anderer Stelle Ähnliches vorkomme. — Als später die antisemitische Hetze immer größer wurde, sah derselbe Präsident auf die Seite, wenn ich ihm auf der Straße begegnete. Er wollte offenbar einen Gruß vermeiden."

[175] „Als Jacobsohn trotz seines Alters von fast 70 Jahren die Burschen verfolgte, sah er sie in Richtung Milchkannengasse laufen. In der Milchkannengasse sah er, wie die Schaufenster eines Lederwarengeschäftes eingeschlagen wurden. Eine von zwei vorübergehenden Frauen nahm aus der Auslage eine schwarze Damenhandtasche, worauf die andere zu ihr gesagt haben soll: ‚Nimm doch die blaue; du hast doch ein blaues Kostüm, und eine blaue Handtasche paßt besser dazu.' Sofort wurde die schwarze zurückgeworfen und eine blaue Handtasche genommen. Jacobsohn hielt einen

vorbeikommenden Schupo an und machte ihn auf den Vorfall aufmerksam. Nach Mitteilung des Juweliers soll der Polizeibeamte achselzuckend gesagt haben: ‚Was soll ich da machen!?' "

[176] Lord Rothschild soll auf die Frage, ob er etwas zur Erleichterung der jüdischen Frage tun würde, geantwortet haben, daß er nur eine britische Frage kenne, und daß im Interesse der britischen Politik die Einwanderung in Palästina nicht erwünscht sei. Die führenden englischen Juden waren ebenso ablehnend wie die britische Regierung, und als am 23. Dezember eine von Neville Laski geführte Delegation des „Board of Deputies" beim britischen Kolonialminister Mac Donald um Erleichterungen der Einwanderungsbestimmungen in Palästina bat, erhielt die Delegation die gleiche ablehnende Antwort.

[177] Der Zollbeamte, der beim Plombieren der Kisten beim Anblick der Ritualgeräte die Bemerkung machte, daß das nicht gut ablaufen werde, und daß die göttliche Strafe folgen müsse, ahnte nicht, wie bald sich dieser prophetische Gedanke verwirklichen würde.

[178] Die Sammlung ist vom Joint dem Jüdisch-Theologischen Seminar in New York — zunächst zu treuen Händen, nach Ablauf von 15 Jahren — als Geschenk übergeben worden und bildet einen von dem Kurator Prof. St. Kayser wohlbehüteten wertvollen Bestandteil des vom Seminar unterhaltenen Jüdischen Museums in New York (1105, Fifth Avenue).

Verfasser hat das Seminar darauf hingewiesen, daß über Danzigs Schicksal noch keine endgültige Entscheidung erfolgt ist und daher auch die Frage des Eigentumsrechts an der Sammlung offen bleiben müsse. Ihm ist in mündlicher Aussprache versichert worden, daß man jederzeit zu neuen Besprechungen bereit sein wird, falls eine neue Situation solche Besprechungen berechtigt erscheinen lasse.

Für Danziger Leser dürfte von besonderem Interesse sein, daß ein Gegenstand der Sammlung in der weiten jüdischen Welt bekannt ist: eine wertvolle Sederschüssel der Danziger Sammlung, mit deren Bild die New Yorker Schokoladenfirma Barton ihre koscheren Pessach-Pakete schmückt.

[179] Der liberale Abgeordnete für Wolverhampton forderte unmittelbar nach dem Abtransport vom Unterstaatssekretär Auskunft über die Verbannung von Juden aus Danzig. Mr. Butler gab zwar zu, daß überaus bedauerliche Verletzungen der Verfassung dazu beigetragen haben, daß aber der wirkliche Akt der Auswanderung auf Grund freiwilliger Entscheidung durchgeführt wurde. Sir Archibald Sinclair fragte: „Wenn ein Gefangener von Bord eines Piratenschiffes springt, verläßt dann der Gefangene das Schiff aus eigenem freien Antrieb?" Auf diese Frage, die die herrschende Situation so trefflich kennzeichnete, kam die Antwort: „Die Danziger Frage ist nicht so einfach, und wir bedauern, daß diese Juden den plötzlichen Entschluß gefaßt haben, Danzig zu verlassen." Als darauf der Minister gefragt wurde, ob es ihm bekannt sei, daß Juden unter dem ständigen Druck stehen, Danzig jederzeit zu verlassen, blieb eine Antwort aus (Jewish Chronicle Nr. 3649 vom 17. März 1939).

[180] Besonders tragisch war der Fall des Hapagdampfers „St. Louis", der am 15. Mai 1939 Hamburg nach Cuba verließ und nach langer Irrfahrt zurückkehren mußte. Unter den 907 Juden, die von Belgien, Frankreich, Holland und England aufgenommen wurden, befanden sich auch Danziger, von denen ein besonders tragischer Fall erwähnt sei: Frau Lietz, die von Dr. Bönheim, der bereits in USA weilte, erwartet wurde, um als Gattin heimgeführt zu werden. Frau Lietz konnte in England landen, lebte in London und ging nach den schweren Bombenangriffen auf London nach Leicester. Bei dem einzigen Bombenangriff, den Leicester erlebte, gehörte Frau Lietz zu den Opfern.

[181] Zur Illustration sei mitgeteilt, daß der Verfasser, der als Beamter sein Gehalt automatisch auf sein Sparkassenkonto überwiesen erhielt, dieses Konto plötzlich gesperrt fand und es erst einer besonderen Genehmigung bedurfte, um über das Gehalt, das die Behörde mit der einen Hand zahlte und mit der anderen beschlagnahmte, verfügen zu können.

[182] Durch Willy Aronsohn, der im Gemeindebüro die Listen zu führen hatte, wird diese Hilfe bestätigt. Aronsohn teilte dem Verfasser mit: „Ich hatte in Polizeirat Kammer einen warmen

Befürworter meiner Wünsche. Es gelang mir, Danziger, die eingesperrt waren, mit seiner Hilfe freizubekommen."

183 Der Verfasser konnte als Flüchtling in England seine erzieherische Tätigkeit zum Wohle Danziger Flüchtlingskinder fortsetzen. Erwähnt sei nur, daß bis zum Kriegsausbruch ein großer Briefwechsel mit der Gemeinde in Danzig unterhalten und alles versucht wurde, um die immer dringender werdenden Aufträge der Gemeinde und Wünsche der Eltern zu erledigen, daß der Verfasser nach Übersiedlung von London nach Stroud (Gloucestershire), wo keine Juden wohnten und sieben Danziger Kinder in christlichen Familien lebten, dort jüdischen Religionsunterricht einführte, auch an den Hohen Feiertagen im Herbst 1939 für die im Bezirk Stroud lebenden Flüchtlinge den Festgottesdienst leitete. Der Verfasser konnte mit seinen Religionsschülern 1939 Chanukka feiern und am kommenden Pessach im „Church Institute" trotz Verdunkelung und Bombengefahr einen Sederabend veranstalten, an dem fast 60 Personen, darunter zwei christliche Pfarrer mit ihren jüdischen Pflegekindern, teilnahmen.

Als der Verfasser im Mai 1940 diese freiwillige Tätigkeit in Stroud aufgeben mußte, um als Existenz in Birmingham die Leitung eines Flüchtlingsheimes zu übernehmen, konnte er in den acht Jahren, in denen das Heim bestand, innerhalb wie außerhalb des Heimes seine Fürsorge für Danziger Kinder erweitern und auf die mit dem dritten und vierten Transport angelangten Kinder ausdehnen.

Die Tätigkeit in Birmingham war tatsächlich eine Fortsetzung der Danziger Erziehungsarbeit. Der Krieg brachte es mit sich, daß ein Teil der in englischen Familien untergebrachten Flüchtlingskinder in dieses Hostel aufgenommen werden mußte. Das Flüchtlingsheim verwandelte sich bald in ein Heim für Kinder und Jugendliche aus Deutschland und Österreich.

In den acht Jahren, die der Verfasser das Jugendheim bis zur Auflösung leitete, gelang es ihm, das Interesse des British Council, der Birminghamer Schulverwaltung, der dortigen jüdischen Gemeinden und des in London gebildeten „Ausschusses für den Religionsunterricht" auch für die Erziehungsarbeit im Hostel zu gewinnen. Das Hostel hatte eine permanente Religionsklasse, nahm an Fernkursen teil, und die Schulverwaltung Birmingham gab freie Kurse in englischer Sprache und Literatur, Geschichte und Mathematik. Manches Flüchtlingskind konnte die Reifeprüfung ablegen und Aufnahme in die Universität finden.

184 Schneidermeister David Jonas, der bei Juden wie Nichtjuden großes Ansehen genoß, stand seit 1933 an der Spitze des Vorstandes des Verbandes selbständiger jüdischer Gewerbetreibender und Handwerker. Er war als Mitglied der Repräsentanz bei der Verschmelzung der Gemeindekörperschaften in den Vorstand getreten.

Polizeirat Kammer schreibt über ihn: „Mit Jonas verband mich jahrelange enge Freundschaft. Als ich in den Jahren 1921—1927 mich als Leichtathlet aktiv betätigte, war David Jonas mein erster Vorsitzender im Danziger Sportklub. Diesen fairen, stets hilfsbereiten Sportsmann und Vorsitzenden wird die große Danziger Sportgemeinschaft nie vergessen. Wir haben in guten Zeiten frohe Feste gemeinsam verlebt, uns gegenseitig geschätzt und geachtet. Nach seiner Wahl gab ich ihm öfters zu verstehen, Danzig noch vor der einbrechenden Gefahr zu verlassen. Ich versprach ihm, alle eventuellen Unebenheiten aus dem Wege zu räumen; er aber antwortete mit einem bitteren Lächeln: ‚Ich gehe als letzter aus Danzig; mein Amt ist Verpflichtung. Denken Sie an meine Worte.' Sein Wort hat er auch gehalten."

185 Die Tätigkeit von Dr. Weiß und seiner Gattin umfaßt den bedeutungsvollsten Abschnitt in der Geschichte der Danziger Juden. Seine Arbeit für die Jugend, seine soziale Hilfstätigkeit und Seelsorge, sein Verständnis für Ost und West machten ihn zum Freund aller noch so sehr geteilten Richtungen. Die Arbeit seiner Gattin für die Kinderferienkolonie, für den Volkskindergarten und die Suppenküche, als Vorsitzende des Frauenpflegevereins und die Arbeit im Kuratorium des Altersheimes, nicht zuletzt ihre Gastfreundschaft, machten sie zu einer wahren und perfekten „Rebbezin".

Dr. Weiß ging nach Montreal (Kanada), wo er bis zum 85. Lebensjahr das Amt eines Seelsorgers in Krankenhäusern und Erziehungsanstalten ausübte. Er erfreute sich der aufrichtigen Freundschaft des deutschen Generalkonsuls Dr. Stahlberg, der Weiß als den Religionslehrer des Berliner Gymnasiums zum grauen Kloster verehrt. Wohl auf dessen Veranlassung brachten die „Montrealer Nachrichten" 1961 bei der Pensionierung von Dr. Weiß sein Bild mit der Unterschrift „Mann mit großem Herzen".

[186] Mit Arthur und Alice Bärwald verließen zwei der aktivsten Mitglieder die Gemeinde. Beide hatten sich mit ganzem Herzen überall eingesetzt, wo es um Arbeit für das Gemeinwohl ging, sei es im Club, im Palästina-Amt, in der WIZO und OSE, für die Jugend-Alijah oder in der Wohlfahrt. Die Tugenden der Menschenliebe zu pflegen, war ihnen heilige Familientradition; so wurden sie bald nach ihrer Übersiedlung aus dem polnischen Korridor nach Danzig zum Mittelpunkt kulturellen und gesellschaftlichen Lebens der Danziger Juden. Ihnen war es zu danken, daß in dem neuen jüdischen Leben Danzigs die kulturellen Elemente von Ost und West sowie die religiös oder politisch getrennten Gruppen sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfanden. Drei Jahre führte Bärwald den Vorsitz im Jüdischen Klub; nach dessen erzwungener Auflösung übernahm er das schwierige und undankbare Amt des Finanzdezernenten der Gemeinde. Das Ehepaar Bärwald ging nach USA, wo Frau Alice Bärwald im Januar 1963 ihren 80. Geburtstag feiern konnte.

[187] Friedländers Schicksal ist beispielhaft für viele dieser unglücklichen Fälle. Sein Sohn, Landgerichtsrat Heinz Friedländer, schildert es in einem Brief vom 9. 11. 1952 an den Verfasser:

„... Ich verließ Danzig im Februar 1937; meine Schwester und mein Schwager folgten. Meine Eltern hatten damals noch keine Absicht auszuwandern. Niemand ahnte, daß die Nazis sich auch an älteren Menschen vergreifen würden; die Pension meines Vaters wurde unverändert gezahlt. Trotzdem meldete er sich, ganz vorsorglich, im Juli 1938 beim amerikanischen Konsul für das Visum an. Wie sich später herausstellte, gerade sechs Wochen zu spät. Als nach dem Novemberpogrom die Zoppoter und Langfuhrer Synagoge in Flammen aufgingen, entschlossen sich meine Eltern, auch auszuwandern und zu uns nach Chicago zu ziehen.

Ich beschaffte in ein paar Tagen die notwendigen Affidavits, und der Konsul sagte, daß meine Eltern im Sommer, wahrscheinlich im Juli 1939, das Visum erwarten könnten. Damals fiel zuerst das Wort von der unheilvollen polnischen Quote. Wir in Chicago hatten bei der Erlangung der Visa keine Schwierigkeiten gehabt, weil wir unter die Danziger Quote fielen. Auch meine Mutter hätte jederzeit abreisen können, da sie ebenfalls in Danzig geboren war; mein Vater aber war in Rawitsch (Provinz Posen) geboren, und das brachte ihn unglücklicherweise unter die polnische Quote. Meine Mutter hat es selbst in der größten Lebensgefahr abgelehnt, meinen Vater allein zu lassen, obwohl sie wußte, was ihr bei diesem heldenmütigen Entschluß bevorstand.

Am 15. Mai 1939 erhielt ich einen Brief meines Vaters ... Der Konsul hatte ihm mitgeteilt, daß die polnische Quote überfüllt und es ungewiß sei, wann er herankommen würde. Bei einer sechs Wochen früheren Anmeldung hätte alles geklappt ... Meine Eltern bemühten sich inzwischen, die Wartezeit in England, Frankreich und anderen Ländern zuzubringen; aber die allgemeine Kriegspanik war schon da, und sie fanden überall verschlossene Türen. — Sie hatten im Frühjahr 1939 ihre Wohnung in Zoppot aufgegeben und warteten in Bromberg auf das Visum. Ihr Hab und Gut lagerte in Gdingen. Kurz vor Ausbruch des Krieges, August 1939, flohen sie mit einem der letzten Züge nach Lodz. Sie entgingen gerade noch dem großen Blutbad, das die Nazis ein paar Tage später in Bromberg anrichteten, und dem Dr. Cohn und Frau, Ernst Löwenstein, Rechtsanwalt Gerson und Rechtsanwalt Lichtenstein II zum Opfer fielen ... Es kam zur Einrichtung des berüchtigten Ghettos Lodz-Litzmannstadt. Nach Monaten sahen sich meine Eltern im Ghettokrankenhaus wieder, beide schwer krank und zu Skeletten abgemagert ... Alle nach dem Kriege angestellten Forschungen über das Schicksal der Eltern blieben erfolglos ..."

Über das Schicksal des Rechtsanwalts Gerson besagen Zeugenberichte: Rechtsanwalt Gerson ist nicht in Bromberg, sondern in Rabka in den Karpathen kurz nach Kriegsausbruch mit seinem Sohn

Fritz und seinem Schwager Warschewzik ermordet und mit noch sechs Juden in einem Massengrab beerdigt worden. Frau Gerson und Frau W. blieben mit der alten Frau Schapira zurück. Während Frau Sch. 1941 eines natürlichen Todes starb, wurden Frau Gerson und Frau W. 1942 erschossen und mit noch 95 Juden in Rabka in einem Massengrab beerdigt.

188 Nach der Eingliederung Danzigs wurde mit der Reichsvereinigung das „Alttreu-Passage-Verfahren" geschlossen, und dieser Sondertransfer wurde von der zuständigen Danziger Devisenstelle genehmigt (Mitteilung Dr. Lichtenstein, GemBl. 20. 10. 1939).

189 Anfang Mai 1939 war es dank dem gespannten Verhältnis zwischen Regierung und Partei noch möglich, in Einzelfällen Gewaltakte zu verhindern. Polizeirat Kammer berichtet darüber: „Unmittelbar nach der Abfertigung des Kindertransportes nach England kam der Syndikus der Gemeinde zu mir und bat um sofortigen Schutz für das Jüdische Altersheim auf dem Heumarkt. Er teilte mir sehr erregt mit, daß soeben die Kreisleitung der NSDAP ihn angerufen habe und die sofortige Schließung des jüdischen Altersheims verlange. In seiner Gegenwart habe ich daraufhin die Kreisleitung angerufen und sie nicht im Unklaren darüber gelassen, daß ich bereit sei, mit Polizeigewalt die Schließung des Altersheims zu unterbinden. Das Altersheim wurde nicht geschlossen."

190 Die Angehörigen Schufftans erhielten einige Wochen nach der Verhaftung die Urne mit seiner Asche. — Schufftan war seit 1904 bei der Danziger Gemeinde als 2. Kantor und Schächter angestellt und bekleidete seit 1912 den Posten des Begräbnisinspektors. Nach 35jähriger Tätigkeit in der Gemeinde hatte er nur den Wunsch, nach Palästina überzusiedeln, wo sein als Arzt lebender Sohn den Weg für die Eltern bereitet hatte.

Nur einer der damals verhafteten Danziger Juden, ein Schäftemacher Wartski, der den ganzen Krieg hindurch Schaftstiefel für die SS und SA anfertigen mußte, blieb am Leben und gelangte nach dem Kriege nach Israel.

191 Traurige Einzelheiten bringt das im Leo-Baeck-Institut, New York, aufbewahrte Tagebuch von Frau Else Pintus, einer deutschen Jüdin, die in Karthaus lebte, sich wochenlang verbarg und sich nach Danzig durchschlagen konnte, wo sie mit Hilfe der Gemeinde sogar eine Beschäftigung fand.

192 Im Februar 1939 hatte der Senat verfügt, daß nach fünfjährigem Aufenthalt im Auslande die Danziger Staatsangehörigkeit verloren ging, so daß Tausende Danziger Juden, die Danzig verlassen hatten, dadurch staatenlos wurden.

193 Robert Sander, ein alter Danziger, war als Nazi-Gegner 1936 zwangspensioniert worden. Er war ein persönlicher Freund vieler Danziger Juden, die er vom Sport und aus seiner Tätigkeit bei den „Danziger Neuesten Nachrichten" kannte. Im Oktober 1939 wurde er von der Regierung zum Sachbearbeiter bei dem „Ausschuß zur Förderung der jüdischen Auswanderung" berufen. Der Ausschuß war völlig verwaist, nachdem Direktor Bittner plötzlich nach Bromberg versetzt worden war.

194 Wie ähnliche Aufforderungen der Reichsvertretung der Juden oder anderer Gemeinden in deutschen Städten zeigen, stand die Danziger Gemeinde mit solcher Bekanntmachung nicht allein. Solche Bekanntmachungen waren von der Gestapo diktiert.

195 Die Angaben über die Teilnehmerzahl schwanken. Sander nennt etwa 750 Personen; ein Teilnehmer (E. Czarlinski) spricht von etwa 600 Personen. Nach der von D. Jonas geführten Statistik waren es sogar nur 519 Personen, die am 26. 8. 1940 Danzig verließen. Die letztgenannte Zahl dürfte zutreffend sein.

196 Die Mitgliederliste der „Group of Citizens of the Free City of Danzig in the Detainment Camp Beau Basin" vom 16. 2. 1943 umfaßte 140 Namen (Männer, Frauen, Kinder). Durch Zu- und Abgänge (Tod, Geburt, Heiraten) veränderte sich die Zahl geringfügig auf 131, von denen sich am 1. März 1945 neun Jugendliche zum Dienst in der „Jewish Brigade" meldeten.

[197] Die Tätigkeit der Gruppe erwies sich als segensreich. Dennoch schwand nach dem Krieg das Interesse der über das ganze Land verstreuten Mitglieder, und der Verein löste sich mit Zustimmung der befragten Mitglieder im November 1953 auf. Die letzten Vorstandsmitglieder waren B. Kamnitzer, W. Katten, M. Ruben, S. Echt, von denen nur noch der Verfasser am Leben ist. Die Auflösung ist später bedauert worden, denn die Organisation hätte eine Zentrale für Rechtsberatung der Danziger in Wiedergutmachungsfragen werden können. Nachdem Justizrat Lewinski und Senatsrat Berent nicht mehr am Leben sind, richten sich die Hoffnungen der Danziger Juden hier auf den in Tel-Aviv lebenden Rechtsanwalt Dr. Erwin Lichtenstein, den letzten Syndikus der Danziger Synagogengemeinde.
Es war auch bedauerlich, daß die Vereinigung, die aus politischen Gründen nur Danziger Staatsangehörige aufnehmen konnte, dadurch die gemeinsame Plattform, auf der sich in der Danziger Synagogengemeinde während der Verfolgung alle Juden (aus Ost und West) vereinigt hatten, zerstörte. In den neuen Wahlländern trennten sie die Kriegsgesetze nach ihrer Staatsangehörigkeit, und jede Gruppe ging ihren eigenen Weg.

[198] Von diesen haben einige bei der von dem „Pelzschultz" (Dominikswall 11) gegründeten Firma Schultz & Co., Nowolipie, als „alte Danziger Bekannte" wenigstens zeitweilig einen Unterschlupf gefunden, darunter Kaufmann Wolpert mit Familie, Knopf, Finkelstein, „Bernstein-Woythaler" mit Frau, der Kürschner Sam. Topelsohn, Kronmann („Oleo"). Soweit sie die „Aussiedlung" im Sommer 1942 überleben konnten, sind sie am 3. November 1943 in Trawniki umgebracht worden. Nachweislich überlebt hat die Vernichtung nur S. Topelsohn, den der U. im Sommer 1945 in der Nähe von Wittenberg (Elbe) wiedergetroffen hat. [R. N.]
Woythaler ist mit seiner Frau September/Oktober 1942 verstorben.

[199] Anzunehmen ist, daß die Mitglieder nicht sofort nach der Besetzung Danzigs geflohen, sondern, wie Fürstenberg selbst, erst später nach Deutschland übergesiedelt sind. Darauf deutet ein Brief hin, den Fürstenberg am 5. Juli 1945 an Sander schrieb, der bei seinem Weggang aus Danzig seine Einrichtung und andere Sachen, die er zurücklassen mußte, Fürstenberg für die Gemeinde als Spende übergeben hatte.

„Danzig-Langfuhr, den 5. Juli 1945

Sehr geehrter Herr Sander,

Sie haben in einer für die Juden schlimmen Zeit diesen aus Ihrer antinationalsozialistischen Gesinnung heraus mit Rat und Tat wertvolle Hilfe geleistet, und zwar frank und frei. Das bleibt Ihnen unvergessen.
Ich habe als Vorsteher der jüdischen Synagogengemeinde Ihnen wiederum herzlich zu danken für die hochherzige Spende, welche Sie der durch Feuer völlig ihres Eigentums beraubten Gemeinde haben zuteil werden lassen.
Anläßlich Ihres Wegganges von Danzig wünsche ich Ihnen und Ihrer verehrten Frau Gemahlin, daß Sie beide das gewünschte Ziel schnell erreichen möchten und in dem neuen Wirkungskreis Ihre Befriedigung sowie hochherzige und hilfsbereite Menschen finden mögen, wie Sie beide es sind.

Mit ergebenen Grüßen

Ihr Arnold Fürstenberg, Justizrat."

Übersicht über die Vorsteher und Repräsentanten seit 1883

Vorstand 1883—1886

Gustav Davidsohn (Vors.)
R. A. Goldmann (stellv. Vors.)
Albert Koehne (Kassenvorstand)
Martin Kadisch (Kassenvorstand)
San.-Rat Dr. Semon
Abraham Perls
San.-Rat Dr. Wallenberg

Stellvertreter:

S. Cohn
Philipp Simson
Bankier L. Lippmann

Repräsentanten 1883—1886

Stadtrat Dr. Samter (Vors.)
R. A. Rosenheim
Markus Goldstein
B. Toeplitz
Moritz Goldstein
Hermann Cohn
W. J. Hallauer
Isidor Davidsohn
S. Gompelsohn
Oberpostsekretär Goldstein
Abraham Loevinsohn
I. H. Italiener
Eduard Sternfeld
J. H. Loewinsohn
Julius Konicki

Vorstand 1886—1889

G. Davidsohn
R. A. Goldmann
Albert Koehne
Martin Kadisch
Samuel Cohn
A. Perls
Ph. Simson

Stellvertreter:

San.-Rat Dr. Wallenberg
Bankier L. Lippmann
J. H. Loewinsohn

Repräsentanten 1886—1889

Stadtrat Dr. Samter
R. A. Dr. Rosenheim
San.-Rat Dr. Semon
Markus Goldstein
Hermann Cohn
Siegfried Gompelsohn
Theodor Kleemann
I. H. Italiener
B. Toeplitz
W. I. Hallauer
Isidor Davidsohn
Abraham Loevinsohn
Eduard Sternfeld
Julius Levy
Lesser Gieldzinski

Vorstand 1889—1892

G. Davidsohn
Ph. Simson
Albert Koehne
Martin Kadisch
J. H. Loewinsohn
R. A. Goldmann
Lesser Gieldzinski

Stellvertreter:

Dr. A. Wallenberg
Bankier L. Lippmann
Adolf Eisen

Repräsentanten 1889—1892

Stadtrat Dr. Samter
R. A. Dr. Rosenheim
San.-Rat Dr. Semon
Markus Goldstein
Hermann Cohn
S. Gompelsohn
Theodor Kleemann
I. H. Italiener
Julius Levy
W. I. Hallauer
Abraham Loevinsohn
Leopold Perls
Carl Fürstenberg
Ed. Sternfeld
Isidor Davidsohn

Vorstand 1892—1895

Gustav Davidsohn (Vors.)
Philipp Simson (stellv. Vors.)
Martin Kadisch (Kassenvorstand)
Adolf Eisen (Kassenkontrolleur)
Sanitätsrat Dr. Wallenberg
Bankier L. Lippmann
Lesser Gieldzinski

Stellvertreter:

Rechtsanwalt Steinhardt

Repräsentanten 1892—1895

Stadtrat Samter (Vors.)
Sanitätsrat Dr. Semon (stellv. Vors.)
Marcus Goldstein
Theodor Kleemann
Joseph Harder
I. W. Hermann
Bankier Albert Meyer
Siegfried Lichtenstein
Julius Levy
I. W. Hallauer
Abraham Loevinsohn
Leopold Perls
Carl Fürstenberg
Eduard Sternfeld
Isidor Davidsohn

Vorstand 1895—1898

Gustav Davidsohn (Vors.)
Ph. Simson (stellv. Vors.)
Martin Kadisch (Kassenvorstand)
Adolf Eisen (Kassenkontrolleur)
Sanitätsrat Dr. Wallenberg
Bankier L. Lippmann
Lesser Gieldzinski

Stellvertreter:

Rechtsanwalt Steinhardt
Dr. med. Simon
Rechtsanwalt Rothenberg

Repräsentanten 1895—1898

Stadtrat Dr. Samter (Vors.)
Sanitätsrat Dr. Semon (stellv. Vors.)
Marcus Goldstein
Theodor Kleemann
Josef Harder
I. W. Hermann
Bankier Albert Meyer
Siegfried Lichtenstein
Julius Levy
Leopold Perls
Carl Fürstenberg
Isidor Davidsohn
Rechtsanwalt Behrendt

Vorstand 1898—1901

Gustav Davidsohn (Vors.)
Ph. Simson (stellv. Vors.)
Martin Kadisch (Kassenvorstand)
Sanitätsrat Dr. Wallenberg
Rechtsanwalt Steinhardt
Lesser Gieldzinski

Stellvertreter:

Aron Bloch
Hermann Riese
Adolf Blumenthal

Repräsentanten 1898—1901

Sanitätsrat Dr. Semon (Vors.)
Rechtsanwalt Behrendt (stellv. Vors.)
Julius Levy
I. W. Hallauer
Leopold Perls
Karl Fürstenberg
Ed. Sternfeld
Isidor Davidsohn
Max Jacoby
Theodor Kleemann
Bankier H. L. Fürst
Amtsgerichtsrat Peiser
I. W. Hermann
Bankdirektor Haberfeld
Bankier Albert Meyer

Vorstand 1901—1904

Gustav Davidsohn (Vors.)
Ph. Simson (stellv. Vors.)
Martin Kadisch (Kassenvorstand)
Adolf Eisen (Kassenkontrolleur)
Sanitätsrat Dr. Wallenberg
Rechtsanwalt Steinhardt
Lesser Gieldzinski

Stellvertreter:

Albert Cohn
Hermann Riese
Adolf Blumenthal

Repräsentanten 1901—1904

Sanitätsrat Dr. Semon (Vors.)
Rechtsanwalt Behrendt (stellv. Vors.)
Max Jacoby
Theodor Kleemann
H. L. Fürst
Amtsgerichtsrat Peiser
L. W. Hermann
Bankier Albert Meyer
Bankdirektor Haberfeld
Dr. Julius Lewy
Carl Fürstenberg
Isidor Daidsohn
Simon Anker
Julius Levy
Gustav Hartmann

Vorstand 1904—1907

Philipp Simon (Vors.)
Sanitätsrat Dr. Wallenberg (stellv. Vors.)
Martin Kadisch (Kassenvorstand)
Adolf Eisen (Kassenkontrolleur)
Justizrat Steinhardt
Lesser Gieldzinski
Julius Levy

Stellvertreter:

Albert Cohn
Hermann Riese
Rechtsanwalt G. Sternberg

Repräsentanten 1904—1907

Rechtsanwalt Behrendt (Vors.)
Konsul Albert Meyer (stellv. Vors.)
Carl Fürstenberg
Leopold Perls
Gustav Hardtmann
Hermann Guttmann
Dr. Julius Lewy
Simon Anker
Theodor Kleemann
Louis Hoch
H. L. Fürst
Max Jacoby
Gerichtsrat Flater
Mentheim Eisen

Vorstand 1907—1910

Justizrat Steinhardt (Vors.)
Sanitätsrat Dr. Wallenberg (stellv. Vors.)
Martin Kadisch (Kassenvorstand)
Adolf Eisen (Kassenkontrolleur)
Hermann Riese
Julius Levy
Lesser Gieldzinski

Stellvertreter:

Justizrat Sternberg
Albert Cohn

Repräsentanten 1907—1910

Justizrat Behrendt (Vors.)
Konsul Albert Meyer (stellv. Vors.)
Theodor Kleemann
Louis Hoch
Max Jacoby
Rechtsanwalt Jacoby
Bankdirektor H. Fürst
Amtsgerichtsrat Flater
Heinrich Aris
Hermann Guttmann
Dr. Julius Lewy
Simon Anker
Karl Lichtenfeld
Leopold Perls
Dr. Siegmund Schopf

Vorstand 1910—1913

Justizrat Behrendt (Vors.)
Martin Kadisch (stellv. Vors.)
Albert Cohn (Kassenvorstand)
Hermann Riese (Kassenkontrolleur)
Dr. Siegmund Schopf
Julius Levy
Justizrat Sternberg

Stellvertreter:

Gustav Mendel
Dr. Paul Möller
Gerichtsrat Treitel

Repräsentanten 1910—1913

Justizrat Steinhardt (Vors.)
Konsul Albert Meyer (stellv. Vors.)
Heinrich Aris
Hermann Guttmann
Dr. Julius Lewy
Simon Anker
Karl Lichtenfeld
Leopold Perls
Amtsgerichtsrat Flater
Max Jacoby
Theodor Kleemann
Bernhard Willstätter
Dr. Hermann Brodnitz
Hugo Hirschberg
Sanitätsrat Dr. Ginsberg
Moritz Cohn

Vorstand 1913—1916
Martin Kadisch (Vors.)
Dr. Siegmund Schopf (stellv. Vors.)
Albert Cohn (Kassenvorstand)
Hermann Riese (Kassenkontrolleur)
Dr. Paul Möller
Gustav Mendel
Justizrat Sternberg

Stellvertreter:
Gerichtsrat Treitel
Justizrat Fabian
Simon Anker

Repräsentanten 1913—1916
Justizrat Steinhardt (Vors.)
Konsul Albert Meyer (stellv. Vors.)
Geh. Justizrat Flater
Max Jacoby
Theodor Kleemann
Bernhard Willstätter
Dr. Hermann Brodnitz
Hugo Hirschberg
Samuel Landau
Louis Jacoby
Dr. Julius Lewy
Moritz Cohn
Carl Lichtenfeld
Leopold Perls
Dr. Jakob Ginsberg

Vorstand 1916—1919
Dr. Siegmund Schopf (Vors.)
Geh. Justizrat Treitel (stellv. Vors.)
Gustav Mendel (Kassenvorstand)
Hermann Riese (Kassenkontrolleur)
Justizrat Faber
Dr. P. Möller
Justizrat Sternberg

Stellvertreter:
Louis Maschler
Simon Anker
Max Schönfeld

Repräsentanten 1916—1919
Geh. Justizrat Flater (Vors.)
Bernhard Willstätter (stellv. Vors.)
Gustav Rabow
Louis Jacoby
Adolf Lachmann
Moritz Cohn
Carl Lichtenfeld
Siegfried Lewy
Dr. Jacob Ginsberg
Julius Becker
Georg Berghold
Justizrat Steinhardt
Hugo Hirschberg
Max Jacoby
Rechtsanwalt Dr. Brodnitz

Vorstand 1919—1922

Dr. Siegmund Schopf (Vors.)
Justizrat Fabian (stellv. Vors.)
Justizrat Zander
Dr. Paul Möller
Gustav Mendel ((Kassenvorstand)
Hermann Riese (Kassenkontrolleur)
Justizrat Sternberg

Stellvertreter:

Simon Anker
Max Schönfeld
Louis Maschler

Repräsentanten 1919—1922

Geh. Justizrat Flater (Vors.)
Hugo Hirschberg (stellv. Vors.)
Julius Becker
Georg Berghold
Sanitätsrat Dr. Philipp
Rechtsanwalt Dr. Brodnitz
Max Jacoby
Bernhard Willstätter
Carl Lichtenfeld
Julius Jewelowski
Gustav Rabow
Sanitätsrat Dr. Abraham
Richard Sternfeld
Siegfried Lewy
Louis Jacoby

Vorstand 1922—1925

Justizrat Fabian (Vors.)
Justizrat Zander (stellv. Vors.)
Gustav Mendel (Kassenvorstand)
Hermann Riese (Kassenkontrolleur)
Louis Maschler
Dr. P. Möller
Rechtsanwalt Dr. Rosenbaum

Stellvertreter:

Wolf Zimels
Simon Anker
Max Schönfeld

Repräsentanten 1922—1925

Geh. Justizrat Flater (Vors.)
Hugo Hirschberg (stellv. Vors.)
Carl Lichtenfeld
Senator Jewelowski
Gustav Rabow
Dr. Siegmund Abraham
Richard Sternfeld
Siegfried Lewy
Louis Jacoby
Julius Becker
Dr. Hermann Brodnitz
Dr. Bernhard Kamnitzer
Dr. Israel Landau
Isaak Neuburger
Franz Boss

Vorstand 1925—1928

Justizrat Fabian (Vors.)
Justizrat Zander (stellv. Vors.)
Gustav Mendel (Kassenvorstand)
Hermann Riese (Kassenkontrolleur)
Dr. Paul Möller
Rechtsanwalt Dr. Rosenbaum
Rechtsanwalt Dr. Rosenthal

Stellvertreter:

Simon Anker
Oberregierungsrat Berent
Louis Maschler

Repräsentanten 1925—1928

Geh. Justizrat Flater (Vors.)
Rechtsanwalt Dr. Brodnitz (stellv. Vors.)
Georg Berghold
Julius Becker
Dr. Bernhard Kamnitzer
Dr. Israel Landau
Franz Boss
Isaak Neuburger
Bankdirektor Weinkrantz
Apothekenbesitzer Heinrich
Bernhard Löwenthal
Dr. Kurt Nawratzki
Isidor Goldberger
Gustav Rabow
Julius Jewelowski

Vorstand 1928—1931

Justizrat Fabian (Vors.)
Justizrat Zander (stellv. Vors.)
Senatsrat Berent (Kassenvorstand)
Rechtsanwalt Dr. Rosenthal
Rechtsanwalt Dr. Rosenbaum
Julius Becker
Dr. Paul Möller

Stellvertreter:

Louis Maschler
Georg Berghold
Abraham Dikansky

Repräsentanten 1928—1931

Rechtsanwalt Dr. Brodnitz (Vors.)
Rechtsanwalt Dr. Lewy (stellv. Vors.)
Bankdirektor A. Weinkrantz
Apothekenbesitzer Heinrich
Hugo Josephsohn
Artur Anker
Isidor Goldberger
Gustav Rabow
Senator Jewelowski
Senator Dr. Kamnitzer
Dr. Josef Segal
Dr. Israel Landau
Moritz Gelhar
Rudolf Brzezinski
Samuel Echt

Vorstand 1931—1934

Justizrat Zander (Vors.)
Dr. Paul Möller (stellv. Vors.)
Senatsrat Berent (Kassenvorstand)
Louis Maschler (Kassenkontrolleur)
Julius Becker
Georg Berghold
Justizrat Fabian

Stellvertreter:

Rudolf Brzezinski
Artur Anker

Repräsentanten 1931—1934

Rechtsanwalt Dr. Brodnitz (Vors.)
Rechtsanwalt Dr. Lewy (stellv. Vors.)
Rechtsanwalt Dr. Kamnitzer
Dr. Joseph Segall
Dr. Israel Landau
Moritz Gelhar
David Jonas
Samuel Echt
Louis Nachmann
Julius Lippmann
Dr. Kurt Itzig
Hugo Josephsohn
Dr. Henryk Löwenherz
Mordruch Lubart
Motel Rosenzweig

Nach der Wahlperiode von 1931—1934 veränderte sich der Vorstand durch Tod und Fortzug in schneller Folge.

Eine 1937 vorgenommene Wahl ergab:

Senator Berent (Vors.)
Dr. Rosenbaum (stellv. Vors.)
Dr. Eisenstadt (Protokollführer)
Dr. Loewenherz (Kassenvorsitzender)
Lippmann (Kassenkontrolleur)
Jul. Becker, Dr. Kurt Itzig,
Dr. Herm. Brodnitz, Mazur, Roesler

Sämtliche Mitglieder wanderten innerhalb der nächsten beiden Jahre aus.

Der letzte Vorstand — Gemeindeblatt vom 18. 8. 1939 — setzte sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender: David Jonas
Stellv. Vorsitzender: Dr. Erwin Lichtenstein
Finanzdezernent: Dagobert Barnass
Kultus und Friedhof: Alfred Hirsch
Rechtsangelegenheiten: Moritz Eisenstädt
Centralwohlfahrtsstelle: D. Jonas & Wilh. Aronsohn
Grundstücksangelegenheiten: Henryk Brautmann
Auswanderung: Dr. Karl Reach, Filip Feitelberg
Zoppoter Angelegenheiten: Dr. Kurt Jakubowski

Aus den Schriften des Nordostdeutschen Kulturwerks

DANZIG

und seine Bauwerke

von

JOHANN CARL SCHULTZ

MIT LIV KUPFERTAFELN IN FOLIO

Johann Carl Schultz, einer der bedeutendsten deutschen Radierer des 19. Jahrhunderts, schuf vor mehr als 100 Jahren in drei Teilen eine Folge von Radierungen Danziger Bauwerke, die in ihrer Feinheit und optischen Schönheit unübertroffen sind. Diese 54 Tafeln zeigen nicht nur Gesamtansichten der Stadt, sondern auch Kirchen, Rathäuser, Straßenszenen und Bürgerhäuser in Außen- und Innenansichten.

Der Stadt Danzig als einer der schönsten deutschen Städte, deren vornehmlich in der Renaissancezeit und im Barock entstandene Altstadt die fruchtbare Zusammenarbeit deutscher, holländischer und französischer Baumeister dokumentiert, wurde durch die Radierungen von Schultz ein bleibendes Denkmal gesetzt. Diese Blätter gehören heute zu den großen Seltenheiten.

Der vorliegende Band gibt im Faksimile die vollständige Folge mit dem von Schultz geschriebenen Text wieder, ergänzt durch eine Einleitung von Dr. Rüdiger Ruhnau.

Diese Faksimileausgabe im Großformat 31 x 43 cm wurde geschaffen für Bibliophile, Landeshistoriker, Freunde der Architekturgeschichte und Sammler alter Graphik. Der vorliegende Band wird nicht nur die ansprechen, die Danzig kennen, sondern alle jene, denen die graphische Darstellung der einmaligen Schönheit einer alten deutschen Stadt etwas bedeutet.

1969 130 Seiten Einband Skivertex DM 69,50

J. G. Bläschke Verlag Darmstadt